C 21734 D

Der Schwindel mit der Steuer"reform" S.5

Arbeiterkampf

Jg.7 Nr.138 18.9.78 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2.-

Schah = Mörder!



Teheran: Ein erschossener Antifaschist wird von Freunden weggetragen

Mit einem furchbaren Massaker versuchte das Schah-Regime am Freitag, dem 8.9.78, die demokratische Massenbewegung im Iran einzudämmen. Allein an diesem blutigen Freitag ließ der Schah 3.000 Menschen hinschlachten: Insgesamt sind bei der seit Januar andauernden Aufstandswelle 7.000 bis 8.000 Iraner ermordet worden.

Nach dem Regierungs„wechsel" vor 14 Tagen hatten die iranischen Massen mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß sie sich durch lächerliche Liberalisierungsversprechen des Schahs und seines „neuen" Regierungschef nicht täuschen lassen, daß sie wissen, daß nur ein Sturz des faschistischen Schah-Regimes Aussicht auf eine Verbesserung der Lebenslage und auf die Aufhebung der brutalen politischen Unterdrückung bringt.
„Tod dem Schah" war die Parole der demonstrierenden Massen im ganzen Iran.

Demonstrationen gehen trotz Regierungswechsel weiter

Während der neue Ministerpräsident und Schah-Vertraute Scherif Emami Freiheit der Parteien und Demonstrationsfreiheit versprach, gingen die Übergriffe der Polizei und des Militärs auf Demonstranten weiter. Ein paar Tage lang konnten Zeitungen mit Stellungnahmen und Bildern von Oppositionellen erscheinen (sogar die Thesen der Tudeh-Partei wurden in iranischen Zeitungen gedruckt). Tatsächlich ging die Repression unverändert weiter. Truppen schossen in demonstrierende Massen, Oppositionelle wurden verschleppt, Priester ausgewiesen („The Guardian", „TG", 4.9.78). Gingen Truppen an einigen Orten weniger brutal gegen die Demonstranten vor, so lag es meist daran, daß Schießbefehlen nicht Folge geleistet wurde. Trotzdem wurden bei allen Demonstrationen Menschen erschossen.

Millionen Menschen demonstrierten am Ende des Fastenmonats Ramadan (4.9.) in ganz Iran gegen das Schah-Regime. Allein in Teheran gingen Hunderttausende auf die Straße. Die Demonstration dauerte zwölf Stunden. In den Demonstrationen wurden Bilder des im irakischen Exil lebenden Schiitenführers Ayatollah Khomeiny mitgeführt. Überall wurde seine Rückkehr gefordert. Hauptsächliche Parolen waren: *„Tod dem Schah", „Der Soldat ist unser Bruder, Khomeiny ist unser Führer"* und zu den Soldaten gewandt, die überall aufmarschiert waren und die von den Menschen mit Blumen beworfen wurden — *„Ihr seid unsere Brüder. Warum tötet ihr unsere Brüder?"* Banken und öffentliche Gebäude — Symbole der Herrschaft des Schah-Regimes — wurden angegriffen. In verschiedenen Städten wurden Menschen erschossen („TG", 5.9., „International Herald Tribune", 5.9., 6.9.).

Weiter S. 2

Nicaragua: Sieg im Volkskrieg

„Fahndungspanne" ausgebügelt: Willy Peter Stoll abgeknallt

In der Ausgabe des „Stern" vom 24.August wurde die jüngste große „Fahndungspanne" der westdeutschen Terroristen- Jäger dokumentiert: Adelheid Schulz, Willy Peter Stoll und Christian Klar – steckbrieflich gesucht in Zusammenhang mit den Aktionen gegen Buback, Ponto und Schleyer – hatten als „Film-Team" Hubschrauber- Rundflüge unternommen und waren den Terroristen- Jägern angeblich durch die Lappen gegangen.

Kaum zwei Wochen später, am Abend des 6. September, wurde in einem Düsseldorfer China- Restaurant die Scharte wieder ausgewetzt: **„Tak-tak-tak-tak. Der Mann sinkt auf der Bank zusammen. Sein Kopf fällt gegen die Wand, die Beine hängen durch".** („Stern", 14.9.) Vier Schüsse aus zwei Polizei- Pistolen hatten Willy Peter Stoll getroffen, einer davon tödlich.

Fortsetzung auf Seite 3









Wieder Staatsschutz für Nazi-Aufmärsche

4000 Demonstranten protestierten am 17.9. in Mannheim in einer machtvollen Aktion gegen die Abhaltung des NPD-Parteitags. Sie konnten zwar die Abhaltung des Faschistentreffens nicht verhindern, erreichten aber, daß diese unter dem Druck der Proteste darauf verzichteten, öffentlich aufzutreten. Bereits am Vortage hatten 2000 Menschen den DGB-Aufruf zu einer Kundgebung und einem Schweigemarsch befolgt.

Die erfolgreiche Aktion der Antifaschisten ist um so höher zu bewerten, als sie damit konfrontiert waren, daß die hessische Polizei und staatlichen Stellen bemüht waren, die Faschistenversammlung ungestört ablaufen zu lassen. Den Antifaschisten wurden zur Abhaltung einer eigenen Demonstration empörende Auflagen gemacht: die Route zum Rosengarten, dem NPD-Versammlungslokal, wurde nicht genehmigt; als Auflage sollten die Demonstranten u.a. akzeptieren, in Dreierreihen zu marschieren.

Dennoch sammelten sich am Morgen des 17.9. zunächst 2000 Antifaschisten, die Zahl wuchs am Nachmittag auf 4000 an, und marschierten zum Rosengarten. Dabei spielten sich brutale Szenen ab. Polizei überfiel den Zug, eine Reiterstaffel brach in die Demonstranten ein, chemical mace wurde gespritzt, am Boden Liegende wurden geschlagen und Flüchtende verfolgt.

Nach unvollständigem Überblick hat es 20 - 30 zum Teil schwerverletzte Demonstranten gegeben. Bereits am Vortag hat die Polizei einen kleinen Demonstrationszug des KBW überfallen, der sich in die DGB-Demonstration eingliedern wollte. Dabei wurden Personen festgenommen und einen Tag lang in „Polizeilichem Gewahrsam" (also in Schutzhaft!) gehalten. Insgesamt wurden über 70 Personen festgenommen (N[illegible])

NPD-Landesparteitag in Bünde (NRW)

Am 15.9. hielt die Landes-NPD in Bünde ihren Parteitag ab. Um dies zu gewährleisten, baute die Polizei den Ort zu einer Bürgerkriegsfestung aus. 600 Polizisten schützten die Faschistenveranstaltung (Westfalenpost, 16.9.). Fahrzeuge wurden angehalten und kontrolliert, im Umkreis von einem halben Kilometer um das Versammlungslokal „Schützenhof" waren Straßensperren errichtet worden. 100 Meter vor dem „Schützenhof" waren Natodrahtrollen aufgefahren, Wasserwerfer und 2 Hundertschaften der Polizei.

Dennoch versammelten sich 700 Menschen zu einer Protest-Kundgebung des DGB, zu der auch die SPD sowie verschiedene Antifaschistische Arbeitskreise eingeladen hatten. Proteste gab es von Seiten der Antifaschisten , wegen der defensiven Haltung der DGB-Redner, deren Gipfel der Auftritt eines „Kollegen" der Gewerkschaft der Polizei war, der den Polizeiaufmarsch zu rechtfertigen versuchte.

400 Menschen entschlossen sich spontan, eine Demonstration zum „Schützenhof" gegen den Widerstand der DGB-Redner durchzuführen. Diese Demonstration wurde von Polizei überfallen und 10 Antifaschisten aus dem Zug verhaftet.

Das Wochenende 15./17.9.1978 war damit erneut ein Alarmzeichen: Faschisten in der BRD können nicht nur rechtmäßig öffentlich auftreten, sie erhalten dabei sogar den vollen Schutz des Apparats, der für die „Innere Sicherheit" ausgebaut worden ist. Um so notwendiger ist es, die erfolgreichen antifaschistichen Aktionen zu verstärken.

(nach Berichten von KB-Genossen aus Mannheim und Bielefeld).

Fortsetzung von Seite 1

Schah=Mörder!



Mit aufgepflanzten Bajonetten und Maschinenpistolen gegen das kämpfende Volk

Generalstreik

Für den 7.9. hatten verschiedene religiöse Gruppen zum Generalstreik aufgerufen. In Teheran blieben die Läden und der gesamte Bazar geschlossen, in den Fabriken wurde nicht gearbeitet. Nach Augenzeugen demonstrierten allein in Teheran drei Millionen Menschen — trotz Demonstrationsverbot. Die Hauptparolen waren gegen den Schah, seine Familie und sein ganzes Regime gerichtet. Wider wurde die Rückkehr Khomeinys verlangt. Wieder wurden die Soldaten mit Blumen beworfen und aufgefordert, nicht auf die Menschen zu schießen. Noch an diesem Tag betonte die Regierung, daß sie Freiheit der Presse, Gesprächsfreiheit und Versammlungsfreiheit schaffen werde („TG", 8.9., „LM", 7.9.). Noch in der gleichen Nacht wurde das Kriegsrecht über Teheran und elf weitere Städte für sechs Monate verhängt!

Der blutige Freitag

Schon morgens versammelten sich in der Nähe der Jaleh-Moschee (Jaleh-Platz) 50.000 Menschen. Viele wußten noch nichts vom Kriegsrecht, das erst zwei Stunden zuvor verkündet worden war. Die Menschen setzten sich auf die Straße, um ihren gewaltlosen Widerstand zu bekunden und riefen wieder die Parole *„Ihr seid unsere Brüder, Soldaten. Tötet nicht Eure Brüder"*.

Die Soldaten eröffneten das Feuer und schossen ziellos in die Menge. Allein auf dem Jaleh-Platz wurden nach Augenzeugen-Berichten 700 bis 800 Menschen erschossen! Der Befehlshaber der Truppen war über Nacht ausgewechselt. In Teheran wurde berichtet, daß auch schon am Vortag die Truppen Schießbefehl erhalten hatten, der aber nicht ausgeführt wurde. Der befehlshabende Offizier wurde daraufhin verhaftet und durch den berüchtigten General Gholam Ali Oveissi abgelöst. Schon bei den tagelangen Aufständen und Straßenkämpfen im Juni 1963 hatte der damalige Oberst Oveissi die Truppen kommandiert und war verantwortlich für die Tausenden von Toten in allen großen iranischen Städten.

Nach dem Massaker auf dem Jalehplatz kam es in allen anderen Arbeitervierteln Teherans zu regelrechten Straßenschlachten: Blutbäder von ähnlichem Ausmaß wie auf dem Jaleh-Platz soll es im Osten Teherans (Narmac, Pars) und in Maydan Shush gegeben haben („LM", 10./11.9.78).

Auch in den nächsten Tagen waren immer wieder Schießereien zu hören. Noch Tage nach dem Massaker blieben die Geschäfte geschlossen. Eine riesige Verhaftungswelle wurde in Gang gebracht, Hunderte von Menschen „verschwanden". Die riesige Verhaftungswelle gegen Oppositionelle im Iran, zu denen Bazergani, wahrscheinlich auch Sandjabi sowie die beiden einflußreichen Ayatollahs Rohani (Qom) und Nouri (Jahle-Moschee) gehören, wird vom Regime versucht zu verschleiern, indem gleichzeitig mit großem Propagandarummel einige besonders korrupte Spekulanten und ehemalige Minister zwecks „Korruptionsbekämpfung" verhaftet werden.

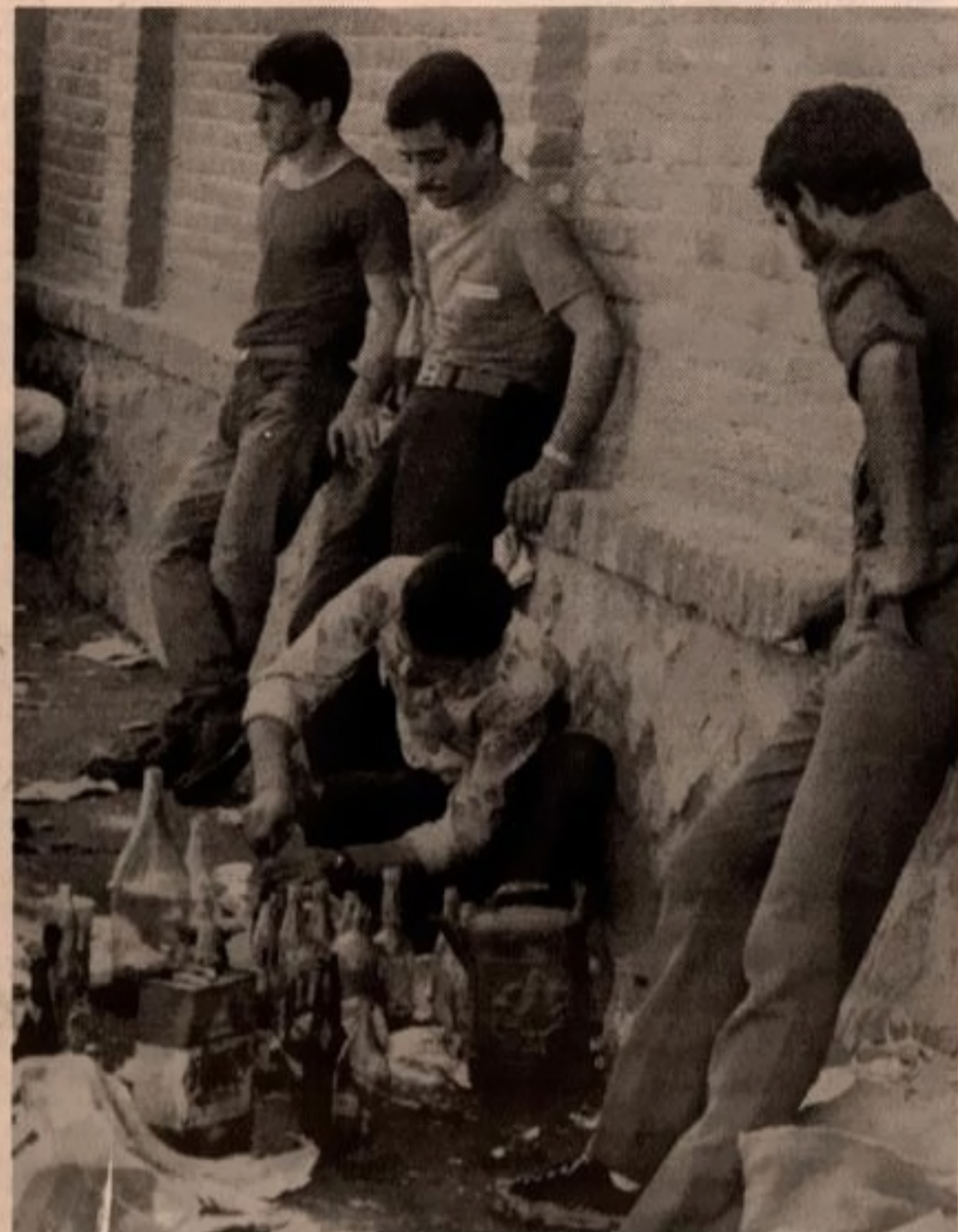
Kriegsrecht bedeutet nächtliche Ausgangssperre, Einsatz von Militärgerichten, die diejenigen zum Tode verurteilen, die den öffentlichen Frieden und die Sicherheit verletzt oder gegen die Monarchie gehandelt haben. Oveissi hat schon angekündigt, daß er hiervon reichlich Gebrauch machen wird. Die totale Pressezensur ist ebenfalls umgehend wieder eingeführt worden. Schon am Samstag erschienen die Zeitungen mit riesigen weißen Flekken. Eine Verhaftungswelle hat es ebenfalls unter den Journalisten gegeben, die in den letzten Tagen Stellungnahmen vieler Oppositioneller veröffentlich haben.

In Isfahan, das schon seit mehreren Wochen unter Kriegsrecht steht, hat sich gezeigt, was dies bedeutet. Mehrere Dutzend (!), andere Quellen sprechen von Hunderten, Menschen sind seitdem auf der Straße erschossen worden. In den Moscheen sind alle Predigten verboten, zahlreiche Geistliche wurden verhaftet oder stehen unter totaler Bewachung!

Trotzdem herrscht noch lange nicht die vom Regime erwünschte Grabesstille! Die Beerdigung der Toten im Süden Teherans war Ausgangspunkt neuer Demonstrationen gegen das Schah-Regime, Unruhen gab es außerdem in den beiden ebenfalls unter Kriegsrecht stehenden Städten Meshed und Qom. Überall, wo das Kriegsrecht nicht gilt, sollen die Unruhen weitergehen („SZ", 12.9., „NZZ", 14.9.).



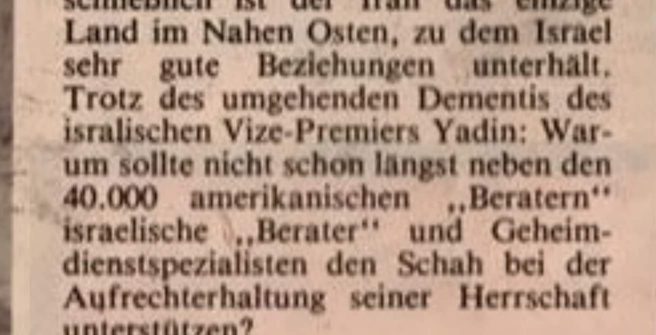
Teheran unter Kriegsrecht — nach den Kämpfen am blutigen Freitag



Mit Molotow-Cocktails gegen Banken und SAVAK-Büros

Israelische Soldaten im Iran?

In Teheran hält sich hartnäckig das Gerücht, daß israelische Soldaten an dem blutigen Massaker am Freitag beteiligt waren (dies wird z.B. auch im „Guardian", 9.9.78, berichtet) und daß der Schah sogar von isarelischen Soldaten bewacht wird. Dies wird daraus abgeleitet, daß viele der Soldaten Vollbärte und längere Haare trugen (im Iran nicht üblich) und daß am Donnerstag abend auf dem Militärflughafen drei bis sechs israelische Militärflugzeuge gelandet sind. Nun, zuzutrauen wäre es den Zionisten, dem Faschisten Schah in solch einer Notlage unter die Arme zu greifen, schließlich ist der Iran das einzige Land im Nahen Osten, zu dem Israel sehr gute Beziehungen unterhält. Trotz des umgehenden Dementis des israelischen Vize-Premiers Yadin: Warum sollte nicht schon längst neben den 40.000 amerikanischen „Beratern" israelische „Berater" und Geheimdienstspezialisten den Schah bei der Aufrechterhaltung seiner Herrschaft unterstützen?



Nahost-Kommission

Kommentar

Philosophen und „Nicht-Philosophen"

Dem Bundespräsidenten ist es in der Verfassung unseres Gemeinwesens untersagt, in die Niederungen des parteipolitischen Gezänks hinabzusteigen. Von dieser Einschränkung abgesehen kann und darf der Bundespräsident offenbar alles tun, was er mit der Würde seines Amtes zu vereinbaren für richtig hält.

Walter Scheel hat seinerzeit mit lautstarker Unterstützung eines Gesangsvereins einen gelben Wagen bestiegen und vom Kutschbock in die Lande geschmettert, daß er sich dort oben ganz wohl fühle. Damals sind nur wenige Proteststimmen gegen die Schändung deutschen Kulturguts durch einen seiner höchsten Repräsentanten zu vernehmen gewesen. Es geschah ja auch für einen guten Zweck.

Angesichts der Schmonzette, die Scheel anläßlich eines XVI. Weltkongresses der Philosophie in Düsseldorf zum Besten gab, möchte man ihm die dissonante Landpartie zugunsten der „Aktion Sorgenkind" fast verzeihen. Daß Scheel nicht singen kann, disqualifiziert ihn höchstens in den Augen der Leute, die schon immer dafür waren, Heino oder Jürgen Markus zum Präsidenten der Republik zu küren. Daß er sich nun, offenbar unaufgefordert und schlecht beraten, auch in die Sphären philosophischen Denkens begibt, ist allerdings unentschuldbar. Dabei ahnt Scheel die Folgen seines qualitativen Sprungs von der Postkutsche, wenn er zu Anfang seiner Rede selber einräumte, *„gewisse Hemmungen"* seien zu überwinden gewesen, bevor er es gewagt habe, vor 1500 Philosophen zu sprechen. Doch gibt es nach dem Sieg über den inneren Schweinehund für die rheinische Frohnatur kein Halten mehr: Scheel, dessen Sammeltrieb eigentlich durch diverse Doktorhüte und Ehrenbürgerschaften hinreichend befriedigt sein müßte, klagt:

„Über neue philosophische Funde (!) ist kaum etwas in der Zeitung zu lesen." Eine Anspielung auf gewisse Denker, die mit dem Eifer eines Trüffelschweines die Zeitungsspalten durchwühlen, um ihre Philosophie des Alltagslebens zu vervollständigen? Eine Aufforderung an die Redaktion der „BILD-Zeitung", die Kulturseite niveauvoller zu gestalten? Es bleibt offen. Dafür liefert Scheel mit verblüffender Offenheit anatomische Details: *„Es ist auch für einen Nicht-Philosophen nicht angenehm, klar bewiesen zu bekommen, daß er nicht richtig denken könne zumal wenn ein solcher Beweis in einer Sprache und mit Begriffen geführt wird, die zum Beispiel in einem Politikerhirn noch keine Heimstatt gefunden haben."* An sich ein gelungener Schluß der Scheelschen Rede — doch es geht weiter. Der Nicht-Philosoph kommt ins Grübeln:

„Erinnerungen an Begriffe wie ‚Überbau' und ‚Unterbau' (!) fallen mir ein." Sollte Scheel etwa den Marximus ...? Eine innere Stimme warnt ihn: *„Aber ich spüre, daß ich mich hier auf schlüpfriges Gelände begebe".* Vorsicht, Walter, Glatteis!! Zu spät. Es muß einfach heraus. Scheel teilt seinem Publikum mit, daß er in seiner *„über dreißigjährigen politischen Tätigkeit, nahezu täglich, auf die eine oder ander Weise, mit Karl Marx zu tun hatte."* Wie das? Und auf welche Weise? Nahezu täglich? Spricht hier ein Medium, dessen übersinnliche Fähigkeiten auch für Marxisten von größtem Nutzen sein könnten? Aber nein, nur ein Bundespräsident, der seinem Zwang zur Effekthascherei nicht einmal vor 1500 abgeklärten Philosophen, die nichts mehr erschüttern kann, die Zügel anzulegen vermag.

In den dreißiger Jahren hat Marx dem Präsidenten mitgeteilt, er, Marx, habe *„die Philosophie vom Kopf auf die Füße gestellt"* und eben dies sei, nach Scheel, *„Markenzeichen"* (oder Aktenzeichen?). Sensationell: Marx läßt durch sein Medium Scheel mitteilen, daß von nun an die Gesetze der freien Marktwirtschaft auch bei der Verbreitung seiner Lehre in Anwendung zu bringen sind. Recht hat er: Die Ware Marxismus und ihr Markenzeichen (vielleicht ein Kopf und ein Fuß in enger Verschlingung?) sollten endlich gesetzlich geschützt und vor Mißbrauch bewahrt werden. Auch sollte ihre Weitergabe an Unbefugte unterbunden werden, vor allem an solche, denen die dreißigjährige Beschäftigung mit „Karl Marx" zu folgender Einsicht verholfen hat: *„Der Demokrat macht über den Wahrheitsgehalt des Marxismus, wie über den jeder anderen Philosophie gar keine Aussage."* Weshalb es den Präsidenten besonders bedrückt, daß, trotz dieser beinahe ostentativen Zurückhaltung unseres Nicht-Philosophen, der Marxismus, sich *„im Besitze der Wahrheit wähnend (!), keine andere Wahrheit neben sich gelten läßt."*

Scheel hat natürlich recht: Zumindest die Wahrheit, daß Scheel über den Wahrheitsgehalt des Marxismus nun wahrhaftig keine Aussage machen kann, sollte der Marxismus neben sich dulden. Scheel beschließt seine Rede mit humorigen Äußerungen über den Wohnungsbau im Sozialismus und die philosophischen Rohstoffreserven der dritten Welt. Die Prägnanz seiner Marx-Kritik erreichen diese Ausführungen leider nicht, weshalb sie getrost vernachlässigt werden können.

Nichts gegen Scheel: Mag er Patenschaften übernehmen, Volksfeste eröffnen, die Rösslein munter traben lassen und mit seiner launigen Art so manches deutsche Gemüt erheitern. Auch spricht nichts dagegen, daß er sich in der Zeit vom 11. November bis zum Mittwoch nach der Fastenzeit im Kreise der Seinen über den Marxismus verbreiten darf. Aber, wenns geht, nicht auf Weltkongressen. Unser Ansehen als Volk der Dichter und Denker möchte auch im Ausland Schaden nehmen. Die Denker hierzulande dürfte Scheel zumindest schon geschafft haben. Und wenn sich sein Nachfolger Karl Carstens, der vielleicht schon mit den Fischer-Chören eine eigenwillige Version des „Jägers aus Kurpfalz" einstudiert, anstrengt, dürfte auch das Problem der Dichter bald gelöst sein.

Ein verzweifeltes Mitglied der Philosophen-Kommission im KB/Gruppe Göttingen

(Alle Zitate nach „FR" vom 2.9.78)



„Mein Gott, Walter!"

„Fahndungspanne" ausgebügelt: Willi Peter Stoll abgeknallt!!

Fortsetzung von Seite 1

Zwei, drei, viele Versionen

Die Versionen über den Tathergang sind vielfältig. Das beginnt im Detail:

– Ob Stoll nun gekochten Hummer mit Sojabohnen bestellt hatte („Bild", 8.9.) oder chinesische Hummerkrabben („Stern", 14.9.);

– Ob Stoll noch auf den Hauptgang wartete („Bild", 8.9.) oder ob er bereits nach Verzehr des Hauptgangs ein zweites Altbier trank, als die Todesschüsse fielen („Stern", 14.9.);

– **Ob es der Kellner war, der Stoll erkannte und denunzierte („Hamburg. Morgenpost", 7.9.), oder ein weiblicher Gast („Stern", „Bild" und andere) oder ein männlicher Gast („Welt", 8.9.);**

– Ob es uniformierte Polizisten waren, die in das Restaurant „eindrangen", woraufhin Stoll eine Pistole gezogen habe („Westfälische Rundschau", 7.9.) oder zwei Polizisten in Zivil, die sich zunächst an einen Nebentisch sezten und Cola bestellten (allgemeine Darstellung).

Unklar ist auch der weitere Hergang. Die offizielle Version besagt, daß einer der beiden Zivil- Polizisten plötzlich aufgestanden sei, die Pistole gezückt habe und „Polizei, Hände hoch!" gerufen habe. Andere Versionen hingegen behaupten, daß einer der Polizisten Stoll zunächst aufgefordert habe, seinen Ausweis zu zeigen („Bild", 7.9.), oder daß zunächst einer der Polizisten – entsprechend einem oft praktizierten Polizei-Schema – Stoll um Feuer gebeten habe („Frankfurter Allgemeine"/FAZ,9.9)

Völlig offen bleibt bei den verschiedenen Versionen vor allem, ob Stoll denn nun seine Pistole tatsächlich schon gezogen h a t t e , oder ob er – wie es meist heißt! – dies gerade erst v e r s u c h t e , als ihn die Schüsse der Polizisten trafen.

Rein theoretisch denkbar wäre immerhin folgende Möglichkeit: Stoll wurde t a t s ä c h l i c h nur zum Ausweis-Zeigen oder zum Feuergeben aufgefordert. Als er dann in die Jacke griff (zum Ausweis oder zum Feuerzeug), wurde dies als Griff nach der Pistole „mißverstanden" und das Feuer auf Stoll eröffnet. Nun ist dies bekanntlich ein Rechsstaat und der „Arbeiterkampf" hat genug Anklagen in ähnlicher Sache am Hals. Wir wollen daher nicht spekulieren! Immerhin sind aber in der Vergangenheit auch schon total Unbeteiligte von der Polizei abgeschossen **worden, weil irgendein Polizist sich irrtümlich durch eine falsche Bewegung „bedroht" fühlte.**

Echte Augenzeugen des Hergangs im China-Restaurant in Düsseldorf scheint es übrigens nicht zu geben: Es war außer dem Kellner nur noch ein Gast zugegen; beide scheinen den Hergang nicht von Anfang an beobachtet zu haben.

„Ein Modellfall für die Lehrbücher der Polizei"

Die Freude über den gelungenen Abschuß des Willy Peter Stoll ist groß. Nordrheinwestfalens Innenminister Hirsch hat den beiden ausführenden Polizisten *„dienstliche Anerkennung"* und Beförderung zugesagt. Ebenso wie Hirsch hat auch NRW-Oppositionsführer Köppler die „**besonnene und präzise Handlungsweise**" der beiden Polizisten gelobt („FAZ", 9.9.).

Der Vorsitzende der Polizei „gewerkschaft" GDP in Nordrheinwestfalen, Günter Schröder, findet den Abschuß von Stoll **„vorbildlich"**. Er beweise, *„daß die deutsche Polizei einen hohen Ausbildungsstand erreicht hat"*. Die Erlegung des Willy Peter Stoll sei geeignet, „**als Modellfall in die Lehrbücher der Polizei aufgenommen zu werden**" („Braunschweiger Zeitung", 8.9.). Anerkennung für den „Fahndungserfolg" wurde auch von Bundesminister Baum ausgesprochen (FR,8.9.). Volle Genugtuung auch in der gesamten bürgerlichen Presse: *„ Mit Stoll hat die Polizei ihren bisher größten Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus erzielt"*, freute sich „Bild" am 7.9. Miesmacher wurden in der „Bild am Sonntag" abgekanzelt: „ **Wer jetzt eine Diskussion darüber entfesselt, ob der Todesschuß auf Stoll korrekt war, dem sollte man den Puls fühlen**" (10.9.). Ein sehr geschmackvolles Arrangement brachte die (SPD-nahe!) „Hamburger Morgenpost" am 8.9.: Oben auf der Seite 18 Fotos mit der Überschrift„ *Das sind die 18 toten deutschen Terroristen"*. Rechts darunter in genau derselben Aufmachung 12 weitere Fotos mit der Überschrift *„Diese sind noch frei"*.

Es ist durchaus keine Übertreibung, hier von klar faschistischer Mentalität zu sprechen. Dabei ist relativ belanglos, ob die beiden Polizisten sich von Stoll tatsächlich mit der Waffe bedroht sahen, oder ob sie ihn einfach kaltblütig abgeknallt haben und nachher eine amtliche Notwehr-Version konstruiert wurde. Denn in der bürgerlichen Presse und in nicht unbeträchtlichen Teilen der Bevölkerung ist längst eine Stimmung vorhanden (spätestens seit den „Selbstmorden" von Stammheim sehr deutlich geworden!), die auch blanke Lynch-Justiz gegen Terroristen, ein Erschießen gefaßter Terroristen an Ort und Stelle und ähnliche Praktiken wohlwollend billigt.

Diese Tendenz wird durch das vorhergegangene „Fahndungspannen" – Theater noch begünstigt: *„ das wurde aber auch mal Zeit, daß unsere Polizei einen Erfolg hatte"*, beschreibt die „ Frankfurter Rundschau" die vorherrschende Stimmung unter den Schaulustigen vorm Düsseldorfer China-Restaurant, wo Stoll erschossen wurde. (8.9.). Springers „Welt" vom 8.9. zitiert folgende Stimmen „aus der Bevölkerung":

– *„Immer feste druff. Die verdienen nichts anderes"*. (Hausfrau, 53).
– *„Ich sehe den Tod Stolls als nicht schlimm an"*. (Raumausstatter, 25).
– *„Gut, solche Kerls gehören weg"* (Hausfrau, 70).
– *„daß die Polizei geballert hat, finde ich richtig"* (Maschinenschlosser).
– *„Das war gut. Der kostet uns kein Geld mehr. Wenn das Schule machen würde, hätte der Terror bald ein Ende"* (Arbeiter).
– *„Die Fahndung in der Bundesrepublik ist viel zu lasch"*(Tischler)
– *„Die beste aller möglichen Lösungen"* (Studentin, 25).
– *„Die beste Nachricht seit langem. Diese Mörder müssen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden"* (Lehrling, 18).
– *„ Das Ende Stolls ist nicht tragisch, er hat es so verdient. Eigentlich gehörte er gevierteilt"* (Hausfrau, 69).
– *„Gut so, damit hat die Polizei auch eine Fahndungsschlappe wettgemacht. Man überläßt es jetzt eben den Kleinen vor Ort, nachdem vorher die Großen zuviel reinkommandiert haben"* (Taxifahrer, 56).
– *„Ich meine, daß hier in diesem Fall die Polizei anfängt, den Richtern die Arbeit abzunehmen"* (Lehrer, 79).

Soweit dies nicht schon tatsächlich breit vorhandene Stimmungen in der Bevölkerung widerspiegelt, zielen derartige Zusammenstellungen eindeutig darauf, solche Stimmungen zu ermutigen und zu fördern.



Ein häufiges Bild in Düsseldorf nach der Erschießung von Willy Peter Stoll: 22 Wohnkomplexe mit insgesamt rund 1800 Wohnungen wurden von der Polizei „durchkämmt" und „überprüft"

Ein häufiges Bild in Düsseldorf nach der Erschießung von Willy Peter Stoll: 22 Wohnkomplexe mit insgesamt rund 1800 Wohnungen wurden von der Polizei „durchkämmt" und „überprüft"

Seit der ersten Erschießung einer Terroristin (Petra Schelm 1971 in Hamburg) hat die Gewöhnung an solche Vorgänge und ihre öffentliche Billigung in den bürgerlichen Medien beträchtliche Fortschritte gemacht.

„Kommissar Bürger" zur Ergänzung des Polizei-Staates erwünscht

Hohes Lob wurde nach dem Abschuß Stolls in allen bürgerlichen Medien dem **"Kommissar Bürger"** gezollt, d.h. der aktiven Zusammenarbeit der Bevölkerung mit der Polizei:

– Der Stern behauptet unter der Überschrift **„Der Bürger als Kommissar"**:*„Tips aus der Bevölkerung führten viel häufiger zur Verhaftung von Terroristen als Erkenntnisse der Computer"* (14.9.). Es folgten Beispiele eifriger alter Damen, Apotheker und Müllmänner, die sich mit Erfolg als Amateur-Bullen betätigt hatten.

– Die „Frankfurter Rundschau" überschrieb immerhin pflichtbewußt einen Kommentar mit dem Titel **„Der Kommissar Bürger"**, obwohl witzigerweise in dem Kommentar davon gar nicht die Rede war (8.9.).

– Die „Welt" brachte einen Artikel *„Der entscheidende Tip kam immer vom Bürger"* und führte als Beispiele die Festnahme von Andreas Baader , Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und anderer an (8.9.).

– Die „Bild" belebte gleich noch die Konkurrenz unter den Geschlechtern mit der Behauptung: **„Frauen sind die besten Kommissare"**. Die *„gefährlichsten Terroristen"* seien durch Denunziationen von Frauen geschnappt worden. Ein Psychologe war auch gleich zur Stelle, der in der „Bild" die Gründe für die besonderen Fahndungsleistungen der Frauen analysierte: *„Frauen achten stärker auf Einzelheiten als Männer. – Frauen genieren sich nicht, ihre Beobachtungen mitzuteilen. Sie hoffen auf ein Lob.– Frauen kombinieren schneller. Sie haben ‚typisch weibliches Gespür'"*. („Bild", 8.9.).

– Auch Springers „Hamburger Abendblatt" lobte den *„Kommissar Zufall.... jener namenlose Bürger, der mit einem Hinweis schon so oft schneller war als der Fahndungscomputer"* (9.9.).

Um den „Kommissar Bürger" so breit wie möglich in die Fahndung einzubeziehen, wird nicht mit Geld und schlechten Worten gespart. Zehntausende von Flugblättern wurden wieder aktuell von der Polizei verteilt, neue Steckbriefe verbreitet, Lautsprecherwagen mit Fahndungsbildern eingesetzt usw. usf. „Kommissar Bürger" ist im übrigen durch das jahrelange „xy"- Fahndungsprogramm von Zimmermann im Fernsehen auf seine Aufgaben vorbereitet und eingestimmt. Gewünscht wird eine Situation, in der jeder jeden bespitzelt, in der die Nachbarn ein wachsames Auge auf „verdächtige" Wohnungen haben („Da gehen immer soviel komische Leute ein und aus"), und wo schließlich ein Klima entsteht, in dem sich die örtlich schon erprobten und bundesweit geplanten „bürgernahen" Block-Bullen bewegen können wie der Fisch im Wasser. **Die schmierige Denunzianten-Mentalität der Nazi-Zeit („Die Müllers kaufen immer noch beim Juden!"), gekoppelt mit technischen Möglichkeiten, von denen die GeStaPo nicht einmal zu träumen wagte – das wird heute auf allen bürgerlichen Kanälen propagiert.**

Die Ergebnisse dieser Aufpeitschung der Bevölkerung zu Denunzianten - und Spitzeldiensten zeigen sich inzwischen fast täglich. Nur ein Bruchteil davon wird wahrscheinlich überhaupt bekannt. Hier drei Beispiele aus allerletzter Zeit:

– Auf Grund eines „Hinweises aus der Bevölkerung" wurde Renate Chotjewitz, die Frau des sozialistischen Schriftstellers Peter O. Chotjewitz, im Zug von Bad Hersfeld nach Ulm von zwei Polizisten in Zivil überfallen. **„Kriminalpolizei, keine Bewegung!... Hände hoch oder ich schieße!..."**. Frau Chotjewitz mußte 20 Minuten mit erhobenen Händen stehen, während die Polizisten ihre Sachen durchwühlten. („Roter Morgen",8.9.).

– In einem Restaurant in Liebersbronn/Kreis Esslingen wurden mehrere Sänger und Musiker von Polizisten mit gezückten Pistolen festgenommen. Grund: Irgendwelche durchgeknallten „Bürger" hatten angeblich einen schwarzen Porsche mit der Terroristin Adelheid Schulz am Steuer gesehen. Der Porsche gehörte der Sängerin Inga (vom früheren Duo „Inga & Wolf"). Unter den weiteren Festgenommenen waren Schobert (von „Schobert & Black") und die progressive Sängerin Joana („Tagesspiegel",7.9.).

– In Hamburg wurde ein Mann beobachtet, der angeblich dem steckbrieflich besuchten Christian Klar „verblüffend ähnlich" sah. Er wurde nach einer Groß-Mobilisierung der Polizei schießlich in seinem Auto „gestellt". Ergebnis: Totale Fehlanzeige! („Hamb. Morgenpost" 13.9.).

Liest man, daß innerhalb von nur einer Woche nach der Tötung Stolls allein beim Düsseldorfer Polizei-Präsidium 1600 „Hinweise aus der Bevölkerung" eingingen und daß im selben Zeitraum von der Düsseldorfer Polizei insgesamt 1800 Wohnungen „überprüft" wurden,(„Neue Ruhr-Zeitung", 15.9.) **so kann man sich vorstellen, welche Szenen sich da vielfach abspielen mögen.**

Rechtsstaat? Freiheitlich-demokratische Grundordnung? Aber klar doch! Was denn sonst?














Die 17 deutschen Terroristen, die vor Stoll gestorben sind

Erhängt Ingrid Schubert (33) erhängte sich am 12. 11. 77 in ihrer Zelle im Gefängnis München-Stadelheim. Sie hatte Baader in Berlin aus der Haft befreit und war an Anschlägen beteiligt.

Selbstmord Jan Carl Raspe (33) tötete sich am 18. 10. 1977 in Stammheim durch Kopfschuß. Mitbegründer der BM-Bande.

Selbstmord Andreas Baader (34) begeht am 18. 10. 1977 Selbstmord durch Genickschuß. Baader war mit der Meinhof Chef der schlimmsten Terroristenbande.

Erhängt Gudrun Ensslin (37) erhängte sich am 18. 10. 1977 in Stuttgart-Stammheim. Sie war an Mordanschlägen, Banküberfällen und Bombenattentaten beteiligt.

Erschossen Wilfried Böse (36) wird am 3. 7. 1976 in Entebbe (Uganda) von israelischen Soldaten erschossen. Er gehörte zu palästinensischen Terrorgruppen.

Erschossen Brigitte Kuhlmann wird am 3. 7. 1976 in Entebbe (Uganda) von israelischen Soldaten erschossen. Sie gehörte zu palästinensischen Terrorgruppen.

Zerfetzt Bernd Hausmann (23) wird am 9. 5. 1976 auf dem Flughafen Tel-Aviv von der Bombe zerrissen, die er in seinem Koffer hatte.

Erhängt Ulrike Meinhof (41) erhängte sich am 9. 5. 1976 in Stammheim. Chefin der BM-Bande.

Brustkrebs Katharina Hammerschmidt (31) starb am 29. 6. 1975 in einem Berliner Krankenhaus an Brustkrebs. Sie hatte Brand- und Bombenanschläge verübt.

Das Grab Baaders und der Ensslin auf dem Stuttgarter Waldfriedhof. Zwei Bretter mit den Namen der Terroristen. Verwandte und Bekannte bringen manchmal Blumen

Erschossen Werner Sauber (28). Ein Polizist erschießt ihn am 9. 5. 1975 bei einer nächtlichen Razzia in Köln. Sauber gehörte zu den Lorenz-Entführern.

Erschossen Siegfried Hausner (23) wird von schwedischen Polizisten beim Überfall auf die deutsche Botschaft angeschossen. Er stirbt am 4. 5. 1975 im Gefängnis.

Zerfetzt Ulrich Wessel (29) wurde am 24. 4. 1975 von der Bombe zerrissen, die er in der deutschen Botschaft in Stockholm zündete.

Verhungert Holger Meins (33) starb am 9. 11. 1974 nach zweimonatigem Hungerstreik im Gefängnis Stuttgart-Stammheim. Führendes Mitglied der BM-Bande.

Ermordet Ulrich Schmücker (22). Am 5. 6. 1974 wird er von Terroristen durch Genickschuß „hingerichtet". Das Mitglied der Bewegung „2. Juni" hatte die Polizei informiert.

Erschossen Thomas Weisbecker (23), Mitglied der BM-Bande. Wird am 2. 3. 1972 in Augsburg auf offener Straße von Kripo-Beamten erschossen.

Erschossen Georg von Rauch (22) stirbt am 4. 12. 1971 bei einem Feuergefecht mit der Polizei in Berlin. Er hatte Brand- und Bombenanschläge verübt.

Erschossen Petra Schelm (21) wird am 15. 7. 1971 bei einer Großrazzia in Hamburg von einem Polizisten erschossen. Sie gehörte zur Baader-Meinhof-Bande

Waidmannsheil ! Abschußliste in der „Bild" vom 8. September

Nochmal zu dem Fahndungsbild von Kai Ehlers in der »Quick«

Das ist doch wirklich ein starkes Stück! Während ich unkontrolliert wie die meisten Touristen durch Frankreich und Spanien kutschierte, wurde in der BRD ein Fahndungsfoto von mir veröffentlicht. Zur Erinnerung: In der „Quick" (34/78) war unter der Überschrift „Was keiner wissen sollte" als angebliche Enthüllung eine ganze Serie ausgesuchter Fotos von „Funktionären" linker Organisationen veröffentlicht worden, die in den berüchtigten „Schwarzen Büchern" an den westdeutschen Grenzen vom BGS zur Kontrolle benutzt werden. Darunter ist auch ein Bild von mir aus meiner „Jugendzeit" – auf dem ich mich selbst kaum noch erkennen kann. In der „Quick" ist es im typischen Stil der bekannten Terroristenfotos reproduziert.

Dieses Bild stammt aus meinem Reisepaß von 1968! Den Paß habe ich bisher (bis auf eine Ausnahme eines Grenzübergangs in Tunis 1968) ausschließlich zu Reisen durch die DDR benutzt. Ich wohnte derzeit in Westberlin. Ich kann mich nicht daran erinnern, jemals ein Duplikat meines Paßbildes an den VS oder das BKA mit der Bitte um Einspeicherung in den BEFA 7 - Computer geschickt zu haben. Genausowenig habe ich dem Einwohnermeldeamt (Paßamt) gestattet, das dort üblicherweise abzugebende Duplikat diesen Herrschaften oder überhaupt irgendjemand weiterzureichen. **Die Weitergabe dieses Paßfotos an VS oder BKA durch das Paßamt ist eindeutig ungesetzlich. Ich habe dagegen rechtliche Schritte eingeleitet.**

Zum zweiten: Ich muß mich doch sehr über die Oberfahnder beim BKA und VS wundern. Entweder sie verstehen nichts von ihrem Geschäft oder sie wollen die Öffentlichkeit verarschen. Nach d i e s e m Bild jedenfalls dürfte eine Fahndung – mindestens innderhalb der Grenzen der EG – völlig zwecklos sein. Erstens hat der Typ auf dem Bild nur noch entfernte Ähnlichkeit mit mir. Genausogut könnte es sich um einen der absichtlich vage gehaltenen „Terroristen"-Köpfe handeln. Zweitens zeige ich selbstverständlich an keinem Grenzübergang innerhalb der EG meinen Paß, sondern meinen Personalausweis vor. Darin ist ein anderes Bild. Drittens hat mich z.B. auf meiner letzten Urlaubsreise vor ein paar Wochen n i c h t ein Bulle i r g e n d w o kontrolliert, und das bei vier Grenzübertritten! Das ganze Gerede von dem „lückenlosen Fahndungsnetz" ist in Wirklichkeit Propagandageschwätz, das wesentlich der Einschüchterung und der Gewöhnung an solche Maßnahmen dient. **Die g e z i e l t e Fahndung bedient sich ohnehin anderer Mittel als solch dämlicher Fotos.**

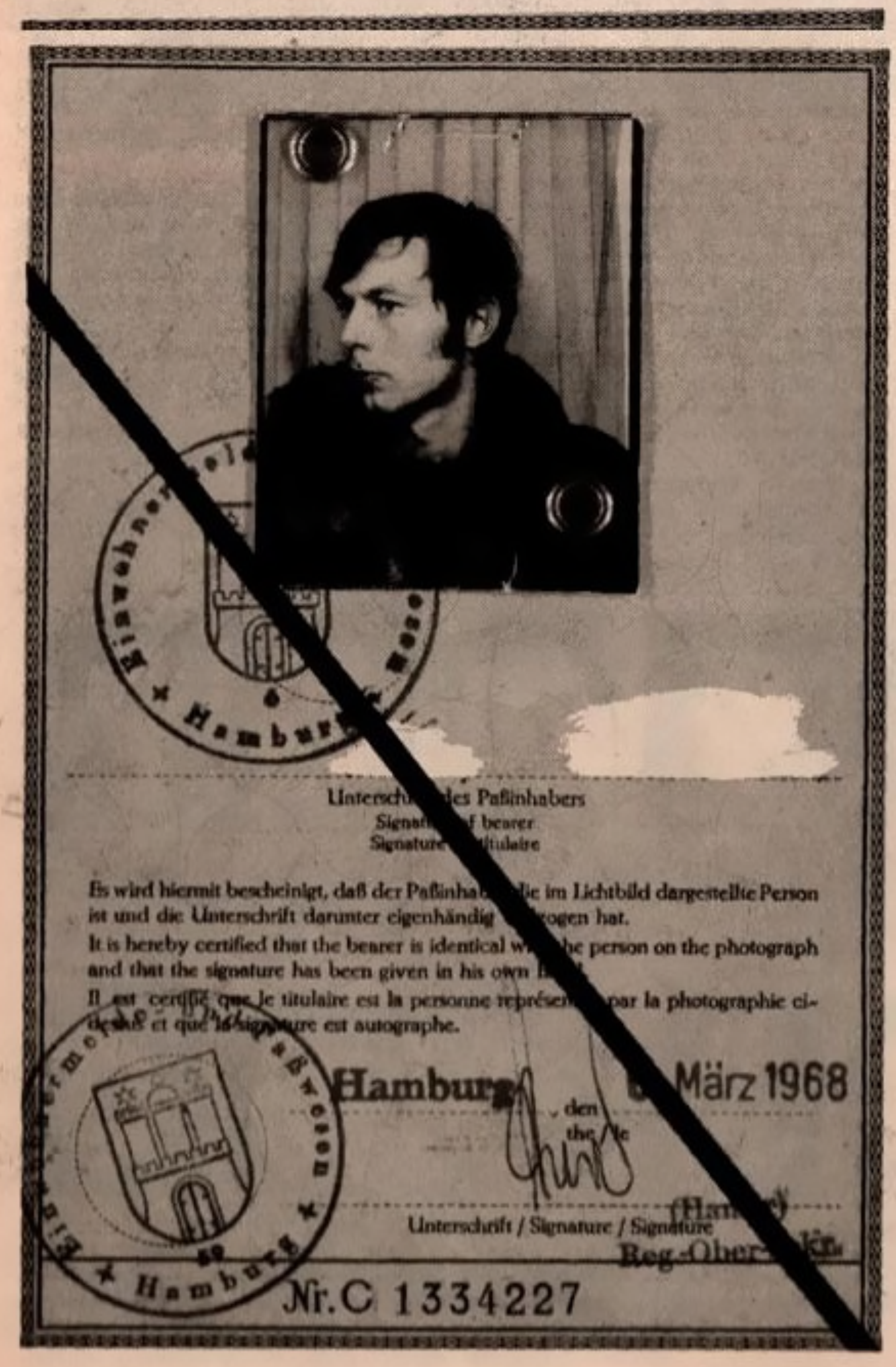
Es ist m.E. auch davon auszugehen, daß in der offenbar über mich bestehenden Fahndungsakte auch Fotos von mir existieren, auf denen ich tatsächlich erkennbar bin. D a s dürfte aus der Veröffentlichung für die „Quick" wohlweislich herausgehalten worden sein. Die Veröffentlichung d i e s e s Fotos in der „Quick" hat eindeutig einen ausschließlich denunziatorischen Charakter. **Auch gegen die „Quick" habe ich gerichtliche Schritte eingeleitet.**

Übrigens wüßte ich doch zu gern, wer denn außer mir sonst noch zum „Leitenden Gremium" des KB gehört. Vielleicht kann ich da mal aufgeklärt werden...?

Kai Ehlers
(presserechtlich Verantwortlicher des AK)



Fahndungsfoto von Kai Ehlers aus der "Quick"



Anklage gegen »Russell-Buch 5« erhoben

Mit Datum vom 5. Sept. hat die Staatsanwaltschaft Hamburg jetzt Anklage erhoben gegen den Genossen Jürgen Reents als Vertreter des Reents-Verlages wegen des Buches **„Antifaschistische Russell-Reihe 5 – Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD – zügiger Ausbau der neuen GeStaPo"**. Ihm wird vorgeworfen:

„a) die Bundesrepublik Deutschland und ihre verfassungsmäßigen Organe beschimpft und
b) andere beleidigt zu haben".

Sieben Paragraphen des Strafgesetzbuches werden aufgefahren, um die Anklage abzusichern:

- § 90 a: Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole – Strafmaß: bis fünf Jahre Haft, ersatzweise Geldstrafe;
- § 185: Beleidigung, Strafmaß ein Jahr, ersatzweise Geldstrafe;
- § 200: Bekanntgabe der Verurteilung, also: öffentliche „Richtigstellung";
- § 92 b: „Einziehung", ergänzt durch § 74 d: „Unbrachbarmachung", d.h. Vernichtung der Druckvorlagen usw. Darin enthalten ist auch die Möglichkeit, a l l e an der Verbreitung Beteiligten zu belangen (§ 74 a);
- § 194: Verfolgung auf Antrag von Behörden, statt – wie üblich – durch beleidigte Personen;
- § 52: „Tateinheit", d. h. bei Verletzung mehrerer Gesetze *„wird die Strafe nach dem Gesetz bestimmt, das die schwerste Strafe androht".*

Die Begründung der Anklage lautet: *„In dem Buch wird dem Leser durch die Wortwahl und die Art und Weise der Darstellung bezüglich der Bundesrepublik Deutschland das Bild eines Unrechtsstaates, der allgemeine Mißachtung verdient, vorgegaukelt, so insbesondere durch einen Vergleich der Verhältnisse in diesem Staat mit denen des nationalsozialistischen Regimes, durch die Bezeichnung der Bundesrepublik Deutschland als Polizeistaat, in dem planmäßig von der Regierung und von allen Parteien die Faschisierung vorangetrieben wird. Die Sicherheitsorgane werden mit Killerkommandos faschistischer Diktaturen gleichgesetzt. Es wird behauptet, es gebe faktisch eine GeStaPo und es würden politische Gegner von Polizeiorganen liquidiert und exekutiert. Dieser Vorwurf wird insbesondere gegen die Polizeibehörde in Hamburg und Berlin, sowie gegen das Bundeskriminalamt erhoben. Ferner wird in dem Buch der Name des Bundestagsabgeordneten Dr. Franz Josef S t r a u ß mehrfach ‚StrauSS' geschrieben".*

Des weiteren werden die „Ermittlungsergebnisse" wiederholt, die bereits in der Beschlagnahmeverfügung vom 23.5.78 vorgebracht worden waren, unter anderem: *„Es wird behauptet, in der ‚Hülle des demokrati-*

hauptet, in der ‚Hülle des demokrati-

schen Rechtsstaates' seien deutlicher als je zuvor die Konturen eines faschistischen Machtapparates erkennbar" und es werde *„dabei aber nicht nur vor einer m ö g l i c h e n Entwicklung gewarnt, sondern schon jetzt wird die Bundesrepublik Deutschland als Polizeistaat bezeichnet, in dem planmäßig von der Regierung und von allen Parteien (und der ‚Bourgeoisie') die Faschisierung vorangetrieben wird".*

Dafür werden im folgenden zwanzig Textstellen zitiert – unter vielen anderen bezeichnenderweise auch **„ ‚Nazis führend beim Geheimdienst und in der Polizei'. Diese Liste enthält eine Auswahl von Alt-Nazis in Führungsstellen des staatlichen Gewaltapparates"!**

Bei dieser Anklage soll es offenbar wirklich um's Ganze gehen: Der bloße kritische Vergleich der heutigen Verhältnisse mit der Nazi-Zeit, die Erinnerung an die äußerst mangelhafte „Entnazifizierung" gerade der Führungsstellen in Staat und Gesellschaft der BRD, die W a r n u n g vor der Gefahr einer erneuten Faschisierung hierzulande sollen als Verbrechen mit Gefängnis bedroht werden. Mit so einer Verurteilung würde jede ernsthafte antifaschistische Gesellschaftskritik kriminalisiert – ganz zu schweigen von revolutionärer Propaganda oder Aufrufen, dieser Entwicklung entgegenzutreten.

Interessant ist, daß die Staatsanwaltschaft sich die Mühe gemacht hat, gleich ein ganzes Rudel von Anklägern zusammenzutrommeln. Auf Ersuchen (!) der Staatsanwaltschaft haben bisher Strafantrag gestellt:

- Am 17.4. der Hamburger Polizeipräsident;
- am 17.5. der Westberliner Polizeipräsident;
- am 22.5. der Präsident des BKA (Herold);
- und schließlich am 10.7. Strauß.

Offenbar wollen die Herrschaften an diesem Buch ein E x e m p e l s t a t u i e r e n . Wir appellieren deshalb an alle bisherigen Kritiker der „Gefahr einer neuen GeStaPo" („stern", „konkret", „ED", „Frankfurter Rundschau" u.a.m.), den Versuch dieser massiven Pressezensur nicht totzuschweigen. Und wir fordern alle unsere Freunde auf, für ein breites Bekanntwerden des bevorstehenden Prozesses zu sorgen – insbesondere aber dafür zu sorgen, daß das Buch selbst verbreitet, gelesen und öffentlich diskutiert wird.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„iz3w" kritisiert Beschlagnahmung von „Russell-Buch 5"

Die Zeitschrift „blätter des iz3w" veröffentlichte im August eine Stellungnahme zur Beschlagnahmung unseres „Russell-Buch 5 " („Nach Schleyer: 'Sonderkommandos' in der BRD – zügiger Ausbau der neuen GeStaPo")

Nachdem anhand des Beschlagnahmebescheides ein eklatanter Widerspruch zwischen der herrschenden Praxis des Gewaltapparates in der BRD und der scheinheiligen Distanzierung von einem Vergleich der heutigen Machtstrukturen mit denen des Faschismus von Seiten der Gerichte aufgezeigt wird, heißt es: *„Wir mögen zur Faschisierungsthese des Kommunistischen Bundes stehen wie wir wollen, ebenso etwa zur Theorie vom Neuen Faschismus in den Schriften der RAF und der 'Bewegung 2. Juni', die allesamt der öffentlichen Auseinandersetzung durch Verbot entzogen sind. Wer nicht auch gegen die Zensur von Schriften eintritt, mit deren Inhalt er in keiner Weise übereinstimmt, gibt sein Recht preis, sich aus allen Quellen zu informieren. Er wendet sich nicht gegen Zensur schlechthin, sondern unterscheidet – vermutlich unbewußt–*

terscheidet – vermutlich unbewußt–

zwischen 'berechtigter' und 'unberechtigter Zensur' . Eine solche Unterscheidung hat fatale Konsequenzen. Wer Zensur zumindest teilweise für berechtigt hält, wird nie kontrollieren können, ob eine Zensur seinen Vorstellungen nach 'berechtigt' oder 'unberechtigt' war, da das Zensuramt die zensurierten Schriften in der Regel nicht im amtlichen Anzeiger veröffentlicht. Das Prinzip der Zensur ist es ja gerade, das Verbotene der öffentlichen Diskussion zu entziehen. Zensur ist also prinzipiell unkontrollierbar und deswegen nie mit demokratischen Prinzipien vereinbar. ...

Unabhängig, wie man zu den Inhalten zensierter Bücher stehen mag: Die offene Diskussion um den Charakter dieses 'freiheitlichsten Staates auf deutschem Boden', die Verbreitung eines unangenehmen Details aus dem Walten und Wirken seiner Exekutivorgane, dürfen wir uns nicht verbieten lassen!

Wir fordern die weitere Verbreitung des ‚Russell-Buches Nr. 5 ' und unterstützen den Reents-Verlag in Widerspruch und Prozeß gegen dieses Stück staatlicher Willkür".

Widerspruch und Prozeß gegen dieses Stück staatlicher Willkür".

Arbeitskonferenz für das Russell-Tribunal beschlossen

Am 9.9. trafen sich in Marburg Vertreter von Russell-Unterstützergruppen u.a. aus Frankfurt, Marburg, Hamburg, Göttingen, München, Köln, Bielefeld und Westberlin, um über die Einberufung einer Arbeitskonferenz zur Vorbereitung der 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals zu beraten. Beschlossen wurde, diese am 28./29.10. stattfinden zu lassen.

Anlaß für dieses Treffen war die Entscheidung über die Thematik der 2. Sitzungsperiode und die Weigerung des Sekratariats, eine schon beschlossene Arbeitskonferenz durchzuführen.

Auf einer internen Sitzung hatte die Jury, von der allerdings nur ein Drittel anwesend war, Anfang Juli beschlossen, folgende Themen zu behandeln:

1. **Zensur,**
2. **Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes,**
3. **Veränderungen in den Strafverfahren**

Ausdrücklich ausgeklammert wurde die Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse, wofür die Jury Zeigründe angibt. Weiterhin wurde abgelehnt, die Haftbedingungen gesondert aufzunehmen, da hierfür die Arbeitskapazität der Jury nicht ausreiche; allerdings werde dieses Thema Eingang finden im Punkt 3, soweit die Haftbedingungen zu erheblichen Behinderungen der Veteidigung führen würden. In beiden Fällen ist jedoch bekannt geworden, daß die westdeutschen Gremien des Tribunals, Beirat und Sekretariat, erheblichen Druck auf die Jury ausgeübt haben, diese Themen nicht zu behandeln. Von dieser Seite wurde sogar mit Rücktritt gedroht, falls die Jury anders entscheiden sollte (siehe ausführlicher Bericht in AK 134).

Diskutiert wurde in Marburg – über die Möglichkeit, die umstrittenen Themen doch noch vor das Tribunal zu bringen – über die Fälle, die in die festgelegte Thematik eingebracht werden sollen.

Übereinstimmung herrschte darin, daß die Unterstützerbewegung weiterhin auf der gesonderten Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse und der Haftbedingungen bestehen sollte. Festgelegt wurde, der Jury zum ersten Punkt neben den bisher schon vorliegenden Materialien eine Aufstellung über die Ausschlüsse nach den Betriebsratswahlen in diesem Jahr zu geben, um somit nochmals deutlich zu machen, welchen Stellenwert die Gewerkschaftsausschlüsse bei der Unterdrückung oppositioneller Meinungen in der BRD haben. Zum zweiten Punkt unterstützen die Anwesenden die Initiative von Westberliner Unterstützern, die folgende Fälle aufbereiten wollen:

1. „2. Juni–Gefangene" und „Unterstützer"
2. Katharina Hammerschmidt
3. Haftbedingungen im „Turm" in Westberlin
4. Irmgard Möller

Weiterhin wurde vorgeschlagen, den „Fall" Werner Hoppe vorzutragen, der gerade wegen seines lebensgefährlichen Gesundheitszustands ins Krankenhaus „entlassen" werden mußte.

Mit diesen Fällen soll sich direkt an die Jury-Mitglieder gewandt werden, um eine Auslese durch die westdeutschen Gremien zu verhindern.

Im Bereich Medien – zur Frage Zensur sollen vor allem Fälle der „Staatsverleumdung" (§ 90 a), der „Verherrlichung von Gewalt" (§88 a) und der Gleichschaltung der Medien bei Massendemonstrationen (Brokdorf, Grohnde) aufgegrifffen werden.

Im Bereich „Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes" soll die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit Polizei, Grenzschutz und anderen Geheimdiensten unter dem Oberthema „Neue Gestapo?" behandelt werden. Weiterhin die Lausch- und Spitzelaffären und der HSW-Skandal. Im Bereich „Veränderungen im Strafverfahren" die oben genannten Themen sowie das Kontaktsperregesetz (und seine Absicherung durch das Bundesverfassungsgericht).

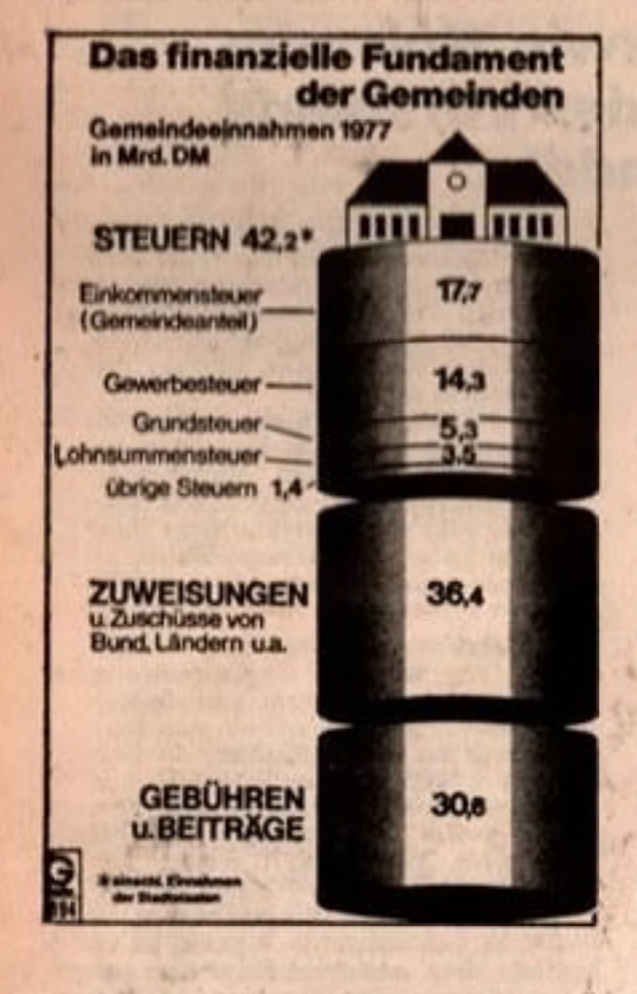
Weiterhin wurde die Möglichkeit eines gemeinsamen Rahmenprogramms während der 2. Sitzungsperiode besprochen.

Festgelegt wurde, daß diesmal nicht eine Initiative allein für die Veranstaltung zuständig sein soll, sondern daß die Veranstaltungen gemeinsam von den Unterstützergruppen geplant werden. Einigkeit bestand schon soweit , daß vom Sekretariat im offiziellen Rahmenprogramm eine Veranstaltung zu den Gewerkschaftsausschlüssen und den Haftbedingungen gefordert werden soll, und daß bei allen weiteren Veranstaltungen die Unterstützergruppen in die Vorbereitung mit einbezogen werden sollen. Letztere Forderung ergibt sich aus der Tatsache, daß im April (während der 1. Sißzungsperiode) die begleitenden Veranstaltungen an das SB vergeben worden waren.

Über diese Vorgänge soll endgültig auf der Arbeitskonferenz am 28./29.10. beraten und beschlossen werden.

Der Schwindel mit der Steuer "reform"

Seit Wochen beherrscht die Steuerdebatte die Schlagzeilen der bürgerlichen Medien. Neu aufgeflammt ist die Debatte nach dem EG-Gipfel Anfang Juli in Bremen und dem Bonner Wirtschaftsgipfel der wichtigsten kapitalistischen Staaten Mitte Juli. Auf dem letzteren hatte sich die BRD-Regierung darauf verpflichten lassen, ein neues Konjunkturprogramm über 13 Milliarden DM zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums zu entwickeln (siehe AK 134). Am 14. September hat die Bundesregierung nun ein neues Konjunktur- und Steuerpaket in den Bundestag eingebracht. In der öffentlichen Darstellung der Bonner Beschlüsse wird der Eindruck erweckt, als profitiere die Masse der Bürger von den Steuerbeschlüssen. Bereits nach dem EG-Gipfel jubelte die Staatspresse: "*auf den Gipfeltreffen wäre der Grundstein für die Entscheidungen gelegt (worden), die sich in den Brieftaschen vieler in Mark und Pfennig niederschlagen werden*" („Hamburger Abendblatt", 5.7.78).



Tatsächlich erwecken eine Reihe der jüngsten Entscheidungen der Bundesregierung diesen Eindruck: so gibt es eine Reihe steuerlicher Vergünstigungen, die auch den Mittelverdienern zugute kommen, so z.B. die Erhöhung des Kindergeldes, Heraufsetzung der Steuerfreibeträge, Abmilderung der Steuerprogression bei den mittleren Einkommen, Herabsetzung der Altersgrenze für Rentenbezieher (siehe Artikel: „Mit der einen Hand gegeben, mit der anderen doppelt zurückgeholt").

Was vordergründig wie eine Erleichterung aussieht, ist in Wahrheit aber nichts weiter als der Versuch, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen. Denn allenfalls bleibt als Ergebnis, daß die in den letzten Jahren rapide angestiegene Ausplünderung über die Steuern abgemildert wird. Die erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer, die ständig steigende Lohnsteuer fressen das Regierungs-„geschenk" sehr schnell wieder auf. Vielmehr kennzeichnet eine statistische Untersuchung treffender die Steuersituation des Normalbürgers: „*Seit dem 23. Juni 1978 arbeitet der ‚statistische Bundesbürger' für den Rest des Jahres nur noch für das Finanzamt... Steuern, Pflichtversicherungsbeiträge, Gebühren und Abgaben verschlingen inzwischen rund 50 % der Bruttoverdienste. Vor zehn Jahren lag dieser Anteil bei 37 Prozent, im Jahre 1960 bei 32 Prozent*"(„Extra-Dienst", 4.7.78).

Was also ist der eigentliche Grund für die bürgerlichen Parteien und ihre Presseschreiber, dies Gezappel um die Steuerfrage abzuziehen? Tatsache ist, daß die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Steuerpolitik wächst. Weiterhin verlangen die Kapitalisten von der Regierung mit immer stärker werdendem Druck, endlich die Steuern, die die Unternehmen treffen, abzubauen und damit Milliardengelder für Rationalisierung, Investitionen und neue Profitgeschäfte freizusetzen. Die Diskussion um die Senkung, bzw. Abschaffung der von den Unternehmen gezahlten Gewerbesteuer (z.B. Lohnsummensteuer, Kapitalertragssteuer) dient allein diesem Ziel. Der Streit zwischen den bürgerlichen Parteien geht darum, wie dieses Ziel am besten erreicht werden kann. Die CDU/CSU setzt auf offene unsoziale und pro-unternehmerische Maßnahmen, während die SPD einen Weg sucht, die prokapitalistische Steuer„reform" sozial zu verbrämen. Dabei besteht die „Schwierigkeit" darin, daß jede Steuererleichterung für die Kapitalisten zu Lasten der werktätigen Steuerzahler gehen muß.

Der öffentlich vorgeführte Streit um die Steuerfrage erinnert stark an die Auseinandersetzungen, die nach den Anti-AWK-Auseinandersetzungen um Fragen wie Baustop etc. geführt wurde. Auch dabei ging es nicht um den ernsthaften Versuch, das Atomprogramm zu stoppen, sondern der Bevölkerung über die demonstrierte Bereitschaft zur „kritischen" Überprüfung des Programms Sand in die Augen zu streuen, sich Luft zu verschaffen, um einen anderen Weg zur Durchsetzung des gleichen Ziels zu finden.

Mit der einen Hand gegeben — mit der anderen das Doppelte genommen



Folgende Steuerbeschlüsse hat die Bundesregierung dem Bundestag am 14.9. vorgelegt:
- die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 12 auf 13 Prozent und von 6 auf 6,5 Prozent für Lebensmittel
- Die Erhöhung des Grundfreibetrages in der Lohn- und Einkommensteuer von 3.300 auf 3.690 DM bei Ledigen und von 6.600 auf 7.380 DM bei Verheirateten
- Die Erhöhung des Kindergeldes für das dritte und jedes weitere für das dritte und jedes weitere Kind von 150 auf 195 DM im Monat
- Die Beseitigung des Tarifsprungs in der Lohnsteuer von 22% auf 30,8 Prozent, der insbesondere mittlere Einkommen trifft
- Die steuermindernde Absetzung von bis zu 9.000 DM jährlich bei Unterhaltszahlern.

Diese Maßnahmen sollen ab 1. Januar 1979 in Kraft treten. Lediglich die Mehrwertsteuer soll ab 1.Juli 1979 erhöht werden. Darüber hinaus sollen zum 1. Januar 1980 in Kraft treten:
- Die Heraufsetzung des Sonderausgabenhöchstbetrages für Versicherungsbeiträge zur Altersvorsorge von 1.500 auf 2.500 und von 3.000 auf 5.000 DM.
- Eine Steigerung des Kindergeldes für das zweite Kind um 20 DM auf 100 DM.

Als zusätzliche „arbeitsmarktentlastende Maßnahmen" kommen die Herabsetzung der Altersgrenze von 62 auf 61 Jahre ab 1979 und dann auf 60 Jahre ab 1980 sowie die Verlängerung des Mutterschutzes von 14 Wochen auf ein halbes Jahr hinzu.

Ist dieses Paket nun tatsächlich ein „Steuergeschenk"?

Berechnungen der Auswirkungen der Erhöhung des Grundfreibetrages und der Glättung des Tarifsprungs haben ergeben, daß die „*steuerlichen Entlastungswirkungen für ‚bessere' Verdiener... eindeutig stärker (sind)*" (Metall, 9.8.78). Um das am Beispiel deutlich zu machen: Nach den neusten Steuerbeschlüssen zahlt ein lediger Steuerzahler mit einem Jahreseinkommen von 20.000 DM ab 1979 rund 85 Mark weniger Steuern im Jahr, bzw. etwa 7 Mark weniger im Monat. Der Verheiratete mit 32.000 DM Jahreseinkommen zahlt künftig 170 DM im Jahr und 14,20 Mark im Monat weniger. (Wer jetzt das Geld gleich ausgeben will, sollte erst mal weiterlesen).

Bei den reicheren Leuten sieht das schon ganz anders aus: Wer 60.000 DM im Jahr „verdient", spart 1.228 DM jährlich, also mehr als 100 DM im Monat. Bei 120.000 DM Jahreseinkommen steigt der Steuernachlaß auf 1.800 DM im Jahr und 150 DM im Monat. Das heißt, diese Leute bekommen in einem Monat so viel geschenkt, wie andere im ganzen Jahr! „*Zieht man Steuerentlastung und erhöhtes Kindergeld zusammen, so kommt der Normalverdiener auf 710 DM*(im Jahr, rund 60 DM im Monat; Anm. AK), *der Großverdiener auf 1.730 DM* (rund 145 DM im Monat; Anm. AK) *Entlastung. Diese Relationen sind bei Lohnempfängern ohne Kinder zwar nicht ganz so kraß, das Prinzip des Systems aber wird streng gewahrt: Wer hat, dem wird gegeben*"(„Extra-Dienst", 1.9.78).

Diese Steuerentlastung wird zu einem großen Teil durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer gleich wieder aufgefressen. „*Man schätzt die monatliche Belastung eines Arbeiterhaushalts durch diese Mehrwertsteueranhebung mit ca. 28 Mark. Dabei ist sogar noch optimistisch unterstellt, daß die mehrwertsteuerbedingten Preiserhöhungen nicht zum Anlaß für darüber hinausgehende Preisanhebungen genutzt werden*" (Metall, 9.8.78).

Ein weiters Argument gegen diese neue Steuer„reform" ist, „*daß die Entlastungen noch nicht einmal die heimlichen Lohnsteuererhöhungen eines einzigen Jahres wegretuschieren. Vereinfacht: Was im Jahre 1978 durch die nominelle Aufblähung der Löhne per Steuerprogression wegrasiert worden ist.., wird nunmehr über Jahre verteilt (die nächste Korrektur folgt bestimmt nicht vor 1981) ‚geschenkt'. Es kann als sicher unterstellt werden, daß die Lohnsteuereinnahmen des Staates im Jahre 1979 dennoch wieder höher sein werden als 1977/78. Und das bei schrumpfenden Beschäftigtenzahlen*" („Extra-Dienst", 1.9.78).

Trotz aller großartigen „Steuergeschenke" in diesem und im letzen Jahr wird die Steuerbelastung für die Werktätigen nicht geringer, sondern immer g r ö ß e r ! Die jährliche Lohnsteuerzahlung eines „Durchschnittverdieners" „*schnellte von 133 Mark im Jahre 1950 auf 4.332 DM im Jahre 1977 in die Höhe. Und trotz zweier Steueränderungsgesetze im vergangenen Jahr hat er 1978 mit 4.425 DM eine noch höhere Steuerlast zu tragen. Nach Regierungsberechnungen wird bis 1982 die jährliche Lohnsteuer des Durchschnittsverdieners bei fast 7.000 Mark angelangt sein und sich damit innerhalb von fünf Jahren nochmals um fast 60 Prozent erhöht haben*" („UZ", 25.8.78).

Und schon hat die „sozialliberale" Koalition deutlich gemacht, daß ihr neustes „Steuergeschenk" das letzte bleiben soll: „*Der Spielraum für eine grundsätzliche Steuertarifreform* (die die Steuerbelastung der Werktätigen tatsächlich senken könnte, Anm. AK) *ist laut Aussage der Bundesregierung voll ausgeschöpft(!)*" („Metall", 9.8.78).

Ebenso eindeutig ist die Haltung des Großverdieners (über 10.000 Mark im Monat) und Bundeskanzlers Schmidt. „Wenig Verständnis" hat er für die Kritik am Steuerpaket „*wegen dessen angeblich (?) unsozialen Charakters. Für einige (??) kleine Einkommensbezieher könne nur wenig herauskommen, weil sie kaum Steuern zu zahlen hätten, meinte er*" („FR", 15.9.78). Ganz unverblümt hat der Regierungssprecher Grünewald erklärt, er bedaure es, wenn bei dem „Steuerstreit" „*der ‚e i g e n t l i c h e Zweck der Übung', eine Steuersenkung für die Wirtschaft zu erreichen, vergessen werde*" („FR", 4.9.78; Hervorhebung von uns).

Wirtschaftskommission

11 Milliarden DM Steuergeschenke für die Kapitalisten

Kernstück und Hauptstreitpunkt der Auseinandersetzungen um das neue Steuerpaket ist die von der FDP und Kanzler Schmidt geforderte Abschaffung der Lohnsummensteuer, die Erhöhung des Freibetrages bei der Kapitalertragssteuer von 24.000 auf 36.000 DM und die insbesondere von der CDU erhobene Forderung nach weiteren Gewerbesteuersenkungen. Allein das vorliegende SPD/FDP-Programm bedeutet eine Senkung der Unternehmenssteuern um drei Milliarden DM netto. Damit hat die „sozial-liberale" Regierung es geschafft, innerhalb von zwei Jahren 11 Milliarden DM Steuergeschenke an die Großunternehmen der BRD zu machen: im Jahre 1977 wurden
— Einkommens- und Gewerbesteuerleichterungen geschaffen
— die Abschreibungsbedingungen für die kapitalistischen Betriebe „verbessert"
— Die Körperschaftssteuer zugunsten der Unternehmen geändert.
— die Vermögenssteuer um fast 30% gesenkt
— der Freibetrag für die Lohnsummensteuer von 9.000 DM jährlich auf 60.000 DM erhöht
— der in diesem Jahr wieder erhöhte Freibetrag für die Gewerbesteuerertragssteuer auf 24.000 DM erhöht.

Alles in allem machte dies 8 Milliarden DM, zusammen mit den neuerlichen 3 Milliarden also 11 Milliarden DM!

Der Streit um die Lohnsummensteuer

Die Lohnsummensteuer wird in 800 der ca. 8.000 Gemeinden der BRD eingezogen (ein bestimmter Betrag der gesammten Lohnsumme eines Betriebes wird steuerlich abgeführt). Ziel ihrer Einführung war es, den Gemeinden hierüber höhere Steueranteile zukommen zu lassen. Die Kapitalisten greifen diese Steuer schon lange als „ungerecht" an. Im Gegensatz zur Kapitalertragssteuer (die sich am Ertrag des eingesetzten Kapitals orientiert, also bei geringen Erträgen geringe Steuern), sei die Lohnsummensteuer als ertragsunabhängige Steuer leistungsungerecht, da sie besonders lohnintensive Betriebe belaste und außerdem Zeiten schlechter Ertragslage nicht berücksichtige. Die Lohnsummensteuer betrifft vor allem die Großindustrie, die sich seit längerem über den „Bundesverband der deutschen Industrie" (BDI) für ihre Abschaffung einsetzt. Ihre Abschaffung erspart den Unternehmen netto 2,3 Milliarden DM. Die Gemeinden erhalten als Ausgleich für die Steuerverluste über verschiedene steuerpolitische Maßnahmen nur etwa die Hälfte des Ausfalls zurück. Darin liegt auch der Grund für die Interventionen sozialdemokratischer Politiker in Nordrhein-Westfalen.

Im Interesse des Großkapitals

Die jüngsten Steuerbeschlüsse werden damit gerechtfertigt, daß dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden, da die Unternehmen durch Steuererleichterungen Mittel für neue Investitionen freisetzen könnten. Gerade die Abschaffung der Lohnsummensteuer entlarvt dies als Schwindel, denn allein oder zumindest hauptsächlich profitierender Teil ist das Großkapital, das die gewonnenen Gelder vorzugsweise nicht für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der BRD ausgibt, sondern für Rationalisierungsmaßnahmen oder für den Kapitalexport.

So trifft die Abschaffung besonders hart das Ruhrgebiet. Die dortigen Gemeinden, gekennzeichnet von ho her Arbeitslosigkeit (weit über dem Bundesdurchscnitt), haben nun noch weniger Mittel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in der Hand. Wie großkapitalfreundlich die Regierungsmaßnahme ist, wies der nordrhein-westfälische Bundesratsminister Zöphel (SPD) in einem Berechnungsbeispiel nach:

Fünf Großunternehmen in einer Ruhrgebietsstadt (namentlich nicht genannt) hatten 1977 ein Lohnsummensteueraufkommen von 22,93 Millionen DM, was 45% des gesamten Steueraufkommens ausmachte. Durch Abschaffung der Steuer zugunsten einer Erhöhung der sogenannten Hebesätze für die Kapitalertragssteuer brauchen die fünf zukünftig nur noch 4'5 Millionen DM zu zahlen und sparen damit 18'2 Millionen DM! Zöphel hat nun errechnet, daß, neben der zusätzlichen Gebührenbelastung der Bevölkerung, durch Erhöhung der Gewerbesteuer vor allem kleine und mittlere Unternehmen betroffen sind (für verschiedene Berufe wie Tischler, Versicherungskaufmann, Konditor, Gastwirt, Apotheker etc. errechnete er Steuersteigerungsraten von 24% bis 33%). Gleichzeitig stellte Zöphel fest, daß es gerade die fünf Großbetriebe waren, die in den letzten Jahren mehrere tausend Arbeitsplätze wegrationalisierten (nach „Frankfurter Rundschau", 16.9.78).

Helmut Schmidt in den Fußstapfen des BDI

Bei den Unternehmerverbänden ist das Programm der Regierung Helmut Schmidts auf Zustimmung gestoßen, wenn auch zwei Punkte kritisiert wurden: zum einen sei die direkte Steuererleichterung für die Unternehmen noch zu gering, zum anderen habe sich die SPD-Regierung unter dem Druck der „*Sozialpolitiker, der Frauen, der Arbeitsplatzverteiler, Investitionslenker und linken Ideologen*" in der SPD zu viel zu vielen Zugeständnissen hinreißen lassen („FAZ", 1.9.78). Dennoch wird auch von der CDU/CSU Zustimmung zu den „*vernünftigen Ansätzen des Steuerpakets*" verlangt.

Der „Bundesverband der deutschen Industrie" (BDI) hat in seinem Jahresbericht 1977/78 seine steuerpolitischen Ziele veröffentlicht. Ziel sei es gewesen, „*auf der einen Seite verstärkte investive Ausgaben der öffentlichen Haushalte im Bereich der Infrastruktur, auf der anderen Seite die Belebung der privaten Investitions- und Konsumgüternachfrage durch steuerliche Entlastungen und den Verzicht auf Steuermehreinnahmen*" zu erreichen. Im Klartext: mehr öffentliche Investitionen als Auftragsvergabe an Unternehmen, weniger Steuereinnahmen durch Senkung der Unternehmenssteuern, damit mehr Geld für private Investitionen da ist. Da zugleich Steuersenkung und Mehreinnahmen gefordert werden, bedeutet dies nichts weiter als eine Umverteilung der Steuerlast noch mehr zu Lasten der Werktätigen!

Auffällig ist die Übereinstimmung der Forderungen des BDI mit den jetzt diskutierten und z.T. schon beschlossenen Steuerveränderungen. Im einzelnen fordert der BDI in seinem im Mai 1978 erschienenen Jahresbericht:
— „*Verlagerung der Steuerbelastung von den direkten auf die indirekten Steuern*", sprich Erhöhung u.a. der Mehrwertsteuer (die eine indirekte Steuer ist). Antwort der SPD-Regierung: Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11% auf 12% ab 1.7.79.
— Herabsetzung der Gewerbesteuerbelastung. Die bei der letzten Steuerreform gewährte Heraufsetzung der Steuerfreibeträge kritisiert der BDI als unzureichend, da sie „*nur kleinen Betrieben des Handels und Handwerks zugute*" kommt. Unmittelbare Forderung: „*Reform der Gewerbesteuer mit dem Ziel einer Abschaffung der Lohnsummensteuer*". Antwort der SPD-Regierung: Abschaffung der Lohnsummensteuer!

Längerfristig erwartet der BDI eine völlige Abschaffung der Gewerbesteuer, was für die Kapitalisten Einsparungen von 30 Milliarden DM bedeuten würde. Die CDU und insbesondere die CSU machen sich unter dem Stichwort, die „leistungsfeindlichen" Steuern zu bekämpfen, heute zum offenen Fürsprecher des Großkapitals. Die SPD als regierende Partei ist bemüht, in wohldosierten Schritten in diese Richtung zu gehen.

Hessen: Heiße Phase des Wahlkampfs!

In Hessen hat die Endphase des Wahlkampfs begonnen. Viel später als die bürgerlichen Parteien, einschließlich DKP und GAZ, mit viel weniger Geld, dafür aber viel mehr Improvisation und Selbsthilfe ist die Grüne Liste Hessen (GLH) mit Aktivitäten an die Öffentlichkeit getreten. Die Resonanz war ähnlich verblüffend wie beim ersten Auftreten der Bunten Liste in Hamburg. Das Interesse, das der GLH auf der Straße entgegengebracht wird, ist unerwartet groß. Die GLH hat ihre Schwerpunkte im Wahlkampf so gesetzt, daß vor allem die Arbeit der wichtigsten Bürgerinititativen in Hessen propagiert und unterstützt wird, auch wenn diese nicht an der GLH teilnehmen. Zum anderen wird versucht, eine Auseinandersetzung mit dem linken Flügel der Sozialdemokratie zu führen.

In Frankfurt und Darmstadt haben am 9.9. Stadtteilfeste mit jeweils mehreren Hundert Besuchern stattgefunden, auf denen auf die Stadtzerstörung (Darmstadt) oder auf die Situation von Kindern und ausländischen Familien (Frankfurt) aufmerksam gemacht wurde. Wahlplattformen der GLH waren jeweils in Windeseile ausverkauft. In Frankfurt hat die GLH eine Flugblatt- und Plakataktion zur Unterstützung des Kampfes von Bügerinitiativen gegen die geplante Stadtautobahn A 66 und A 49 durchgeführt. Am 20.9. stellt sich die GLH Frankfurt mit einer Veranstaltung vor unter dem Motto: „Alternative zu Dregger und Börner". Möglicherweise wollen Leute wie Zwerenz dort in die Diskussion eingreifen. In Kassel ist ein „Grüner Jahrmarkt" am 23.9. und eine Veranstaltung gegen den Abbau demokratischer Rechte (29.9.) geplant. In Offenbach/Land hat sich die GLH mit einem Offenen Brief an Börner gewandt, um gegen die Steuergeschenke an die Raketenfirma OTRAG zu protestieren (die OTRAG hat in diesem Wahlkreis ihren Sitz, und somit ist das dortige Finanzamt verantwortlich dafür). Hier und dort haben Juso-Gruppen Interesse an Diskussionsveranstaltungen mit der GLH geäußert. Man darf gespannt sein, ob die SPD das genehmigt, bzw. ob die Jusos solche Diskussionen auch gegen den Einspruch der Partei durchziehen. Frauen in der GLH haben ein Flugblatt zum Thema „Duogynon" („Achtung: Gift für Frauen!") herausgebracht, das nach kürzester Zeit vergriffen war. Usw. usf.

Besonders interessant sind die Veranstaltungen, die von Bürgerinitiativen in die Wahlkampfzeit hineingelegt wurden. So ist die GLH beispielsweise beim Aktionskreis Leben in Frankfurt (26.9.) und beim BBU auf dessen Plutonium-Kongreß in Hanau (22. – 24.9.) eingeladen, obwohl beide keine Wahlempfehlung für sie abgegeben haben. Dieser Dialog mit den BIs wird für die GLH über den 8. Oktober hinaus zur wichtigsten Frage werden.

Eine zentrale Aktivität vor dem Wahltag wird voraussichtlich eine Demonstration gegen das AKW Biblis am 1. Oktober sein, die z.Z. in der BI-Bewegung diskutiert wird. An einem Treffen dazu nahmen 13 Bürgerinitiativen aus Hessen, der Aktionskreis Leben Frankfurt sowie die GLH und GLU (!) teil. Die Aktion soll vor allem angesichts der um den Bau von Block C entbrannten Diskussion den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung dokumentieren. Börner hatte bekanntlich versprochen, auf eine Erweiterung von Biblis zu verzichten. Eine verbindliche Erklärung der Landesregierung darüber liegt jedoch nicht vor. Stattdessen zieht sich die Koalition darauf zurück, in der scheinbaren Pose des „neutralen Beobachters", das Ergebnis des Genehmigungsverfahrens abzuwarten. Da völlig klar ist, daß die hessische Landesregierung, einschließlich Börner, uneingeschränkt an der Verwirklichung des Atomprogramms festhält, wollen die BIs diesem Wahlbetrug entgegentreten. Gleichzeitig soll mit der Aufklärung über die permanenten Störfälle und Unfälle in bundesdeutschen AKWs und über die kriminellen Entsorgungspraktiken (La Hague-Verträge!) die Notwendigkeit einer sofortigen Stillegung aller AKWs demonstriert werden. Besonders für diese Problematik gilt, daß (verglichen zur normalen Situation) ein immenses Interesse an Informationen vorhanden ist.

Die GLU hat sich als Landesverband bisher nicht dazu entschließen können, eine Wahlempfehlung abzugeben. Dies wurde den Kreisverbänden freigestellt. Der hessische GLU-Vorsitzende Truss erklärte allerdings, einen GLU-spezifischen Wahlkampf in seinen beiden Wahlkreisen zu Gunsten der GLH einzustellen. Die GAZ kandidiert ebenso wie die GLH in allen Wahlkreisen. Sie ist bisher mit einigen Gruhl-Veranstaltungen (Frankfurt, Marburg) an die Öffentlichkeit getreten sowie mit einer finanziell sehr aufwendigen Plakataktion. In Frankfurt legte Gruhl vor ca. 600 Zuhörern besonderen Wert auf eine strikte Abgrenzung gegen „kommunistische Unterwanderung"! GLH-Anhänger, die etwa ein Drittel der Besucher ausmachten, wunderten sich über die bedrohliche Ordnertruppe, die die GAZ zum Saalschutz aufgeboten hatte. Die GLU Hessen verteilte ein sehr prägnantes Flugblatt, in dem auf Gruhls repressive Zukunftsvorstellungen hingewiesen und vor einer Blut- und Boden-Ideologie gewarnt wurde. Immerhin!

KB / Gruppe Frankfurt

Die GLH (Grüne Liste Hessen) hat nicht die Finanzquellen der etablierten Parteien! Um die allernotwendigsten Aufwendungen im Wahlkampf bestreiten zu können, hat sie um Spenden gebeten. Konto der GLH: Frankfurter Volksbank E.G. Nr. 37250/1.
Informationen über die GLH, insbesondere die Wahlplattform, sind zu beziehen bei Jens Matthaes, 6000 Frankfurt 1, Neuhofstraße 42.

„Die Grünen" in Bayern

Für die bayerischen Landtagswahlen am 15. Oktober haben acht Parteien und Organisationen (SPD, FDP, CSU, NPD, Bayernpartei, DKP, „die Grünen", KBW) in ganz Bayern Kandidaten aufgestellt. „Die Grünen", ein „Wahlbündnis" von AUD und GAZ, mit einem AUD-GAZ Mischmaschprogramm, kandidieren in allen sieben Regierungsbezirken und in 99 von 105 Stimmkreisen.

Der GAZ-Landesvorsitzende Helmbrecht von Mengershausen gibt sich optimistisch: „*Vor acht Wochen hätte ich nur an einen Achtungserfolg von drei bis vier Prozent geglaubt, aber heute bin ich sicher, daß wir über 5% kommen. Die Chance, daß wir es schaffen, ist mit den Händen zu greifen*" („Welt", 13.9.78). AUD-Gründer Haußleiter kündigte gleich eine Ausweitung des „Modell Bayern" auf die Europa- und Bundestagswahlen an. „*Auch mit der GAZ von Herbert Gruhl seien entsprechende positive Gespräche geführt worden*" (ebd.).

Die Grüne Liste Bayern („Wir sind keine Atomkraftgegner"), die eine Landesliste nicht zustande gebracht hat, sondern lediglich in einigen Stimmkreisen (Schwaben) kandidiert hat ansonsten eine Wahlempfehlung zugunsten AUD/GAZ herausgegeben.

Bunte-Liste-Initiativen kandidieren nicht, da sie mehrheitlich auf ihrem 2. Wahlkongreß in Juli eine Kandidatur in der kurzen Frist für nicht mehr machbar hielten.

Grüne Liste Schleswig-Holstein: Pressekampagne des Vorstands gegen Kreisverbände!

Am 3. September hatten sich in Lübeck Kreisverbände und Initiativkreise der „Grünen Liste Schleswig-Holstein" getroffen, um eine gemeinsame Politik angesichts der Angriffe des Vorstands auf die Autonomie der Kreisverbände zu beraten: der Vorstand hatte die Anerkennung der Kreisverbände abgelehnt, da sie keinen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen Kommunisten haben. Dieser Kongreß war für den Vorstand Anlaß, eine wütende Pressekampagne gegen die Kreisverbände zu beginnen. Damit sollte auch der zweite Kongreß der Grünen Liste Schleswig-Holstein am 24. September in Wilster vorbereitet werden. Die Tatsache, daß sich fünf Kreisverbände und drei Initiativkreise in Lübeck auf ein gemeinsames Vorgehen für den 24. September geeinigt und ein Koordinationsgremium gebildet haben, ist dem Vorstand ein besonderer Dorn im Auge. Der Pressefeldzug begann einen Tag nach dem Lübecker Treffen unter Federführung des Vorstandsmitglieds G.P. Werner, nordfriesischer Kreistagsabgeordneter, der mittlerweile offen mit der GAZ liebäugelt: "*Nach Information Werners* (Anm.: der selbst auf dem Lübecker Kongreß anwesend war) *sollen sich in Lübeck verschiedene Gruppierungen des KB getroffen haben, die nicht in den Landesverband der 'Grünen' aufgenommen werden. Das Konzept des Kommunistischen Bundes laufe darauf hinaus, mit Hilfe von 'Strohmännern' den Grünen beizutreten. Dabei werden nach Ansicht des Sprechers die Mitglieder des KB auch versuchen wollen, ihre wahre politische Position zu verbergen ... Er erwarte trotzdem, daß es gelinge, die Gefahr in der Öffentlichkeit deutlich zu machen und sie so abzuwenden. Sollte es möglich sein, die Extremisten von den ‚Grünen' fernzuhalten, sei die Gründung einer ‚Bunten Liste' – wie in Hamburg nicht mehr auszuschließen*" (zitiert nach "Flensborg Avis", 5.9.78). Den nächsten Angriff auf den KB schob G.P. Werner einige Tage später durch ein Rundschreiben an "*alle Freunde der Grünen Liste mit der Bitte um Verbreitung*" nach, das gleichzeitig an die schleswig-holsteinische Presse ging und von dieser begierig aufgegriffen wurde. Beigelegt war dem Schreiben ein Rundbrief unserer Organisation, das die Diskussion "Wie geht es weiter im KB" behandelt, angeblich "*ein Strategiepapier des KB zur Spaltung der Grünen Listen.*"

In seiner Erklärung schreibt Werner: "*Eine besondere Gefahr bildet für die Grünen in Schleswig-Holstein der Kommunistische Bund, der auch schon in anderen Bundesländern aktiv ist. Ziel und Arbeitsweise dieses KB sind uns jetzt in drastischer Weise durch einen internen KB-Text verdeutlicht worden...*"

Viel Lob fand dieser Feldzug des Vorstands bei der rechten schleswig-holsteinischen Presse: "*Nach dem Erfolgsrezept der Bunten Liste in Hamburg geht der Kommunistische Bund jetzt auch in Schleswig-Holstein gegenüber der Grünen Liste vor. Da man offensichtlich sieht, daß sich der Landesvorstand der Gefahr bewußt ist, die durch eine kommunistische Unterwanderung droht und deshalb einen UVB faßte, nimmt man jetzt seitens des KB die Spaltung der Grünen bewußt in Kauf, obwohl man vorgibt, diese energisch verhindern zu wollen*" („Flensburger Tageblatt 5.9.78). Auch die CDU meldete sich erstmals zu den Problemen des Vorstands mit den Kresiverbänden zu Wort und nutzte die Chance, zu einem noch schärferen Rechtskurs aufzufordern: "*Die Vorgänge in Schleswig-Holstein bewiesen, daß die Grünen Listen nicht bereit seien, sich an demokratische Spielregeln zu halten ...Sie seien bereits heute weitgehend von Kommunisten unterwandert und nicht in der Lage, auch nur annähernd einen Beitrag zur Lösung der von ihnen angesprochenen Probleme zu leisten*" (nach "Husumer Nachrichten", 6.9.78).

Von dem auf dem Lübecker Kongreß gebildeten Koordinierungsgremium wurde gegen die Pressekampagne G.P. Werners ein 'Offener Brief' an den Vorstand der von den Kreisverbänden Lauenburg, Stormarn, Lübeck, Flensburg/Stadt, Neumünster, Ostholstein, Rendsburg-Eckernförde und Pinneberg unterzeichnet wurde. Diese Stellungnahme, die an alle Mitglieder der Grünen Liste sowie Bürger-Initiativen und Frauengruppen ging, stellt nochmals die Beschlüsse des Lübecker Kongresses dar und schlußfolgert: "*Es zeigt sich mit dem Verhalten G.P. Werners sehr deutlich, daß auch innerhalb der Grünen Liste Schleswig-Holsteins noch die Strukturen der etablierten Parteien vorhanden sind. Unser Ziel ist, die anfänglichen Schwierigkeiten in dieser Richtung zu überwinden und eine wirkliche Alternative darzustellen.*"

KB-Landesleitung Schleswig-Holstein

Grüne Liste Hessen macht OTRAG zu einem Wahlkampf-Thema
— Offener Brief an Ministerpräsident Börner!
Mit einem Offenen Brief an Holger Börner vom 8.9. nahm der Kreisverband Offenbach-Land (West) der GLH das Thema „OTRAG" in seinen
OTRAG-Skandal noch breiter bekannt zu machen und somit ihm evt. ein Ende zu bereiten ... Wir betrachten die Verbreiterung des
pfehlungen verrechnen, die sie beschwörend als Beruhigungspillen an die nervös gewordene sozial-liberale Koalition austeilt: „Unter diesen As-
Rendsburg-Eckernförde und Pinneberg unterzeichnet wurde. Diese Stellungnahme, die an alle Mitglieder der Grünen Liste sowie Bürger-Initiativen und Frauengruppen ging, stellt nochmals die Beschlüsse des Lübecker Kongresses dar und schlußfolgert: "Es zeigt sich mit dem Verhalten G.P. Werners sehr deutlich, daß auch innerhalb der Grünen Liste Schleswig-Holsteins noch die Strukturen der etablierten Parteien vorhanden sind. Unser Ziel ist, die anfänglichen Schwierigkeiten in dieser Richtung zu überwinden und eine wirkliche Alternative darzustellen."
KB-Landesleitung Schleswig-Holstein
– wie in Hamburg nicht mehr auszuschließen" (zitiert nach "Flensborg Avis", 5.9.78). Den nächsten Angriff auf den KB schob G.P. Werner einige Tage später durch ein Rundschreiben an "alle Freunde der Grünen Liste mit der Bitte um Verbreitung" nach, das gleichzeitig an die schleswig-holsteinische Presse ging und von dieser begierig aufgegriffen wurde. Beigelegt war dem Schreiben ein Rundbrief unserer Organisation, das die Diskussion "Wie geht es weiter im KB" behandelt, angeblich "ein Strategiepapier des KB zur Spaltung der Grünen Listen."
In seiner Erklärung schreibt Werner: "Eine besondere Gefahr bildet

Grüne Liste Hessen macht OTRAG zu einem Wahlkampf-Thema

— Offener Brief an Ministerpräsident Börner!

Mit einem Offenen Brief an Holger Börner vom 8.9. nahm der Kreisverband Offenbach-Land (West) der GLH das Thema „OTRAG" in seinen Wahlkampf auf.

Die SPD/FDP-Landesregierung in Hessen hat seit 1974 entscheidende Schrittmacherdienste für OTRAG geleistet. Im Oktober jenes Jahres ließ sich die Firma im hessischen Neu-Isenburg nieder. Das Finanzamt Offenbach-Land gestand der Abschreibungsfirma OTRAG nach Rücksprache mit dem Hessischen Finanzminister und der Oberfinanzdirektion Frankfurt Verlustzuweisungen in Höhe von erst 260% und später von über 300% zu. Damit erhielten die OTRAG-Aktionäre Steuergeschenke der Hessischen Landesregierung in Millionenhöhe. Außerdem will die OTRAG demnächst in Kassel einen Produktionsbetrieb mit 1000-2000 Beschäftigten errichten. Die dem Hessischen Wirtschaftsministerium unterstehende „Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft" (HLT) hat hierfür offensichtlich seit 1975 die Genehmigung erteilt.

Die GLH fordert in ihrem Brief an die Landesregierung „*sofortige Auskunft über den OTRAG- und Steuerskandal*" in Form eines Regierungsberichts über die gesamte bisher der OTRAG geleistete Unterstützung und schreibt weiter: „*Sollte sich unsere Vermutung als richtig erweisen, daß das Hessische Finanzministerium für den OTRAG-Skandal verantwortlich ist, so fordern wir den sofortigen Rücktritt aller dafür verantwortlicher Personen*".

Weiter wird von der SPD/FDP-Koalition gefordert, „*sich mit allen Mitteln für die Rückgabe des okkupierten Gebietes in Zaire einzusetzen*". Der Brief wurde der bürgerlichen Presse sowie den Alternativ-Zeitungen zugänglich gemacht. In einem Begleitschreiben an die letzteren wird die linke Presse gebeten „*unabhängig wie ihr zur Grünen Liste Hessen steht – unseren Brief aufzugreifen, den OTRAG-Skandal noch breiter bekannt zu machen und somit ihm evt. ein Ende zu bereiten ... Wir betrachten die Verbreiterung des OTRAG-Skandals nicht nur als Möglichkeit zur Sensibilisierung der Menschen gegenüber dem BRD-Imperialismus, sondern auch als eine Verpflichtung der internationalen Solidarität.*"

Wir begrüßen diese Initiative der GLH von ganzem Herzen und wünschen uns, daß damit das Eis gebrochen werden kann und sich die gesamte Linke des Themas intensiver als bisher annimmt. Die erste Reaktion auf den GLH-Vorstoß von regierungsnaher Seite ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Offensichtlich von interessierter Seite bewußt lanciert, um das brisante Thema OTRAG gleich zu Beginn für den hessischen Wahlkampf zu entschärfen, erschienen in der „Offenbach Post" und in der „Frankfurter Rundschau" fast gleichlautende Artikel über den Steuerskandal-Aspekt mit dem beschwichtigenden Tenor, im Grunde würden die OTRAG-Anleger ja überhaupt nicht von den staatlichen Verlustzuweisungen profitieren: „*Fazit: Verlustzuweisungen sind, wenn alles gut geht, ansehnliche Steuerstundungen. Sehr oft bringen sie dem Anlieger jedoch auch reale Verluste (!)*" („FR", 15.9.). Das mag, so allgemein gesprochen, sicher richtig sein, nur mit dem konkreten Fall OTRAG hat es nichts zu tun, denn diese Steuerkonstruktion wurde nachweislich so angelegt, daß die OTRAG-Aktionäre nur gewinnen und überhaupt nichts verlieren können! Darin besteht ja gerade die Einmaligkeit dieses Steuerskandals, von dem „Die Zeit" richtig bemerkt: „*Im Prinzip kann es den Promotern sogar gleichgültig sein, ob ihre Rakete je fliegt. Sie verdienen ihre Millionen auch bei einem wirtschaftlichen Mißerfolg (!)*" (1.10.76).

Angesichts dieses Tatbestands dürfte sich die „FR" mit ihren Empfehlungen verrechnen, die sie beschwörend als Beruhigungspillen an die nervös gewordene sozial-liberale Koalition austeilt: „*Unter diesen Aspekten kann mit Ruhe abgewartet werden, wie sich die OTRAG entwickelt, wenn man einmal von den möglichen außenpolitischen Verwicklungen durch die Raketenstarts einer deutschen Firma in Schwarzafrika absieht (!).* **Die OTRAG gibt – so gesehen – auch kein Wahlkampfthema für die Grüne Liste Hessen her, die sich offenbar an diesem Knochen festgebissen hat**" („FR", 15.9.).

Mit diesem Knochen werden Börner und Coy wohl weiter konfrontiert sein und noch einigen Ärger haben !

Afrika-Kommission

Schleswig-Holstein: Frauenkongreß zu den Wahlen!

Erstmalig am 1. Juli hatten sich im Kieler Frauenzentrum Frauen zur Diskussion um die Möglichkeiten einer alternativen Wahlbeteiligung und die „Grüne Liste Schleswig-Holstein" zusammengefunden. Die Frauenwahlgruppe, die sich nach verschiedenen Treffen gebildet hatte, ruft nun alle schleswig-holsteinischen Frauengruppen zu einem Kongreß am 23. September auf, also einen Tag vor dem zweiten Kongreß der „Grünen Liste Schleswig-Holstein". Die Frauenwahlgruppe will dort mit anderen Frauen diskutieren, ob eine alternative Wahlbeteiligung von den Frauengruppen für sinnvoll gehalten wird und wie ihre Stellung zur „Grünen Liste" ist.

Das Treffen der Frauen findet am 23.9., 15.00 Uhr im DAB-Krug Kiel (gegenüber der Ostseehalle) statt.

„Koordinationsausschuß" der ökologischen Bewegung — Treffen in Vlotho

Am 9./10. September fand in Vlotho die erste Zusammenkunft des „Koordinationsausschusses des deutschen Umwelttreffens" statt. Gebildet wurde dieser Ausschuß auf dem „Deutschen Umwelttreffen" Ende Juni in Troisdorf. (s. AK 132, S.9). Per Akklamation wurde auf der seinerzeitigen Versammlung ca. 40 Personen aus den verschiedenen Strömungen des Umweltschutzlagers dafür benannt.

Auf der ersten Zusammenkunft des „Koordinationsausschusses" war gut die Hälfte davon gekommen: u. a. Vertreter aus der AUD, dem WSL, der GLU, der „Aktion 3.Weg", dem BBU-Vorstand, der GLH, der BUU und der Bunten Liste. Nicht erschienen war u.a. Herbert Gruhl oder ein anderer Vertreter der GAZ. Laut Informationen anderer Teilnehmer war er durch den hessischen Landtagswahlkampf aktuell verhindert; andererseits hatte Gruhl bereits vor längerer Zeit durchsickern lassen, daß er nicht mit Jens Scheer („KPD", **BBA/Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen) an einem Tisch sitzen wollte.**

Die Diskussion des ersten Tages war weitgehend von Berichten und Auseinandersetzungen über die Situation der niedersächsischen GLU und die Lage an der „Wahlfront" in Bayern und Hessen bestimmt. Insbesondere zu Hessen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den GLH - Vertretern Horacek und Kerschgens auf der einen Seite und dem niedersächsischen GLU-Chef Otto andererseits über die Rolle der GLU bei der Spaltung der „Grünen". Otto versuchte das mehrmalige Scheitern der Einigungsverhandlungen von GLW und GLU in der GLH ausschließlich auf die alte Beddermann-Führung und deren Vertraute in Hessen abzuschieben (wofür die GLU jetzt keine Verantwortung mehr zu **tragen hätte). Für das alsbaldige Auseinanderbrechen dieser Vereinigung, n a c h d e m die Beddermann-Füh**rung abgelöst worden war, sei dann die GLW mit der Aufstellung von Cohn-Bendit als Kandidaten verantwortlich gewesen. Vorwürfe in letzterer Richtung kamen u.a. von Hausleiter (AUD) und Frau Haverbeck-Wetzel (WSL).

In dieser Auseinandersetzung ging es natürlich nur vordergründig um „taktische Fragen"; tatsächlich steht dabei im Hintergrund die Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen links. G e n e r e l l sind z.B. AUD und WSL vehemente Verfechter einer *„einheitlichen ökologischen Bewegung"*, in der prinzipiell alle Stömungen von ganz links bis ganz rechts Platz haben sollen. Besonders tat sich in dieser Meinung Frau Haverbeck-Wetzel hervor, die beteuerte, **sie habe 20 Jahre darum ringen müssen, sich mit Marxisten an einen Tisch setzen zu können, und sie würde sich dieses Recht auch für Vertreter aus *„der anderen extremen Richtung"* vorbehalten** (konkret fiel dabei auch der Name der NPD, die ja auch bereits mindestens einmal zu einem „Seminar" ins „Collegium Humanum" des WSL eingeladen worden war). Die Auseinandersetzung um die Abgrenzung gegenüber faschistischen Gruppen und Vertretern mit faschistischem Gedankengut war zum einem an der Protegierung der Neonazis in der Hamburger GLU durch die niedersächsische GLU-Führung aufgebrochen (lt. Otto werden die von der Bunten Liste vorgelegten Beweise immer noch „geprüft"!) und zum anderen an Äußerungen eines Teilnehmers am Rande des Treffens, die von einem Vertreter der Bunten Liste dann auf der Sitzung selbst als Beispiel dafür zur Sprache gebracht wurden, daß hier keineswegs von einer „einheitlichen ökologischen Bewegung" geredet werden könne: Harless (WSL-Bayern und Landtagskandidat von AUD/GAZ in Berchtesgarden) hatte offen bekannt, daß der Faschismus seiner Meinung nach auch was *„positives"* gehabt hätte, weil er *„dem desolaten deutschen Volk wieder eine Perspektive gewiesen hat, eine nationale und patriotische"*! Die Stellungnahme u.a. von Frau Haverbeck-Wetzel (s.o.) und von Herrn Pfannkuche (WSL und BAK) dazu, daß die *„personellen Streitereien"* beendigt werden müßten, zeigen, daß derartige Auffassungen heute bedauerlicherweise einen breiten Schutzwall in gewissen Kreisen um sich haben.

Verabschiedet wurde schließlich am 2. Konferenztag eine Erklärung, die die weiteren Aufgaben des „Koordinationsausschusses" umreißt.

Die Vertreter der Bunten Liste und der BUU/Hamburg verließen die Zusammenkunft bereits am Ende des ersten Tages, wobei allerdings mitgeteilt wurde, daß dies nicht als „Austritt" aus diesem Kreis zu werten ist, sondern die Bunte Liste und die BUU/Hamburg die ersten Erfahrungen diskutieren müssen und sich über ihre weitere Mitarbeit äußern würden. Bei den meisten Anwesenden stieß diese vorzeitige Abreise auf Kritik.

Kritik am Auftreten der ‚Bunten Liste' -Vertreter in Vlotho

Am 9./10. 9.78 fand in Vlotho das erste Treffen eines Koordinationsausschusses statt, in dem nahezu sämtliche 'Grünen' und 'Bunten' Listen sowie bedeutende Umweltschutzverbände vertreten sind. Dieser Koordinationsausschuß war auf Initiative der AUD beim „1. Deutschen Umweltschutztag" in Troisdorf (am 24./25.6. 78) gebildet worden.

Außer der GAZ, die abgesagt hatte, waren Vertreter sämtlicher „Grünen" und der „Bunten Liste" Hamburg vertreten; neben der AUD und dem WSL waren der BBU, die Bürgeraktion Küste, die BUU und eine Reihe weiterer Personen und Vertreter erschienen. Anscheinend konnten die Vertreter der „Bunten Liste" und der BUU keinen großen Sinn in diesem Treffen sehen und verließen vorzeitig die Sitzung. Befragt, ob sie ähnliche Koordinationsausschüsse von Umweltschützern verschiedenster Richtung in den einzelnen Bundesländern begrüßen würden, blockten die Vertreter von BUU und „Bunter Liste" dies unter Hinweis auf die Zusammenarbeit i n n e r h a l b der „Bunten Liste" ab.

Gerade die „Bunte Liste" hat unserer Ansicht nach die Aufgabe, Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der offenen Diskussion zwischen Umweltschützern verschiedenster Richtungen zu propagieren.

Nicht nur bei den alternativen Listen, sondern auch in der BI-Bewegung waren es gerade die l i n k e n Kräfte, die das gemeinsame Vorgehen aller Umweltschützer unabhängig von den politischen Differenzen propagiert haben. Bei der Spaltung vor Brokdorf III war die BI-Bewegung auch weitgehend in traditionelle Umweltschutzverbände und linke Verbände (wie die BUU und verschiedene Landeskonferenzen) gespalten worden. Durch die Bemühungen der linken Kräfte war es bei der Planung und Durchführung der nächsten Großaktionen gelungen, schrittweise das „Kalkar-Bündnis" (nahezu sämtliche Umweltschützer) vorzubereiten. Damit waren basisdemokratische Elemente auch breiter in die traditionellen Umweltschutzverbände hineingetragen worden.

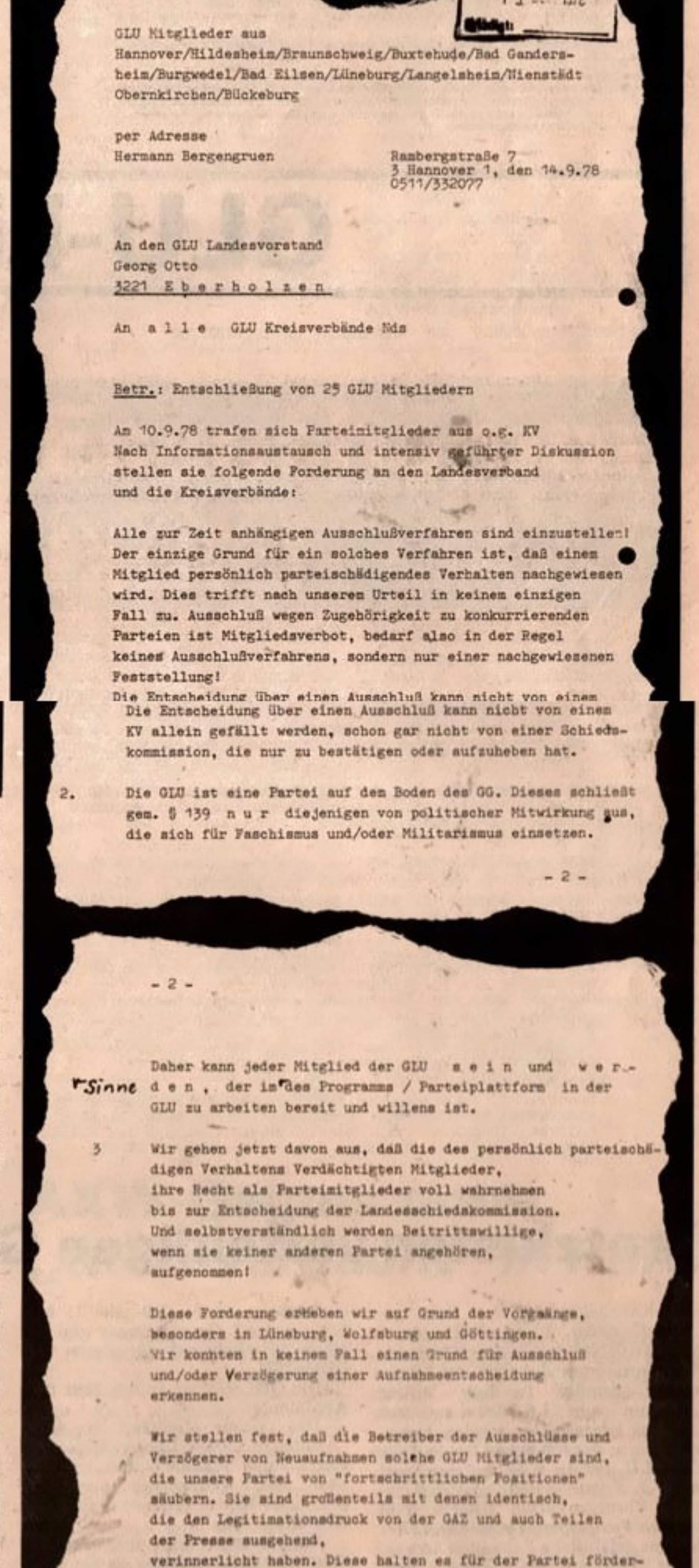
In der Diskussion um die Wahlbeteiligung ist von rechten Kräften wie Beddermann und verschärft durch die GAZ die Spaltung wieder in die Umweltschutzbewegung hineingetragen worden.

Gerade das Treffen in Vlotho ist ein Ausdruck davon, daß nach wie vor noch Möglichkeiten zur gemeinsamen Diskussion und auch Aktion bestehen. Bezeichnend auch, daß nahezu alle Kräfte außer der GAZ in Vlotho vertreten waren. – Wir teilen auch nicht die Befürchtung der Vertreter der „Bunten Liste", daß dieses Treffen vor allem im Sinne der von der AUD und WSL propagierten „Einheit aller Ökologen" funktionalisiert werden könnte, dazu sind die Differenzen in diesem Kreis viel zu groß. Trotz unterschiedlichster Vorstellungen zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, trotz der von der AUD propagierten Zusammenarbeit bis hin in faschistische Kreise gab es auf dem Treffen in Vlotho durchaus wichtige Ansatzpunkte für Gemeinsamkeiten:

Nahezu sämtliche Vertreter betonten die Gefährlichkeit der GAZ. Gerade die AUD, die in Bayern ein Wahlbündnis mit der GAZ geschlossen hat, wie auch der GLU-Vorstand (Otto), der sich um eine gemeinsame Liste mit der GAZ in Hessen bemüht hatte, betonten auf dem Treffen ihre „unversöhnliche" Position gegenüber der GAZ. Es wurde darüber diskutiert, ob die GAZ sich im Sinne von Strauß „4.Partei" entwickeln könnte oder aber Gruhls Ökologie dafür „zu explosiv" sei. Das zeigt, daß die Auseinandersetzung, die von der ‚Bunten Liste' in die ‚Grünen Listen' und die Umweltschutzbewegung hineingetragen worden ist (s. die Broschüre „Feigenblatt oder Alternative"), unter den ‚Grünen' angesichts der Erfahrungen mit der GAZ an Boden gewonnen haben. Umso unverständlicher ist uns das Verhalten der ‚Bunten Liste'-Vertreter.

Ebenso ist es unseres Erachtens gerade Aufgabe der ‚Bunten Liste', in der Diskussion um die Frage der Beteiligung an den Wahlen auch Fragen möglichen g e m e i n s a m e n Vorgehens zu erörtern, z.B.: wo kann man gemeinsam dagegen vorgehen, daß die etablierten bürgerlichen Parteien in einer demagogischen Kampagne sich als die besten Vertreter des Umweltschutzgedanken zu profilieren suchen, wobei sie gleichzeitig zügig das Atomprogramm vorantreiben wollen (s. etwa den angekündigten Beginn der Probebohrung in Gorleben). Gerade über die Propagierung und Durchführung gemeinsamer Aktionen sind bisherige Erfolge in der BI-Bewegung unabhängig von politischen Differenzen möglich gewesen.

Ein Genosse der ZRK



15. SEP. 1978

GLU Mitglieder aus
Hannover/Hildesheim/Braunschweig/Buxtehude/Bad Gandersheim/Burgwedel/Bad Eilsen/Lüneburg/Langelsheim/Nienstädt
Obernkirchen/Bückeburg

per Adresse
Hermann Bergengruen

Rambergstraße 7
3 Hannover 1, den 14.9.78
0511/332077

An den GLU Landesvorstand
Georg Otto
3221 E b e r h o l z e n

An a l l e GLU Kreisverbände Nds

Betr.: Entschließung von 25 GLU Mitgliedern

Am 10.9.78 trafen sich Parteimitglieder aus o.g. KV
Nach Informationsaustausch und intensiv geführter Diskussion stellen sie folgende Forderung an den Landesverband und die Kreisverbände:

Alle zur Zeit anhängigen Ausschlußverfahren sind einzustellen! Der einzige Grund für ein solches Verfahren ist, daß einem Mitglied persönlich parteischädigendes Verhalten nachgewiesen wird. Dies trifft nach unserem Urteil in keinem einzigen Fall zu. Ausschluß wegen Zugehörigkeit zu konkurrierenden Parteien ist Mitgliedsverbot, bedarf also in der Regel keines Ausschlußverfahrens, sondern nur einer nachgewiesenen Feststellung!
Die Entscheidung über einen Ausschluß kann nicht von einem KV allein gefällt werden, schon gar nicht von einer Schiedskommission, die nur zu bestätigen oder aufzuheben hat.

2. Die GLU ist eine Partei auf dem Boden des GG. Dieses schließt gem. § 139 n u r diejenigen von politischer Mitwirkung aus, die sich für Faschismus und/oder Militarismus einsetzen.

- 2 -

- 2 -

Daher kann jeder Mitglied der GLU s e i n und w e r d e n, der im Sinne des Programms / Parteiplattform in der GLU zu arbeiten bereit und willens ist.

3 Wir gehen jetzt davon aus, daß die des persönlich parteischädigen Verhaltens Verdächtigten Mitglieder, ihre Recht als Parteimitglieder voll wahrnehmen bis zur Entscheidung der Landesschiedskommission. Und selbstverständlich werden Beitrittswillige, wenn sie keiner anderen Partei angehören, aufgenommen!

Diese Forderung erheben wir auf Grund der Vorgänge, besonders in Lüneburg, Wolfsburg und Göttingen. Wir konnten in keinem Fall einen Grund für Ausschluß und/oder Verzögerung einer Aufnahmeentscheidung erkennen.

Wir stellen fest, daß die Betreiber der Ausschlüsse und Verzögerer von Neuaufnahmen solche GLU Mitglieder sind, die unsere Partei von "fortschrittlichen Positionen" säubern. Sie sind großenteils mit denen identisch, die den Legitimationsdruck von der GAZ und auch Teilen der Presse ausgehend, verinnerlicht haben. Diese halten es für der Partei förderlich, gegen alle von ihnen links Vermuteten vorzugehen.

Für die Richtigkeit
gez. Hermann Bergengruen

Die Nazis entdecken die GAZ



Die GAZ schminkt ab. Kaum hatte sich die GAZ in Hessen noch darüber gestritten, ob ehemalige Mitglieder der rechtsradikalen AVP („Vierte Partei") in ihren Reihen auftreten dürfen, machte Bundesvorsitzender Gruhl dem Thema ein Ende: er gab der NPD-nahen „Deutschen Wochenzeitung" ein ganzseitiges Interview.

Schon seinerzeit (am 2.8.78) hatte Bueb, GAZ-Mitbegründer in Bayern, auf einer Sitzung in Oberfranken erklärt, daß die GAZ selbst NPD-nahestehende Leute aufnehmen würde. Anlaß war ein Flugblatt der NPD, mit dem sie zu der GAZ-Versammlung aufgerufen und darin die GAZ aufgefordert hatte, gemeinsame Schritte gegen die 5%-Klausel zu unternehmen.

Da paßt es gut rein, daß Schönborn vom „Kampfbund Deutscher Soldaten" und Aktivist der neuen „NSDAP"-Szene nun alle Nazis aufgerufen hat, die Gruhl-Partei zu wählen („Tat", 15.9.78). Schönborn war ebenfalls interessierter Beobachter von Gruhls erster hessischer Wahlveranstaltung am 7.9. in Frankfurt.

In Nürnberg verteilte Schönborn anläßlich des Auftritts von Willy Brandt ein Flugblatt unter dem Titel: *„War Brandt Agent?"*. Darunter: *„Deshalb wählen wir das grüne Manifest, ‚Grüne Aktion Zukunft' [GAZ], Vorsitzender: Bundestagsabgeordneter Dr. Herbert Gruhl"*. Schon Ende Juli hatte mit Schönborn an der Spitze in Nürnberg eine Tagung der „Bürgerinitiative gegen Terrorismus und Fünf-Prozent-Klausel" getagt. Da wurden Schriften gegen die „Auschwitz-Lüge" verbreitet und gleichzeitig beschlossen, ein Gremium zu bilden, das sich mit den Grünen Listen (GAZ, AUD und Grüne Liste Bayern) in Verbindung setzen sollte (Angaben: „Nürnberger Nachrichten", 25.7.78).

Beddermann geht zur GAZ

Carl Beddermann — 3031 Lindwedel, den 12.Sept.1978, Lust 2

Liebe Freunde,

mir geht es nicht besser als Ihnen, um den Niedergang der GLU zu verfolgen, muß ich auf die Zeitungen zurückgreifen. Auf Grund alter Kontakte habe ich aber vielleicht doch einen kleinen Informationsvorsprung, der mich berechtigt – und wie ich glaube auch verpflichtet – Ihnen den Stand der Dinge aus meiner Sicht zu schildern.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Das so mühsam aufgebaute Ansehen der GLU ist so gut wie verwirtschaftet.

Der Erfolg der GLU stand und fiel damit, daß wir dem Wähler gegenüber glaubwürdig vertreten konnten, hier handele es sich um eine neue, von eifernden Sektierern, schwärmerischen Weltverbesserern und marxistisch angehauchten Sozialromantikern freie politische Gruppierung, die allen Bürgern, die die Zeichen der Zeit erkannt haben, die Gelegenheit bot, mit dem Stimmzettel gegen die lebensbedrohende Umweltzerstörung Front zu machen.

Man schaut sich beinahe schon, immer wieder auf diese Tatsache hinzuweisen. Sie ist inzwischen demoskopisch untermauert worden (Kaltefleiter) und läßt sich im übrigen mühelos aus den Stimmanteilen in den einzelnen Wahlkreisen ablesen: Wo Zweifel aufkamen, ob die Kandidaten in Wirklichkeit nicht ganz andere Belange als die des Umweltschutzes vertraten, half auch ein AKW in der Nähe nicht gegen unterdurchschnittliche Wahlergebnisse.

Mit diesen Erfahrungen und dem durch die Niedersachsenwahl ausgelösten Bekanntheitsgrad ausgestattet, wäre es der GLU in Hessen wahrscheinlich gelungen, die 5%-Hürde zu überspringen, wenn – wozu zunächst Bereitschaft bestand – die niedersächsischen Kreisverbände sich Patenkreise in Hessen gesucht und man den Wahlkampf nach dem Motto ‚die GLU holt sich in Hessen die zum Einzug in den Nds. Landtag fehlenden 1,1%' geführt hätte. Eine parallel dazu antretende Bunte Liste nach Hamburger Muster hätte den Erfolg sicherlich nicht beeinträchtigt, nachdem die K-Gruppensteuerung der Hamburger Bunten durch den spektakulären Rücktritt Holger Strohms ruchbar geworden war.

Dieser zum Greifen nahe Erfolg wurde dadurch zunichte gemacht, daß heute im Nds. GLU-Vorstand vertretene Mitglieder zunächst auf eigene Faust, später als sog. Hessenkommission die widerstrebende GLU Hessen in das Bündnis mit den hessischen Bunten gedrängt haben. Das führte bekanntlich dazu, daß die GLU in den aufsehenerregenden Auftritt des Apo-Revoluzzers Cohn-Bendit als Wahlkandidat in Ahlsfeld miteinbezogen wurde. Die wegen des vernichtenden Eindrucks in der Öffentlichkeit hastig vorgenommene Aufkündigung des Bündnisses konnte den Schaden nicht wieder gut machen. Von den Ereignissen in Ahlsfeld hat sich die hessische GLU nicht wieder erholt. Der größte Teil der Mitglieder ging zur GAZ von Dr. Gruhl über, die ursprünglich nicht gegen eine gemäßigte Grüne Liste bei der Landtagswahl in Hessen am 8. Oktober kandidieren wollte, sich aber nach den Vorgängen um Cohn-Bendit und dem dadurch ausgelösten Zerbrechen der GLU an diese Zusage nicht mehr gebunden fühlte. Der Rest-GLU ist es nicht mehr gelungen, eine nennenswerte Zahl der 55 hessischen Wahlkreise mit Kandidaten zu besetzen. Sie hat sich daher entschlossen, an der Landtagswahl nicht teilzunehmen. Teilnehmen wird dagegen die GAZ mit Wahlvorschlägen in allen hessischen Wahlkreisen und die GLH (Grüne Liste Hessen), ein Gegenstück zur Hamburger Bunten Liste, hier wie dort gestützt auf diverse marxistische Gruppierungen links von der SPD. Die GLH kandidiert ebenfalls in allen hessischen Wahlkreisen. Welche weitreichenden Konsequenzen sich daraus ergeben werden, daß die GLU Niedersachsen der GLH den Namensbestandteil ‚Grüne Liste' nicht mehr streitig macht, wird unten noch aufzuzeigen sein.

Der GLU Landesverband Nordrhein-Westf. ist am 27.8. mehrheitlich der GAZ von Dr. Gruhl beigetreten. Auch hier dürften die Vorgänge in Ahlsfeld den Ausschlag gegeben haben.

Der Vorsitzende Georg Otto hat kürzlich namens des Vorstands ein längeres Rundschreiben verschickt. Nähere Einzelheiten über den schon in Liebenau von Otto beschworenen ‚dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus' enthält es nicht. Es gipfelt in der programmatischen Aussage: ‚Wir glauben an das Gute im Menschen das durch eine lange feudalistische und kapitalistische Ausbeutung und Beherrschung der Menschen unterdrückt und verstümmelt wurde! Wir wollen die positiven Kräfte im Menschen hiervon befreien und mit dieser Kraft das Leben in einer menschenwürdigen und freien Gesellschaft sichern!'

Ich kann mit solchen Leerformeln, die nach meiner Auffassung weit hinter unser altes GLU-Programm zurückfallen, offen gestanden nichts anfangen.

Für den nach demokratischer Abstimmung mehrheitlich vollzogenen Übertritt der GLU-Mitglieder Nordrhein-Westfalens zur GAZ findet Otto nur abfällige Bemerkungen wie ‚Spalterparteitag',‚diktatorischer Führungsstil des Landesvorsitzenden, der nichts eiligeres ersehnt als mit Dr. Gruhl in den Bundestag zu kommen'. Das paßt irgendwie nicht zu den im gleichen Atemzug von Otto beschworenen neuen verbesserten demokratischen Umgangsformen.

– 2 –

Das gilt im übrigen auch für die rüde über die Presse an mich gerichtete Aufforderung Ottos, ich solle schleunigst die GLU verlassen, weil ich als Gast von Dr. Gruhl das Parteibüro der GAZ in Bonn besucht habe.

Das entscheidende Ereignis der letzten Wochen, das mich vor allem zu diesem Brief veranlaßt hat, ist ein ganz anderes, über das Otto in seinem Rundschreiben in einem kurzen Absatz hinweggeht:
Die Zuerkennung des Namens ‚Grüne Liste' an die K-Gruppengesteuerte Grüne Liste Hessen (GLH).
Damit hat das Sterbeglöckchen der GLU zu läuten begonnen.

In einem Telefongespräch Ende August hatte ich G. Otto ausdrücklich noch einmal auf die Wichtigkeit der Namensaberkennung hingewiesen, ohne daß ich damals mit dem nunmehr vollzogenen Schritt gerechnet hätte. Es hat nichts genützt. Bezeichnenderweise ist denn vor dieser wichtigen Entscheidung niemand gehört worden außer den Vorständen der GLU Niedersachsen und Hessen und Teilen eines sog. ‚Bundesausschusses der Grünen Listen', der satzungsmäßig nirgendwo vorgesehen ist und als dessen Sprecher G. Otto firmiert.

Mit Sicherheit hätte das nunmehr eingestellte Verfahren vor dem Amtsgericht Darmstadt dazu geführt, daß die Grüne Liste Hessen sich wie in Hamburg in ‚Bunte Liste' oder dergleichen hätte umtaufen müssen, denn das Parteiengesetz schreibt ausdrücklich vor, daß später gegründete Parteien sich namensmäßig von bestehenden Parteien deutlich unterscheiden müssen. Das ist bei Grüner Liste Hessen und Grüner Liste Umweltschutz nicht der Fall.

Das Ergebnis dieses kurzsichtigen (am Ende beabsichtigten?) Schritts ist, daß das Markenzeichen ‚Grüne Liste' jetzt erstmals mit Duldung der GLU von einer links außen angesiedelten, von K-Gruppen mitgetragenen erklärtermaßen antiparlamentarischen Gruppierung benutzt wird, die den Namen – da kann man ganz sicher sein – nachhaltig und für die Öffentlichkeit gültig prägen wird. In der Frankfurter Rundschau wird denn auch jetzt schon die Bezeichnung ‚Grüne Liste' ganz selbstverständlich für die GLH benutzt, an die aus dem Rennen ausgeschiedene GLU denkt dabei offensichtlich bereits niemand mehr. Im März sind Senatswahlen in Berlin, die Bunte Liste um Rechtsanwalt Schily wird sich dort die Gelegenheit nicht entgehen lassen, als Grüne Liste aufzutreten und wird daran nach dem Präzedenzfall Hessen von der GLU auch nicht mehr gehindert werden können. Dasselbe gilt übrigens auch für die übrigen Bundesländer, insbesondere für Schleswig-Holstein, wo im April gewählt wird.

Kurz, der Name Grüne Liste wird künftig für das stehen, was in Hamburg unter der Bezeichnung Bunte Liste bekannt geworden ist: Eine von agilen Minderheiten mit Worthülsen wie Basisdemokratie und Radikaldemokratie beherrschte Gruppierung, die die Parlamente ausdrücklich nur als Agitationsbühne für vom marxistischen Weltbild beeinflußte Gesellschaftsveränderungen betrachtet. Auf der anderen Seite wird es als eine von gemäßigten Mitgliedern getragene Partei, die dem Wähler gegenüber glaubhaft die parlamentarische Durchsetzung ökologischer Zielvorstellungen vertritt, nur noch die Grüne Aktion Zukunft von Dr. Gruhl geben. Für eine GLU ottoscher Prägung, die immer deutlicher Züge weltverbesserischen Sektierertums annimmt, wird daneben kein Platz mehr sein.

Ich meine, nach all dem, was wir gemäßigten Mitglieder mit unserer GLU politisch bewirkt haben, bin ich es Ihnen schuldig, Sie persönlich auf diese jüngste Entwicklung hinzuweisen. Sie ist für mich Grund genug, die weitere Mitarbeit in der GLU als sinnlos anzusehen und meinen Austritt zu erklären.

Mit freundlichen Grüßen

Carl Beddermann

Anlage
Presseausschnitte

Nun ist es soweit: Carl Beddermann, noch bis zum Juli Vorsitzender der GLU-Niedersachsen, verläßt die GLU.

Im Streit zwischen GAZ (Grüne Aktion Zukunft) und der jetzigen GLU-Führung Otto, Mombauer, Schirr usw. hatte sich der rechte Flügel der GLU-Niedersachsen wiederholt offen für die GAZ eingesetzt. Letztes provokantes Beispiel war ein Grußtelegramm des Nienburger Kreises (rechte Fraktion der niedersächsischen GLU) an die außerordentliche Mitgliederversammlung der GLU-NRW am 27.8., wo deren Übertritt zur GAZ offen begrüßt wurde. So ist auch der wesentliche Inhalt von Beddermanns nachstehend abgedruckten Austrittsbrief die Kritik am vermeintlich zu linksoffenen Kurs des jetzigen GLU-Vorstandes einerseits und andererseits die Anpreisung der GAZ-Politik als knallhart gegenüber den Linkskräften.

Damit ist die Runde zu Beddermanns offener Arbeit für die GAZ eingeläutet; er *„beteiligt sich zur Zeit an der Gründung eines niedersächsischen Landesverbandes der Grünen Aktion Zukunft des Bundestagsabgeordneten Gruhl"* („HAZ", 16./17.9.78).

GLU-Linken Treffen

Am 10.9. trafen sich 25 GLU-Mitglieder aus verschiedenen niedersächsischen Kreisverbänden, um über die Lage der GLU zu beraten. Aus diesen Kreisverbänden waren auch bisher schon kritische Stimmen gegenüber dem GLU-Vorstandskurs laut geworden.

Im Zentrum der Diskussion stand die Kritik an der Unvereinbarkeitspolitik der GLU-Führung. Als erstes greifbares Resultat wurde nachfolgend abgedruckte Resolution einstimmig verabschiedet:

KOORDNIERUNGSAUSSCHUSS DES DEUTSCHEN UMWELTTREFFENS

Als Vertreter ihrer Verbände teilen Roland V o g t - Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz - BBU - und Werner G. H a v e r b e c k - Weltbund zum Schutze des Lebens - WSL - mit:

Ergebnisse der Besprechung vom 9./1o. September 1978 in Vlotho

Am 25./26. Juni 1978 waren Gruppen, Verbände und Parteien der Bewegung für Umwelt-, Lebensschutz und soziale Erneuerung in Troisdorf zum Deutschen Umwelttreffen zusammengekommen.
Der dort gebildete KOORDINIERUNGSAUSSCHUSS nahm am 9./1o. September in Vlotho seine Arbeit auf. Unter den Teilnehmern waren u. a. Vertreter des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), des Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL), des Bundes für Lebensschutz (BfL), der Grünen Liste Umweltschutz (GLU), der Einigungsliste Die Grünen (eine zu den bayrischen Landtagswahlen gemeinsam antretende Verbindung aus Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), Grüne Aktion Zukunft (GAZ) und verschiedener Bürgerinitiativen, der Grünen Liste Hessen (GLH) und der "Bunten Liste" Hamburg.

Der KOORDINIERUNGSAUSSCHUSS kam bei seiner ersten Besprechung zu folgenden Ergebnissen:

1. Der Koordinierungsausschuß möchte einen Beitrag leisten zur besseren Verständigung und Zusammenarbeit innerhalb der Okologie- und Gesamtalternativbewegung, insbesondere bei der gemeinsamen Suche nach einer alternativen politischen Willensbildung. Dazu gehört auch eine stärkere Beteiligung der Frauen in den Entscheidungsprozessen und der Öffentlichkeitsarbeit gemäß ihrem tatsächlichen Gewicht innerhalb der Ökologiebewegung. Der Ausschuß strebt eine Ergänzung durch bisher in ihm noch nicht vertretene Initiativen an.
2. Der Koordinierungsausschuß regt gleichartige Einrichtungen in den Bundesländern und auf europäischer Ebene an.
3. Der Koordinierungsausschuß hält gemeinsame Aktionen in folgenden Bereichen für vordringlich:
   a) "Kernenergie"
      - dezentrale Aktionen im Hinblick auf die zentrale Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage Gorleben (Aktionswochenende 27./29. Oktober 1978 !).
      - Unterstützung des Widerstandes gegen den Schnellen Brüter in Kalkar (insbesondere im Hinblick auf die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Münster und des Bundesverfassungsgerichts; Wachsamkeit gegenüber Gesetzgebungsmanipulationen zur Durchsetzung des Schnellen Brüters)
   b) Individualverkehr
      - bundesweite Koordinierung des Widerstandes im Zusammenhang mit Verkehrsplanung und Straßenbau und der Entwicklung alternativer Vorschläge (z.B. Auseinandersetzung mit den Autobahnplanungen Berlin - Hamburg, Bodenseetrasse und Gießen - Bremen)
   c) Erarbeitung und Verbreitung alternativer Lösungen des Arbeitslosenproblems
   d) Abwehr von Menschenrechtsverletzungen jeder Art, insbesondere der unrechtmäßigen Verfolgung von Demonstranten
4. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den ökologischen Minderheiten in den Parlamentsparteien und Gewerkschaften wird befürwortet.
5. Diskussion des Achberger Appells vom 4.8.78 und der ökologischen Wahlprogramme alternativer Listen.

- 2 -

Die Vertreter der "Bunten Liste Wehrt Euch" Hamburg waren an der Redaktion unserer gemeinsamen Erklärung nicht beteiligt, weil sie bereits am Abend des ersten Tages geschlossen den Kreis verließen "wegen Arbeitsüberlastung". Berichte, die im "Arbeiterkampf" erscheinen sollten, geben die Anschauung ihrer Verfasser, nicht aber die Arbeitsergebnisse vom 9./1o. September 78 in Vlotho wieder.

Kontaktadressen KOORDINIERUNGSAUSSCHUSS :

für Europa:	Paul B l a u Starkfriedgasse 11, A 118o Wien
	Petra Karin K e l l y 2 rue Ravenstein, B 1ooo Brüssel
für Schleswig-Holstein und Hamburg:	Bojo H a a ß e n 2271 Oldsum/Insel Föhr
für Bremen:	Dr. Jens S c h e e r Universität, 28oo Bremen
für Niedersachsen:	Herrn G r ü n 3ooo Hannover
	Georg O t t o Gänseberg 11, 3221 Eberholzen
für Nordrhein-Westfalen:	Gerda D e g e n Zehnstr. 21, 413o Moers
für Hessen:	Milan H o r a c e k Mainzer Landstr. 5o, 6ooo Frankfurt
	Karl K e r s c h g e n s Grafenstr. 4, 61oo Darmstadt
für Rheinland-Pfalz:	Dr. M.O. B r u k e r Krankenhaus Lahnhöhe, 542o Lahnstein
für Baden-Württemberg:	Wilfried H e i d t Biberatsweiler, 8991 Achberg
für Berlin:	Roland V o g t Lorenzstr. 16/ 7, 1ooo Berlin 45

Trotzkisten verteidigen Gruhls GAZ gegen die Angriffe des KB

Die Kennzeichnung der GAZ als *„Pseudo-'Grüne'"* und *„Feigenblatt"* der CDU/CSU durch den KB ist bei den Trotzkisten der GIM auf Widerspruch gestoßen. In ihrer Zeitung „was tun" vom 31.8.78 war zu lesen: **„In der letzten Zeit werden hauptsächlich in der KB-nahen Presse Teile der GLU und die GAZ auf eine Linie mit F.J. Strauß gestellt oder als Tarn- oder Vororganisation einer extrem rechten Protestpartei präsentiert. Dies ist eine gefährliche Fehleinschätzung. Diese These läßt sich nur so erklären, daß sich Kommunisten in der Umweltbewegung oft nicht als solche zu erkennen geben und dann gezwungen sind, sich durch derartige Diffamierungen gegenüber nicht-sozialistischen Postionen in der grünen Bewegung abzugrenzen."**

Der KB diffamiert also die GAZ. Und übrigens nicht nur der KB: Auch beträchtliche Teile der GLU (keineswegs bloß „KB-nahe"!) halten die GAZ für reaktionär und für einen heimlichen Verbündeten der CDU/CSU.

Die GIM sieht es anders. Hier ihre Argumente:

- Das „Grüne Manifest" der GAZ entlarve *„viele Ungerechtigkeiten des kleinen Mannes"* und enthalte *„z.T. sehr weitgehende Forderungen". „Es könnte genauso in der SPD entstanden sein".*

Mag ja sogar sein, aber was sagt dieses programmatische Papier über die reale Funktion der GAZ aus?

- Es sei *„auch kein Zufall, daß nicht die CDU, sondern hauptsächlich SPD und FDP als Mitgliederspender für die GAZ dienen".*

Das stimmt noch nicht einmal, und die GIM scheut allzu offensichtlich davor zurück, sich tatsächlich mit dem Potential von rechten bürgerlichen Politikern zu befassen, das sich in der GAZ sammelt. Aber davon abgesehen: Das Argument würde nicht einmal stehen, wenn es so wäre, wie die GIM behauptet. Denn auch das Potential der SPD-Abspaltung SDU und des Löwenthal'schen „Bund Freies Deutschland"/BFD kam überwiegend aus der SPD. Trotzdem waren SDU und bfd nichts anderes als Ansät BFD nichts anderes als Ansätze zur bundesweiten Ausdehnung der CSU (was wir übrigens von der GAZ bisher nicht behauptet haben).

- Das Wählerpotential der GAZ seien *„kleinbürgerliche Mittelschichten".*

Stimmt genau, aber was soll damit bewiesen werden? Wer hat denn die NSDAP gewählt? (Ohne jetzt die GAZ mit der NSDAP gleichsetzen zu wollen!).

- Die GAZ hätte *„noch lange nicht der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften den Vernichtungskampf angesagt".* Mag ja sein, aber wer hat denn bisher etwas anderes behauptet?
- *„Der größte Teil"* der GAZ 'Basis' sei *„immer noch für die Arbeiterklasse gewinnbar".* Deswegen dürfe man sie nicht als Pseudo-"Grüne" und rechte Spalter *„beschimpfen"*, sondern müsse ihnen **„unermüdlich erklären, daß der Sozialismus die einzige Lösung auch für ihre Forderungen ist".**

Folgt man dieser Logik der GIM, so dürften wir überhaupt nicht die Rolle irgendeiner der bürgerlichen Parteien entlarven, weil 'ihre Basis ja in allen Fällen die Arbeiterklasse oder das Kleinbürgertum ist (welche bürgerliche Partei besteht denn aus Kapitalisten?!). Auch die NPD dürften wir nicht angreifen, denn irgendwann, irgendwann sind ihre heutigen Mitglieder vielleicht *„für die Arbeiterklasse gewinnbar".*

Was die GIM als „Diffamierung" der GAZ durch den KB oder durch KB-nahe Kräfte bezeichnet, wird heute schon bis weit in die kleinbürgerlichen Reihen der 'Grünen' begriffen: Daß es die Aufgabe der GAZ ist, die von den Herrschenden mit Sorge beobachtete 'grüne' Bewegung zu spalten und sie nicht zur parlamentarischen Alternative werden zu lassen. Und daß die GAZ darüber hinaus in wesentlichen Fragen eher der CDU/CSU als der SPD zuneigt.

All das ist handgreiflich und schwerlich zu übersehen. Die Tatsachen (auf die die GIM leider gar nicht eingeht!) sprechen eine deutliche Sprache. Daß die GIM sich auf eine derart dumme Polemik zu diesem Thema eingelassen hat, läßt sich wohl nur so erklären, daß ihnen der Geifer gegen den KB wieder mal den Blick auf die Wirklichkeit verkleistert hat.



Nachrichten vom Widerstand



Diskussion um das Gorlebenkonzept in den BI's

Seit der Veröffentlichung des Konzeptes für den Widerstand in Gorleben (sog. „Drei-Phasen-Papier") vom 15.7., das von der BI Lüchow-Dannenberg, Bürgeraktion Küste, Arbeitsgemeinschaft Bürgerinititativen Lüneburger Heide (ABL) und dem BBU unterschrieben wurde, hat es eine Reihe Stellungnahmen von BIs und einige Treffen zu dem Thema gegeben. Wir wollen hier kurz einen Überblick geben über uns dazu bekannte Stellungnahmen, auch wenn die Stellungnahmen nur aus wenigen BIs stammen und wenig repräsentativ sein dürften. Wir werden die Diskussion darum im nächsten ARBEITERKAMPF fortführen.

Schleswig Holstein: Zu einem Treffen am 25.8. hatte der Umweltschutz Schleswig-Holstein e.V. (BBU-Verband) alle Initiativen im norddeutschen Raum eingeladen. Neben der BUU, dem AK Ökologie waren 15 schleswig-holsteinische BIs vertreten, vor allem aus dem Marschengebiet. In einem Ergebnisprotokoll heißt es dazu:

„*Es wurde von einer ganzen Reihe der BIs der Standpunkt vertreten, nur eine zentrale Großdemonstration sei der richtige Schritt, um auf die Probebohrungen zu reagieren*". Insbesondere wurde gefordert, *stration sei der richtige Schritt, um auf die Probebohrungen zu reagieren*". Insbesondere wurde gefordert, daß man auf die Einstellung der Bevölkerung aus der Umgebung der geplanten WAA keine allzu große Rücksicht nehmen soll, weil die WAA alle gefährde. Einigkeit bestand darin, „*daß grundsätzlich erst n a c h Beginn der ersten großen Probebohrung etwas unternommen werden soll - daß bei einer Großaktion die verschiedenen Formen von bisher gelaufenen Widerstandsaktionen und auch mögliche zukünftige dargestellt werden sollen.*" Allerdings gab es keine Einigkeit in der Frage, was unter bisher gelaufenen Widerstandsaktionen zu verstehen ist. Von Teilen der Hamburger Sponti-Szene wurde die Meinung vertreten, man müsse auf einer Großdemonstration auch das Umlegen von Strommasten vorstellen. Ausdrücklich wurde auf die Beispiele in Italien und dem Baskenland verwiesen und die Forderung aufgestellt, solche Methoden bereits im Vorfeld zu verankern.

Das 2. regionale Koordinationstreffen am 9.9. brachte im wesentlichen kaum neue Ergebnisse, was für wenig geführte Diskussionen in den norddeutschen BIs spricht. Es fehlten auch alle Westküsten-BIs. Einem Teil der in Wilster Anwesenden war das Konzept noch gar nicht bekannt. Der wieder massiv angereiste AK Ökologie vertrat seine alten Vorstellungen, alle Ansätze zum Bau der WAA müßten praktisch verhindert werden. Da Großaktionen nicht mehr in direkter Konfrontation mit der Polizei durchführbar seien, sollte eine friedliche Großdemonstration in Gorleben ohne Helme abgehalten werden. Die „Freundeskreise" der BI Lüchow-Dannenberg hielten dem entgegen, daß das Schwergewicht auf dezentrale, gewaltfreie Aktionen gelegt werden müßte.

BI Hoheluft (Hamburg): In ihrer Stellungnahme vom 2.8. heißt es: „ ... *in diesem Sinne halten wir es auch für falsch, wenn Ihr (in der ersten Phase Eures Konzeptes) die Aktionen auf gewaltfreie Aktionen einschränken wollt. Es gibt inzwischen ... viele Menschen, die heute schon durch direkte und militante Aktionen die AKW-Betreiber zu treffen versuchen. In Hamburg wie auch in anderen Städten sind beispielsweise mehrmals HEW-Propaganda- und Lügenzentren davon exemplarisch betroffen worden, wobei teilweise relativ großer Schaden entstanden ist...*" „*Dezentrale Großdemonstrationen an den AKW-Bauplätzen halten wir in der zweiten Phase für eine gute Sache. Auf jeden Fall werden wir uns aber dafür einsetzen, die zentrale Großdemonstration (dritte Phase) in Gorleben selbst - und nicht Hannover - durchzuführen.*" Weiterhin wird vorgeschlagen, eine Arbeitskonferenz für den Herbst einzuberufen (aus ID Nr. 243, 19.8.78).

BI Gewaltfrei gegen AKW/Dormagen: Die BI antwortete direkt auf die Stellungnahme der BI Hoheluft:

„*Aktionen, die Gewalt nicht ausschließen, können bzw. müssen ein gewaltfreies Widerstandskonzept zum Scheitern verurteilen ... Ist Euch das Recht auf gewaltsame Aktionen wichtiger, als der mögliche Erfolg eines großen Teils der Bewegung, der sich auf Gewaltfreiheit geeinigt hat? ... Seid Ihr darüber informiert, daß die Mehrheit der Bevölkerung in und um Gorleben allem Anschein nach durch eine Großdemonstration in ihrem Engagement eher abgeschreckt wird als bestärkt wird?*" Darüberhinaus entwickelt die BI einige Vorstellungen für ein gewaltfreies Konzept: Protestmärsche, Energiesparkampagnen (Ölkrise?), Gründung alternativer E-Werke, Einflußnahme in Aktionärsversammlungen, etc.

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie: In ihren „erweiternden Vorschlägen" zum Drei-Phasen-Modell wird den „Freundeskreisen" und der BI Lüchow-Dannenberg vorgeworfen, sie hätten „*sich von der gesamten Bewegung ein wenig isoliert/bzw. noch nicht den richtigen Kontakt bekommen.*" Folgendes schlagen sie vor:

- Errichtung eines Anti-Atom-Dorfes auf dem Bauplatz
- Großdemonstrationen (friedlich
- [illegible] fes auf dem Bauplatz
- Großdemonstrationen (friedlich mit „breitem Bündnis") in Gorleben oder an einem anderen Ort.
- Die Probebohrungen bzw. erste Baumaßnahmen nicht nur zu behindern, sondern auch zu sabotieren. Angriffe auf die eigens für die WAA zu errichtende Infrastruktur. Errichtung eines Info- und Alarmsystems.

Teile des Arbeitskreises schwärmen jetzt bereits von einem „Narita" in der BRD.

Arbeitskreis Umwelt Münster: Der „AK" befürwortet den Gedanken, den Widerstand stufenweise aufzubauen und das vorgelegte Konzept. Gleichzeitig setzt er sich dafür ein, den in der ersten Phase vorkommenden Begriff der Gewaltlosigkeit zu streichen. „*Wir alle wissen, daß über die Form des Widerstandes unterschiedliche Vorstellungen existieren ... Andererseits wird aber gerade durch die Verwendung eines solchen Begriffes von Seiten der AKW-Bauer versucht, die Bewegung in „gute" und „schlechte" zu spalten*".

Die „Freundeskreise": Unter der Überschrift „*Gorleben soll leben! Wir werden uns regen*" hat der „Freundeskreis" zu einem weiteren Aktionstag - Wochenende am 27./28./29. Oktober aufgerufen. Gleichzeitig entwickelte er einen Vorschlag für eine spezielle „Polizeikampagne" zur Aufklärungsarbeit unter einzelnen Polizisten, Bundesgrenzschützern und der Gewerkschaft der Polizei. Diese Aktion soll dazu beitragen, „*daß die Polizei/BGS-Führung mit Sympathien für uns in den eigenen Reihen rechnen muß und die gewollten harten Konfrontationen nicht durchführen kann.*"

Insgesamt geht es dem „Freundeskreis" darum, ein gewaltfreies, dezentrales Widerstandskonzept durchzusetzen. In einem Protokoll des Freundeskreistreffen vom 25. - 27.8. heißt es: „*Von der BI* (gemeint Lüchow-Dannenberg, Anmerkung AK) *und den Freundeskreisen wird eine Großdemonstration in der augenblicklichen Lage in keinster Weise gewünscht und man sieht auch in nächster Zeit hierfür keine ausreichenden Gründe, sondern viel eher sehr viel Negatives ... Es besteht die Gefahr, daß diese dem sich entwickelnden Widerstand unter den jetzigen Bedingungen mehr schadet als nützt.*" Begründet wird dieses u.a. mit der angeblichen Erfolglosigkeit zentraler Großdemonstrationen (Brokdorf III, Kalkar). Mit dieser Stellungnahme wird ausdrücklich das Dreiphasenmodell kritisiert, da der Eindruck entstehe, „*daß die dezentralen Aktionen der bloßen Mobilisierung für die folgenden Demonstrationen dienen und diesen völlig untergeordnet sind*", d.h. die Mehrheit der Freundeskreise ist Gegner von jeglichen Großaktionen.

Beginn der Probebohrungen in Gorleben angekündigt!

Anfang 1979 wird in Gorleben mit den Probebohrungen begonnen, das war das Ergebnis des sog. „Gorleben-Gipfels" in Bonn am 8.9.78, einem Treffen zwischen niedersächsischer Landesregierung und Bundesregierung.

Nach Ende der niedersächsischen Landtagswahlen, aus denen Albrecht das Thema Gorleben hatte heraushalten wollen, ein zu erwartender Beschluß.

Die DWK (Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) hatte schon in einem Brief an „alle Einwohner des Landkreises Lüchow Dannenberg" Ende August hocherfreut mitgeteilt, daß sie nun genügend Boden (45 % der geplanten Fläche) zusammengeklaubt hätte, um die WAA bauen zu können und daß demnächst die Probebohrungen beginnen könnten.

Aber gerade wegen des Probebohrungsbeginns bemüht sich insbesondere Strahlenmann Albrecht um eine großangelegte Schaumschlägerei.

Schon jetzt steht fest, daß bis 1990 die Entsorgung, d.h. die WAA und das Atommüllager, wesentlich stehen soll; schon jetzt hat die DWK den Sicherheitssegen der Bundesregierung erhalten, schon jetzt steht Gorleben als Standort fest, es gibt überhaupt keine Alternativplanungen, es geht lediglich darum, w i e das Projekt über die Bühne gezogen werden soll.

Trotzdem verkündete die Albrecht-Regierung unverdrossen. sie werden soll.

Trotzdem verkündete die Albrecht-Regierung unverdrossen, sie werde Tiefbohrungen (mehrere 100 Meter tief sind vorgesehen) erst zulassen, wenn die „positive Grundsatzentscheidung" gefallen sei. Auch müsse die DWK (verantwortlich für die Flachbohrungen) auf eigenes Risiko hin arbeiten.

Außerdem lehnte Albrecht das von der Bundesregierung angebotene Informationszentrum in Lüchow ab, das roch doch zu sehr nach der Fortsetzung des DWK-Informations-Zentrums. Albrechts Pressesprecher Poser ließ dazu verkünden: „*Zur Zeit kann die Landesregierung die Öffentlichkeit nur darüber aufklären, daß noch nicht alle Risiken als gegenstandslos zu erachten sind, als Genehmigungsbehörde könne sie ,nur auf diese Weise ihre Glaubwürdigkeit ... bewahren'*" („FAZ", 8.9.78).

Mit Empörung wandte sich die Albrecht-Regierung gegen die Vorwürfe, es handele sich bei ihrem Vorgehen um „*taktische Manöver*" (SPD-Sprecher Stockleben), es ginge ihr darum, die „*Überzeugung zu gewinnen, daß die Anlage sicherheitstechnisch unbedenklich*" sei. Um diesen Anschein der „gründlichen" und „neutralen" Überprüfung etwas glaubhafter zu machen, hat Albrecht inzwischen angekündigt, daß eine Gruppe „*kritischer Wissenschaftler*", darunter Kernenergiebefürworter und -gegner mit Gutachten für insgesamt 29 Mio DM beauftragt sei und deren Prüfung erst abgewartet werden solle. Nun, wer wollte da eigentlich noch bezweifeln, daß die niedersächsische Landesregierung ernsthaft um ihre Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung ringt? Im Grunde ist das ganze nichts weiter als eine Neuauflage von Albrechts seinerzeitiger Bürgerdialog-Taktik, als er mit dem Versprechen, alles „sicher" zu prüfen, den örtlichen BIs gemeinsame Gutachten und deren Finanzierung vorschlug.

Offiziell platzte dieser Dialog Anfang des Jahres, als Albrecht unter dem hahnebüchenen Vorwand, Agenten könnten daraus ihren Nutzen ziehen, den BIs die Aushändigung der Unterlagen über die WAA-Planung verweigerte.

Angesichts der angekündigten Probebohrungen erscheint es Albrecht angebrachter, so zu tun, als ob mit diesen Probebohrungen noch überhaupt nichts entschieden, als ob im Gegenteil die Probebohrungen und Gutachten dazu mit der starken Landesregierung im Rücken vielleicht überhaupt das Mittel seien, ggf. noch die WAA zu verhindern. Da kommt der Landesregierung die Kritik aus den bürgerlichen Parteien - einschließlich der CDU nur zupaß.

So hatte beispielsweise der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Lenzer, für „*die beteiligte Industrie ... gesicherte Rahmenbedingungen für die geplanten Milliarden-Investitionen*" und den zügigen Beginn von Tiefbohrungen verlangt und vor Verzögerungen durch Gutachten gewarnt („FAZ", 24.8.78). Obwohl die CDU fordert, den „*Anschein*" jeder Verzögerung zu vermeiden, damit das „Energiekonzept" nicht „*fragwürdig*" werde („FAZ", 6.9.78), hat CDU-Lenzer für Albrechts Manöver volles Verständnis, der sich „*keinen Ärger mit Protestlern einhandeln*" will („HAN", 6.9.78). Lenzer gab zu, daß „***die Genehmigung von Probebohrungen einen ,gewissen Signalcharakter' für** neue Aktionen von Kernkraftgegnern haben könnte, weshalb hierzu reifliche Überlegungen aller politisch Verantwortlichen nötig seien*" („FAZ", 24.8.78). Bisher haben die BIs unter dem Motto „Bohrbeginn gleich Baubeginn" mit größeren Aktionen bei Beginn der Probebohrungen gedroht. Allerdings ist beispielsweise in den örtlichen und traditionellen Umweltschutz-BIs die Antwort noch völlig umstritten. Zum Beispiel ist noch ungeklärt, ob und wann man einer internationalen Großaktion (in Gorleben oder Hannover) zustimmen soll, obwohl in dem vorgelegten 3-Phasenmodell (von BBU, BAK, ABL und BI Lüchow-Dannenberg unterzeichnet) bei Beginn der Probebohrung die Planung einer Großaktion vorgesehen ist.

Solange die Dinge derart im Fluß sind, kann Albrecht nur nur bei der breiten Masse auf Verwirrungserfolge hoffen, sondern auch innerhalb der BI-Bewegung selbst.

Wie heuchlerisch das Vorgehen Albrechts ist, wird schon daran deutlich, daß er zwar heute ein Informationszentrum ablehnt, aber im Rahmen eines Informationsabkommens mit Bonn 500 Mio DM (!!!) für spätere Zeiten fordert. Außerdem forderte Albrechts Finanzminister Kiep rund 14 Mio DM für den Bau von Polizeikasernen, „*ferner soll die Bundesregierung sämtliche Kosten übernehmen, die durch den Einsatz von Polizeikräften aus Niedersachsen oder aus anderen Bundesländern entstehen*" („SZ", 8.9.78).

„*Fachleute schließen aus der Forderung ..., daß die Regierung Albrecht in Gorleben mindestens 200 - 250 Mann ständig stationieren möchte, um die Baustelle wirksam gegenüber Demonstrationen abschirmen zu können*" (ebenda); nicht nur bei Großaktionen, sondern ständig soll bei der WAA ein Heerlager von Bullen vorhanden sein.

Notfalls soll also die Einsicht, daß die WAA nun sicher geprüft worden ist, mit dem Polizeiknüppel durchgesetzt werden; ein schöner „Bürgerdialog" bahnt sich da an!

AKW-Nein-Kommission

Esenshamm läuft!

Das Anfang 1977 fertiggestellte AKW Esenshamm kann in Betrieb genommen werden, so lautete das Urteil des Verwaltungsgerichts Oldenburg am Freitag (15.9.). Unmittelbar danach kündigte der Betriebsleiter des AKWs, Hofmann, in einer ersten Stellungnahme an, daß der Atomofen schon am Samstag (16.9.) eingeschaltet würde.

Das Verwaltungsgericht Oldenburg hatte sämtliche Klagen gegen atomrechtliche Genehmigungen für das AKW abgelehnt. Die Kläger hatten noch versucht, vom Gericht eine 30-Tage-Frist zu bekommen, um einen Eilantrag beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg durchzukriegen. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Laut Urteilsbegründung haben die Kläger nicht nachweisen können, daß sie ihr Leben durch Inbetriebnahme bedroht sähen und auch durch einen Störfall seien die Kläger in ihren Rechten nicht betroffen.

Die wissenschaftlichen Argumente der Kläger waren für Richter Harms „*plausibel, aber nicht überzeugend*". Denn die Ausführungen und Beispiele der Kläger (Die Klageschrift umfaßt mehr als tausend Seiten!) lägen weit an der Realität vorbei.

Die Werte der radioaktiven Abluft dürften nicht aus den größten anzunehmenden Störfällen berechnet werden, weil ja das AKW gegen alle erdenklichen Unfälle geschützt sei. Und wenn dann doch ein Störfall auftritt hat das „hohe Gericht" für diesen Fall schon eine Erklärung parat. Das wäre das sog. „Restrisiko", das im Atomgesetz ausdrücklich berücksichtigt sei.

Mit so einer Begründung können a l l e AKWs genehmigt werden!

(Nach Prozeß-Kurier Esenshamm, Nr. 18, herausgegeben von BIs um das AKW Esenshamm).

AKW-Nein-Kommission

AKW-Gegner unter „Mordverdacht" in Haft!

Der Sprecher des Arbeitskreises Strahlenschutz (Freiburg) sitzt seit dem 5.9. wieder in Untersuchungshaft wegen angeblichen Mordverdachts. Zwei Mitglieder des Arbeitskreises hatten am 24.8. auf dem Gelände der Saarwerk Interplan bei Baden-Baden (im Besitz der BRD) Aufnahmen aus dem Auto gemacht. Diese Aktion diente der Untersuchung, wieweit dort Uran unter kriminell gefährlichen Bedingungen abgebaut bzw. gelagert wird. Aufgehetzte Teile der Belegschaft hatten versucht, den beiden den Rückweg mit dem Auto zu versperren. Ein Bulldozzer wurde quergestellt und ein Spitzhacke nach dem Auto der beiden Freiburger geworfen. (s. letzten ARBEITERKAMPF). Jetzt wird **nicht etwa gegen die Firma, sondern gegen die Freiburger AKW-Gegner wegen Mordverdachts ermittelt, sie hätten angeblich versucht, einen Arbeiter über den Haufen zu fahren.**

Am 9.9. hatte der Haftrichter zwar den Haftbefehl wieder aufgehoben, da er keine Tötungsabsicht erkennen konnte. Ohne irgendwelche neuen Fakten gab das Landgericht dann der Beschwerde von Staatsanwalt Sörgel statt, bis zur Hauptverhandlung (voraussichtlich im Oktober) sitzt der AKW-Gegner nun im Knast.

Kriminell verdächtig ist nicht der, der Uran unter lebensbedrohlichen Methoden abbaut und verwendet, sondern der, der das aufdecken will.

Hier die Adresse des Gefangenen:

Joachim Schnorr
Vollzugsanstalt
Gernsbacher Straße 60
7570 Baden-Baden

KB/Gruppe Freiburg

Nach Grohnde-Prozessen jetzt Schadenersatzforderungen!

Nachdem schon 1977 den Teilnehmern des Anti-AKW-Dorfes Brokdorf die Kosten (113000,–) für die Zwangsräumung des Dorfes auferlegt wurden (nach der schleswig-holsteinischen „Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung''), sind jetzt 18 Teilnehmer der Anti-AKW-Demonstration vom 19.3.77 in Grohnde zur Zahlung von 234.000.- DM Schadenersatz aufgefordert worden. Die Bezirksregierung Hannover hat sich zu diesem Zweck die 18 damals bei der Demonstration Verhafteten ausgesucht. Von denen wohlgemerkt bis heute kein einziger „rechtskräftig'' verurteilt ist!

Sie sollen nun 12.900.- DM Heilbehandlungskosten für die lädierten Polizisten, 97.300.- DM Gehälter „dienstunfähig'' gewesener Polizisten und 123.700.- DM für Reparatur oder Neubeschaffung von Bullenmaterial (Knüppel, Schilder, Helme usw.), insgesamt eben 234.000.- DM, unter sich aufteilen (13.000.- DM pro Nase!).

Denn so entspricht es inzwischen der Rechtssprechung des Bundesgerichtshofes: ein „Täterkreis'' kann als Gesamtschuldner für entstandenen Schaden haftbar gemacht werden.

Bis zum 20. Oktober sollen sich die Empfänger überlegen, ob sie zahlen wollen oder nicht. Sonst will die Bezirksregierung vor dem Landgericht Hannover klagen (Informationen „HAZ'', 16/17.9.78).

Nach den Versuchen, die Kosten für Zwangsräumungen in Brokdorf und Grohnde (hier würden die Zahlungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Räumung der Anti-AKW-Dörfer gefordert), handelt es sich bei dieser Schadensersatzforderung um den 3. Versuch, Demonstranten für die Polizeieinsätze zahlen zu lassen. **Im Zusammenhang mit dem Brokdorf-Lager war keiner der Aufgeforderten bereit zu zahlen, und beim** Grohnde-Lager gab es einigen Protest aus dem sozialdemokratischen Lager (z.B. Landtagsabgeordneter Penningsdorf), darum versucht man, mit den Grohnde-Prozessen und einer Hetze im „Terroristenschreck-Stil'' im Rükken einen 3. Anlauf.

Ein Genosse aus Hannover

Beim Atomfilz in der guten Stube

Datteln/Westfalen. „*Ein kleines Jubiläum können wir in diesem Jahre mit dem 10. Kanalfestival feiern*'', sagt Horst Niggemeier in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Datteln (s. AK 137). Und so ist es denn auch eine richtig familiäre Atmosphäre, die im „größten Kanalknotenpunkt Europas'' aufkriecht: „Kumpel'' Horst N., allgegenwärtiger Familienvater und seine Verwandschaft — die VEW, die Ruhr-Zink-Hütte und Karstadt, alle mit Horst N. durch allerhand Skandalträchtiges verbunden (s. auch AK 137) — wünschen dem Volk, daß es sich vergnüge und vor allem: daß es „seinen Horsti'' Niggemeier möglichst überall sehe. Das Kanalfestival ist seit 1969 schließlich Niggemeiers große „Selbstdarstellungsfete'', und demzufolge ist er auch überall dabei. Ausgelassen, ja fröhlich, eröffnet er Modenschauen seiner Freunde aus der Bekleidungsindustrie, startet er den großen „Kanal-Volkslauf'', läßt er Erbsensuppe „nach Art der Haardkaserne'' verabreichen, die ihm besonders gut schmeckt, seitdem er häufiger mal Ratssitzungen in eben dieser Kaserne abhält. Niggemeier rief — und seine Freunde kamen: vom 4. Flugabwehrraketenbataillon 21 und der Flußpionierkompanie 831 aus Achim bei Bremen bis hin zum Altekameraden-Verein „Marinekameradschaft Datteln und Umgebung'' war alles anwesend, was dem Bürger die frohen Stunden des Lebens erst richtig lebenswert machen sollte. Drei Tage lang. Und volksnah. Eben eine richtige Familienfeier in der guten Stube des Atomfilz H. Niggemeier.

Und ausgerechnet beim Jubiläum sollte es nun Störenfriede geben, wollten ausgerechnet die auf sich auf-
sollte es nun Störenfriede geben, wollten ausgerechnet die auf sich auf-
merksam machen, die Kumpel Horst schon lange aus der Verwandschaft verstoßen hatte: die Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen „Rettet die Rieselfelder'' (Originalton Niggemeier: „Die KKW-Gegner bewegen sich außerhalb der Gesellschaft'').

Und dann war es auch noch der „skandalöse'' VHS-Dozent Wilfried F. (s. AK 137), der den Informationsstand angemeldet hatte!

Niggemeier entschied sich für Weitherzigkeit, ganz nach der Art eines Familienvaters „erlaubte'' er den verlorenen Töchtern und Söhnen den Protest. Aber: zahlen sollten sie doch dafür, worauf die „WAZ'' vom 25.8. eindeutig hinwies, nämlich eine Mark pro Stunde und Person „Standgebühr''.

Dann aber kamen die „Kader-Chaoten'' (Niggemeier über Bürgerinitiativen) gleich mit fast 100 Leuten, fanden für mitgebrachte Flugblätter und Anti-AKW-Luftballons reißenden Absatz und zogen singenderweise über das Festgelände, ein mitgeführter Info-Stand auf einem Bollerwagen informierte über die VEW-Planungen in den Rieselfeldern, Gespräche mit Dattelner Bürgern entstanden, die gelben Abzeichen mit roter Sonne beschränkten sich nicht mehr nur auf den ausdrücklich zugewiesenen Stand ... — und das ging denn doch entschieden zu weit.

Der Leiter des Ordnungsamtes schritt ein, nachdem er — wie er sagte — mit dem Stadtdirektor gesprochen habe, kurz darauf erhielt er auch noch den Segen des Stadtvaters Niggemeier und drohte nun mit der Polizei, und wenn man so weitermache, werde er „Sie alle'' wegen Hausfriedensbruch anzeigen. Denn schließlich muß der „liberale'' Horst Niggemeier doch der Herr im friedlichen Hause bleiben.

Insgesamt aber haben die Bürgerinitiativen einen schönen Erfolg zu verzeichnen, ihre Stände und kleinen Aktionen waren wohl mit die attraktivsten auf dem ganzen „Festival'', und schließlich wurden auch noch
tivsten auf dem ganzen „Festival'', und schließlich wurden auch noch
einige Unterschriften für das laufende Einspruchsverfahren gegen die VEW-Ansiedlung in den benachbarten Rieselfeldern gesammelt.

Solche Feste darf'*s ruhig öfter geben!*

Anti-AKW-Kommission NRW

Brasilien: Auf Sand gebaut

Der Plan der brasilianischen Militärjunta, sich von der KWU zehn Atomkraftwerke (und eine eigene Reaktorfabrik) ins Land setzen zu lassen, stößt auf unverhoffte Schwierigkeiten. So wurden in dem ersten AKW Brasiliens (das noch von den USA gebaut wird) Risse in der Betonkuppel entdeckt, woraus messerscharf geschlossen wurde, daß wohl mit dem Bauuntergrund irgendwas nicht stimmen könne. Obwohl ein Berghang direkt beim AKW stetig in Richtung Meer fließt und mit Stützmauern abgesichert werden mußte, kam man angeblich erst jetzt auf den Gedanken, daß dort etwas nicht in Ordnung sei. Das Ergebnis der Untersuchungen war, daß das gesamte Gelände, auf dem die AKW-Zentrale Brasiliens gebaut werden soll, aus einem Felsblock besteht, der sich inmitten von Treibsand aufs Meer zubewegt. Über kurz oder lang werden somit die AKWs im Meer versinken! Als Abhilfe plant die KWU nun, etwa tausend Betonpfähle von bis zu 80 Meter Tiefe (!) in den Untergrund zu gießen, die der Wanderbewegung Einhalt gebieten sollen. Nur, das ganze verdreifacht die Kosten der AKWs (statt 20 Mrd. DM nun 60 Mrd. DM) und verzögert den Bau um mindestens vier Jahre, nur „*wie teuer ... die beiden ersten Denkmäler von KWU-Siemens in Brasilien am Ende tatsächlich sein werden, das weiß niemand. Im Augenblick steht nur fest, daß Furnas, das mit der Realisierung beauftragte Staatsunternehmen keinen Pfennig mehr für die Weiterführung diverser Wasserkraftwerksbauten übrig hat und die finanziellen Mittel für das Nuklearprogramm bei deutschen Banken zusammenbettelt*'' („FR'', 13.9.). Der Firma Siemens können diese Sorgen egal sein, das Geld erhält sie auf jeden Fall.

Zudem rostet es in dem AKW-Baugebiet dermaßen, daß in dem ersten AKW schon die völlig verrotteten Kühlrohre ausgewechselt werden mußten, bevor es überhaupt eingeschaltet wurde. Und auch mit der Fabrik, die Reaktoren herstellen soll, klappt es nicht so recht. Sie wird auf versumpften Gebiet an der Küste gebaut, an einer Stelle, die nur von kleineren Schiffen angelaufen werden kann. Da jetzt schon abzusehen ist, daß die Produktion dieser Fabrik nicht ausgelastet werden kann (vorgesehene Kapazität: vier AKWs jedes Jahr!), sahen sich die Erbauer schon nach anderen Betätigungsfeldern um. So wurde vorgeschlagen, in dem Werk anstelle der AKWs, Leopardpanzer oder U-Boote zu bauen — was auch dem Ziel des Atomprogramms, nämlich den Bau und Einsatz von Atombomben schon sehr nahe kommt — nur haben die Militärs bislang abgelehnt, da es genug Produktionsstellen gibt!

Eine wirtschaftliche Begründung für den Atomwahnsinn gibt es gerade in Brasilien nicht, da dort genügend Wasserkraft wesentlich billiger zur Verfügung steht.

AKW-Nein-Kommission

Erörterungstermin Rieselfelder geplatzt

In den „Dortmunder Rieselfeldern'' zwischen Datteln und Waltrop planen die VEW (Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG) ein gigantisches Energiezentrum, bestehend aus Kohle- und Atomkraftwerken, mit einer Gesamtkapazität von 5.900 (!) Megawatt (MW). Die VEW, deren Pläne zum Bau der Atomkraftwerke schon seit 1974 bekannt sind, stellt sich in letzter Zeit dumm und will der Bevölkerung weismachen, es ginge nur noch um zwei Kohlekraftwerke (s. AK 137).

Für die ersten beiden Kohlekraftwerksblöcke läuft z. Zt. das Genehmigungsverfahren; am 5. September fand in Datteln der Erörterungstermin, veranstaltet vom Gewerbeaufsichtsamt, statt.

„Bürgerbeteiligung'' in der Praxis

Schon im Vorfeld des Termins erlebten die Bürgerinitiativen spezielle Varianten der „Bürgerbeteiligung'':

— die Unterlagen über das Projekt wurden nur in Datteln, Waltrop und Recklinghausen, nicht aber in den ebenso betroffenen Städten Dortmund, Lünen usw. ausgelegt;

— Treffen der Bürgerinitiativen sowie einzelne BI-Leute wurden ständig von der Polizei bespitzelt (selbst die „Dattelner Morgenpost'' meldete: „*Da mußte zur Kenntnis genommen werden, daß ein biederer Handwerksmeister aus Waltrop, der sich seit Jahren dem Umweltschutz verschrieben hat, mehrfach von Mitarbeitern des 14. Kommissariats [politische Polizei] aufgesucht wurde ...*'' („Dattelner Morgenpost'', 7.9.);

— ein Infostand der BIs vor dem Gebäude wurde von der Stadt Datteln (Bürgermeister: Horst Niggemeier!) aus „*verkehrstechnischen Gründen*'' nicht genehmigt.

Der Erörterungstermin selbst war nicht öffentlich (d.h. Interessierten, die nicht auf der Computer-Einlaßliste standen, wurde der Eintritt verwehrt), und auf die äußerst „günstige'' (für wen?) Zeit von 9.30 Uhr gelegt, demzufolge lediglich ca. 200 der über 7.000 Einwender kommen konnten.

Das alles aber interessierte den Versammlungsleiter Wessling (vom Gewerbeaufsichtsamt Recklinghausen) herzlich wenig: zur Forderung nach Öffentlichkeit des Termins berief er sich auf eine Verordnung, die zu seinem Leidwesen allerdings besagte, daß die Zulassung weiterer Personen in seinem Ermessen liegt. Weitere Interessenten wollte er aber nicht hereinlassen, da „*die Einwender sich sonst befangen fühlen könnten*''.

Seine rührselige Sorge entpuppte sich sehr bald als Verarschung: So lief ein Tonband mit (aus „protokollarischen'' Gründen), das übrigens noch von der VEW gestellt wurde (wie die gesamte technische Einrichtung inclusive Techniker), und jeder „Einwender'' sollte bei Redebeiträgen seinen Namen nennen (!). Als das von den
sive Techniker), und jeder „Einwender'' sollte bei Redebeiträgen seinen Namen nennen (!). Als das von den
Anwesenden abgelehnt wurde, weil sie Repressalien befürchteten, kam gleich noch mit heraus, daß sich starke Polizeikräfte im Gebäude befanden und außerdem im Saal ein Zivilbulle (als „Kontaktmann'') war. Auf die Proteste der Anwesenden hin reagierte die VEW (!) mit dem Antrag, der Bulle möge „*im öffentlichen* (?) *Interesse unerkannt bleiben*''; Wessling stimmte dem begeistert zu, außerdem sei der Bulle nur „*zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen*'' Ablaufs da. Diese Auseinandersetzung endete damit, daß sich ein Bulle erhob und als „Ortssheriff'' vorstellte und versicherte, „Kollegen vom 14. K sind nicht hier'' (haha).

Dann fühlte sich auf einmal die VEW „befangen'', nämlich durch das Filmen anwesender VHS-Leute aus Bochum: „*Einem Antrag der VEW, daß Vertreter der Volkshochschule Bochum, die in Ton und Bild das Geschehen festhalten wollten, ihre Geräte wieder einzupacken, wurde stattgegeben. Die Begründung war in der Tat skandalös: Während man der Presse nach namentlicher Vorstellung Objektivität attestierte, bezweifelte das Gewerbeaufsichtsamt das Vorhandensein dieser Tugend bei den VHS-Filmern. Ein Zusammenhang mit der scharfen Kritik von Kraftwerksbefürwortern an den Aktivitäten der VHS in Castrop-Rauxel* (s. AK 137 — Anm.) *wurde nicht hergestellt, setzte sich aber assoziativ fest*'' („Dattelner Morgenpost'', 7.9.).

VEW — Experten am Werk

Nach einer Einführung in „allgemeine Rechtsfragen'' durch Wessling, hielt ein VEW-Vertreter namens Hirschfelder einen Vortrag über „unser Kraftwerk''. Nachdem er versicherte, die VEW habe schon immer ein offenes Ohr für Sorgen und Nöte der Bevölkerung gehabt, beschwerte er sich erstmal darüber, daß „*man hier kein Verständnis für die VEW hätte die ja nur ihre Aufgabe sehr ernst nimmt, den Bürger billig mit Strom zu versorgen*''. Und damit sie das weiter kann, müssen halt Kohle- und Atomkraftwerke in die Rieselfelder. Bezüglich der geplanten (aber von der VEW in der letzten Zeit verschwiegenen) Atomkraftwerke schlug er einige recht amüsante Purzelbäume: Erst meinte er, der Begriff „Atomenergiezentrum'' sei „eigentlich ja Unfug''; er sei nur deshalb zustande gekommen, weil die VEW zur Begutachtung der Immissionsbelastung eben einen „fiktiven'' (?) Endausbau zugrunde gelegt habe, damit auch ja nicht der Umweltschutz zu kurz komme!! Wie „fiktiv'' dieser Endausbau wirklich ist, gab er gleich anschließend selbst zu: „*Man kann es* (das in den Rieselfeldern zum Einsatz kommende VEW-Kohleumwandlungsverfahren — Anm.) *ohne Kernenergie machen und wird es zunächst* (!!) *ohne Kernenergie machen*''.

Den Standort Rieselfelder begründete der VEW-Vertreter damit, daß die Rieselfelder das einzige zusammenhängende Gebiet in Ostwestfalen seien, das sich für das Projekt eigne (von der günstigen Lage verkehrsmäßig usw.). Auf den Zwischenruf eines Bauern, ob es nicht eher daran liege, daß die Rieselfelder der Stadt Dortmund gehören und diese (u.a. über den OB Samtlebe, der auch Aufsichtsratsmitglied der VEW ist) personell mit der VEW liiert sei, herrschte betretenes Schweigen.

Daraufhin schlug ein weiterer VEW-Vertreter den Saal in Stimmung bringende Kapriolen. Nachdem er sich vorstellte als ein „Bauingenieur, der sehr viel von Landwirtschaft versteht'', meinte er, die von den Rieselfeldbauern so betonte landwirtschaftliche Bedeutung der Rieselfelder würde demnächst mit dem Ende der Berieselung wegfallen, weil damit auch Qualität und Ertrag der erzeugten Güter sinken würden, mußte er sich von einem jugendlichen Landwirt belehren lassen, daß in den Rieselfeldern schon seit etlichen Jahren keine Abwässer mehr verrieselt würden, ohne daß sich das negativ ausgewirkt hätte; woraufhin der „Landwirtschaftsexperte'' der VEW mit hochrotem Kopf im Sessel versank, während der Saal vor Heiterkeit tobte.

Ähnliche (wenn auch eher zynische Schnitzer leistete sich der Vertreter des Gesundheitsamtes. Auf eine Frage nach dem Zusammenwirken der durch die Kraftwerke und Folgeindustrie entstehenden Schadstoffe im menschlichen Körper, meinte dieser S(chw)achverständige: „Ja, wissen Sie, das fängt erst mal damit an, daß hier im Saal das Rauchen eingestellt wird''. Über Gutachten namhafter Professoren über die besondere Gefährlichkeit bestimmter Schadstoffzusammensetzungen war ihm nichts
Professoren über die besondere Gefährlichkeit bestimmter Schadstoffzusammensetzungen war ihm nichts
bekannt.

Überhaupt fielen die „Experten'' vor allem dadurch auf, daß sie über grundlegende Fragen nicht informiert waren, woraufhin BI-Vertreter ihnen vorschlugen, sich doch bei den Bürgerinitiativen zu informieren.

Gewerbeaufsichtsamt — stets zu Diensten

„*Der Eindruck entstand, daß der Versammlungsleiter von der VEW gestellt war. Jedoch hatte er sich komischerweise uns als neutraler Beamter des Gewerbeaufsichtsamtes vorgestellt*''. So kommentierte die Bürgerinitiative Umweltschutz Waltrop (BUW) treffend den Auftritt des „neutralen''Herrn Wessling. Nachdem er schon von Beginn des Erörterungstermins an bei jeder Entscheidung stets bei der VEW nachfragte, schien er im Laufe des Termins seine Rolle als „neutraler Behördenvertreter'' völlig vergessen zu haben. Jedenfalls wurden alle Fragen an die VEW von ihm beantwortet. Und während er anfangs der VEW gestattet hatte, umfassend den Gesamtkomplex ihres Projekts darzustellen, und die „Notwendigkeit'' der Kraftwerke durch Energieprognosen und „Schaffung von Arbeitsplätzen'' zu begründen, war es den Einwendern strikt untersagt, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, denn, so Wessling: „Das ist doch hohe Politik, das gehört hier nicht hin''.

Im Klartext: Während der VEW-Vertreter schwärmen durfte, die beiden Kraftwerke würden rund 250 Arbeitsplätze schaffen, war es den BI-Vertretern verboten, hinzuzufügen, daß gleichzeitig über 500 Arbeitsplätze in den Rieselfeldern vernichtet würden und die Existenz von zig Bauernfamilien zerstört wird.

Bei jedem Einwand verwies Wessling auf die Technische Anleitung Luft (TA-Luft; Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der zulässigen Schadstoffbelastungen in der Luft) und überhaupt, alles „gehört hier nicht hin''. Mit dieser beliebten Floskel reagierte er auch auf die Forderung einer Ärztin von „pro grün'' nach einem ökologischen Gutachten, das die Auswirkungen des Energiezentrums auf den umliegenden Raum untersuchen sollte. Peinlich für ihn, daß diese Ärztin auf seine Bemerkung, das sei Angelegenheit des Regierungspräsidenten (in Münster), erwiderte, daß sie jüngst auf einer Anhörung beim Regierungspräsidenten auf dieselbe Frabe zu hören bekam, das sei Sache des Gewerbeaufsichtsamtes im Genehmigungsverfahren!

Ohne sich verbindlich zu äußern, gestand Wessling dann die Hinzuziehung weiterer Gutachten zu, nachdem er das kurz zuvor noch abgelehnt hatte, mit der Begründung, solche Gutachten seien zu teuer (und schließlich wären das Verfahrenskosten, und die müßte ja dann die VEW tragen!).

Doch selbst wenn weitere Gutachten hinzugezogen werden, sollten sich die Bürgerinitiativen keine großen Hoffnungen machen. Denn das wesentliche „Gutachten'' des TÜV (der ja ebenfalls sehr „neutral'' ist, da in seinem Vorstand auch der Vorstandsvorsitzende der VEW, Knizia, sitzt) besagt, daß sich die durch die beiden Kraftwerke zu erwartende Schadstoffbelastung im Rahmen der von der TA-Luft festgesetzten Grenzwerte bewegt, und das ist für die Genehmigung entscheidend. Daß diese Grenzwerte in der TA-Luft nach rein ökonomischen Gesichtspunkten (d.h. nach dem Profitinteresse der Kohlekapitalisten und Großindustrie) festgesetzt wurden und die TA-Luft vollkommen unzureichende Meßmethoden vorschreibt, interessiert diese Herrschaften natürlich nicht. Warum auch, es geht ja „nur'' um unsere Gesundheit.

Nicht mit uns!

Nach über neunstündiger Debatte (und beim 3. von zehn Tagesordnungspunkten) plädierten etliche Anwesende für Vertagung, da sie dem Verlauf nicht mehr konzentriert folgen könnten. Wessling erkundigte sich bei der VEW und schloß sich deren Wunsch an, den Termin „durchzuziehen'' (wörtlich!).

Nachdem die Anwesenden immer häufiger auf Verlegung des Termins drängten, ließ er wüste Beschimpfungen gegen einzelne Wortführer los („Sie haben das bewußt hinausgezögert'', „Sie sind schuld, daß es so lange dauert''). Als eine Abstimmung über das weitere Vorgehen der Einwender durchgeführt werden sollte, wollte er dem Redner das Wort entziehen. Ungeachtet unserer Proteste machte Wessling weiter.
ziehen. Ungeachtet unserer Proteste machte Wessling weiter.

Daraufhin verließen a l l e Einwender geschlossen aus Protest den Saal!

Und das Schärfste: VEW, Gewerbeaufsichtsamt und die übrigen Behördenvertreter führten den Termin fort und erörterten unsere Ablehnung des Energiezentrums!

„*Regierungsgewerbedirektor Wessling, Versammlungsleiter der Dauerdebatte wertete in einer ersten kurzen Stellungnahme den spektakulären Auszug als die Folge einer erkennbaren Taktik, das ‚Verfahren zu verzögern und eine Neuansetzung zu erreichen'.*'' („Dattelner Morgenpost'' 7.9.78)

Wie geht's weiter?

Für Wessling ist die „*Erörterung der Einwände ... abgeschlossen*'' („Dattelner Morgenpost, 7.9.). Nicht so für die BUW und die Regionalkonferenz Rieselfelder (in der Bürgerinitiativen aus Waltrop, Recklinghausen, Lünen, Dortmund, Castrop-Rauxel, Herne, Bochum usw. zusammengeschlossen sind). Gegen Wessling wird eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht und notfalls wollen die BIs auf dem Klageweg eine Neuansetzung des Termins erreichen.

Dem Gewerbeaufsichtsamt bzw. seinem Vertreter Wessling sollte unbedingt die Gelegenheit gegeben werden, sein Lehrstück fortzusetzen. Eigentlich sollten die Anhörungstermine dazu dienen, der Bevölkerung vorzutäuschen, daß die staatlichen Behörden sämtliche Sorgen und Nöte bei Industrieansiedlungen überprüfen und berücksichtigen. Doch hier ist das ganze zu einem Lehrstück geworden, wie das Gewerbeaufsichtsamt sich für das neue Industrieprojekt einsetzt. Das gilt es möglichst breit bekannt zu machen. Nicht die Behörden, sondern nur wir selbst können das Atomenergiezentrum in den Rieselfeldern verhindern.

Anti-AKW-Kommission NRW



Antifaschistische Aktionen im Ruhrgebiet

Für den 2.9.78 hatte die NPD Kundgebungen in Duisburg, Mühlheim und Oberhausen angekündigt. Nach deren Verbot konnte die NPD für Oberhausen eine einstweilige Verfügung auf Genehmigung durchsetzen, die verbunden war mit dem Verbot antifaschistischer Kundgebungen und Demonstrationen.

Gleichzeitig meldete die NPD zusätzlich (als Ersatz für die ausgefallenen Kundgebungen in Duisburg und Mühlheim) eine weitere in Oberhausen an, die ihnen auch prompt genehmigt wurde.

Essen:
Obwohl nur Mund-zu-Mund-Propaganda gemacht wurde, empfingen ca. 100 - 150 Antifaschisten das Häuflein von 10 - 15 Faschisten mit einem Tomaten- und Eierhagel. Die NPD-Kundgebung wurde unter massivem Polizeischutz durchgeführt, und überall in der Umgebung waren Zivilbullen – sogar in einer Kirche, aus der sie von einem antifaschistischen Pastor hinausgeworfen wurden. Ein Antifaschist mußte Äpfel und Tomaten gegen Quittung abgeben.

Oberhausen:
Hier waren ca. 300 Polizisten im Einsatz, um die Faschisten vor dem Protest von ca. 400 - 450 Antifaschisten zu schützen. Schon am Abend vorher waren Sperrgitter aufgestellt worden und der Kundgebungsplatz war nur zu erreichen, wenn man/frau sich einer Leibesvisitation unterzog. Selbst die Anwesenheit von MdL Damm und MdB Meinike konnte nicht verhindern, daß doch 6 oder 7 Antifaschisten festgenommen wurden. MdB Meinike sorgte immerhin dafür, daß festgenommene Antifaschisten wieder reibungslos die Wache verlassen konnten.

Insgesamt war das ganze „Vorfeld" der NPD-Kundgebung von Bullen durchsetzt, die in Fotografen- und Greifertrupps unterwegs waren, angeleitet von Offizieren, die teilweise aus den umliegenden Häusern heraus Anweisungen gaben. Es kann also durchaus sein, daß einzelne Antifaschisten auch später noch mit Strafverfahren zu rechnen haben.

Dennoch kam auch in Oberhausen die NPD nicht so recht zum Zug. Alle Absperrmaßnahmen konnten nicht verhindern, daß einige Nazis Eier und Farbbeutel abbekamen und nur unter Polizeideckung den Platz verlassen konnten.

Duisburg:
Nachdem die Duisburger NPD-Kundgebung ausfiel, wurde dort zur Teilnahme an den antifaschistischen Aktionen in Oberhausen mobilisiert. Hierbei kam es zu mehreren Festnahmen beim Verteilen von Flugblättern der Duisburger Aktionseinheit/AE.

Ein Vertreter der Duisburger AE, der eine Kundgebung anmelden wollte, bekam zusätzlich ein Strafverfahren wegen Verunglimpfung der BRD (§ 90a) an den Hals, weil in dem Flugblatt stand: **„Hinzu kommt, daß in der BRD ein Klima herrscht, durch das der Faschismus und die Hitlerdiktatur systematisch verschleiert, verharmlost und beschönigt wird – wie durch: – Schallplatten mit SS-Liedern in Kaufhäusern – ‚Das Dritte Reich' an allen Kiosken – ...".** Hinzu kommt noch eine weitere Anzeige, weil ein namentlich genannter Polizist sich „beleidigt" fühlte.

(nach Berichten von Genossen aus NRW)

Kurzmeldungen

Nazis vor Gericht

Wegen ihrer Aktivitäten im Rahmen der „NSDAP" standen in München der mittlerweile aus der Bundeswehr entlassene Unteroffizier Willibald K. (25) und der Kochlehrling Walter H. (23) vor Gericht.

Beide hatten mehrere Male „NSDAP"-Plakate geklebt. U.a. hatten sie am 4.6.78 den Dom, die Petrikirche und das Verlagshaus der „Süddeutschen Zeitung" in München beschmiert.

Vor Gericht verhielten sich beide genau nach den Anweisungen der „NSDAP": k. behauptete, „E i n z e l k ä m p f e r" zu sein und das Material direkt aus den USA bekommen zu haben. Er habe den Walter H. beim Bier kennengelernt und angeworben.

Gegen diese Version steht, daß Willibald K. lange Zeit Mitglied der NPD gewesen ist und dann zur „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" des Wilhelm Busse gestoßen ist, die heute eine der tragenden Gruppen der Nazi-Szene um Kühnen und Schönborn ist.

Angeblich will K. bei seiner Verpflichtung als Zeitsoldat aus der VSBD ausgetreten sein.

Immerhin sitzt K. seit dem 20.6.78 in U-Haft. Walter H. dagegen ist auf freiem Fuß.

Ein Urteil ist noch nicht bekannt. (SZ, 12.9.78).

VSBD ausgetreten sein.
Immerhin sitzt K. seit dem 20.6.78 in U-Haft. Walter H. dagegen ist auf freiem Fuß.
Ein Urteil ist noch nicht bekannt. (SZ, 12.9.78).

SPD-Mitglied als Nazi-Händler

„Angebote wie in alten Tagen" HJ-Messer mit der Aufschrift „Blut und Ehre", SS-Dolche („Meine Ehre heißt Treue") usw. versprach eine Anzeige, auf die der SPD-Stadtrat von Fürth und dortige DGB-Vorsitzende Rudolf Hartosch aufmerksam wurde.

Mehr noch als über die Anzeige selbst staunte Hartosch, Mitglied des Fürther „Bürgerkomitees gegen nazistische Umtriebe", über den Inserenten: Günther Neumann, Waffenhändler, SPD-Vorsitzender in Langenzenn bei Fürth, Vorsitzender der dortigen SPD-Rathausfraktion, Mitglied des SPD-Kreisvorstands Fürth-Land und des SPD-Unterbezirksvorstands sowie ehemaliger Juso-Vorsitzender des Unterbezirks Fürth.

Als die Sache ruchbar wurde, schossen sich die SPD-„Genossen" schnell ein – nicht etwa auf Neumann, sondern auf Hartosch, der – was dieser bestreitet – die Sache an die Presse gegeben habe. Neumann sei ein „politisch absolut zuverlässiger Mann", die Anzeige sei von Angestellten aufgegeben – was Hartosch bestreitet –, Neumann habe das Geschäft erst gerade gekauft und den Plunder mit übernehmen müssen, und schließlich: Jeder müsse doch schließlich leben.

Neumann – gedrängt von der SPD – gelobte Besserung. Neuen Nazi-Plunder will er nicht anschaffen.

Für die SPD scheint der Dreck unter den Teppich gekehrt, nicht jedoch für die Justiz: Die Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren abgeschlossen und Anklage erhoben – so soll es sein! („Welt der Arbeit", 14.9.78).

Strau.. läßt antifaschistisches Plakat verbieten

Eine einstweilige Verfügung gegen das Plakat von Ernst Volland mit dem Titel „Der Kanzlerkandidat" hat F.J. Strau.. erwirkt. Die weitere Verbreitung ist damit vorläufig untersagt.

Das Plakat zeigt F.J. Strau.. in neun Szenen, jeweils mit einem passenden und knackigen Zitat von ihm. Entstanden ist es übrigens 1971 – bis heute wurde nie etwas beanstandet.

Jetzt plötzlich – kurz vor den bayerischen Landtagswahlen – will Strau.. zwei der insgesamt 9 ihm zugeschriebenen Zitate weder wörtlich noch sinngemäß von sich gegeben haben:

„Ich will Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlgefühl für das deutsche Volk, wenn es sein muß, mit der Maschinenpistole erreichen" und *„Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen."*

Beide Zitate entstammen dem „Spiegel" vom 2.11.1970, die ihretwegen von Strau.. nie belangt wurde.

Seit 7 Jahren wird das Plakat vertrieben, ohne Beanstandung. Jetzt fand sich ein Gericht, das dieser Sache sogar noch eine „Eilbedürftigkeit" zuerkannte und eine einstweilige Verfügung erließ.

trieben, ohne Beanstandung. Jetzt fand sich ein Gericht, das dieser Sache sogar noch eine „Eilbedürftigkeit" zuerkannte und eine einstweilige Verfügung erließ.

Nazi-Zusammenrottungen

Ausgerechnet in Sonthofen ist es gelungen, eine für den 15. September vorgesehene SS-HIAG-Veranstaltung verbieten zu lassen.

Die VVN und ein „Arbeitskreis gegen Naziaktivitäten", die gegen dieses Treffen protestiert hatten, wollen aber trotz des Verbots wachsam bleiben und eine Demonstration mit anschließender Kundgebung vor dem ursprünglich vorgesehenen Veranstaltungsort durchführen.

***

In Göttingen wurde eine für den 30. September angekündigte NPD-Kundgebung vom Oberstadtdirektor verboten.

***

Nicht verhindert werden konnten Zusammenrottungen der NPD in Oberhausen und in Essen. Unter Polizeischutz konnten die Nazis trotz starker antifaschistischer Proteste ihre Kundgebungen abhalten.

***

Ihren Landesparteitag Nordrhein-Westfalen will die NPD trotz vieler Proteste am 17. September in der Gemeinde Bünde-Enningloh (Kreis Herford) durchführen. Die Stadtverwaltung erklärte, ihr sei von Protesten nichts bekannt.

***

Vom 9.-15.10.78 plant Thies Christophersen seine alljährliche „Herbsttagung", diesmal – wohl aufgrund schlechter Erfahrungen – in Österreich. Tagungsort ist Mals/Südtirol, Tagungsstätte das „Ferienheim Ortlerblick". Weitere Pensionen am Ort sollen die Gesinnungsfreunde Christophersens aus Österreich, der BRD, Italien und Frankreich beherbergen. (ed, 8.9.78).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nazi-Drohbrief gegen Frau des Kieler Bambule-Plenums

In den letzten Augusttagen hat die presserechtlich verantwortlich zeichnende Frau des Kieler Bambule-Plenums einen Drohbrief erhalten.

Der Brief wurde als offizielle Postsache zugestellt.

Im folgenden geben wir eine Erklärung des Kieler Bambule-Plenums dazu wieder:

„Am 29.8.78 hat Uschi, unsere presserechtlich Verantwortliche, einen Drohbrief erhalten. Wir sind der Meinung, daß der Brief aus der Feder von Neofaschisten stammt.

Warum?

1. Der Brief enthält die Drohung ‚ROTFRONT VERRECKE!' in Form eines schon seit langer Zeit bekannten Aufklebers der Neonazis.

2. Der Brief enthält außerdem einen Prospekt über ein Gratisangebot eines ‚Sex-Wandkalenders 79' – (wir möchten den Prospekt nicht näher beschreiben) – der offensichtlich Uschi als F R A U, als engagierte Frau, treffen soll. Wir fragen uns: Wie weit ist es von solchen Drohungen und Diskriminierungen bis hin zu sexistischen Mißhandlungen und Folterungen von Frauen wie unter der Nazi-Herrschaft?!

3. Der Brief enthält weiterhin den Schriftzug ‚Arbeiterkampf'. Das kann seinen Bezug nur darin haben, daß Uschi kürzlich in einem Artikel im ‚Arbeiterkampf', in dem über ein Büsumer Heim berichtet wurde, als Kontaktadresse unserer Gruppe genannt worden ist.

Wir sehen daher in der Drohung nicht nur einen Angriff gegen Uschi, sondern auch gegen unsere gesamte Gruppe, da der einzige ‚Grund' für den Brief offensichtlich das Engagement gegen Mißstände in der Heimerziehung ist.

Wir haben diese Stellungnahme nicht nur in der Absicht geschrieben, Euch zu informieren, sondern auch, um der beabsichtigten Einschüchterung Einzelner entgegenzuwirken.

Wir meinen, daß das nur geschehen kann, wenn eine möglichst breite Öffentlichkeit von Vorfällen dieser Art erfährt. ..."

Das Bambule-Plenum hat diese Erklärung mit Fotokopien des Drohbriefes und des „Sex-Prospekts" an viele linke Zeitungen, Frauengruppen und Heiminitiativen in der BRD verschickt.

Bereits früher sind Genossen des Kieler KB in solcher Weise von Neonazis bedroht, z.T. sogar gewalttätig überfallen worden!

Wenn nun – unseres Wissensnach – erstmalig eine in einer linken Basisinitiative engagierte Frau gerade wegen dieses Engagements bedroht wird, zeigt das noch deutlicher, wie realitätsfremd Äußerungen sind wie: solche Drohungen seien Ausdruck eines angeblichen „Kleinkrieges zwischen rechten und linken Extremisten"!

KB/Gruppe Kiel

Antifaschistischer »Ermittlungsausschuß« in Göttingen gebildet

Antifaschistischer »Ermittlungsausschuß« in Göttingen gebildet

PRESSEERKLÄRUNG

Im Arbeitskreis Antifaschismus Göttingen, der seit über einem halben Jahr gegen Neofaschismus und seine Duldung und Förderung arbeitet, hat sich ein „Ermittlungsausschuß gegen NPD/JN/NSDAP" gebildet. Die Notwendigkeit, die allgemeine antifaschistische Aufklärungs- und Informationsarbeit durch eine kontinuierliche und öffentliche Ermittlungstätigkeit zu ergänzen und zu präzisieren, sehen wir v.a. in

– der wachsenden Militanz der Faschisten gegen Antifaschisten und fortschrittliche Einrichtungen wie Jugendzentren und linke Buchläden, der immer systematischer betriebenen Ausbildung und Schulung in Wehrsportgruppen, Jugendlagern u.ä.

– dem Aus- und Aufbau fester organisatorischer Strukturen und Verbindungen der verschiedenen Nazi-Gruppen untereinander und zur NPD/JN(Junge Nationaldemokraten) und deren systematische Leugnung in der Presse, bzw. den Verlautbarungen der Innenminister. Beispielhaft ist hierfür der niedersächsische Verfassungsschutzbericht für 1977/78, in dem wider besseren Wissens derartige Verbindungen vertuscht werden; überall da, wo einzelne Mitglieder der NSDAP-Gruppen bzw. ihre politische Entwicklung u n d ihre aktuellen Verbindungen genau untersucht wurden, führte die Spur zur NPD oder anderen sog. traditionell rechtsradikalen Organisationen wie Wiking-Jugend oder Bund Heimattreuer Jugend

– dem publizistischen Umgang mit den staatlichen Ermittlungen bzw. Verfolgungsmaßnahmen gegen die genannte Entwicklung. In allen uns bekannten Fällen wurden die spärlichen Ermittlungsergebnisse nicht zur konsequenten Verfolgung der Faschisten und zur umfassenden Information der Öffentlichkeit verwendet, sondern zur Verharmlosung der militanten Nazi-Gruppen und zur Vertuschung des organisierten Hintergrundes; konkret: Wo aufgrund öffentlichen antifaschistischen Protestes Ermittlungen eingeleitet werden, werden sie angeblich gegen Einzeltäter, Spinner o. ä. geführt.

Faktisch ist auf diese Weise – v. a. im Schutz der ständig legal gehaltenen NDP (vgl. Mannheimer Urteil zur NPD) – im Verlaufe des letzten Jahres eine Legalisierung offen faschistischer Propaganda und der entsprechenden Organisationen erreicht worden, deren Folgen angesichts von Gesinnungsschnüffelei, Berufsverboten und Hetze gegen linke und antifaschistische Politik kaum noch abzusehen sind.

Der Ermittlungsausschuß will deshalb anhand von konkretem Material das ganze Ausmaß der Entwicklung faschistischer Gruppen v. a. in Niedersachsen und besonders den organisierten Hintergrund dieser Entwicklung nachweisen.

Dabei sind wir auf die Mitarbeit aller Antifaschisten, Antifaschistischen Arbeitskreise, Jugendzentren, Journalisten, Alternativ- und Schülerzeitungen, fortschrittlicher politischer Gruppen angewiesen – um dieses Material zu sammeln und es der demokratischen Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können.

Wir brauchen v. a. Fotomaterial über bekannte oder unbekannte Faschisten, aber auch Berichte über Jugendlager und militärische Übungen, Arbeit der Nazis an Schulen und Propagandamaterial aus allen Bereichen – z. B. auch Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung ...

Der Ermittlungsausschuß hat in einer kleinen Broschüre einen Überblick über die Situation in Niedersachsen sowie einige besonders wichtige und dringende – z. B. aufgrund laufender Anzeigen oder Prozesse – Einzelfälle zusammengestellt:

Diese Broschüre kann bestellt werden bei
Arbeitskreis Antifaschismus
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Die hier abgedruckte Erklärung wurde uns vom „Arbeitskreis Antifaschismus Göttingen" mit der Bitte um Veröffentlichung zugeschickt. Wir kommen dieser Bitte gern nach in der Hoffnung, daß das Göttinger Beispiel Schule macht. Wir halten die Bildung solcher „Ermittlungsausschüsse" für einen wichtigen Schritt im Aufbau einer antifaschistischen Front. Als Stützpunkte für eine kontinuierliche antifaschistische Untersuchungs- und Enthüllungsarbeit könnten sie wesentlich dazu beitragen, über das bloße R e a g i e r e n auf faschistische Provokationen hinauszukommen und einen offensiven Kampf gegen die Nazi-Umtriebe aufzunehmen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Verfolgung von Nazi-Aktivitäten"?

Viel Rauch und wenig Feuer!

Anfang September legte Bundesjustizminister Vogel das Ergebnis einer Untersuchung über die „Verfolgung von Nazi-Aktivitäten" vor.

Im März 78 hatte Vogel seine Kollegen in den Bundesländern aufgefordert, in Zukunft gegen Nazi-Aktivitäten „den vorhandenen Strafrahmen konsequent auszunutzen" und ihm die bisherigen Ergebnisse der strafrechtlichen Verfolgung nach § 86 (Verbreitung von Propaganda verfassungswidriger Organisationen) und § 86a (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) mitzuteilen.

Heraus kam folgendes Ergebnis:

Eingeleitete Straf- und Ermittlungsverfahren:
1975: 131 Verfahren
1976: 233 Verfahren
1977: 395 Verfahren

Diese Zahlen beruhen auf Unterlagen des Bundeskriminalamtes, das für 1978 einen weiter steigenden Trend ankündigt. Von diesen 759 Verfahren wurden 142 endgültig eingestellt; in 38 Fällen erfolgten Geldstrafen zwischen 125,– und 5.400,– DM; nur in 16 Fällen wurden Haftstrafen verhängt von denen nur zwei verbüßt werden mußten (6 Wochen bzw. 9 Monate); die restlichen 14 wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Über die restlichen 563 Verfahren ist nichts bekannt. Zum Teil dürften sie ebenfalls eingestellt sein bzw. sie schweben und schweben ... und schweben...

Man kann das Zahlenspiel noch weiter treiben: Ganze 7% der eingeleiteten Verfahren endeten mit einer Verurteilung der Täter!

Die jetzt von Vogel vorgelegten Zahlen beweisen erneut, was Antifaschisten seit Jahren immer wieder behauptet haben: Daß Nazis und Nazi-Propaganda in der BRD weitestgehend von der Justiz durch NichtVerfolgung, schleppende Ermittlungen und lächerlichste Strafen ermuntert und gedeckt werden.

Zum x-ten Mal: „Jetzt wird alles anders"...

Dies geradezu erbärmliche Ergebnis benutzt Vogel dazu, zum wiederholten Male anzukündigen, nun werde aber alles besser.

So rügt er in seinem Bericht die Staatsanwaltschaften, die Länderjustizverwaltungen und sogar das BKA: Es bestünde die Gefahr „lückenhafter Strafverfolgung" und „ungleicher Rechtsanwendung"; untereinander würden sich diesen Behörden und der Verfassungsschutz (der also auch!) nur ungenügend unterrichten. Und: Die Gesetze seien ausreichend – sie würden bloß nicht genug angewandt.

Nun – so Vogel – soll aber alles anders werden! Entsprechende Maßnahmen seien schon eingeleitet.

Doch während diesen Ankündigungen „antifaschistischer Aktivitäten" regelmäßig breit propagiert werden und so der Eindruck erweckt wird (und werden soll), als geschähe nun aber wirklich etwas, sehen die T a t e n ganz anders aus.

Weder hat Vogel einen Auslieferungsantrag an Chile oder Brasilien wegen des flüchtigen Nazis Manfred Roeder gestellt, noch hat sich an der äußerst zuvorkommenden Behandlung von Nazis vor Gericht etwas geändert, noch werden NPD-Aufmärsche verboten, noch... noch... noch...

Aber Rüge ans Ausland!

Dieser Bundesjustizminister, in dessen Amtsbereich der Neo-Nazismus und die unverfrorenste Rechtfertigungspropaganda für den Nazismus besser blüht als eh und je, kriegt es doch tatsächlich auch noch fertig, das Ausland ermahnen zu wollen, gegen neo-nazistische Umtriebe in ihren Ländern härter vorzugehen! Ganz dreist werden die Nachbarländer beschuldigt, für die Steigerung der Nazi-Umtriebe in der BRD verantwortlich zu sein. Einer von den immer sehr einfallsreichen Staatssekretären, Herr De With, *„äußerte sich in seinem Beitrag für den Pressedienst ausführlich zu den rechtsextremistischen Erscheinungen im Ausland, die sich zum Beispiel auch beim Export von nationalsozialistischer Literatur und Kennzeichen in der Bundesrepublik zeigen"* (Zitat nach „FR", 8.9.). Aufgezählt werden Hitler-Medaillen aus Italien, Hakenkreuz-T-Shirts aus London, Nazi-Spielzeug aus Japan, Nachdrucke von „Mein Kampf" aus Spanien u.a.m. Auch ein großer Teil der Nazi-Literatur komme aus dem Ausland. Herr Vogel möchte, daß die Regierungen des Auslands vom BRD-Außenministerium „gebeten" werden, *„neonazistischen Aktivitäten im Rahmen der jeweils geltenden Rechtsvorschriften entgegen zu wirken"*

Sicher ist es notwendig, daß auch im (europäischen) Ausland gegen neo-nazistische Umtriebe schärfer – oder wie z.B. in den USA – überhaupt vorgegangen wird! Aber es ist doch eine ganz plumpe Flucht nach vorn, das Ausland für die Verhältnisse in der BRD verantwortlich zu machen, Herr Vogel! Schließen Sie doch einfach die „Nazi-Börse", verbieten Sie den Verkauf von Nazi-Spielzeug, lassen Sie endlich die „NSDAP"-Banden verhaften, legen Sie den kriminellen BHJ-, „Wiking"-, „Wehrsport"-Sumpf trocken, stoppen Sie die tonnenweise Produktion von nazi-verherrlichendem Schriftgut in den großen westdeutschen Verlagen, sorgen Sie für eine Verfolgung der Nazi-Verbrecher!

Die „Kritik" Vogels an der westdeutschen Justiz und die Beschuldigungen gegenüber dem (europäischen) Ausland sind nichts anderes als ein Propaganda-Trick, um von seinen eigenen Versäumnissen abzulenken.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Weitere Nazi-Terroristen verhaftet

Am 12.9.78 wurden in Karlsruhe drei Mitglieder der **„Deutsch-Völkischen Gemeinschaft"** festgenommen und bei Durchsuchungen Hieb- und Stichwaffen, Handgranaten, Pistolenmunition, Pulver u.ä. gefunden und beschlagnahmt.

Die Karlsruher Bande wird verdächtigt, einen Einbruch in ein Waffengeschäft im Frühjahr dieses Jahres verübt zu haben und an der Synagoge sowie an anderen Gebäuden Nazi-Schmierereien angebracht zu haben (FR, 15.9.78).

Die „DVG", nach dem Tod ihres Gründers Foth (Bamberg) vorwiegend in Karlsruhe ansässig, gehört zum harten Kern der Nazi-Szene. Ihr Hetzblatt „Angriff" (Früher: „Antikommunist") gehört zu den übelsten nazistischen Machwerken und wurde in letzter Zeit überall im Bundesgebiet verteilt. Mitglieder der „DVG" waren bei allen größeren Nazi-Auftritten dabei, so zuletzt auch bei der „Saalschlacht von Lentföhrden".

Enge Kontakte bestehen zur „ANS", zu den Nazi-Gruppen im Rhein/Main-Gebiet, nach Hannover und zur „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands".

Antifa-Fahndung bestraft

Zu 40 Tagessätzen a' 10,– DM wurde der ehemalige Redakteur der „az" („Die andere Zeitung"), Winfried Goldhorn aus Frankfurt, wegen Verstoß gegen das Urheberrecht verurteilt.

In der Septemberausgabe 77 der „az", für die der Angeklagte presserechtlich verantwortlich zeichnete, war eine Antifa-Seite mit einer „Bildergalerie" von Leuten ausgestaltet, die im Zusammenhang mit NPD-Aktitvitäten in Frankfurt (17.6.77 und 13.8.77) unangenehm aufgefallen waren.

Bildüberschrift:„*Aufruf: das sind nur einige von vielen Neofaschisten. Wer Namen und mehr von diesen Leuten weiß, bitte der AZ- Redaktion zur Veröffentlichung durchgeben. Wir müssen sie noch genauer kennen!"* sowie das Schönborn-Zitat: *„Wir sind Nationalsozialisten und wir bleiben Nationalsozialisten"* (auf der Seite erschien auch ein Artikel über Schönborn).

Eine „Fahndungspanne" des Antifaschistischen Arbeitskreises Frankfurt hatte allerdings zur Folge, daß sich unter den Abgebildeten auch ein Zivilpolizist und ein Reporter der „Frankfurter Neuen Presse" befanden. Es wurde Anzeige gegen Goldhorn erstattet und diese beiden sowie mehrere NPDler (!) wollten Genugtuung.

Drei Monate nach Erscheinen dieser „az", im Dezember 77, veranstaltete die Polizei noch dazu eine Razzia bei der „az"-Redaktion, beim Redakteur, bei der Druckerei und bei dem im Impressum aufgeführten Fotografen, der überhaupt nichts mit der Sache zu tun hatte. Die unverkaufte Restauflage wurde beschlagnahmt.

Vor Gericht ging es dann um die „Beleidigung". Trotz intensiver Bemühungen der Staatsanwältin, die Bezeichnung von NPDlern als Neofaschisten zu einer Beleidigung zu erklären, lehnte das Gericht dies ab; dies sei ein „politischer Begriff", der verwandt werden dürfe.

Anders stellte sich die Sachlage bei dem Zivilpolizisten und dem Journalisten dar: Beide konnten nachweisen, daß sie „dienstlich" sich bei den Nazis rumgetrieben hatten und sich durchaus „beleidigt" fühlen dürfen. Trotzdem wurde schließlich auch in diesem Punkt der Vorwurf der „Beleidigung" zurückgewiesen. Allenfalls könne Fahrlässigkeit bei den Recherchen vorliegen; das allerdings wird nach dem hessischen Pressegesetz nicht bestraft.

So blieb als einziger Anklagepunkt die Verletzung des Urheberrechts, d.h. unbefugte Abbildung von Personen (man könnte da allenfalls darüber streiten, ob die Abbildung von Nazis nicht im öffentlichen Interesse liegt).

Dafür wurde Goldhorn zu den 410,– DM Strafe verurteilt.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil Revision eingelegt, eine Begründung steht noch aus.

Spenden zur Deckung der Gerichtskosten können über die Verlagskonten weitergeleitet werden.

Antifa-Kommission Hamburg nach einem Bericht des Angeklagten

Kurzmeldungen Kurzmeldungen
Bei Fahrzeugkontrollen sitzen die Polizeipistolen locker!
In Lindenberg (Allgäu) wurde kürzlich wieder einmal ein Autofahrer durch einen Schuß aus einer Polizeipistole zum Anhalten gezwungen.
die beiden Insassen des Wagens auf sein Geheiß hin flach auf die Fahrbahn legen, ihre Arme und Beine spreizen und sich nach Waffen durchsuchen lassen. Die Verfolgten gaben an, daß sie erst im letzten Moment den Uniformierten ohne Mütze in
den betrunken auf der Treppe gelärmt. Der ebenfalls betrunkene Bulle Ernst Eppstein kam aus seiner Wohnung, die Knarre in der Hand, und schrie nach Ruhe. Nach Aussagen des Bullen und der Staatsanwaltschaft kam es zu einer Rangelei, der

mehrere NPDler (!) wollten Genugtuung.
Drei Monate nach Erscheinen dieser „az", im Dezember 77, veranstaltete die Polizei noch dazu eine Razzia bei der „az"-Redaktion, beim Redakteur, bei der Druckerei und bei dem im Impressum aufgeführten Fotografen, der überhaupt nichts mit der
gründung steht noch aus.
Spenden zur Deckung der Gerichtskosten können über die Verlagskonten weitergeleitet werden.
Antifa-Kommission Hamburg nach einem Bericht des Angeklagten

Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Bei Fahrzeugkontrollen sitzen die Polizeipistolen locker!

In Lindenberg (Allgäu) wurde kürzlich wieder einmal ein Autofahrer durch einen Schuß aus einer Polizeipistole zum Anhalten gezwungen. Dies ist dort mittlerweile der vierte Fall innerhalb der letzten zwei Jahre gewesen! Ein Autofahrer wollte sich bei einer Verkehrskontrolle einer Blutentnahme durch die Flucht entziehen. Daraufhin zielte ein Polizist angeblich auf den Vorderreifen des Wagens, um den Fahrer zu stoppen. Die Kugel schlug aber durch das Seitenfenster des Autos und blieb in der Lenksäule des Fahrzeuges stecken. Der Autofahrer wurde um 10 cm verfehlt!

Durch einen Polizeischuß wurde bei einer Fahrzeugkontrolle im Zuge einer Rauschgiftfahndung eine junge Beifahrerin glücklicherweise „nur" in den Zeigefinger getroffen. Ein Kripobeamter hatte in seinem Diensteifer die Beifahrertür mit gezogener Waffe geöffnet und soll dabei „ausgerutscht" sein. Dadurch habe sich dann der Schuß gelöst.

Bei Gronenberg in Ostholstein machte ein Polizist nach Dienstschluß mit seinem Privatwagen noch Jagd auf einen angetrunkenen Autofahrer. Da es ihm nicht gelang, das Fahrzeug zu überholen und zu stoppen, zog er seine Waffe und schoß mehrere Male auf den PKW. Alsdann mußten sich die beiden Insassen des Wagens auf sein Geheiß hin flach auf die Fahrbahn legen, ihre Arme und Beine spreizen und sich nach Waffen durchsuchen lassen. Die Verfolgten gaben an, daß sie erst im letzten Moment den Uniformierten ohne Mütze in seinem Privatauto bemerkt hätten. Der Beamte ist weiterhin im Dienst.

Aus berufenem Mund

Immerhin! Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Schirrmacher, hat in der neuesten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „Deutsche Polizei" auf die Gefahr der Entwicklung einer ‚neuen Gestapo' in der BRD aufmerksam gemacht.

Schirrmacher erklärte, die „Gesetzesmaschinerie" sei nicht zu bremsen auf dem Weg, den freiheitlichen Rechtsstaat „zu Tode" zu schützen. *„Wo kein Gesetz hilft, beruft man sich in ministeriellen Kreisen gern auf Notwehr oder rechtfertigenden Notstand"*. Auch erhalte der Verfassungsschutz Amtshilfe von der Polizei, *„wo eigentlich eine Amtshilfe rechtlich nicht mehr möglich ist"*. Zwar werde eine Trennung von Polizei und VS propagiert, gleichzeitig sei aber in der geplanten Bundesfachschule für Polizei, BGS und VS eine für alle drei Sparten gemeinsame Abteilung „Innere Sicherheit" vorgesehen.

Verfahren gegen Kritiker des Todesschusses

Am 7. Januar hatte Klaus Beinert aus Frankfurt nachts im Haus von Freunden betrunken auf der Treppe gelärmt. Der ebenfalls betrunkene Bulle Ernst Eppstein kam aus seiner Wohnung, die Knarre in der Hand, und schrie nach Ruhe. Nach Aussagen des Bullen und der Staatsanwaltschaft kam es zu einer Rangelei, der Bulle Eppstein kam sich dabei natürlich bedroht vor und erschoß Beinert mit einem Brustschuß.

Wie üblich in solchen Fällen wurde das Verfahren gegen den Todesschützen im Juni eingestellt – wieder einmal ein Todesschuß aus „Notwehr"!

Nicht eingestellt wurde dagegen ein Verfahren gegen die „Rote Hilfe", die dazu geschrieben hatte: *„Für Polizeiführung und Staatsanwaltschaft ist klar: weil es ein Polizist war, der geschossen hat, muß es Notwehr gewesen sein"* und *„gewisse Tatsachen beweisen, daß die Notwehrthese an den Haaren herbeigezogen ist"*.

Die Polizei konnte diesen Aussagen nichts entgegensetzen als eine Anzeige wegen „Beleidigung" und „übler Nachrede" („FR", 6.9.78).

Im Gegensatz zu den Ermittlungen gegen den Todesschützen Eppstein machte Polizeipräsident Müller (SPD) in diesem Fall ernst: Als das Verfahren gegen die Kritiker des Todesschusses im April eingestellt wurde, legte er eine Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft ein, die prompt entschied, die Klage sei doch zugelassen. Das Urteil steht noch aus.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Protesterklärung gegen Nazi-Umtriebe

„Die Verwustung eines Teiles des alten Jüdischen Friedhofes an der Rat-Beil-Straße (Frankfurt) in den beiden Nächten 2./3. und 3./4. September ruft unsere Empörung und Protest hervor.

Die Schänder warfen 134 Grabsteine um, beschädigten sie und verursachten einen – materiellen – Schaden von über 60 000 DM. Daß Polizei und Justiz bisher dem potentiellen Täterkreis der früheren Grabschändungen, der Hakenkreuzschmierereien, der Verbreitung – z.T. anonymer – tiefstbrauner Schmierblätter, der Wiedererrichter der NSDAP sowie dem allsamstäglichen Treiben einiger Anhänger dieser verbotenen Partei an der Hauptwache im Vergleich zu anderen Fällen wenig und ohne nennenswerte Erfolge nachsetzte, wird die faschistischen Urheber zu ihrer jüngsten Tat ermutigt haben.

Wir, als heute wiederum bedrohte Juden und Antifaschisten, fordern die konsequente Verfolgung und Aufdeckung aller rechtsextremistischen Übergriffe!" – Frankfurt/M., 8.9.78.

Ein Mitglied der Zionistischen Jugend Deutschlands; Antifaschistischer Arbeitskreis; A, Schubart – Spitzenkandidat der „Grünen Liste Hessen"; Redaktion „Die Andere Zeitung"; SJD die Falken/OV Industrie

»Deutschland erwacht«

Rechtzeitig zur Buchmesse erschien ein erfreuliches neues antifaschistisches Buch:

„Deutschland erwacht -
Die neuen Nazis - Aktionen und Provokationen"
von Henryk M. Broder, erschienen im Lamuv-Verlag mit Beiträgen von Henryk M. Broder, Ossip K. Flechtheim, Heiner Lichtenstein, Warner J. Poelchau, Klaus Thüsing.

Das Buch - und da ist der Titel etwas irreführend - bleibt nicht stehen bei der Beschreibung und Dokumentation von Nazi-Aktivitäten. Immer wieder sind die dargestellten Ereignisse - mal in Übersichten zusammengestellt, mal im Einzelfall bis ins Detail gehend - für die Autoren Anknüpfungspunkte, um die staatliche Duldung dieser Umtriebe aufs Korn zu nehmen. Beispielhaft heißt bei Broder ein ganzes Kapitel: „Die Nazis und ihre Sympis" - wobei dann Staatsanwälte, Bürgermeister, Richter, Verfassungsschützer die zentrale Rolle spielen:„*Die Behörden der BRD haben – in einer Art konzertierter Aktion – eine Technik entwickelt, etwas ‚zu tun', ohne etwas zu unternehmen; sie handeln ‚als ob', immer bemüht, nach außen hin eine Aktivität vorzutäuschen, von der aber bei genauerem Hingucken nicht mal der Schein ihrer selbst übrig bleibt"*.

Ob Anhand der „Hansa"- Bande, verschiedenster anderer Nazi-Gruppen oder am Beispiel des Majdanek-Prozesses - was dem Leser hier vorgeführt wird, ist ein sorgfältig recherchiertes westdeutsches Gruselkabinett, amüsant geschrieben und spannend wie ein Krimi – wobei dem Leser bei dem, um was es dabei geht, das Lachen im Hals stecken bleibt.

50 Seiten Text, 70 Seiten Dokumente, DM 19,80.
Erster Eindruck:SEHR EMPFEHLENSWERT !

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ziesel gegen ARBEITERKAMPF

Am 20. Juli 1978 legte Kurt Ziesel Berufung gegen das vom Landgericht Hamburg am 19.5.78 verkündete Urteil ein, nach dem uns weiterhin erlaubt ist, zu behaupten:

- Ziesel sei im Jahre 1931 bis 1933 Schriftleiter der „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung", des NSDAP-Leitorgans in Wien, gewesen;
- Ziesel sei wegen eines drohenden Hochverratsverfahrens aus Österreich geflüchtet. –

Außerdem gab uns das Landgericht Hamburg im Streit um die teilnehmenden Personen an der Gründung der „Gesellschaft für freie Publizistik" recht.

Zu dieser von Ziesel eingereichten Berufung ist uns jetzt die schriftliche Begründung zugegangen. Dieser Schrift sind viele höchst interessante Dokumente aus Ziesels Nazi-Vergangenheit beigefügt. Tenor seiner Rechtfertigung ist, daß seine von uns dokumentierten Aussagen aus der Nazi-Zeit zu den oben genannten Streitpunkten nur „Schutzbehauptungen" waren, um sich von den Nazis seine Existenz nicht vernichten zu lassen!

Wir werden im nächsten AK eingehend auf diese „Argumente" eingehen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Stimmen gegen eine Verjährung von Nazi-Verbrechen Ende '79

Aktueller Überblick:

Als erstes protestierte das Land, das am meisten unter dem deutschen Faschismus und Imperialismus gelitten hatte:

Polen.

Bereits Ende 1977 kritisierte die Hauptkommission zur Untersuchung der Nazi-Verbrechen in Polen, daß eine Verjährung Ende 1979 mit den Normen des Völkerrechts und der Konvention der UNO vom 26.11.68 über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht zu vereinbaren wäre.



„Heil mir! Lese so viel von Verjährung und so – liegt gegen mich was vor, bitt'schön?" (aus: Simplicissimus)

Die polnische Hauptkommission kritisierte weiterhin, daß große Verbrechen bisher nicht angeklagt wurden, z.B. die Massenmorde, die an der Zivilbevölkerung Warschaus vor und während des Warschauer Aufstandes begangen wurden, die Ermordung polnischer und deutscher Geisteskranker in psychiatrischen Anstalten, die Verbrechen der Wehrmacht, der SS und der Ordnungspolizei bei der Vernichtung polnischer Dörfer. Außerdem kritisiert Polen, daß Verbrecher höherer Rangstufen des Staatsapparates des Dritten Reiches von einer Verfolgung verschont worden seien, während niedrigere Rangstufen angeklagt wurden.

Der Direktor der Hauptkommission in Polen zur Untersuchung der Naziverbrechen gibt in der „Tat" vom 1.9.78 einen aktuellen Bericht über den Stand der Bestrafung von Naziverbrechern in der BRD und leitet daraus die Forderung ab: *„...besteht weiterhin die Notwen-*

mordung polnischer und deutscher Geisteskranker in psychiatrischen Anstalten, die Verbrechen der Wehrmacht, der SS und der Ordnungspolizei bei der Vernichtung polnischer Dörfer. Außerdem kritisiert Polen, daß Verbrecher höherer Rangstufen des Staatsapparates des Dritten Reiches von einer Verfolgung verschont worden seien, während niedrigere Rangstufen angeklagt wurden.

Der Direktor der Hauptkommission in Polen zur Untersuchung der Naziverbrechen gibt in der „Tat" vom 1.9.78 einen aktuellen Bericht über den Stand der Bestrafung von Naziverbrechern in der BRD und leitet daraus die Forderung ab: „...besteht weiterhin die Notwen-

digkeit:

1. Auf die praktische Einführung der Nürnberger Grundsätze und der Normen der UNO-Konvention, insbesondere hinsichtlich der Theorie und Praxis in der Verfolgung und Bestrafung der von den Justizorganen der BRD und Westberlin bisher noch nicht bestraften Naziverbrechern hinzuarbeiten;

2. die UNO-Konvention vom November 1968 über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von allen den Frieden und die Gerechtigkeit liebenden Staaten unterzeichnet werden sollte, allgemein einzuführen;

3. in allen vom Dritten Reich besetzt gewesenen Ländern, in denen Naziverbrechen begangen wurden, Ermittlungsarbeiten und die damit verbundenen Dokumentations- und Untersuchungsarbeiten zur Erfassung und Bestrafung aller des Völkermordes Schuldigen fortzusetzen, und in dieser Beziehung entsprechende Initiativen zu ergreifen".

Der Vorsitzende der **niederländischen sozialdemokratischen Partei der Arbeit**, Ien van den Heuvel, sprach sich gegen eine Verjährung aus („Tat", 8.9.78).

Auf einem **Kongreß internationaler Widerstandskämpfer (FIR)** wurde am 9.6.78 die Aufhebung der Verjährung gefordert.

Von Kopenhagen aus wandten sich 50 **Vertreter von Widerstandsorganisationen aus im zweiten Weltkrieg von der NS-Wehrmacht besetzten Ländern** an die Bundesregierung mit der Forderung, die auslaufende Verjährungsfrist für Kriegsverbrecher zu verlängern. *„Sie erklärten zugleich, daß der Kampf für die Menschenrechte, wie er im Zweiten Weltkrieg geführt worden sei, unter neuen Voraussetzungen auch heute noch andauere"* (FR, 31.8.78).

Dies fordert auch **Simon Wiesenthal**, Leiter des Dokumentationszentrums der Jüdischen Verfolgten des Naziregimes in Wien, der an der Tagung in Kopenhagen teilnahm. Außerdem kündigte er eine enorme Kampagne in den USA gegen die Verjährung in der BRD an (NZ, 8.9.78).

Vertreter der französischen **Föderation der Deportierten, Internierten, Widerstandskämpfer und Patrioten (FNDIRP)** und der **VVN** haben von einem Treffen aus am 4./5.9.78 in Frankfurt den Bundestag aufgefordert, *„die UNO-Konvention über die Unverjährbarkeit der Kriegsver-*

geführt worden sei, unter neuen Voraussetzungen auch heute noch andauere" (FR, 31.8.78).

Dies fordert auch Simon Wiesenthal, Leiter des Dokumentationszentrums der Jüdischen Verfolgten des Naziregimes in Wien, der an der Tagung in Kopenhagen teilnahm. Außerdem kündigte er eine enorme Kampagne in den USA gegen die Verjährung in der BRD an (NZ, 8.9.78).

Vertreter der französischen Föderation der Deportierten, Internierten, Widerstandskämpfer und Patrioten (FNDIRP) und der VVN haben von einem Treffen aus am 4./5.9.78 in Frankfurt den Bundestag aufgefordert, „die UNO-Konvention über die Unverjährbarkeit der Kriegsver-

brechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ratifizieren und zu respektieren". Hinsichtlich der drohenden Verjährung wurde festgestellt: *„Die Verjährung wäre eine Verhöhnung des Andenkens an Millionen Opfer der nazistischen Barbarei... Mit der Verjährung würden auch Hunderte Kriegsverbrecher, die von der französischen Justiz verurteilt wurden und die in der Bundesrepublik in Freiheit leben, ihrer Bestrafung entgehen. Die FNDIRP und die VVN/Bund der Antifaschisten fordern, daß dieselben unverzüglich unter Anklage gestellt werden, wie es das deutsch-französische Abkommen vorsieht, das seit dem 15. April 1975 in Kraft ist".* (nach „Tat", 15.9.78).

Auch **Israel** hat bei der Bundesregierung gegen die Verjährung interveniert („Tat", 8.9.78). Bei Genschers Besuch in Israel bekam er bereits ein Protestschreiben mit auf den Weg („Allg. Jüdische Wochenzeitung", 7.7.78).

In einem Interview mit Radio Bremen erklärt der **Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Westberlins**, Heinz Galinski, daß es nicht gerechtfertigt sei, die NS-Morde verjähren zu lassen: *„Solche Morde verjähren zu lassen, wäre gleichbedeutend mit einer Prämie für Kriminelle, die sich auf besonders raffinierte Art zu tarnen wissen. Abgesehen davon leben wir nicht in einer Welt, in der die Wiederholung von Völkermord – an welchem Volk auch immer – ausgeschlossen ist. Wer eine Beteiligung an solchen Verbrechen in Erwägung zieht, muß wissen, daß er sich der strafrechtlichen Verantwortung dafür nicht entziehen kann, wieviel Zeit auch immer seit der Begehung solcher Untaten verstrichen sein mag"* (AJW, 8.9.78).

Eindeutig sprach sich der jüdische Sozialist **Arie Goral** (Hamburg) in einem Referat in Nürnberg am 8. Mai gegen die Verjährung aus.

Mit einem Aufruf wandte sich im Januar 78 der **„Unterstützungsausschuß Arbeiterkampf gegen Rosenbaum"** an über hundert Personen und Organisationen und bat um Stellungnahme (siehe Abdruck im AK 121). Daraufhin bekräftigte das **„Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Nazi-Regimes"** in Wien: *„Die Sache der Verjährung hat eine prinzipielle Bedeutung und sollte daher keinen Terminbegrenzungen unterworfen werden, weil es vornehmlich eine moralische Verpflichtung unserer Gesellschaft ist, diese Verbrechen zu sühnen, und diese Verpflichtung kann nicht durch Termine begrenzt werden".*

Die **VVN** hat in einem Brief vom 30.3.78 von den Parteien gefordert, endlich die UNO-Konvention über die Nichtverjährung anzuerkennen. In einem Appell gegen die Verjährung in der BRD in der „Tat" vom 8.9.78 wandte sich das Präsidium der VVN nochmals an die Öffentlichkeit.

Die **DKP** wendet sich in der „UZ" (18.8.78) gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen: *„Hier zeigt die versuchte Rehabilitierung des Nazismus eine letzte Stoßrichtung. Die Nazis sollen unter allen Umständen in die Gesellschaft hinein-, die Kommunisten als bewußte Antifaschisten aus ihr herausgedrängt werden".*

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die VVN hat in einem Brief vom 30.3.78 von den Parteien gefordert, endlich die UNO-Konvention über die Nichtverjährung anzuerkennen. In einem Appell gegen die Verjährung in der BRD in der „Tat" vom 8.9.78 wandte sich das Präsidium der VVN nochmals an die Öffentlichkeit.

Die DKP wendet sich in der „UZ" (18.8.78) gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen: „Hier zeigt die versuchte Rehabilitierung des Nazismus eine letzte Stoßrichtung. Die Nazis sollen unter allen Umständen in die Gesellschaft hinein-, die Kommunisten als bewußte Antifaschisten aus ihr herausgedrängt werden".

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Habt da mehr Nachsicht mit den kleinen und weniger mit den großen Dieben. Die euch in Krieg und Schande trieben. Und betten euch auf blut'gen Steinen. Die euch gepreßt zu Mord und Raube und nunmehr winseln ihr „Vergib!" Stopft ihnen's Maul und mit dem Staube, der von eur'n schönen Städten blieb! Und die da reden von Vergessen – all denen schlage man die Fressen mit schweren Eisenhämmern ein.

B. Brecht

Seit 1945: 58 069 Verfahren gegen Naziaktivisten und Naziverbrecher	Seit 1951: 200 000 Verfahren gegen Antifaschisten und Demokraten
10,7 % Verurteilte	90 % Verurteilte

(Diese Übersicht entnahmen wir dem Buch von G. Kegel: "Das Potsdamer Abkommen – Ein Vierteljahrhundert danach – was aus ihm geworden ist." (Verlag Marxistischer Blätter, 1971, S.130). Leider fehlen im Buch sowohl die Quellen für diese Darstellung als auch der Zeitraum, für den sie gilt.

Nazi-Mörder vor Gericht

Wie bereits im letzten AK angekündigt, hat am 11. September der Prozeß gegen den ehemaligen SS-Hauptscharführer Walter Knop nach dreijähriger Ermittlungsdauer nun endlich begonnen. Er wird beschuldigt, während der Evakuierung des Lagers Gassen bei Cottbus, dessen Leiter er war, mindestens 159 Menschen ermordet zu haben.

Der erste Prozeßtag zeigte einen Angeklagten, der ohne Anzeichen von Betroffenheit über die grausamen Morde frech behauptete, er sei unschuldig. Er sei der Kolonne vorausgefahren, das Verschwinden der 159

aus dem Ghetto Wladimir-Wolynsk (Ukraine) beteiligt gewesen zu sein. Die Prozeßdauer wird auf voraussichtlich ein Jahr geschätzt, da u.a. über 60 Zeugen aus den USA, Israel, Kanada und der Sowjetunion gehört werden sollen. („Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", Nr. 36).

Anfang September begann der zweite Prozeß gegen den niederländischen Kunsthändler P. Menten, der vor einem Jahr in Amsterdam wegen Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit zu 15 Jahren Gefängnis ver-

Nazi-Mörder vor Gericht

Wie bereits im letzten AK angekündigt, hat am 11. September der Prozeß gegen den ehemaligen SS-Hauptscharführer Walter Knop nach dreijähriger Ermittlungsdauer nun endlich begonnen. Er wird beschuldigt, während der Evakuierung des Lagers Gassen bei Cottbus, dessen Leiter er war, mindestens 159 Menschen ermordet zu haben.

Der erste Prozeßtag zeigte einen Angeklagten, der ohne Anzeichen von Betroffenheit über die grausamen Morde frech behauptete, er sei unschuldig. Er sei der Kolonne vorausgefahren, das Verschwinden der 159

Menschen könne er sich nicht erklären und im übrigen habe er keine Schüsse gehört.

Der Prozeß wird mit der Vernehmung der Zeugen fortgesetzt. Bleibt zu hoffen, daß die Zeugen sich nicht faschistoiden Provokationen wie im Majdanek-Prozeß aussetzen müssen! (SZ, 11.9.78; „Welt", 12.9.78).

Am 18. September beginnt am Bielefelder Schwurgericht ein neuer Prozeß wegen nationalsozialistischer Verbrechen. Die Angeklagten Wilhelm Westerheide und Johanna Zelle aus Minden werden beschuldigt, 1942 an der Ermordung von mindestens 9.000 jüdischen Bewohnern aus dem Ghetto Wladimir-Wolynsk (Ukraine) beteiligt gewesen zu sein. Die Prozeßdauer wird auf voraussichtlich ein Jahr geschätzt, da u.a. über 60 Zeugen aus den USA, Israel, Kanada und der Sowjetunion gehört werden sollen. („Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", Nr. 36).

Anfang September begann der zweite Prozeß gegen den niederländischen Kunsthändler P. Menten, der vor einem Jahr in Amsterdam wegen Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde (wir berichteten darüber im AK). Das Urteil wurde von höchster niederländischer Instanz aufgehoben, da Formfehler während des ersten Prozesses gemacht wurden; so wurden u.a. einige Entlastungszeugen nicht vorgeladen. Der zweite Prozeß wurde jetzt für höchstens drei Monate unterbrochen, da vom Richter die umstrittene Zusage des niederländischen Justizministers Donker im Jahre 1952 untersucht werden soll. Demnach soll Donker damals zugesichert haben, daß gegen Menten keine neue Strafverfolgung mehr stattfinden würde. („Welt"/FR, 5.9.78).

Leserbrief zur „Verjährungsdebatte"

Ich möchte eine Anmerkung zu dem Leitartikel im AK 137 machen. Ihr schreibt am Schluß des Artikels: *„Da wir trotz unserer Anstrengungen gegen die Verjährung für NS-Mörder ihre staatliche Durchsetzung für wahrscheinlich halten, kommt es unseres Erachtens darauf an, daß wir unsere Kräfte während dieser Auseinandersetzung konzentrieren auf den konkreten Nachweis und die konkrete Bekämpfung der personellen und inhaltlichen Fortsetzung der faschistischen Tradition durch diesen Staat".*

Die Basis dieser Einschätzung gebt ihr in folgendem Satz an:

„Eine Durchsetzung dieser Forderung (der Forderung, daß die Behörden endlich die Gesetze anwenden) *scheint uns derzeit unrealistisch angesichts der Kräftekonstellation in der Bundesrepublik, wie auch der zwischen der BRD und den Staaten Osteuropas."*

Ich bin mir nicht so sicher, nicht einmal, ob die Verjährung für NS-Mörder schon „beschlossene Sache" ist.

1. Hat dieser Staat seit mindestens zwei Jahren erhebliche Schwierigkeiten, sein Atomprogramm durchzusetzen, trotz der „Kräftekonstellation in der Bundesrepublik". Und dieses Atomprogramm liegt ihm sicher nicht weniger am Herzen als die Verjährung seiner NS-Kumpane.

2. Halte ich die Massenbasis gegen eine Verjährung von Völkermörder für noch breiter als die gegen das Atomprogramm (insbesondere im linksliberalen Sektor – SB, SPD, FDP, Kirche).

3. Ist es noch die Frage, wie vor allem auch die Völker in Nord-, West- und Südeuropa plus Israel diese Provokation hinnehmen werden. Ob all dies ausreichen wird, erneut die Verjährung zu verschieben (wie ist das beim letzten Mal gelungen?), ich weiß es natürlich auch nicht, aber bitte, bitte laßt uns alles Menschenmögliche tun, um dies zu versuchen, und nicht von vornherein „kleine Brötchen backen".

Ich glaube, wir sind es nicht nur den Millionen Ermordeten schuldig, sondern sollten dies auch im ureigensten Interesse machen, um den Faschismus heute und morgen breiter bekämpfen zu können!

Wir sollten auch nicht übersehen, daß insbesondere in den letzten Monaten wieder verstärkt über „Neo-Nazis" in den bürgerlichen Medien berichtet wird, daß es die erfolgreiche Kampagne gegen Filbinger gab, daß bekannte Schriftsteller (z.B. Bernt Engelmann) auch populäre antifaschistische Bücher schreiben (z.B. das als Krimi aufgezogene „Großes Bundesverdienstkreuz") – kurz, wir können hier nur gewinnen und sollten uns deshalb bereits jetzt mit den Vorbereitungen für einen großen antifaschistischen Kampf im In- und Ausland beginnen (wird dieses Thema nicht auch vors Russell-Tribunal kommen, das Anfang 79 wieder tagt?).

Und wer will uns denn politisch und moralisch widerlegen, wenn wir auf jede Mauer schreiben: „Völkermord darf in unserem Land nicht verjähren, solange Völkermörder in Regierungen, Gericht und Militär sitzen"!

Ingo, Hamburg



Die Podiumsdiskussion „Sollen Naziverbrecher begnadigt werden?" fand am 22. Juli 1977 in Hamburg statt und ist in dieser Broschüre des „Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum" dokumentiert. Anlaß war die öffentliche nicht begründete Beurlaubungs- und Begnadigungspraxis des Hamburger Senats gegenüber Naziverbrechern wie u.a. Rosenbaum. Die Veranstaltung zeigte, daß der in der BRD bisher unübliche Dialog zwischen den verschiedenen Lagern der Demokraten und Antifaschisten, einschließlich der Kommunisten möglich und nötig ist.

Format A4, 60 Seiten DM 4,-

zu erhalten über: Verlag J.Reents (siehe Lieferbedingungen in der Großanzeige)

Klassenjustiz



Chemische Keule im Knast!

Werner Hoppe im Krankenhaus Altona

Seit ca. einer Woche ist Werner Hoppe nicht mehr im Knastkrankenhaus, sondern wird — wie lange vergeblich gefordert — in einem „zivilen" Krankenhaus untersucht.

Er befindet sich dort unter schärfster Polizeibewachung und wird intravenös ernährt. Er wiegt bei 176 cm Körpergröße nur noch 48 kg! Bereits seit Mitte Juni konnte er kaum noch Nahrung zu sich nehmen, ohne sie sofort wieder erbrechen zu müssen. Wie selbst der Senatspressesprecher Bissinger mitteilen mußte, hat sich Werners Zustand *„besorgniserregend verschlechtert"*. Werner ist ein eindeutiges Opfer von Isolationshaft, der er inzwischen sieben Jahre unterworfen ist. Dabei reichen *„schon zwei bis drei Jahre, um schwere Gesundheitsschäden zu hinterlassen"*, wie die Gutachter Naeve und Stövsand 1976 im Prozeß gegen Müller und Irmgard Möller feststellten. Im Fall von Werner Hoppe hat die Untersuchung durch einen externen Vertrauensarzt in der Zeit vom 14. bis 25.8. auch ergeben, daß sein bedrohlicher Gesundheitszustand k e i n e ernsthaften o r g a n i s c h e n U r s a c h e n hat. Die Darstellung der Justizbehörde, Werners Zustand sei die bloße Folge seines letzten Hungerstreiks, wird von Werners Verteidiger Uwe Mäffert folglich als „Irreführung" bezeichnet. Auch die Fachärzte Welk und Nachtwey, die Werner in der Intensivstation des Altonaer Krankenhauses untersucht haben, konnten keine Krankheitsursachen organischer Art feststellen. Auf Veranlassung der behandelnden Ärzte wurden inzwischen Psychosomatiker hinzugezogen, die Werner in der vergangenen Woche untersucht haben. Die Ergebnisse liegen uns im Augenblick noch nicht vor.

Im Knast dürfte Werner kaum wieder genesen! Deshalb darf er, wenn sein Leben nicht weiter aufs Spiel gesetzt werden soll, nicht wieder inhaftiert werden!



Werner Hoppe

Polizeistaat im Krankenhaus

Das Altonaer Krankenhaus obliegt seit der Einlieferung Werners einer totalen Überwachung durch die Bullen: Der Fahrstuhl direkt zur Intensivstation ist gesperrt, es können nur die Aufzüge vom Flur benutzt werden, wo zwei Bullen Tag und Nacht stehen. Am Eingang patroullieren ebenfalls zwei Bullen mit MPs. Auf dem Flur der Intensivstation stehen weitere mit MPs bewaffnete Bullen, einer direkt vor Hoppes Zimmer.

Die ersten beiden Tage hielten sich darüber hinaus noch mehrere Bullenpaare, teilweise mit Hunden, auf dem Krankenhausgelände auf.

Diese Repression wird noch durch intensiven Druck der Bullen auf die Krankenhausangestellten verschärft. Die Bullen kontrollieren das Essen, das Werner gebracht wird, schnauzen Krankenhauskollegen, die ihn nicht unmittelbar versorgen, an, wenn sie in das Zimmer wollen.

Bullen raus aus dem Krankenhaus!
Haftverschonung für Werner Hoppe!

Pressemitteilung

Am Donnerstag, den 7.9.78 um 14 Uhr war eine Hausdurchsuchung im Laden der Gefangenengruppe:

Begründung: Verdacht der Sachbeschädigung durch Sprühen von Parolen an Häuserfassaden und Verteilerkästen. Angeblicher Sachschaden: 20.000 DM!

Bei der polizeilich-vernichtungsstrategischen Aktion wurden sämtliche Unterlagen im Zusammenhang mit Gefangenenarbeit beschlagnahmt. Bezeichnend ist dabei die Beschlagnahmung aller Unterlagen über den „mysteriösen" Tod des Gefangenen Günther Braun!!!

Aus dieser Aktion resultiert:

1. die Gefährdung der Gefangenen, deren Unterlagen, Briefe etc. beschlagnahmt wurden.
2. die Klärung des Todes Günther Brauns wird verzögert bzw. verhindert.
3. die Gefangenengruppe wird vor der Bevölkerung kriminalisiert.
4. die Gefangenengruppe steht unter Verdacht der kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB).

4 Leute der Gefangenengruppe wurden festgenommen: Karl-Heinz Kuhn auf Grund der angegebenen Beschuldigungen verhaftet, gegen Michael Maier lag bereits Haftbefehl vor.

(Abendzeitung 9.9.78)

die Werner in der vergangenen Woche untersucht haben. Die Ergebnisse liegen uns im Augenblick noch nicht vor.

Im Knast dürfte Werner kaum wieder genesen! Deshalb darf er, wenn sein Leben nicht weiter aufs Spiel gesetzt werden soll, nicht wieder inhaftiert werden!

Bei der polizeilich-vernichtungsstrategischen Aktion wurden sämtliche Unterlagen im Zusammenhang mit Gefangenenarbeit beschlagnahmt. Bezeichnend ist dabei die Beschlagnahmung aller Unterlagen über den „mysteriösen" Tod des Gefangenen Günther Braun!!!

Aus dieser Aktion resultiert:

1. die Gefährdung der Gefangenen,

Verdacht der kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB).

4 Leute der Gefangenengruppe wurden festgenommen: Karl-Heinz Kuhn auf Grund der angegebenen Beschuldigungen verhaftet, gegen Michael Maier lag bereits Haftbefehl vor.

(Abendzeitung 9.9.78)

Chemische Keule im Knast!

Die Text-Werkstatt in der Jugendstrafanstalt Neumünster muß schließen. Nach vierjähriger Arbeit des Kieler Pädagogen Lothar Viehöfer mit schreibenden Gefangenen, die vom Resozialisierungsverein Norderhelp e.V. getragen wurde, ist sein Antrag auf unbewachten Zugang zur Anstalt nicht verlängert worden.

Was ist die Text-Werkstatt?

Die Gefangenen hatten hier die Möglichkeit, ihre Probleme im Knast-Alltag und die Mißstände in der Strafanstalt sprachlich zu reflektieren und in die Öffentlichkeit zu bringen. So veranstaltete Lothar Viehöfer mit ehemaligen Gefangenen in Jugendzentren, Schulen und Volkshochschulen Autorenlesungen und Diskussionen. Aus einem Leserbrief eines „Ehemaligen" der SVA Neumünster in den „Kieler Nachrichten" („KN") vom 7.9. geht hervor, welchen Zuspruch die Text-Werkstatt bei den Gefangenen fand: *„Jeder Teilnehmer bzw. Anwärter mußte mindestens drei bis vier Wochen, manchmal auch Monate, auf die Aufnahme warten, weil der Andrang so groß war. Wenn jemand ausstieg, das heißt entlassen wurde, rutschte man als ‚Neuer' nach."*

„Es gibt nichts zu verbergen"

Nach Erklärungen des Justizministeriums hat die Entscheidung der Vollzugsanstalt mit den Lesungen in der Öffentlichkeit nichts zu tun, denn — so das Justizministerium —: *„Im Justizvollzug des Landes gibt es nichts zu verbergen"* („KN", 31.8.78).

Anstaltsleiter Klaus Janetzky erklärte die Entlassung Viehöfers mit der Einstellung weiterer hauptamtlicher Kräfte: *„Der Schulunterricht in der JVA soll besser koordiniert werden, das Schwergewicht liegt dabei auf Schulabschlüssen."* Viehöfer wurde eine solche Stelle bisher jedoch nicht angeboten — warum bloß nicht? Der Anstaltsleiter: *„Ich wußte nicht, daß er daran Interesse hat"* („KN", 30.8.). Na ja, Herr Janetzky, wer hier wohl an wem kein Interesse hat! Im übrigen ist der Pädagoge Viehöfer nicht vom Land, sondern von der Gefangenenhilfsorganisation Norderhelp bezahlt worden.

Chemische Keule im Knast!

„Wir haben Texte von Gefangenen, die eindrucksvoll zeigen, daß es im schleswig-holsteinischen Jugendstrafvollzug arge Mißstände gibt: Zum Beispiel Selbstmorde, eine hohe Überbelegung der Anstalt und den Einsatz der Chemischen Keule gegenüber Gefangenen" („KN", 1.9.).

Mit diesen Worten reagierte Viehöfer auf die Stellungnahme des Justizministeriums, es gebe im Strafvollzug nichts zu verbergen. Chemical Mace also nicht nur gegen Demonstranten und Kinder, sondern auch gegen Gefangene in geschlossenen (!) Räumen; ein Giftgas, das zu bleibenden Haut- und Augenschäden, ja selbst zu Krebs führen kann!

In der Text-Sammlung der Gefangenen sind inzwischen in drei Beiträgen — der neueste bezieht sich auf einen Fall im Juni — von Erfahrungen berichtet worden, wo das Giftgas jeweils zur Anwendung gebracht wurde, wenn ein Gefangener „Bambule" machte.

Der „Trallenkieker", eine offiziell herausgegebene Gefangenenzeitung berichtete bereits 1976 vom Chemical-Mace-Einsatz in einer Einzelzelle (!) der JVA Neumünster.

Nach Angaben eines Redaktionsbetreuers *„wurde in mehreren Redaktionsgesprächen deutlich, daß der Einsatz der Chemischen Keule kein Einzelfall ist"* („KN", 7.9.).

Gefangene äußerten gegenüber der dpa, daß sie bei einem Einsatz des Gases in Neumünster noch im Stockwerk darüber (!) starke Reizungen bemerkt hätten.

Durch die Schließung der Textwerkstatt und die mehr oder weniger magere Berichterstattung in der örtlichen Presse darüber sind die Zustände im Knast für ein paar Tage andeutungsweise in die Öffentlichkeit gedrungen. Es ist deshalb nur zu begrüßen, wenn die bisher über 100 Texte von Gefangenen in weiteren Lesungen (Eckernförde, Neumünster, Kiel) veröffentlicht werden.

Ein Genosse aus Neumünster

Anmerkung des IKAH:

Wir bitten alle Genossen, Knastgruppen und Gefangenen, die Informationen und möglichst auch Hintergrundmaterial über weitere Fälle haben, wo die Chemische Keule gegen Gefangene eingesetzt wurde, uns dies zuzuschicken. Wir wollen darüber dann eine dokumentarische Zusammenstellung machen und Überlegungen anstellen, die demokratische Öffentlichkeit zum Protest und zur Verbotsforderung gegen dieses Giftgas im Knast (und anderswo!) zu mobilisieren. Informationen und Materialien also bitte an:

Initiativkomitee Arbeiterhilfe
Methfesselstr. 41
2000 Hamburg 19

Polizeiaktion gegen Rechtsanwältin Gisela Frederking

„Am 22.8.78 wurden in einer groß angelegten Aktion im Auftrage des Ermittlungsrichters am Bundesgerichtshof Kuhn meine Privatwohnung und meine Kanzlei durch Beamte der Bundesanwaltschaft, des Bundeskriminalamtes und des Landeskriminalamtes NRW durchsucht" (Erklärung von Rechtsanwältin Frederking).

Beide Durchsuchungen wurden in Abwesenheit der Betroffenen durchgeführt. Von den Durchsuchern ausgesuchte „Zeugen" saßen entweder in anderen Räumen, waren also gar keine Zeugen, oder waren nur zeitweise anwesend. In der Kanzlei wurden Verteidigungsunterlagen bezüglich ihres Mandanten K.-H. Dellwo beschlagnahmt. Vom Grund der Durchsuchung und dem Ergebnis wurde Frau Frederking erst im Polizeipräsidium Essen unterrichtet. Außerdem wurde sie dort erkennungsdienstlich behandelt.

Der Hintergrund: K.H. Dellwo wurde wegen der Aktion in der westdeutschen Botschaft in Stockholm wegen Mordes verurteilt. Das Urteil ist seit März dieses Jahres rechtskräftig. Darüber hinaus wird ihm nun der Vorwurf gemacht, aus der Haft heraus eine terroristische Vereinigung zu unterstützen. Vermutlich ist das sogenannte „Dellwo-Papier" gemeint, in dem er verschiedene Aktionen anregte, und dessen Original angeblich vor wenigen Wochen bei Rechtsanwalt Funke gefunden worden sein soll; ebenfalls bei einer Durchsuchungsaktion. Der Vorwurf, der nun RAin Frederking gemacht wird, ist schlicht und einfach, daß sie Verteidigerpost schickt empfängt, wobei bereits „Umfang und Art" Anlaß zur Beanstandung sind!

Mit einem (rechtswidrgen) richterlichen Beschluß vom 18.8. als Vorwand wurde wochenlang die Verteidigerpost kopiert. RAin Frederking wurde nicht von der Verteidigung ausgeschlossen, was „rechtlich zulässig" gewesen wäre! Es gibt also keine haltbaren Vorwürfe außer dem, daß Gisela Frederking ihrer anwaltlichen Pflicht nachgekommen ist. Inzwischen wurde auch ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

„Wäre ein ernsthafter Verdacht gegen meine Mandantin begründet, so bleibt die Frage, warum die Durchsuchung erst am 22.8.78 stattfand, wenn sich selbst aus dem Beschluß ergibt, daß der angebliche Verdacht schon seit Anfang Mai existieren soll. Bei dem Versuch, von der Fahndungspanne vom 22.8.78 durch die Beschuldigung mehrerer Anwälte abzulenken, ist deutlich geworden, daß sich die Ermittlungsbehörden nicht gescheut haben, das Recht auf ungehinderte Verteidigung für bestimmte Mandanten zweitweilig außer Kraft zu setzen" (aus der Pressemitteilung von Rechtsanwalt Beckers, Bochum, vom 23.8.78).

IKAH

Protest gegen Richter Somoskeoy: 8 Monate Gefängnis für Uwe C.!

„Nach dem Willen der Kölner Staatsanwaltschaft soll ich ab 2. Oktober 1978 für acht Monate ins Gefängnis Münster, weil ich 1975 an einer Protestkundgebung gegen Richter Somoskeoy teilgenommen habe. Ich habe damals gegen die Beschlagnahme eines Megaphons und gegen Knüppeleinsatz der Polizei lautstark protestiert und wurde selbst abgeführt. Von Beruf bin ich Elektriker. Ich habe u.a. bei KHD (Klöckner-Humboldt-Deutz; Anm. AK) *in der Eisengießerei und zuletzt auf dem Kölner Schlachthof als Betriebselektriker gearbeitet. Dort war ich Betriebsratsvorsitzender. Ich bin Mitglied der KPD-Ortsleitung Köln.*

Um die Verurteilung von fünf Nippeser Antifaschisten durch Somoskeoy zu verhindern, nahm im 1975 an einer Kundgebung teil. Somoskeoy bestrafte einige Tage später tatsächlich zu zwei bis siebeneinhalb Jahre Gefängnis, weil die fünf NPD-Propaganda verhindert hatten. ‚Geistige Mittäterschaft' war die Begründung für siebeneinhalb Monate Gefängnis für Peter Bellinghausen. Heinrich Böll bezeichnete dies Urteil als ‚Gesinnungsurteil'. Richter Somoskeoy ließ damals unsere Kundgebung durch Polizei auflösen! Wer dagegen protestierte, wurde gleich mitgenommen und bekam den Gummiknüppel zu spüren.

Der Chef vom politischen Kommissariat K14 Baldrich führte persönlich die ‚Ermittlungen' und sorgte dafür, daß ich wegen ‚schwerer Körperverletzung' und ‚Landfriedensbruch' angeklagt wurde. Die Verhandlung wurde schließlich sofort vorm Landgericht (6. große Strafkammer) eröffnet und damit die Möglichkeit einer Berufung gegen das Urteil unmöglich gemacht.

Während der Beweisführung geschehen dann wundersame Dinge:

- *Trotz bohrender Fragen konnte keiner der Zivilzeugen die Anklage der Staatsanwaltschaft bestätigen. Im Gegenteil sagte z.B. die Privatsekretärin Blümel ‚Die Schlägerei ging von der Polizei aus' und ‚erstaunlicherweise waren die Passanten auf der Seite der Demonstranten'.*
- *Die Polizeizeugen hatten vorher in alle Gerichtsakten Einsicht bekommen, zur ‚Auffrischung' ihrer Erinnerung. Ihre ärztlichen Atteste waren z.T. sechs Wochen nach dem Vorfall ausgestellt. Der Hauptzeuge behauptete, er hätte mich erkannt, als ich ihn von hinten in den Unterleib getreten hätte.*

In der eigentlichen schriftlichen Urteilsbegründung kann man dann aber plötzlich ganz andere Sachen lesen wie: ‚Der Angeklagte hat Flugblätter unterzeichnet, die der Polizei Mord an dem Arbeiter Günther Routhier vorwerfen'. oder ‚Der Angeklagte bekennt sich zur Gewalt, er hat gesagt, auch Hitler hat nur mit Gewalt besiegt werden können'.

Als Begründung für die Notwendigkeit der Vollstreckung der Strafe gibt Richter Feuerherd folgenden Grund an: ‚...um die rechtliche Gesinnung der Bevölkerung zu erhalten'. (...).

Ich möchte alle demokratisch denkenden Menschen auffordern, sich mit mir zu solidarisieren, Verfolgung und Inhaftierung zu verurteilen und gegen die beabsichtigte Inhaftierung zu protestieren" (Uwe C, 5.8.78).

Gesinnungsjustiz im „Fall Brückner"

Die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Hannover hat dem hannoverschen Psychologieprofessor Peter Brückner „feindliche Gesinnung" gegenüber der „freiheitlich demokratischen Grundordnung" und „Verächtlichmachung der BRD" bescheinigt und damit die vorläufige Amtsenthebung durch den niedersächsischen Kultusminister gerechtfertigt. Diese war ausgesprochen worden, weil Brückner zu den Herausgebern einer Dokumentation über den „Buback-Nachruf" gehört. In gleicher Sache sind noch ein Strafverfahren und ein Verfahren zur endgültigen Amtsenthebung (was einem Berufsverbot gleichkommt) anhängig.

Die schriftliche Begründung des Gerichts (abgedruckt in der „FR", 11. und 13.9.78) läßt in aller Offenheit die Willkür erkennen, mit der die „Rechtssprechung" den politischen Notwendigkeiten angepaßt wird.

der Dokumentation schrieben, die Äußerungen im „Buback-Nachruf" hätten lediglich *„staatsbürgerliche Anstandspflichten"* verletzt, woraus der Bundesjustizminister eine *„Verunglimpfung des Andenkens Toter"* gemacht habe. Diese unterschiedliche Auffassung kommentiert das Gericht: **„Diese Äußerungen sind feindselig, weil sie den Eindruck erwecken wollen, der Staat verfälsche die Wirklichkeit."** Dies sind die beiden einzigen Vorwürfe, die gegen Brückner im Zusammenhang mit der Dokumentation erhoben werden. Sie beziehen sich eindeutig auf Kritiken am Abbau der demokratischen Rechte in der BRD, festgemacht an den Handlungen des Staatsapparats. Trotzdem kommt das Gericht zu der weitreichenden Behauptung, Brückner habe *„mit seinen Äußerungen die Bundesrepublik, ihre freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre verfassungsmäßigen Organe in agitatorischer Form herabgesetzt und damit gegen seine Verfassungstreuepflicht verstoßen."*

Was könnte besser als diese Begründung belegen, daß der Grund für die Amtsenthebung Brückners in seiner Kritik an den herrschenden Verhältnissen in der BRD zu suchen ist – denn seine Haltung zum Grundgesetz stand überhaupt nicht zur Debatte.



In der Kritik an der BRD äußert sich die „feindliche Gesinnung"

Das Gericht hatte zu prüfen, ob Brückner durch die Veröffentlichung des „Buback-Nachrufs" seine „Treuepflicht" gegenüber der Verfassung verletzt habe. D.h. das Gericht hätte Brückner nachweisen müssen, daß er gegen im Grundgesetz niedergelegte Prinzipien verstoßen hat, daß er sich z.B. für die Beseitigung der im GG
z.B. für die Beseitigung der im GG
garantierten Grundrechte einsetzt usw. Nicht ausreichen würde dazu e i g e n t l i c h die Ablehnung dieses Staates oder die Kritik an den herrschenden Zuständen, denn höchstrichterlich wurde eigens festgestellt, daß eine Gleichsetzung zwischen Staat und „freiheitlich-demokratischer Grundordnung" nicht zulässig sei.

Das Gericht geht in seiner Entscheidung auf den „Buback-Nachruf" selbst nicht ein, sondern wirft Brückner, und damit allen Herausgebern der Dokumentation, die Begründung für den Nachdruck vor. *„Sie* (die Herausgeber, Anm. AK) *sagen, die Veröffentlichung (des Nachrufs, Anm. AK) werde unter Strafe gestellt, und drücken damit aus, daß die Veröffentlichung eigentlich gar nicht strafbar sei und deshalb die Verfolgung willkürlich geschehe ..... In die gleiche Richtung deutet der Ausdruck der Kriminalisierung und ‚Illegalisierung', der es entgegenzutreten gelte. Der Vorwurf der Willkür ist auch in der Äußerung enthalten, daß ‚faschistoide Tendenzen' sich ungehindert breitmachen könnten."*

Ohne auch nur mit einem Wort auf diese Kritiken einzugehen – immerhin hat eine Reihe von Gerichten festgestellt, daß die Veröffentlichung des „Buback-Nachrufs" nicht strafbar sei, was in vollkommenen Widerspruch zur eröffneten Prozeßwelle steht – kommt das Gericht dann zu dem bezeichnenden Schluß: *„Der Vorwurf der Willkür und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit unter Anspielung auf die nationalsozialistische Diktatur ist der schwerwiegenste Vorwurf, der gegen die Bundesrepublik und ihre verfassungsgemäße Ordnung erhoben werden kann.* **D e s h a l b ist er maßlos in dem Ausdruck seiner Mißachtung."** Mit anderen Worten: unabhängig vom Wahrheitsgehalt dieser Kritik ist sie verfassungsfeindlich, allein weil sie der „schwerste Vorwurf" gegen die BRD ist. Es ist schon eine beachtliche Gedankenleistung, allein aus der Schwere der Kritik auf deren Unzulässigkeit zu schließen, aber eben auch charakteristisch für die „Rechts"-Verhältnisses in der BRD.

Diese Argumentation setzt sich durchgehend fort. Die Herausgeber der Dokumentation schrieben ... *„Der Staat, für den der Antragsteller* (Brückner, Anm. AK) *nur herabsetzende Bemerkungen findet, indem er ihn verächtlich als „System", als „Klassenstaat" oder in ähnlicher Weise bezeichnet, sei kein Rechtsstaat mehr; er sei nur noch parteilich im Sinne der „herrschenden Klasse". Außerdem macht der Antragsteller das Parlament und das Prinzip der repräsentativen Demokratie verächtlich, wenn er von einer „auf das Repräsentationsprinzip gestützten bürgerlichen Demokratie mit Staatsparteien" spricht."* Auch hierbei geht das Gericht mit keinem Wort auf die Kritik ein. Für das Gericht ist auch nicht maßgebend, daß Brückner hier gerade auf eine (sogar für die „reine" bürgerliche Demokratie)Pervertierung des Parlamentarismus hinweist. Für das Gericht reicht allein, unabhängig vom Wahrheitsgehalt (den es jedenfalls nicht nachgeprüft hat), daß Brückner diesem Staat vorwirft, er *„sei nur noch parteilich im Sinne der herrschenden Klasse".*

Diskussion über Ursachen des Terrorismus verboten

Im zweiten Komplex beschäftigt sich das Gericht mit Peter Brückners Auffassung zum Thema „RAF". Besonders vorgeworfen wird ihm seine Auffassung über die Entstehung und die Ursachen des „Terrorismus", wozu er in einem Gespräch mit einem niederländischen Journalisten erklärt hat: *„Wer mit der Gewalt angefangen habe, sei sehr eindeutig zu beantworten. Der Protestbewegung sei zuerst ein Terrorismus des Staates und seiner Administration und Exekutive begegnet, da sei kein Zweifel."* Weiterhin wird vom Gericht seine Aussage aufgegriffen, *„daß nicht etwa die Rote Armee Fraktion die staatliche Repression produziert habe, sondern, daß die staatliche Repression die Rote Armee Fraktion produziert, zumindest mitproduziert habe."* Eine „Bindung an die RAF" konstruiert das Gericht dann aus Brückners Aussage, *„die RAF gehöre i h r e m* (Hervorhebung vom AK) *Selbstverständnis nach zu den Revolutionären und Sozialrevolutionären der Gegenwart",* woraus Brückner die Auffassung ableitet, daß *„das uns ein Stück weit bindet".*

Obwohl das Gericht Brückner dann eine durchaus kritische Haltung zur „RAF" bescheinigt, kommt es zu dem Vorwurf, seine Aussagen seien **„dazu bestimmt oder doch wenigstens geeignet ..., die sog. Rote Armee Fraktion p s y c h o l o g i s c h zu unterstützen."** Also schuldig wegen Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung"?

Soweit geht das Gericht zwar (noch) nicht, aber immerhin stellt es schon fest, Brückner habe *„sich jedoch von der verfassungsfeindlichen Rote Armee Fraktion nicht pflichtgemäß eindeutig distanziert".* Mit diesem Teil des Urteils eröffnet das Gericht die Möglichkeit, eine neue Prozeßwelle in Gang zu setzen: wegen „psychologischer Unterstützung" einer „kriminellen Vereinigung".

„Klassenstaat" = Verächtlichmachung

Der letzte Vorwurf in Brückners Richtung besteht darin, daß er die BRD nicht mehr als Rechtsstaat ansieht. Dazu aus dem Urteil: *„Der*

Man darf eine Meinung haben, sie aber nicht verbreiten

Daß dieses Urteil arg an der im Grundgesetz verankerten Meinungsfreiheit aneckt, daran kommt auch das Gericht nicht vorbei. So sah es sich genötigt, hierzu besondere Ausführungen zu machen. Da das Bundesverfassungsgericht in seinem Berufsver-
fassungsgericht in seinem Berufsver-
boteurteil vom 22.5.75 festgestellt hatte, *„daß das bloße Haben einer Überzeugung und die bloße Mitteilung, daß man diese habe, niemals eine Verletzung der dienstrechtlichen Verfassungstreuepflicht sei",* muß das Gericht erst zu einer Interpretationshilfe greifen. Es macht aus den Meinungsäußerungen Brückners p o l i t i s c h e A k t i v i t ä t e n, um dann lapidar festzustellen: **„Solche politischen Aktivitäten gehen weit über das „bloße Haben einer Überzeugung und die bloße Mitteilung, daß man diese habe" hinaus".** Damit werde Brückners Verhalten **„nicht durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit ... gedeckt".** Zwar räumt das Gericht Brückner auch als Beamten ein Recht ein, den Staat zu kritisieren, wirft ihm jedoch vor, seine Kritik sei **„offenbar dazu bestimmt oder doch wenigstens dazu geeignet, an den Hochschulen – aber nicht nur dort – ein politisches Klima zu schaffen, in dem die Neigung wächst, die freiheitlich demokratische Grundordnung selbst als Ursache aller dieser „Mißstände" anzusehen und sie als „unerträglich" zu beseitigen."** Auch in diesem Teil des Urteils setzt das Gericht wiederum die im Grundgesetz proklamierte „freiheitlich-demokratische Grundordnung" gleich mit den herrschenden Verhältnissen in der BRD, weshalb dann natürlich jedem Beamten die Kritik an den Verhältnissen oder gar das Eintreten für ihre Beseitigung untersagt werden kann.

Verboten ist damit aber für jeden Beamten auch, mehr als nur Kritik im Familienkreis zu äußern, denn jede öffentliche Äußerung kann als Versuch gewertet werden, die bestehenden Verhältnisse zu ändern (weshalb sonst wird auch eine Kritik geäußert).

Das Urteil gegen Peter Brückner ist ein weiterer Meilenstein in der Faschisierung der bundesdeutschen „Rechts"sprechung, bestraft die Gesinnung eines engagierten Radikaldemokraten und nicht irgendwelche kriminellen Taten. Es gilt, hierzu eine breite Öffentlichkeit herzustellen – denn:

Jede(r) kann die (der) nächste sein...!

Freisprüche im Bochumer „Buback-Prozeß"

Bochum. Mit Freispruch für alle drei Angeklagten endete am 6.9.78 vor dem Bochumer Schöffengericht der „Buback-Prozeß" gegen zwei ehemalige Mitglieder des AStA der Ruhr-Universität sowie gegen eine ehemalige Redakteurin der AStA-Zeitung „BSZ".

Wie viele andere hatte auch der Bochumer AStA im Mai 1977 den Göttinger „Buback-Nachruf" in der „BSZ" veröffentlicht, was ihm prompt eine Strafanzeige und seitens der Bochumer Staatsanwaltschaft die folgenden Anklagepunkte einbrachte:

- Billigung von Straftaten,
- Beleidigung der Strafverfolgungsbehörden,
- Verunglimpfung der Bundesrepublik.

Diese, auf dem Hintergrund der damaligen hysterischen Hetzkampagne gegen die Nachdrucker des „Buback-Nachrufes" hastig zusammengestoppelten „Straftatsbestände" erwiesen sich nun auch in den Augen des Gerichts als zu dürftig. Das Gericht begründete seinen Freispruch damit, daß den Angeklagten *„nicht nachzuweisen war, daß sie sich ‚den Inhalt des Buback-Nachrufes zu eigen gemacht haben'"* („WAZ-Bochumer Anzeiger", 7.9.78). Zum „Nachruf" selbst meinte das Gericht, daß darin zwar eine „Verunglimpfung" der BRD und des „Andenkens Verstorbener" auszumachen sei, er aber *„keine verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten, auch keine Billigung von Straftaten"* enthalte (ebenda).

KB/Gruppe Bochum

Kurzmeldungen

Karl-Heinz Roth: Keine Entschädigung für U-Haft

Karl-Heinz wurde freigesprochen und verlangte, für die zu Unrecht erlittenen zwei Jahre U-Haft, die ihn beinahe das Leben gekostet hat, die ihm zustehende Entschädigung. Das Oberlandgericht Köln lehnte jetzt den Antrag mit der bemerkenswerten Begründung ab, er habe sich durch sein Verhalten selbst „höchst verdächtig" gemacht!

Rechtsanwalt Golzem (Frankfurt) wies in einer Erklärung darauf hin, ein Verdacht sei schließlich immer die Voraussetzung für eine Strafverfolgung und die Entschädigung sei *„keine Belohnung für bedingungsloses Wohlverhalten und Stillschweigen im Prozeß nach polizeilicher Gewaltanwendung mit Schußwaffen".*

Neues Ermittlungsverfahren gegen Werner Schlegel

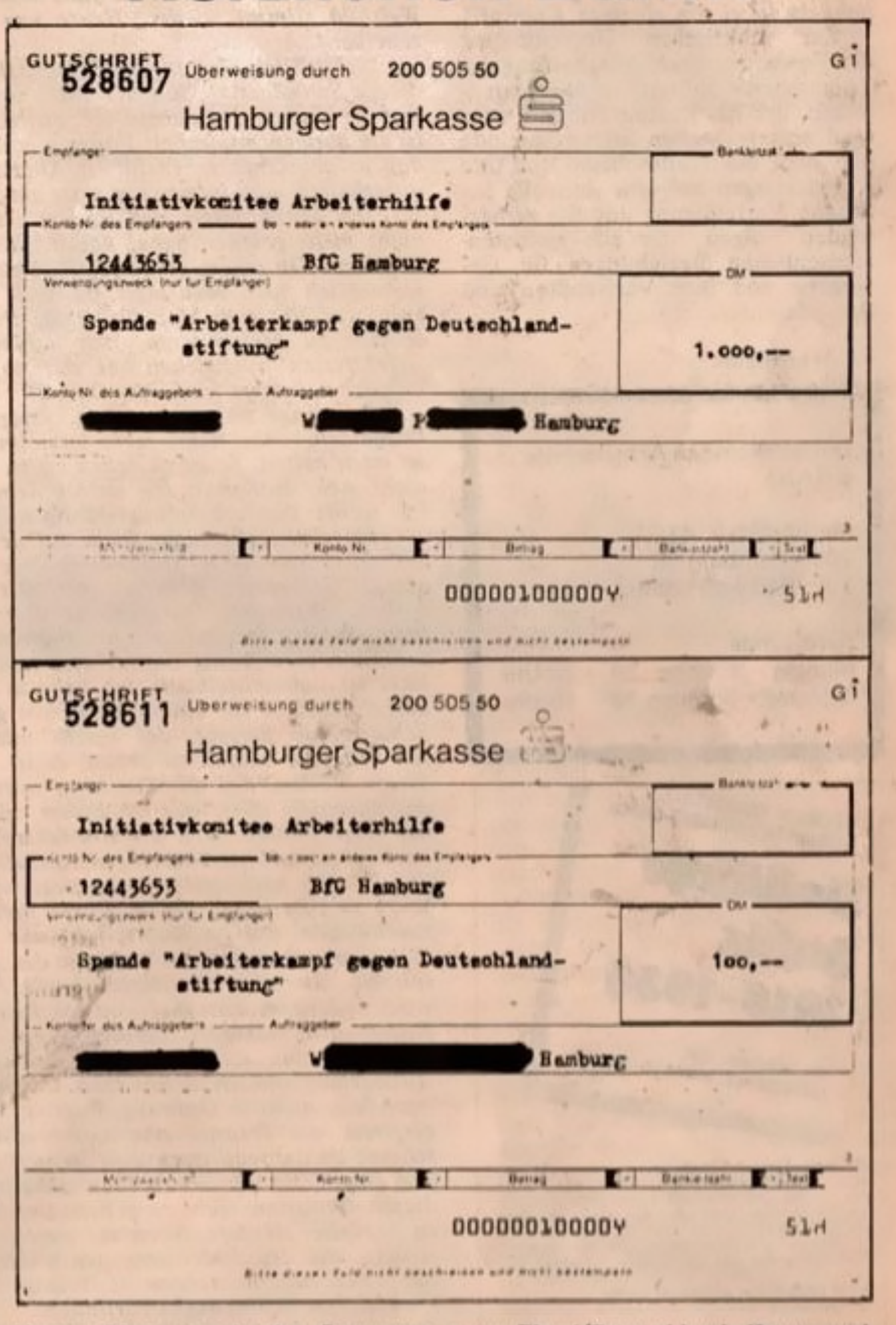
Aufgrund der Aussage eines anonymen Denunzianten hat die Generalstaatsanwaltschaft gegen Werner Schlegel (JVA Rheinbach) ein Ermittlungverfahren eingeleitet. Werner soll angeblich als Kontaktmann einer Bielefelder Gruppe Mitgefangenen „Unterstützung verschiedenster Art" verschafft haben. Als Gegenleistung habe er gefordert, daß die Mitgefangenen nach ihrer Entlassung im Untergrund aktiv würden. Werner erstattete dagegen Strafanzeige wegen falscher Verdächtigung und Verleumdung; diese wurde jedoch bis zum Abschluß der Ermittlungen auf Eis gelegt (Information lt. Initiative W. Schlegel c/o Babula, Pontstr. 133, 51 Aachen vom 14.8.).

Polizeiaktion gegen „Gefangenengruppe Nürnberg"

Am Donnerstag, den 7.9. wurden die Räume der Gefangenengruppe durchsucht und vier Mitglieder festgenommen. Angebliche Begründung: Verdacht der Sachbeschädigung durch Sprühen von Parolen an Häuserwände. Angeblicher Schaden: DM 20.000. Bei der Gelegenheit wurden sämtliche Unterlagen der Gruppe beschlagnahmt; u.a. alle Unterlagen über den mysteriösen Tod des Gefangenen Günther Braun, den die Gefangenengruppe aufzuklären versucht hatte.

IKAH

Herzlichen Dank!



GUTSCHRIFT 528607 — Überweisung durch 200 505 50 — Hamburger Sparkasse — Gi

Empfänger: Initiativkomitee Arbeiterhilfe
Konto-Nr. des Empfängers: 12443653 — BfG Hamburg
Verwendungszweck (nur für Empfänger): Spende "Arbeiterkampf gegen Deutschlandstiftung"
DM: 1.000,--
Konto-Nr. des Auftraggebers: [geschwärzt] — Auftraggeber: W[geschwärzt] F[geschwärzt] Hamburg

000001000004 — 51d

Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln

GUTSCHRIFT 528611 — Überweisung durch 200 505 50 — Hamburger Sparkasse — Gi

Empfänger: Initiativkomitee Arbeiterhilfe
Konto-Nr. des Empfängers: 12443653 — BfG Hamburg
Verwendungszweck (nur für Empfänger): Spende "Arbeiterkampf gegen Deutschlandstiftung"
DM: 100,--
Konto-Nr. des Auftraggebers: [geschwärzt] — Auftraggeber: W[geschwärzt] Hamburg

000000100004 — 51d

Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln

Unsere Bitte, uns in den Prozessen gegen Ziesel/Deutschlandstiftung auch finanziell zu unterstützen, war nicht umsonst. Dies wird uns ein weiterer Ansporn sein!

Weg mit der Trennscheibe!

Die Trennscheibe, lt. Gesetz eingeführt für Anwaltsbesuche bei Gefangenen, gegen die ein Verfahren nach § 129 und 129 a StGB anhängig ist (Unterstützung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung) ist eine weitere entscheidende Behinderung einer effektiven politischen Verteidigung.

Darüberhinaus wird in der bundesdeutschen Praxis die Trennscheibe angewendet bei privaten Besuchen von Verwandten und Freunden, was in der Regel mit dem „Sicherheitsbedürfnis" der Haftanstalt begründet wird.

Der Kreis der betroffenen Gefangenen geht außerdem weit über den gesetzlichen Rahmen hinaus. So unterliegt z.B. P.P. Zahl dieser Maßnahme (für Verwandtenbesuche wurde die Regelung inzwischen aufgehoben) obwohl er zum einen nicht nach § 129 oder 129 a verurteilt wurde, z.a. sich nicht mehr in Untersuchungshaft befindet, sondern bereits rechtskräftig verurteilt ist.

Das ist mit Sicherheit kein Einzelfall.

Wir veröffentlichen hier Erklärungen von Gefangenen und betroffenen Besuchern zur Trennscheibe, die für sich sprechen.

In Westberlin haben am 12.9.78 Freunde und Verwandte politischer Gefangener durch eine spektakuläre Aktion im Gerichtssaal die Forderung nach Abschaffung der Trennscheibe erhoben. Dazu heißt es in einer Erklärung:

„Wir sind eine Gruppe von Angehörigen und Besuchern politischer Gefangener. Am 12.9. versuchten wir im Prozeß gegen die Bewegung 2. Juni unserer Forderung nach Abschaffung der Trennscheibe Öffentlichkeit zu verschaffen. 21 Personen bildeten mit jeweils einem Buchstaben auf einem weißen T-Shirt den Satz: WEG MIT DER TRENN–SCHEIBE. Dies geschah zur Unterstützung einer Erklärung von Till Meyer, in der er die Abschaffung

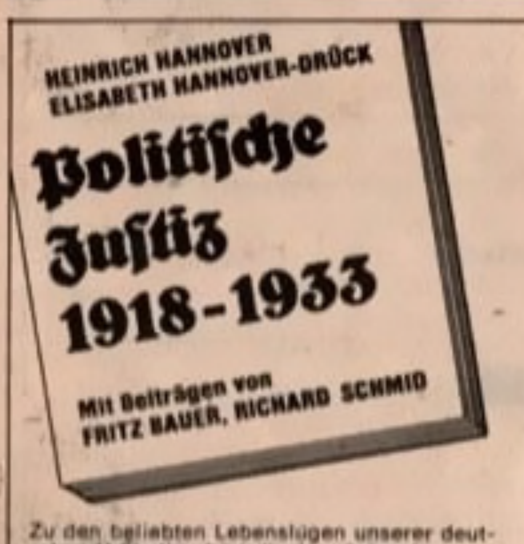
schaffung der Trennscheibe Öffentlichkeit zu verschaffen. 21 Personen bildeten mit jeweils einem Buchstaben auf einem weißen T-Shirt den Satz: WEG MIT DER TRENN–SCHEIBE. Dies geschah zur Unterstützung einer Erklärung von Till Meyer, in der er die Abschaffung

der Trennscheibe bei allen Besuchen in der Untersuchungshaftanstalt Moabit beantragte".

„Die ohnehin reduzierten Möglichkeiten, die persönliche Beziehung zu unseren Angehörigen und Freunden aufrechtzuerhalten, werden durch die Trennscheibe akustisch (der Ton wird durch seitlich und unterhalb der Trennscheibe angebrachte Kästen transportiert und dadurch verzerrt) und visuell (die Trennscheibe spiegelt oder ist getönt) fast völlig aufgehoben. Das mit der Einführung der Trennscheibe verbundene endgültige Berührungs- und Umarmungsverbot macht die erzwungene Sachlichkeit zu einem einzigen Krampf".

Zur praktischen Unterstützung der Forderung nach Abschaffung der Trennscheibe sollten wir alles daransetzen, daß das Russell-Tribunal während seiner zweiten Sitzungsperiode u.a. auch die Trennscheibe und ihre Auswirkungen auf eine sinnvolle politische Verteidigung und die verheerenden Folgen für alle zwischenmenschlichen Beziehungen für Gefangene und ihre Verwandten und Freunde untersucht.

KB/Westberlin



Der Slogan »Kampf der Vernichtungshaft« ist aktueller denn je

Der Slogan »Kampf der Vernichtungshaft«

Gerd Albartus und Enno Schwall haben ihren Hungerstreik gegen die Trennscheibe bei Besuchern abgebrochen, nachdem Richter Wagner sich entgegen den Gegenvorstellungen der Anstaltsleitung erneut gegen die Trennscheibe bei Besuchern entschieden hat. Damit sind Besuche mit Trennscheibe erstmal juristisch nicht mehr haltbar. Ob sich die Anstaltsleitung daran hält, bleibt abzuwarten. Um einen Eindruck zu vermitteln, was Trennscheibe bei Besuchern für den gefangenen Genossen bedeutet, drucken wir einen Brief von Enno Schwall in Auszügen ab:

„Letzte Woche noch habe ich Überlegungen angestellt ob der ‚Beschaulichkeit' der im Vergleich zu anderen Knästen beinahe idyllischen Situation in Düsseldorf; das meint vor allem die Tatsache, daß es hier nur eine Trennscheibe für Anwaltsbesuche gibt, aber noch keine für Privatbesuche. Nun, das Weltbild stimmt wieder: Heute war für mich der erste Besuch mit Trennscheibe. (...)

Schließlich also in der Sprechzelle. Im anderen Raum mein Bruder und meine Schwägerin. Und der Bulle mit dem Stenoblock. Mir kommen schon fast die Tränen, Du siehst Dich, bist aber nicht beieinander; die Verständigung ist im übrigen miserabel: Voraussetzung dafür, daß Du Dich hören kannst, ist, daß es mucksmäuschenstill ist. Und zu dritt kann man sich schon gar nicht unterhalten, weil immer nur einer am Sprechgitter sitzen kann.

Ich denke daran, daß ich die beiden seit mindestens einem halben Jahr nicht mehr gesehen habe. Wie der Eberhard Dreher schon schrieb: Das ist, wie wenn Du einem verdurstenden ein Glas Wasser vor die Augen hältst und womöglich noch dazu sagst, da riech mal. Mein Gott, was 'ne Unmenschlichkeit, wer gibt sich bloß für so ein dreckiges Geschäft her, solch eine Trennscheibe zu konstruieren, sich darüber Gedanken zu machen, wie sie am ‚effektivsten' auszusehen hat, d.h. so, daß die Kommunikation so weit wie möglich reduziert wird. Pfui Deibel!

Ich fange an zu sprechen, kriege aber nur paar Sätze raus, das letzte kriege ich schon nicht mehr zusammenhängend raus. Ich kann nicht mehr an mich halten, fange plötzlich an zu weinen, ich beginne zu schreien, kann's nicht mehr aushalten. Die beiden Ärmsten auf der anderen Seite der Scheibe: ich werde ihre erbarmungswürdig hilflosen Gesichter wohl nicht vergessen.

Plötzlich fällt mein Blick auf den Bullen. Der hockt auf'm Stuhl, wir andern stehen alle – und schreibt wie besessen – dabei wird doch gar nichts gesagt! Schlagartig kommt's mir: Die machen ein Experiment mit Dir, die wollen sehen, wie Du reagierst' Der Ekel, der mir bei dieser Erkenntnis, beim Anblick dieses Typen hochkommt, dieses Bullen, der da in einer solchen Situation seelenruhig dasitzt und sich Beobachtungsnotizen macht – dieser Ekel ist unbeschreiblich, ich habe in meinem ganzen Leben noch nicht so einen Abscheu vor einem Menschen gespürt. Daß sich jemand für so einen Schweinejob hergibt, das macht mich in diesem Augenblick fassungslos. Ich bitte die beiden zu gehen, es ist wirklich unerträglich, vor allem durch diesen Bullen, der die Situation mitstenografiert , derart entwürdigend – das übertrifft alles, was ich bisher erlebt habe, das ist noch schlimmmer als der erste Besuch nach der Kontaktsperre im Deutschen Herbst, wo sie uns auch schon verboten hatten, uns anzufassen.

Als sie raus sind, setzt sowas wie eine körperliche Reaktion ein: Ich fange an zu zittern, wie im Koma, meine Arme scheinen auf das doppelte anzuschwellen, wie im Koma, ich habe das Gefühl, als ob sie völlig unförmig dick werden, außerdem kribbeln die Arme vom Oberarm bis in die Fingerspitzen, als wenn Hunderttausende von Ameisen drauf rumkrabbeln. Mir wird außerdem kotzübel und ich habe den Eindruck, als ob ein glühender Feuerball in meinen Gedärmen, genauer Magen explodiert, das brennt, immer stärker werden. (...) In der Zelle zurück muß ich mich erstmal übergeben. Das Abendessen will ich nicht haben. Der Wärter guckt ganz konsterniert. Ist etwa irgendwas nicht in Ordnung, fragt er. Für mich ist klar, ich mache einen Hungerstreik, die Trennscheibe muß weg bei Besuchen, und solange die Trennscheibe da ist, wird auch kein Besuch gemacht. (...) Manche Genossen haben das lange Zeit für übertrieben gehalten! Mittlerweile neige ich doch dazu, diesen Genossen recht zu geben. Der Slogan „Kampf der Vernichtungshaft" ist aktueller denn je. Noch nie waren die Repressionsmaßnahmen gegen diejenigen, die den Judenstern des Widerstandes tragen, einheitlicher; egal, wo ich jemals hinkommen werde, solange ich im Knast bin, werde ich allerorten die gleichen Bedingungen vorfinden."

Prozeßbüro für Gerd Albartus, Enno Schwall und Hans-Joachim Schlehuber, 4 Düsseldorf-Bilk, Konkordiastr. 81, Tel. 0211/396514
Solidaritätskonto G. Albartus u.a., Sparkasse Bochum Querenburg, Konto Nr. 133072991 (BLZ 43050001)

Karl-Heinz Galander diskriminiert

Hamburg, den 13.9.78
PRESSEMITTEILUNG

Zensur in der JVA Fuhlsbüttel „Santa Fu"

Karl-Heinz Garlander, Häftling und Mitglied der „Bunten Liste", kandidiert derzeit für die Wahl zum Insassenvertreter (IV) in der JVA Fuhlsbüttel.

Wie bereits bei seiner Kandidatur für die „Bunte Liste" bei den vergangenen Bürgerschaftswahlen werden ihm auch jetzt wieder erhebliche ungebründete Schwierigkeiten und Schikanen bereitet. Wurde Karl H. Garlander im Bürgerschaftswahlkampf mit der unsinnigen Begründung „Fluchtgefahr" die ihm zustehende Ausführung verweigert, so werden ihm jetzt Aussagen über seine künftige Arbeit als IV zensiert.

Seine Vorstellung in einem Artikel der anstaltsinternen Zeitung „Neuer Wochenschauer" wurde auf Betreiben der Anstaltsleitung, gegen die geltende IV-Wahlordnung, in wesentlichen Teilen gestrichen und damit verfälscht.

Am kommenden Montag wird vor dem Landgericht, Große Strafkammer 27, über eine einstweilige Anordnung verhandelt, mit der Karl H. Garlander die Aufhebung der unbegründbaren Zensurmaßnahmen erreichen will.

Die Bunte Liste ist mit Karl Heinz Garlander der Ansicht, daß im Interesse eines humanen Strafvollzugs wenigstens noch die minimalsten Grundrechte der Strafgefangenen erhalten bleiben, bzw. wiederhergestellt werden müssen. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Zensurfreiheit für ihre Äußerungen und eine freie Wahl ihrer Vertreter.

i.A. des Vorstands der Bunten Liste
(Hermann Schmalkuche)

Offener Brief von Angehörigen und Freunden Berliner Gefangener

An den Senator für Justiz
Herrn Meyer
Salzburger Straße 21
1000 Berlin 62

Berlin, den 28.7.78

Herr Senator!

An den Senator für Justiz
Herrn Meyer
Salzburger Straße 21
1000 Berlin 62

Berlin, den 28.7.78

Herr Senator!

Schon immer wurden die politischen Gefangenen einer Sonderbehandlung unterworfen, Ausschnitthaft werden auch wir von dieser Sonderbehandlung betroffen, wenn wir Besuche im Gefängnis machen. Jeder Besucher, der eine Berliner Haftanstalt betritt, muß sich einer erniedrigenden Behandlung unterwerfen, Dazu gehört z.B. in Moabit meist zweistündiges Warten in einer Baracke, gründliche körperliche Durchsuchung, Warten, nach der Rückgabe des Personalausweises noch einmal Warten. Und das alles, um seinen Angehörigen unter Aufsicht eines Vollzugsbeamten 20 bis 30 Minuten sprechen zu dürfen.

Darüberhinaus wurden unsere Besuche bei den politischen Gefangenen zusätzlich durch zwei Beamte der Abteilung Staatsschutz überwacht. Schon unter diesen Umständen war es fast unmöglich, eine persönliche Beziehung zu dem Gefangenen aufzubauen oder aufrecht zu erhalten.

Heute finden unsere Besuche unter Beibehaltung der angeführten Sicherheitsvorkehrungen in einer Sprechzelle statt, die mit einer Trennscheibe versehen ist. Um zu verdeutlichen, wie sich die Trennscheibe auswirkt, zitieren wir einen Brief von Eberhard Dreher vom 17.6.78:

„Die Qual dieses Instruments Trennscheibe besteht nicht nur in der Gleichzeitigkeit von Kontaktangebot und brutalem Kontaktverbot; die Scheibe spiegelt die Möglichkeit von Kontakt vor, begrenzt den Kontakt gleichzeitig auf visuellen Kontakt und verfremdet diesen im selben Moment auch noch durch die spiegelnde Eigenschaft des Glases. Es ist die Methode, einem Verdurstenden ein Glas Wasser zu zeigen, ihn aber nicht trinken zu lassen. Zusätzliche Qual schaffen Luftmangel und die besondere Akustik. Um ersterem abzuhelfen, wurde das Scheinangebot des Ventilators geschaffen. Nach den ersten Erfahrungen mit diesem instrument ist Luftmangel bei ausgeschaltetem Ventilator noch die geringere Qual. Um sich verständigen zu können, muß man sehr laut sprechen. Die Stimme aus dem Jenseits (... der Trennscheibe) nimmt man nur verfremdet wahr. Die eigene Stimme türmt sich in der aquariumähnlichen Kabine zu einem akustischen Berg, der direkt auf den Kopf drückt. Zusammengenommen bewirkt das Instrument Trennscheibe: Luftmangel bis hin zur Platzangst, Kopfschmerzen innerhalb kürzester Zeit, Kontaktmöglichkeiten, die gleichzeitig verhindert werden. Letzteres wirkt sich extrem aus bei Besuchen von Freunden und Verwandten. Nach einer Anordnung des Anstaltsleiters finden auch diese Besuche seit dem 1. Juni in Zellen mit Trennscheiben statt, obwohl „private" Besuche hautnah von zwei Mitgliedern des Staatsschutzes und zusätzlich einem bis zwei Vollzugsbeamten bewacht werden, wobei zusätzlich der oder die Gefangene jeweils vor und nach den Besuchen abgesondet und abgetastet wird."

Ein Sicherheitsinteresse der Anstalten kann mit Einführung der Trennscheibe nicht verbunden sein. Dieses Argument wurde bereits in mehreren Fällen durch richterliche Entscheidungen widerlegt.

Wir meinen, daß die Einführung der Trennscheibe das vorläufig letzte Glied einer langen Kette von Maßnahmen darstellt, die den politischen Gefangenen ihre politische und menschliche Identität zerstören soll:

- Untersuchungshaftzeiten von 4 Jahren und länger,
- jahrelange Verschleppung der Ermittlungen,
- exzessive Zensur von im Buchhandel jederzeit erhältlichen Druckerzeugnissen,
- Verhinderung der Beschaffung von Büchern,
- körperliche Mißhandlungen,
- Zellenfilzungen mit schikanösen körperlichen Untersuchungen,
- Verhinderung einer effektiven Verteidigung (Verbot der Mehrfachverteidigung, Ehrengerichtsverfahren, Strafverfahren, Berufsverbote, Einordnung in der beobachtenden Fahndung, Beiordnung von Zwangsverteidigern, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen),
- Verhinderung von Schlaf,
- Teilnahmeverbot von Gemeinschaftsveranstaltungen,
- Verweigerung von ärztlicher Versorgung...

Die Einrichtung der Trennscheibe ist für uns der sinnlich wahrnehmbare Teil dessen, was seit Jahren mit den politischen Gefangenen praktiziert wird.

Unter Berufung auf die Konvention zum Schutz der Menschenrechte fordern wir von Ihnen, Herr Senator, die endgültige Abschaffung der Trennscheibe und der damit verbundenen unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung der politischen Gefangenen.

Unterschrieben von bisher 42 Verwandten und Besuchern

Kontakt über Hendrik Reinders, Müllerstraße 138 a, 1000 Berlin 65.



Militarismus Antimilitarismus



Antimilitaristen aufgepaßt!

Am 25. September soll sich die Würzburger Chemiestudentin Doris Rüb als „Verantwortliche im Sinne des Presserechts" für die Inhalte von mehreren Ausgaben der „Militär-Zeitung" („MZ") vor der Staatsschutzkammer in Bamberg verteidigen. Sie wird von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Bamberg beschuldigt, *„planmäßig auf Angehörige der Bundeswehr eingewirkt zu haben, um deren pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und deren verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und gegen Verfassungsgrundsätze eingesetzt zu haben — strafbar ... nach §§ 89,53 StGB".*

Der Vorwurf „stützt" sich auf drei, vor verschiedenen Kasernen verteilten Ausgaben der „MZ", einer „Initiative für ein Soldaten- und Reservisten-Komitee" (KBW), für die Doris Rüb als Kontaktperson bzw. als Presseverantwortliche zeichnete. In der Anklageschrift werden über neun (!) Seiten lang Auszüge aus den Zeitungen als strafbar zitiert/deklariert. Unter dem Punkt: *„Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen"* faßt dann der Staatsanwalt in der Anklageschrift zusammen, welche Aussagen ihm strafbar erscheinen: *„Durch ständige Anprangerung und Diffamierung der Bundeswehr als einer aggressiven Armee, ... und der wiederholten Diffamierung der Offiziere als Gesindel, das den Interessen weniger Kapitalisten diene und die Rechte der Soldaten völlig mißachte, soll ein Geist der Widersetzlichkeit und Unwilligkeit erzeugt werden, mit der Folge, daß die Soldaten in ihrer in § 7 des Soldatengesetzes vorausgesetzten Pflichtenvorstellungen erschüttert werden, und diese beseitigt wird mit der Folge, daß auf das Sicherheitsorgan Bundeswehr kein Verlaß mehr ist."* Genannt als strafbar wird weiter die *„wiederholte Anregung von pflichtwidrigen Verhaltensweisen im Verkehr mit Offizieren".* Dann folgt ein konstruierter „Straftatbestand", der unseres Wissens erstmals Gegenstand eines Prozesses gegen Antimilitaristen ist: *„Die Angeschuldigte setzt sich durch dieses planmäßige Einwirken auf die Bundeswehr auch absichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der BRD und gegen Verfassungsgrundsätze ein. So verstößt die Forderung nach der Zersetzung der Armee und allgemeiner Volksbewaffnung gegen den Verfassungsgrundsatz nach § 92 Abs. 2 Nr. 2 StGB, wonach die Armee über den Bundesminister der Verteidigung als einem besonderen Organ der vollziehenden Gewalt an Gesetz und Recht gebunden ist und über dieses besondere Organ vom Volk kontrollierbar ist. Gleichzeitig liegt in dieser Forderung auch ein Verstoß gegen den Verfassungsgrundsatz nach § 92 Abs. 2 Nr. 4 StGB, nach welchem die Bundesregierung gegenüber der Volksvertretung für die Führung und Kontrolle der Bundeswehr verantwortlich ist".*

„... soll Widersetzlichkeit und Unwillen erzeugt werden..."

Die erste wesentliche „Straftat" besteht also demnach darin, daß durch Kritik an der BW die Pflichtvorstellung der Soldaten „erschüttert" werde. Definiert wird die Pflichtvorstellung durch den § 7 des Soldatengesetzes: *„Grundpflicht des Soldaten — Der Soldat hat die Pflicht, der BRD treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen".*

Der „wunde Punkt" liegt in der in der Klageschrift nicht vorgenommenen Definition dieser Pflichten, oder anders gesagt, in der Möglichkeit, Begriffe wie Treue, Tapferkeit, Recht und Freiheit beliebig jedem politischen System, auch dem Faschismus anzupassen. Und angenommen, die Bundeswehr wird völkerrechtswidrig aggressiv eingesetzt, gilt dann dieser § 7 noch und ist dann folgerichtig die Kritik an diesem Einsatz „wehrkraftzersetzend"? Folgt man der Argumentation des Staatsanwalts, müßte dies wohl bejaht werden.

Zum Versuch des Staatsanwalts, jede Kritik, die Pflichtbewußtsein erschüttern könnte, zu verbieten, scheint uns auch eine präzisere Definition dieser Pflichten notwendig. Zwei beliebig aus dem „Traditionserlaß für die Bundeswehr" herausgesuchte Punkte sprechen Bände: *„12. Zur besten Tradition deutschen Soldatentums gehört gewissenhafte Pflichterfüllung um des sachlichen Auftrags willen."* Und: *„Gehorsam und Pflichterfüllung gründeten stets in der Treue des Soldaten zu seinem Dienstherrn, der für ihn Recht, Staat und Volk verkörperte. Diese Treue wird im Eid gelobt. Er bindet beide, Soldaten und Dienstherrn, im Gewissen.*

Der Bruch des Eides durch den Dienstherrn rechtfertigt Widerstand aus Verantwortung. Widerstand kann und darf jedoch nicht zum Prinzip werden" (der Eid entspricht dem Inhalt des oben zitierten § 7 Soldatengesetz).

Die so begriffene Pflichterfüllung macht die Soldaten zum Werkzeug jedweder imperialistischen Politik — auch eines neuen Faschismus. Solche Pflichtauffassung gehört „erschüttert"!

Kontrolle der Bundeswehr durch das Volk

Der zweite wesentliche, durch den Staatsanwalt festgestellte „Straftatbestand" (s.o.) ist die Forderung nach „Zersetzung der Armee" und „allgemeinen Volksbewaffnung". Diese Forderungen verstoßen nach Meinung der Staatsanwaltschaft gegen die Verfassungsgrundsätze, nach denen die Armee dem an Recht und Gesetz gebundenen Minister untersteht und somit vom Volk kontrollierbar ist, und nach welchen die *„Bundesregierung gegenüber der Volksvertretung für die Führung und Kontrolle der Bundeswehr verantwortlich ist."* Sind diese Verfassungsgrundsätze Realität? Ist tatsächlich eine Kontrolle durch das Volk, dies unterstellt der Staatsanwalt, gewährleistet? Und wenn ja, hat dies eine von der politischen Entwicklung unabhängige Gültigkeit, die gleichsam andere Vorstellungen strafbar macht? Eine sicher für diesen Prozeß wichtige Lektüre zu dieser Frage, ist das Buch „Bundeswehr in der Demokratie — Macht ohne Kontrolle?" (Europäische Verlagsanstalt 1974). Dort wird die Frage der Kontrolle der Armee (im Zusammenhang mit den 1973 gemachten Erfahrungen des chilenischen Militärputsches) problematisiert und kommentiert. Der Bundestagsabgeordnete Horn kommt auf Seite 71 zu dem Schluß: *„Geradezu gefährlich ist jedoch das Aussetzen jeder parlamentarischen Kontrolle bei schwerwiegenden Vorfällen* (in der Bundeswehr — d. Verf.) *wie sie sich in den letzten Jahren ereignet haben."*

Der Prozeß gegen Doris Rüb findet am 25.9.78 vor der Staatsschutzkammer Bamberg statt. Zahlreiches Erscheinen ist nötig!
Material zum Prozeß zu bestellen bei:
Antifaschistisches Komitee Würzburg
c/o G. Kwossek, Am Galgenberg o. Nr., Tel: 70 85 10

Solidarität läuft an!

Das „Antifaschistische Komitee Würzburg" fühlte sich betroffen und reagierte auf diesen Angriff mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit. Erklärungen des Komitees wurden veröffentlicht und an zahlreiche Gruppen und Organisationen mit der Aufforderung verschickt, sich ebenfalls mit der Angeklagten zu solidarisieren: *„Hinter der Anklage gegen Doris Rüb steht die Absicht des Staates, schon allein das entschiedene Propagieren von antimilitaristischen Auffassungen zu kriminalisieren. Der Prozeß ist nicht nur ein Angriff auf Doris Rüb selbst, dieser Angriff richtet sich vor allem auf die Meinungsfreiheit und den Antimilitarismus. Jede Verfolgung von Antimilitaristen schränkt auch den Spielraum ein, den wir für unsere Arbeit noch besitzen. Wir meinen, daß aus dieser Tatsache ein uns allen gemeinsames Interesse resultiert, die Einstellung des Verfahrens gegen Doris Rüb zu verlangen."*

Darüber hinaus griff das Würzburger Komitee die vom Staatsschutz inkriminierten Meinungen über die Aggressivität der Bundeswehr, die Rechtlosigkeit der Soldaten, und des Einsatzes der Armee im Interesse des Kapitals auf, und versuchte mit konkreten Beispielen und Zitaten, die Zulässigkeit der Behauptungen und Meinungen zu belegen.

Örtlich setzt sich das Komitee für ein breites Bündnis ein und betont, daß *„es nicht darum geht, die Politik des Soldaten- und Reservistenkomitees oder irgend einer anderen Organisation zu unterstützen. Wir* (das Komitee — d. Verf.) *meinen vielmehr, daß eine Aktionseinheit nur auf der Grundlage basieren kann, daß alle beteiligten Organisationen und Gruppen dafür eintreten, einen Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit abzuschlagen."*

Nach Berichten der Würzburger KB-Sympathisanten

»Wer erstmal unter die Ketten gekommen ist, paßt in jeden Sarg«



Der ADAC zeigt große Besorgnis um den reibungslosen Verlauf der anstehenden Herbstmanöver mit 60.000 Soldaten, 6000 Tanks, rollenden Brücken, Amphiebienfahrzeugen sowie Haubitzen auf Ketten, die *„über unsere Autobahnen, Bundes- und Landstraßen, über Waldwege und querfeldein rasseln — bis zu 6000 t schwere Kolosse, die bei der Kollision mit einem PKW mit tödlicher Sicherheit . . . müehlos Sieger bleiben . . ."*

Nicht das rigide Vorgehen der Militärs, das nach jedem Manöver Schäden in Millionenhöhe, tödlich verunglückte Zivilisten und Soldaten zum Ergebnis hat, wird kritisiert, sondern das *„unvernünftige"* Verhalten der zivilen Autofahrer.

Man muß sich halt den brutalen Gegebenheiten anpassen, man muß eben damit rechnen, daß z.B. nachts Panzer *„wegen eines Defekts ohne Beleuchtung mitten auf der Straße liegen".* Sollte ein Panzer plötzlich abbiegen, ist schnelle Reaktion geboten. Unachtsamkeit wird bestraft: *„Wer erstmal unter die Ketten gekommen ist, paßt in jeden Sarg",* so der zynische Kommentar der 1. Panzergrenadierdivision Hannover.

Kackfrech gibt der ADAC zu, daß *„an den 200 (!) Manöverunfällen, die sich im letzten Herbst in Süddeutschland ereigneten, fast immer das Militärfahrzeug schuld war",* und empfiehlt trotzdem allen Ernstes den Autofahrern lieber gleich auf ihre Verkehrsrechte zu verzichten und sich auf mögliche weise notwendige „sportliche Ausweichmanöver" einzustellen.

So bekommt dann auch der Autofahrer eine Ahnung vom ernsten Hintergrund der Manöver (Zitate aus „ADAC motorwelt", 9/78).

nach einem Bericht eines Genossen aus Dortmund

Kurzmeldungen

„Russen die Goldzähne herausbrechen" — BW-Alltag im Licht der Öffentlichkeit

Wichtigstes Werkzeug der Pioniere, so ein Ausbilder gegenüber Soldaten einer Panzerpionier-Kompanie in Brannendorf-Degerndorf (Bayern), sei *„die Kombizange, die wir brauchen, um den toten Russen die Goldzähne herauszubrechen".* Außerdem sollten sie lieber auf den Körper und nicht auf den Kopf der Russen schießen, um die Goldzähne nicht zu zerstören! Und: *„Wenn ich schon mein Leben für das Vaterland einsetze, muß dabei auch etwas für mich herausspringen",* so die Auffassung mehrerer Ausbilder jener Einheit.

Bekannt wurden diese schweinischen „Einzelfälle" (wie immer, das BVVg beschwört den „Einzelfall"), als zwei Soldaten ihren Antrag auf Kriegsdienstverweigerung vor dem Prüfungsausschuß mit dem oben geschilderten „Einzelfällen" aus ihrer ehemaligen Einheit begründeten. Der Kommandeur der Einheit soll gegenüber einem SPD-Bezirksvorstandsmitglied zugegeben haben, daß *„der größte Teil dieser Vorfälle nicht zu bestreiten"* sei. Eine Arreststrafe, verlautete es aus dieser Ecke, sei gegenüber dem Ausbilder jedoch nicht mehr vertretbar, da die Fristen für die Bestrafung längst überschritten seien. Man „prüfe" nun die Einleitung eines disziplinarrechtlichen Verfahrens.

Ansonsten sei alles in Ordnung, denn *„es handele sich um Einzelfälle, die angesichts der großen Zahl der im Heer dienenden Soldaten nicht verallgemeinert werden dürften"* (Angaben und Zitate nach FR vom 20.7.78).

Kein Sold? Keine Soldaten!

de SOLDATENKRANT
spreekbuis van het verzet in het leger
uitgave: bond voor dienstplichtigen PRIJS 50 CENT jaargang 8, nr 7 sept '78

GEEN WEDDE GEEN SOLDATEN

Am 22. August demonstrierten jeweils rund 500 niederländische Soldaten (zum großen Teil in Uniform) in Tilburg und Amersfoort gegen die vom Verteidigungsministerium für Beginn nächsten Jahres geplante Soldkürzung. Sie machten durch kämpferische Parolen deutlich, daß sie diesen Plan überhaupt nicht akzeptabel finden. Die beiden Demonstrationen waren von der VVDM (niederländische Soldatengewerkschaft) und dem BVD (sozialistische Soldatenorganisation) organisiert worden. Auf der Abschlußkundgebung in Amersfoort wurde vom Vorsitzenden der VVDM Eric Köhler angekündigt, daß weitere Aktionen folgen werden, und zwar nicht nur außerhalb, sondern auch während der Dienstzeit in den Kasernen. Die Sozialdemokratische Gewerkschaftsjugend (NVVjc), die Jugendorganisation der Rechtsliberalen (JOVD) und eine Sekte der Vaterlandsverteidiger (KEN/ml) erklärten sich solidarisch mit den Forderungen der Soldaten und der VVDM.

Nach den Plänen des Verteidigungsministeriums soll das Einberufungsalter von 20 auf 19 Jahre heruntergesetzt und gleichzeitig der Sold aller Soldaten um 65 Gulden (= DM) gekürzt werden. Der Sold würde dann dem Minimallohn eines 19jährigen (statt bisher 20jährigen) entsprechen (1.205 Gulden). Dagegen richtet sich der Protest der niederländischen Soldaten. Der BVD schlägt in seiner „Soldatenkrant" vor, daß doch stattdessen so unnütze Dinge wie militärische Zeremonien und Zapfenstreich gestrichen werden sollten, wenn unbedingt gespart werden solle. Dagegen hätte niemand etwas einzuwenden. Dem Verteidigungsministerium müsse deutlich werden, daß es Wehrpflichtige nicht wie Vieh behandeln könne, diese Zeiten seien vorbei.

— Keine Moneten, keine Soldaten! — (nach „Soldatenkrant", 7/78 und „Politiek Overzicht" 6/7, 78)

Niederlande-Kommission



Spielen die Richter nicht mehr mit?

Eine Reihe von Urteilen nordrhein-westfälischer Arbeitsgerichte in Berufsverbotsverfahren hat in den letzten Wochen einiges Aufsehen erregt. In Münster, wo das Verwaltungsgericht bislang über 30 Berufsverbote bestätigt hat und wo das dortige Oberverwaltungsgericht erklärt hat, die DKP-Mitgliedschaft sei *„mit der speziellen Berufspflicht des Lehrers unvereinbar"*, verurteilte das Arbeitsgericht das Land NRW dazu, drei wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft mit Berufsverbot belegte Lehrer(innen) im Angestelltenverhältnis in den Schuldienst einzustellen; in einem Fall sogar sofort im Wege einer einstweiligen Anordnung. In Köln und Düsseldorf erzielten vom Berufsverbot betroffene Kollegen ähnliche Erfolge vor den dortigen Arbeitsgerichten.

Das Kölner Arbeitsgericht sah in der *„möglichen bloßen Mitgliedschaft in der DKP"* noch keinen Grund, einen Bewerber für den Schuldienst abzulehnen. In einem ähnlich gelagerten Urteil des Aachener Arbeitsgerichts heißt es, auch *„bei einem eingeschriebenen DKP-Mitglied kann man nicht das Bekenntnis zum Grundgesetz als von vornherein unglaubwürdig ansehen."*

Und in einer Urteilsbegründung des Arbeitsgerichtes in Arnsberg heißt es: *„Wenn somit ein Mitglied einer nicht für verfassungswidrig erklärten also zugelassenen Partei sich mit erlaubten Mitteln um ein politisches Mandat bemüht, darf ihm dieses in einem demokratischen Rechtsstaat nicht zum Nachteil gereichen. Die gegenteilige Ansicht würde zu dem Ergebnis führen, daß der Bewerber sich erfolgreich um einen Sitz in hohen und höchsten Entscheidungsgremien des Staates wie Stadtparlament, Landtag und Bundestag bewerben, jedoch in ein Anstellungsverhältnis als Lehrer nicht treten kann. Ein Ergebnis, dem die Kammer nicht beipflichten kann..."*

Insgesamt heben sich diese Arbeitsgerichtsurteile von den inzwischen gängigen pauschalen Urteilen der Verwaltungsgerichte (bloße vermutete Mitgliedschaft genügt fürs Berufsverbot) durch eine differenzierte „Prüfung" der Einzel„fälle" ab und durch die Einbeziehung der von den Verwaltungsgerichten völlig beiseite geschobenen Beurteilung der bisherigen Unterrichtstätigkeit der betroffenen Lehrer (z.B. als Referendare). In diesem Sinne entsprechen die Urteile Überlegungen der SPD-Führer zur „Liberalisierung" der Berufsverbote. Danach sollen bekanntlich Beamte *„nicht mehr nach ihrer Gesinnung, sondern nach ihren Aktivitäten beurteilt"* werden. Um jedoch einem durch diese „Liberalisierung" möglichen „Abbau obrigkeitsstaatlicher Treuepflicht" entgegenzuwirken, soll gleichzeitig die Probezeit für Beamte verlängert werden: *„In einer unsicheren Zeit, in der alle arbeitenden Menschen immer mehr Risiken tragen, sollte es möglich sein, daß ein öffentlich Bediensteter erst etwas später, nicht wie heute nach einer Probezeit von drei, sondern vielleicht wie früher von zehn Jahren, eine lebenslängliche Anstellungschance bekommt. In dieser Zeit kann man sein dienstliches wie außerdienstliches (!) Verhalten kennenlernen und hat dann auch einen glaubwürdigen Maßstab für die Beurteilung, ob der Bürger sich auf einen solchen Beamten, Angestellten oder Arbeiter verlassen kann"* (Koschnik in einem Interview der „Evangelischen Kommentare", „FR" vom 5.9.78).

Verschärfung der Kontrolle aller Beamten, Angstellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst durch die unmittelbaren Dienstvorgesetzten (statt durch den Verfassungsschutz, den man gerne von diesen Aufgaben entlasten möchte) ist der Kern der „Liberalisierung", wie die SPD sie plant. Dazu sollen ruhig erst mal „verdächtige" Kollegen in den Staatsdienst eingestellt werden. Das hebt das demokratische Image und rausschmeißen kann man sie hinterher ja trotzdem noch, wenn sie unbequem werden
dem noch, wenn sie unbequem werden
sollten.

Wenn man auch den nordrhein-westfälischen Arbeitsrichtern nicht dieselben Hintergedanken wie den SPD-Führern unterstellen kann, so gehen ihre Urteile doch in dieselbe Richtung. Sie erwecken den Eindruck einer „Liberalisierung", ändern aber am Kern der Berufsverbotepolitik nicht viel. Weiterhin steht konsequent-demokratische oder kommunistische Betätigung unter Berufsverbotsdrohung, die sich im übrigen bei Angestellten noch schneller als bei Beamten in tatsächliches Berufsverbot umwandeln läßt. Bei nachgewiesenen „verfassungsfeindlichen" Aktivitäten dürften auch die Arbeitsrichter kaum umhin können, ein Berufsverbot zu bestätigen.

Übrigens ist es noch unklar, wie lange diese Urteile Bestand haben werden. Gegen das Arnsberger Urteil jedenfalls hat die Regierung von NRW bereits Revision eingelegt, angeblich auf Betreiben von Innenminister Hirsch (FDP). Ob ihm diese „Liberalisierung" schon zu weit geht?

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang noch die Stellungnahme der DKP und ihres Umfeldes zu den Urteilen. *„Die Richter spielen nicht mehr mit"* heißt da reichlich euphorisch in einer Schlagzeile der „DVZ", Zeitung der DFU. Und in einem Kommentar derselben Zeitung wird aus den Urteilen der Schluß gezogen: *„Das ist eine wichtige Tendenz, ein Schritt zur Einschränkung der Berufsverbotspraxis, auch wenn wir von einer endgültigen Aufgabe der Praxis noch entfernt sind."* Zum „Klima" bei den Arbeitsgerichten heißt es: *„In der Regel sind hier Richter tätig, die demokratisch und liberal eingestellt sind und ein größeres Verständnis für soziale Probleme haben, was den Zugang zu politisch andersdenkenden Demokraten und deren Haltung erleichtert... Die Arbeitsrichter verlangen eine wirkliche Einzelfallprüfung, eine Würdigung des Verhaltens"* („DVZ" vom 24.8.).

Eine „wirkliche Einzelfallprüfung" als „Schritt zur Einschränkung der Berufsverbotspraxis" zu kennzeichnen, ist doch wohl reichlich gewagt und kennzeichnet wohl eher, wie weit die DKP und ihre Freunde bereit sind, den Bemühungen der SPD-Führer der Berufsverbotspraxis eine etwas „rechtsstaatlichere" Fassade zu geben, entgegenzukommen.

Die Behauptung gar „Die Richter spielen nicht mehr mit" dürfte wohl eher dem Wunschdenken dieser Leute entspringen und kaum einer realistischen Einschätzung der Situation.

Mit besonderem Nachdruck haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich bei den Berufsverboten keineswegs um die Reaktion des Staatsapparats auf eine anwachsende kommunistischen Bewegung handelt, die jetzt wieder aus dem Öffentlichen Dienst gedrängt werden soll. Vielmehr lief die gesamte Praxis von Anfang an darauf hinaus, ein Klima der Angst, der Einschüchterung und Bespitzelung aufzubauen (was auch den Zynismus deutlich macht, wenn ausgerechnet dieses Ergebnis von verschiedenen SPD-Führern beklagt wird). Es ging dabei langfristig auch um die Zerschlagung der Bündnismöglichkeiten der Kommunisten.

Diese Aufgabe haben die Berufsverbote „hervorragend" erfüllt. Daran würde sich grundsätzlich selbst
an würde sich grundsätzlich selbst
dann nichts ändern, wenn die Anzahl der Berufsverbote zurückgehen sollte, aber gleichzeitig ein neues, effektiveres System der Überwachung (wie z.B. durch die zehnjährige Probezeit) herausgebildet wird.

Und nur an dieser Tatsache können die „Liberalisierungsversprechungen" der SPD und scheinbare „Liberalisierungen" der Gerichtspraxis wirklich gemessen werden.

Berufsverbotekommission, KB/Gruppe Hamburg

Verhandlungen im Fall Karl-Heinz Kuke

Am 12.9. fand vor dem Hamburger Arbeitsgericht die erste (und wahrscheinlich nicht letzte) Verhandlung um den Berufsverbotsfall des Presseverantwortlichen der Hamburger „Referendar- und Lehrerzeitung", Karl-Heinz Kuke, statt.

Die Hamburger Schulbehörde hatte sich bekanntlich seit über zwei Jahren geweigert, Karl-Heinz in den Schuldienst einzustellen. Zunächst immer mit der „Begründung" „keine Planstellen frei", später rückte sie dann damit heraus, daß die in der „Referendarzeitung" geübte Kritik an der Politik des Hamburger Senats (z.B. bei den Berufsverboten) und an der Behörde der eigentliche Grund für das Berufsverbot ist (vergl. AK 132, „Keine Meinungsfreiheit für Beamte"). Mit Unterstützung der Hamburger GEW klagte nun Karl-Heinz gegen diese massive Verschärfung der Berufsverbotspraxis in Hamburg, die praktisch einer Beseitigung jeder Meinungsfreiheit für Beamte gleichkommt. So auch der Tenor eines Schriftsatzes, den der GEW-Anwalt, der Karl-Heinz vor Gericht vertritt, an das Gericht schickte. Abgehoben wird darin vor allem darauf, daß sämtliche Artikel der „Referendar- und Lehrerzeitung" voll durch das Recht auf Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit und Koalitionsfreiheit abgedeckt sind. Letzteres betrifft insbesondere die Aufforderung zum Streik gegen Besoldungsverschlechterungen, zu der in der Zeitung aufgerufen worden ist und die die Behörde als einen Grund für die „Ungeeignetheit" Karl-Heinz
und die die Behörde als einen Grund für die „Ungeeignetheit" Karl-Heinz
Kukes für den Schuldienst benennt.

In der Antwort auf diesen Schriftsatz wiederholt die Behörde noch einmal in plumpester Weise ihre alten „Vorwürfe". Durch die Kritik in der „Referendarzeitung" sei der Senat, die Behörde und Bedienstete der Behörde beleidigt worden, ja sogar „offen bedroht" worden („belegt" wird das mit dem Zitat: *„Seminarleiter dürften nicht ungeschoren davonkommen, sondern müßten eine fühlbare Quittung bekommen"*); er habe *„indirekt Indoktrinationsversuche"* angekündigt, zur Gewalt aufgerufen, Gewalt *„gebilligt und verherrlicht"* usw. usf. Außerdem sei zu berücksichtigen, *„daß es dem Kläger nicht (allein) um die Durchsetzung des Streikrechts für Beamte geht; vielmehr ist er für ihn lediglich ein Mittel, um Unruhe zu stifen."* Immerhin ein offenes Wort, auch wenn es dümmer kaum geht.

Dieser Behördenschriftsatz zeigt noch einmal deutlich, daß alles Gerede von „Liberalisierung" nicht gilt, wenn die Behörde einen unbequemen Lehrer nicht haben will; dann wird eben nicht seine Unterrichtstätigkeit zum Kriterium der Einstellung gemacht, sondern eben sein Wohlverhalten.

Die Gerichtsverhandlung selbst brachte noch kein Ergebnis, das Urteil soll erst in ca. zwei Wochen vorliegen. Bemerkenswert war immerhin, daß der vorsitzende Richter die Behörde dahingehend rügte, sie habe den Betroffenen zwei Jahre mit falschen Ablehnungsgründen (keine Planstellen) hingehalten, anstatt die tatsächlichen Gründe auf den Tisch zu legen und damit den Weg der Klage zu ermöglichen. So könne man in einem Rechtsstaat mit keinem Bürger um-
springen. Es bleibt abzuwarten, in-
Rechtsstaat mit keinem Bürger um-
springen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die in diesen Äußerungen anklingenden liberalen Ansichten des Richtes auch im Urteil wiederfinden werden. Erfreulich ist, daß Karl-Heinz Kuke in seinen Kampf gegen sein Berufsverbot nicht nur die Unterstützung seitens der Hamburger GEW und des Referendarvorstandes gefunden hat, sondern auch die der Jungsozialisten. In einem Brief an den vorsitzenden Richter des Arbeitsgerichts schreibt der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Michael Pape: *„Die Art und Weise, wie die Hamburger Schulbehörde die Grenzen der Meinungsfreiheit für Beamte auslegt, ist alarmierend. Es geht nicht einmal darum, ob Herr Kuke bestimmte ihm angelastete Äußerungen getan hat oder mindestens zu ihrem Inhalt steht, sondern es reicht der Behörde offenbar aus, daß er sie „verantwortet", z.B. presserechtlich... Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Schulbehörde vor allem deshalb so hart reagiert, weil sie vom Referendarvorstand angegriffen wurde und nun zeigen will, wer das Sagen in diesem Staat hat. Wir appellieren an Sie: Tragen Sie durch Ihr Urteil dazu bei, die Praxis der Berufsverbote einzudämmen!"*

Eine entsprechende Stellungnahme der „Initiave Weg mit den Berufsverboten", an die Karl-Heinz ebenfalls mit der Bitte um Solidarität gewendet hat, liegt leider (noch?) nicht vor.

P.S. Zum Berufsverbot gegen Karl-Heinz Kuke ist eine Sondernummer der „Referendar- und Lehrerzeitung" erschienen, in der der Schriftsatz der Behörde dokumentiert und den inkriminierten Artikel der Zeitung gegenübergestellt wird.

Zu beziehen über den Hamburger Referendarvorstand, Postlagerkarte 00 57 68 B, 2 Hamburg 50

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Neofaschisten betreiben Berufsverbot

Bochum: Staatsanwaltschaft, Schulkollegium und die stadtbekannte Bochumer Faschistenfamilie Dau sind die Hauptakteure der nun bereits ins dritte Jahr gehenden Affäre, die – wie es bislang aussieht – für den Lehrer Reinhard Junge mit einem Berufsverbot enden wird.

1976 hatte Junge erstmals auf Betreiben der Dau-Familie und der sie unterstützenden Staatsanwaltschaft vor Gericht erscheinen müssen. Die Dau's hatten gegen das DKP-Mitglied Junge eine Strafanzeige wegen Beleidigung und Verleumdung angestrengt, weil dieser die vom jüngsten Sprößling der Dau-Familie herausgegebene Schülerzeitung „perplex" in einer DKP-Stadtteilzeitung völlig zu Recht als *„Schülerzeitung der Nazikinder an der Gesamtschule"* klassifiziert hatte. Entsprechend hatte sich damals auch die Bochumer GEW geäußert, gegen deren Mitglied Angelika R. die Dau's ebenfalls ein Strafverfahren angestrengt hatten (siehe dazu auch AK 92, S. 7). Junge wurde damals – in dem ersten Verfahren dieser Angelegenheit – zu 80 DM Geldstrafe verknackt, was das zuständige Schulkollegium Münster wiederum zum Anlaß nahm, seine Übernahme in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien zu hintertreiben. In den daraufhin folgenden Revisionsverhandlungen wurde Junge jeweils freigesprochen (zuletzt in 4. Instanz am 31.7.78). Seine mittlerweile anstehende Übernahme in den Schuldienst als Studienrat z.A. (zur Anstellung) ist freilich nach wie vor nicht erfolgt. Zwar hat das Schulkollegium das von Dau-Faschisten und Staatsanwaltschaft betriebene Strafverfahren gegen Junge als Grund für seine Nichteinstellung fallengelassen. Anstelle dessen hat man sich jetzt darauf verlegt, Junges DKP-Mitgliedschaft für die Ablehnung ins Feld zu führen. Freilich sind auch Dau-Familie und Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit beileibe noch nicht aus dem Rennen: Die Dau's, die in dem Strafverfahren als Nebenkläger auftreten, haben erneut einen Revisionsantrag eingereicht, der von der Staatsanwaltschaft wiederum prompt übernommen wurde. Womit das Verfahren nun eventuell in die 5. Instanz geht und (nicht nur) die Dau-Faschisten ihrem eigentlichen Ziel sehr nahegekommen wären: *„DKP-Mann darf kein Lehrer werden!"* – so die Schlagzeile eines Beitrages, den die Dau-Familie in der neuesten Ausgabe des neofaschistischen Magazins „Mut" unterbringen konnte.

Antifa-Kommission NRW

Die Bremer Praxis

Überall wird groß herumposaunt: In der Frage der Berufsverbote ist die SPD fortschrittlich und liberal! So wendet sich Koschnik — Bürgermeister von Bremen — entschieden gegen Gesinnungsschnüffelei und fordert, „aktive kritische Demokraten" in die Behörden hineinzulassen („FR", 5.9.)

Jubel — vor allem bei linken SPDlern, die „ihre" Partei wieder zur Hüterin der Demokratie werden sehen. Mit ihren Taten rückt die Bremer SPD ihre eigenen Vorschläge ins „rechte" Licht: In den Sommerferien wurden für sechs Kollegen, denen allesamt Unterstützung des KBW vorgeworfen wird, Berufsverbote vorbereitet. In einigen dieser Fälle war die GEW sogar schneller als die Schulbehörde — diese Kollegen sind wegen ihrer politischen Aktivitäten schon länger aus der Gewerkschaft ausgeschlossen!

Seit mehreren Jahren sind drei der betroffenen Kollegen bereits „Beamte auf Probe", d.h. sie warten auf ihre endgültige Verbeamtung. Alle drei sind schon mehrmals bei der Behörde vorgeladen worden — jetzt will man sie endgültig rausschmeißen oder, nach dem neuen „Koschnik-Rezept", mit Angestelltenverträgen abspeisen.

So meinte Koschnik in einem Interview in der „FR" vom 5.9.78: *„Ich möchte andererseits erreichen, daß wir die Leute nicht zu schnell auf Lebenszeit anstellen. ..."* — und er schlägt eine „Probe"zeit von zehn Jahren vor — *„In dieser Zeit kann man dann auch sein dienstliches wie außerdienstliches Verhalten kennenlernen"*.

Wir können uns vorstellen, was diese zehnjährige Überprüfung bedeutet! Sicherlich keine Änderung der Berufsverbotspraxis!

In zwei weiteren Fällen geht es um Referendare, die zunächst wegen „Stellenmangel" nicht eingestellt werden sollten, die aber nach Nachweis mehrerer freier Stellen in ihren Fächerkombinationen mit politischen Begründungen abgelehnt wurden!

Zuletzt ein Fall, der bisher ähnlich nur in SPD-Ländern vorkam: Nach Heide, Guhl und Dregmann in Hamburg und Janz in Bremen soll noch ein bereits verbeamteter Kollege suspendiert werden!

KB/Gruppe Bremen



Katholikentag in Freiburg

Vom 13.-17. September fand in Freiburg der 85. „Deutsche Katholikentag" statt. 25 000 Menschen nahmen daran teil und etwa doppelt so viele besuchten die Abschlußkundgebung, auf der auch Walter Scheel und Helmut Schmidt ein paar passende Worte fanden. Zur Eröffnung des Katholikentages sprach Hans Maier, Kultusminister von Bayern und Vorsitzender des Zentralkommitees der Deutschen Katholiken (ZDK). Maier bezeichnete den Katholikentag als *„mächtiges demokratisches Potential, das einen Dialog in Gang bringen wolle und sehr stark geworden sei"* (FR, 14.9.78). So schwammig wie diese Formulierung ist auch der Katholikentag insgesamt. Zum einen ist es eine Demonstration der Macht der Kirche: Tagelang ist die Presse voll von Berichten über diese Veranstaltung; die reaktionären und verdummenden Sprüche der Kleriker gehen massiert und widerspruchslos in Druck und durch den Äther. Zum anderen hat der Katholikentag durchaus auch gesellschafts- und kirchenkritische Elemente. Wie auch der evangelische Kirchentag täuscht der Katholikentag eine Pluralität der Kirche vor, die in der kirchlichen Alltagsrealität nicht zu finden ist. Deswegen sind diese Veranstaltungen auch bei den fortschrittlichen Christen relativ beliebt. Es gab auch kritische Veranstaltungen zur Atomkraftproblematik, zur Situation in Lateinamerika und Afrika, zur Frauenfrage usw. und es wurden fortschrittliche Resolutionen verabschiedet (mehr darüber im nächsten AK). Es ist falsch zu meinen, die auf dem Katholikentag vorgetragenen fortschrittlichen Inhalte und Meinungen seien Bestandteil des „Lebens" der katholischen Kirche. Wenn auch nicht erwartet werden kann, daß sich durch kritisches Engagement auf der Veranstaltung die Rechtsrichtung der Kirche ändern würde, so ist die große Öffentlichkeitswirksamkeit des Katholikentages sicher nutzbar. 1968 ist von dem Katholikentag in Essen breite Kritik an der Pillenenzyklika von Paul VI (Pillenpaul) ausgegangen.

Kirchenkommission

Nordelbische Polizeikirche diszipliniert ihre Pfarrer

Am 20. Juli ließ die Führung der Nordelbischen Kirche das Martin Luther King Haus der Hamburger ESG mit erheblichem Polizeiaufgebot räumen und stellte gegen die gerade anwesenden 41 Personen Strafanträge wegen Hausfriedensbruchs (AK berichtete darüber). Ca. eine Woche später zog die Kirche diese Strafanträge zurück und bat die Kripo, die Daten der Festgenommenen aus den Karteien zu löschen. Die vier beteiligten Pastoren aber will die Kirchenführung nicht in Ruhe lassen. In einem kircheneigenen Ermittlungsverfahren prüft sie jetzt, ob sie disziplinarisch gegen die Geistlichen vorgehen kann (Amtszuchtsverfahren). Die 4 Pastoren schreiben in einer öffentlichen Erklärung u.a.: *„Kirchenleitung und Landeskirchenamt haben durch den von ihnen ausgelösten Polizeieinsatz die Speicherung der Daten von 41 Personen zu verantworten, die sich zum größten Teil noch in Ausbildung befinden und die jetzt um ihre Zukunft bangen müssen. Der Kirchenleitung ...müßte bekannt sein, daß eine Löschung dieser Daten unmöglich ist.*

Die Erfahrungen vom 20.7. bedauern wir nicht: Die Angst, als die Polizei in Kampfausrüstung uns in der ESG umzingelte, uns 30 Sekunden Zeit gab, uns zu entscheiden, ob wir ‚freiwillig' mitkommen oder uns inhaftieren lassen, das Warten in der gemeinsamen Zelle mit mehreren Inhaftierten, die Erfahrung, daß der, der inhaftiert ist, weder Anwalt noch Einsatzleiter sprechen kann, noch über den Fortgang der Dinge informiert wird, die Zeit in der Einzelzelle, die Ohnmacht gegenüber den Vollzugsbeamten. Wir sehen unser Handeln (Anwesenheit im Martin Luther King Haus/d. Verfasser) nicht nur in Übereinstimmung mit dem Ordinationsgelübde, sondern vielmehr als zwingende Konsequenz aus Schrift und Bekenntnis.

Abschließend erklären wir, daß wir zutiefst betroffen sind über die Unfähigkeit der Kirchenleitung, eine falsche Entscheidung öffentlich zu bedauern und zurückzunehmen und damit ein Zeichen der Umkehr zu setzen" (aus der öffentlichen Erklärung der 4 Pastoren).

Es ist für die ESG außerordentlich wichtig, diese von der Kirchenleitung bewußt in die Ferien verlegte Maßnahme zu Semesterbeginn breit unter der Studentenschaft bekannt zu machen und mögliche Aktionen in Angriff zu nehmen.

Kirchenkommission

»Was hat Energiepolitik mit Theologie zu tun?«

Mit dieser Frage wird in einem Leserbrief der evangelische Bischof von Kurhessen und Waldeck, Dr. Gernot Jung, kritisiert, der die Pfarrer seiner Landeskirche aufgefordert hat, in ihren Gemeinden die Problematik der Atomkraftwerke in politischer und theologischer Hinsicht zu diskutieren („FR", 13.9.78). Bei manchen Fragen und Problemen ist offenbar schon der Wunsch, sie zu diskutieren eine deutliche Stellungnahme. Ein Bischof ist nicht kompetent, atomphysikalische Fragen zu dikutieren, er soll glauben, auch an die Sicherheit der Atomanlagen.

Immer noch: Jesus-Diskussion

Gleich zu Anfang möchte ich feststellen, daß auch mir die „Jesus-Diskussion" im AK mittlerweile „stinkt". Ich will gern zugestehen, daß man sich im AK mit *„dem Glauben einiger unserer heutigen Kampfgefährten an einen ‚wahren' Jesus"* beschäftigen kann und sollte. Ich bin allerdings der Meinung, daß der Zeitpunkt gekommen ist, an dem dies vergleichsweise nebensächliche Thema i m A K nun über Gebühr behandelt worden ist.

Die Zahl der Seiten, die den Jesus-Spezialisten seit AK 132 zur Verfügung gestellt wurden, stehen meiner Meinung nach im krassen Gegensatz zur Relevanz der Bedeutung einer solchen Frage.

Nach wie vor existiert der Grundsatz, daß jeder Kommunist „automatisch" ein Atheist sein soll und muß. Atheist zu sein heißt aber nicht, lediglich formal aus der Kirche auszutreten oder aber sich in einigen „speziellen" Diskussionen über diese oder jene Frage zu ergehen, sondern offensiv in Agitation und Propaganda jede Religion grundsätzlich zu bekämpfen.

Diese Aufgabe, heute ernsthaft betrieben, ist keineswegs so einfach, wie man glauben möchte, denn schließlich ist das Christentum ein Teil der Ideologie des kapitalistischen Systems, Grundlage der herrschenden „Moral". (Es gibt einen Satz, in dem es sinngemäß heißt, daß es schwerer ist, ein wirklicher Atheist zu sein, als ein wahrer Christ.) Um diesen Kampf überhaupt aufnehmen und führen zu können, bedarf es unzweifelhaft des Wissens über das Christentum. Charakter und Wesen des Christentums erschöpfen sich aber keineswegs im Wesen und Wirken Jesus'. Christentum war, ist und bleibt im Grundsatz reaktionär! In diesen reaktionären Rahmen hinein gehört auch die Person Jesus.

Wenn auch, wie mir scheint, in mehreren Artikeln auf die eine oder andere Art „2000 Jahre christliche Realgeschichte" abgetan werden als Dinge, die eh' jeder weiß, so bleibt doch wohl die Tatsache, daß es genau diese Realgschichte war, die seit annähernd 2000 Jahren Millionen von Menschen mehr interessierte, weil unterjochte, verdummte und ausplünderte, als theoretische Erörterungen.

Laßt uns wieder zu profanen irdischen Fragen zurückkehren und lieber diese 2000 Jahre irdische Geschichte des Christentums untersuchen, als z.B. über Jesus' Geldtheorie zu brüten. Damit kann man meiner Meinung nach wesentlich mehr Menschen von der Schändlichkeit des Christentums überzeugen und zu Atheisten machen als durch verkappte Predigten.

Diese Form einer wissenschaftlichen, auf Fakten begründeten Religionskritik würde dem Charakter und der Zielsetzung des AK wesentlich besser entsprechen. Für Jesus sind mir die vielen AK-Seiten zu schade!

J., Hamburg

Ich verfolgte die bisherige Debatte um Jesus mit Interesse und auch viel Spaß. Ich hielt auch im großen und ganzen alle Stellungnahmen hierzu, selbst die des Pastors im AK 136, für einigermaßen intelligent (wenn auch z.T. für falsch). Nun haben beim letzten Mal „einige AK-Leser" ihren Senf dazu gegeben.

Zwar hat der zuständige AK-Redakteur auf einige wesentliche Punkte hingewiesen, in denen sich die „AK-Leser" irren; trotzdem scheint mir, daß dieser Leserbrief um einiges weitere zu kritisieren wäre.
einiges weitere zu kritisieren wäre.

1. schreiben die „AK-Leser", *„daß das Eingehen auf die vom Pastor gewählte Ebene und die tastenden Kritikversuche in den bisherigen Äußerungen der AK-Redaktion Ausdruck eurer vollständigen Hilflosigkeit sind, was die Haltung von Kommunisten zur Kirche angeht"*.

Was dann zur „Haltung der Kommunisten" von den „AK-Lesern" angeführt wird, sind nicht mehr als platteste „Erkenntnisse", daß „die Kirche immer auf Seiten der Reaktion stand". Und das sollte die AK-Redaktion noch nicht gewußt haben? Das gehört selbst zum Wissen meiner Großmutter, und die ist Sozialdemokratin und 84 Jahre alt!

Und darüber hinaus, von wem wurde dies eigentlich bezweifelt? Doch noch nicht einmal von den Popen selber!

Der Kern scheint mir vielmehr darin zu liegen, daß den „AK-Lesern" mißfällt, daß sich überhaupt mit so einer Frage beschäftigt wird, oder?

2. Es ist doch eine der üblichen (zumindest unter Kommunisten) Verfahrensweisen, auch „auf die Ebene des Pastors" einzugehen, d.h. ihn konkret, „anhand der Bibel" (AK-Redaktion), auf die Widersprüchlichkeit seiner Position aufmerksam zu machen.

Engels hat sich auch „auf die Ebene von Dühring" in seinem Anti-Dühring eingelassen, um ihn zu widerlegen, und Lenin verfuhr m.W. ähnlich mit Kautsky.

3. Vielleicht ist es ja Ausdruck einer anderen Verfahrensweise, daß die „AK-Leser" später alle linken Pastoren (und ich schreibe das „links" nicht mit Anführungszeichen, sondern bin der ehrlichen Überzeugung, daß es tatsächlich linke Pastoren gibt) mit den Juso-Führern über einen Kamm scheren, die nur „kritische Geister in den reaktionären Apparat integrieren wollen". Zumindest gab es doch wohl auch christliche Partisanen und Widerstandskämpfer, die ihren Kampf mit dem Tod bezahlen mußten. Zumindest gibt es doch wohl ermordete und verfolgte Christen in den faschistischen Ländern Lateinamerikas etc., oder nicht?

Sicher, 'ne Revolution haben sie nicht gemacht, wollen sie meist auch nicht. Aber soll das allein schon Grund sein, sie zur einträchtigen reaktionären Brut zu zählen? Setzen wir uns nicht mit ganz anderen gesellschaftlichen Kreisen auseinander (und arbeiten mit ihnen zusammen, z.B. in den „Grünen Listen"), die ebenfalls weit davon entfernt sind, eine Revolution zu machen, wie ihr schreibt (Zitat: „...so sage er doch bitte gleich dazu, wo jemals mit kirchlicher Unterstützung eine Revolution stattgefunden hat")?

Nein, liebe „Leser", so einfach und simpel ist die Welt nun einmal nicht.

4. Der Gipfel ist eure Schlußpassage, über die ich mich schrecklich ärgere: *„Eure Bibelexegese mit dem Anstrich marxistischer Geschichtswissenschaft ist nicht das Mittel zur Bekämpfung der Religion. Indem ihr euch darauf zurückzieht, seid ihr Handlanger von Pfaffen und Reaktion..."* Mal abgesehen von dem „Handlanger"-Vorwurf, der besonders beliebt in Dogmatikerkreisen (ML etc.) zu sein scheint, müßte man doch bei so starkem Tobak etwas Konstruktives erwarten können. Doch ihr schreibt lediglich, daß die Religion „wie jeder Irrationalismus zu bekämpfen" sei und daß dies von „wissenschaftlicher Einsicht in ihre Grundlagen und Funktionsweisen" bestimmt sein muß.

Wenn „wissenschaftlich" von euch wirklich als Methode gemeint wird und nicht bloß als „großes Wort im Munde geführt" (Mao) wird, dann solltet ihr die angebliche unwissenschaftliche Auseinandersetzung des AK mit dem „Irrationalismus der Religion" wirklich k o n k r e t einmal nachweisen. Und wenn ihr dabei dann tatsächlich k o n k r e t in die U n t e r s u c h u n g einsteigen werdet, seid ihr vielleicht überrascht, daß die Religion (allein schon aus dem Grunde, daß viele fortschrittliche Menschen ihr aufsitzen, die wir ü b e r z e u g e n und nicht abschrecken und abstempeln wollen) nicht wie jede x-beliebige Irrationalität (z.B. die Wahrsagerei) zu behandeln ist.

„Vielen unserer Genossen fehlt ein analytisches Denkvermögen, sie wollen nicht tief in die komplizierten Dinge eindringen, sie nicht wiederholt analysieren und erforschen, sondern ziehen simple Schlußfolgerungen vor, die entweder eine absolute Bejahung oder eine absolute Verneinung darstellen." (Mao, „Unsere Schulung und die gegenwärtige Lage")

Deshalb möchte ich in Abwandlung des Schlußsatzes der „AK-Leser" sagen: Ein Kommunist kann vor allem kein Dogmatiker sein!

Ingo, Hamburg

Mit großem Interesse habe ich die bisherige Diskussion im AK um den Herrn Jesus verfolgt, doch nun kann ich mir eine Stellungnahme nicht mehr verkneifen. Dieser Brief wird allerdings aus dem bisher gewohnten Rahmen fallen, weil ich mich mit der Frage beschäftige, warum so viele junge Leute sich an die Lippen von Jesus, Bibel etc. hängen. Dieses Problem finde ich wichtiger als das (nicht-)revolutionäre Dasein von Jesus Christus.

Ich sehe an vielen Jugendlichen (bin selber 18) einen z u n e h m e n d e n Trend, sich freikirchlichen Gemeinden, christlichen Jugendgruppen oder gar den speziell auf „jugendlich" getrimmten Jesus People anzuschließen. Diese Jugendlichen sind nicht dumm oder zu Jesus-Freaks geboren; sie gehen zu ihrem großen Gott, weil sie (verständlicherweise) Fragen an die Gesellschaft stellen, aber irgendwann mit ihren eigenen Gefühlen und Problemen in ihrer Umgebung nicht mehr klarkommen, weil ihnen keiner richtig helfen kann (oder will)!

Auch ich hatte zwischen dem November 77 bis zum Februar 78 eine solche Phase, in der ich mich einer evangelisch-freikirchlichen Gemeinde anschloß. Die Sorgen mit der Freundin, der Schule und meine Enttäuschung über die sich gerade im Herbst verschlechternden politischen Zustände riefen bei mir Weltschmerz und trotzigen Anarcho-Nihilismus hervor. Ich dachte oft an „Schluß machen", verwarf das wieder, dachte wieder daran. Ich redete mit meinen Eltern (!), Freunden und Bekannten, doch eine wirkliche Antwort und wirklichen Halt konnte mir damals keiner geben.
wort und wirklichen Halt konnte mir da-

Nur ein Freund von mir, ein überzeugter Christ, hatte sie wie schon so oft vorher parat: Jesus Christus! Nun ja, irgendwie wurde ich schließlich einmal nachgiebig , obwohl ich seine missionarischen Reden und Ratschläge schon des öfteren abgeblockt hatte. War ich doch immer der weit verbreiteten Meinung gewesen, daß Jesus manchen Leuten durchaus helfen kann, doch daß i c h den Herrn nicht brauche!

Plötzlich aber wurde ich weich, Jesus kroch in mich als letzter Weg, als letzte Chance, als der Garant für Liebe und Glück, eben „Jesus als Spender all dessen, was ich vergeblich gesucht hatte". Das erste Mal in meinem Leben betete ich und fühlte mich danach wie neugeboren. Ich glaubte, daß sich jemand meiner annahm. Ich hatte ein solches Gefühl für zwei Wochen, ich kam mir vor wie angeturnt.

Jedenfalls lernte ich andere junge Christen kennen, fühlte so etwas wie menschliche Nähe und „Nestwärme" – etwas, was viele Jugendliche auch zu den Rechten treibt. Reizvoll waren zudem die ehemalig kaputten Typen, die erst durch den Herrn Jesus zu sich selbst gefunden haben. Eine befreundete Christus-Gemeinde hatte sogar einen Ex-Terroristen in ihren Reihen: einer, der durch den Glauben an den Herrn und seine Liebe ein glücklicher und vom Terror befreiter Bürger geworden ist.

Schon nach zwei Wochen wurden meine Zweifel wieder größer. Ich war sozusagen kritisch-solidarisch, kam aber mit den wahnsinnigen Ansprüchen (morgens Bibel lesen, beten, Gemeinschaft mit Christen...) nicht gut zurecht. Ich wollte meine alten Freunde nicht verlieren. Ich störte mich an der christlichen Haltung zu § 218, zur Emanzipation und zur Sexualität. Das alles war neu für mich. Ich redete mit „meinen Brüdern und Schwestern" darüber; doch sie gaben immer (mit einer gewissen Verlegenheit) vor, sich ähnlich oder eben einfach noch als „Fremdkörper" gefühlt zu haben, nachdem sie sich der Gemeinde angeschlossen hatten. Ich müßte das Christsein erst lernen, ich müßte eine neue Lebensweise eingehen, ein neues Leben hätte für mich begonnen.

Im Februar habe ich mich von den Leuten getrennt, habe mich praktisch von ihnen „abgesetzt". Die „Jesus – One Way!"-Aufkleber erinnern mich immer wieder an diese lehrreiche Zeit. Ich habe gelernt, daß niemand einem den perfekten Weg, die perfekte Lehre oder den „Typen" zeigen kann, daß du immer auf dich selber angewiesen bist, daß deine Träume zu dir gehören, daß du durch deine eigene Kraft zu dir selber finden mußt.

Als Christus-Fan stehst du 24 Stunden am Tag unter der wohl körperfreundlichsten Droge, die es gibt. Sie gibt dir viel Ruhe und ein Gefühl von „Freiheit" und Glück. Nur: diese Droge macht unpolitisch und realitätsfremd. Sie macht dich zu einem missionarischen Speichellecker, der jede Grausamkeit eines Menschen abtut, daß dieser Mensch nicht den Weg zu Jesus gefunden hat. Daher auch das Unpolitische, denn eine gottlose Gesellschaft, ob Kapitalismus oder Sozialismus, geht eben an ihrer Gottlosigkeit, an der fehlenden Moral kaputt. So einfach ist das...

P.P. Zahl schreibt in seinem Artikel (Der Trend zum Faschismus) über die Jesus People:

„Die Jesus Peoples sind anständige, gutgewaschene, saubere und angenehme Menschen, gute Konsumenten, brave Arbeitnehmer, sanfte Steuerzahler. Kein Grund zur Aufregung. FBI-Chef Hoover und Münchens Polizeipräsident Schreiber könnten ihre Bischöfe sein..."

Vielleicht sollten dem Christentum schwankend Gegenüberstehende und überhaupt alle, die dazu was zu sagen haben, das auch tun. Diese bisherige Diskussion hat für eine wirklich gute linke Zeitung wie den AK einen zu lächerlichen Charakter. MEIN GOTT, wen stört's, ob der Herr Jesus ein Revolutionär war oder nicht, allenfalls die Christen, die damit wieder was zum Vorzeigen haben.

Frank aus Braunschweig

Der Genosse aus der AK-Redaktion ist mit seiner längeren Stellungnahme zur ‚Jesus-Debatte' nun doch erheblich über die Rechtelei um die Interpretation von Bibelstellen hinausgekommen und insbesondere in seinem letzten Abschnitt zu den m.E. wesentlichen Fragen in diesem Zusammenhang gekommen. Im Gegensatz zu seinen früheren Artikeln, in denen er Jesus vor allem jenseitige Reich-Gottes-Vorstellungen zugeordnet hatte, bringt er in diesem Artikel die Lebensformen dieser frühen Christengruppen als „alternative Lebensformen" mit dem zukünftigen Gottesreich (vorweggenommen) in Verbindung. Dies ist für fortschrittliche Christen einer der wichtigsten Gedanken, daß nämlich das Reich Gottes, auf das sich die christliche Hoffnung bezieht, nicht als jenseitiges, nach dem Tode eintretendes Paradies verstanden wird, sondern durchaus als diesseitige bessere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, weshalb eben Reich Gottes und Sozialismus bzw. Kommunismus identifiziert werden. Dieses erhoffte Reich Gottes oder der Sozialismus hat in der erlebten Gegenwart schon seine Zeichen; in Bruchteilen wird er schon jetzt angestrebt. Ein besonders treffliches Beispiel sah ich gegeben in einem Interview von Gladys Diaz, das kurz nach ihrem Eintreffen in der BRD im AK abgedruckt war. Sie beschreibt dort u.a. das Leben im Gefängnis. In einer offiziell erlaubten Werkstatt produzieren die Frauen verschiedenste Artikel, die über das Solidaritätsvikariat der Katholischen Kirche kommerzialisiert werden. *„Der Erlös wird nicht gleichmäßig verteilt, sondern in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen eines jeden. Eine Genossin, die keine Bedürfnisse hat, bekommt auch nichts, aber die, die mehrere Kinder hat, bekommt einen Anteil für alle ihre Kinder. Wir machten also ein kollektives Experiment, wir übertrugen das Ziel unseres Kampfes auf das Lager, also jeder nach seinen Bedürfnissen"* (AK 95, Dez. 75). Ein solcher Gedanke – Anbruch des für die Zukunft angestrebten und erhofften schon für die Gegenwart – ist für die biblischen Texte typisch. Die ausgeprägteste Formulierung ist Lk 17,21 *„Das Reich Gottes ist mitten unter euch"* Das bedeutet m.E. aber nicht, daß mit dem „alternativen Leben" schon alles erledigt ist häufiger noch ist ja von der Zukünftigkeit dieses Reiches die Rede. Wenn nun diese Hoffnung auf das Reich Gottes innerweltlich d i e s s e i t i g (heute auf Sozialismus) bezogen wird, so finden sich außer dem Spruch aus Lk. 17 (s.o.) kaum explizite Belege dafür, allerdings genausowenige für die J e n s e i t i g k e i t christlicher Hoffnung. Bemerkenswert allerdings ist, daß zu jeder Zeit die Herrschenden und Reaktionäre empört geschrien haben und schreien, wenn die Diesseitigkeit des Reiches Gottes und damit politisches Engagement im Zusammenhang mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten für eine befreite Gesellschaft von Christen propagiert und gelebt wird. Die Jenseitigkeit der Hoffnung zu behaupten, kann jeweils nur im Interesse derjenigen liegen, die ihren Nutzen aus bestehenden unterdrückerischen Verhältnissen ziehen. Sie legen Wert darauf, daß den Menschen Duldsamkeit und Schicksalsgläubigkeit gegenüber der gegenwärtigen Not gepredigt wird. Die aktive Gestaltung der Lebensumstände der ersten Christen, der AK-Redakteur nennt es „alternatives Leben", kann durchaus als Hinweis darauf verstanden werden, daß die Perspektive der Christen nicht im Jenseits lag. Setzten sie sich doch auch ab gegen Gruppen, die Gleichgültigkeit gegenüber den gegenwärtigen Verhältnissen an den Tag legten, wofür es besonders viel Material in den Paulusbriefen gibt.
Formulierung ist Lk 17,21 „Das Reich

Fortschrittliche gesellschaftsverändernde Ziele für die Klassengesellschaft um unsere Zeitwende zu beschreiben, ist bisher noch nirgendwo geleistet worden, damals ebenfalls nicht. Der Kampf der Zeloten (= jüdische Nationalisten - Anm. AK) gegen die Römer ist nicht eindeutig als progressiv zu bezeichnen weil die Ziele durchaus rückwärts gerichtet waren. Eindeutige, einlinige Urteile zu fällen, scheint in der Tat ausgesprochen schwer.

Wie wenig eindeutig die christliche Bewegung gewesen ist, zeigen die biblischen Texte ja selber. Bemerkenswert an diesen Texten erscheint mir, daß sie in verschiedenerlei Ausprägung die Gegenwart und die Aufgaben für die Gegenwart aus der erfahrenen Vergangenheit und der erhofften Zukunft bestimmen. Die erfahrene Not erweckt Hoffnung auf eine bessere Zukunft („Die Blinden werden sehen, die Tauben hören, die Lahmen gehen", Matth. 11,5), die eminenten Einfluß auf die zu gestaltende Gegenwart hat : *„Nicht daß ich es schon (das Ziel) ergriffen hätte, oder zur Vollendung gekommen wäre, ich jage ihm aber nach ..."* (Philipperbrief, 3,11 f). Dieser Zusammenhang von angestrebtem Ziel und aktiver gestalteter Gegenwart spielt, wie etwa auch die Debatte um die Krise im KB zeigt, eine wichtige Rolle in der revolutionären Bewegung.

Ein AK-Leser

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

HDW entläßt 2.000 Beschäftigte Massenentlassungen auf den Werften drohen!

Die „Howaldtswerke Deutsche Werft" (HDW) in Hamburg und Kiel, will 2000 ihre 13.000 Beschäftigten entlassen. Als Begründung muß die mangelnde Auftragslage hierfür herhalten. Im einzelnen planen die HDW-Bosse:

- der Schiffsneubau wird in Kiel konzentriert
- das Kieler Werk Diedrichsdorf wird stillgelegt, 500 Beschäftigte entlassen
- das Hamburger Werk Reiherstieg wird schrittweise stillgelegt, 1500 Beschäftigte entlassen
- der Kriegsschiffbau in Kiel soll dafür erweitert werden.

Nachdem bereits 1972 das Werk Finkenwerder stillgelegt wurde, hat HDW damit in den letzten Jahren die Belegschaft von ehemals 16.000 auf 11.000 reduziert. Doch das Ausmaß der Entlassungen wird erst deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auf einen Werftarbeitsplatz zwei Arbeitsplätze der Zulieferindustrie kommen. Als Reaktion auf die Ent-
auf einen Werftarbeitsplatz zwei Arbeitsplätze der Zulieferindustrie kommen. Als Reaktion auf die Ent-
lassungen muß im Hamburg/Kieler Raum in der nächsten Zeit mit ca. 6.000 Entlassungen gerechnet werden!

Springers „Welt" stellte denn auch gleich fest, daß HDW nur der Anfang der Werftenkrise sei. Weitere Entlassungen in Hamburg, Bremen, Emden und Kiel drohen (Welt, 15.9.78). Heute schlägt in der Werftindustrie durch, daß jahrelang die Produktion einseitig auf den Großtankerbau als gewinnträchtigste Profitquelle ausgerichtet wurde und jetzt, wo das Öltankergeschäft nicht mehr floriert, hemmungslos rationalisiert und umgestellt wird. In den Jahren seit der letzten „Ölkrise" wurden rund 15.000 der ehemals über 70.000 Arbeitsplätze auf den Werften abgebaut und das Ende der kapitalistischen Profitsanierung ist noch nicht absehbar.

Hilfe von der Regierung?

Wie so oft, wird an die Hilfe der Bundes- und Länderregierungen appelliert. Doch ist eine Hoffnung, daß dies den Beschäftigten zugute kommt, kaum angebracht. Ist doch die Bundesregierung zusammen mit der Landesregierung Schleswig-Holsteins zu 25% an HDW (75% Salzgitter-Konzern) beteiligt. Ist doch gleichzeitig das Vorstandsmitglied der HDW, Scholz (maßgeblich beteiligt an der Ausarbeitung der Entlassungskonzeption) Bürgerschaftsabgeordneter der in Hamburg regierenden SPD. Und hat nicht die gleiche SPD den Slogan „Wir sichern die Arbeitsplätze" für ihren Bürgerschafswahlsieg eingesetzt? Ein viertel Jahr später können die HDW-Beschäftigten am eigenen Leibe erfahren, was von solchen Wahlversprechen zu halten ist. Wenn Werftkapitalisten und die Bundes- bzw. Landesregierungen jetzt verhandeln, so geht es weiterhin um eine Sanierungskonzeption zum Nutzen für die Werftkapitalisten, die Leidtragenden werden allemal die Arbeiter und Angestellten sein.

Scholz hat bereits weitere Entlassungen in Aussicht gestellt. Wird das vorgelegte Rationalisierungskonzept nicht gebilligt, werde HDW mit der zweiten Hamburger Großwerft, Blohm & Voß, fusionieren, dann — so drohte Scholz — müßten 4000 Beschäftigte entlassen werden. Sicher ist, daß trotz der angekündigten 2000 Entlassungen die Fusionspläne mit Blohm & Voß weiter verhandelt werden und tatsächlich weitere Entlassungen nicht nur als leere Drohung im Raum stehen.

Hilfe von der IGM-Führung?

Die Hamburger IG Metall-Führung ist aufs engste mit der regierenden SPD verfilzt. Der jetzige HDW-
rung ist aufs engste mit der regierenden SPD verfilzt. Der jetzige HDW-



„Unternehmer leben von der Substanz"

Personalchef, Bürgerschaftsabgeordneter Scholz, war vor diesem Amt Bezirksleiter der IG Metall. Er ist das Musterbeispiel für die Karriere eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers, der sich den Kapitalinteressen mehr als den Arbeiterinteressen verpflichtet fühlt.

Die Verfilzung SPD-Regierung, IGM-Führung reicht denn auch weit in den gewerkschaftlichen Vertrauenskörper und Betriebsrat der HDW hinein. Auf den Hamburger Werften wurde jahrelang die „sozialpartnerschaftliche" Zusammenarbeit der IGM-Führer mit den Werft-Kapitalisten praktiziert. Jetzt dürften schöne Reden kaum noch helfen. Die Werft-Beschäftigten wollen Klarheit darüber haben, wieweit ihre Gewerkschaft bereit ist, ernsthafte Maßnahmen gegen die Entlassungen zu unternehmen. Noch herrscht Ruhe auf den Werften, doch die „Sozialpartnerschaft" ist angeknackst, zu einseitig profitiert allein ein „Partner" hiervon.

HDW-Zelle/KB Gruppe Hamburg
und Wirtschaftskommission

Entlassungen bei AEG-Schiffbau/Hamburg

Ende August stimmte der Betriebsausschuß des Betriebsrats der AEG-Schiffbau Entlassungen in den vier Hamburger Werken der AEG zu. Zunächst 24 Kollegen erhielten ihre Kündigung größtenteils während der Urlaubszeit.

Eine Reihe aktiver Kollegen aus den vier Hamburger Werken fand sich allerdings mit dieser Entscheidung nicht ab. Sie organisierten Anfang September ein Treffen, auf dem sie folgende gemeinsame Vorstellungen entwickelten:

- Über Prozesse wird man die Entlassungen nicht verhindern können, es kann nur gelingen, bessere Abfindungen zu erreichen;
- was als „Arbeitsmangel" angegeben wird, ist nichts anderes als Rationalisierung (trotz steigender Aufträge wird die Belegschaft abgebaut);
- neben den Entlassungen gibt es innerbetriebliche Schlechterstellung von Kollegen, die stumpfsinnigere Arbeiten ausführen müssen, teilweise werden Kollegen in das Wedeler Werk versetzt, und müssen dort für weniger Geld (bis zu zwei Mark in der Stunde!) arbeiten.

Auf dieser Grundlage beschloß der Kreis, über die Vertrauenskörperleitung die Forderung an die IG Metall zu stellen, eine Mitglieder-
der Kreis, über die Vertrauenskörperleitung die Forderung an die IG Metall zu stellen, eine Mitglieder-
versammlung abzuhalten und ein Flugblatt gegen die Rationalisierung herauszugeben. Da die VK-Leitung nicht aktiv wurde, erschienen am 7.9. zwanzig Kollegen im Gewerkschaftshaus und wollten ihre Forderungen vortragen. Verschiedene Versuche von ihnen, zur IGM-Spitze vorzudringen, wurden abgewimmelt (Begründung: der Zuständige sei in einer wichtigen Sitzung bei einer wichtigen Abstimmung). Doch die Kollegen gaben nicht nach und setzten ihre Forderungen durch.

Zwar machte der Vertrauenskörper aus der Mitgliederversammlung noch eine öffentliche VK-Sitzung, doch ein gemeinsames Flugblatt, das die engagierten Kollegen entworfen haben, wurde verabschiedet. Darin wird neben der Forderung nach Zurücknahme aller Entlassungen der Abbau von Überstunden und die 35-Stundenwoche gefordert. Bekanntlich bleibt es in der Regel seitens der Gewerkschaftsführung bei solchen begrenzten Aktionen. Damit der Widerstand gegen die Entlassungen nicht nachläßt, muß von den Kollegen weiterhin Druck gemacht werden.

Nach dem Bericht eines Genossen bei AEG-Hamburg

Nach dem Bericht eines Genossen bei AEG-Hamburg

Gerichtliche Einschüchterung eines fortschrittlichen Göttinger Betriebsrats

Vor etwa einem Jahr mußte der Betriebsrat E. in der Metallfirma Kern in Göttingen erstmals Bekanntschaft mit den Einschüchterungspraktiken der Geschäftsleitung machen. Wegen seinem gewerkschaftlichen Engagement erhielt er eine Verwarnung. Wegen einer Reise im Auftrage des Betriebsrats zur IGM-Verwaltungsstelle wurde ihm „unerlaubtes Entfernen vom Arbeitsplatz" vorgeworfen und mit „arbeitsrechtlichen Konsequenzen" gedroht. Vor dem Arbeitsgericht hat E. bei seinem Prozeß in zweiter Instanz recht bekommen, muß allerdings noch die nächste Instanz (Bundesarbeitsgericht) abwarten, von der sich die Unternehmensleitung wegen deren reaktionärer Rechtsprechung einen Erfolg erhofft.

Jüngster Fall der Einschüchterung ist E.'s Engagement bei der Veröffentlichung der Ausbeutungspraktiken im Betrieb. Die Redaktion der „Göttinger Stadtzeitung" hatte E. um die Vermittlung eines Interviews mit einer Kollegin in der sogenannten „Hausfrauenschicht" gebeten. In dieser Schicht arbeiten nur Frauen (außer den Vorgesetzten, das sind Männer), die niedrig bezahlt werden und in der letzten Zeit verschärften Arbeitsbedingungen und Rationalisierung ausgesetzt waren. E. hatte mehrfach, z.T. mit Erfolg, als Betriebsrat die Frauen unterstützt.

Offensichtlich durch eine Denunziation hatte die Unternehmensleitung von E.'s Bemühungen um das Interview erfahren und ließ ihm prompt eine Verwarnung zukommen. Ihm wurde untersagt, „betriebsinterne Dinge" zu veröffentlichen (E. hat gegen diese Verwarnung erneut Einspruch erhoben. Sein Prozeß – unterstützt von der IG Metall – findet am 3. Oktober statt). Eine Gruppe gewerkschaftlicher Kollegen hat zu den Vorfällen eine gemeinsame Erklärung verfaßt, in der es u.a. heißt:

„*1. Daß die Kritik der Akkordarbeiterinnen über die unmenschlichen Akkorde mehr als berechtigt ist, wenn die Herren davor solche Angst haben, daß davon auch nur etwas an die Öffentlichkeit dringen könnte.*

2. Die aktive gewerkschaftliche Bildungsarbeit der IG Metall muß der Geschäftsleitung ein Dorn im Auge sein. Sie hat wohl ein großes Interesse daran, diese zu verhindern, indem der Kollege, der als Bildungsobmann aktiv dazu beiträgt, durch Abmahnungen und Klagen vor dem Arbeitsgericht mürbe gemacht werden soll."

Inzwischen hat die „Göttinger Stadtzeitung" zu dem Fall einen Artikel veröffentlicht. Gespannt darf man auf die Reaktion der Geschäftsleitung sein.

**Metallzelle
KB / Gruppe Göttingen**

Fernsehüberwachung der Philips-Kollegenschaft

Hamburg: Das allseitige Gezeter nach mehr Sicherheit macht auch vor den Toren der Hamburger Philips-Betriebe nicht halt. Nachdem der „Stern" vor ca. 1/2 Jahr berichtete, daß die Mitarbeiter des Hamburger Philips-Konzerns vom VS überprüft werden, sollen jetzt bei mindestens sechs Niederlassungen Fernsehkameras, die angeblich nur „zum Schutz des Firmeneigentums" dienen sollen, auf dem Werksgelände installiert werden. Damit steht einer Überwachung der Kollegen nichts mehr entgegen.

Der IGM-Betriebsrat hat sich – nachdem er zunächst eine einstweilige Verfügung angedroht hatte, weil sich die Geschäftsleitung weigerte, eine Betriebsvereinbarung abzuschließen, mit einer schwammigen Absichtserklärung zufrieden gegeben, die in Streitfragen natürlich keinerlei Bedeutung hat.

In dieser „*umfassenden schriftlichen Garantie*", wie „Metall" vom 23.8. sagt, sind u.a. folgende Punkte
In dieser „*umfassenden schriftlichen Garantie*", wie „Metall" vom 23.8. sagt, sind u.a. folgende Punkte
enthalten:

„*... Die Geschäftsleitung erklärt ausdrücklich, daß sie nicht beabsichtigt, mit der Fernsehüberwachungsanlage das Verhalten der anwesenden Mitarbeiter zu erfassen, zu überwachen und/oder zu kontrollieren. Soweit unsere Mitarbeiter durch die Fernsehüberwachungsanlage erfaßt werden sollten, werden daraus – abgesehen von strafrechtlichen Tatbeständen – nachteilige Folgen für sie nicht hergeleitet. ... Während der Arbeitszeit gemäß Gleitzeitvereinbarung werden keine Bildaufzeichnungen zwecks Dokumentation gemacht. Außerhalb der Arbeitszeit ist ebenfalls eine Bildaufzeichnung nicht beabsichtigt. Auf Wunsch ist eine eventuelle Bildaufzeichnung gemeinsam auszuwerten. Soweit sie keine Tatbestandsmerkmale einer strafbaren Handlung enthält, wird sie vernichtet.*" In welchen Fällen solche Bildaufzeichnungen durchgeführt werden, entzieht sich natürlich jeglicher Kontrolle seitens des Betriebsrats. Es ist wohl auch kaum zu erwarten, daß die Geschäftsleitung diese unaufgefordert rausrückt!

Einen sogenannten zentralen Werkschutz gibt es schon seit längerer Zeit bei Philips. Diese ca. 20 Leute, für deren Einstellung eine Ausbildung bei der Bundeswehr bzw. beim BGS gefordert wurde, sitzen im Röhren- und Halbleiterwerk (Lokstedt) und fahren nachts die einzelnen Hamburger Philips-Betriebe ab. Offiziell sollen sie bei technischen Pannen Hilfe leisten.

In letzter Zeit wurden diese Werkschutzbullen häufig auch tagsüber als Urlaubsvertretung für Pförtner eingesetzt. Bleibt abzuwarten, wie lange es dauert, bis sie – wie bereits in Eindhoven/Holland – auch tagsüber schwer bewaffnet übers Betriebsgelände laufen.

**Metallkommission
KB / Gruppe Hamburg**

Chemie

Texaco, Hamburg: Verteilung der Betriebszeitung soll gestoppt

Wir berichteten in mehreren Arbeiterkampfartikeln über die Rationalisierungen bei der Texaco. In den letzten 5 Jahren wurden etwa 2.000 Arbeitsplätze vernichtet. In den nächsten Jahren könnten es laut Ankündigung der Geschäftsleitung pro Jahr 400 werden. Die offene Berichterstattung der Betriebsräte in der Hauptverwaltung und Wilhelmsburg/Hamburg und die kämpferische Ablehnung der Rationalisierungen sowohl der Vertrauensleute der IG Chemie als auch der gewerkschaftsoppositionellen Betriebsgruppe, in der vorwiegend aus der IG Chemie ausgeschlossene Vertrauensleute und Betriebsräte mitmachen, war in den letzten Monaten häufig Anlaß für die Geschäftsleitung, an die gebotene vertrauensvolle Zusammenarbeit zu erinnern, ohne damit jedoch auch nur geringe Erfolge erzielt zu haben.

Als die Frauen in der Textverarbeitung gegen Rationalisierungen und Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen kämpften, kam es zu einer politischen Kündigung. Ohne offizielle Begründung und ohne rechtmäßiges Anhörungsverfahren des Betriebsrates wurde einer Kollegin gekündigt. Die Personalleitung erklärte, die Kündigung sei weder aus betriebsbedingten noch aus verhaltensbedingten Gründen erfolgt. Das Landesarbeitsgericht bestätigte die Kündigung. Ein nicht ordnungsgemäßes Anhörungsverfahren des Betriebsrates sei nicht erheblich für die Kündigung. Unter dem Eindruck dieser Entlassung und den Verfassungsschutzeinsätzen in anderen Hamburger Betrieben, verlangte der Texaco-Betriebsrat in Hamburg eine Auskunft über einen eventuellen Verfassungsschutzdienst bei der Texaco. Die Personaldirektion erklärte, daß in einem Mineralölkonzern die Überprüfung von Mitarbeitern wegen der Sicherheitsempfindlichkeit selbstverständlich sei..

Beide Themen, Rationalisierungen und Verfassungsschutz bei der Texaco, waren Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen, gegen die die Texaco jetzt versucht, mit Disziplinarmitteln anzugehen.

Erster Anlaß war ein Interview eines Betriebsratsmitgliedes der IG Chemie mit der Morgenpost. Die Hamburger Morgenpost veröffentlichte das Interview und einen Artikel unter der Überschrift ,,Macht Texaco ganz dicht?''

Der Vorstandsvorsitzende wandte sich daraufhin in einem persönlichen Brief an die lieben Mitarbeiter, indem er begann:

,,Die Nachrichten in Presse und Rundfunk, die am vergangenen Wochenende von Massenentlassungen bei Texaco berichteten, haben naturgemäß nicht nur bei Ihnen, sondern auch bei unseren Kunden Unruhe ausgelöst'' und zum Schluß zusammenfaßte: *,,Schließen möchten wir mit dem Hinweis, daß ein Teil der eingangs erwähnten Medienberichte eine geschäftsschädigende Wirkung hat und somit auch abträglich für unsere Mitarbeiter ist. Zahlreiche Anfragen beweisen dies. Wir sind dabei, den Zusammenhängen sorgfältig nachzugehen.''*

Dem Betriebsratsmitglied wurde mitgeteilt, daß das auch in der betrieblichen Auseinandersetzung gebotene Maß der Rücksicht auf die Interessen der anderen Seite eingehalten werden müsse und weiter: *,,Sie genießen Kündigungsschutz. Wir raten Ihnen deshalb, selbst zu prüfen, ob für Sie in einem Unternehmen weiterhin Platz ist, das aufgrund Ihrer Verhaltensweise derartig in der Öffentlichkeit angegriffen worden ist, oder ob Sie nicht von sich aus Ihr Dienstverhältnis lösen sollten.''*

Der Vorstand scheint nach einem verlorenen Kündigungsprozeß gegen ein Betriebsratsmitglied vorsichtiger geworden zu sein. Er versucht hier das Mittel der Einschüchterung anzuwenden und gleichzeitig Punkte für eine eventuelle Kündigung zu sammeln.

Drei Tage später erhielten drei Verteiler der gewerkschaftsoppositionellen Betriebsgruppe in der Texaco-Hamburg einen Brief. Die Betriebsgruppe hatte eine ihrer Betriebszeitungen verteilt, in der unter der Überschrift ,,Sein letzter Wunsch'' aus einem Buch über die 7 (Mineralöl) Schwestern zitiert wird. Eine Story über die Texaco, die original zitiert wurde, fängt folgendermaßen an:

,,Die Texaco hassen wir alle'', sagte ein Mann von der Exxon. *,,Wenn ich in einer Texaco-Tankstelle sterben sollte und einen letzten Wunsch äußern dürfte''*, sagte ein Mann von der Schell, *,,würde ich darum flehen, daß man mich auf die andere Straßenseite schleift.''*

Zweiter Stein des Anstoßes war ein ausführlicher Bericht über Verfassungsschutzmethoden in Betreiben. An die Kollegen gewandt, schreibt die Betriebsgruppe: *,,Jetzt wissen wir, daß auch die Texaco dem völlig legalen Überwachungsmechanismus angeschlossen ist. Uns erstaunt, was heute alles legal ist. Sicher wird es eine Reihe von Kollegen geben, die sich an dieser Stelle sagen: Wer sich nichts zu schulden kommen läßt, den erfaßt das Ganze gar nicht. Wir fragen uns, wie groß der Spielraum eigentlich noch ist, sich nichts zu schulden kommen zu lassen. Wir erinnern uns an das Betriebsverfassungsgesetz, in dem von vertrauensvoller Zusammenarbeit der Betriebsräte mit dem Unternehmer die Rede ist. Was wir vor wenigen Jahren auf Betriebsversammlungen noch frank und frei gesagt haben, wird den Betriebsräten heute dauernd als Verstoß gegen dieses Gesetz vorgeworfen. Wenn wir uns nichts zu schulden kommen lassen wollen, können wir natürlich auch dort ruhig sein. Es wird weitergehen und wir werden immer ruhiger ...''*

Diese Texte schienen dem Vorstand zu viel Meinungsfreiheit zu sein. Die drei Verteiler dieser Zeitung, die alle im Betrieb arbeiten, erhielten einen Brief, in dem ihnen vorgeworfen wurde, den Ruf des Unternehmens in ganz erheblichem Maße herabzusetzen. Die Rufschädigung beeinträchtige das Geschäft und man sei der Auffassung, daß die Kollegen mit ihrem Verhalten in Gegensatz zu ihrer arbeitsvertraglichen Treuepflicht stünden. Die drei Kollegen wurden schriftlich aufgefordert, künftig an solchen Aktionen nicht mehr mitzuwirken.

Angriffe auf die Meinungsfreiheit verschärfen sich mit verschärften Widersprüchen in den Produktionsverhältnissen. Die Kapitalisten wollen verhindern, daß öffentlich mit den Kollegen über die Angriffe auf ihre Existenz und über schärfere Disziplinierungen diskutiert wird und daß gemeinsam Schlußfolgerungen aus dem Zustand entwickelt werden, die den Kapitalisten nicht ungeschoren lassen. Der aktuelle Generalstreik in Belgiens Mineralölindustrie, der sich gegen Massenentlassungen richtet, wird von den Kapitalisten in der Bundesrepublik sicher aufmerksam beobachtet.

Betriebszelle Texaco

unter der Überschrift ,,Macht Texaco
andere Straßenseite schleift.''
Zweiter Stein des Anstoßes war ein
Betriebszelle Texaco

Tanklastzüge gefährden uns

Nach den schon widerlegten Lügen der Bild-Journalisten, in der Bundesrepublik könnten solche Explosionen von Tanklastzügen wie in Spanien nicht passieren, werden immer mehr Einzelheiten bekannt, die dem widersprechen.

Der Mineralölkonzern Texaco ließ eine Studie ausarbeiten, mit der bewiesen werden sollte, daß eine Verlagerung des eigenen Tank-Fuhrparks auf einen mittelständischen Spediteur erheblich kostengünstiger sei. Die Spediteure hätten Transportpreise angeboten, mit denen die Texaco nicht mithalten könne. Deshalb müßte der Fuhrpark aufgelöst und die Fahrer entlassen werden. Eventuell seien Spediteure bereit, Tankwagen samt Fahrer zu übernehmen — zweifelsohne zu anderen Bedingungen.

Der Hamburger Betriebsrat recherchiert zur Zeit, unter welchen Bedingungen Fahrer in Speditionsgesellschaften arbeiten müssen und stieß auf ungeahnte, aber nachweisbare Zustände.

Die Löhne der Tankwagenfahrer sind um rund ein Drittel niedriger als bei der Texaco. Damit die Arbeiter auf einen einigermaßenen Lohn kommen und auf Anweisung der Spediteure, die lange Fahrtstrecken zur schnellen Versorgung von Tankstellen anordnen, sitzen die Fahrer durchweg 16 bis 18 Stunden täglich am Steuer. Fahrer, die 16 Stunden Fahrtzeit hinter sich haben, müssen anschließend noch 2 Stunden Reinigung und Wartung übernehmen.

Ein Spediteur rief bei Kollegen der Texaco an, um nachzufragen, ob Fahrer sich bereit erklären würden, bei ihm anzufangen. Sein Hinweis: Sie müßten aber bereit sein, 16 bis 18 Stunden am Tag zu fahren.

Um den Aufsichtsbehörden keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben, werden die Karten im Fahrtenschreiber während der Fahrt ausgewechselt.

Diese eigentlich ausreichende Fahrlässigkeit wird durch weitere Verstöße gegen Sicherheitsmaßnahmen verschärft. Fahrzeuge mit einem maximalen Beladungsgewicht von 32 Tonnen werden häufig mit 36 bis 37 Tonnen überladen. Dadurch verlängern sich Bremswege. Einem Spediteur in Hamburg wurde in über 100 Fällen Überladung nachgewiesen. Ein anderer hatte sich nie darum gekümmert, daß gefährliches Flugbenzin von 6 bis 21 Uhr nicht durch den Elbtunnel gefahren werden darf. Irgendwann wurde er erwischt — was selten vorkommt — und zahlte 40.000 DM Strafe.

Hin und wieder kaufen Spediteure billig uralte Tankwagen aus den ausgesonderten Beständen der Konzerne. Es sei dabei vorgekommen, berichtete ein Kollege, daß die Fahrzeuge mit gefälschten TÜV-Marken ihren Besitzer wechselten, weil keine Hoffnung mehr bestanden habe, die Schrottkisten durch die TÜV-Überprüfung zu bringen.

Grund für die daraus entstehenden Gefährdungen aller beteiligten und unbeteiligten Menschen ist der starke Druck der Auftraggeber — meist große Konzerne — auf die Preise der Spediteure und der Konkurrenzkampf der Spediteure untereinander.

Die Konzerne suchen sich über Ausschreibungen den am billigsten anbietenden Spediteur aus. Die Spediteure rechnen ab, nach einem vom Dachverband festgelegten Tarif, den Güternahverkehrstarif. Im Angebot dürfen die Spediteure bis zu 30% unter den Tarif gehen und mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde bis zu 40%. 40% Nachlaß auf den eigentlichen Tarif ist jedoch der Normalfall, weil sonst der Konkurrent den Auftrag erhält. Die Konzerne zahlen nicht mehr. Um ihre eigenen Profite dann noch zu sichern, sind die Spediteure gezwungen, Arbeitszeitordnungen über Bord zu werfen, die Fahrzeuge zu überladen, Schrottkisten auf die Straße zu lassen, Sicherheitsbestimmungen zu mißachten und schließlich so geringe Löhne zu zahlen, daß Fahrer sich zu 16 Stunden Fahrtzeiten bereit erklären. Übermüdungen am Steuer sind die Regel.

Die Konzerne machen sich offiziell keines Vergehens schuldig. Sie lassen sich einen Preis nennen und wissen angeblich nicht, unter welchen Bedingungen der Preis zustande kommt. Die Texaco will sich des Fuhrparks entledigen, um sich diese Bedingungen einzukaufen. Sie selbst hat Schwierigkeiten, solche Zustände gegen Betriebsrat, Kollegen und Tarifverträge durchzusetzen. Ein Betriebsratskollege rief, nachdem er von diesen Umständen wußte, in der Hamburger Aufsichtsbehörde an. Der Kollege fragte, falls die Aufsichtsbehörden in Hamburg morgen alle Arbeitszeiten bei Spediteuren, Beladungen etc. prüften und untersagten, ob dann nicht die Spediteure mit dem Hut in der Hand bei den Konzernen um höhere Tarife betteln müßten. Die Antwort des Aufsichtsangestellten war: *,,Dem möchte ich nicht widersprechen.''*

Der Betriebsrat Hamburg lehnt die Auflösung des Fuhrparks ab und diskutiert, wie er mit weiteren Beweismitteln an die Öffentlichkeit gehen kann.

Betriebszelle Texaco

IG-Chemie-Presse lügt

In einem Artikel in der IG Chemie-Zeitung ,,Gewerkschaftspost'' Nr. 8/1978 lancierte der Gewerkschaftssekretär Gerhard R. Falschmeldungen über das Eingreifen des Texaco-Betriebsrates in der Hauptverwaltung. Der von DAG, IG Chemie und ausgeschlossenen oppositionellen Gewerkschaftern besetzte Betriebsrat unterscheidet sich sehr deutlich von den anderen DGB-beherrschten Betriebsräten durch sein klassenkämpferisches Handeln.

Unter der Überschrift ,,Ölmulti mißachtet Gesetze'' schreibt der Sekretär — sich allen Wahrheiten widersetzend — :*,,Auch der Betriebsrat, mehrheitlich besetzt von DAG und einer sogenannten Betriebsgruppe, steht der Unternehmerwillkür hilflos gegenüber. Schlimmer noch, er geht ahnungslos und sich unbeteiligt fühlend in den Urlaub und steht somit den Betroffenen zu schwierigen Sozialplanverhandlungen nicht zur Verfügung. Die IG Chemie-Vertrauensleute forderten deshalb den Betriebsrat auf, in der Urlaubszeit einen Präsenzplan zu erstellen, denn es ist wohl eine Illussion zu glauben, daß der Arbeitgeber seine Rationalisierungsbemühungen in der Urlaubszeit einstellen würde ...''*

Wir gehen nicht davon aus, daß diese Falschmeldungen ein kleiner Irrtum sind, denn der IG Chemie ist sehr wohl bekannt, daß der Hamburger Betriebsrat der Texaco die letzten Rechte ausschöpft und die Kollegen auch in der Urlaubsperiode nicht allein läßt. Genauso ist der Gewerkschaftsführung bestens bekannt, daß sie mit solchem Unsinn bei den Kollegen der Texaco-Hauptverwaltung und in Hamburg-Wilhelmsburg nicht landen kann. Offensichtlich riskierte sie einen Reinfall in der Texaco, um 500.000 Gewerkschaftspostlesern bundesweit den Eindruck zu vermitteln, als sei die Gewerkschaftsopposition an Entlassungen Schuld.

Der Reinfall der IG Chemie bei der Texaco selbst war nennenswert:

Als erstes reagierte die gewerkschaftsoppositionelle Betriebsgruppe mit einem offenen Brief an den Autor. U.a. schreibt sie:

,,Lieber Gerhard,

1. ist die Urlaubsplanung sicher überhaupt nicht der Grund, weshalb der Unternehmer willkürlich seit 1972 2.000 Arbeitsplätze vernichtet hat. Die 2.000 Arbeitsplätze wären auch weggewesen, wenn in diesen 6 Jahren kein Betriebsratsmitglied Urlaub gemacht hätte. Da steckt wohl doch noch ein wenig mehr hinter. Z.B. die Bereitschaft aller, um Arbeitsplätze zu kämpfen, oder die Vorschläge der Gewerkschaft, die sich auf Lohnverzicht erschöpfen oder die Machtverhältnisse, denen Gesetze entspringen, die uns Betriebsräten nicht mehr Rechte einräumen, als an der sozialen Auswahl herumzudoktern.

2. halten wir es für einen untauglichen Versuch, mit der Unternehmerwillkür fertig zu werden, indem Du einige Betriebsräte aus einem doch ziemlich geschlossen handelnden Betriebsratskörper für einige Auswirkungen verantwortlich machst ...

Wir finden es ziemlich mißglückt, die eigene Perspektivlosigkeit hinter einem Angriff auf einen Betriebsrat zu verbergen, der bekannt ist dafür, die letzten Rechte auszuschöpfen, um Arbeitsplätze zu erhalten; bis zur Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes, bis zur strengen Ermahnung wegen Geschäftsschädigung eines anderen Mitgliedes, bis zur ständigen Ermahnung der Geschäftsleitung, der Betriebsrat möge mit ihr vertrauensvoll zusammenarbeiten usw. Vielleicht solltest Du Dich als Gewerkschaftssekretär hinter uns gegen diese Angriffe stellen.''

Die Vertrauenskörper der IG Chemie in der Hauptverwaltung und in Wilhelmsburg stellten sich an die Seite dieser Kritik und forderten den Sekretär auf, seinen Unsinn richtigzustellen. Die DAG veröffentlichte gleichzeitig den Urlaubsplan des Betriebsrates, der so arg den Angriffen des Gewerkschaftssekretärs ausgesetzt war.

Ergebnis: Zu der Zeit waren ganze drei Betriebsratsmitglieder im Urlaub, davon gehörten zwei der IG Chemie an und einer der DAG. Von einem Alleinlassen der Kollegen konnte also kaum die Rede sein, schon gar nicht in Verbindung mit der Betriebsgruppe.

Der letzte Akt in der Texaco lag dann darin, daß der Gewerkschaftssekretär sich bei den Betriebsräten entschuldigte. Er schrieb: *,,Ich bedaure diese unkorrekte Recherche und bitte Euch um Entschuldigung. Gleichzeitig hoffe ich, daß dadurch die Zusammenarbeit zwischen der IG Chemie und dem Betriebsrat der Deutschen Texaco AG, Hauptverwaltung, nicht unnötig belastet worden ist.''*

Uns reicht die Entschuldigung gegenüber den Betriebsräten und der Aushang dieser Entschuldigung bei der Texaco nicht. Immerhin wurde ein völlig falscher Eindruck bei etwa 500.000 Lesern der Gewerkschaftspost hinterlassen. Auf die Idee, einen Widerruf in die Gewerkschaftspost zu setzen, ist offenbar bewußt keiner gekommen, um den Eindruck überregional zu belassen. Wir nutzen deshalb auch die Möglichkeit, mit diesem Arbeiterkampfartikel eine Richtigstellung zu verbreiten.

Betriebszelle Texaco

Reifenarbeiter streiken

Michelin/Karlsruhe

In dem Karlsruher Michelin Reifenwerk legten am 30.8.78 1.500 Kollegen (500 pro Schicht) die Arbeit nieder. Am 29.8. war bekannt geworden, daß der Eigenkostenanteil an den Busfahrten um fast 100% erhöht werden soll. Gleichzeitig plante die Geschäftsleitung die freiwillig gewährten Zulagen auf die Tariferhöhungen anzurechnen. D.h.: Die Nachtschichtprämie soll wegfallen, die normale Schichtprämie wird von 40% auf 25% gekürzt werden. Dazu soll am Samstag die Spät- und Nachtschicht eingeführt werden.

70 Reifenwickler nahmen deshalb nach der Frühstückspause die Arbeit nicht mehr auf. Sie wurden daraufhin aus dem Werk verwiesen. Sie informierten auf den Busparkplätzen die Spätschicht. Die Spätschicht geht gar nicht erst ins Werk. Auch die Nachtschicht schließt sich ihnen an. Die Produktion steht still.

Ein weiterer Aspekt bei dem Streik waren die bereits ausgesprochenen fristlosen Kündigungen gegen den Betriebsratsvorsitzenden Helmut Christ und die Betriebsräte Manfred Grether und Jean-Paul Limmacher, sowie zwei Vertrauensleute. Am Freitag, 2 Tage später, stand die Streikfront noch immer.

Übers Wochenende verhandelte die IG Chemie (Werner Vitt vom Hauptvorstand) mit der Geschäftsleitung. Der ,,Kompromiß'' lautete: Sofortige Wiederaufnahme der Arbeit, dafür keine Repressalien von Seiten der Geschäftsleitung gegen die Streikenden. D.h. das Streikziel ist erst mal außen vor.

Am Montagfrüh fand eine Streikversammlung außerhalb des Werkes statt. Die IG Chemie forderte die Kollegen auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie schaffte es mit der Ankündigung einer Betriebsversammlung für die Frühschicht, die Kollegen wieder ins Werk zu bekommen. Ob es ihnen gelungen ist, den berechtigten Kampf der Kollegen völlig abzuwürgen, bleibt abzuwarten.

Dunlop/Hanau

In dem Hanauer Dunlopwerk traten am 21.7.78 ca. 70, meist türkische Kollegen in den Streik. Der Kampf richtete sich gegen die Erhöhung der Bandgeschwindigkeit und die schlechte Entlohnung. Die Bandgeschwindigkeit war von 16 auf 20 Touren erhöht worden. Die Kollegen legten der Geschäftsleitung folgende Forderung vor: ,,Entweder 3 DM Stundenlohn mehr (DM 13,08 statt 10,08) oder Rückschaltung der Bandgeschwindigkeit auf 16 Touren!'' Die Antwort der Geschäftsleitung: Rückschaltung auf 16 Touren, bei gleichzeitiger Kürzung des Lohnes, bei Maschinenarbeitern um 1,80 DM, bei Bandarbeitern um 1,30 DM.

Die Antwort der Kollegen war der Streik, der Freitag früh begann. Um ca. 10 Uhr wurden dann Zettel an die Kollegen verteilt, in dem sie schriftlich erklären sollten, ob sie die Arbeit wiederaufnehmen. Keiner unterschrieb so ein Blatt. Kurz darauf war dann Polizei auf dem Werksgelände. Die Spätschicht schließt sich der Forderung an. Gewerkschaft und Lokalpresse schweigen den Streik tot.

Am Dienstag beschlossen dann die Kollegen, den Streik abzubrechen, da es zu keinen Solidaritätsaktionen in den anderen Abteilungen gekommen war. Resultat: Es bleibt bei der erhöhten Bandgeschwindigkeit, aber die Kollegen bekommen eine um 16 Pfennige erhöhte Erschwerniszulage zugestanden.

Chemiekommission
KB / Gruppe Hamburg

Belgien: Generalstreik der Erdölindustrie

Die etwa 5.000 Arbeiter in Belgiens Ölraffinerien, Lägern und Fuhrparks streiken. Der Streik legt die Raffinerien und Versorgungseinrichtungen aller Mineralölkonzerne still. Der Generalstreik wurde ausgerufen aus Solidarität mit 256 Kollegen, die eine geschlossene Raffinerie des Ölkonzerns Occidental besetzt halten. Die belgischen Arbeiter praktizieren mit diesem Streik in der europäischen Mineralölindustrie eine neue Kampfqualität gegen die Rationalisierungen in diesem Industriezweig.

Die Occidental Petroleum Corporation schloß die Raffinerie Belge des Petroles (R.B.P.), um die Produktion kostensparender nach Polen und in die Sowjetunion (eine gewerkschaftsinterne Information — d. Red.) zu verlegen. Die 256 Arbeiter der R.B.P. wurden entlassen, ohne mit den Gewerkschaften über eine Arbeitsplatzsicherung der Kollegen, u.a. durch eine Weiterbeschäftigung in anderen Raffinerien, zu verhandeln. Die Arbeiter besetzten daraufhin die Gebäude der Raffinerie. Die Besetzung läuft seit dem 4. September. Die Gewerkschaften verlangten im Rahmen einer Konvention über Arbeitsplatzsicherung, die Kollegen in anderen Raffinerien weiter zu beschäftigen. Darüberhinaus sollten in anderen Raffinerien neue Arbeitsplätze geschaffen werden durch die Einführung einer 38-Stunden-Woche für alle Arbeiter der belgischen Mineralölindustrie.

Die in der belgischen Ölföderation zusammengeschlossenen Ölkapitalisten lehnten jede Verhandlung ab und hielten auch eine in Belgien beschlossene „Schonfrist" von drei Monaten bei Betriebsstillegungen nicht ein. Als Scheinargument benutzten sie den drohenden Streik. Dadurch würden sie in der Verhandlung unzulässig unter Druck gesetzt. Die Rechnung, damit vorerst einen Streik zu umgehen, ging nicht auf. Das Abbrechen der Verhandlung wurde Auslöser der Streikwelle in allen Ölverarbeitungs- und Versorgungsanlagen Belgiens.

In einer Abstimmung beschlossen 85% der Arbeiter aus Solidarität mit den 256 Raffineriebesetzern unbefristet zu streiken. Eine Ausnahme machten die Arbeiter der Brennstoffhändler, so daß die Brennstoffversorgung der Haushalte sichergestellt ist. An den Tankstellen wird das Benzin angeblich knapp, weil viele Spediteure kein Risiko eingehen wollen und deshalb Treibstoffe auf Vorrat kaufen. Insgesamt reichen die Vorräte an Mineralölprodukten einige Zeit, weil in Belgien im Rahmen eines Bevorratungsgesetzes wie auch in der Bundesrepublik Krisenreserven für die Überbrückung von mindestens drei Monaten eingelagert werden müssen.

Der Streik dauert seit dem 8. September in den Versorgungseinrichtungen und seit dem 11. September in den Raffinerien an.

Die belgischen Arbeiter befürchten, daß ihr Streik durch Mineralöllieferungen aus der Bundesrepublik oder den Niederlanden unterlaufen werden soll und rufen zu Solidaritätsaktionen in anderen Ländern auf. *„Inzwischen wird Benzin in großen Mengen aus dem benachbarten Ausland, namentlich aus den Niederlanden, nach Belgien eingeführt"* („Frankfurter Rundschau" vom 13. 9.78).

Auch in der Texaco-Raffinerie Heide wurde der Durchsatz seit dem Streik in Belgien merklich erhöht. Die Conoco Deutschland arbeitet ebenfalls verstärkt für Belgien.

Die Taktik der Ölmultis, durch gegenseitige Lieferhilfen bestreikte Gesellschaften zu unterstützen, ist nicht neu. Schon 1971 im Streik der Texaco-Arbeiter halfen andere Ölkonzerne über Mengentauschabkommen aus. Die Wirkung des Generalstreiks in der belgischen Mineralölindustrie hängt mit davon ab, ob Mengeneinfuhren aus anderen Ländern verhindert werden können.

Nach Informationen aus der „Frankfurter Rundschau" erwägen die niederländischen Gewerkschaftsverbände Solidaritätsaktionen im Rotterdamer Industriegebiet, um zu verhindern, daß niederländische Konzerne das Loch stopfen. Uns wurde bekannt, daß auch die Tankwagenfahrer in den Niederlanden diskutieren, ob sie Fahrten nach Belgien bestreiken.

Solidaritätsaktionen von der IG Chemie als die in der BRD zuständige Gewerkschaft sind uns nicht bekannt

Als erster reagierte der Betriebsrat Hamburg der Texaco. Er solidarisierte sich in einer Erklärung mit den streikenden Arbeitern in Belgien, hing die Erklärung im betrieblichen Aushangkasten aus und versandte sie an alle Betriebsräte der Mineralölindustrie. In der Erklärung an die Besetzer der Raffinerie in Antwerpen und den 5.000 streikenden Arbeitern heißt es: *„Wir halten Euren Schritt nach unseren bisherigen Erfahrungen für die geeignetste Form, die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu verhindern. Besondere Bedeutung gewinnt Euer Streik durch die solidarische Aktion der 5.000 Kollegen."*

Betriebszelle Texaco

ÖTV

Lufthansa Hamburg — Betriebsratsvorsitzender zurückgetreten!

Auf der Betriebsratssitzung am 14.9.1978 ist der Betriebsratsvorsitzende der DLH Hamburg von seinen Ämtern zurückgetreten. Innerhalb von drei Jahren ist zum zweiten Mal ein „Extrageld-Skandal" im Zusammenhang mit ihm an die Betriebsöffentlichkeit gekommen. Während er vor drei Jahren, im August '75, noch von seinen ÖTV-Listenfreunden in Schutz genommen wurde, ließen sie ihn jetzt fallen.

1975 wurde durch die „Bild" bekannt, daß der BR-Vorsitzende Dollinger neben seinem Grundgehalt (Vorarbeiterlohn) eine 1000-DM-„Ausgleichszulage" erhielt. Der zuständige ÖTV-Bereichssekretär erklärte seinerzeit, *„die Sonderzahlung ist für entgangenen Aufstieg, er wäre, wenn nicht im Betriebsrat, heute schon Abteilungsleiter"* („Bild", 12.8.75).

Die Debatte um Dollingers „Ausgleichszulage" mündete damals in einen Arbeitsgerichtbeschluß, der festlegte, daß über Zahlungen an freigestellte BR-Mitglieder eine Betriebsvereinbarung gemacht werden sollte. 1976 wurde diese Betriebsvereinbarung abgeschlossen, in der es u.a. hieß, daß die Gehälter der Freigestellten jährlich überprüft werden sollten. Aber nichts änderte sich: Gesamtbetriebsratsvorsitzender Dollinger bezog weiterhin die 1.000 DM. Inzwischen stieg auch Dollingers Grundgehalt von der Lohngruppe 9 auf die Lohngruppe 12. Die Mitglieder des Personalausschusses, die normalerweise über Umgruppierungen informiert werden, erklärten, daß ihnen dieser Lohngruppensprung, der bei der Lufthansa nicht alltäglich ist, nie bekannt gemacht wurde. Auch seien sie „offiziell" von der Fortzahlung der 1.000 DM „Ausgleichszulage" nie unterrichtet worden. Jedoch können die Personalausschußmitglieder, die in vorderster Reihe an Dollingers Sturz beteiligt waren und ihn 1975 für das Geld verteidigten, nicht leugnen, daß sie zumindest „inoffiziell" davon wußten. So z.B. wurde über das Geld erst vor drei Monaten im Betrieb diskutiert, als gegen ein neugewähltes BR-Mitglied ein Gewerkschaftsausschlußantrag gestellt wurde. Bei diesem Antrag wurde ihm u.a. vorgeworfen, daß er sich gewerkschaftsschädigend verhalten hätte, weil er über Dollingers „Extrageld" öffentlich geredet hatte!

Anfang August '78 sollte Dollingers „Ausgleichszulage" nun auf 1.600 DM erhöht werden. Daraufhin wurde Dollinger von vier Personalausschußmitgliedern angesprochen. Nach dieser Diskussion verzichtete Dollinger bei der Personalleitung auf die 600 DM Erhöhung. Dann glaubte er, die Angelegenheit sei erledigt. Doch er hatte sich getäuscht.

Inzwischen hatten Dollingers ehemalige Listenfreunde im Betrieb selbst eine Gerüchteküche entfacht, so daß im Betrieb viele schon vor Dollinger selbst von dem Sturz wußten.

Am 5.9. fand dann eine Fraktionssitzung der „ÖTV-Arbeiterliste" (Dollinger und seine Listenfreunde) statt, auf der ihm mit 10:3 Stimmen das Vertrauen entzogen wurde.

Ein paar Tage später wurde dann erstmals eine öffentliche Sitzung, eine ÖTV-Vertrauensleutesitzung, einberufen. Mehrere Kollegen warfen den Spitzenkandidaten der ÖTV, die Dollinger jetzt stürzten, vor, warum sie es nicht schon vorher taten und ihn noch vor drei Monaten als „Wahllokomotive" für die „ÖTV-Liste" bei der BR-Wahl benutzten.

Die Ausreden von Dollingers ehemaligen Listenfreunden darauf konnten kaum jemand überzeugen.

Debatte um BR-Neuwahl

Da die Vorgänge um Dollinger von den maßgeblichen BR-Mitgliedern lange gedeckt wurden, entstand bei vielen Kollegen im Betrieb die Forderung nach Rücktritt und Neuwahl des Betriebsrates. Es entstanden spontane Unterschriftenlisten und auf der letzten BR-Sitzung am 14.9. stellten die oppositionellen BR-Mitglieder den Antrag, die Auflösung des BR auf die Tagesordnun zu setzen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Auf dieser BR-Sitzung zog Dollinger seinen Rücktritt vor. Auf der Tagesordnung standen seine Abwahl als BR-Vorsitzender sowie Abwahl seiner Freistellung.

Es ist zu erwarten, daß die Debatte um Konsequenzen aus diesem Skandal, wie Kontrolle der Freigestellten und Neuwahl, im Betrieb so schnell nicht verstummt.

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

BR-Wahlanfechtung bei der DLH-Frankfurt

Die Betriebsratswahl im Frühjahr '78 bei der Deutschen Lufthansa in Frankfurt ist angefochten worden. Im Oktober wird das Arbeitsgericht Frankfurt entscheiden, ob die Wahl wiederholt werden muß. Der Spitzenkandidat der ÖTV-Liste, gleichzeitig Mitglied des Wahlvorstandes (?!), hatte in der Nacht vom 27. auf den 28. April dieses Jahres eine *„nicht ordnungsgemäß verschlossene Wahlurne mitsamt Stimmkarten aus dem Wahllokal entfernt"* („FR", 31.8.). Dieser Spitzenkandidat hatte nicht nur die Wahlurne „entfernt", sondern sogar mit nach Hause genommen. Nach Darstellung des SPD-„Vorwärts" hatte er jedoch den „Irrtum" schnell bemerkt und sofort den Wahlvorstand benachrichtigt.

Die ÖTV behauptet, die Urne wäre verschlossen gewesen und die Schlüssel für die Wahlurnenschlösser beim Werkschutz deponiert gewesen. Der Spitzenkandidat hat sich anschließend lediglich in einem Rundschreiben an alle Beschäftigen des Bodenpersonals (ca. 6.000) dafür *„entschuldigt und sein Vergehen als ‚Irrtum' erklärt"* („FR", 31.8.).

Er habe gedacht, die Urne sei leer und er wollte sie am nächsten Morgen pünktlich aufstellen.

Die Konstellationen, daß Gewerkschaftsspitzenkandidaten gleichzeitig im Wahlvorstand sind, wie bei der DLH Frankfurt, sind immer häufiger zu beobachten. Auch bei der DLH Hamburg besetzten die Spitzenkandidaten der ÖTV-Listen den Wahlvorstand. Vorschläge von fortschrittlichen Kollegen dort, daß der Wahlvorstand mit Kollegen besetzt werden sollte, die nicht selbst kandidieren, wurden von den ÖTV-Betriebsräten empört zurückgewiesen. Angesichts der Häufungen von Wahlanfechtungen sollte der Besetzung von Wahlvorständen bei kommenden Wahlen von oppositionellen Kollegen mehr Beachtung geschenkt werden.

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Erste „(Er)folge" der Mitbestimmung bei der IG-Chemie

Der Chef des Veba-Konzerns Rudolf von Bennigsen-Förder vermeldete einen Erfolg der Mitbestimmung: Ein *„beachtliches Beispiel für das reibungslose Funktionieren der Arbeitnehmer-Mitbestimmung"* sei der einstimmige Beschluß des Aufsichtsrats der Veba-Glas GmbH, *„alle Lohn- und Gehaltsentgelte vom Vorstand bis zum ungelernten Mann"* zu reduzieren („Frankfurter Allgemeine Zeitung" [FAZ] — 9.8.78).

Die IG Chemie, die diesen Beschluß voll mit getragen hat, sah sich genötigt, zu dieser Aussage eine Richtigstellung abzugeben, denn es werden keine Tariferhöhungen rückgängig gemacht, sondern Unternehmensleitung und Gesamtbetriebsrat hätten vielmehr Betriebsvereinbarungen revidiert, die in der Hohlglasindustrie sowieso nicht üblich seien (dazu gehört Kohledeputat und übertarifliche Entgeltsbestandteile). Die IG Chemie gibt zu, daß dadurch die Tariferhöhung des Jahres 1977 „indirekt" gemindert wurde. Mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung stimmten die IG Chemie-Vertreter im Aufsichtsrat dann auch einem „Renditeprogramm" des Vorstandes zu, das die „Lebensfähigkeit des Unternehmens zu erhalten" sucht. Bestandteil dieses „Programms" ist die Anpassung der Effektivverdienste an das Niveau der anderen Hohlglasfirmen, was eine Lohnsenkung bedeutet. *„... unter diesen Sachzwängen hatte der Betriebsrat im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung gegenüber den Beschäftigten die entscheidenden Beschlüsse zu fassen"* heißt es weiter in der IG Chemie-Mitteilung („FAZ", 15.8.78).

Das Verhalten der IG Chemie bei Veba wird von den Kapitalisten und ihren Vertretern allseits gelobt. Beispiel dafür mag der Auszug eines Kommentars der „FAZ" sein.

„... Veba-Glas mag nur ein kleines, erstes Beispiel dafür sein, wie schwer sich die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten tun werden, hier der Vernunft und betrieblicher Notwendigkeit den Vorzug vor Parolen und Ideologien zu geben, dies dann aber auch draußen verständlich zu machen. Vor allem die ‚Linken' in den Gewerkschaften und außerhalb dürften hier einen guten Ansatzpunkt sehen, Vernunft der Arbeitnehmervertreter gleich als ‚Interessenverrat' anzuprangern ..."

Hoffentlich werden noch viele solcher Anlässe bekannt ...

Chemiekommission
KB / Gruppe Hamburg



40 Seiten, Format A5, DM 2,–

Druck

Wer wird heute nicht abgehört?

In der Ausgabe 17/78 des Zentralorgans der DruPa befand sich ziemlich klein und versteckt eine kleine Meldung, die wir hier ganz zitieren wollen. Unter der Überschrift „Abgehört" hieß es: *„Plötzlich wurde das Telefongespräch unterbrochen. Ein Geräusch wie von einem zurücklaufenden Tonband war zu hören und dann auch noch Bruchstücke des gerade geführten Gesprächs. Dann war die normale Telefonverbindung wieder hergestellt. Das sind Beobachtungen, die ein Angestellter des Bauer-Verlages machte. Der Betriebsrat bat daraufhin die Geschäftsleitung umgehend dafür Sorge zu tragen, daß solche Praktiken, die ein Bruch des Telefongeheimnisses sind, unterbleiben. Die Geschäftsleitung teilte in einer Stellungnahme die Meinung des Betriebsrates und hat zugesagt, den Fall weiterverfolgen zu lassen und den Betriebsrat umgehend zu unterrichten."*

Soweit nun das Zitat aus dem Zentralorgan der DruPa. Wie nun zu hören ist, hat die Geschäftsleitung Strafantrag gegen Unbekannt gestellt und damit dürfte die Sache wohl vergessen sein.

Wer wurde abgehört ?

Allerdings ist hier nicht irgendein Angestellter abgehört worden, was schon schlimm genug ist und mal wieder beweisen würde, wie weit die Verhältnisse in der BRD schon gehen. Bei Nachforschungen ergab sich, daß der abgehörte Angestellte immerhin ein bekannter Betriebsrat beim Bauer Verlag ist. Doch nicht genug. Dieser Angestellte ist zufällig auch noch Ortsvereinsvorsitzender des größten und auch linkesten Ortsvereins der DruPa.

Bei diesen Hintergründen, die das Zentralorgan seinen Lesern verschweigt, ergeben sich nun eine ganze Reihe von Möglichkeiten, wer ein Interesse daran haben könnte, sein Telefon abzuhören und was mit diesen Informationen gemacht wird.

Betriebszelle Broschek
KB / Gruppe Hamburg

Die Austreibung der roten Farbe

Die in Essen beheimatete „Zeitungsgruppe WAZ" ist für viele fortschrittliche Gewerkschafter innerhalb der DruPa kein unbekannter Betrieb, da Verlagsmanager G. Grotkamp in dem Konzern für seinen Kampf gegen selbst nur gewerkschaftliches Denken bekannt ist. Diese Haltung hat ihm auch schon viele sehr kritische Artikel im Zentralorgan eingebracht.

So wurde jetzt durch das Zentralorgan der DruPa (Ausgabe 18/78) bekannt, daß *„den Betriebsräten schon vor längerer Zeit verboten wurde, ihre Rundbriefe und Aushänge auf rotem Papier drucken zu lassen. Und Redakteure hatten sich sagen lassen müssen, daß Spesenabrechnungen nicht anerkannt werden, sofern sie mit rotem Kugelschreiber ausgefüllt werden"*. Da Grotkamp letztlich überall „die Roten" wittert, ließ er sogar die roten Lettern über dem Eingangsportal des Verlagsgebäudes entfernen und durch eine andere Farbe ersetzen.

Als sein verbissener Kampf gegen die rote Farbe im Betrieb nun mittels Zentralorgan bundesweit bekannt wurde, sah der Verlagsmanager gänzlich rot und was kümmert ihn das Recht auf Information und Koalitionsfreiheit, wenn es im Kampf gegen die rote Farbe geht. Ließ er doch das betriebliche Verteilen des Zentralorgans der DruPa an gewerkschaftliche Mitglieder verbieten. Sogar *„gegen eine einstweilige Verfügung des Essener Arbeitsgerichts, die ihm* (dem Verlagsmanager) *unter Androhung von 10.000 DM Strafe dieses Verbot untersagte"* („UZ", 7.9.78) will er Berufung beim nächst höheren Arbeitsgericht einlegen.

Betriebszelle Broschek
KB / Gruppe Hamburg

GEW

Kampf gegen Besoldungskürzungen: Mit gebremsten Schaum

Hamburg: Voraussichtlich noch Ende September wird der Bundestag das 7. Besoldungserhöhungsgesetz beschliessen, das den Referendaren erhebliche Kürzungen ihrer Bezüge beschert (15,5% weniger Geld). Als kleinen Vorgeschmack hat der Bundestag Anfang Juli das 8.Besoldungsänderungsgesetz beschlossen, mit dem den Ländern die Möglichkeit gegeben wird, Referendaren, die durch die Prüfung gefallen sind, für die Zeit des verlängerten Vorbereitungsdienstes einen geringeren Betrag zu zahlen.

In der Hamburger GEW wurde vor den Sommerferien beschlossen, im September eine Vertrauensleuteversammlung einzuberufen, auf der über die eventuelle Einleitung einer Urabstimmung diskutiert werden sollte. Diese VV fand am 11.9. statt. Sowohl die recht schwache Beteiligung als auch die wenig vorher gelaufenen Diskussionen zeigen jedoch, daß man von Kampfmaßnahmen gegen die Kürzungen noch ein gutes Stück entfernt ist.

Neben der noch nachhaltenden Resignation über das Abwürgen des Warnstreiks durch den GEW-Bundesvorstand im vergangenen Jahr ist dies auch Resultat der Orientierung, mit der die GEW ihre diesjährige Besoldungsrunde gewürzt hat:

Es käme vor allem darauf an, eine „Aufklärungsaktion" zu starten und die Bundes- und Landtagsabgeordneten davon zu überzeugen, daß das 7. Besoldungserhöhungsgesetz *„nicht nur finanz-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch Unsinn ist, sondern auch gegenüber der Jugend gesellschaftspolitisch nicht verantwortet werden kann"* (GEW-Bund). Weiter heißt es in einem Flugblatt der Bundesorganisation:

„In allen Bundestagsfraktionen hat sie (die GEW, Anm. AK) *Abgeordnete, die die beabsichtigte Lösung als sozial ungerecht und sachlich wirkungslos, wenn nicht gar als gesellschaftspolitisch schädlich ansehen. Diese Auffassung muß nun in den Fraktionen ausgebreitet werden und dort vor allem die Meinungsmacher erreichen. Diese Informations- und Aufklärungsarbeit muß durch GEW-Aktionen unterstützt werden".*

Als zentrale Aktion ist für den 25.9. eine Kundgebung in der Bonner Stadthalle geplant.

Auf die Einsicht der Politiker hofft auch die linkssozialdemokratische Hamburger GEW-Führung:

„Die sozialliberale Koalition hat im Bundestag die Mehrheit und so sollte man annehmen können, daß die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten ihren Parteifreunden in den Ländern nicht in den Rücken fallen" orakelt der Vorsitzende Lemke in der Hamburger Lehrer-Zeitung. Er stützt sich darauf, daß das Gesetz im Bundesrat gegen die SPD-Stimmen verabschiedet wurde. Hierin mehr als ein parteitaktisches Manöver zu sehen, das die Durchsetzung der Kürzungen nicht behindert, bedarf schon einiger Ignoranz. Schließlich hatte der Bundestag (also die SPD-Mehrheit) im Juni 77 ein Gesetz verabschiedet, das den Referendaren einheitlich 1.063 DM Besoldung bescherte, was ebenfalls eine erhebliche Kürzung bedeutet (bis zu 200 DM). Dieses Gesetz war dann am Widerstand der CDU im Bundesrat gescheitert, die hinter der einheitlichen Bezahlung für Volksschul- und Gymnasialreferendare wahrscheinlich den Sozialismus witterte.

Die Orientierung auf Überzeugungsarbeit gegenüber den Parlamentariern, bzw. die hilflosen Jammereien Lemkes, daß die sozialdemokratischen Parlamentarier sich doch nicht gegenseitig in den Rücken fallen sollten, sind ein erheblicher politischer Rückschritt gegenüber der Orientierung, die während der Warnstreikdebatte im letzten Jahr ausgegeben wurde. Dort wurde dem Bundestag noch „erbitterter Widerstand" angekündigt und in dieser Richtung eine Mobilisierung der Kollegen betrieben.

Auf der anderen Seite braucht die linkssozialdemokratische Hamburger GEW-Führung eine gewisse Mobilisierung, um ihre Existenzberechtigung gegenüber Frister & Co. zu behalten.

So häufen sich moralische Appelle, wo die Mitglieder zu Aktivität aufgefordert werden. Auch wurde für den 25.9. in Hamburg eine eigene Protestveranstaltung angesetzt, die vom DGB prompt boykottiert wird.

In diesem Sinne ist auch die wohlwollende Haltung des GEW-Vorstandes gegenüber der Initiative der Referendare zu sehen, am 25.9. am Studienseminar vormittags eine Protestversammlung aufzuziehen. Auf der Vertrauensleuteversammlung am 11.9. war dies ein wesentlicher Diskussionspunkt. Der Vorschlag stieß auf den erbitterten Widerstand der DKP, die eine Vormittagsversammlung der Referendare nur wollte, wenn die Behörde dazu ihre Zustimmung gibt, da dies sonst eine zu große Gefährdung der Kollegen sei. In einer Kampfabstimmung wurde die DKP deutlich abgebürstet und beschlossen, daß die GEW eine solche Veranstaltung unterstützt und mit vorbereitet.

Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die breit vorhandene Resignation unter den Mitgliedern aufzubrechen. Es sollte darauf geachtet werden, daß die GEW-Führung sich hierbei nicht aus ihrer Verantwortung stiehlt.

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg

KURZMELDUNGEN

Unangekündigte Besuche zum „Kaffeetrinken" an niedersächsischen Schulen hat der niedersächsische Kultusminister Remmers angekündigt. Die Lehrer ahnen Böses. Und richtig, es geht Remmers natürlich nicht um den Kaffee, sondern er will „mal in die Klassenbücher schauen". Denn seiner Meinung nach würden diese von den Lehrern zu schlampig geführt und von den Schulleitern zu wenig kontrolliert. Später soll dann die Schulaufsicht systematisch die Klassenbücher einsehen.

•••

„Gefährliche Tendenzen in Schulbüchern" hat der CDU-Wirtschaftsrat entdeckt. Denn die CDU-ler haben in einer Untersuchung festgestellt, daß in Schulbüchern und selbstverfaßten Unterrichtsmaterialien „die soziale Marktwirtschaft und vor allem die Unternehmer madig gemacht" würden. Die Methoden, mit denen dies geschehe, seien oft raffiniert, denn die Bücher verzichteten häufig auf harte Polemik und ließen lieber „die Fakten" sprechen. Angst vor der Wahrheit oder nur der Anfang einer Säuberungskampagne?

Die höchste Form gewerkschaftlicher Betätigung

Kaum hatte Erich Frister das Info des GEW-Bezirksverbandes Frankfurt gelesen, griff er zur Feder, um dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Frankfurt seinen Unmut mitzuteilen:

„Auf den Seiten 18, 19, 20, 21 schreibt ein aus der GEW ausgeschlossener Autor. Dies ist eine gewerkschaftlich vorbildliche Aktion. Wird doch jedermann gezeigt, daß Beschlüsse von Organen in der GEW nichts gelten und daß sich volksverbundene Oberlehrer auch den Teufel um DGB-Beschlüsse scheren, weil doch die Demonstration der unverbrüchlichen Zusammenarbeit mit dem KBW und seinen Funktionären die höchste Form gewerkschaftlicher Betätigung darstellt".

Nun war dies nicht die einzige Reaktion auf den Beitrag des aus der GEW ausgeschlossenen Autors Klaus Knöss. Die Behörde reagierte mit der Einleitung eines Disziplinarverfahrens, nachdem sie ihm schon vor Monaten einen Verweis erteilt hatte, weil er sich im „Info" für das Streikrecht der Lehrer und gegen die Beamtengesetze ausgesprochen hatte

Die von Knöss im GEW-Info veröffentlichten Parolen „Abschaffung des besonderen Dienstrechts" und „Weg mit dem Beamtenrecht" gehörten dann auch zu den Begründungen, die Frister in seinem Gewerkschaftsausschlußschreiben an Knöss vorbrachte.

Man sieht wieder einmal: Für Gewerkschaftsführer dieses Schlages stellt die unverbrüchliche Zusammenarbeit mit der Behörde die höchste Form gewerkschaftlicher Betätigung dar.

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg

Anti-AKW-Plaketten noch immer verboten

Hamburg: Seit dem 8. Dezember 1977 ist das Tragen der Anti-AKW-Plakette für die Lehrer an Hamburgs Schulen offiziell verboten. 10 angestellte Kollegen haben dagegen geklagt und am 10. April 78 in einem aufsehenerregenden Urteil vom Arbeitsgericht Recht bekommen. Überrascht hatte dies Urteil vor allem deshalb, weil in einer Klage von verbeamteten Kollegen das Oberverwaltungsgericht gegen die Kollegen entschieden hatte. Daraufhin ging die Behörde in die Berufung. Am 13.9. war die Verhandlung.

Wieder begründete der Behördenanwalt das Verbot damit, daß die Plakette das Zurückhaltungsgebot der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst verletze (und die Schüler indoktriniere). Das Verbot sei eine „arbeitsnotwendige Anordnung." Die Kläger und ihre Verteidigung deckten vor allem widersprüchliche Argumentationen des Behördenschriftsatzes auf und Rechtsanwalt Maeffert zitierte einen Brief, in dem die Rechtsabteilung der Behörde das Tragen von „Politplaketten" bei Schülern für nicht so tragisch hält. Erstens hätte es keine große Werbewirksamkeit und zweitens wenn, dann ginge wohl das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung vor.

Solche Widersprüchlichkeiten wird hoffentlich das Gericht bei seinem Urteil zu würdigen wissen; denn — wie immer bei solch heiklen Sachen — gibt es erst eine Woche später, am 20. September eine Entscheidung. Ob diese Entscheidung jedoch Einfluß auf das noch anstehende Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht hat, ist mehr als fraglich.

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg

ausländische Arbeiter in der BRD

Massenabschiebungs-Aktion des Westberliner Senats

Am Mittwoch, den 13. September 78, wurden auf Betreiben des Westberliner Senats erneut 130 pakistanische Asylbewerber in ihre Heimat abgeschoben. Seit Mitte August ist das die siebte Massenabschiebung, die Zahl der auf diese Weise Abgeschobenen beträgt mittlerweile 814. Gleichzeitig wurden die täglichen Razzien durch Polizei und Sondereinheiten auf zwei von der DDR verwaltete S-Bahn-Stationen ausgedehnt. Diese sogenannten „Stichproben" sind von den Westalliierten formell genehmigt worden, von Seiten der DDR, von deren Flughafen Schönefeld die Pakistaner zumeist über den S-Bahn-Verbund einreisen, kam bisher kein Protest. Der stellvertretende Senatssprecher Henschel teilte am 23.8. der Presse mit, *„viele Ausländer kämen bereits mit vollständigen Asylanträgen in Westberlin an. Inzwischen ermittle die Staatsanwaltschaft gegen einige Rechtsanwälte wegen des Verdachts, das Asylrecht zu mißbrauchen"* („FR", 24.8.78).

Die pakistanischen Flüchtlinge, zumeist von Schleppern gegen horrende Bestechungsgelder hierher vermittelt, werden damit wieder in das Elend ihrer von den imperialistischen Staaten ausgebeuteten Heimat zurückgebracht. Vor Augen halten muß man sich dabei die seit Bestehen der BRD sehr großzügige Handhabung des Asylrechts gegenüber „Wirtschaftsflüchtlingen" aus den RGW-Staaten. Hier noch ein Zitat aus einem längeren Artikel von amnesty international und der Otto-Benecke-Stiftung: *„Kritiker erheben zu Recht den Vorwurf, daß das Pakistan-Problem hochgespielt worden sei. Der negativ gefärbten Diskussion über Flüchtlingsprobleme wird entgegengehalten, daß es ‚bei mehreren Millionen Flüchtlingen in der ganzen Welt ... eine Illusion wäre, die Wohlstandsinsel Bundesrepublik Deutschland vom Zuzug von Flüchtlingen freizuhalten oder durch Finanzhilfen an die UN freikaufen zu können'. Andere wirtschaftlich bedeutend schwächere Staaten als die Bundesrepublik sind von dem Flüchtlingsproblem weitaus stärker betroffen... Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, daß nicht so sehr die Tatsache der wirtschaftlich bedingten Asylanträge bestimmter Flüchtlingsgruppen ein Dorn im Auge ist, vielmehr unabhängig von der Asylmotivation allein das Problem größerer Flüchtlingsgruppen"* (FR, 24.8.78).

Wir meinen, daß die Maßnahmen gegen die pakistanischen „Wirtschaftsflüchtlinge" sich in das zur Zeit schärfere Vorgehen gegen alle ausländischen Arbeiter und Studenten einordnen läßt. Bemerkenswert ist dabei die Reaktion der deutschen Presse, selbst die Frankfurter Rundschau, die dieses Vorgehen als eine notwendige Maßnahme begrüßt bzw. hinnimmt. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, nationale Überheblichkeit haben hier eine traurige Tradition.

Ausländerkommission

Hamburg: »Graue Wölfe«-Veranstaltung verhindert

Die türkischen Faschisten, die auch in Hamburg zunehmend offener auftreten, – sie haben mittlerweile zwei offizielle Stadtteilbüros – hatten für Sonntag, den 10.9. zu einer Veranstaltung im Studentenwohnheim Gustav-Radbruch-Haus aufgerufen. Dieses Heim gehört der Gesellschaft „Freunde der Burse", in deren Vorstand sich auch Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff befindet. Anstaltslos hatte die Hamburger Burse-Verwaltung den großen Versammlungsraum des Studentenwohnheims den „Grauen Wölfen", Terrortruppe der türkischen MHP, zur Verfügung gestellt.

Der Heimrat (ein von den Heimbewohnern gewähltes Vertretungsgremium mit einigen Mitbestimmungsrechten) stellte sich jedoch quer. Er unternahm eine Reihe von Anstrengungen, das Faschistentreffen zu verhindern. In einer Resolution wurde die Burse-Verwaltung aufgefordert, die Veranstaltung abzusagen u.a. mit Hinweis auf den Blutmai 77 in Istanbul, bei dem die MHP-Faschisten mehrere Dutzend Menschen erschossen. *„In unserem Hause dulden wir die MHP-Faschisten nicht"* bekräftigte der Heimrat in seiner Resolution. Er rief alle Hamburger Antifaschisten zu Sonntag, einige Stunden vor Beginn der Faschistenveranstaltung, zu einer demokratischen Informationsveranstaltung über die Situation in der Türkei auf, die in eben dem später an die Faschisten vermieteten Raum stattfand.

Inzwischen hatte auch die Burse-Verwaltung gecheckt, daß sie mit ihrem „Demokratieverständnis" („Der Raum muß für alle Gruppen zur Verfügung stehen") auf Widerstand stieß und in letzter Minute die Veranstaltung abgesagt. Ein go-in des Heimrates in den Verwaltungsräumen wird das Seine dazu beigetragen haben, die Burse-Verwaltung „umzustimmen". Gegen 13.30 Uhr, als die Veranstaltung der etwa 300 Antifaschisten angelaufen war, tauchten etwa 20-30 „Graue-Wölfe"-Angehörige auf, nach Aussagen türkischer demokratischer Arbeiter, militante Schläger und mußten sehen, daß sie kräftemäßig den Antifaschisten nicht gewachsen waren. Dazu kam, daß die Burse-Verwaltung Polizeischutz vor den Heimtüren angefordert hatte und so die Faschisten kaum eine Chance hatten, den Raum zu „erobern". Sie zogen unverrichteter Dinge wieder ab. Das Fest und die politischen Informationen der ausländischen und westdeutschen Antifaschisten gingen bis in den Abend weiter. Es herrschte gute Siegesstimmung.

Ausländerkommission



frauen



Die Dressur der Frau

oder wie die Bourgeoisie eine neue Kampagne startet

Ganz offensichtlich hält die Bourgeoisie die bürgerliche Ehe für gefährdet und eine Rettungsaktion für erforderlich. In der gesamten Presse wird die »Ehemüdigkeit der Deutschen« beklagt und eine Flut von Artikeln beschäftigt sich mit sinkenden Heirats- und steigenden Scheidungsziffern. Dabei wird ganz besonders die Frauenemanzipation dafür verantwortlich gemacht, daß Ehe und Familie — als Grundlagen unserer Gesellschaft — für viele nicht mehr einziges Lebensziel sind.

»Immer mehr emanzipierte Frauen weigern sich [oder sind effektiv außerstande], innerhalb der Familie oder ... des Paares zuständig zu sein... für das Emotionale, für Wärme, Geborgenheit, Nachsicht«(»Spiegel« 25/78, S.65).

Neben der Folge, daß »die Deutschen« jetzt ein aussterbendes Volk sind, neben der sinkenden Geburtenrate, haben die »Emanzen« und ihr Gedankengut noch eines auf dem Gewissen — den »deutschen Mann«! *»Nie zuvor drängten sich so viele ratlose Männer in den Sprechstunden von Psychotherapeuten und Partnerberatungen. Gruppen verunsicherter Männer flüchten in Wohngemeinschaften, 'Softies' tragen demonstrativ den weichen, zärtlichen, anpassungsfähigen Freund und Ehemann der voll gleichberechtigten Frau zur Schau«* (»Hamb. Abendblatt«, 1.4.78).

Uns Frauen also fehlt die rechte Einstellung zu unserer Aufgabe als Partnerin des Mannes. Ein Grund, sie uns wieder nahe zu bringen!

Und so reiht sich nun ein Rezept ans andere: *»So fangen die Mädchen einen Junggesellen«* (»Hamburger Morgenpost«, 23.5.78); *»Die 12 Todsünden einer heiratswilligen Frau«* (»Mopo«, 3.1.78) bis zu *»Ist Ihre Ehe gut? Hier können Sie es prüfen«* (»Bild«, 10.1.78).

Die Dreistigkeit, mit der dabei ein Frauenbild reaktionärster Art als Ideal hingestellt wird, läßt einem das Lachen über die Plattheit mancher »Tips« im Halse stecken bleiben. Nach dem Motto »Steter Tropfen höhlt den Stein« werden damit täglich Millionen Frauen konfrontiert. Wie die Bourgeoisie mit ihrer Kampagne »Zurück zur alten Weiblichkeit« gezielt an tatsächlichen Problemen anknüpft, soll Inhalt dieses Artikels sein.

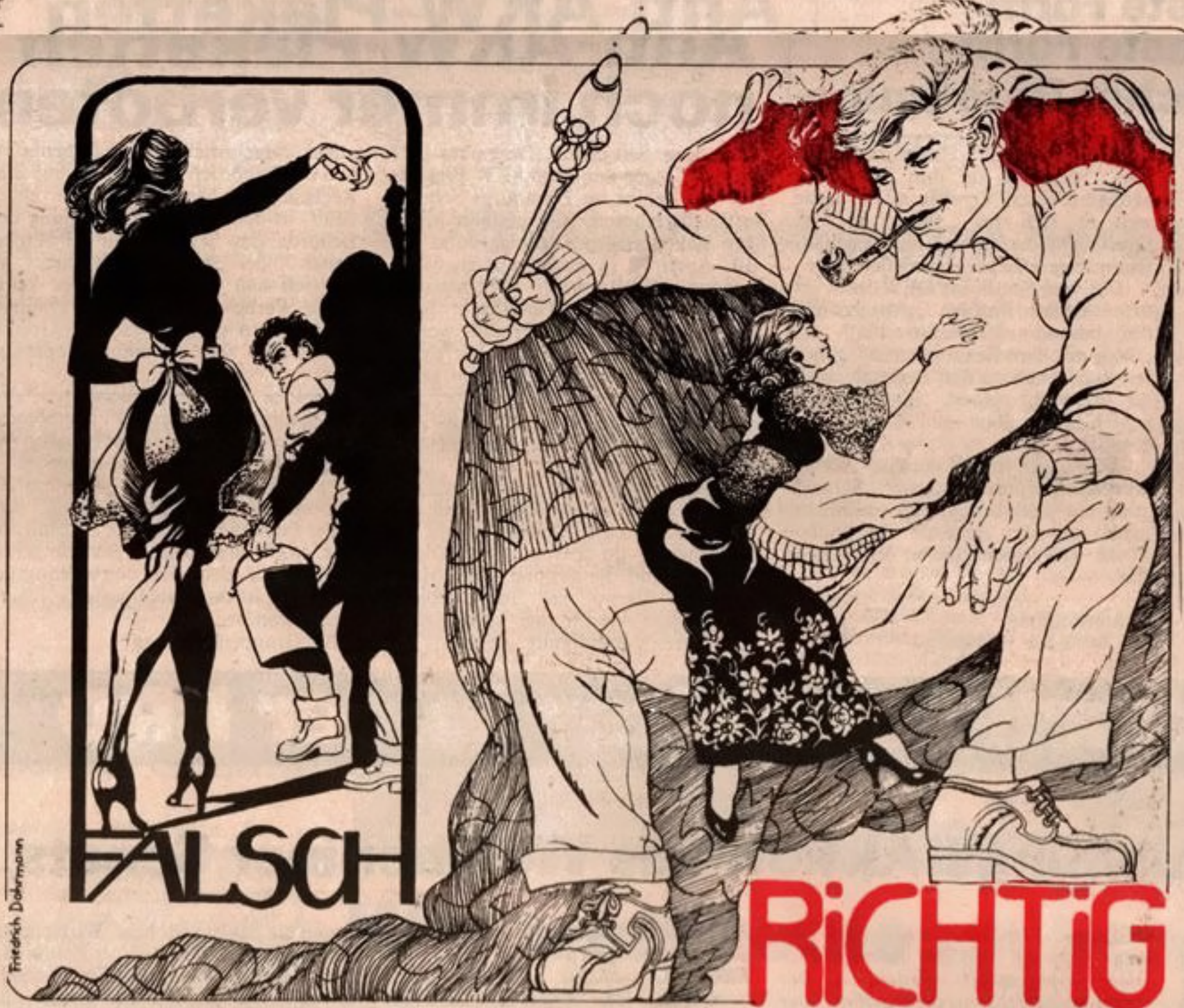
Das wichtigste im Leben einer Frau sei der Mann

Tatsächlich ist die Zahl der Eheschließungen zurückgegangen und die der Scheidungen gestiegen. Auf je 1.000 Einwohner der BRD kamen 1977 5,8 Eheschließungen und 1,75 Scheidungen, während es 1960 9,4 Heiraten und 0,88 Scheidungen waren (nach »Spiegel« 25/78) — und laut Statistik werden 75 Prozent der Scheidungsanträge von Frauen gestellt. Daß sich die Zahl der Eheschließungen um die Hälfte verringert hat, heißt natürlich nicht, daß die Mehrheit es damit ablehnt, in Paaren zusammenzuleben. Nur — der staatliche Segen wird nicht mehr für wichtig gehalten, eine Ehe wird nicht mehr mit der Vorstellung der Unauflöslichkeit verbunden. Man/frau ist nicht bereit, unter allen Umständen an einer einmal eingegangenen Ehe festzuhalten. Eine geschiedene Frau zu sein, bedeutet heute keinen gesellschaftlichen Makel mehr und wer gar nicht erst heiratet, spart die teure Scheidung!

Zusätzlich gibt es dann Erscheinungsformen wie die »Single-Bewegung« — die bewußte Entscheidung, allein leben zu wollen — und die Wohngemeinschaften, die sich beide als Alternativen zur herkömmlichen Ehe und Familie verstehen. Für viele Frauen ist aber nicht mehr — wie etwa noch vor zwei Generationen — eine lebenslang haltende Ehe die einzig mögliche Vorstellung. Daher ist wichtigster Teil der Kampagne, dem Ehemann wieder den ihm gebührenden Platz zukommen zu lassen: als der absolute Mittelpunkt eines Frauenlebens.

»Ein Mann will akzeptiert werden, wie er ist — genauso. Dieses vorbehaltlose Annehmen seiner selbst ist für ihn der Beweis, daß Sie ihn tatsächlich lieben«. »Ihr Mann braucht es, von Ihnen anerkannt zu werden, um dann selber dahin zu kommen, daß er Sie voll und ganz annimmt«. »Eine totale Frau geht auf die besonderen Vorlieben ihres Mannes ein, egal ob es sich um Salat, Sex oder Sport handelt. Sie läßt das Heim für ihn zu einem Hafen werden, den er jederzeit anlaufen kann. Sie gewährt ihm den unschätzbaren Luxus bedingungslosen Akzeptiertseins« (»Bild am Sonntag«, 19.2.78).

Fürwahr — das sind gänzlich neue Töne, weshalb in der »BamS« diese Serie auch mit *»das n e u e Ehe- und Liebesgefühl«* überschrieben wurde.



Und das Rezept, das uns Frauen nun das Glück bescheren soll, heißt schlicht: totale Aufgabe aller unserer Interessen und Erfüllung aller Wünsche des Mannes! Es gibt keine Situation, in der das lt. Lehrbuch nicht anwendbar wäre. Beispiel: *»Verweigern Sie Ihrem Mann auch d a n n nicht die Intimitäten, wenn er sich plump benimmt. Wahrscheinlich ist er ziemlich müde, wenn er am Abend nach Hause kommt und will liebevoll behandelt und etwas verhätschelt werden. Setzen Sie ihm etwas Leckeres zum Essen vor. Lindern Sie seine Frustration durch Ihre Hingabe. Zärtlichkeit tröstet einen Mann«* (»BamS«, 19.2.78).

Und weil natürlich die erste Reaktion jeder Leserin ungläubiges Staunen und Skepsis ist, weil die täglichen Erfahrungen in der eigenen Ehe diesen Weisheiten total widersprechen, werden auch die angeblichen Erfolgsmeldungen vorgezeigt. So wird geschildert, daß eine Frau jahrelang vergeblich ihren Mann zur freiwilligen Mithilfe im Haushalt zu bewegen versuchte. Erst als er sich ganz energisch das »ewige Nörgeln« verbeten hatte, die arme Frau ganz verschreckt dann nichts mehr zu sagen wagte und ihn in Ruhe ließ — da stellte sich der Erfolg ein. Jetzt nämlich trug er den Ascheimer freudig runter. *»Benörgelt zu werden ist für einen Mann schlimmer als bei lebendigem Leib stückweise aufgefressen zu werden«* (BamS«, 19.2.78).

Und munter ist ein schwieriger Ehefall nach dem anderen gelöst. Der Ehemann, der vor lauter Fußballspielen kaum noch weiß, wo er wohnt, gibt sein Hobby ganz überraschend von allein auf mit den Worten: *»Ich liebe Dich so sehr, daß ich mit dem Fußballspielen aufhören würde, wenn es Dein Wunsch ist«*. Selbstverständlich nur, weil sie sich total seiner Lebensweise angepaßt hatte.

Und damit keine falschen Gedanken aufkommen: *»Eine totale Frau ist keine Sklavin. Weil sie ihren Mann liebt, entschließt sie sich, sich ihm anzupassen, obwohl es ihr manchmal schwerfällt«* (»BamS«, 19.2.78).

Und für die Frau, die immer noch daran zweifelt, daß der Verzicht auf eigene Wünsche ihr die glückliche Ehe sichert, wird dann am lebenden Modell gezeigt, daß n u r s o der Traum in Erfüllung gehen kann. Für Charles Lindbergh, *»den baumlangen fanatischen Flieger«*, der seine Frau immer bei sich haben wollte, gab sie Musik und Literatur auf und lernte auch fliegen, *»damit sie ihn am Steuerknüppel ablösen konnte«* (»BamS«, 5.3.78) und der Reihe nach werden dann irgendwelche Ehepaare aus den Reihen der Bourgeoisie vorgestellt, bei denen es mit der 30jährigen Ehe nur deshalb so wunderbar geklappt habe, weil die Frau unter Verzicht auf ein eigenes Leben den Mann zum Zentrum ihres Lebens machte.

Uralte Kamellen — heute neu

»Mehr als eine Million lediger Frauen zwischen 18 und 50 werden niemals den Weg zum Traualtar gehen. Das haben Statistiker berechnet. Sie haben außerdem festgestellt, daß jede 4. Ehe scheitert und jede dritte Ehe nur noch wegen der Kinder aufrechterhalten wird. Damit Ihnen weder das eine noch das andere passiert, nehmen Sie sich folgendes zu Herzen:« ... In der »Mopo« vom 3.1.78 folgen dann zwölf Ratschläge wie : *»Schimpfen Sie nie über seine Familie«* und ähnliches. Wie annodunnemals wird davon geredet, daß eine Frau, die keinen *»abkriegt«*, als *»Mauerblümchen«* sitzenbleibt. *»Woran liegt es, daß manchen Mädchen die Männer weglaufen? Einige bringen es nicht einmal zu einem Freund«*, weiß »Bild« am 28.6.78 zu berichten. Dagegen hilft natürlich nur eins: jedes Mädchen muß darauf versessen sein, *»sich einen Junggesellen einzufangen«*. In der »Mopo« vom 23.5.78 gabs dazu die richtigen Tips.

Tja, die Frau in der »ewigweiblichen« Rolle als Verführerin. So war am 16.1.76 mit Bildern zu begutachten, wie Frauen *»ihre streßgeplagten Männer davon abhalten können, sich abends abgeschlafft hinterm Fernsehapparat zu verkriechen: mit einem verführerischen Bauchtanz«*.

Oder so:
»Nachdem die Kinder im Bett sind, stelle eine Kerze auf den Fußboden und verführe Deinen Mann unter dem Eßtisch«.

Oder so:
»Nimm ein Schaumbad kurz bevor er nach Hause kommt und empfange ihn an der Tür in einem erotischen Kostüm. Ein aufregendes neues Nachthemd und hochhackige Schuhe werden ihn wahrscheinlich auf Touren bringen« (nach »Die Zeit«, 25.3.77).

Das ist nicht allein eine lächerliche Vorstellung — mit Sicherheit werden viele Frauen die Probleme, die sie in ihren Beziehungen, in der Sexualität mit ihrem Ehemann oder Freund haben, tatsächlich dadurch zu beheben suchen, daß sie bei sich s e l b s t die Fehler suchen und meinen, s e l b s t nicht genug getan zu haben, um »attraktiv« zu sein etc.

So zeichnet sich insgesamt diese Kampagne dadurch aus, daß sie vor allem der Ablenkung von wichtigen Problemen dient. Wer sich täglich ernsthaft anstrengt, zu überlegen, mit welchen »heißen Dessous«, netten Abendessen usw. er seinen Ehemann abends »verführt«, der hat keine Aufmerksamkeit mehr für Politik und die Unterdrückung vor seiner Haustür.

Daß diese Flucht vor der Realität in einer Gesellschaft zunehmender Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Verelendung etc. gern angetreten wird, zeigt das Beispiel der USA, wo eine ähnliche Kampagne der Bourgeoisie schon eher zu beobachten war und auf breite Zustimmung bei vielen Frauen stößt.

Es laufen dort regelrechte Seminare, um die Frauen auf das reaktionäre Weltbild zu trimmen. *»Nach dem Morgan-Seminar fühlte ich mich nicht länger verpflichtet, mich ständig dafür zu entschuldigen, daß ich Hausfrau und Mutter bin. Heute wird einem doch nur gesagt, daß es normal sei, sich in der Rolle elend und ausgebeutet zu fühlen und daß es unnormal sei, gern Hausfrau und Mutter zu sein«*, soll eine Frau in einem Interview gesagt haben. Offensichtlich hat diese reaktionäre Strömung in den USA recht breite Unterstützung gefunden. *»Zulauf hat im Moment nur die Reaktion. Kurse über die wunderbare Weiblichkeit haben hunderttausende von Amerikanern besucht, eine Recht-auf-Leben-Bewegung, die das liberale Abtreibungsgesetz bekämpft, hat sich formiert und Phyllis Schlafly, Hausfrau aus dem Staat New York, hat mit ihrer Polemik gegen das Equal Rights Amendment nationale Berühmtheit erlangt«* (»Die Zeit«, 14/77).

Die Funktion, die die bürgerliche Ehe und die Frau in dieser Ehe hat, wird deutlich: Die Frau ist für die Reproduktion des Mannes da, damit er sich von ihr für die weitere Ausbeutung wieder aufpäppeln lassen kann. *»Sorgen Sie dafür, daß Ihr Mann sich wohl fühlt. Er leistet dann 30 bis 60 % mehr«*, und *»Achten Sie darauf, daß Ihr Mann seine Spannkraft erhält ...«* (»Mopo«, 23.5.78).

Diese Kampagnen, die dem Mann wieder zu dem IHM gebührenden Platz gegenüber Frau (und Kindern) verhelfen soll und die das in den letzten Jahrzehnten leicht angeknackte Patriarchat restaurieren soll, sollte nicht wegen ihrer scheinbaren Lächerlichkeit unterschätzt werden.

Denn sie kann auf objektiven Gegebenheiten aufbauen: Daß die Ehe wieder als wichtigstes Etappenziel im Leben einer Frau stabilisiert werden soll, ist nicht nur eine Frage der Ideologie und der Beeinflussung der öffentlichen Meinung in diesem Sinn. Es ist auch ein praktisches Problem, weil die realen Verhältnisse (Jugendarbeitslosigkeit bzw. Diskriminierung bei der Lehrstellensuche, wirtschaftliche Unsicherheit u.a.m.), immer stärker die Ehe wieder als einen gebotenen Schutz für die Frau erkennen lassen. Je klarer wieder wird, daß Frauen kaum eine Chance haben, einen halbwegs befriedigenden Beruf ausüben zu können, umso mehr kann es wieder als höchstes aller Ziele erscheinen, »nicht mehr arbeiten zu müssen«, indem frau sich »einen Mann angelt«, der sie »versorgt«.

Indessen: Die realen Verhältnisse haben auch dazu geführt, daß das edle Wild h e u t e schwerer einzufangen ist als beispielsweise noch vor fünfzig Jahren. Aufgrund der allgemeinen Lockerung der Sexual»moral«, Prestigeverlust der bürgerlichen Ehe usw. ist es für den Mann relativ leicht, auch o h n e Ehe sexuelle Befriedigung und eine Beziehung zu finden. Die Frau muß sich also mehr als früher einfallen lassen, wenn sie unter diesen Verhältnissen einen Mann »in den Ehehafen abschleppen« will. Mehr noch als früher hat der Mann auch Gelegenheit, aus der Ehe auszubrechen, namentlich in Form des »Seitensprungs«, für den die Voraussetzungen heute sicher günstiger sind als beispielsweise in den 50er Jahren. Will die Frau unter diesen Bedingungen und diesem Konkurrenzdruck ihren Mann »halten«, muß sie sich gleichfalls anstrengen und sich einiges einfallen lassen.

D a s ist der reale Boden, auf dem die Bourgeoisie heute »Tausend Tips« zur Unterwerfung der Frau unter die Bedürfnisse des Mannes zu propagieren versucht. Auch das ist Klassenkampf.

AG Frauen

KB/ Gruppe Hamburg

Frauen an der Schreibmaschine

Beispiel Texaco

Die Umstellung

In der Texaco-Hauptverwaltung Hamburg wurde vor etwa fünf Jahren Schluß gemacht mit Privatsekretärinnen für jedermann und zum großen Teil auch mit Abteilungssekretärinnen. Nur noch die höchsten Chefs behielten „ihre" Sekretärin für alles, was es an dienstlicher und undienstlicher Arbeit gibt. Fast 30 Frauen arbeiten seitdem in einem Schreibsaal. Sechsergruppen werden umrahmt von zwei Meter hohen Trennwänden. Sie schreiben jetzt für die Männer des ganzen Hauses. Viele Männer hatten Schwierigkeiten mit dieser Umstellung. Das Statussymbol „eigene Sekretärin" wurde ihnen weggenommen und die Schreibaufträge waren fortan anonym. Sie konnten sich nicht mehr so würdevoll in ihren Ledersessel zurücklehnen und sagen: „Fräulein Eggers, kommen Sie mal zum Diktat!", sondern mußten fortan ein Diktiergerät in die Finger nehmen und sprechen, zurückspulen, übersprechen, buchstabieren und das ganze auf den Postweg geben. Einige setzten sich selbst an die Schreibmaschine und tippten, weil sie mit der simplen Technik nicht fertig wurden oder weil keiner sagen konnte, ob das beschriebene Papier noch heute nachmittag oder erst morgen auf dem Postweg wieder zurückkam.

Außerdem überprüften die Frauen in der Textverarbeitung – die korrekte Bezeichnung für den Schreibpool – das Diktat; sie waren gar angehalten, Kritikzettel dem Diktat beizufügen, falls jemand nuschelig sprach, oder konnten auf dem Zettel ein Lob ankreuzen, falls einer der Herren es verstand, sich akzentuiert verständlich zu machen. Die Herren mußten auf unwürdige Diktantenlehrgänge. Statusgewohnte Männer witzelten verlegen, als sie unter Beobachtung in das Gerät sprechen oder das Gesprochene wiederholen mußten.

Die Geschäftsleitung setzte mit der Umstellung ein großes Rationalisierungsprogramm um. Nach dem alten Prinzip waren Chef und Sekretärin beim Diktat beide beansprucht. Jetzt kann der Chef diktieren und die Frau gleichzeitig in der Textverarbeitung tippen, weil sie nicht mehr dabei sitzen muß. Für die Frauen fielen Privatarbeiten wie Kaffeekochen und Einkaufen für den Chef weg. Weil die Privatarbeiten wegfielen, waren zehn Frauen überflüssig. Ihnen wurde gekündigt. Die anderen, die einen Job in der Textverarbeitung behielten, wurden zum Teil auf weniger Gehalt gesetzt. Sie mußten sich finanziell einschränken. Der Tarifver-
behielten, wurden zum Teil auf weniger Gehalt gesetzt. Sie mußten sich finanziell einschränken. Der Tarifver-
trag sieht nun mal höhere Gehälter für Chefsekretärinnen vor.

Unzufrieden waren eigentlich alle. Die Chefs, weil ihnen das Mädchen für alles fehlte und weil ihnen durch den Sekretärinnendiebstahl jäh klar gemacht wurde, daß sie zu den ganz Hohen nun doch nicht zählten. Die meisten Frauen waren sauer, weil die Nachteile der neuen Arbeitsbedingungen den Nachteil des alten Arbeitsplatzes überwogen. Sie mußten zwar früher Kaffee kochen usw., sie hatten aber auch einmal eine Woche lang die Möglichkeit, ihren Tagesablauf verhältnismäßig frei zu gestalten; nämlich immer dann, wenn der Chef auf Dienstreise war. Wie sah die neue Arbeitswelt aus?

30 Frauen in einem Saal. Schreibtisch steht an Schreibtisch. Das gegenseitige Geklapper geht auf die Nerven. Unter 400 Anschlägen läuft nichts mehr. Die Seiten werden täglich gezählt. Sind Frauen krank, verdoppelt sich die Leistung für die anderen. Und in dieser Arbeitsatmosphäre ist häufiger jemand krank. Die Frauen sind aufgeteilt in drei Gruppen. An der Spitze steht eine Gruppenleiterin, die genau beobachtet, wer kommt, wer geht, wer privat telefoniert und wer nicht mehr kann. Ihr Schreibtisch ist so aufgebaut, daß sie jede Frau im Blick hat. Für all das erhalten die Frauen weniger Geld, weil die Tarifpartner es so wollten.

Die Geschäftsleitung registrierte Unruhe bei den Männern und den hin- und hergeschobenen Frauen. Die Unzufriedenheit darf nicht wachsen. Eine alte/neue Ideologie wird erzählt. Ein Chef, der sich nicht an's Diktieren gewöhnen kann, ist kein moderner Manager, kann nicht rationell denken und handeln und gehört zum alten Eisen. Solche Typen, die sich den Kaffee noch kochen lassen wollen, müssen ersetzt werden durch dynamisch kreative Kreaturen. Nur so bleibt man konkurrenzfähig. Und die Frauen? Die Frauen waren es doch schon lange leid, für solche Typen Kaffee zu kochen. Die moderne Frau arbeitet selbständig an der Schreibmaschine, lehnt sich nicht gegen den Fortschritt auf und ersetzt eben die alten cheforientierten Weiber, die da nicht mithalten können. Die Frau erhält Deutschkurse, weil sie eigenverantwortlich richtig schreiben können muß und kontrolliert den Diktierer, wenn er Sätze falsch baut. Und was fast das wichtigste ist: Sie hat keinen Mann mehr als Chef, sondern eine Frau, die ihre Probleme versteht ....

Die Frau als Vorgesetzte

Natürlich sind es ausgesuchte Frauen, die den Frauen als Vorgesetzte aufgedrückt werden. Die Chefin der gesamten Abteilung ist eine, die auf Betriebsversammlungen immer von ihrer Gefolgschaft (Ausdruck aus der Nazi-Zeit!), nicht einmal von einer Belegschaft spricht. Aber sie spricht eben als Frau, die für alle Frauen spricht. Ihr sind seid drei Gruppenleiterinnen unterstellt. Die Chefin hat im Großraum eine von Trennwänden umgebene Bucht, in der sie verschanzt sitzt. Hin und wieder sitzt sie beim Bereichsleiter und erzählt ihm, welche Frau nicht mehr kann und ausgewechselt werden muß. Sie kann ihm auch die Gründe für eine Kündigung aus nächster Nähe mitteilen: Zu häufig krank, zu viele Privattelefonate, eine habe die Gleitzeitkarte gefälscht. Hin und wieder läßt sie eine der Frauen zu sich kommen und erklärt ihr von Frau zu Frau, daß die Mitarbeiterin gestern eine Viertelstunde mit ihrem Freund telefoniert habe, was zu Lasten der Firma gehe, und daß sie zu Lasten ihres Urlaubs zu Hause bleiben solle, wenn ihr Kind krank sei, denn sie als Frau könne gut beurteilen, wie sehr ihr Kind sie brauche. Und wenn das alles nicht bald anders würde, müsse sie mit ihrer Entlassung rechnen, denn die Gruppenleiterin hätte Tag für Tag aufgeschrieben, was alles bei der Kollegin nicht stimme.

Das besonders Hinterhältige an dieser Situation war, daß die Leiterinnen nach dem Motto (auch schon wörtlich gesagt): „Ach, meine Hühnerchen, nun laßt uns mal plaudern – wir Frauen haben ja alle die gleichen Probleme" die Frauen restlos aushorchten, um das Ausgehorchte erpresserisch gegen die Kolleginnen zu wenden. Da jedes Telefongespräch belauscht wird, wissen die Gruppenleiterinnen sehr viel über die Privatverhältnisse der Frauen. Wollen sich die Frauen allein im Pausenraum treffen, ist schnell eine Gruppenleiterin dabei mit den Worten: „Ach, ihr seid ja hier".

Nach fortwährender Bespitzelung und Entlassung einer fortschrittlichen Kollegin – ganz offensichtlich eine politische Entlassung – und nach ständiger Antreibung der Frauen durch ihre Vorgesetztinnen, weil die Herren sonst sauer würden, stand wieder einmal Weihnachten vor der Tür. Die Abteilungsleiterin und die Gruppenleiterinnen forderten alle Frauen auf, wie in jedem Jahr den Herren der Abteilung X auf dem Weihnachtsfest Gesellschaft zu leisten. Die Herren bräuchten Tänzerinnen. Auf dem Tanzabend erschien die Leiterin mit Stellvertreterin und noch einer Frau. 25 Frauen weigerten sich, daran teilzunehmen!

Es läßt sich wohl ablesen, daß die Bedingungen für die Frauen in der kapitalistischen Verwaltung noch lange nicht besser geworden sind, wenn das Kaffee-kochen aufhört oder Frauen als Vorgesetzte Männer ersetzen. Eine Frau aus der Textverarbeitung schrieb über ein Erlebnis mit ihrer Vorgesetzten: „*Wir alle waren zu Anfang der Meinung, dies sei für uns angenehmer. Die Gruppenleiterinnen waren sehr unterschiedlich. Da gab es die mütterliche, die besonders kameradschaftliche und die knallharte Type. Die Obervorgesetzte gab sich immer weltumschlungen. Zuerst waren die Kolleginnen von den weicheren Typen sehr eingenommen. Nun, frau konnte so richtig mal von Frau zu Frau sprechen. Ich warnte die Kolleginnen, versuchte ihnen aufzuzeigen, daß auch diese Frauen dieselbe Funktion als Vorgesetzte haben wie die Männer, nämlich aufzupassen, daß wir ordentlich 'ranschaffen. Nach und nach erlebt dann auch jede Frau am eigenen Leibe, wie ihr Vertrauen zu den Vorgesetzten von denen ausgenutzt wurde. Z. B. Denunziation bei der Geschäftsleitung wegen zu viel Telefonierens, zu viel Krankheit etc. Ich will nur kurz noch ein Beispiel dafür bringen, wie subtil weibliche Vorgesetzte werden können. Bei mir hatte man erkannt, daß ich weder auf Mütterlichkeit noch auf sonst etwas hereinfalle. Also versuchte man mit Psychoterror, mich kaputtzumachen. Eines Tages rief mich die Obertussi 'rein, sie hätte etwas sehr diffiziles mit mir zu besprechen. Ob ich nierenkrank sei? Ich war etwas erstaunt., ich wußte nichts von einer Nierenkrankheit. Da ich überhaupt keine Ahnung hatte, worauf das Gespräch hinauslaufen sollte, allerdings auch noch keine Erfahrungen hatte, mit welchem Mitteln Vorgesetzte versuchen können, einen fertig zu machen, ließ ich mich weiter auf dieses Gespräch ein. Sie erklärte mir, daß Nierenkranke gar nicht zu wissen brauchen, daß sie nierenkrank sind, man aber solche an ihren Ausdünstungen erkennen könne. Sie meine es wirklich gut mit mir, ich solle doch mal zum Urologen gehen. Mich hatte das Gespräch tatsächlich in diesem Moment geschafft, bin an meine Maschine zurückgegangen und hab' geheult. Langsam allerdings dämmerte mir dann, daß das wohl die infamste Methode ist, um Frauen zu treffen. Ich wurde unheimlich sauer und tat etwas, womit sie natürlich nicht rechnete, weil sie meinte, es sei mir viel zu peinlich. Ich erzählte diesen Vorfall allen Kolleginnen. Auch sie sahen diese Infamie und besprachen sich mit dem Betriebsrat, ob man nicht gegen diesen Vorfall etwas unternehmen könne ..*"

Wir wollen mit dieser Schilderung nicht den Eindruck erwecken, als seien Frauen schlimmere Vorgesetzte als Männer, jedoch gegen Vorstellungen in einem Teil der Frauenpresse Stellung nehmen, die verkünden, Frauen als Vorgesetzte seien allein ein Fortschritt. Wor sollten lieber darüber nachdenken, welche gesellschaftlichen Verhältnisse eben auch Frauen geschickt in die Herrschaftsstrukturen einbinden. Häufig müssen sich Frauen gerade besonders als Vorgesetzte ausweisen, um zu „beweisen", daß sie allen abfälligen Meinungen zum Tortz diese Position rechtfertigen.

Die Frauen kämpfen

Als die Textverarbeitung eingerichtet war und es darauf ankam, Frauen aus den Abteilungen für diese Arbeit zu gewinnen, wurden Scheinzugeständnisse und tatsächliche Zugeständnisse gemacht. Ein Schein war, zu behaupten, man biete den Frauen sichere Arbeitsplätze an. Eine relativ günstige Regelung gab es für die Pausen. Neben der unbezahlten 30-minütigen Mittagspause erhielten die Frauen morgens 30 Minuten, mittags zusätzliche 30 Minuten und nachmittags noch einmal 30 Minuten bezahlte Pause.

Die Bedingungen änderten sich bald. Die Geschäftsleitung stellte zunächst einen Schreibautomaten zur Probe in die Textverarbeitung. Der Schreibautomat bedruckte das Papier fünf mal so schnell wie es eine Frau vermochte. Er begann sich zu rentieren. Die Firma überlegte, mehrere solcher Dinger anzuschaffen. Dazu waren Studien erforderlich.

Eines Tages verkündete die Leiterin, man wolle in den nächsten sechs Wochen eine Schreibguterfaasung durchführen. Jede Frau solle ihre Arbeitsdauer für eine Seite auf dieser Seite notieren und den Namen dazu. Während des Untersuchungszeitraumes sollten die Frauen in ihrem eigenen Interesse seltener zur Toilette gehen und weniger Pausen machen. Die Frauen diskutierten mit dem Betriebsrat und beschlossen, eine Abteilungsversammlung abzuhalten. Die Kolleginnen stellten gemeinsam mit den ânwesenden Betriebsräten fest, daß die Schreibguterfassung eine Vorstufe kommender Arbeitsplatzvernichtung sei und die namentliche Kenntlichmachung dem Zweck diene, die schnellsten Frauen für die zukünftige Besetzung der Textverarbeitung herauszufinden. Die Frauen weigerten sich geschlossen, die geforderten Angaben auf die Papierseiten zu kritzeln, vereinbarten, während dieser Zeit nicht schneller zu schreiben und mindestens genauso oft zur Toilette zu gehen wie üblich. Der Betriebsrat drohte dem Geschäftsleitungsvertreter auf derselben Versammlung an, mit einer einstweiligen Verfügung gegen ihn vorzugehen, falls es bei dieser Forderung bliebe. Der Betriebsrat, zum Verständnis, ist in der Texaco-Hauptverwaltung klassenkämpferischer als es gemeinhin Betriebsräte sind.

Der Geschäftsleiter reagierte angemessen: Es sei kein Platz in diesem Haus für Aufmüpfige und Faule, behauptete er. Der Protest der Frauen wurde derart stark, daß er seine Äußerung zurücknahm, nicht aber die Absicht.

Einer Frau wurde wegen ihres Engagements gekündigt. Herausgesucht wurde eine bestimmte Kollegin, weil man ihr eine Wortführerrolle unterstellte und die Kollegin noch kein halbes Jahr bei Texaco herum hatte. Nach dem Kündigungsschutzgesetz beginnt derselbe erst nach einem halben Jahr Beschäftigung. Der Betriebsrat widersprach der Kündigung. 20 Frauen erschienen bei den Betriebsräten und gaben schriftliche Erklärungen ab, in denen sie sich massiv gegen die Kündigung aussprachen und für einen anschließenden Kündigungsschutzprozeß die vorgeschobenen Kündigungsgründe schriftlich widerlegten.

Zu dem solidarischen Verhalten der Frauen schreibt die gekündigte Kollegin: „*Die Betriebsgruppe* (im Betriebsrat vertretene gewerkschaftsoppositionelle Gruppe) *verteilte zu dem Kampf in der Textverarbeitung eine Betriebszeitung. In der Zeitung lag eine schöne Karikatur über kommende Rationalisierungsmaßnahmen in Schreibbüros als Einzelblatt ein. Alle haben die Zeitung genommen und sie während der Arbeitszeit eifrig durchgelesen. Dann rief mich eine Kollegin aus der Gruppe an, ob wir nicht auch diese Karikatur an unsere Stellwände hängen wollten. Sie würden sie gerade alle hinter ihrem Arbeitsplatz aufziehen. Diesem Vorschlag folgten wir sofort und forderten auch die übriggebliebene Gruppe dazu auf, die dem Beispiel auch folgte. In dieser Art machten wir jeden Tag neue Kleinigkeiten und lernten an neuen Aktionen dazu. Bis heute ist es der Geschäftsleitung noch nicht gelungen, die Schreibzeiten individuell zu erfassen. Einziges Opfer der Aktion war ich, da ich noch kein halbes Jahr im Betrieb war und sie damit rechneten, daß ich keinen Kündigungsschutzprozeß führen kann. So offen haben sie es auch geäußert. Ich bin aber doch gerichtlich dagegen vorgegangen und habe immerhin erreicht, daß die sofortige Suspendierung vom Arbeitsplatz aufgehoben werden mußte. Mir war die Kündigung überreicht worden mit der Aufforderung, sofort den Arbeitsplatz zu räumen. Auch daraus wurde noch eine gute Aktion. Die Vorgesetzte wollte mich abführen. Ich verlangte, daß ich mich noch von jeder einzelnen verabschieden darf. Es konnte mir nicht verwehrt werden. So ging ich von Kollegin zu Kollegin, einige äußerten sich lautstark. Dies sei verbrecherisch. Allen kam es so vor, als ob nur noch die Handschellen fehlten. Es war bestimmt nicht das Geschickteste, was sich die Geschäftsleitung da ausgedacht hatte. Hausverbot hatte sie mir allerdings nicht erteilt, so daß ich jeden Tag die Kolleginnen während der Pause besuchen konnte ...*".

Die Kollegin verlor ihren Kündigungsschutzprozeß, weil das Gericht feststellte. daß der Kapitalist sich für Kündigungen dieser Art nicht einmal mehr wahrheitsgemäße Gründe einfallen lassen müsse.

Nach einer Zeit vorherrschender Resignation tauchte der Bereichsleiter der Textverarbeitung vor vierzehn

Nach einer Zeit vorherrschender Resignation tauchte der Bereichsleiter der Textverarbeitung vor vierzehn Tagen beim Betriebsrat auf und bat ihn, ihn im Rahmen der „Vertrauensvollen Zusammenarbeit", wie das Gesetz es vorsehe, bei seiner schweren Aufgabe zu unterstützen. Er werde mit den Frauen nicht mehr fertig. Die Vorgesetzten würden nicht mehr begrüßt. Und überhaupt seien in der Textverarbeitung alle Werte in ihr Gegenteil verkehrt. Da hätte eine Frau die Firma betrogen – angebliche Fälschung der Gleitzeitkarte – und die Vorgesetzte hätte es ihm pflichtgemäß gemeldet. Die Frauen in der Gruppe hätten daraufhin nicht die Betrügerin angegriffen, wie es üblich sein müßte, sondern die Vorgesetzte, weil sie es weitererzählt habe. Die ehemalige Vorgesetzte sei wegen der Angriffe der Frauen in den Ruhestand getreten. (Gemeint ist die Chefin, die anstatt Belegschaft immer Gefolgschaft sagte). Das Klima in der ganzen Abteilung sei äußerst schlecht.

Der Betriebsrat erklärte daraufhin, das Klima unter den Frauen sei außerordentlich gut. Der Leiter selbst solle über seine Angriffe auf die Arbeitsbedingungen nachdenken.

Zur Zeit kündigt sich eine verschärfte Automation an. Im Zuge dieses Existenzdruckes versucht die Leitung, die ihr als zu großzügig erscheinenden Pausenzeiten wieder zusammenzustreichen. Andere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen sind ebenfalls geplant.

Wir sehen diesen Artikel als einen Beitrag zu dem bevorstehenden Sekretärinnenkongreß, nicht aus der Sicht der Probleme einer existierenden Frauengruppe, sondern aus der Sicht einer langsam entwickelten Solidarität der Frauen im Kampf gegen die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und im Kampf gegen eine gigantische Existenzbedrohung angesichts der fortschreitenden Automation gerade in diesem Berufszweig.

Betriebszelle Texaco im KB/Gruppe Hamburg

Frauen im Büro
Wie sehen wir unsere Situation ?

Dieser Artikel ist als Anstoß für eine Diskussion um unsere Situation in Büroberufen gedacht.

Die Auseinandersetzung darum ist allzu lange unter Genoss(inn)en vernachlässigt worden. Schließlich liegt der Anteil der Frauen allein im Bereich »Handel Banken und Versicherungen« bei 58 % (»Gewerkschaftliche Monatshefte« 10/75).

Sie arbeiten im Büro als Schreibkraft, Bürogehilfin, Sekretärin, Data- oder Phonotypistin und Sachbearbeiterin. Einige typische Erfahrungen an solchen Arbeitsplätzen haben wir aus Berichten *für den vom Frankfurter Frauenzentrum im Oktober geplanten Sekretärinnenkongreß* zusammengetragen.

Sekretärin eines Abteilungsleiters:

Die ersten zwei Jahre fühlte ich mich dort ziemlich wohl (die Genossin hatte davor im Schreibbüro mit »Knopf im Ohr« vom Band abtippen müssen . Ich mußte telefonieren und Geräte/Personal disponieren, dabei auch tippen — aber wenig — eben wie alle Sekretärinnen Kaffee kochen, dem Chef Handreichungen machen und Besucher empfangen. Zum anderen wurde ich total »verhätschelt« sowohl von den Kollegen als auch den Besuchern. Eine Frau im Hafen ist nun mal eine Ausnahme und wird auch so behandelt. Ich hatte allerdings nie Probleme mit »Anmacherei«, also der Situation, als Sexualobjekt behandelt zu werden, was wohl hauptsächlich an meiner Person liegt (»Jeanstyp«), denn ich gab und gebe mich auch betont »jungenhaft«, um gerade in dieser Umgebung als Frau nicht Freiwild zu sein.

Assistentin eines Abteilungsleiters:
Was mir an der Arbeit stinkt: ich

Assistentin eines Abteilungsleiters:

Was mir an der Arbeit stinkt: ich merke, wie verlogen Emanzipation in so einem Job gehandhabt wird. Meine Ergebnisse verkauft der Chef, als hätte er die Vorgaben geleistet und sie selbst erarbeitet. Dafür gibt es dann oft den Honigquast: »ausgezeichnet«, »Sie haben wieder scharf gedacht«.

Es ist wie in einer Gummizelle, wo du weißt, du kannst bis zu einem bestimmten Grad »aufsteigen« in der Hierarchie, du bleibst aber der Vorarbeiter für den Aufstiegsweg des Chefs.

Und Frauen sind in diesen Jobs gern gesehen, da man weiß: sie haben nicht so hohe Ansprüche an eine Karriere und sind also keine Konkurrenten für den Chef, sehr flexibel, intrigieren nicht gegen ihre Vorgesetzten usw. ... Mein Schritt heute ist, meinen Einfluß im Interesse der Kolleginnen, die »nur« Listen kontrollieren usw., auszunutzen. Ich weiß, daß dies eine Rückstufung auf einen »minderwertigen«, schlechter bezahlten Arbeitsplatz bedeuten kann (wovor ich Angst habe — sonst hätte ich den Job schon aufgegeben — wenn wir Kolleginnen nicht zusammenhalten). Doch der Widerspruch zwischen h i e r : stressige Arbeit und Auftreten auf Konferenzen, Röcke, feinere Kleidung/Ausstellungsstück (»Die Firma läßt so niedliche Frauen ran?«, »mit welchem Charme Sie das meistern!«) und d a : meine Selbstachtung als Frau, das ist Tag für Tag ein neuer Kampf.

Sekretärin eines Abteilungsleiters:

Negativ an dem Beruf ist, daß man für IHN da sein muß, von IHM total abhängig ist, für IHN alles machen muß, Privatbriefe schreiben, Kaffee kochen usw. Für viele Kollegen bin ich in der Firma nur die Sekretärin des Herrn X und werde auch dementsprechend eingestuft. Diese Bedingungen haben es mir von Anfang an ziemlich schwer gemacht, ein persönliches Verhältnis zu den Kolleg(inn)en zu bekommen (...).

Gegen die Rolle als Vermittlerin zwischen Chef und Kollegen oder Aushängeschild der Abteilung oder dienende Hausfrau gibt es hier und da schon recht ordentlichen Widerstand. Als Beispiele seien hier genannt: das ewige Kaffee kochen, was durch ein plötzliches Zittern der Hände nicht mehr ausgeführt werden kann, oder der Tee wird so stark gekocht, daß IHM die Galle hochkommt. Oder Kolleginnen verweigern den Besuch von Betriebsfesten, Weihnachtsfeiern, die Herren sitzen ohne Tänzerinnen da. Kolleginnen verweigern das Tippen von Texten, wenn diese nicht sauber vorgelegt werden etc.

Auch wenn diese Auswirkungen unserer Berufstätigkeit uns vordergründig am meisten nerven, gibt es Dinge, denen wir noch viel weniger gewachsen sind. Unsere Situation wird unter dem Stichwort »Rationalisierung im Verwaltungsbereich« von der Zusammenlegung in Schreibbüros, Einführung von Datensichtgeräten und Terminals bestimmt.

Auf diese Entwicklung sind wir noch gar nicht vorbereitet.

Vielmehr überlegen sich viele Genossinnen. doch mal was anderes zu

Vielmehr überlegen sich viele Genossinnen, doch mal was anderes zu machen, z. B. zur Schule zu gehen, den Betrieb zu wechseln (»vielleicht ist es woanders nicht so schlimm«) Das Gros unserer Kolleginnen kann sich allerdings kaum eine andere Perspektive zum Tippen, Ablage machen etc. überlegen. Denn Büroarbeit ist oft die einzige Möglichkeit für sie, ein wenig selbständig zu sein und — Büro ist immer noch besser als Fließband.

Was haben wir eigentlich im Blick? Wenn wir uns die Erfahrungen der Kolleginnen bei Texaco ansehen, so ist für das Gelingen ihres Arbeitskampfes nicht entscheidend gewesen, welchen Standpunkt die einzelne Frau zu Konkurrenz unter Frauen, zur Emanzipation von Frauen eingenommen hat, sondern daß sich alle Frauen gemeinsam von der Verschlechterung ihrer Arbeitssituation betroffen gefühlt haben. In diesem Zusammenhang wurden schädliche Verhaltensweisen wie Konkurrenz unter Frauen, »Vertrauen« zu Vorgesetzten (Frauen) aufgedeckt und bekämpft.

Das hört sich natürlich gut an und wir wissen, daß wir heute noch nicht die Voraussetzungen haben, solche Solidarität unter Kolleg(inn)en zu entwickeln. Wir meinen, daß wir unsere Vereinzelung und Mutlosigkeit dadurch überwinden können, indem wir:
1. untersuchen, was an Rationalisierungen durch Computer auf uns zukommt. Hierzu ein Zitat aus »BÜZE« (Juni 78) von der Hannover Messe, Kommentar vom Vorstandsvorsitzenden Klaus Luft der Nixdorf Computer AG: »*Hauptvorteil der Datenverarbeitung mit magnetplattenorientierten Computern ist der Gewinn an Organisationsflexibilität ... Der kranke oder ausscheidende Mitarbeiter ist kein Organisationsverlust mehr*«.

Was sollen dazu Frauen mit Kindern sagen? Welche Auswirkungen wird das auf unsere sowieso schon niedrigen Gehälter haben?

Ganz abgesehen von der Frage, ob wir überhaupt unseren Arbeitsplatz behalten. Herr Luft meint hierzu: »*Wer das Nixdorf Gerät für rund 50.000 DM kauf, kann durch die Entlassung von drei Schreibkräften [pro Person durchschnittlicher Jahresverdienst 25.000 Mark zuzüglich Lohn-Nebenkosten] schon im ersten Jahr der Anschaffung das Doppelte des Einkaufspreises sparen*«. — Die deutsche Filiale der amerikanischen Unternehmensberatung Arthur D. Little in Wiesbaden schätzt, daß in den kommenden 15 Jahren bis zu 500.000 Textverarbeitungsmaschinen in bundesrepublikanischen Büros installiert sein werden. »*Die Gegenrechnung: Rund 1,5 Millionen der heute noch aktiven Schreibkräfte müßte gekündigt werden*« (»Wirtschaftswoche« 10/77).

Wir müssen mit Fakten unter den Kolleg(inn)en arbeiten, um gegenüber dieser Entwicklung auch in den Kleinbetrieben gewappnet zu sein.

2. *Alle Frauen sollten ihre Situation im Betrieb schriftlich festhalten, damit darüber gesprochen werden kann.*

AG Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

KB/ Gruppe Hamburg

Leserbrief zur Frauenpolitik des KB

Ich habe mich gefreut, daß in der Auseinandersetzung „Wie geht's weiter" nun endlich auch die Frauenfrage wieder angepackt wird. Den Artikel im AK 137 von zwei Genossinnen der AG-Frauen kann ich erstmal unterstützen. Besonders wichtig finde ich dabei, daß wir Frauen wieder anfangen, miteinander zu diskutieren, im Sinne „Laßt hundert Blumen blühen...".

Mit unserer bisherigen Arbeit sollten wir uns äußerst kritisch auseinandersetzen (z.B. politische Doppelbelastung). Zum anderen finde ich für uns Frauen ein ideologisches Rückgrad äußerst wichtig. Wir sollten unser Bedürfnis nach theoretischer Auseinandersetzung – Erarbeitung kommunistischer Frauenstandpunkte – nicht immer in unsere Frauengruppe tragen (und diese dabei meist eingehen lassen), sondern diesen Anspruch an die Organisation stellen! Wir brauchen viele Frauenkader!

In der letzten Zeit sind viele unserer Probleme wieder zu individuellen geworden.. die Frage: welche Verhütungsmittel, ist wieder das Problem der Frauen; welcher Genosse fragt schon danach? § 218, Abtreibungen – ich erinnere mich an zuviele Fälle, wo Genossinnen im letzten Jahr völlig alleine und unter miesen Bedingungen vor diesem Problem standen. Überhaupt die Frage Kinder ja oder nein??? Können wir eigentlich annähernd eine freie Entscheidung treffen? Haben wir uns mit Hilfe der Organisation die Bedingungen dafür geschaffen? Sind Mütter für uns politische Personen? (siehe auch Auseinandersetzung in der „Courage" um P. P. Zahl)

Wie berührt uns die Auseinandersetzung um Knittels Theorie im „Pflasterstrand"? Ist Gewalt im KB ein Ausnahmefall? Ich bin aufgrund eigener Erfahrung keineswegs der Meinung, daß „*heute zwei Genossen/Genossinnen, die in einer Zweierbeziehung total aufeinander fixiert sind, aber revolutionäre Arbeit leisten, immer noch viel wertvoller für unseren Kampf sind...*" (Zitat aus dem Leserbrief ‚Wir hören Du willst nicht mehr mit uns arbeiten...'). Ich möchte diese Probleme und Fragen nicht nur mit Frauen aus der Frauenbewegung besprechen, sondern mit den Genossinnen und Genossen der Organisation!

Was mich sehr bedrückt: daß unsere Massenarbeit unter den Frauen immer wieder in Ansätzen stecken bleibt. Gerade jetzt nach der Wahl in Hamburg gibt es doch genug Anknüpfungspunkte für uns, oder was?

Unsere Versuche, Frauen zu mobilisieren, sollten sich nicht auf den 8. März beschränken, oder auf's Jahr der Frau....

Frauen erhebt euch und der KB erlebt euch!

Eine Genossin aus dem Gesundheitsbereich, Hamburg



„Wir geben keine Ruhe mehr – Frauenarbeitsplätze her" und „Die Sauerei ist riesengroß, so viele Frauen arbeitslos" waren zwei charakteristische Parolen der ersten Frauendemonstration des DGB, die am 9.9. mit 1500 Teilnehmerinnen in Mainz stattfand. Redner(innen) waren Karin Roth (Leiterin der Abt. Frauen im DGB Rheinland-Pfalz), Julius Lehbach (DGB-Vorsitzender Rh-Pf.) und Gisela Kessler (Mitglied des Hauptvorstands der IG Druck und Papier).

Internationale Kampagne für das Recht auf Abtreibung

Eines der Arbeitsergebnisse auf dem internationalen Frauenkongreß im Mai 1977 in Paris war, einen internationalen Zusammenschluß von Frauengruppen zu schaffen, um geschlossener und koordinierter für die freie Abtreibung und bessere Verhütungsmittel eintreten zu können. Diese Bewegung wurde am 10. Juni 1978 in London ins Leben gerufen, unter wesentlicher Einflußnahme der dortigen National Abortion Campaign, der englischen Bewegung für freie Abtreibung. Die Hauptparolen dieser Bewegung sind: »Verhütung und Abtreibung sind Frauenrechte!« und »Keine gewaltsame Sterilisierung!«. Die Frauen schlagen vor, einen internationalen Aktionstag zu diesen Parolen zu veranstalten; als Zeitpunkt ist das Frühjahr 1979 in der Diskussion. Einige Frauen aus der NAC (National Abortion Campaign) schlagen in ihrem Flugblattentwurf vor, Demonstrationen in allen Städten Europas zu organisieren, gegen die frauenfeindlichen Regierungen, Kirchen, Ärzte Parteien, die die Frauen unter dem Mäntelchen der Moral zu Schmerz und Tod zwingen. Sie rufen auch alle Jugendorganisationen, Gewerkschafter, Organisationen für Menschenrechte und politischen Organisationen auf, ihren Aktionstag zu unterstützen und sich daran zu beteiligen.

Das nächste Treffen der Frauen ist am 23. September in Brüssel, wobei über die Situation der Frauen in Bezug auf Paragraph 218 in den einzelnen Ländern berichtet werden und ein gemeinsames Flugblatt beschlossen werden soll. Weitere Tagesordnungspunkte sind die Organisierung einer Rundreise, ein Bericht über das Buch »Babies for burning« (ein Buch der Befürworter des Paragraphen 218, in dem auf die übelste Art und Weise Gruselstories über Abtreibung verbraten werden); problematisiert werden soll auch die Beteiligung von Männern an der Kampagne. Das Treffen findet statt am 23. September im »Maison des femmes«, Rue du Meridien, 79, 1030 Bruxelles, Belgien. Anfragen und Berichte über unsere Situation in der BRD können gerichtet werden (bis zum 20. September) an ICAR c/o NAC., 30 Camden Road, London N.W.1, England.

AG Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

»Nimm die Kinder und zieh aus ...

... wenn dich dein Mann mißhandelt«! — So lautet der Titel einer Dokumentation des Frauenhauses e. V. Bielefeld, die vor kurzer Zeit fertig geworden ist.

Seit ca. Ende Mai 1976 kämpft der Verein des Frauenhauses für die Unterstützung seiner Arbeit durch Zuschüsse der Stadt, bisher ergebnislos. Die Zustimmung der Stadt wird vom Beitritt zu einem Dachverband abhängig gemacht. Seit Januar 1977 besteht durch Privatinitiative des Vereins das Frauenhaus Bielefeld. Die hilfesuchenden Frauen werden teilweise vom Sozialamt unterstützt, ansonsten finanziert sich das Frauenhaus durch Spenden.

In der Dokumentation werden ausführlich die Schwierigkeiten beim Aufbau des Frauenhauses, die Auseinandersetzungen mit der Stadtverwaltung und die Streitfrage des Dachverbrand-Beitritts geschildert. Besonders anschaulich ist die Gegenüberstellung einer Broschüre »Sozialhilfe — dein gutes Recht« mit der von den Frauen erlebten Realität. — Eine wichtige Unterstützung für ihre Arbeit sehen die Frauen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit, z. B. Infostände in der Innenstadt, eine Veranstaltung im Frühjahr 1978 und Artikel in der örtlichen Presse (von denen es allerdings auch unerfreuliche gab), darüber hinaus zwei Fernsehfilme (im regionalen und bundesweiten Programm).

Einen wichtigen Platz in der Dokumentation nimmt die Schilderung der Schwierigkeiten in der Frauenhaus-Arbeit selbst ein. Da werden so ziemlich alle Themen behandelt, die in der täglichen Arbeit auftauchen: Kinder, Wohnungssuche, Ausländerinnen, Alkohol und Drogen, Aggressivität, männliche Mitarbeiter ...

Über ihre Arbeit schreiben die Frauen im Vorwort: »*Wir leisten Hilfe zur Selbsthilfe. Es geht darum, daß Frauen lernen, selbständig zu werden und ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Nur so kann verhindert werden, daß sie aus purer Hilflosigkeit zu ihren Männern zurückgehen und sich damit mit ziemlicher Sicherheit weiteren Gewalttätigkeiten aussetzen. Deshalb lehnen wir es ab, daß jemand von uns sozialarbeiterische Funktion ausübt, da jede Form von ‚Betreuung' unselbständig macht. Wir lassen es nicht zu, daß Bürger dieses Staates zu rechtlosen Gruppen abgestempelt werden. Das führt zwangsläufig zu einer Auseinandersetzung mit diesem Staat. Da das Problem von mißhandelten Frauen kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem ist, werden wir dem Staat nicht die Arbeit abnehmen, sondern Forderungen an ihn stellen. Diese Arbeit ist politisch*«.

Frau kann die Dokumentation gegen Überweisung von DM 4,-- plus Portokosten (Konto 44503787, Sparkasse Bielefeld, W. Recker) bei folgender Adresse bestellen: W. Recker, Ehlentruper Weg 74, 48 Bielefeld 1. Das Spendenkonto des Frauenhauses lautet: 73239, Sparkasse Bielefeld.





Filmbesprechung: Die Spitzenklöpplerin

„Sie gingen die Straße entlang. Er ging neben ihr, doch er sah sie nicht. – Hätte sie in einer früheren Zeit gelebt, hätte ein Maler sie gemalt, dann hätte er das Bild genannt: Die Näherin, Die Wäscherin, oder Die Spitzenklöpperin".

Beatrice, eine 18jährige Französin, arbeitet als Hilfskraft in einem Friseur-Geschäft. Sie lebt in ärmlichen Verhältnissen mit ihrer Mutter zusammen; der Vater verließ die Familie, als Beatrice noch ein kleines Kind war. Sie ist ein sensibles, stilles, zurückhaltendes, liebes, unscheinbares Mädchen. Als eine befreundete Kollegin von ihrem Freund verlassen wird, kümmert Beatrice sich um sie. Die beiden machen gemeinsam Urlaub am Meer. Die Freundin legt jedoch nur alles darauf an, einen neuen Mann kennenzulernen. Dies gelingt ihr dann auch, worauf sie Beatrice einfach sitzen läßt.

Wenig später lernt Beatrice zum ersten Mal in ihrem Leben einen jungen Mann (Francois) kennen, der *„nicht so ist wie die anderen Männer"*. Er ist stets höflich und zurückhaltend und erst nach längerer Zeit bittet er sie darum, mit ihr schlafen zu dürfen.

Als sie dann wieder zuhause sind, ziehen sie auch gleich zusammen. Zuerst haben die beiden eine sehr schöne und liebevolle Beziehung. Doch Francois, dem Philosophie-Studenten, kommen schon bald Zweifel. Er hat aufgrund seiner Herkunft gelernt zu reden, er kann

Zweifel. Er hat aufgrund seiner Herkunft gelernt zu reden, er kann

seine Gedanken und Gefühle gut in Worten ausdrücken. Daß Beatrice das nie gelernt hat, kann er nicht akzeptieren, sondern sieht es als Fehler an. (Francois zu seinem Bruder: *„Auf ihre Weise ist sie wohl auch irgendwie intelligent"*).

Als er Beatrice einmal mit ins Landhaus seiner reichen Eltern nimmt, und die Mutter sehr abweisend und arrogant reagiert, wird ihm klar, daß Beatrice seiner Meinung nach eigentlich nicht zu ihm paßt. Er redet dann ständig auf sie ein, sie solle doch lieber mal was Interessantes arbeiten und nicht anderen Leuten für ein Butterbrot und ein Ei die Haare waschen. Ohne es konkret zu sagen, läßt er Beatrice merken, daß sie als kleine Hilfsfriseuse weniger wert sei als andere (intellektuelle) Menschen.

Dazu kommt ein ständiges Abnehmen seiner Zärtlichkeiten bis hin zur totalen Lieblosigkeit. (Seinem Bruder gegenüber begründet und entschuldigt er sich so: *„Ich weiß nicht, was ich mit ihr anfangen soll, sie ist immer so still. Ich dachte, ich könnte sie ändern, aber es hat doch keinen Zweck"*.).

Als er die Beziehung dann beendet, zieht sie, wie immer, ohne ein Wort zu sagen, zurück zu ihrer Mutter. Beatrice zieht sich zurück. Sie wird völlig apathisch, kann nichts mehr essen, muß sich ständig übergeben, bis sie eines Tages auf offener Straße zusammenbricht.

Sie kommt in ein Sanatorium. Als sie vier Monate dort ist, schreibt die Mutter einen Brief an Francois, der Beatrice daraufhin besucht. Was er dort findet, ist nicht Beatrice – es ist nur noch der Rest eines Menschen, physisch und psychisch zerstört.

Er startet noch einen letzten Versuch, sein Gewissen zu beruhigen und fragt sie, ob sie noch andere Männer nach ihm hatte. Daraufhin erzählt sie ihm Lügengeschichten von anderen Freunden und von Urlaubsreisen in fremde Länder.

Die letzte Szene zeigt Francois weinend in seinem Auto sitzen und Beatrice, die wieder apathisch im Aufenthaltsraum des Sanatoriums sitzt.

Das Ende einer Beziehung, an deren traurigem Ausgang eigentlich weniger ein 'böser Mann', sondern vielmehr die Unfähigkeit, andere Menschen als gleichwertige Partner zu verstehen, schuld ist.

Meiner Meinung nach ist „Die Spitzenklöpplerin" ein sehenswerter, weil einfach sehr menschlicher Film, der aufzeigt, wie sensible Menschen, und eben gerade Frauen, an einer gescheiterten Beziehung zerbrechen können. Er gibt Denkanstöße, an Menschen verantwortungsbewußter heranzugehen, sie mehr zu respektieren, ihre Probleme ernst zu nehmen und zu versuchen, diese zu verstehen.

Eine Genossin der Kultur-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Kinder



Will die SPD das Kinderhaus Heinrichstraße (Hamburg) unterstützen?

Diese Frage mag sich manch unbefangener Besucher nach der Mitgliederversammlung des „Vereins Kinderhaus e.V. in der Heinrichstraße" (Hamburg) am 13.9.78 gestellt haben. Nachdem über zwei Jahre lang der Hamburger SPD-Senat dem Kinderhaus die Pflegesatzanerkennung, d.h. die finanzielle Unterstützung der Kinderhauseltern bei der Bezahlung des Kindertagesplatzes verweigert hat, waren jetzt aus der SPD ganz andere Töne zu hören. In einem Brief schrieb die SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel, dem Bezirk, in dem das Kinderhaus liegt:

— Sie unterstütze einstimmig das Kinderhaus und wolle unverzüglich für die Auszahlung in Aussicht gestellter Sondermittel des Bezirks (DM 8.000) sorgen;

— sie gehe davon aus, daß im Bezirk Eimsbüttel für das Kinderhaus Heinrichstraße Bedarf bestehe, womit dem zwei Jahre von der Jugendbehörde vorgeschobenen Argument („fehlender Bedarf") widersprochen wird;

— sie gehe davon aus, daß nunmehr die zuständige Behörde eine neuerliche Prüfung des Pflegesatzantrages des Kinderhauses vornehmen werde, die zu einem positiven Ergebnis führen werde.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Bezirksversammlung erklärte diesen Umschwung gegenüber der bisherigen Senatspraxis damit, daß jetzt „neue Leute" in der Bezirksversammlung säßen und ergänzte, daß auch in der Bürgerschaft jetzt gerade aus Eimsbüttel Abgeordnete säßen, die eine positive Haltung zum Kinderhaus einnehmen. Teilweise trifft diese Erklärung zu. Die SPD in Hamburg-Eimsbüttel gehört traditionell zum „linken" Flügel der Partei — und dies hat sich bei der Zusammensetzung der am 4. Juni gewählten SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung stärker als vorher niedergeschlagen.

Daneben dürfte aber auch die Tatsache eine Rolle spielen, daß der neue Stand des Rechtsstreits Kinderhaus kontra Behörde für die SPD einige Probleme aufwirft: Wie im AK berichtet, ist die Behörde vom Gericht darauf verpflichtet worden, sich zur „Verfassungsmäßigkeit" des Kinderhaus in der Heinrichstraße zu äußern. Das könnte bedeuten, daß hier erstmals der Radikalenerlaß auch gegen eine Kinderinitiative praktiziert würde. Die Widersprüche, die es in der SPD ohnehin zu den praktizierten Berufsverboten im Öffentlichen Dienst gibt, würden sich dadurch wahrscheinlich verschärfen. Zudem wirbt der Hamburger Senat seit einiger Zeit mit der — allerdings wenig glaubwürdigen — Zusicherung, er wolle den Radikalenerlaß demnächst „entschärfen". Da würde ein Radikalenerlaß gegens Kinderhaus vielleicht nicht gut ins Bild passen ...

Es mag also sein, daß das Kinderhaus **nicht** Opfer eines Radikalenerlasses für Kinderinitiativen wird. Die jetzt — nach zwei Jahren — aktiv gewordenen SPDler werden dann sicherlich den Versuch unternehmen, dies als Beweis für die Kinderfreundlichkeit und Liberalität der SPD zu verkaufen und vergessen zu machen, daß es SPD-Politiker waren, die darauf gesetzt haben, das Kinderhaus durch jahrelange Geldverweigerung verhungern zu lassen, den Erziehern Indoktrination vorwarfen und den Verfassungsschutz auf das Kinderhaus ansetzten.

Das Kinderhaus hat allerdings klar gemacht, daß es sich für eine billige bürgerliche Parteipolitik nicht wird mißbrauchen lassen: *„Das Kinderhaus hat sich von Anfang an nicht auf die Gunst derer ‚da oben' in den Behörden und im Senat verlassen"* („Kinderhausnachrichten" Nr. 12).

Auf der Mitgliederversammlung wurde beschlossen, als eine der nächsten Aktivitäten eine Demonstration durchzuführen. An wen sich der Aufruf zur Gegenwehr richtet, wird deutlich gesagt: *„Es gilt ..., die gesamte demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, alle Gegner der Berufsverbotepraxis — kurz: alle, die die Schnauze voll haben von Gesinnungsschnüffelei und der daraus folgenden Menschenjagd, über diese politische Gefahr zu informieren. Ob der Radikalenerlaß für Kinderinitiativen durchkommt oder nicht, ist nicht allein unser Problem."*

Mit diesen Kräften hat das Kinderhaus über zwei Jahre überleben können. Ein Erfolg des Kinderhauses wäre deshalb auch ein Erfolg dieser breiten Unterstützung.

Kinderkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Kinderhauses vornehmen werde, die eine Kinderinitiative praktiziert wür- bürgerliche Parteipolitik nicht wird KB/ Gruppe Hamburg

Leserbrief zum Artikel „Kinder sind auch geliebte Wesen'

Wir, Eltern und Erzieher eines Kleinkindergartens, der bereits seit zwei Jahren besteht, möchten zu dem Leserbrief im AK 136 „Kinder sind auch geliebte Wesen" Stellung beziehen. Kurz zu uns: Wir haben uns aus einer ähnlichen Motivation wie die Kinderinitiative gegründet, von der in diesem Leserbrief die Rede ist. Das heißt, wir wollten der vorherrschenden Meinung, Kinderkrippen haben nur Aufbewahranstalten zu sein, eine alternative Kleinkinder**pädagogik** entgegenstellen.

Zum Leserbrief:
So, wie die Verfasserin des Leserbriefes es beschreibt, besteht auch für uns das Problem, daß die Eltern nach der Arbeit mit den Kindern sehr stark belastet sind und es für sie eine Entlastung bedeutet, auch mal einen Tag ohne die Kinder verbringen zu können. Außerdem hilft es den Kindern, sich über den Kindergarten hinaus nicht nur auf die Eltern zu fixieren, mehr Kontaktpersonen zu haben. Nur, die Ausgangsposition, für die Überlegung, die Kinder für ein oder zwei Tage in der Woche wegzugeben, ist für uns eine andere. Hierzu der Leserbrief!

(Die Freunde und Genossen) ... *„erklärten sich (schließlich) sogar bereit, sich um unsere Kinder zu kümmern". „Das bedeutete für uns eine sehr große Entlastung"*.

Was die Freunde der Kindergruppe mehr oder weniger als Notlösung betrachten, um sich ein wenig aus dem Streß zu befreien, was also in **erster** Linie nicht dem Interesse des Kindes, sondern dem der Erwachsenen entspricht (Sylvias Mutter beschreibt vor diesen Worten die Streßsituation, in der sie sich befand), wird für uns in erster Linie als ein für die Kinder wichtiger pädagogischer Ansatzpunkt gesehen. Das positive und auch nicht unwichtige Abfallprodukt dabei ist, daß die Eltern sich mal einen Tag ausruhen können und endlich mal eine Nacht durchschlafen können.

Wir gehen dabei von folgendem Ansatzpunkt aus: Das Ziel unserer pädagogischen Arbeit, ob im Kindergarten oder in der Familie, ist die Erziehung zur Solidarität untereinander, zur gegenseitigen Hilfe und zum Respekt vor dem Anderen. Die Kinder sollen lernen, gleichberechtigter Teil einer Gemeinschaft zu werden, die Möglichkeiten und auch die Grenzen einer Gruppe kennenzulernen. Die Möglichkeiten bestehen darin, mit dieser Gruppe gemeinsame Interessen zu vertreten und gegen Angriffe zu verteidigen. Die Grenzen bestehen darin, daß man sich in der Gruppe bestimmten Gemeinschaftsinteressen unterordnet und daß die Kinder lernen, auch außerhalb ihrer Gemeinschaft stehende Kinder, z.B. auf dem Spielplatz, miteinzubeziehen.

Wo lernen die Kinder dies besser als in einer Gemeinschaft unter Kindern auch außerhalb des Kindergartens?

Unser Modell „Kindertausch"

Unsere Kinder gehen ein- oder zweimal in der Woche zu einem anderen Kind aus dem Kindergarten. In der Regel sind sie dann zu zweit oder zu dritt.

Unsere Erfahrungen:
Grundsätzlich sahen wir bestätigt, daß Kinder sich mehr zu Kindern hingezogen fühlen als zu Erwachsenen, da sie miteinander im Spiel mehr anfangen können und das Verhältnis gleichberechtigter ist. Wenn wir mit ihnen besprechen, wo sie heute hingehen oder wo sie waren, sprechen sie nur selten von den Eltern des anderen Kindes, meistens vom Kind (...).

Auch unsere Säuglinge, so um sechs Monate, juchzten und quietschten oft vor Vergnügen, wenn sie zu Hause andere Kinder sahen, diese vor ihnen hin- und herkrabbelten und sie anlachten. Von den Erwachsenen lassen sie sich viel eher bedienen. Bei anderen Kindern sind sie eigenständiger und ausgeglichener.

Der Kontakt zu den Eltern des anderen Kindes war in einem Fall am Anfang ziemlich schlecht. Das liegt daran, daß die Mutter dieses Kindes zu stark auf sich fixiert hatte und es sich erst daran gewöhnen mußte, daß die eigene Mutter mal nicht da war. Der Kontakt wurde bei diesem Kind erst über seinen Spielkameraden hergestellt.

Unsere Kritik am „Ersatzelternmodell"

Eine Erziehung in unserem Sinne (d.h. möglichst gleichberechtigt und solidarisch) ist über Ersatz**eltern** sehr fragwürdig. Wir gehen davon aus, daß Kinder sich am besten selbst erziehen, wobei natürlich unsere Erfahrung und unsere Weltanschauung für die Kinder als **Hilfe** unentbehrlich ist. Es geht uns infolgedessen auch nicht darum, die Ersatzeltern auf ein oder zwei Paar die Woche zu **reduzieren**. Denn nicht nur sechs bis acht Alternativpersonen haben zur Folge, daß **ein** Kind von dem riesigen Programm (so gut es auch gemeint ist) das ihm geboten wird, nahezu erdrückt wird. Auch zwei bis vier Ersatzeltern pro Woche neigen durch ihre Position gegenüber dem Kind dazu, es zu verzärteln und mit den anderen Eltern in den Wettstreit um die Gunst des Kindes zu treten. Besonders dann, wenn sie selbst kein Kind haben.

Durch die daraus resultierende völlig unterschiedliche Herangehensweise an das Kind verliert es die Orientierung. Es wird von einem Klasseservice zum anderen gereicht. Gerade am Anfang der Entwicklung, wo das Kind eine Selbständigkeit erst erarbeiten muß und logischerweise die positiven und negativen Seiten der Erwachsenen zum großen Teil imitiert, besteht die Gefahr bei einer so vielschichtigen Umwelt, daß das Kind von den einen Supereltern zu den anderen torkelt und die Erwachsenen nach den Privilegien beurteilt, die es von ihnen erhält. Es ist eine Illusion, zu meinen, bei diesem Modell könnte sich das Kind frei entscheiden, welche Eltern für es nun besser als andere sind. Von einer Erziehung des Kindes zur Eigenständigkeit und erst recht von einer Kontinuität in der Erziehung kann hier keine Rede sein.

In dem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob es für das Kind gut ist, jeden Tag bzw. fast jeden Tag woanders zu schlafen. Wir Erwachsenen können es auch nicht ertragen, weil wir dann kaum Möglichkeiten haben, uns mal zurückzuziehen.

Zusammenfassend können wir sagen, daß eine Konfrontation Kind — Erwachsener immer ungünstiger ist als die Konfrontation Kind — Kind (wobei wir natürlich die Konfrontation Kind — Erwachsener nicht ausschließen können und wollen, wie wir schon sagten). Das Verhältnis ist wesentlich ungleichberechtigter für das Kind, auch wenn die Erwachsenen sich jede nur erdenkliche Mühe geben.

Die Kontakte zwischen den Kindern, auch außerhalb eines Kindergartens, sollten möglichst starkt ausgebaut werden, wobei das Kind natürlich den Anspruch auf ein eigenes „Reich" hat, wo es sich zurückziehen kann und tun und lassen kann, was es will.

Die Eltern brauchen natürlich auch mal eine Erholung, aber es darf nicht auf die Kosten der Kinder gehen, sondern es muß dem Interesse des Kindes nach gemeinsamen Spiel mit anderen Kindern entsprechen. Wir glauben, daß Wohngemeinschaften mit mehreren Kindern **und** Erwachsenen (auch wenn dies vielleicht **scheinbar** ein Widerspruch zum Vorhergesagten ist) der Lösung des Problems einer „freien" und gleichberechtigten Erziehung und Beziehung untereinander ein Stück näherkommen.

Wir möchten auch die Eltern, die ihre Kinder nicht in einer Kinderinitiative haben, ermutigen, sich mit anderen Eltern zusammenzusetzen und sich ein Austauschmodell ähnlich dem unsrigen zu überlegen. Die Vorteile für Kinder und Eltern liegen auf der Hand.

Eltern und Erzieher einer
Hamburger Kleinkinderinitiative

„Ich konnte das einfach nicht mehr mitansehen"

...gab eine Pflegerin des „Agnes-Kinderheimes in Wernberg (Oberpfalz) beim Jugendamt an. Damit meinte sie die „Behandlung" der 60 behinderten Kinder im Alter von sechs bis 18 Jahren, die in diesem Heim leben. *„Günter quietschte vergnügt, ... Da schlug der Pfleger zu, packte den Jungen an beiden Ohren und knallte seinen Kopf gegen die Wand." „Andreas wurde nachts aus seinem Bett geholt, ... (der Pfleger) drosch auf den Jungen ein, bis Blut aus dem Ohr kam." „Es sei auch durchaus üblich gewesen, daß Kindern, die ins Bett gemacht haben, am anderen Morgen der Po mit einer harten Klobürste 'gereinigt' wurde. Außerdem hätten die Kinder oft überalterte Medikamente bekommen"* (alle Zitate aus „stern" Nr. 38 vom 14.9.78).

Keines der Kinder geht zur Schule, obwohl die Kinder teilweise nur leicht behindert sind. Außerdem gibt es für diese Kinder bei der 1000 Jahre alten Burg, in der das Agnes-Kinderheim „untergebracht" ist, keinen Spielplatz. Eine Schaukel und eine Rutsche sind zwar vorhanden, aber die darf nur der Sohn der Chefin benutzen.

Schon 1973 ermittelte die Kripo in diesem Heim wegen Kindesmißhandlungen. Weil die Aussagen so widersprüchlich waren, wurde das Verfahren eingestellt. Auch diesmal können die Kinder nicht so schnell damit rechnen, daß die Mißhandlungen aufhören: *„Das Kreisjugendamt freilich, obwohl es vor Ort sitzt, fühlte sich für solche Klagen nicht zuständig und leitete das Protokoll ins 58 Kilometer entfernte Regensburg an die Heimaufsicht, die Regierung Oberpfalz. Diese schaltete Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei von Amberg ein. Und die wiederum prüfen erst einmal, ob es überhaupt möglich ist, eine Anklage wegen Mißhandlung von Schutzbefohlenen zu erheben"* („stern" Nr. 38, 14.9.78). Um dem Skandal schnell ein Ende zu machen, sprach die Heimleiterin eine fristlose Kündigung aus. Nicht gegen den Pfleger, sondern gegen die Pflegerin, die die Sache aufgedeckt hat.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KURZ - MELDUNGEN

„Erst einmal in den Knast..." – nach dieser Devise gehen offenbar westdeutsche Richter bei der „Bekämpfung" der angeblich rapide steigenden Kriminalität von Kindern und Jugendlichen vor. Das ergab eine Analyse des Gießener Jugendstrafrechtlers Arthur Kreutzer. In der BRD wird Untersuchungshaft gegen Personen zwischen 14 und 18 Jahren u.a. angeordnet wegen Warenhausdiebstahls, Hausfriedensbruch oder Ausweislosigkeit und geringfügigen Delikten. Weiter wird in der Untersuchung festgestellt, daß die Untersuchungshaft an Jugendlichen in der BRD weit länger dauert als in anderen europäischen Ländern und die gesetzliche Grundlage dabei *„äußerst fragwürdig"* sei.

Entsprechend der allgemeinen, aus politischen Prozessen bekannten, Tendenz, die Strafverteidigung abzuschaffen, wird in der Regel kein Verteidiger bei oder nach der Verhaftung Jugendlicher hinzugezogen. Angeblich brauchen die Jugendlichen – wegen der Eindeutigkeit der Beweise oder der zu erwartenden geringen Strafe – keinen Rechtsbeistand. Jugendliche, die sich trotzdem einen Verteidiger holen, kommen nach der Untersuchung häufiger und schneller frei und werden später auch nicht zu so hohen Haftstrafen verurteilt.

Besonders übel ist bei der Inhaftierungspraxis die Behandlung Drogensüchtiger. Diese machen sich ja schon durch den Besitz von Rauschgift zum Eigenbedarf strafbar. „Einfache" Drogenabhängige, d.h. die, die nicht im Geschäft mit Rauschgift drinhängen, werden relativ beliebig aufgegriffen: mal läßt man sie ruhig fixen, mal werden sie deswegen verhaftet, um die folgenden Entzugserscheinungen für die Gewinnung von Informationen zu nutzen. Entziehungseinrichtungen fehlen, also werden sie erst einmal in den Knast geschickt – wo der Drogenentzug der totale Horror ist.

• • •

• • •

Nachdem an Bayerns Schulen die Bespitzelung demokratischer Schüler durch den Verfassungsschutz aufgeflogen ist – und nach Angaben der CSU-Regierung beibehalten werden soll – sah sich der schleswig-holsteinische Innenminister zu einer ziemlich kuriosen Erklärung veranlaßt: *„Zur Beobachtung extremistischer Bestrebungen in oder an Schulen"* werden demnach *„keine nachrichtendienstlichen Mittel"* eingesetzt. Insbesondere gebe es, so der Innenminister wörtlich, *„keine geheimen Mitarbeiter unter Schülern oder Lehrern"*. Unglaublich angesichts der detaillierten Berichte, die die Landesregierung im Prozeß von Tamara T. um Zuerkennung der BRD-Staatsbürgerschaft unlängst als Material über Tamaras Aktivitäten als Schülerin vorgelegt hat. Des Rätsels Lösung (ebenfalls vom humorvollen Innenminister): Erkenntnisse des VS beruhen auf „Zufallsinformationen" wie *„Hinweisen von Schülern, Eltern, Lehrern und so weiter"* Im Klartext: An Schleswig-Holsteins Schulen gibt es keine Spitzel, die der Verfassungsschutz anstellt, sondern nur Denunzianten, die es freiwillig machen. Ob das am Ergebnis etwas ändert?

• • •

Nach Angaben des Präsidenten der west„Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde" droht sich die Betreuung kranker Kinder in der BRD **„erheblich zu verschlechtern"**. Die Gesellschaft führt das auf eine Verschlechterung der Ausbildungsmöglichkeiten für Kinderärzte zurück. Universitätsabsolventen würden mit nicht ausreichenden Kenntnissen auf ihre kleinen Patienten losgelassen („UZ", 6.9.78).

Unerwähnt blieb in diesem Zusammenhang die zunehmende Schließung von Kinderkrankenhäusern. Zumindest ist es vor dem Hintergrund dieser Erklärung nicht verwunderlich, daß die BRD bei der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit erheblich über den Werten vergleichbarer kapitalistischer Länder liegt.

Leserbriefe zur »Wüstlingshatz« — Diskussion AK 134 und 137

Ich habe gestern mit einem nichtpädophilen Sympathisanten die Beiträge zu „Wüstlingshatz gegen Kinderschutz" aus AK 137 noch einmal ausführlich diskutiert. Wir haben noch einige Kritikpunkte gefunden zu dem Artikel des Genossen Kt, der den ursprünglichen „Wüstlingshatz"-Artikel im AK 134 zu rechtfertigen versucht und dessen Gedanken weiterentwickelt.

Der Genosse Kt ist offenbar in seinem Verständnis des Gelesenen etwas blockiert, denn wie sonst käme er darauf anzunehmen, für die Verfasser der übrigen Artikel gebe es das Problem des sexuellen Mißbrauchs von Kindern nicht. Sicher, Mißbrauch gibt es, aber nur im Sinne von Vergewaltigung und Nötigung. Dies wird auch in meinem Schorsch-Zitat deutlich. Des weiteren möchte ich mich für das Prädikat *„zynisch und menschenfeindlich"* bedanken. Ich akzeptiere nämlich die phantastischen Prozentzahlen nicht. Wie kommt der Genosse darauf, *„daß von den verschiedensten heute gegebenen Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen es vielleicht nur 5, höchstens 10% sind, die ... diskutabel sind. Bei den restlichen handelt es sich um Vergewaltigungen ... usf."*, wie er sagt. Rhetorisch geschickt gemacht, nach dem Motto: Wer mir nicht unbesehen glaubt, ist „zynisch und menschenfeindlich". Da vergißt man vor Schreck leicht, zu fragen, aus welchem Zylinderhut die Prozente gezaubert wurden. Das dürfte eigentlich im AK nicht passieren. Mich erinnert das stark an schlampigen Regenbogen-Presse-Journalismus. Die suggerierende Behauptung, es stimme einfach nicht, daß der Genosse der AG Sex sexuellen Mißbrauch von Kindern mit Pädophilie gleichgesetzt oder vermengt habe, kann noch so fett und gesperrt gedruckt sein — richtiger wird sie dadurch jedenfalls nicht. In der dargestellten Form in AK 134 drängt sich der (ungewollte?) Eindruck eines Zusammenhangs offensichtlich auf, und das ist nicht nur meine Meinung. Da wird munter von „potentiellen Tätern", Jürgen Bartsch und den Merkmalen der „Straftäter" berichtet — so, wie wir uns vielleicht den Abschaum der Menschheit vorstellen —, dann kommen nach Kinderprostitution endlich irgendwann die Exhibitionisten dran. Hier werden

den Abschaum der Menschheit vorstellen —, dann kommen nach Kinderprostitution endlich irgendwann die Exhibitionisten dran. Hier werden

schwammige Wortkanonaden losgelassen, die doch nur die Hilflosigkeit des Genossen der AG Sex dem Thema gegenüber verraten: Was heißt denn, im Sozialismus *„nicht jeden Exhibitionisten aus dem Verkehr zu ziehen, wie es in dieser Gesellschaft geschieht"*? Vielleicht nur jeden zweiten oder dritten, oder wie? Wie will der Genosse denn im Sozialismus *„darauf achten, daß diese Form des ‚Sexualverhaltens' schlichtweg ausstirbt"*?

An den Exhibitionismus schließt sich ohne textlich-inhaltliche Abgrenzung das Thema Pädophilie an — genauso negativ und oberflächlich behandelt wie die vorerwähnten Themen, offensichtlich als ein weiteres Beispiel „sexuellen Mißbrauchs" von Kindern, *„weil da noch manches möglich erscheint, was zwischen Mann und Frau an Unterdrückung der Frau nicht mehr so einfach läuft."* Es ist darum kaum noch zu fassen, mit welcher Bravour versucht wird, die Gleichsetzung oder Vermengung von sexuellem Mißbrauch von Kindern und Pädophilie mit der Behauptung zu verniedlichen, der Genosse der AG Sex habe nur alle „real existierenden" Formen der Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen problematisiert.

Nun noch Einiges zu den drei Punkten der sog. Scheinheiligkeit der Befürworter von Pädophilie (— vielen Dank für den Heiligenschein! —):

1. Sexueller Mißbrauch ist eine Frage der Definition, wie ich schon dargestellt habe. Wenn ich den Begriff bewußt enger fasse, heißt das doch keineswegs, das Problem zu verharmlosen.

2. Wie kommt der Verfasser darauf zu schreiben, *„es wird also stillschweigend so getan, als könnte sich kindliche Sexualität nur in der Beziehung mit einem Erwachsenen verwirklichen"*? In meinem Artikel in AK 137 steht vielmehr folgendes: *„.... und wieso sollte er ausschließlich Beziehungen zu älteren Partnern haben? Das ist weder kraft Logik noch anhand meiner persönlichen Erfahrung einzusehen"*. Es müßte doch klar sein, daß von mir damit Beziehungen von Kindern zu Kindern u n d Erwachsenen befürwortet werden.

3. Wir sollten hier doch besser unterscheiden zwischen einer zur Minderheit gemachten Gruppe, den Pädophilen, und dem Phänomen Pädophilie, d.h. der sexuellen Komponente im Umgang zwischen Kindern und a l l e n Erwachsenen. „Sexuell" ist im weitesten Sinne zu verstehen, also gehört auch Streicheln dazu. Somit wird klar, daß dies Problem kein Minderheitenproblem, sondern ein Gesamtgesellschaftliches ist. Ich weiß nicht, wie man auf den Gedanken kommen kann, ich diskutiere „ohne Unterleib". Mit viel größerer Berechtigung könnte man den Genossen der AG Sex (AK 134) fragen, warum er n u r mit dem Unterleib diskutiert, so als wenn man permenent mit einem Jungen ins Bett oder hinter den Busch ginge. So eine pädophile Beziehung besteht zum Glück aus mehr, wie es der Genosse des SSB (AK 137) in der letzten Spalte seines Artikels sehr treffend dargestellt hat. Es ist kaum zu glauben, wenn in dem Artikel von Kt von den Kindern als *„Wegwerfware [zum alsbaldigen sexuellen Verbrauch bestimmt]"* die Rede ist. Was für eine Vorstellung steht wohl dahinter (vielleicht Treue bis ans Lebensende)! J e d e menschliche Beziehung entwickelt sich bekanntlich weiter, so daß auch keine ewig halten kann. Ich weiß, wie schmerzlich es sein kann, wenn ein Junge „flügge" wird und das Interesse an der Beziehung verliert — mit „ex und hopp" hat das jedenfalls nichts zu tun.

Zum grundsätzlichen Verständnis sämtlicher Beziehungen im Kapitalismus darf man nicht deren Warencharakter außer acht lassen („Was krieg ich von dir — was geb' ich dir"). Darüber hinaus müssen wir uns darüber im klaren sein, daß alle unsere Beziehungen von verinnerlichten bürgerlichen Normen und Verhaltensmustern durchsetzt sind (ich erinnere nur an den frauenprügelnden Genossen). Das allein spricht aber nicht für oder gegen eine Form der Beziehung. Wenn es um „normale" und um pädophile Beziehungen geht, mißt der Genosse Kt offensichtlich mit zweierlei Maß: Er spricht von Bestechung durch *„Geld, Geschenke, eine tolle Reise usw."*, sogar gemeinsames Angeln ist ihm verdächtig. Womit sonst als mit gemeinsamen Interessen wie Angeln soll denn eine Beziehung gefüllt werden?

Stellen wir uns einmal folgenden Fall vor: Ein etwa gleichaltriges Hetero- oder schwules Paar wohnt zu-

den?
Stellen wir uns einmal folgenden Fall vor: Ein etwa gleichaltriges Hetero- oder schwules Paar wohnt zu-

sammen, der eine Partner studiert, erhält wenig BAFöG, der andere Partner arbeitet und verdient gut. In diesem Fall, der absolut nicht utopisch ist, geht der größte Teil der finanziellen Ausgaben zwangsläufig zu Lasten des Verdieners. „Natürlich, das ist doch klar —— solidarische Unterstützung!", höre ich die Genossen sagen. In einer pädophilen Beziehung aber ist dann für dieselbe Sache plötzlich von „Bestechung" die Rede. Außerdem frage ich mich, ob der Genosse noch nie seinen Freundinnen Geschenke gemacht hat. Selbstverständlich hat der Verfasser recht, daß ein Junge häufig stolz auf seinen erwachsenen Freund ist, aber wenn es statt des erwachsenen Freundes ein Mädchen wäre, sähe die Sache genauso aus. In dem Alter werden Beziehungen meist zum Statussymbol (genau wie das erste Mal mit einem Mädchen geschlafen zu haben), aber das Funktionalisieren, genau wie das starke Fixieren aufeinander, sind allgemeine Phänomene, die in jeder „normalen" bürgerlichen Beziehung vorkommen können (leider nicht nur dort!), genau wie sie in einer pädophilen Beziehung vorkommen k ö n n e n, aber eben nicht zwangsläufig Grundlage oder negative Begleiterscheinung der Beziehung sein m ü s s e n.

Wenn diese Dinge nicht beachtet werden, können wir aber nicht zu vernünftigen Ergebnissen in der Diskussion kommen. Ich möchte mit dem letzten Halbsatz von Kt schließen und ihn unterstützen: *„Wichtig ist, daß darüber ehrlich und sachlich diskutiert wird"*, und zwar möglichst viel und in allen Bereichen, um nach dem Umdenkprozeß zu einer breiten Unterstützung zu kommen.

WEG MIT §175 und §176 StGB!

O., Mitglied der
Theorie/Praxis-Gruppe der HAH
(Homosexuelle Aktion Hamburg)

• • •

Ich möchte nochmals in die Debatte eingreifen, weil ich befürchte, daß hier falsche Fronten womöglich aufgerissen werden. Ich möchte — vor allem gegenüber Kt — einige Dinge zumindest von meiner Seite her klarstellen, damit wir dann die gegensätzlichen Positionen klarer herausarbeiten können.

1. Ich finde es durchaus gut, wenn der sexuelle Mißbrauch von Kindern genauso wie von Erwachsenen im AK angeprangert wird — insofern hat meine Empörung nicht die Tatsache an sich zum Grund, sondern das wie und das warum. Hier ging es dem Genossen von der AG Sexualität darum, „schiefe Positionen" zu bekämpfen, die sich in Teilen der Linken breitzumachen scheinen. Und diese Positionen sind nicht die, daß sexueller M i ß b r a u c h von Kindern korrekt sei, sondern in erster Linie sind es Antithesen zu der herkömmlichen bürgerlichen Sexualmoral: nämlich, daß Kinder sowieso keine Sexualität haben, daß jegliche Form von Sex zwischen Erwachsenen und Kindern M i ß b r a u c h der Kinder sei usw. Diese Thesen wurden von einer Reihe von Wissenschaftlern angegriffen, manchmal vielleicht dabei ins andere Extrem verfallend und damit sexuelle Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen als das „reinste, schönste und beste überhaupt" darzustellen. Diese in der Regel von Pädophilen selbst gemachte „Vergötterung" der Pädophilie ist jedoch eher ein der repressiven Situation zuzuschreibendes Moment, das sich in einer freien Gesellschaft kaum weiterhalten wird, wenn Beziehungen von Kindern mit Erwachsenen nicht weiter tabuisiert werden.

Was nach Abzug dieser „Verschönerungen" übrig bleibt, sind die Feststellungen, daß auch sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern in einer offenen und freien Gesellschaft für beide Seiten lustvoll, weiterführend, produktiv und anderes sein können und daß andererseits die Schäden, die sexueller Mißbrauch heutzutage bewirkt, meist überproportional durch die nachherige Behandlung durch Polizei, Richter und Eltern bewirkt sind.

Nochmal zur Klarheit: Ich spreche mich entschieden gegen jeglichen Mißbrauch von Kindern aus, ob sexuell, ob als Bestätigungsobjekt oder als billige Arbeitskraft. Aber gleichzeitig bin ich genauso entschieden dagegen, jede sexuelle Beziehung dieser Art als Mißbrauch zu bezeichnen und somit abzulehnen. Nichts anderes tut der Genosse in seinem Artikel und noch eindeutiger Kt, wenn er in völlig unwissenschaftlicher Weise eine Zahl von 90 — 95% Vergewaltigungen aus

abzulehnen. Nichts anderes tut der Genosse in seinem Artikel und noch eindeutiger Kt, wenn er in völlig unwissenschaftlicher Weise eine Zahl von 90 — 95% Vergewaltigungen aus

dem Hut zaubert. Woher kommt eine solche Zahl, da es in der Tat „viel zu wenig empirisches Material" darüber gibt? Mao schrieb einmal, daß das richtige Denken nur aus der gesellschaftlichen Praxis, dem gesellschaftlichen Produktionskampf und dem wissenschaftlichen Experiment kommen. Bürgerliche Argumentation beruht oft auf u n wissenschaftlichen Experimenten oder entspringen nicht durch die Praxis überprüften Wunsch- oder Angstvorstellungen. Ich muß leider Kt den Vorwurf machen, sich allzu leichtsinnig aufs pseudowissenschaftliches Glatteis gewagt zu haben. Also lassen wir vorerst bitte die Vermutungen über das Verhältnis von Mißbrauch und positiven Beziehungen.

2. Es stimme also nicht, daß der Genosse sexuellen Mißbrauch mit Pädophilie gleichgesetzt habe. Wenn man/frau nach so einer wörtlichen Gleichsetzung sucht, wird er/sie auch kaum pfündig werden. Der Genosse geht da ja auch viel geschickter vor: Indem er sexuellen Mißbrauch von Kindern mit Hilfe von Zitaten zur Pädophilie belegt und ein Zitat beschreibt als *„schönen Mantel, der da den Interessen der ‚pädophilen' Erwachsenen umgehängt wird"*, sowie am Anfang ausführlich zu „Triebtätern" Stellung nimmt, tritt sehr wohl eine deutliche Vermengung ein. Und damit das altbekannte „Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen ist grundsätzlich Mißbrauch". Oder spricht der Genosse etwa nicht von „an Kindern sexuell vergreifen", stellt nicht die These auf, Männer würden mit Kindern ins Bett steigen, weil sie sich Frauen nicht mehr gewachsen sehen? Damit werden doch in keiner Weise positive Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern beschrieben!

Nun noch was zu der „Skepsis" hinsichtlich fortschrittlicher sexueller Beziehungen: Die Perspektive wird meist mehr von dem Kind bestimmt, das irgendwann die Beziehung in der bestandenen Intensität abbricht (z. B. weil es später einen gleichaltrigen Partner vorzieht). Und selbst wenn diese Beziehungen nicht länger als 5 oder 10 Jahre dauern, ist doch das Kriterium die Qualität, nicht die Dauer der Beziehung!

Ja, und was die Attraktivität des Erwachsenen für ein Kind bedeutet: Was für eine Theorie vertritt eigentlich Kt über das Zustandekommen von Beziehungen zwischen Erwachsenen? Doch wohl nicht, daß sie völlig „frei" und „unbeeinflußt" bei der Wahl des Partners seien? Daß dort nicht so etwas wie Nutzen, Steigerung der eigenen Anerkennung, jemanden haben, der einen grundsätzlich anerkennt usw. mit im Spiel sind? Das alles mag in Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern eine größere Rolle spielen, ich vermag aber nicht zu sehen, wieso das bei Kindern „Bestechung" genannt wird und bei Erwachsenen scheinbar nicht.

Ich will nicht behaupten, daß so etwas „nicht schade", dazu gibt es tatsächlich bisher zu wenig Untersuchungen darüber. Ich meine aber, mit meinem ersten Brief bewiesen zu haben, daß der Genosse wie auch die Genossin der AG Frauen genau das Gegenteil mit voller Überzeugung behaupten, nämlich, daß derartige Beziehungen den Kindern schaden!

Abschließend noch folgendes: Mir wäre es ausgesprochen lieber gewesen, der „Wüstlingshatz"-Artikel wäre nicht der erste Artikel gewesen, der sich grundsätzlich auch mit Pädophilie auseinandersetzt. Das läßt eben leider doch stark vermuten, daß hier das eine angeprangert wird, um das andere gleich mit abzulehnen.

PS: Ich warte eigentlich noch gespannt auf Reaktionen zu meiner Kritik an den „Anmerkungen einer Genossin der AG Frauen" hinsichtlich ihrer „revolutionären" Vorstellungen!

Ein Genosse des SSB/Hamburg

Anmerkung von Kt.

Mit ist aufgefallen, daß beide Genossen mich unbedingt sinnentstellend zitieren müssen: Laut O. soll ich geschrieben haben, daß 90 — 95% der sexuellen Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen *„Vergewaltigungen ... usf."* seien. Beim SSB-Genossen sieht es noch drastischer aus, danach soll ich von *„90 — 95% Vergewaltigungen"* gesprochen haben.

Anscheinend will man es sich unbedingt einfach machen. Tatsächlich jedoch habe ich Vergewaltigung nur als e i n e n Punkt von vielen erwähnt, ebenso aber bei diesen 90 —

bedingt einfach machen. Tatsächlich jedoch habe ich Vergewaltigung nur als e i n e n Punkt von vielen erwähnt, ebenso aber bei diesen 90 —

95% die verschiedensten Arten aufgezwungener Beziehungen oder halbwegs erzwungener Beziehungen (beispiesweise durch ältere Verwandte) genannt, habe hier auch z. B. die selbst heute noch nicht seltene Verwendung von Kindern durch katholische Pfaffen u.ä. erwähnt. Die „echte" Vergewaltigung von Kindern — obwohl auch diese Zahl heute entsetzlich hoch ist! — stellt sicher nur eine Minderheit dar gegenüber der unübersehbaren „Grauzone" von Fällen, wo z.B. Kinder jahrelang von älteren Verwandten als Sexualobjekt verwendet werden usw. usf.

Daß demgegenüber *subjektiv gute, zärtliche, solidarische sexuelle Beziehungen eines Erwachsenen zu einem Kind* unter h e u t i g e n Bedingungen nur eine sehr kleine Ausnahme sind, sagt einem doch der gesunde Menschenverstand — wenn's schon an Statistiken darüber aus leicht erklärlichen Gründen fehlt.

Ich frage mich auch: Warum hacken die beiden Genossen so auf diesem Punkt herum, wollen uns unbedingt klarmachen, daß es mit dem sexuellen Mißbrauch von Kindern doch längst nicht so schlimm sei, wie ich ganz unwissenschaftlich behauptet habe ...? *Was hat denn dieser Punkt überheupt mit ihrer sonstigen Argumentation zu tun?*

Geht es nicht doch darum, das Problem kräftig h e r u n t e r z u s p i e l e n, oder — wie O. schreibt — den Begriff des sexuellen Mißbrauchs von Kindern „neu zu definieren", ihn e n g e r zu ziehen, als ich oder die Genossen unserer Kinder-Kommission das bisher getan haben? Ihn praktisch auf förmlich Vergewaltigung einzugrenzen?

Mir scheint sich hier folgende Argumentation anzudeuten: Sexuelle Beziehungen sind nun mal im Kapitalismus meist repressiv und ungleichberechtigt. Sicher auch Beziehungen mit Kindern. Da wir trotzdem bekanntlich nicht gegen sexuelle Beziehungen sind, brauchen wir also auch Beziehungen mit Kindern nicht b e s o n d e r s zu problematisieren. Knapp gesagt: Warum soll's denn Kindern besser gehen als den Frauen, die ja auch sexuell unterdrückt werden?!...

Ich fände diese Art Argumentation einfach barbarisch! *Sie verkennt unsere b e s o n d e r e Verpflichtung gegenüber den Kindern.*



Die Diktatur der Normalität

Authentische Berichte über das Leben von Schwulen und Lesben sind in der bundesdeutschen Öffentlichkeit immer noch Mangelware. Sieht man etwa von A. Zieglers Film "Konsequenz" ab, bleibt der sich als "normal" empfindende Bürger von derlei Informationen unangefochten und kann sich – angesichts der permanenten Enthüllungen aus dem "Homo- und Lesbenmilieu" – seiner "Normalität" erfreuen. Die andere Seite der Medaille "Normalität" freilich ist das Leben im Ghetto, in das alle jene getrieben werden, die dem sexuellen bürgerlichen Normalitätsbegriff nicht entsprechen. Wie sich's dort lebt oder besser: nicht leben läßt, berichten acht schwule Männer und zwei schwule Frauen im Paperback "Ins Ghetto gedrängt". **Was dort niedergeschrieben wurde, entspricht homosexueller Wirklichkeit, d.h. die Berichte sind zu verallgemeinern, sie stellen keine Ausnahme dar. Deshalb empfehlen wir dieses Buch.**

Aus allen 10 Lebensläufen wird erkennbar, wie scharf in einer zwangsheteroesexuellen Klassengesellschaft die Grenzen zwischen Homo- und Hetereosexualität gezogen sind. Homosexuelle Wünsche zu realisieren, bedeutet: Angst zu überwinden – die Angst, nicht "normal" zu sein. Diese Angst wird erklärlich aus den staatlichen und gesellschaftlichen Repressionen , denen ein "Unnormaler" ausgesetzt ist.

Sämtliche "normalen" Verhaltensmuster sind auf die Beziehungen

staatlichen und gesellschaftlichen Repressionen , denen ein "Unnormaler" ausgesetzt ist.
Sämtliche "normalen" Verhaltensmuster sind auf die Beziehungen

zwischen Männern und Frauen, auf männlich – weiblich zugeschnitten. Vom Schlager ("Girls, Girls, Girls") über die Sexualerziehung in den Schulen bis zur textilen Modefarbe. Schwul sein bedeutet, daß alle diese Schuhe nicht passen, außerhalb der Normalität zu stehen.

Der Schwule wird, wie jeder andere Mensch unter der Diktatur der Normalität auch, im Laufe seiner Entwicklung und Erziehung mit einem "normalen" Bewußtsein ausgestattet: schwul – das sind die anderen, nicht ich. Was der später selbst Schwule über Schwule gehört und gelernt hat, unterscheidet sich in nichts von dem, was der "normale" Bürger über Schwule weiß – von Eltern, aus der Zeitung, von Freunden, aus Witzen oder vom Schweigen, wenn es auf das Thema Homosexualität kommt. Beim "Coming Out" knallt dann das anerzogene Bewußtsein mit dem Selbstwertgefühl zusammen. Und so passiert es, daß Michael (26) schreibt: *"Obwohl ich den Vorwurf, homosexuell zu sein, damals* (mit 17 – Anm.AG Sex) *strikt ablehnte, bekannte ich mich doch kompromißlos dazu, meinen Freund zu lieben. Für mich hatte das nichts mit Schwulsein zu tun, sondern ich begriff unsere Freundschaft als individuelle Beziehung, die nur zufällig gleichgeschlechtlicher Art war. Das offene Bekenntnis reizte meine Eltern vermutlich noch mehr; nun war ich nicht mehr nur 'kriminell' und 'asozial', sondern auch noch ein 'Schwein' und 'pervers'* " (S.54). Eine typische Situation im Leben des Schwulen. Die für die Person Michael zunächst noch völlig natürliche Liebe zu seinem Freund ist noch völlig unbelastet. Ihm fehlt noch die Zensur seiner Gefühle. Den Schuh "Schwul sein" kann er sich (noch) nicht anziehen. Jener Zustand wird erst durch die Erkenntnis zerfetzt, daß s e i n e Liebe gesellschaftlich mit Verachtung gestraft wird. Doch diese Erkenntnis läßt nicht lange auf sich warten, die Schere im Kopf schnappt zu: *"Frei von äußeren Zwängen fingen wir nun jedoch an, uns selbst neue Probleme zu schaffen. Mein Freund behauptete immer öfter von sich, er sei 'schwul'; er sei nicht auf mich als Person fixiert, sondern auch, weil ich ein Junge sei, und er könne wohl niemals etwas mit Frauen anfangen. Er begann, sich für schwule Lokale zu interessieren, er nahm Kontakte zu einer Homosexuellenorganisation auf und kaufte sich entsprechende Magazine. Das war mir sehr peinlich. Nachdem er sich diese Ideen nicht ausreden ließ, versuchte ich, ihn zu bestrafen. Immer mehr ließ ich meine Launen an ihm aus, öffentlich war ich bemüht, mich von ihm abzugrenzen. Höhepunkt dessen war, daß ich mir sogar eine Freundin suchte, die ich prahlend seinem schäbigen Schwulsein entgegenhielt"* (S.56). Solange es eine L e i s t u n g ist, mit einer Frau eine Liebesbeziehung einzugehen, können Schwule sich nicht emanzipieren. Die verinnerlichte Normalität läßt sie die eigene Homosexualität ablehnen. Schwule wollen nicht schwul sein, sondern so "normal" wie ihre Unterdrücker. Die durch die Diktatur der Normalität erzwungene Trennung von Person und Sexualität, die Spaltung des Schwulen in einen öffentlichen und einen privaten Menschen, ist ein langer, äußerst konfliktreicher Prozeß: Depressionen, Isolierung, Selbst-

son und Sexualität, die Spaltung des Schwulen in einen öffentlichen und einen privaten Menschen, ist ein langer, äußerst konfliktreicher Prozeß: Depressionen, Isolierung, Selbst-

mordversuche, Abhängigkeit von Psychopharmaka, Alkoholismus, "Durchdrehen", "Flucht" in eine organische Krankheit, Einweisung in geschlossene Abteilungen der Psychiatrie sind keine Ausnahmen, sondern die Regel, die ein Schwuler in dieser oder jener Form bei der Abnippelung von der Normalität durchlebt.

Während sich Heterosexualität öffentlich darstellt (vom sonntäglichen Familienspaziergang bis zum öffentlichen Schmusen eines Heteropaares und den "Montagsgesprächen" im Betrieb), wird der Schwule gezwungen, sich in der Öffentlichkeit eine heterosexuelle Charaktermaske anzulegen, sich womöglich (siehe Michael) um eine "Sandfrau" (= streut der Öffentlichkeit Sand in die Augen) zu bemühen und seine Sexualität in nächtliche Ghettos zu verlagern: *"Tagsüber war ich der angepaßte Arbeiter, nachts aber, im Schutz der Dunkelheit, führte ich ein Leben, von dem meine Arbeitskollegen gar nichts ahnten. Der Bahnhof, Parks und Klappen* (öffentliche WC's – Anm. AG Sex) *wurden die Anlaufstellen, an denen die kurzen und flüchtigen Sexualkontekte stattfanden"* (S.109). Nur die "stabileren" Schwulen wagen den Schritt in die schwulen Lokale und Discos (so vorhanden), denn die verinnerlichte zwangsheterosexuelle Normalität produziert beim Schwulen selbst schwulenfeindliche Ängste und erschwert die Solidarität untereinander: *"Etwa in ein schwules Lokal zu gehen, war mir zu jener Zeit noch absolut unmöglich; ich fürchtete allen Ernstes, an der Schwelle eines solchen Lokales, das in meiner Vorstellung zweifellos eine Art Sündenbabel darstellte, vor Angst ohnmächtig zu werden oder noch Schlimmeres, was immer das sein mag."* (S.91).

Der Zwang zur Normalität wird zum Anpassungszwang, der den Verlust der eigenen Identität zur Folge hat: *"Gerade das Auffallen war immer meine größte Sorge – nur nichts anderes machen als die Heteros, nur nicht so aussehen oder sich so benehmen, wie der Homosexuelle in der Öffentlichkeit dargestellt wird, nur keine Schwächen zeigen..."* (S.25). Die "Schwäche" liegt im Persönlichen, das bei einem Homosexuellen/ einer Lesben erzwungenermaßen nach außen ge-

gestellt wird, nur keine Schwächen zeigen..." (S.25). Die "Schwäche" liegt im Persönlichen, das bei einem Homosexuellen/ einer Lesben erzwungenermaßen nach außen ge-

kehrt wird. Schwulenfeindlichkeit ist immer etwas Persönliches, da Sexualität etwas Persönliches ist. Jede antischwule Bemerkung, jedes soziale Ausgrenzen, jedes Weigern eines "Normalen", die Homosexualität eines Schwulen zur Kenntnis zu nehmen (wenn er es mal öffentlich gemacht hat), rüttelt an dem mühselig aufgebauten Selbstbewußtsein, das von der Normalität immer wieder in Frage gestellt wird. Christine, 32, begründet ihren Rückzug ins Ghetto: *"Auch Freundschaften sind problematisch. Ich habe keine Neigung mehr, spontan auf der Uni oder der Arbeit, ... Kontakte mit symphatischen Menschen anzuknüpfen; die Unlust, ihnen sagen zu müssen, daß ich anders bin, ist für mich zu groß. Freundschaften, bei denen ich mich gleichberechtigt und gleichwertig empfinden kann, sind mir nur noch mit Homosexuellen möglich."* (S.102).

Szene aus dem Film „Die Konsequenz"

Zwingt die Diktatur der Normalität Sexualität generell in die "Intimsphäre", so machen die Propaganda-Agenturen der Herrschenden (abgesehen von der Vermarktung) nur Ausnahmen davon, wenn es gilt, die "Abgründe" aufzuzeigen, die sich beim Verlassen des "normalen" Weges angeblich auftun. Sexuelle Minderheiten, die mit der Propagierung einer sexuellen Normalität geschaffen werden, haben die Funktion, die Diktatur der Normalität zu stützen – wenn sie sich nicht gegen ihre Diffamierung wehren! Massenhaft und militant! Sogenannte "sexuelle Randgruppen", z.B. Prostis, Nymphomaninnen, Lesben, Schwule usw. werden nach dem Motto : "Abnormitäten führen zu Krankheit und Verbrechen" als "Unnormale", "Abartige", "Kranke", "Perverse" zur ideologischen und juristischen Absicherung des Systems der Normalität benötigt. Kämpft eine Frau gegen die ihr zugeschriebene „normale" Rolle, wird sie als lesbisch (= „abartig") diffamiert; umarmt ein Mann einen anderen etwas länger als "normal", gerät er in den Verdacht der Homosexualität (="abartig").

Und die Vermarktung der Sexualität schafft neues "Unnormales": den Voyeurismus ("Spannertum"). Die nackte Frau auf einer Hundefutterverpackung oder der Autoreifenreklame kann –neben dem Kaufanreiz – dem Hetero ebenso als Onaniervorlage dienen wie dem isolierten Schwulen der Blick durch das Loch in der Toilettenwand. Die „Peepshow" vermarktet beides: Spannertum und Onanie – die Minute zu 1 DM. Mit unseren wirklichen Bedürfnissen hat das soviel zu tun wie der Fisch mit dem Fahrrad!

In einer Gesellschaft, die im sexuellen Bereich nur ein „Entweder–Oder", ein "Normal oder Nichtnormal" kennt, in der es keine Mitte gibt, keine fließenden Übergänge von Hetero- und Homosexualität, wird die Ausgrenzung als Schwuler zum permanenten persönlichen Verlust: *"Meine Freundschaft mit Georg dauerte etwa 5 Jahre. Wir waren sooft wie möglich zusammen. Er holte mich aus meiner Zurückgezogenheit heraus. Er war auch das erste männliche Wesen, bei dem ich Zärtlichkeit erlebte. Unsere Freundschaft ging in die Brüche, als er ein Mädchen kennenlernte. Ich hatte damals sehr an der Trennung zu 'knabbern'. Er heiratete das Mädchen und kennt mich seit der Zeit nicht mehr. Wenn wir uns begegneten, wechselte er die Straßenseite. Wahrscheinlich ist es ihm peinlich, einmal homosexuelle Beziehungen gehabt zu haben."* (S. 28).

Fließende Übergänge, Bi-Sexualität, d.h. das jeweilige Festmachen der Sexualität an der geliebten Person und den eigenen Bedürfnissen, nicht am Geschlecht, wird unter der herrschenden Diktatur der Normalität zum Trauma, zum hilflosen, lähmenden: "Ich weiß nicht, was ich will ",

am Geschlecht, wird unter der herrschenden Diktatur der Normalität zum Trauma, zum hilflosen, lähmenden: "Ich weiß nicht, was ich will ",

das alle Bereiche des Lebens umfassen kann. *"Zwischen Else und mir entspann sich eine Liebesbeziehung. Zum ersten mal in meinem Leben lernte ich Zärtlichkeit kennen. Während dreier Monate hatte ich ausschließlich mit ihr sexuellen Verkehr. Ich war überzeugt, daß meine Homosexualität ein Irrtum sei. Ich dachte noch in der 'Entweder-oder-Kategorie', das 'Sowohl-als-auch-Denken' war mir zu jener Zeit noch unbekannt. Nach drei Monaten allerdings floh ich. Das Gefühl, von Else verschlungen zu werden, war zu stark. Die Liebesbeziehung hatte mich so aufgewühlt, daß ich nach der Trennung in eine tiefe Depression stürzte. Ich wußte nicht mehr, was an meinen Gefühlen echt war und was nicht. Die Frage meiner sexuellen Identität wurde zu einer unerträglichen Belastung für mich."* (S: 111).

Ein "Heterosexueller" nach einer dreimonatigen freundschaftlichen Beziehung zu einem Schwulen: *"Deine Ansprüche laufen – ungewollt oder nicht – auf eine Zweisamkeit hinaus, bei der du mich in Deinen Isolationskurs mithineinziehst. Das bedrückt mich und das will ich nicht... ich werde mich von dir zurückziehen ... ich sehe es auch als Niederlage."*

Aus Niederlagen müssen Siege werden! Die Diktatur der Normalität können wir nur gemeinsam stürzen, sie geht uns alle an. Solange wir unsere eigenen Bedürfnisse nicht ernst nehmen, sie als "Psychokram" zensieren und diffamieren, wird es uns nicht gelingen, eine solidarische Front gegen jene Diktatur der Normalität aufzubauen. Die bürgerliche Trennung von Privat und Öffentlich schafft "Intimsphäre", schafft Käfige, in denen sich jeder so einrichtet, wie er/sie es eben kann. Die Käfige müssen zertrümmert, die Mauern eingerissen werden, wir wollen den g a n z e n Menschen: **Offenheit, Ehrlichkeit, Verantwortlichkeit, Vertrauen müssen erkämpft werden, sie fallen uns nicht von selbst in den Schoß. Fangen wir an, dafür zu kämpfen, indem wir die Agenturen der Normalität bekämpfen!**

Das vorliegende Buch ist ein erster Schritt aus dem Ghetto. Solange die Betroffenen schweigen, und ihre Ausgrenzung als individuelles Versagen begreifen, kann sich nichts ändern, bleibt die Normalität unangetastet. Es ist ein Verdienst der "Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgemeinschaft" (AHA Westberlin), daß diese Berichte an die Öffentlichkeit kamen, verbunden mit fünf Forderungen zur Emanzipation der Schwulen:

"1. Die ersatzlose Streichung des § 175 StGB.
2. Die Herabsetzung des Schutzalters auf das für Heterosexuelle geltende Recht.
3. Die Schaffung eines Gesetzes gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Präferenz (etwa auf der Grundlage eines Zusatzes zu Artikel 3, Abs. 3 GG).
4. Die Förderung von sexualwissenschaftlicher Forschung und Verbreitung ihrer Ergebnisse.
5. Sexualkundeunterricht an allen Schulen unter vorurteilsfreier Behandlung des Themas Homosexualität als eine mögliche Form der Sexualität."

Wir unterstützen diese Forderungen.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß das Buch vom "Geschäftsführenden Direktor des Diakonischen Werkes in Berlin (W)" herausgegeben und im Lutherischen Verlagshaus Hamburg verlegt wurde. Tut sich was an der Kirchenfront? ...

Als grotesk müssen wir allerdings die Antworten auf "tiefenpsychologische Fragen" nach den Ursachen der Homosexualität ansehen, die im letzten Teil des Buches verhackstückt werden und für die ein "Kinder- und Jugendpsychotherapeut" verantwortlich zeichnet. Dieses Kapitel fällt aus dem Rahmen des sonst fortschrittlichen und informativen Buches. Ob es nun die "negativ, kastrierende Mutter" (S.157) ist oder ein "jähzorniger Vater" (S.159), der sich vom angeblichen Kommunisten zum Zeugen Jehovas entwickelte oder vielleicht doch ein "erbbiologischer Faktor" – das ist lediglich eine Frage, die sich vor dem Hintergrund der Diktatur der Normalität stellt: das "Unnormale" muß erklärt werden, damit das "Normale" unhinterfragt bleiben kann. Warum wird nicht nach den Ursachen der Heterosexualität gefragt? Warum versuchen bürgerliche Wissenschaftler, Schwarzen eine biologisch begründete „verminderte Intelligenz" nazuweisen? Warum werden „Emanzen" als „lesbische Kühe" diffamiert? Warum hat es *"in den USA Ende der 60er Jahre aus Anlaß der Unruhen in einigen Großstädten den offiziellen Vorschlag einiger amerikanischer Neurochirurgen gegeben, besonders gewalttätige Teilnehmer dieser Unruhen auf Störungen ihrer Gehirn-*

schlag einiger amerikanischer Neurochirurgen gegeben, besonders gewalttätige Teilnehmer dieser Unruhen auf Störungen ihrer Gehirn-

tätigkeit zu untersuchen. Gegebenenfalls sollten sie durch eine Operation im Mandelkern von iher Gewalttätigkeit befreit werden" (zitiert nach KB-Broschüre "Menschenversuche in der BRD", S.11).

Diese "Untersuchungen" haben den Sinn, die Herrschaft der Unterdrücker und Ausbeuter "wissenschaftlich" zu legitimieren. Nicht der Homosexuelle ist pervers, nicht der Schwarze ist biologisch dumm, nicht die Teilnehmer an Unruhen sind „gestört", sondern die Herrschenden sind pervers.

NIEDER MIT DER NORMALITÄT!

Schwule Genossen der AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Homosexuelle berichten: Ins Ghetto gedrängt. Lutherisches Verlagshaus Hamburg, 1978. Preis: DM 9.80

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 12.500
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00
Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents
Einem Teil dieser Auflage liegt eine Beilage bei!

Befreiungstag der Schwulen und Lesben in Stockholm



Am 2. September fand in Stockholm der "Befreiungstag der Schwulen und Lesben" Skandinaviens statt. 1977 hatte die schwedische Schwulen- und Lesbenorganisation RFSL („Reichsbund für sexuelle Gleichberechtigung") zum ersten Mal dazu aufgerufen, in Skandinavien einen "gay and lesbian liberation day" zu begehen, in Erinnerung an den Christopher street day in den USA (Schwulenrebellion gegen Bullenübergriffe 1969). Gekommen waren 400 Schwule und Lesben. Dieses Jahr kamen 600: aus den Gruppen der RFSL in Stockholm, Uppsala und Malmö, aus befreundeten Schwulen- und Lesbengruppen in Dänemark, Norwegen und Finnland, aus dem übrigen Westeuropa und aus den USA.

Am Vorabend der Veranstaltung fand eine Filmvorführung statt. U.a. wurde der dänische Film "Du er ikke allene" ("Du bist nicht allein") gezeigt. Er schildert das Leben in einem Knabeninternat und die sexuelle Liebe von zwei 12- oder 13-jährigen Jungen. Der Film wurde mit großem Beifall bedacht. Die RFSL überlegt sich konkret, ihn in den nächsten Monaten in Stockholmer Schulklassen vorzuführen! Entsprechende Verbindungen bestehen seit längerem.

Höhepunkt des Treffens war eine Demonstration am Samstag-Mittag durch die Innenstadt. Schwule und Lesben demonstrierten gemeinsam für ihre Rechte; beteiligt waren auch einige punks ("punks against racism"). Auf den Transparenten war u.a. zu lesen: "Antidiskriminierungsgesetz jetzt", "Schwule und Lesben aller Länder vereinigt euch", "100. 000 Schwule in Hitler-Deutschland ermordet", "Stoppt die antihomosexuelle Gesetzgebung in Griechenland", "Schwulenkampf = Klassenkampf", "Schwule für den Sozialismus".

Immer wieder ertönte das Lied "Ain't gonna let nobody turn me round" (etwa: "Ich laß mich durch niemanden herumkriegen"), abwechselnd mit den Namen Anita Bryant, Mary Whitehouse, National Front (Faschisten), Frank Baude (Politiker der moskau-treuen schwedischen KP; Baude hatte die Schwulen als "Krankheit des Kapitalismus" diffamiert).

Zum Abschluß der Demo versammelten sich die Teilnehmer in der Aula eines Stockholmer Gymnasiums. Zwei schwule Sänger – bekannt durch Fernsehen und Platten – traten auf. Höhepunkt dieser Kundgebung war die Ansprache von Jörn Svensson, Fraktionsvorsitzender der VPK (Euro-"kommunisten") im schwedischen Parlament. Svensson setzte sich voll für die Rechte und Interessen der Schwulen und Lesben ein und wurde dafür mit langanhaltendem Beifall bedacht. Svensson hatte sich im März 78 im schwedischen Parlament für die Herabsetzung der Schutzaltersgrenze für Heteros und Schwule auf 15 Jahre und für Antidiskriminierungsgesetze eingesetzt. Dabei *"sprach er zu unseren Gunsten in einer offenen Sprache, die Schwule selbst kaum zu gebrauchen gewagt hatten. Er beschuldigte seine Parlamentskollegen, sich selbst zu unterdrücken und ihre eigenen homosexuellen Gefühle zu fürchten."* ("gay news" vom 24.8.78).

Schwule Genossen der AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

SEX FRONT ist wieder da — wie lange noch?

Jahrelang war es nur durch intensives Stöbern aufzutreiben, seit einiger Zeit ist es wieder im Buchhandel: **„Sexfront"** von Günter Amendt. Und schon droht die Gefahr, daß es wieder verschwindet! Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat gegen die Inhaber des „2001-Versandes" Anzeige wegen des Vertriebs des Buches erstattet. Nach Auffassung der Sittenwächter ist „Sexfront" *„pornographisch"* und *„geeignet, Kinder oder Jugendliche schwer zu gefährden."* Ergebnis dieser Anzeige kann die Beschlagnahme des Buches oder aber die Indizierung als „jugendgefährdend" durch die zuständige Bundesprüfstelle sein (d.h. das Buch dürfte nur noch unter dem Ladentisch vertrieben werden, keine Werbung mehr betrieben werden).

„Sexfront" wäre nicht das erste Opfer staatlicher Zensur fortschrittlicher Aufklärungsbücher. **„Zeig mal"** – ein Bildband – steht unseres Wissens immer noch auf dem Index der jugendgefährdenden Schriften. An den westdeutschen Schulen sind nach wie vor nur „wissenschaftliche" Werke zur „Biologie des Menschen" für den Sexualkundeunterricht zugelassen. Die Verwendung von halbwegs menschlichen Büchern wie **„Zu Zweit"**, **„Sexualinformation für Jugendliche"**, **„Vom Liebhaben und Kinderkriegen"** läuft – angesichts wachsamer sittenstrenger Eltern – auf das persönliche Risiko fortschrittlicher Lehrer.

SEXFRONT – lesenswert!

„Sexfront" erschien 1970 im frankfurter März-Verlag, der damals mit fortschrittlicher linker Literatur (z.B. Edgar Snow, „Roter Stern über China"), aber auch arbeiter- und frauenfeindlicher Pornographie („Laß jucken, Kumpel") Geschäfte machte. Das Buch „Sexfront" wurde bald ein Bestseller unter Jugendlichen, fortschrittlichen Erziehern u.a., was den Verlag aber nicht davon abhielt, mit „abflauender Konjunktur" für das gemischte Verlagsprogramm Konkurs zu machen. Unmittelbar nach Erscheinen von „Sexfront" hatte sich damals schon die rheinland-pfälzische Landesregierung bemüht, das Buch aus dem Verkehr zu ziehen. Ein Antrag auf Indizierung bei der Bundesprüfstelle für „jugendgefährdende Schriften" wurde jedoch Anfang 1971 abgelehnt („FR", 7.9.1978).

Amendts Buch ist Ergebnis der Erfahrungen, die die damalige Schüler- und Studentenbewegung bei der Beschäftigung mit der Sexualität von Kindern und besonders Jugendlichen gemacht hat. Es ist in Sachen „Sexualerziehung" sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluß (dazu mehr in einer der folgenden Ausgaben des AK). Aber wenn wir überhaupt die verfügbaren Bücher zur Sexualaufklärung benutzen, dann gehört dies sicherlich dazu. Denn dort werden Kindern und Jugendlichen unzählige Ängste, z.B. vor Selbstbefriedigung, Geschlechtskrankheiten, sexuellem „Versagen" genommen und sehr praktische Informationen gegeben, was zu bedenken ist, bevor Sexualität wirklich Spaß und Lust macht. Entsprechend fehlt natürlich jeder Firlefanz in Sachen „Fortpflanzung" – auf den selbst andere halbwegs akzeptable Bücher (s.o.) nicht verzichten: *„Ich verzichte hier wie im folgenden absichtlich auf die ausführliche Darstellung von biologischen Grundtatsachen der Sexualität. Sie interessieren nur da, wo falsche Vorstellungen zur Bildung von Mythen und Ammenmärchen führen, bzw. wo die Unkenntnis solcher biologischer Grundlagen Angstvorstellungen weckt und eine lustvolle Sexualität verhindert. Wo es um Lust geht, hat die ausführliche Darstellung biologischer Grundlagen und chemischer Vorgänge eine Ablenkungsaufgabe. Nicht umsonst sind die traditionellen Sexualaufklärungsbücher mit solchen Informationen geradezu überschwemmt. Die naturwissenschaftliche Sachlichkeit, mit der da aufgeklärt wird, hat keine andere Aufgabe, als Unsachlichkeit und Vorurteile gegenüber sexuellen Lustmöglichkeiten zu verschleiern"* („Sexfront", S. 18 f.). Entsprechend ist „Sexfront" unseres Wissens nach das einzige Aufklärungsbuch, in dem jede Äußerung zur „Fortpflanzung" fehlt – abgesehen von der Kritik an dem hohen Preis der „Anti-Baby-Pille".

Und noch in mindestens drei weiteren Punkten hebt sich „Sexfront" von anderen für fortschrittliche Erziehung brauchbaren Büchern ab:

- „Sexfront befaßt sich mit dem bürgerlichen Rollendiktat: *„Tiefverwurzelt herrscht in dieser Gesellschaft noch immer die Einstellung, die Frau habe dem Manne zu dienen. Von Beginn seiner Erziehung an wird das Mädchen auf diese Rolle vorbereitet..."*
- „Sexfront" behandelt die Homosexualität nicht unter „ferner liefen".
- „Sexfront" befaßt sich eingehend mit der Funktion der Sexualunterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft und widerspricht der damals weit verbreiteten Position, die Unterdrückung der Sexualität sei die Wurzel allen Übels: *„Auch ein solches Buch soll nicht den Anschein erwecken, als wären Glückserwartungen zu befriedigen durch technische Anweisungen. Sexuelle Aufklärung kann ebensowenig wie psychoanalytische Theorie über die 'Unzulänglichkeit menschlichen Strebens' hinwegtäuschen, solange eine dem Menschen feindliche Gesellschaft immer wieder zulangt und die eben gefallenen Fesseln durch neue raffiniertere ersetzt."*

Die Tatsache, daß „Sexfront" eben nicht nur ein „Aufklärungsbuch", sondern auch ein politisches Buch ist, ist wohl auch die Ursache für die jetzt angelaufene Aktivität der Frankfurter Staatsanwaltschaft. Denn das Buch ist in der Sprache und den wenigen Abbildungen sicherlich weit weniger „pornographisch" als z.B. die „Sexualinformationen für Jugendliche" oder die regelmäßigen Serien der bürgerlichen Massenpresse über „Sexorgien" in der BRD und anderswo. Am besten treten wir diesem weiteren Fall politischer Zensur dadurch entgegen, daß wir „Sexfront – wo es jetzt wieder da ist – benutzen!

Kinderkommission
KB / Gruppe Hamburg

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)

(Eutin, Plön, Malente)

H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
R. Gehring
Kirchweg 64
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Sallerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 120 E



»Kunstfehler«

Es vergeht kaum noch ein Ärztekongreß, auf dem nicht über das Thema „Kunstfehler" diskutiert wird. So auch auf dem am 12.9. begonnenen Gynäkologen-Kongreß. Was dabei an wahren Horrorgeschichten über die gesundheitliche Versorgung herauskommt — man mag schon nicht mehr ins Krankenhaus oder zum Arzt gehen.

Drei Beispiele:

1. Eine 40jährige Frau geht zur gynäkologischen Untersuchung. Sofort wird eine Operation angesetzt, denn ein Tumor wurde bei ihr entdeckt. Schnell wird die Bauchdecke geöffnet. Statt des Tumors wird ein Fötus gefunden. Der Arzt hatte „vergessen" einen Schwangerschaftstest zu machen. Das Gericht entschied später, daß das auch gar nicht notwendig gewesen sei, denn *„bei einer 40 Jahre alten Frau sei die Wahrscheinlichkeit einer Schwangerschaft so gering, daß der unterlassene Test nicht als Kunstfehler zu werten sei"* (Hamburger Abendblatt, 13.9.78).
2. Einem Mann wurde der Blinddarm herausgenommen. Am Nachmittag fiel der Blutdruck stark ab. Aber erst in der Nacht wurden innere Blutungen festgestellt. Der Patient starb. Der Bundesgerichtshof sah es in einem Prozeß um diesen „Fall" als „schweren Kunstfehler" an, daß der Arzt nicht bei dem rapiden Blutdruckabfall an innere Blutungen gedacht hat.
3. Ein Arzt deutet die Gelbfärbung eines neugeborenen Kindes nicht als Unverträglichkeit der Rhesus-Faktoren im Blut an. Er tauscht das Blut des Neugeborenen nicht aus. Das Kind stirbt. Bei der Klage der Eltern gegen den behandelnden Arzt verlangt das Gericht vom Arzt den Nachweis, *„daß das Kind auch bei einem sofortigen Blutaustausch gestorben wäre. Diesen Beweis konnte der Arzt nicht liefern"* (HA, 13.9.78).

Mit diesen Beispielen wollten der Göttinger Jurist Prof. Deutsch auf dem Gynäkologen-Kongreß darauf hinaus, daß bei einem „schweren ärztlichen Kunstgriff" immer mehr Gerichte vom behandelnden Arzt Beweise seiner Unschuld fordern. *„Bei geringfügigen Kunstfehlern trägt nach wie vor der Patient allein die Beweislast"* (HA, 13.9.78). Das sehen wir als glatte Schutzbehauptung an. Denn die Praxis zeigt, daß trotz zunehmender Öffentlichkeit über das Thema „Kunstfehler" es Patienten in der Regel schwer haben, mit ihrem Anspruch überhaupt vor Gericht zu kommen, Gutachter zu finden, Einsicht in ihre Krankheitsbilder zu bekommen etc. Der Mediziner-Kritiker Kurt Blüchel schreibt dazu: *„Deutsche Ärzte für fehlerhafte Behandlungen haftbar machen zu wollen, ist fast genauso aussichtslos wie etwa der Versuch, einen Menschen wiederzubeleben, der eine Stunde im Wasser lag. Geschädigte Patienten, die, auf Wiedergutmachung in klingender Münze hoffend, ihr Recht bei Gericht suchten, mußten bisher damit rechnen, in einen juristischen Seiltanz verwickelt zu werden, der meist mit nichts anderem als einer Beschwörung der angeblich höheren Gewalt endete. Fast immer konnte sich der Beklagte mit Entschuldigungsformeln wie ‚nicht voraussehbare Folgen' oder ‚schicksalsmäßig bedingter Krankheitsverlauf' aus der Affäre ziehen. Prozesse, in denen schließlich dem Arzt ein ‚Kunstfehler' nachgewiesen wurde — der geschädigte Patient also zu seinem Recht kam —, sind höchst seltene Ausnahmen"* (Blüchel, Das Mediziner-Syndikat, veröffentlicht im Mai 1978 im Rowolt Taschenbuch Verlag, S. 114).

„Angesichts einer von Fachleuten geschätzten Zahl von etwa 500.000 (!!) ärztlichen Straftaten [‚Kunstfehlern'] in den 3600 Krankenhäusern (Bundesrepublik, Anm. AK) *— die Zahl der ‚Kunstfehler' in den ärztlichen Praxen ist wahrscheinlich noch wesentlich höher —, läßt sich beim besten Willen nicht sagen, daß die Justiz [von den Ärztekammern ganz zu schweigen] die Bevölkerung wirksam vor einer Beeinträchtigung an Leben und Gesundheit durch medizinische Pfuscherei schützt. Die angewandten Methoden zur Entdeckung von Kunstfehlern sind fast völlig von Zufällen abhängig . . .*

Auf dem medizinischen Sektor ist jede Justiztätigkeit reines Stückwerk und häufig lediglich undichten Stellen im ärztlichen ‚Geheimbund' zu verdanken. Häufig werden in den medizinischen Universitäten und Ärztekammern die Weichen für die Entwicklung ärztlicher Kunstfehler-Aspiranten bereits gestellt, hier werden Qualität und Offenheit nur allzu oft bestraft" (ebenda, S. 176).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

des Neugeborenen nicht aus. Das Kind stirbt. Bei der Klage der Eltern
‚nicht voraussehbare Folgen' oder ‚schicksalsmäßig bedingter Krank-
26 Krebstote

Arzthelferin — ein »Traumberuf« ohne Bezahlung?

Nach längerer Suche fand die 17jährige Petra G. endlich einen Ausbildungsplatz. Der Facharzt für Kinderkrankheiten und Kurarzt Dr. S. aus Reichenhall bot ihr eine Stelle als Arzthelferin an. Er präsentierte Petra einen Ausbildungsvertrag, nach dem sich ihr Vater verpflichten muß, die Vergütung für Petras Arbeit „zu jedem Monatsersten" pünktlich an der Arzt zurückzuüberweisen!

Die Einstellung erfolge nur, so der Vertrag von Dr. S., wenn *„hierdurch für mich keine finanziellen Belastungen entstehen"* (Vorwärts, 24.8.78).

Petras Vater unterschreibt nicht. Er wendet sich als ÖTV-Mitglied an „seine Gewerkschaft". Die bezeichnet den Vertrag „schlicht als Erpressung", „eindeutig sittenwidrig", außerdem verstoße der Vertrag gleich gegen mehrere Paragraphen des Berufsbildungsgesetzes. Und Dr. S. ist noch heute ein *„gläubiger, konservativer und aufrechter Mann, am Ort wohlangesehen . . ."* (ebenda).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neue Mieterhöhungen drohen!

Hamburg:
In vielen Städten der BRD gibt es seit einigen Jahren sog. „Mietenspiegel", die Angaben über die „ortsübliche Vergleichsmiete" machen sollen.

„Mietenspiegel" werden ausgehandelt zwischen Hausbesitzern, Mieterfunktionären und Behörden und in der Regel jedes Jahr weiter „fortgeschrieben" - als Grundlage für immer höhere Mieten!

In Hamburg ist dieses Jahr kein neuer Mietenspiegel erschienen - man konnte sich nicht einigen, wieviel den Mietern abgeknöpft werden soll.

Durch die Einführung des „Weißen Kreises" Anfang 1977 wurden in Hamburg die staatlich festgesetzten Höchstmieten für Altbauten außer Kraft gesetzt. Seither wird die Miethöhe durch die „ortsübliche Vergleichsmiete" bestimmt, zu deren Ermittlung es drei Möglichkeiten gibt:

- Sachverständigengutachten (der Sachverständige ist meist ein Makler und von daher ohnehin den Hausbesitzern verpflichtet)
- Angabe von 3 Vergleichswohnungen (der Grundeigentümerverband stellt dafür Computer-Daten mit Höchstmieten zur Verfügung)
- der Mietenspiegel, der als „neutrales" Instrument gilt.

Streng genommen wären Mieterhöhungen über den Wert der einmal ermittelten ortsüblichen Mieten hinaus gar nicht möglich, wenn nicht dauernd ü b e r h ö h t e Mieten im Vergleichsmietenverfahren zugrundegelegt und in den Mietenspiegel einfließen würden. Genau das ist auch das Interesse der Hausbesitzer, die einen neuen Mietenspiegel nur dann akzeptieren, wenn hohe, d.h. Wuchermieten in ihm enthalten sind und als „ortsüblich" sanktioniert werden. Unterstützt werden sie dabei vom Wohnungsbauministerium und dem Senat. Nach Ansicht des

und als „ortsüblich" sanktioniert werden. Unterstützt werden sie dabei vom Wohnungsbauministerium und dem Senat. Nach Ansicht des

damaligen Staatssekretärs Dr. Haack, heute Bundeswohnungbauminister, *„hatte sich in weiten Kreisen der Bevölkerung die Meinung festgesetzt, daß die Wohnung ein billiges Gut sein müsse. 11 bis 13% des Nettoeinkommmens gelten vielfach als zu hoch, während vor Jahrzehnten 20 oder 30% als normal empfunden wurden. Hier sollte man versuchen, die Auffassungen zu korrigieren."* („Süddeutsche Zeitung", 6.3.75). Schon Ende 1974 verkündete der ehemalige Hamburger Bausenator Bialas, daß sich die Bevölkerung mit dem Gedanken vertraut machen müsse, bald 20 bis 25% des Einkommens für Miete auszugeben(„HA", 28./29.12.74). Die Frage dabei ist natürlich, wie man diese Vorstellungen den Mietern verkaufen kann , zumal die Realität oft schon darüber hinaus geht: in Hamburg-Steilshoop betragen die Mieten durchschnittlich 34% des Einkommens!

Die Hamburger Situation

Nach Aufhebung der Mietpreisbindung bei Altbauten einigten sich Grund- und Hauseigentümer, Mieterverein, Baubehörde und Senat auf einen ersten Mietenspiegel, der 1977 zu durchschnittlichen Mieterhöhungen von 20% führte - wobei die kleinsten und die bisher billigsten Wohnungen bis zu 100% teurer wurden. Den Hausbesitzern war dies aber nicht genug. Bei der vereinbarten „Fortschreibung" gab es Auseinandersetzungen, als der neue Senat dem Entwurf nicht zustimmte. In dieser Vorlage *„erhöhte sich der Anteil der Grundeigentümerdaten von 20 auf fast 50%. Im Ergebnis hätte das eine Anhebung des Mietniveaus um nahezu 30% zur Folge."* (SPD-MdBü Riedemann,"Eimsbüttler Anzeiger" v.31.8.78). Der SPD-Senat läßt nun eine Repräsentativerhebung über die ortsüblichen Mieten durchführen, so daß mit einem neuen Mietenspiegel erst im Frühjahr '79 zu rechnen ist. Eine Wende zu mieterfreundlicherer Politik? Mitnichten, denn

- schon vor 2 Jahren war die Erhebung geplant, wurde dann aber unter fadenscheinigen Gründen zurückgezogen, d.h. das starke Ansteigen des Mietniveaus wurde abgewartet - ganz im Interesse der Hausbesitzer.
- Die mietspiegellose Zeit läuft gegen die Mieter, da die Gerichte den alten Mietenspiegel entweder nicht mehr anerkennen oder aber erst Mieten, die mehr als 33% über dem Mietenspiegel liegen als Mietwucher betrachten. Klagen auf Wucher sind fast aussichtslos geworden. Zudem erfolgen viele Mieterhöhungen außergerichtlich, wobei Hausbesitzer die schlecht informierten Mieter mit äußerst schmutzigen Methoden unter Druck setzen.
- Beauftragt mit der Umfrage, die sogar teilweise durch Einsparungen beim Wohngeld finanziert wird(!), ist die GEWOS. Diese Firma gehört zum Neue-Heimat-Konzern, der als Eigentümer von über 35.000 Hamburger Wohnungen gewiß nicht an mieterfreundlichen Daten interessiert ist.

Mieterverein — ein trauriges Kapitel

Der Mieterverein, der wie der Senat prinzipiell Erhöhungen befürwortet, kommentierte die vorläufige Nichtherausgabe des neuen Mietenspiegels durch seinen Vorsitzenden Pahlke so: *„Als Regierungschef ist der Bürgermeister allen Bevölkerungs-*

durch seinen Vorsitzenden Pahlke so: „Als Regierungschef ist der Bürgermeister allen Bevölkerungs-

kreisen verantwortlich. Er sollte keine Aussagen machen, die einseitig zu Lasten der Vermieter(!) gehen. Außerdem soll der Mietenspiegel den Mietenanstieg nicht begrenzen. Er ist nämlich ein Rahmen, der zwar den Mieter vor ungerechtfertigten Erhöhungen schützen soll, aber gleichzeitig auch dem Vermieter die Möglichkeit geben muß, die Miete im Rahmen dieses Mietenspiegels zu erhöhen." („HA", 15.7.78). Fürwahr ein aufrechter Vertreter der Vermieterinteressen. Nach kurzer Unterbrechung hat der Mieterverein Verhandlungen mit dem Hausbesitzerverein aufgenommen - ohne den Senat. Paul Nevermann, Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes, möchte bis zur Erstellung eines neuen Mietenspiegels den Grundeigentümern als „Zwischenlösung" 6 - 10% Erhöhung zugestehen.

Mieter — wehrt euch!

Da es heute noch keine so breite Mieterbewegung gibt, die es realistisch erscheinen läßt, Forderungen wie Wiedereinführung der Mietpreisbindung durchzusetzen, können wir nur dazu auffordern, um j e d e niedrige Miete zu kämpfen und gemeinsam in Hausgemeinschaften gegen die Erpressungen der Hausbesitzer anzugehen. Insbesondere gilt es auch, der Propaganda der Hausbesitzer und der Behörden entgegenzuwirken, daß Wohnen „wieder seinen Preis" bekommen muß - er ist heute schon viel zu hoch !

WOHNUNGSKOMMISSION

Als Ausländer querschnittgelähmt — Überleben nur »aus humanitären Gründen«

Nach einem Streit um eine fristlose Kündigung der Wohnung holte der Offenbacher Hausbesitzer Friedrich S. sein Kleinkalibergewehr, schoß wild um sich und traf einen Mieter, den Palästinenser Khairalla, in den Rücken. Seitdem ist dieser querschnittsgelähmt. Das war vor zwei Jahren.

Nach der unmenschlichen Behandlung, die Khairalla durchgemacht hat, ist es ein Wunder, daß er überhaupt das Rollstuhlfahren gelernt und immer noch die Kraft hat, um für seine Rechte zu kämpfen.

Nach einer Behandlung in der Intensivstation des Offenbacher Stadtkrankenhauses wurde er verlegt in ein Erholungsheim in Schwarzenbrück in der Nähe von Nürnberg.

Mehrmals verlangte er, in eine Rehabilitationsklinik (für Querschnittsgelähmte) verlegt zu werden, stattdessen wurde der erst 27-jährige in ein Altersheim gesteckt. Nur durch einen Hungerstreik konnte Khairalla erreichen, wieder ins Offenbacher Stadtkrankenhaus zu kommen, in dem seine Irrfahrt vor mehr als einem Jahr begonnen hatte.

Bis jetzt hatte die Krankenkasse noch gezahlt, aber nach der gesetzlichen Frist von 18 Monaten stellte sie die Zahlungen ein.

Außerdem war sein Antrag auf politisches Asyl abgelehnt worden, und es drohte ihm auch noch die Ausweisung. Das hätte für ihn bedeutet, daß er in Jordanien zum Bettler geworden wäre, nachdem ihn ein BRD-Bürger angeschossen hat. „Freundlicherweise" war die Offenbacher Ausländerbehörde bereit, seine Aufnahmegenehmigung um ein Jahr zu verlängern.

Immerhin nahm inzwischen das „Rehabilitationszentrum für Querschnittsgelämte" der Heidelberger Uni-Klinik Khairalla aus „humaitären Gründen" auf.

Der Hausbesitzer Friedrich S. wurde zu fünf Jahren Knast, zum Schadensersatz von 100.000 DM und einer monatlichen Rente von 500 DM verurteilt. Aber obwohl das Haus weiterhin an Ausländer zu überhöhten Mieten vermietet ist, zahlt er an Khairalla nichts. Denn zuerst kommt das Finanzamt, dann die Banken, die wegen hoher Schulden schon die Finger auf dem Geld haben. Und Khairalla kann warten, warten ... (Informationen aus „FR", 7.9.78)

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

26 Krebstote durch Gerberei?

Innerhalb von nur sechs Monaten starben in der Verwandschaft und Nachbarschaft des Lünener Ingenieurs Willi Radix 3 Menschen an Krebs, seine Frau ist nach einer Operation wegen Brustkrebs zu 80% schwerbeschädigt. Er vermutete einen Zusammenhang zwischen diesen Todesfällen und fing an, auf eigene Faust Nachforschungen anzustellen. Radix untersuchte alle Todesfälle aus den letzten Jahren in dem westfälischen Dorf (1000 Einwohner) und stellte dabei fest, daß die meisten Krebstoten aus seiner unmittelbaren Nachbarschaft stammten. Alle Krebsopfer hatten in einem 18 Quadratkilometer großen Gebiet gewohnt. Weiter bemerkte er, daß in Lünen etwa 20mal so viel Menschen an Krebs starben wie in jeder anderen Stadt der BRD.

Radix vermutete, daß die Ursachen für die hohe Krebsrate in diesem Gebiet Stoffe sind, die aus einer Gerberei kommen, dem einzigen Industriebetrieb in Lünen. Dieser Betrieb liegt auch genau im Zentrum des von ihm umrissenen Gebiets mit der hohen Krebsrate. Seinen Verdacht teilte er verschiedenen Behörden mit, die ihn in seinen Untersuchungen jedoch nicht unterstützten oder von sich aus irgendetwas unternahmen. Willi Radix gab aber nicht auf: er las toxikologische Fachliteratur, unterhielt sich mit Wissenschaftlern usw. *„Dabei geht es hier nicht nur um diesen Industriebetrieb. Ich glaube, ähnliche Gefahren können auch durch Abfälle und Unrat in anderen Fabriken entstehen"* (alle Angaben nach WamS, 3.9.1978).

Anti-AKW-Kommission NRW

Strauß-Freund neuer BDI-Präsident

Der „Bundesverband der Deutschen Industrie", einer der drei großen Kapitalistenverbände, hat einen neuen Präsidenten: Rolf Rodenstock, Besitzer der optischen Werke Rodenstock in München.

Nach Schleyers Ableben war zunächst Hans Fasolt neuer BDI-Präsident, mußte aber bereits nach drei Monaten seinen Hut nehmen. Zu offensichtlich waren Fasolts Schiebergeschäfte für die CDU gewesen. Gegen Fasolt läuft ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit Spendengeldern für die CDU und zur Behebung „wirtschaftlicher Schwierigkeiten" in seiner Fliesenfabrik. Das öffentliche Bekanntwerden seiner Praktiken, sowie die Tatsache, daß er als Unternehmer galt, der „versagt" hat („Manager-Magazin"), ließ es den Kapitalisten ratsam erscheinen, Fasolt zurückzuziehen. Alt-Bankier Hermann-Josef Abs persönlich drängte ihn zum Rücktritt („Wirtschaftswoche", 25.8.).

Mit Rodenstock scheint ein „würdiger" Schleyer-Nachfolger gefunden. Kommentiert die „Wirtschaftswoche", was im BDI von einem „idealen Präsidenten" erwartet wird: *„Knackige Rendite, im eigenen Unternehmen, massig Zeit für den BDI, gewiefter Partner im sozialen Dialog, zündender Redner und — keinen einzigen Punkt in der Flensburger Kartei"* (25.8.).

Rodenstock vereinige diese Eigenschaften auf seine Person.

Der neue Präsident ist einer der größten Brillenfabrikanten der Welt. 6000 Beschäftigte haben seine Werke in der BRD (München, Regen und Ebersberg) mit einem Gruppenumsatz von 339 Mio. DM. Er besitzt Auslandsgesellschaften in Mailand, Wien, Paris, Chicago, New York, Puerto Rico und Buenos Aires. Rodenstock sitzt heute praktisch in allen wesentlichen Positionen der Kapitalistenverbände (siehe nebenstehend) und kann durchaus als Vollblut-Kapitalist gelten, also ein würdiger Vertreter der Interessen seiner Klasse. Lobt der Spiegel doch Rodenstock als einen „unternehmerisch erfolgreichen" Mann, der *„eben rechtzeitig rationalisiert, schnell Ballast abgeworfen [habe] und sei früh ins Ausland gegangen"* (SPIEGEL 37/78). Am Beispiel seines eigenen Betriebes setzt Rodenstock sich vor allem für den Export von Kapital wegen der *„gefährlichen Ertragsschrumpfung"* in der BRD ein. (FAZ, 29.4.74).

Mit Rodenstock hat außerdem ein Mann die BDI-Spitze eingenommen, der als enger Kontaktmann zu Franz Josef Strauß gelten kann. Seine Sympathien für die CSU streitet er nicht ab, wenn er sich auch weigerte, direkt für die CSU zu kandidieren. Dafür hilft er auf andere Weise. Er ist nämlich Vorsitzender der „Bayerischen staatsbürgerlichen Vereinigung", deren Funktionsweise die „Zeit" folgenderweise beschreibt:

„Das ist nämlich jene Sammelkasse, bei der die Millionen für die bayerische Industrie eingehen, um vorwiegend an die CSU transferiert zu werden. Strafbar, immerhin, ist das nicht" („Zeit", 25.8.78).

Kein Wunder, daß der „Bayernkurier" von Franz Josef Strauß große Hoffnungen in ihn setzt, daß er an der Spitze der Unternehmerverbände einen scharfen Unterdrückungskurs gegen die Werktätigen führt: *„Mit Rodenstock beginnt eine neue Ära in der Geschichte des Spitzenverbandes der Industrie, dem er lange Jahre als Vizepräsident angehört. Kein anderer Unternehmer bringt wie er die integrierende Kraft mit, die heterogenen Kräfte der Wirtschaft so zusammenzuführen, daß sie wenigstens nach außen wie ein Ganzes wirken können. Rodenstock würde damit ein würdiger Nachfolger Hanns Martin Schleyers"* (Bayernkurier, 2.9.78).

Auf das Gespann Strauß/Rodenstock wird man achten müssen.

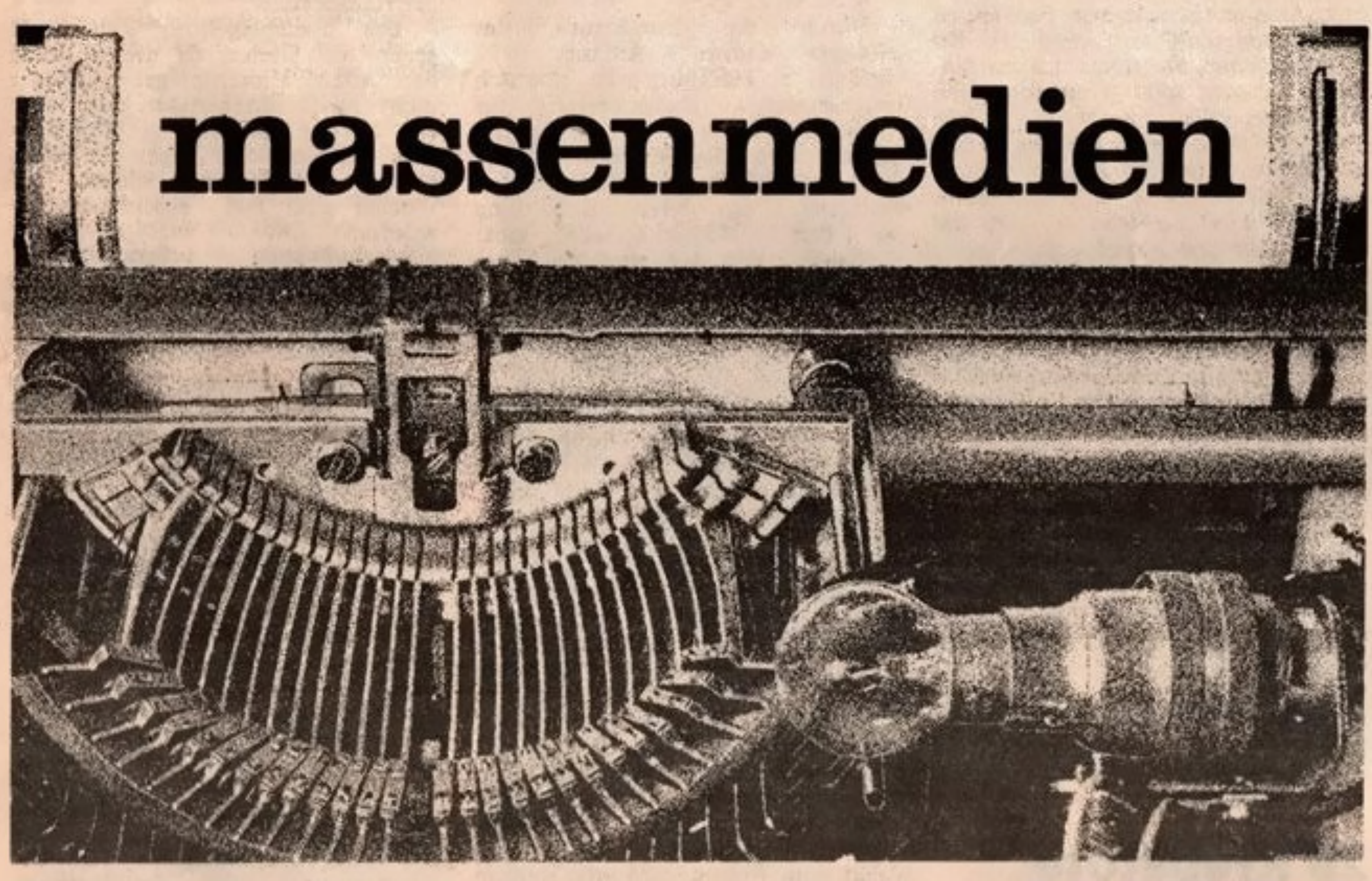
Wirtschaftskommission

Neuer BDI-Präsident: Brillenfabrikant und Strauß-Freund Rodenstock

Rodenstocks Ämter

1. Präsident des „Bundesverbandes der deutschen Industrie" (BDI)
2. Mitglied des Präsidiums der „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA)
3. Vizepräsident des „Deutschen Industrie- und Handelstages" (DIHT) (dies sind die drei größten und wichtigsten Kapitalistenverbände)
4. Vorsitzender des Landesverbandes der Bayerischen Industrie
5. Präsident des „Instituts der deutschen Wirtschaft" (BDI)
6. Präsident der Industrie- und Handelskammer München und Oberbayern
7. Besitzer der Optischen Werke G. Rodenstock
8. Aufsichtsratsmitglied der Esso AG, Hamburg
9. Aufsichtsratsmitglied der Industriebank, Düsseldorf
10. Aufsichtsratsvorsitzender der Kodak AG, Stuttgart
11. Stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaftsversammlung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung"
12. Vorsitzender der „Bayerischen Staatsbürgerlichen Vereinigung" (über die die bayerische Industrie die CSU finanziert)

und sechs weitere „Ehren"ämter



Erster Erfolg im Fall Dickmann: Staatsschutz-Anklage gegen Journalistin vom Gericht zurückgewiesen

Gegen die beim hessischen Rundfunk angestellte Redakteurin B. Dickmann hatten die Staatsschutzbehörden ein Strafverfahren eingeleitet, nachdem sie in einer Sendung im November letzten Jahres das Zustandekommen des Urteils gegen den der RAF-Unterstützung beschuldigten Volker S. kritisiert und u.a. geäußert hatte, daß das Gericht bei Aussage gegen Aussage *„im Zweifel gegen den Angeklagten"* entschieden habe(!!). (Wir berichteten darüber, die Red.). Das daraufhin eingeleitete Strafverfahren begründete der Staatsschutz mit „Beleidigung" (!!). Dieser Ansicht wollte das Frankfurter Schöffengericht allerdings nicht folgen und lehnte es ab, ein Hauptverfahren gegen die Journalistin zu eröffnen. In einem für solche Fälle „ungewöhnlich umfangreichen Beschluß" („FR", 11.9.78) begründete Richter Jakubski diese Entscheidung, in der es u.a. heißt: Sollte der Kommentar tatsächlich eine Beleidigung enthalten, *„hätte die Journalistin dafür einen Rechtfertigungsgrund"* („FR", 11.9.78).

Ihrer Berichterstattung sei *„ein überragendes öffentliches Interesse"* zugekommen. Wenn in dem RAF-Prozeß *„eine fundamentale Regel des Strafprozeßrechts verletzt worden sein sollte, (im Zweifel für den Angeklagten), war die Journalistin geradezu berufen, dies der Öffentlichkeit zu übermitteln"* („FR", 11.9.78). *„Dabei sei es letztlich unerheblich, ob die gegen das Urteil artikulierten Zweifel zutreffend sind, oder nicht"*.

Nach Meinung des Gerichts hat B. Dickmann weder „Schmähkritik" geübt, noch unter Mißachtung der Sorgfaltspflicht ihre Kritik formuliert. *„Nach alledem beruhen die Zweifel der Angeschuldigten auf einer ernsthaften eigenen Beweiswürdigung unter Beachtung der journalistischen Sorgfaltspflicht ... Der Ehrenschutz der erkennenden Richter muß hinter die in diesem Fall vorrangige Meinungsfreiheit zurücktreten"* (aus dem Urteil nach „FR", 11.9.78).

Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß in diesem Lande „Presse- und Informationsfreiheit" längst den Interessen „Terroristenfahndung" nahezu stromlinienförmig untergeordnet sind, ist das in der Tat ein beachtliches Urteil. Die Staatsschutzbehörden werden dies mit größter Wahrscheinlichkeit nicht hinnehmen. Oberstaatsanwalt Rahn, der Leiter der Frankfurter Anklagebörde, erklärte lapidar, daß seine Behörde den Beschluß des Gerichts sorgfältig prüfen werde.

Man darf gespannt sein!

Medienkomission
KB/Gruppe Hamburg

BRD '78: Polizeigewalt vor Presserecht

Bei der Einweihung der Heidelberger Fußgängerzone fotografierte der Leiter der Heidelberger Staatsschutzabteilung, Hans-Michael Ernst, Bürger, die auf Transparenten gegen die Verschandelung von Alt-Heidelberg demonstrierten. Ein Fotograf der örtlichen Stadtzeitung „Heidelberger Rundschau" lichtete daraufhin den Bullen ab. Wenige Tage später führten die Bullen eine Hausdurchsuchung bei dem Fotografen durch und beschlagnahmten alle Fotos, die den Staatsschützer als „Fotoamateur" zeigten. Die „Heidelberger Rundschau" veröffentlichte doch einen Abzug, wenn auch mit Balken vor dem Gesicht des Bullen. Danach kam eine Rechnung an den Fotografen über 400 DM wegen Verstoßes „gegen das Kunsturhebergesetz". Der Fotograf weigerte sich zu zahlen, mit der Begründung, der Demonstranten fotografierende Staatsschützer sei eine Person der Zeitgeschichte und von daher nach dem Pressegesetz abdruckbar.

Das Gericht setzte zwar die Strafe auf 170 DM herunter, entschied aber -logisch-gegen den Fotografen!

Der Fotograf hat sofort Berufung gegen das Urteil eingelegt (Nach „Stern" vom 14.9.78).

Medienkomission
KB/Gruppe Hamburg

Rechte Medien-Mafia hat wieder zugeschlagen!

Mit dem Überlaufen des rumänischen Doppelagenten Pacepa war wieder einmal Gelegenheit zu einer Kampagne der rechten Presse-Maffia gegen die SPD/FDP-Regierung. Nach bewährtem Strickmuster veröffentlichten zum selben Zeitpunkt die beiden Springer-Blätter „Welt" und „BILD", der „Deutsche Depeschen Dienst" (ddp) und Löwenthals ZDF-Magazin angebliche Hinweise auf heimpapieren, daß Egon Bahr Vorstellungen über eine „Neutralisierung" der BRD entwickelt habe und daß sich in Bonn unter den Abgeordneten wieder einmal ein ganz großer Agent des „Ostens" befände. Dabei haben die Verantwortlichen dieser neuen Kampagne keine Mühe gescheut: Die angeblichen Informationen über Bahrs „Neutralisierungpläne" stammen aus den USA. In einem Artikel der „Washington Post" wurde diese Meldung durch den Journalisten Roland Evans zuerst publiziert. Dieser Evans, so behauptet nun Bahr, habe sein Material kurz zuvor von CDU-Politikern erhalten. Der Autor eines ähnlichen Artikels in der englischen „Daily Telegraph", Robert Moss, habe seine Informationen über die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU und den CSU-Abgeordneten Graf Huyn erhalten („FR", 6.9.78).

Nach den vorzeitigen Veröffentlichungen des Vertragsinhalts beim Moskauer „Gewaltverzicht-Abkommen" 1970 ist dies ein weiterer Versuch der Strategen der CDU/CSU (vor allen CSU), die SPD jetzt in der Wahlkampfzeit „madig" zu machen.

Interessant dabei ist, die Kette derjenigen Medien zu verfolgen, die in der Vergangenheit ebenso wie aktuell diese Kampagne getragen und sich auf dieselben „Quellen" berufen haben:

- Geheimdienstler, vor allem aus der BRD selbst,
- der CSU-Bayernkurier,
- „WELT am Sonntag"-Springer,
- „WELT"-Springer,
- „BILD"-Springer,
- ZDF-Magazin-Löwenthal (CSU),
- und bezeichnenderweise: die faschistische „National- und Soldaten-Zeitung",
- Deutscher Depeschen Dienst.

Viele Kanäle laufen über die Springer-Redakteure Hoff („Welt am Sonntag") und Vielain (1968 beim „Bayernkurier" ausgeschieden und zu Springer gewechselt).

Die Bundesregierung ist vor allem darüber beunruhigt, daß es in Bonn eine Lücke im Nachrichten-Netz gibt, die bei Bedarf von der CDU/CSU propagandistisch genutzt werden kann. Diese „Lücke" vermutet die Bundesregierung im BKA („SZ", 4.9.78). Die Bundesanwaltschaft erstattete nun Anzeige gegen *„Unbekannt"* wegen *„unbefugter Weitergabe geheimer Nachrichten und Verletzung des Dienstgeheimnisses"* („SZ", 4.9.78).

Diese Anzeige beruft sich auf den § 353 b, c des Strafgesetzbuches und beinhaltet die Bestrafung der unbefugten Verbreitung von Nachrichten durch Beamte und Journalisten.

Diese Anzeige richtete sich direkt gegen Springers „Welt" und „BILD", den ddp und Löwenthals ZDF-Magazin. Die Bundesregierung hat die Genehmigung auf Strafverfolgung aber verweigert!

Viel Lärm um nichts? Nun, was bleibt, ist die Tatsache, daß dieser § 353 nun schon zum dritten Mal in kürzester Zeit gegen Presseveröffentlichungen und deren Autoren angewendet bzw. ins Spiel gebracht wurde.

Mit diesem Paragraphen soll dem Journalisten Faust der Prozeß gemacht werden, ebenso soll er gegen den Atomwissenschaftler Traube angewendet werden. Die Öffentlichkeit soll daran gewöhnt werden, daß dieser Zensurparagraph 353 seine p r a k t i s c h e Anwendung finden soll, wenn es im Interesse der Kapitalistenklasse ist.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Neues im Fall Faust: Traube im Visier des Staatsschutzes

Nachdem der Staatsschutz den Journalisten Hans Georg Faust exemplarisch dafür bestrafen will, daß er die illegalen Lauschpraktiken des Verfassungsschutzes am Fall Traube öffentlich gemacht hat, soll nun erneut eine Enthüllung über diesen Vorfall von der Bonner Staatsanwaltschaft „auf strafrechtliche Folgen" geprüft werden.

Klaus Traube hat in der Spiegel-Ausgabe 31/78 zum Fall Faust Stellung genommen und dabei den Verfassungsschutz angegriffen, als auch auf Aspekte der offiziell geheimgehaltenen (!!) Anklageschrift gegen Faust verwiesen. Jetzt will die Staatsanwaltschaft prüfen, ob eine Verletzung des Paragrafen 353d vorliegt (verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen). Wiedermal lassen die Staatsschützer die Finger vom „Spiegel", stattdessen gehen sie gegen einen Autoren vor (nach „FR" vom 1.8.78).

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

europa

Portugal: Regierung Nobre da Costas gestürzt

Die von Staatspräsident Eanes erst vor etwa drei Wochen durch die selbstherrliche Ernennung des kapitalistischen Vertrauensmannes Nobre da Costa auf den Weg gebrachte neue portugiesische Regierung hat am Abend des 14.9. im Parlament das Handtuch werfen müssen: eine Mehrheit aus PS, CDS, Fraktionslosen (die ehemals der PS-Fraktion angehörten) und dem einzigen UDP-Abgeordneten lehnten das von Nobre da Costa vorgelegte Regierungsprogramm ab. Am folgenden Tag entband Eanes den Ministerpräsidenten von seinen Funktionen; die Regierung wird jedoch vorerst die laufenden Amtsgeschäfte weiterführen.

Gestürzt worden wäre die Marionettenregierung des Staatspräsidenten am 14.9. auf jeden Fall: außer der PS hatten auch PCP und CDS jeweils einen Mißtrauensantrag eingebracht (die PSD wollte für die Regierung, die UDP für den Antrag der PS stimmen). Die Mißtrauensanträge hätten in der Reihenfolge ihrer Vorlage behandelt werden müssen. Im Falle, daß der erste (der PS) keine Mehrheit bekommen hätte, wollte die PS-Fraktion dem folgenden Antrag der PCP zustimmen (diese wollte nur für ihren eigenen Antrag stimmen). Soares dürfte froh sein, daß ihm nun, da die Stimmen der christdemokratischen CDS den Abstimmungserfolg auf Anhieb brachten, der Vorwurf, ein Kommunistenfreund zu sein, erspart geblieben ist.

An dieser Abstimmungskoalition zeigt sich jedoch bereits wieder das Dilemma, in dem sich die PS als immer noch potentielle Regierungspartei (sie ist immerhin mit Abstand die stärkste Fraktion) befindet: Einerseits kann sie es nicht wagen, eine Linkskoalition mit der PCP einzugehen, da der starke, seit geraumer Zeit mit der Parteilinken auf Kollisionskurs liegende rechte Flügel dies zum Anlaß der Parteispaltung nehmen könnte. Zwar gibt es seit kurzem eine Bewegung, die vom linken ehemaligen PS-Abgeordneten Aires Rodrigues (jetzt fraktionslos) geführt wird und die eine Koalition PS-PCP anstrebt, doch sind die Erfolgsaussichten aus dem genannten Grund gleich null. — Andererseits ist auch eine Neuauflage der alten Regierung aus PS- und CDS-Ministern nicht gangbar, da die PS dann mit ihrem linken Flügel ernsthafte Schwierigkeiten bekommen könnte, der nicht mehr bereit wäre, eine solche Regierungsformel ein zweites Mal zu schlucken.

Soares hat im Bewußtsein dieser Zwickmühle schon frühzeitig seine Vorsellung einer Übergangsregierung bis zu eventuellen vorgezogenen Neuwahlen dargelegt: Ministerpräsident sollte ein „Unabhängiger" werden, der das Vertrauen der PS besitzt, die Politik der letzten Regierung Soares ohne Große Abänderungen fortsetzt und auf eine parlamentarische Mehrheit rechnen könnte.

Offen ist die Frage, wie es nun weitergehen soll. Daß Nobre da Costa keine parlamentarische Mehrheit bekommen würde, war an sich schon voraussehbar, als Staatspräsident Eanes putschartig den PS-Regierungschef Soares absetzte und da Costa an seiner Stelle nominierte. Jedenfalls ist eine eventuelle Spekulation, an dieser Frage die PS spalten zu können und da Costa dann mit einer Stimmenmehrheit von CDS, PSD und rechter PS (und mit stillschweigender Duldung der wie stets opportunistisch taktierenden PCP) regieren zu lassen, gescheitert. Das kann bedeuten, daß Eanes seinen abenteuerlichen, putschistischen Kurs noch weiter steigert, oder aber, daß ein neuer Kandidat für das Amt des Regierungschefs gesucht wird, der eher in der Lage sein könnte, Teile der PS-Stimmen auf sich zu ziehen.

Portugalkommission (und AK-Redaktion)

Portugal: Reaktion versucht Spaltung der Gewerkschaftsbewegung

Am 9. und 10. September fanden sich in Coimbra Vertreter von 58 gewerkschaftlichen Organisationen zusammen (welche, wird geheimgehalten!), um die Gründung einer neuen nationalen Dachgewerkschaft als Konkurrenz zur Intersindical/CGTP zu beschließen: die Uniao Democratica dos Trabalhadores Portugueses (=Demokratische Union der Portugiesischen Arbeiter; UDTP).

Diese Spalterzentrale soll Ende Oktober auf einem nationalen Gründungskongreß offiziell konstituiert werden, um als legale Dachgewerkschaft gesetzmäßig registriert werden zu können. Damit würde der Intersindical eine auf nationaler Ebene agierende Organisation gegenübertreten, die allein durch ihre Existenz als im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen anerkannte Gewerkschaftszentrale (und nicht etwa aufgrund ihres realen Gewichtes) die gewerkschaftlichen Kämpfe ernsthaft sabotieren könnte: z.B. würden bei Tarifverhandlungen dem Vertreter der Unternehmerseite,die der Intersindical u n d der Spalterzentrale gegenübersitzen. Die Kapitalisten bekämen dadurch die Möglichkeit, beide gegeneinander auszuspielen. Allerdings ist das letzte Wort darüber, ob sich tatsächlich die UDTP gesetzlich konstituieren kann, noch nicht gesprochen. Es gibt hauptsächlich zwei Gründe, die die Betreiber des Spalterprojekts nicht gerade in überschwenglichen Optimismus verfallen lassen dürften:

1. Die Verankerung der Spalter in der g e s a m t e n Gewerkschaftsbewegung ist gering. Ihr Einfluß beschränkt sich im Wesentlichen auf Sektoren, die stark von kleinbürgerlichen Ideologien geprägt sind, wie z.B. in einigen regionalen Sektionen der Gewerkschaften der Büroangestellten, der Bankangestellten, des Versicherungswesens. In dem wichtigsten Bereich, nämlich dem der Industriearbeiterschaft, ist ein realer Einfluß der zukünftigen UDTP so gut wie nicht vorhanden.

Für die Vorkämpfer der Spaltung ergibt sich daher ein schweres Problem: da die Intersindical mit dem Gesetzesdekret Nr. 215–A vom 30. 4.1975 als d i e Gewerkschaftsorganisation der portugiesischen Arbeiterschaft anerkannt wurde und die Vorschriften für Neugründungen in bereits gewerkschaftlich organisierten Bereich auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene mit dem Gesetzesdekret Nr. 215-B desselben Datums zum einen von einem Minimum der Verankerung abhängig gemacht ist (verlangt sind mindestens 10 % oder 2000 der in dem betreffenden Sektor bereits Organisierten), zum anderen aber die Gründung von Parallelgewerkschaften ausdrücklich verboten ist, könnte es passieren, daß die zukünftige UDTP aus einem dieser Anlässe mit dem Gesetz in Konflikt gerät.

2. Vorangetrieben wurden die in der geplanten Gründung einer nationalen Dachorganisation gipfelnden Spaltungsversuche von einer innerhalb der Intersindical operierenden, aber absolut minoritären (minderheitlichen) Fraktion von rechten PS-Kreisen (die PS-Linke liegt auf Intersindical-Linie), PSD-Leuten (rechte „Sozialdemokraten") und dem faschistoiden 'ultralinken' MRPP. Sie trat zum ersten Mal als lockerer organisatorischer Zusammenhang in der Mitte des Jahres 1976 öffentlich in Erscheinung unter dem Namen „Carta Aberta"(Offener Brief).

In der Folge gelang es dieser Gruppe, in bestimmten, im Kleinbürgertum verankerten Bereichen, einen gewissen Einfluß zu gewinnen, teilweise sogar die Führung in den entsprechenden Teilgewerkschaften zu übernehmen (Banken, Versicherungen ...s.o.). Allerdings geschah dies nicht immer zur vollsten Zufriedenheit des Haupttreibers, dem rechten PS-Gewerkschaftsflügel: in einigen dieser Teilgewerkschaften erlangte die (inzwischen noch weiter nach rechts abgedriftete) PSD die Oberhand. Nun wollte die PS zwar eine Konkurrenz zur „kommunistisch beherrschten, undemokratischen" Intersindical schaffen, nicht aber gleichzeitig eine zusätzliche Opposition zur bis vor kurzem PS-bestimmten Regierungspolitik in die Welt setzen. Und genau dieses Problem besteht auch weiterhin: es ist durchaus nicht undenkbar, daß die neue Spalterorganisation von der PSD dominiert würde. Es haben sich daraus auch schon innerhalb des Carta-Aberta-Flügels der PS die ersten Konflikte ergeben: Francisco Marcelo Curto, Herausgeber des Carta-Aberta-Blattes „Sindicalismo", mußte diese Funktion niederlegen, weil er sich in einem Artikel g e g e n die Gründung der UDTP geäußert hatte (das Erscheinen der Zeitschrift wurde außerdem suspendiert). In diesem Falle siegte der noch weiter rechts angesiedelte Flügel um den ehemaligen Arbeitsminister und berüchtigten Reaktionär Maldonado Gonelha.

Trotz der keineswegs rosigen Aussichten der zukünftigen Spalterzentrale darf die Gefahr für die Einheitsgewerkschaft nicht unterschätzt werden: da es im Interesse der Bourgeoisie liegt, die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen, wird sie sich nicht durch e i n e n gescheiterten Versuch abschrecken lassen. Zumindest stellt dies kein finanzielles Problem dar: die amerikanische Dachgewerkschaft AFL-CIO ist auch in diesem Falle nicht kleinlich und zahlt Unterstützungen in Millionen-Dollar-Höhe („Economia e Socialismo," Nr.27/19).
(Für diesen Artikel wurden Informationen aus „Diario Popular" vom 22.8., 28.8. und 11.9. verwendet).

Portugal-Kommission

Paragraph 88a-Prozeß in Österreich gegen die IKL

Am 31. August 1978 wurde der presserechtlich Verantwortliche der Zeitung „permanente Revolution" (Zeitung der „Internationale Kommunistische Liga" (IKL), mit dem „Spartacusbund" in der BRD verwandt) in Österreich zu 9.000 Schilling Geldstrafe verurteilt. Grund: Verstoß gegen Paragraph 282 (entspricht Paragraph 88a in der BRD, siehe nebenstehenden Text). Zur Anklage standen folgende Stellen aus der „permanenten Revolution" Sondernummer 2, Oktober 77:

— *„Für Akteure des Systems wie Buback selbst findet die Geschichte immer einen Weg. Am 7.4.77 hat das Kommando Ulrike Meinhof Generalbundesanwalt Siegfried Buback hingerichtet"*

— *„Im Rahmen der Counterstrategie der imperialistischen BRD gegen die Guerilla ist die Justiz kriegsführendes Instrument — in der Verfolgung der aus der Illegalität operierenden Guerilla und in der Vollstreckung der Vernichtung der Kriegsgefangenen"*

— *„Buback wie Schmidt, sagt ein ‚tatkräftiger Kämpfer' für diesen Staat — hat die Auseinandersetzung mit uns als Krieg begriffen und geführt: ‚Ich hab den Krieg überstanden. Dies ist ein Krieg mit anderen Mitteln"*.

Vorgehalten wurde der IKL, daß sie sich nicht — wie gefordert — bedingungslos von der RAF abgrenzte. U.a. hatte die IKL im gleichen Text geschrieben: „*Was wir achten an der Einstellung* (Anm.: der RAF-Genossen), *die in dieser Erklärung deutlich wird, ist der Opfermut und der Haß der Attentäter, die diese auf die bürgerliche Ordnung haben und gegen die sie mit ihren Mitteln rebellieren ... So sehr wir ihre Beweggründe achten und sie dem bürgerlichen Staat gegenüber solidarisch als Kämpfer verteidigen, die auf der gleichen Seite der Barrikade kämpfen, so sehr müssen wir ihre politische Strategie kritisieren. Wir kritisieren sie nicht, weil sie Gewalt angewandt haben ...*".

In erster Instanz hatte das Gericht noch diese differenzierte Kritik an der Strategie der RAF als Grund für den Freispruch herangezogen. Nichts von dem in der 2. Instanz. Kurzerhand wurde in dem Verfahren die Zeitung des Spartacusbundes (BRD) zum „*Organ, das den Terrorismus propagiert*" erklärt. Gegenüber der IKL erklärte das Gericht, daß es nicht auf die einzelnen Passagen allein ankomme, vielmehr sei der Tatbestand des Paragraphen 282 durch die Zeitung „*in ihrer Gesamtheit*" erfüllt. „*Die ganze Nummer gehört unter Anklage gestellt*".

Die IKL hat uns gebeten, über diesen Prozeß in unserer Zeitung zu berichten und ihre Spendenkonten anzugeben. Wir kommen dem gern nach. Zeigt doch der Fall, wie uns hinlänglich bekannte Repressionspraktiken und politische Gesinnungsschnüffelei immer weiter ausgebreitet werden (die Gesamtkosten der IKL für den Prozeß belaufen sich zur Zeit auf 26.500 Schilling).

Konten der IKL:
Permanente Revolution
PSK 2419.730
A-1010 Wien

oder

Karl Reitter
PSK 7106.024
A-1010 Wien

(Nach: „Permanente Revolution" 18/78 und Schreiben der IKL vom 7.9.78).

Österreich-Kommission

Wortlaut des § 282

„(1) Wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder sonst auf eine Weise, daß es einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wird, zu einer mit Strafe bedrohten Handlung auffordert, ist. wenn er nicht als an dieser Handlung Beteiligter mit strengerer Strafe bedroht ist, mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren zu bestrafen (2) Ebenso ist zu bestrafen, wer auf die in Absatz 1 bezeichnete Weise eine vorsätzlich bezeichnete Weise eine vorsätzlich begangene, mit einer ein Jahr übersteigenden Freiheitsstrafe bedrohte Handlung in einer Art gutheißt, die geeignet ist, das allgemeine Rechtsempfinden zu empören oder zur Begehung einer solchen Handlung aufzureizen".

Darf die Schweizer Polizei Festgenommene zusammenschlagen?



Bruno Ell, im April 1978 grundlos von der Polizei zusammengeschlagen.. Trotzdem bekam er kein Recht.

Anfang April 1978 in Zürich: Bruno Ell erlebt mit, wie Polizei und Rocker sich prügeln. Ell zu einem Polizisten, der mit gezogener Pistole an ihm vorbeistürzte: „*Er sei jetzt aber ganz schön stark mit einer Pistole in der Hand*" (TAT, 9.9.78). Kurz darauf wird er von vier Polizisten festgenommen und auf der Wache in „Sonderbehandlung" genommen. Brutal wird er zusammengeschlagen und getreten.

Als die Zeitung TAT im April diesen Vorfall enthüllte, stellte damals Stadtrat Frick (gleichzeitig Polizeivorstand) fest, man habe den „fehlbaren" Polizisten gefunden. Doch der Züricher Bezirksanwalt entschied mittlerweile gegen den klagenden Ell. Das Verfahren gegen die drei angeschuldigten Stadtpolizisten wurde eingestellt. Begründung: „*Auf Grund dieser Erhebungen ist die Untersuchung mangels offensichtlicher haltloser Anschuldigungen einzustellen*" (übersetzt heißt dies: wegen offensichtlich zutreffender, aber nicht bewiesener Anschuldigungen). Kein Wunder, sieht man sich die Quellen für die gerichtlichen Recherchen an: Bezirksanwalt Muggiasco gab zu, daß er „*die Ermittlungen einzig auf die Recherchen der untersuchungsführenden Kantonspolizei abgestellt*" habe (TAT, 9.9.).

Ell hat jetzt noch die Chance, die Verfügung anzufechten. Weitere Fußangel: er muß zuvor 800 Franken für die „*Deckung der Ihnen allenfalls aufzuerlegenden Kosten und einer eventuellen Umtriebsentschädigung an die Gegenpartei*" bezahlen.

Diese offensichtliche Zusammenarbeit und Parteinahme der Staatsanwaltschaft für die Polizei paßt gut ins Bild der Praktiken, mit denen die Polizei versuchte, die öffentliche Aufdeckung des Skandals zu verhindern. Stadtrat und Polizeivorstand Frick persönlich versuchte Druck auf Redakteure der TAT auszuüben. Zunächst versuchte er die TAT-Redakteure durch persönliche Intervention von ihren Recherchen abzuhalten. Frick benutzte dabei einen ganz miesen Trick, einen Redakteur der TAT zu verleumden. Dieser war in seiner Jugend straffällig gewesen und hatte u. a. im Gefängnis gesessen. Frick drohte ihm „*in seinem Interesse*" nicht weiter in der Sache Ell zu recherchieren (TAT, 9.9.78) und ließ schließlich den Ausspruch publik werden: „*Muß sich eigentlich unser Polizeivorstand von einem Schwer-Kriminellen sagen lassen, was er zu tun hat*".

Getäuscht hat er sich allerdings, wieweit er mit seinem miesen Manöver Erfolg hat. Die TAT-Redakteure solidarisierten sich mit ihrem Kollegen und veröffentlichten nicht nur den Fall Ell sondern auch die Praktiken des Polizeivorstands Frick!

Schweiz-Kommission

Dänemark

Dänemark: Breite Warnstreiks gegen Regierungspolitik!

Am 30. August war die sozialdemokratische Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Anker Jörgensen durch eine Koalition der Sozialdemokraten mit der rechts„liberalen" Partei Venstre ersetzt worden, die sich in den letzten Jahren besonders für eine Politik des „Gürtel-enger-Schnallens" eingesetzt hatte (s. AK 137). Damit fand die sozialdemokratische Regierungspolitik der letzten Jahre, begleitet von entscheidenden Angriffen auf den „Lebensstandard" der dänischen Arbeiter und Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte ihren vorläufigen Höhepunkt. Die neue Regierung kündigte sofort noch weitaus einschneidendere Maßnahmen zur Einschränkung der „Sozialleistungen" sowie Steuererhöhungen und Lohnstop an. An dieser Frage stellte sich die mehrheitlich sozialdemokratische Gewerkschaftsführung erstmalig in der Nachkriegsgeschichte gegen „ihre" sozialdemokratische Regierung. Die Regierungsumbildung ist, angesichts breiter Proteste der dänischen Arbeiter, auf scharfen Widerspruch in der eigenen Partei gestoßen.

Am Freitag, dem 1. September, traten massenhaft Arbeiter der verschiedensten Branchen in Warnstreiks gegen die neue Regierungspolitik. Ca. 20.000 Arbeiter waren im Ausstand, hauptsächlich in der Metallindustrie, bei Bahn, Post (darunter auch viele Beamte) und den großen Tageszeitungen. Am 1. September demonstrierten zehntausende Arbeiter durch Kopenhagen zum Regierungssitz Christiansborg. Die Demonstranten klagten die Sozialdemokratie des „Verrats an der Arbeiterbewegung" an.

Mit sorgenvoller Miene verkündet die bürgerliche Presse, „*in Kopenhagen scheint sich zu rächen, daß Jörgensen das Bündnis mit der bürgerlichen Venstre eingegangen war, ohne die Partei auf den 'historischen Kompromiß' genügend vorzubereiten. Der Gewerkschaftsvorsitzende Nielsen sprach von einem Alleingang Jörgensens und klagte, alle Vorstellungen von Seiten der Gewerkschaften habe der Ministerpräsident in den Wind geschlagen. Die gegenwärtige Kontroverse geht weit über einen Lohnstreit hinaus, wenn man in Rechnung stellt, daß Gewerkschaften und Sozialdemokraten in der Vergangenheit gleichsam eine Einheit bildeten und sich zusammen als 'Arbeiterbewegung' verstanden*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.9.78).

Von der Gewerkschaftsführung ist nun nach den ersten Streiks die Forderung nach Austausch der sozialdemokratischen Folketingsabgeordneten als Bedingung für die weitere „Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie" gestellt worden. Es ist fraglich, ob sich diese Regierungskoalition halten wird, zumal alle Anzeichen auf einen heißen Herbst deuten!

Skandinavien-Kommission



Neue Kampagne des Faschisten Glistrup

Der Faschist und Steuerhinterzieher Glistrup, Vorsitzender der „Fortschrittspartei", will jetzt die UNO und den Europäischen Gerichtshof anrufen. Im Februar dieses Jahres war er zu einer lächerlichen Geldbuße von 5,5 Mio. dkr. verurteilt worden. Das war das Ende eines Prozesses wegen seiner Steuerbetrügereien in Millionenhöhe, der sich jahrelang hingeschleppt hatte. Laut Gerichtsurteil durfte er seine Anwaltspraxis behalten; die „Forderung" mehrerer bürgerlicher Parteien nach seinem Rücktritt aus dem Folketing war sang- und klanglos fallengelassen worden. Trotzdem machte Glistrup daraus eine Kampagne gegen die dänische Justiz, die gegen ihn „russische Methoden" anwenden würde.

Als die Staatsanwaltschaft Berufung einlegte, zog Glistrup nach und wandte sich ebenfalls an die nächsthöhere Gerichtsinstanz, um den „totalen Freispruch" zu erzielen. Diesen Freispruch wollte er demonstrativ ohne seine beiden Verteidiger erreichen. Als diese jedoch ebenfalls vorgeladen wurden, startete er seine neue Kampagne, da er in seinen „Menschenrechten" verletzt worden sei. In Rundfunk und Fernsehen tönte er 'rum von brutaler Unterdrückung wie in „Chile, Südafrika oder der Sowjetunion".

Darauf will Glistrup nun seinen neuen Feldzug gegen die „dänische Gesellschaft" kochen, wobei er die von der neuen „sozialliberalen" Regierungskoalition angekündigten Steuererhöhungen ausnutzt, um neue Wählerstimmen zu fangen.

Skandinavien-Kommission

DäKP duldet keine Kritik an der Sozialdemokratie

Ein dänischer Genosse schickte uns eine Zusammenfassung eines Artikels der linksliberalen Zeitung „Information", in dem über die Praktiken der dänischen DäKP (Schwesterpartei der westdeutschen DKP) gegenüber kritischen Mitgliedern berichtet wird: Jörgen Tved, DäKP-Abgeordneter in der Kopenhagener Bürgerschaft, wurde unter Druck gesetzt, weil er zu heftige Kritik an der Sozialdemokratie übte und für die Zusammenarbeit mit den linken Parteien „Socialistisk Folkeparti" und „Venstre Socialisterne" eintrat. Angesichts der gegenwärtigen Regierungskrise (der Koalition von Sozialdemokraten mit der rechten Partei Venstre) und breiter Proteste der Arbeiterklasse dagegen und in der sozialdemokratischen Partei selbst erscheinen die Repressalien gegen Jörgen Tved in besonders zynischem Licht. Hier die Darstellung des Genossen:

„*Am 5.9.78 enthielt die DäKP-Zeitung „Land og Folk" eine kurze Notiz: 'Eins der DäKP-Mitglieder in der Kopenhagener Bürgerschaft will zurücktreten. Es handelt sich um Jörgen Tved, der seit Sommer 1973 Mitglied der Bürgerschaft war.' Warum Jörgen Tved von seinem Posten zurücktreten will, erklärt die DäKP-Zeitung nicht. Es wurde nicht einmal angedeutet, daß die Kopenhagener Parteiorganisation ein Mißtrauensvotum gegen Tved gestellt hatte, weil er zuviel Kritik an dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Anker Jörgensen geübt hatte. Diesen Vorfall schwieg die Parteizeitung tot, während sie die breiten Proteste der Arbeiter gegen die sozialdemokratische Regierungspolitik eifrig registrierte. Nun – ganz „plötzlich" – ist Tved auch nicht mehr Folketingskandidat seiner Partei in Vesterbro (Arbeiterviertel in Kopenhagen, Anm.), was er 20 Jahre lang gewesen war. In diesem Viertel hatte auch Anker Jörgensen für die Sozialdemokratie kandidiert! Die Kandidatur wurde Tved entzogen, nachdem seine Parteiorganisation das Mißtrauensvotum gegen ihn gestellt hatte.*

Erst nach diesen Repressalien beschloß Tved, als Bürgerschaftsabgeordneter zurückzutreten. Dennoch erklärte er, weiterhin Mitglied der DäKP bleiben zu wollen."

Skandinavienkommission

England

Notting Hill Carnival '78



Straßenfest der farbigen Bewohner des Londoner Stadtteils Notting Hill

Im Jahre 1966 wurde der erste Notting Hill Carnival in London organisiert. Notting Hill ist ein Stadtteil in London, in dem fast ausschließlich Farbige leben; viele von ihnen sind selbst eingewandert von den Westindischen Inseln (Trinidad, Jamaika, etc.) oder ihre Eltern stammen von dort. So hat der Notting Hill Carnival seine eigentliche Wurzel in der Kultur und Musik des Heimatlandes der Farbigen, andererseits ist dieser Carnival als exotisches Straßentheater ein Versuch, Identität und Selbstbewußtsein innerhalb der Lebensgemeinschaften der Farbigen zu erhalten. So betonte eine der Mitbegründerinnen des Carnivals:

„*Irgendetwas muß gegen diesen grauen Dreck getan werden, in dem wir alle leben müssen. Der Ausdruck des Verlorenseins in den Kindergesichtern muß verschwinden. Die Leute haben einfach vergessen, wohin sie gehören*".

Seit seiner Gründung hat der Carnival immer mehr spontane Unterstützung gefunden, Kostüm- und Musikgruppen reisen aus ganz Britannien und auch aus dem Ausland an, und mehrere hunderttausend Zuschauer haben in den vergangenen Jahren am Carnival teilgenommen, letztes Jahr sogar 250 000.

1976 und 1977 zeigte aber, daß es in Britannien unmöglich ist, während zwei Tagen im Jahr diesen Carnival zu feiern, und darüber die restlichen 363 Tage zu vergessen, die für die Farbigen durch Rassendiskriminierung, Arbeitslosigkeit und Deklassierung bestimmt sind. Durch Provokationen von seiten der Polizei endeten die Tage des Carnivals immer in äusserst scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Farbigen. Im letzten Jahr gab es dabei unzählige verletzte Farbige, über hundert verletzte Polizisten und mehr als 50 Verhaftungen. Damals wurde die Polizei als „zu schwach" und „zu schlecht gerüstet" kritisiert, und mehr Kompetenzen für das Vorgehen gegen die Farbigen gefordert.

In diesem Jahr gingen die Behörden mit Unterstützung der bürgerlichen Presse offensiver vor. In den Tagen vor dem Carnival wurde vor drohenden Auseinandersetzungen gewarnt, und die Veranstalter entsprechend unter Druck gesetzt. Bis zwei Wochen vor dem Carnival-Wochenende war z.B. überhaupt noch nicht klar, wie die organisierenden Komitees finanziell über die Runden kommen sollten. Die öffentliche Unterstützung beträgt einen Bruchteil der Kosten, die für den Einsatz der „Sicherheitskräfte" bereitwillig aufgewandt werden. Einige der offiziellen Veranstalter distanzierten sich schon im Voraus von jeder Gewalttätigkeit aus der Menge der Carnivalteilnehmer.

An den Tagen des Carnivals war die Polizei entsprechend massiv im Stadtteil Notting Hill präsent: nicht nur an jeder Ecke Polizeistreifen, in den Hinterhöfen, Kindergärten und Schulen waren hunderte von Einsatzpolizisten stationiert. Ein Teil des in der Nähe gelegenen Hyde Parks war abgesperrt und dort wurden für die Tage des Carnivals an die 3 000 Polizisten untergebracht. Weiterhin war den Veranstaltern vorgeschrieben worden, wie die Umzüge der verschiedenen Gruppen zu gestalten seien, um so die Menschenmenge unter Kontrolle halten zu können. Von einem freien Carnival konnte also nicht die Rede sein. In den späten Abendstunden des 2. Carnivaltages kam es dann auch zu einigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Jugendlichen, die allein schon durch die Präsenz der Polizisten provoziert genug waren. Durch den Einsatz von mehreren Hundertschaften an verschiedenen Orten wurde die Rebellion der Jugendlichen unterdrückt, insgesamt wurden an die 48 Leute verhaftet.

In den Tagen nach dem Carnival war die gesamte bürgerliche Presse voll des Lobes für die Polizei, und der Erfolg des massiven Polizeieinsatzes von vielen Seiten bestätigt gleichzeitig ist fraglich, ob der Carnival weiterhin stattfinden kann, denn erstens nehmen die Widersprüche innerhalb der farbigen Gemeinschaft zu, angesichts der Rassendiskriminierung „friedlichen Carnival" zu organisieren, und zweitens sind die finanziellen Ressourcen total ausgeschöpft.

Ein Genosse, der seinen Urlaub in England verbrachte.



lateinamerika

Nicaragua:
Bewaffnete Kämpfe trotz blutigster Repression



SANDINO — — !

Der Generalstreik und die Kämpfe gegen die Somozadiktatur haben sich Ende August/Anfang September so stark zugespitzt, daß in einer Reihe von Städten tagelang breiter bewaffneter Widerstand gegen die Nationalgarde geleistet wurde. Die FSLN hatte Ende August Teile der Stadt Matagalpa und einige ländliche Gebiete zu „befreiten Territorien" erklärt. Die Somozadiktatur hat daraufhin den Kampf mit allen Mitteln eröffnet. Lastwagen voll Soldaten wurden nach Matagalpa geschafft, Elendsviertel und Zentren des Widerstandes von der Luftwaffe bombardiert, Panzer und schwere Waffen wurden eingesetzt. Allein in Matagalpa hat es Hunderte von Toten und Verletzten gegeben. Tausende von Einwohnern flohen vor den Bomben, durch die mehrere Viertel verwüstet wurden, aus der Stadt („Le Monde", 3./4.9.78, „SZ", 2./3.9.78 u.a.).

Nach sechstägigen Kämpfen verkündete das Regime, daß die Nationalgarde die Kontrolle über die Stadt zurückerobert habe. Nach Angaben des Roten Kreuzes sollen sich die bewaffneten Kämpfer in die Berge zurückgezogen haben („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 3.9.78). In verschiedenen Städten, Masaya, Leon, Chinandenga, gingen die Kämpfe aber weiter. In der Hauptstadt Managua wurden in den Elendsvierteln weitere Barrikaden gebaut, Geschäfte wurden ausgeräumt und Lebensmittel an die Bevölkerung verteilt. Die FSLN (Sandinistische Befreiungsfront) gab bekannt, daß sie in Teilen des Landes festen Fuß gefaßt habe.

In der Nationalgarde nehmen die Desertionen offenbar ständig zu. Es

In der Nationalgarde nehmen die Desertionen offenbar ständig zu. Es wurde ein „Komitee der Nationalgarde für die Befreiung Nicaraguas" gegründet, das die FSLN unterstützt. Somoza sah sich jedenfalls veranlaßt, über Radio einen „Treueappell" an die Nationalgarde zu verbreiten, der dazu aufforderte, *„sich nicht von den Erklärungen der Aufständischen verwirren zu lassen"* („NZZ", 13.9. und Nicaragua-Komitee Göttingen).

Ernesto Cardenal, bekannter Schriftsteller und Vertreter der FSLN in Costa Rica, enthüllte, daß Soldaten aus Honduras und El Salvador die Nationalgarde in Nicaragua unterstützen. Ein US-Amerikaner in Texas hat — angeblich aus privater Initiative — per Zeitungsanzeige Söldner für Nicaragua zu werben versucht (Diese Aktion war dem US-Kongreß wohl doch zu heiß — es wird jetzt untersucht (!), ob eine solche Initiative rechtlich statthaft ist).

Die brutale Repression des Regimes richtete sich nicht nur gegen die FSLN und die kämpfenden Massen, sondern erfaßte auch Teile der bürgerlichen Opposition.

Allen Geschäftsleuten wurde mit Verhaftung gedroht, wenn sie sich weiter am Generalstreik beteiligen. Ungefähr 200 Vertreter der legalen Opposition wurden verhaftet und sollen wegen *„terroristischer Gewalttaten"* angeklagt werden. Unter den Verhafteten befinden sich auch hochkarätige Kapitalisten, wie z.B. der Führer des Unternehmerverbandes und der Geschäftsführer der nicaraguanischen Coca-Cola-Niederlassung („NZZ", 7.9.78).

Gegen die „Gruppe der 12" (Priester, Professoren, Kaufleute, die die liberale Opposition repräsentieren und sich seit Februar '78 im Exil in Costa Rica aufhielten) wurde sofort Haftbefehl erlassen, als sie ihren Beschluß, nach Nicaragua zurückzukehren, bekannt gaben.

Diese blinde Repression, teilweise gegen die eigenen Reihen, ist allerdings mehr ein Nebenspekt. Hauptsächlich ist das Regime zur Zeit bemüht, die „Gefahren" für den Bestand des Systems zu beschwören im Falle, daß Somoza abtreten muß.

Im mexikanischen Rundfunk erklärte Somoza, daß jede vorzeitige Aufgabe der Präsidentschaft zu einer kommunistischen Regierung führen müsse. Er werde seine Regierungszeit erst 1981 mit den geplanten Wahlen beenden. Gleichzeitig rief er alle Parteien der Opposition auf, *„es nicht zuzulassen, daß sich der Kommunismus in Nicaragua niederläßt."*

Auch Parteien mit sozialistischen Tendenzen sollen in Gespräche einbezogen werden, wobei sich aber alle an *„die demokratische Form, wie sie in Nicaragua herrscht"*, halten müßten („NZZ", 7.9.78).

Einen solchen „Dialog" hatte Somoza schon vor mehreren Wochen angeboten, der aber bisher von der überwiegenden Mehrheit der Oppositionskräfte abgelehnt wurde.

Die „Gruppe der 12" hat dies noch einmal bekräftigt, als sie vor kurzem tatsächlich nach Nicaragua zurückkehrte. Das Regime hatte darauf verzichtet, die Haftbefehle aufrecht zu erhalten — sie wären auch kaum durchsetzbar gewesen, denn die „12" wurden von 30.000 Menschen am Flughafen empfangen.

In ersten Stellungnahmen erklärten Vertreter der „Gruppe der 12", daß der Sandinismus eine ehrenwerte Sache sei und sie sich in Zukunft „sandinistisch" nennen wollten.

„Die Frente Sandinista hat nie auf die Einführung des Sozialismus in Nicaragua verzichtet, aber wir wollen einen nicaraguanischen Sozialismus ..." („Nicaragua-Nachrichten", 4/78). Daß Vertreter der bürgerlichen Opposition sich offen zur FSLN, d.h. „Terroristen", „Subversiven" etc. bekennen, drückt in etwa das derzeitige Kräfteverhältnis in Nicaragua aus. Die Radikalisierung der Massen hat tatsächlich für die Bourgeoisie und den Imperialismus bedenkliche Ausmaße angenommen. Die liberale „Le Monde" beklagt z.B. die Ermordung des bürgerlichen Oppositionellen Chamorro im Januar '78, weil man ihm hätte zutrauen können, die verschiedenen Strömungen der bürgerlichen Opposition zusammenzuhalten und weil er mit dem Image des langjährigen, konsequenten Somoza-Gegners wohl auch größere Teile der Volkskräfte hätte integrieren können. Eine Person mit solchen Fähigkeiten fehlt nach wie vor. Dies wird ein wesentlicher Grund dafür sein, daß die USA bisher immer noch nicht offen in die Konflikte eingegriffen haben.

Öffentlich wurde bisher lediglich erklärt, daß die USA *„alle Bemühungen für eine ruhige, demokratische Lösung unterstützen"*, *„tief besorgt"* sind über die zahlreichen Opfer der Kämpfe und *„jede Form von Gewalt oder Repression"* ablehnen („SZ", 7.9.78).

Für den US-Imperialismus stellt sich das Problem, wie mit oder ohne Somoza das bisherige Kräfteverhältnis in Mittelamerika aufrecht zu erhalten ist. Die Regierungen von Honduras und Costa Rica haben ihre größte Beunruhigung über die Lage in Nicaragua zum Ausdruck gebracht. Die venezolanische Regierung hat in ihrer Rolle als demokratischer Vorreiter Lateinamerikas zunächst versucht, die Angelegenheit vor die UNO zu bringen, dies wurde vom State Department verhindert, um die freundschaftliche und langjährige Unterstützung der Somozas durch die USA nicht allzu deutlich vor der Weltöffentlichkeit auszubreiten.

Unter der Hand hat der US-Imperialismus diplomatische Initiativen in die Wege geleitet, um sich für den wahrscheinlichen Fall, daß Somoza nicht bis 1981 über die Runden zu retten ist, vorzubereiten. Der US-Botschafter in Managua soll jedenfalls Gespräche mit Wirtschaftsvertretern und führenden Politikern aufgenommen haben, um Möglichkeiten eines Rücktritts von Somoza zu erwägen, ohne daß er sein „Ansehen" verliert — eine tatsächlich schwierige Aufgabe! („SZ", 7.9.78).



Solidarität in der BRD

Verschiedene Nicaragua-Solidaritäts-Komitees in der BRD haben jetzt zu einem unbefristeten Hungerstreik aufgerufen, der in Düsseldorf, Aachen, Mannheim, Göttingen bereits durchgeführt wird.

Die übereinstimmenden Ziele der verschiedenen Hungerstreikaktionen sind:

— Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Einstellung jeglicher finanzieller und militärischer Hilfe von seiten der BRD.

— Solidatität mit dem kämpfenden nicaraguanischen Volk.

In der Hungerstreikerklärung der Genossen aus Göttingen heißt es dazu:

„ ... Nach dem Luftangriff auf die Stadt Matagalpa hat sich der Volksaufstand über das ganze Land verbreitet. Dieser Volksaufstand, geführt von der Sandinistischen Befreiungsfront [FSLN], hat Somozas Nationalgarde viele Niederlagen bereitet. Das nicaraguanische Volk, unter Führung der *[FSLN], hat Somozas Nationalgarde viele Niederlagen bereitet. Das nicaraguanische Volk, unter Führung der* *FSLN, wird in den nächsten Stunden oder Tagen die Bildung einer provisorischen demokratischen Volksregierung bekanntgeben, die die Interessen der Mehrheit vertreten wird.*

Die Massenmedien in der Bundesrepublik haben ein wenig desinteressiert über die Ereignisse in Nicaragua berichtet und sich darauf beschränkt, den Volksaufstand zu beobachten und zu kommentieren.

Wir verurteilen die Intervention der Vereinigten Staaten, die Söldnertruppen nach Nicaragua geschickt haben, um die Diktatur Somozas zu stützen und den Volksaufstand niederzuschlagen.

Wir, die in Göttingen lebenden Nicaraguaner, haben zusammen mit dem Solidaritätskomitee mit Nicaragua beschlossen, uns mit dem Kampf des nicaraguanischen Volkes zu solidarisieren, indem wir einen H u n g e r s t r e i k durchführen, der am 13.9.78 um 19 Uhr im Lehrerzentrum, Weender Str. [bei der Jacobikirche] beginnt ...

FÜR DEN BRUCH DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER BRD UND DER SOMOZA-DIKTATUR!

FÜR DIE ANERKENNUNG DER PROVISORISCHEN REGIERUNG DER FSLN ALS EINZIGE VERTRETUNG DES VOLKES VON NICARAGUA!"

Auch die Jusos haben Genscher „gebeten", die Beziehungen zu diesem Regime abzubrechen und *„die Willensäußerung der BRD, nicht mit Terroristen zu paktieren, ernst zu nehmen"* („SZ", 7.9.78).

In Hamburg wurde auf der Lateinamerika-Solidaritäts-Pena im Rahmen der Lateinamerika- und Chile-Woche für die FSLN im Indianerviertel Monimo gesammelt.

Lateinamerika-Kommission

Streiks in Chile

Über 5000 Arbeiter der Kupfermine Chuquicamata streikten seit Mitte August für höhere Löhne. 8600 von insgesamt 9000 Kupferarbeitern der Mine beteiligten sich an einem Hungerstreik. Trotz des strikten Streikverbots in Chile und angedrohter Repressionen wurde Anfang September beschlossen, den „*Streik für Fleisch*" fortzusetzen („SZ", 9./10.9.78). Die Junta verhängte inzwischen den Belagerungszustand über das Minengebiet und hatte in den ersten Septemberwochen bereits 59 Arbeiter verhaftet. Sie werden beschuldigt, politische Agitation betrieben und Flugblätter verteilt zu haben („FR", 15.9.78). Trotzdem begann eine weitere Aktion im einzigen Stahlwerk des Landes. Um trotz des Streikverbots ihren Protest auszudrücken, weigern sich die Arbeiter des Werkes, die Kantinen zu benutzen („SZ", 9./10.9.78).

• In Santiago wurden 100 Demonstranten, meist Angehörige von Verschwundenen verhaftet, als sie einen Sitzstreik begannen und Aufklärung über den Verbleib ihrer Angehörigen forderten. Wenig später begannen 17 weitere Angehörige von verschwundenen Chilenen einen Hungerstreik in der Kirche Santa Bernadita in Santiago. In einer Erklärung verbreiteten sie, daß drei Monate seit der letzten großen Hungerstreikaktion vergangen seien. Die Junta habe ihr damals in Verhandlungen mit der katholischen Kirche gegebenes Versprechen, die Schicksale der Verschwundenen innerhalb eines Monats aufzuklären, nicht eingehalten. Die Hungerstreikenden hatten damals schon angekündigt, ihre Aktion wiederaufzunehmen, wenn die Junta ihre Zusage nicht einhält.

Nach letzten Informationen hat die katholische Kirche es abgelehnt, den Hungerstreik zu unterstützen, und er mußte abgebrochen werden. Diese Haltung der katholischen Kirche ist Ausdruck der zugespitzten Widersprüche auch innerhalb der Kirche. Die Hierarchie hat sich hier offensichtlich durchsetzen können.

Solidarität mit den Streikenden in Chile!

Freiheit für argentinische und brasilianische Genossen!

Am 22.8.78 verhaftete die brasilianische politische Polizei in Sao Paolo Hugo Bressano, seine Frau Rita Strasberg, Antonio Saleal (Revolutionäre Arbeiterpartei Portugals) und 19 Mitglieder der „Sozialistischen Konvergenz" Brasiliens, einer legalen politischen Strömung, die für die Wiederherstellung der Demokratie und den Aufbau einer Sozialistischen Partei Brasiliens eintritt.

Bressano, bekannt unter dem Namen Nahuel Moreno, ist Begründer der Sozialistischen Arbeiterpartei Argentiniens (PST — Mitglied der IV. Internationale) und innerhalb der trotzkistischen Strömungen anerkannter Theoretiker.

Begründet wurden die Verhaftungen mit der Mitgliedschaft in einer „*geheimen und subversiven*" Organisation und wegen „*internationaler Verbindungen*" (!). Für Moreno und Rita Strasberg besteht die Gefahr der Auslieferung nach Argentinien, was unter den gegebenen Verhältnissen Todesgefahr bedeutet.

Eine relativ breite, internationale Kampagne mit Telegrammen und Stellungnahmen von Organisationen, Parlamentariern und Einzelpersonen aus europäischen und lateinamerikanischen Ländern, einem Hungerstreik in der Universität von Sao Paolo u.ä. hat inzwischen bewirkt, daß (nach letzten Meldungen) 11 der Verhafteten freigelassen wurden, darunter der portugiesische Genosse. Moreno und Rita Strasberg befinden sich aber immer noch in Haft und brauchen dringend die internationale Solidarität (Nach dem Kommuniqué der PST — Auslandsleitung, 2.9. und „rouge", 6.9. und 9./10.9.78).

Lateinamerika-Kommission

Klage gegen Strauß abgewiesen!

Nach dem berüchtigten Chilebesuch von F.J. Strauß im November '77 hatten unter anderem die ESG Essen und Bochum Anzeige gegen Strauß erstattet. Zur Erinnerung: Strauß hatte in seinen Reden in Chile der Junta seine uneingeschränkte Anerkennung ausgesprochen:

„*Am meisten bin ich von dem inneren Frieden und der politischen Stabilität in Chile beeindruckt.*" „*Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Ihrem Lande, gleichgültig von woher sie bedroht wird, erhalten* (!) *bleibt, und arbeiten Sie daran, daß Disziplin, Fleiß, Leistung, Opferbereitschaft und Gemeinschaftssinn ein blühendes Chile schaffen, in dem jeder Bürger stolz sagen kann: Ich bin ein freier Chilene*". Ferner machte er deutlich, „...*daß er keinerlei Zweifel daran habe, daß Chile ein demokratisches Land sei, zu dem man in den letzten vier Jahren noch die fundamentalen Konzepte der deutschen Demokratie hinzugefügt habe: Disziplin, Respekt und Arbeitseifer.*"

Die Strafanzeige gegen Strauß wurde wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Billigung von Straftaten gestellt. In der Begründung für die Anzeige wurde auf die Verbrechen der chilenischen Junta eingegangen, um abschließend festzustellen:

„*Der MdB Strauß hat für die terroristische Vereinigung der Militärjunta geworben und sie dadurch unterstützt. Seine Äußerungen beschränken sich nicht etwa darauf, die Lage in Chile wertungsfrei darzustellen, sie waren als Werbung um Verständnis für den Militärputsch und für das Weiterbestehen der Diktatur in den nächsten Jahren zu verstehen und auch so beabsichtigt. Mit diesen Aussagen wollte Herr Strauß auch auf Personen, die in der Bundesrepublik leben, einwirken. Da der Erfolg also auch in der Bundesrepublik eintreten sollte, steht der Strafverfolgung durch deutsche Behörden nicht im Wege, daß die Reden im Ausland gehalten wurden. In den Äußerungen über den Militärputsch 1973 und die spätere Regierungszeit der Junta könnte außerdem die Billigung der durch die Führung des Militärs angeordneten Ermordungen, Verhaftungen und Folterungen von politischen Gegnern gewesen sein. Dann läge eine Strafbarkeit wegen Billigung von Straftaten gemäß §140, Ziffer 2 StGB vor.*" (Zitate n. AK 118).

Am 16.8. hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München die Klage lapidar zurückgewiesen: „*Entgegen der Ansicht der Anzeigenerstatter sind die Äußerungen* [von Strauß in Chile, AK] *nicht geeignet, einen der genannten Straftatbestände zu erfüllen.*"

So weit zwar zynisch aber nicht überraschend. Interessant ist, wie es weiter geht: „*Darüber hinaus sind diese Vorschriften des StGB hier schon deswegen nicht anwendbar, weil auch Straftatbestände des chilenischen Rechts nicht verwirklicht sind. Eine genaue Überprüfung ... des Strafgesetzbuch der Republik Chile, Septima Edition Oficial vom Juni 1975, hat ergeben, daß darin den §§ 88a, 130, 130a, 140 und 129 StGB entsprechende Strafbestände nicht enthalten sind.*"

Ist es schon generell unverfroren, daß ein westdeutsches Gericht überhaupt ein Strafgesetzbuch aus einem faschistisch beherrschten Staat als Urteilsmaßstab heranzuziehen wagt (Gesetzbuch — Ausgabe 1975!), so ist andererseits noch bemerkenswerter, zu welchem Ergebnis dieses Gericht dabei kommt: Im faschistischen Chile sind vom Gesetz her Dinge erlaubt, für die man in der „demokratischen" BRD in den Knast gehen kann (§88a, 130, 130a). Das ist mal aufschlußreich über die h i e s i g e n Verhältnisse!

Lateinamerika-Kommission

afrika

Nkomos Geheimverhandlungen mit Smith

Aufsehen erregte Anfang September die Bekanntgabe von Geheimverhandlungen zwischen dem Führer der ZAPU und Mitglied der Patriotischen Front, Nkomo und dem Rassistenchef Smith. Getroffen hatte man sich am 14 August in Lusaka (Sambia) unter Anwesenheit des nigerianischen Außenministers Garba. Beide Seiten hatten ihre Bündnispartner nicht informiert und versuchten bis zum 2. September das Geheimtreffen zu dementieren: Nkomo: „Absoluter Unsinn" und Sambias Staatschef Kaunda behauptete, er hätte nichts von einem solchen Treffen gehört. Aus Salisbury kamen ebenfalls Dementis („Guardian", 4.9.78). Es ist ganz offensichtlich, daß beide Seiten ein großes Interesse bekundeten, ihre Kontakte abzuleugnen. Erst als die Gerüchte sich immer stärker verdichteten und ein Treffen zwischen den Frontstaaten Angola, Mosambik, Tansania, Sambia und Botswana einberufen wurde (das o h n e gemeinsames Kommuniqué oder Pressekonferenz endete), war Nkomo gezwungen, die Flucht nach vorn anzutreten. Es liegt nahe, daß Nkomos Eingeständnis der Kontakte unter dem Druck der antiimperialistischen Frontstaatenteilnehmer erfolgte, die die Geheimdiplomatie Nkomos strikt ablehnen (im Gegensatz zu Sambia und Botswana). Daß das Mißtrauen gegen Nkomo im höchsten Grade berechtigt ist, bestätigte dieser selbst durch sein eigenes Auftreten und durch seine Darstellung der Ereignisse. So äußerte er in einem Interview folgendes: „*Ich bin im Krieg mit Smith und wenn es mir erscheint, daß Smith aufgeben will und das Land dem Volk von Zimbabwe übergeben will, dann kann mich nichts daran hindern, mit ihm zu sprechen. Ich kämpfe gegen ihn und wie kann man von einer Person erwarten, daß sie aufgibt, wenn du nicht mit ihr sprichst, wenn sie ankündigt, sie möchte aufgeben*" („Guardian", 5.9.78). Nkomo kündigte ausdrücklich weitere Treffen mit Smith an! Natürlich ist es Unsinn, daß Smith Geheimkontakte knüpft, um Zimbabwe „dem Volk zu übergeben". Prompt kam aus Salisbury eine andere und in der Tat realistischere Darstellung der Gesprächsinhalte: Es seien die Bedingungen für eine Beteiligung lung der Gesprächsinhalte: Es seien die Bedingungen für eine Beteiligung Nkomos an einer Übergangsregierung diskutiert worden, ließ Smith verlauten. Offensichtlich war jedoch der Preis, den er in der ersten Verhandlungsrunde Nkomo zu zahlen bereit war, zu niedrig — wenngleich das Treffen selbst für Smith einen gewissen Erfolg darstellte. Tansanias Staatschef Nyereres scharfe Kritik am Geheimtreff ließ dies deutlich werden: Smith hätte Nkomo angeboten, alle drei schwarzen Mitglieder der (Marionetten-)Übergangsregierung fallen zu lassen, wenn er sich bereit erklären würde, nach Salisbury zurückzukehren und mit Mugabe (ZANU), seinem Partner in der Patriotischen Front, zu brechen. Die Frontstaatenpräsidenten seien zu der „*klaren und eindeutigen Schlußfolgerung gelangt, daß Smith keinerlei Absicht hat, die Macht abzugeben*". „*Smith Absicht ist eindeutig, die Patriotische Front zu spalten, und, falls dies möglich ist, die Frontstaaten ebenfalls.*" Die Frontstaaten hätten unmißverständlich bestätigt, daß das Treffen mit Smith „U n s i n n" sei. Er, Nyerere, sei außerdem überzeugt, daß die britische Regierung an dem Zustandekommen des Geheimtreffens beteiligt gewesen sei. Man könne die Führer der Patriotischen Front, sei es als einzelne oder gemeinsam, nicht daran hindern, mit Smith ins Geschäft zu kommen, doch die Frontstaatenpräsidenten würden entschieden davon abraten („Guardian", 4.9.78).

Die antiimperialistisch orientierten Frontstaaten haben sich also in der Verurteilung Nkomos durchsetzen können, wenngleich man davon ausgehen muß, daß Kaunda weiterhin versuchen wird, die Antiimperialisten auszumanövrieren (unterstützt von Nigeria, das immer offener die Positionen des US-Imperialismus in Afrika fördert).

Wie stark die Differenzen inzwischen geworden sind, läßt die gereizte Erwiderung Nkomos erkennen, die die konservative „The Times" überschrieb: „Mr. Nkomo verspottet Dr. Nyerere" (5.9.78). Dort wird Nkomo wie folgt zitiert: „*Wer ist denn Präsident Nyerere eigentlich? Er kann mir nicht vorschreiben, was ich zu tun habe. Nyerere ist nicht die höchste Autorität, die entscheidet, was in Zimbabwe zu geschehen hat. Wir werden entscheiden, welche Schritte wir unternehmen werden. Wir werden nicht das tun, was andere Leute für richtig halten.*" „*Nyerere*", sagte Nkomo weiter, „*ist im Grunde gar kein Präsident eines Frontstaats, denn Tansania hat keine Grenze mit Zimbabwe*". Dieser scharfe Angriff auf Nyerere gilt indirekt auch Mosambik und Angola, die sich in der Verurteilung der Vorgehensweise von Nkomo — die auf ein proimperialistisches lung der Vorgehensweise von Nkomo — die auf ein proimperialistisches Arrangement mit Smith hinausläuft — einig sind.

Leider liegt uns kein Originaldokument der ZANU zu dem Geheimtreffen vor, aufschlußreich ist aber ein Statement Mugabes vom 28.8.78, das nach einem Besuch bei Nyerere veröffentlicht wurde und in dem den USA und England vorgeworfen wird, sich zu beteiligen „*an einem weiteren* (!) *internen Abkommen, das den Rebellen Smith als Chefmanipulator läßt, und nur eine Umgruppierung der zu etablierenden Marionetten versucht*" („Guardian", 2.9.78).

Die Differenzen, die gegenwärtig in ihrer schärfsten Form seit Konstituierung der Patriotischen Front vor zwei Jahren zum Ausdruck kommen, haben ihre materielle Grundlage in der Zugehörigkeit Nkomos zum kleinbürgerlich-opportunistischen Flügel des zimbabweschen Widerstands. Unvergessen sind die berüchtigten Verhandlungen Nkomos mit Smith am Sambesi 1975, wo Nkomo nicht einmal mehr die bürgerlich-demokratische Forderung „Ein Mann — eine Stimme" zum Verhandlungsgegenstand machte und trotzdem von Smith nach Wochen des Hinhaltens brüskiert wurde. Die Einbindung Nkomos in die Patriotische Front im Herbst 1976 war ein Ausdruck einer gewachsenen Stärke des linken Flügels im zimbabweschen Widerstand, wenngleich sich die von Sambia aus operierenden Freiheitskämpfer der ZAPU im Vergleich zur ZANU relativ zurückhielten. Heute befindet sich der zimbabwesche Befreiungskampf militärisch in einem vorangeschrittenen Stadium, der der Wirtschaft der Rassisten ernsthaften Schaden zufügt und den Exodus der Weißen in den letzten Monaten enorm hat ansteigen lassen. Zugleich wurde damit deutlich, daß die drei schwarzen Marionetten von Smith (Chirau, Sithole und Muzorewa) nicht im entferntesten in der Lage waren, einen „Waffenstillstand" zu „organisieren". Propagandarundreisen der Mitglieder der Übergangsregierung innerhalb Rhodesiens haben zudem in fast peinlicher Weise deutlich gemacht, daß die Marionetten auch nicht im Ansatz über eine Massenbasis verfügen (früher galt Muzorewa als der vermeintliche „Volkstribun"). Auf internationaler Ebene ist die konterrevolutionäre Übergangsregierung ebenfalls relativ isoliert, wenngleich dies den Imperialismus im Ernstfall nicht vor massiven militärischen und wirtschaftlichen Stützungsaktionen abhalten wird. In dieser Situation schien es Smith und den Imperialisten (USA und England) ratsam, nach einigen Vorauskontakten (Nkomo traf sich mit Chirau in London) ein direktes Treffen zwischen Smith, Nkomo, dem nigerianischen Außenminister (und Kaunda?) zu organisieren. Auch wenn nigerianischen Außenminister (und Kaunda?) zu organisieren. Auch wenn der Beginn dieser Kontakte publik wurde (und nach dem Abschuß eines Flugzeuges durch Nkomos Guerillas der Anschein von allen Seiten erweckt wird, daß auf dieser Ebene zukünftig nichts mehr laufen wird), so ist doch damit eine Entwicklung eingeleitet, die eine Spaltung des Befreiungskampfes in absehbarer Zeit Wirklichkeit werden lassen könnte.

Afrika-Kommission

Brief der Anti-Apartheid-Bewegung an P.P. Zahl

Die Philister haben das Wort!

Im Juni hatte der Unterstützerkreis des Kongresses gegen die nukleare Zusammenarbeit BRD/Südafrika gegen die Stimmen von AFRIK Bielefeld und KB beschlossen, P.P.Zahl von der Liste der den Kongreß unterstützenden Persönlichkeiten zu streichen. Diese Maßnahme war auf massiven Druck von DKP-Kadern ergriffen worden („*schließlich ist P.P Zahl ein rechtskräftig verurteilter*"). Formal wurde Peter Paul allerdings schriftlich von der AAB um sein Einverständnis gebeten, ohne ihn über den Grund seiner Streichung zu informieren (siehe AK 131).

P.P.Zahl hatte geantwortet, er ziehe seine Unterschrift nicht zurück und dargelegt, daß er das Ansinnen der AAB für Selbstzensur halte und für den Versuch, Reputierlichkeit bei den Herrschenden hierzulande zu erreichen (AK 133).

Nunmehr hat die AAB erneut an Zahl geschrieben. Ein erschütterndes Dokument. Weder wird dem Genossen Zahl auch nur ansatzweise erklärt, w a r u m er gestrichen werden sollte, noch wird die Streichung zurückgenommen.

Es wird dagegen verdeutlicht, daß P.P.Zahl überhaupt nicht in seiner politischen Argumentation ernstgenommen wird, lediglich „*aus seiner Situation heraus*" (Isolations-Haft, Hungerstreik) ist der AAB der Brief Zahls verständlich. Schließlich ist die AAB über alle Kritik erhaben, da sie bei den „*betroffenen Völkern*" ein enormes Ansehen genießt. Und letztendlich steht die AAB so felsenfest auf dem Boden des Grundgesetzes (das bei den „*betroffenen Völkern*" sicher auch sehr hoch im Kurs steht?), daß P.P.Zahls Streichung zum Schutze desselben möglicherweise eben doch notwendig war. (Übrigens von 50 000 politischen Gefangenen in der BRD hat P.P. Zahl überhaupt nicht gesprochen — aber was soll's?!)

Resumée: Der AAB-Vorstand hat sich verbeten, daß wir weiterhin andeuten, seine Entscheidungen und Briefe seien in irgendeiner Weise von der DKP beeinflußt. Nun dann, vielleicht gibt's ja tatsächlich solche Philister aus eigenem Antrieb!

Die Annahme ist berechtigt, schließlich hat außer dem IZ3W keine Zeitung oder Organisation die gesamte Ausschlußpolitik (u.a. auch gegen Biermann und Dutschke) offengelegt und kritisiert.

So ist die Linke hierzulande.

Afrika-Kommission

Ihr Schreiben vom 20.6.78 haben wir dankend erhalten. Unsere Antwort dient der Klärung der Position des Vorstands bei Ihnen persönlich, bei unseren Mitgliedern und Freunden.

Zunächst möchten wir uns bei Ihnen für unser Vorgehen, das eindeutig ein Fehler war, entschuldigen.

Der AAB-Vorstand hat Verständnis für die Situation, in der Sie sich befinden und aus der heraus Sie Ihr Schreiben an uns bzw. an die "demokratische und antirassistische Öffentlichkeit" gerichtet haben. Diejenigen Vorstandsmitglieder, die sich nachträglich mit Ihrem Fall befaßt haben, gelangten zu der persönlichen Erkenntnis, daß es sich hier eindeutig um einen Justizskandal handelt. Die AAB als Organisation ist aber weder von der Aufgabenstellung noch von der Mitgliederstruktur her befähigt, sich mit so einer Frage zu beschäftigen.

Wir möchten mit aller Entschiedenheit den von Ihnen geäußerten Vorwurf, wir würden uns "bei jenen Kräften einkaufen, die nachweislich auf Herrn Vorsters Seite stehen", zurückweisen. Unsere Arbeit ist gerade diesen "Kräften", die an der Erhaltung des Apartheidsystems oder eines modifizierten Systems aus politischen und wirtschaftlichen Gründen interessiert sind, ein Dorn im Auge. Außerdem genießt die AAB bei den betroffenen Völkern und ihren legitimierten Befreiungsbewegungen sowie auf internationaler Ebene Ansehen.

Aus unserem Selbstverständnis heraus können wir die von Ihnen aspektweise dargestellte Einschätzung der Bundesrepublik Deutschland nicht teilen. Die AAB ist eine pluralistische Organisation von Mitgliedern verschiedener politischer Auffassungen. Gemeinsam ist uns die Einsicht in die Notwendigkeit, den Kampf gegen das "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (UNO-Konvention über Apartheid) hier und international, u.a. mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln zu führen. Bei der Formulierung unserer Basis und unserer Ziele berufen wir uns auf das Grundgesetz und bedienen uns bei der Durchsetzung der Ziele der vorhandenen und von uns bejahten demokratischen Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft, auch wenn reaktionäre Kräfte die von den Bürgern unseres Landes erkämpften demokratischen Rechte zunehmend beschneiden oder sie gar abschaffen wollen. Daher läuft die von Ihnen geäußerte Auffassung, in diesem Land existierten 50.000 politische Gefangene, unserer Einschätzung zuwider. Würden wir dem zustimmen, dann müßten wir und mit uns viele Demokraten grundlegende Konsequenzen ziehen.

Wir erklären uns mit Ihrem Kampf um Erleichterungen Ihrer Haftbedingungen solidarisch.

Seien Sie versichert, wir werden uns auch in Zukunft mit allen Kräften für die Sache der unterdrückten Völker im Südlichen Afrika einsetzen.

Enthüllungen der zairischen Opposition

OTRAG arbeitet eng mit den Rassisten zusammen! Massaker und Zwangsvertreibungen in der BRD - Kolonie!

Die südafrikanische Fluggesellschaft South African Airways (S.A.A.) ist direkt an dem gegenwärtig in der OTRAG-Kolonie im Bau befindlichen Großflughafen beteiligt. Diese Enthüllung ist Teil von Recherchen der zairischen Oppositionsbewegung MNC-L (Kongolesische Nationalbewegung-Lumumba), deren Ergebnisse der MNC-L-Vorsitzende Paul-Roger Mokede auf einer Pressekonferenz in Brüssel am 29.8. vorstellte. Der vollständige Wortlaut der Mokede-Erklärung liegt uns inzwischen vor. Wie bereits in AK 136 berichtet, ist OTRAG dabei, die bisherige Landepiste zu einer 4.000 km langen Betonpiste auszubauen, die für Interkontinental-Flüge geeignet ist, wie geschaffen also als Zwischenlandemöglichkeit für südafrikanische Verkehrsflugzeuge, die in fast allen schwarzafrikanischen Ländern nicht niedergehen können.

Mokede gab bekannt, daß die neue Piste Boeing- und sogar Concorde-Flugzeuge empfangen kann. Beteiligt an ihrem Bau sind nach seinen Angaben die S.A.A. und Aktionäre der Flughafengesellschaft, die OTRAG (vertreten durch ihren Repräsentanten in Lubumbashi, Klaus Piekatz, der bereits den Pachtvertrag OTRAG-Zaire mitunterschrieb) und der zairische Staat, vertreten durch den Mobutu-Neffen Litho. Allerdings soll der neue Flughafen nicht nur den Bedürfnissen der südafrikanischen Zivilluftfahrt nachkommen, wie die MNC-L hervorhebt: *„Die politische Bedeutung der Existenz dieses Flughafens, an dem die South African Airways (S.A.A.) direkt beteiligt sind, ist beträchtlich. Damit verfügt Südafrika über einen autonomen Stützpunkt für das gesamte Zentralafrika und hat die Möglichkeit in allen Zaire benachbarten Staaten Afrikas zuzuschlagen... Schwarzafrika wird damit keinerlei Kontrolle mehr über die Bewegungen südafrikanischer Flugzeuge haben, die eine für alle unsere Länder gefährliche Aktionsfreiheit erhalten werden."*

Wie nicht anders zu erwarten war, hat OTRAG durch ihren Sprecher Frank Wukasch sofort jegliche Zusammenarbeit mit Südafrika dementieren lassen („FR", 31.8.). Mit dem forcierten Flughafenausbau wird gegenwärtig ein entscheidender Grundstein für die militärische Verwendbarkeit der OTRAG-Kolonie gelegt, womit ihre eigentliche Zweckbestimmung, nämlich Ausgangsstation für militärische Interventionen des BRD-Imperialismus, der NATO und der Rassisten gegen das fortschrittliche Afrika zu sein, schneller in die Tat umgesetzt wird als manche Anti-Imperialisten bisher befürchtet hatten.

Zwei Dörfer in Nord-Shaba ausradiert: OTRAG verantwortlich?

Daß keinerlei Zeit mehr zu verlieren ist, konkrete Schritte gegen OTRAG zu unternehmen, zeigt ein Kommunique der zairischen PRP (Partei der Volksrevolution), das uns als Telex der belgischen Agentur „Belga" vor kurzem erreicht hat. Der Vorsitzende der PRP, Laurent Kabila, schreibt:

„Congo-Kinshasa. Das Zentralkomitee der Partei der Volksrevolution, dessen Sitz sich in Wimbi in den befreiten Gebieten von Fizi-Baraka befindet, teilt mit, daß am 9. August die Dörfer Kiniekela und Simbi innerhalb dieses Tages insgesamt dreimal bombardiert wurden. Unter der Zivilbevölkerung waren 97 Opfer zu beklagen. Die Bombardierungen wurden von kleinen Jagdbombern durchgeführt, die von Süden herkamen und jeweils in kurzen Abständen zurückkehrten. Die Verwicklung von OTRAG in diese kriminelle Affäre ist offensichtlich. Die PRP bekräftigt ihre Absicht, die deutschen Besatzer vom kongolesischen Territorium zu vertreiben. – Ilunga p.o. Kabila". (Pressekommunique Belga Nr. 21408)

Die fortschrittliche PRP führt seit 1967 einen bewaffneten Kampf gegen das Mobutu-Regime und hat ihre Basis in der Gebirgsgegend von Fizi-Baraka, die unmittelbar nördlich an das OTRAG-Territorium angrenzt! (Zur PRP siehe AK 102)

Das von uns jetzt veröffentlichte PRP-Kommunique ist bislang von der bundesdeutschen Presse totgeschwiegen worden, was angesichts seiner Brisanz nicht verwundert. Wenn sich die Vermutung der PRP als richtig erweist, daß der Terrorangriff vom 9. August von der OTRAG, bzw. vom OTRAG-Territorium aus durchgeführt wurde (letzteres kann ohnehin nicht bezweifelt werden, denn wenn die Bombenangriffe „von Süden" herkamen, dann kamen sie vom OTRAG-Gebiet, vergleiche die Karte!) handelt es sich hierbei bereits um die zweite (bekanntgewordene!) direkte Intervention der OTRAG – und damit des BRD-Imperialismus – gegen den zairischen Befreiungskampf. Denn wie inzwischen von OTRAG bestätigt wurde, waren OTRAG-Flugzeuge bereits im Sommer 1977 im offiziellen Auftrag der Bundesregierung an der Shaba-Aufstandsbekämpfung beteiligt (vgl. AK 136). Die linke und demokratische Öffentlichkeit in der BRD sollte all ihren Einfluß aufbieten, um zur Aufklärung des Massakers vom 9. August beizutragen!



OTRAG-Massaker am 9. August? Schraffiert (Nr. 3) PRP-Gebiet

Massenvertreibungen und Konzentrationslager im OTRAG-Gebiet

Seit Bekanntwerden des OTRAG-Projekts sind immer wieder Befürchtungen laut geworden, daß der BRD-Imperialismus Hunderttausende der in seiner Kolonie lebenden Menschen vertreiben will, bzw. bereits vertrieben hat, um ungestört seine kriegstechnischen Experimente durchführen zu können (vgl. AK 116 und jüngst „Vorwärts" vom 20.7.).

Die Nachforschungen der MNC-L scheinen auch hierzu neues Material erbracht zu haben, neue Hinweise, daß OTRAG in Nord-Shaba einen systematischen Völkermord betreibt. Wir zitieren hierzu den entsprechenden Abschnitt aus der Mokede-Erklärung: *„.... die zairische Regierung läßt mit der brutalen Gewalt seiner Soldateska Tausende von Familien evakuieren... Um die Leichtgläubigen unter ihnen zu täuschen, werden sie glauben gemacht, daß sie ins Landesinnere abreisen, um dort bezahlte Arbeit zu finden... Diejenigen unter der verängstigten und schutzlosen Bevölkerung, die sich weigern, ihr Land und ihren Besitz zu verlassen, werden kaltblütig niedergemacht oder in Konzentrationslager geschickt, wo sie Zwangsarbeit leisten müssen. Diese Lager sind in der ganzen Republik verstreut. ...*

Wir erinnern an das Kommunique der MNC-Lumumba vom 1. August 1978, das bewiesen hat, daß die sogenannte von Mobutu verkündete Amnestie lediglich eine Augenwischerei war, da 27 Gefangene des Konzentrationslagers in Lukandu im Norden von Kindu gefoltert, verstümmelt und hingerichtet worden sind. Unter diesen Gefangenen befand sich Pater Justin KAMEMBE LIMANGI aus Kansabala, der wegen seiner Beteiligung an der Protestbewegung gegen die Deportationen der Bevölkerung des OTRAG-Gebiets eingesperrt wurde."

Sofortige Auflösung der OTRAG-Kolonie in Zaire!
Bestrafung aller an kriminellen Handlungen und Völkermord in Zaire beteiligten OTRAG-Mitarbeiter!
Rücktritt der für die OTRAG-Unterstützung verantwortlichen bundesdeutschen Politiker und Offenlegung aller bisherigen staatlichen Unterstützung für das Projekt!

Afrika-Kommission

komitee der Partei der Volksrevolution, dessen Sitz sich in Wimbi in den befreiten Gebieten von Fizi-Baraka befindet, teilt mit, daß am 9. August die Dörfer Kiniekela und Simbi innerhalb dieses Tages insgesamt dreimal bombardiert wurden. Unter der Zivilbevölkerung waren 97 Opfer zu beklagen. Die Bombardierungen wurden von klei-
vom OTRAG-Gebiet, vergleiche die Karte!) handelt es sich hierbei bereits um die zweite (bekanntgewordene!) direkte Intervention der OTRAG – und damit des BRD-Imperialismus – gegen den zairischen Befreiungskampf. Denn wie inzwischen von OTRAG bestätigt wurde, waren OTRAG-Flugzeuge bereits im Sommer 1977 im offiziellen Auftrag
Bestrafung aller an kriminellen Handlungen und Völkermord in Zaire beteiligten OTRAG-Mitarbeiter!
Rücktritt der für die OTRAG-Unterstützung verantwortlichen bundesdeutschen Politiker und Offenlegung aller bisherigen staatlichen Unterstützung für das Projekt!
Afrika-Kommission

Tanzania: Was treibt die OTRAG in Zaire?

Tanzania: Was treibt die OTRAG in Zaire?

Tanzania, unmittelbarer Nachbar der OTRAG-Kolonie, gehörte von Anfang zu den schärfsten Kritikern des Projekts. In der Ausgabe der Regierungszeitung „Daily News" vom 27.8. werden noch einmal die wichtigsten bislang zu OTRAG bekanntgewordenen Fakten zusammengefaßt. Dabei wird der Schwerpunkt auf die enthüllten Cruise-Missile-Tests auf dem OTRAG-Gebiet gelegt. Dann fährt die Zeitung fort:

„Es gibt aber noch ganz andere Dimensionen bei der OTRAG-Affäre. Eines ist ganz klar. Westdeutschland könnte das Testgebiet in Zaire geeignet finden, um auch noch andere Waffen zu testen, die auf deutschem Gebiet aus den verschiedensten Gründen nicht erprobt werden können. Die Londoner ‚Times' hat unter Berufung auf NATO-Geheimdienstquellen im August letzten Jahres berichtet, daß Westdeutschland unter Geheimhaltung eine neue konventionelle Waffe entwickelt, die so tödlich ist wie eine kleine Atombombe. Diese Waffe mit dem Code-Namen BD-1 ist im wesentlichen eine Riesen-Rakete, die Bomben ausstreut und ein begrenztes Gebiet total zerstören würde. Die ‚Times' bemerkte damals, daß die Westdeutschen keine Möglichkeit hätten, diese neue Waffe auszuprobieren, weil der angerichtete Schaden in ihrem eigenen Land viel zu groß wäre."

Bei dieser Waffe handelt es sich offensichtlich um das Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Programm für Radarstreuwaffen, das Anfang August 1977 in der Bundesrepublik Schlagzeilen machte und Springers „Welt" von einer „Wunderwaffe" (!) sprechen ließ.

Auch die sowjetische Presse hat bereits mehrfach auf den Zusammenhang dieser MBB-Rakete mit dem OTRAG-Projekt hingewiesen! (vgl. AK 116).

Afrika-Kommission

Uranausbeutung im OTRAG-Territorium: Strauß-Freund Weymar mit von der Partie!

Gegenüber dem „Spiegel" (Nr. 33) hatte die OTRAG bereits verlauten lassen, daß auf ihrem Territorium Uranvorkommen lagern, die demnächst ausgebeutet werden könnten. MNC-L-Präsident Mokede hat auf seiner Pressekonferenz hierzu weitere interessante Einzelheiten bekannt gemacht. Danach sind die reichhaltigen Uranlagerstätten im OTRAG-Land eine geologische Verlängerung von Shinkolobwe, einem Bergbauzentrum in Shaba. Die Vorkommen wurden von der staatlichen französischen Gesellschaft „Bureau de Recherches Geologique et Miniere" (B.R.G.M.) bereits vor der Inangriffnahme des OTRAG-Projekts entdeckt. Vor kurzem wurde nun ein Vertrag über die Ausbeutung dieser Vorkommen geschlossen, den neben dem B.R.G.M.-Präsident Mobutu, OTRAG-Chef Kayser und Fred Weymar unterzeichnet haben.

Dieser Fred Weymar hat von Anfang an eine Schlüsselrolle bei den Arrangements für die Errichtung der Kolonie gespielt. Als internationaler Finanzberater arbeitet er seit langem mit Präsident Mobutu zusammen und ist gleichzeitig ein Vertrauter von CSU-Chef Franz-Josef Strauß, der seinerseits engste Kontakte mit Mobutu unterhält. Es war Weymar, der die ersten Unterredungen zwischen Lutz Kayser und Mobutu in die Wege leitete und damit von Anfang an Vermutungen erhärtete, nach denen der CSU-Chef eine wichtige Funktion bei dem OTRAG-Skandal innehat. Die Beteiligung von Weymar an der Uranausbeutung ist vor allem deshalb von nicht zu unterschätzender Bedeutung, weil es bekanntermaßen eines der Hauptziele der Außenpolitik des BRD-Imperialismus ist, sicheren Zugriff über Uran-Vorkommen zu bekommen, um so das Atomprogramm und damit seine Weltherrschaftspläne abzusichern. Angesichts der atomaren Kooperation der BRD mit Südafrika muß die Zusammenarbeit der OTRAG mit den Rassisten auch unter diesem Blickwinkel beurteilt werden.



Alle Fäden enden bei StrauSS (rechts - Mobuto)

Afrika-Kommission



asien



Vietnams Propaganda gegen Kampuchea und China

Das befreite Vietnam steht bei vielen Anti-Imperialisten als ein Bollwerk des revolutionären Kurses befreiter Staaten - unabhängig von den sowjetischen und chinesischen Revisionisten - hoch im Ansehen. In zahlreichen Fragen vertrat Vietnam bisher andere, (korrekte) Positionen als die SU oder die VR China. Sei es die Einschätzung des südostasiatischen ASEAN-Block als einen vom US-Imperialismus gesteuerten Zusammenschluß faschistischer Staaten in Asien, der zunehmend eine militärische Komponente gewinnt oder die Unterstützung der Widerstands- und Befreiungskämpfe in allen Teilen der Welt - bisher orientierte sich Vietnam weniger an irgendwelchen machtpolitischen Überlegungen, sondern an sozialistischen, internationalistischen Prinzipien.

Unverkennbar war das Bemühen der vietnamesischen Genossen nach dem Aufflammen des Grenzkrieges mit Kambodscha, den Konflikt als Problem zwischen sozialistischen Staaten zu behandeln. In den seinerzeitigen Erklärungen der vietnamesischen Medien und der Regierung Vietnams war das Bestreben da, die kriegerische Auseinandersetzung nicht durch einen Propagandakrieg anzuheizen (wie es zunächst die kambodschanische Führung tat). Unverkennbar war auch die differenzierte Haltung gegenüber der SU und das Beharren auf einer vollständigen Unabhängigkeit - nicht nur vom imperialismus!

Seit einiger Zeit - genauer: seit der Zuspitzung der Widersprüche mit der VR China - hat sich hier ein unübersehbarer Wandel durchgesetzt. Gegen Kambodscha wird mit ‚gleicherMünze' zurückgezahlt. Der „Höhepunkt" der neuen vietnamesischen Propagandalinie ist die Qualifizierung der kambodschanischen Führung als „faschistische Regierung, die den Völkermord zur nationalen Politik erhoben hat" („Nhan Dan", lt. „Hanoi Home Service", 27.6.78, zit. nach „SWB", 28.6.).

Wir (d.h. die Asien-Australien-Kommission) haben bisher in unserer Berichterstattung vollständig Partei für das sozialistische Vietnam ergriffen (sowohl was die Auseinandersetzung mit China als auch den kriegerischen Konflikt mit Kambodscha angeht). Hierbei haben wir m.E. den Fehler gemacht, nicht rechtzeitig bestimmte Entwicklungen der vietnamesischen Politik zu erkennen und zu benennen - was zu einer recht undifferenzierten Übernahme der vietnamesischen Position führte. So wurde z.B. in AK 133 unkommentiert diese vietnamesische Version von der „faschistischen Regierung" Kambodschas abgedruckt und damit praktisch übernommen.

Dieser Diskussionsbeitrag soll ein erster Schritt zur genaueren Untersuchung der neuen vietnamesischen Politik sein und sollte unsere Sichtweise - auch die der Asien-Australien-Kommission - freimachen von Vorurteilen und Illusionen.

Die Wahrheit in den Tatsachen suchen!

Kambodscha – die „Hölle auf Erden"?

Ausführlich nahm erstmals das Zentralorgan der KP Vietnams, „Nhan Dan" am 15. Juli 1978 — fast einen Monat nach Einstellung der chinesischen Hilfe für Vietnam! — zur innenpolitischen Situation Kambodschas Stellung: „*Die ganze Menschheit glaubte zuerst, daß sie ihren eigenen Augen angesichts der Hölle auf Erden, die Kampuchea einhüllte . . . nicht trauen könne. Aber es kann jetzt keinen Zweifel mehr geben: Realitäten haben die wahre Farbe der verabscheuenswerten Mörder vollständig offengelegt. Die Katastrophe des Völkermords fällt auf das kampucheanische Volk . . . All diese extreme Barbarei wurde durchgeführt im Namen des Sozialismus. Diese Verbrechen der Pol Pot/Ieng Sary Clique können weder im Himmel noch auf Erden toleriert werden*" („Nhan Dan" lt. „Vietnam News Agency" —VNA-, 15.7., zit. nach „SWB", 17.7.78).

Diese Anschuldigungen werden im Anschluß konkretisiert: „*Während sie sich hinter dem Schild des Sozialismus verbergen, bringen sie Kampuchea zurück zur dunkelsten Zeit des Mittelalters. Die selbsternannten Kommunisten führen einen bisher in der Geschichte ungekannten Antikommunismus durch, mit einem furchtbaren Modell von ‚Kommunismus' [. . .] Hitler bekämpfte den Kommunismus mit Eisen und Feuer, mit Konzentrationslagern und Gaskammern. Den — noch war Hitler nicht so geschickt wie diejenigen die der Pol Pot/Ieng Syra-Clique sagen, wie sie sich auf den sogenannten ‚Radikalkommunismus' berufen sollen; mit Volkskommunen die sich umkehren zu Zwangsarbeitsbrigaden in der Art der Sklaverei; wo Menschen in Agonie unter den Gewehren und Bajonetten einer blutrünstigen Armee und geheimen Polizeiorganisation leben. Diese Kräfte kehren Kampuchea in ein furchtbares Konzentrationslager um (!), zerstören Städte und Dörfer, zerreißen Familien, trennen Frauen von ihren Ehemännern, Kinder von ihren Eltern, berauben neugeborene Kinder ihrer Muttermilch, verneinen das Recht der Kinder und Jugend auf Bildung und Freizeit und trampeln alle Menschenrechte nieder, mit denen Menschen frei und glücklich leben. Die Menschheit erinnert immer wieder mit Frösteln an die Experimente der Hitler-Ärzte an den Körpern der antifaschistischen Kämpfer . . . Was soll die Menschheit davon denken, daß die Pol Pot/Ieng Sary-Clique ganz Kampuchea in ein riesiges, hermetisch abgeriegeltes Labor verwandelten, in dem sie ungehindert ihre Skalpelle in die Eingeweide ihres Volkes stoßen . . . Sie wollen eine monströse Gesellschaft bilden, ohne Familienleben, ohne Schulen, Märkte, ohne Geld, ohne Lieder und Lachen; eine Gesellschaft, in der jeder Mensch eine Nummer ist und die Angkar* [*Organisation*] *entscheidet, welcher junge Mann welche junge Frau lieben soll*" („Nhan Dan" lt. „VNA", 15.7., zit. nach „SWB", 17.7.). Der hier von uns ausführlich zitierte Horrortrip ist noch nicht am Ende. Da wollen die kambodschanischen Führer „*alle wirklichen revolutionären Kräfte und jede Opposition . . . eleminieren*". Wofür „*das nepotische Regime der Pol Pot/Ieng Sary Clique*" nur eine Methode kennt: „*Zu Töten*" („Nhan Dan" lt. „VNA", 15.7., zit. nach „SWB", 17.7.).

Dieses Horrorbild und die Qualifizierung der kambodschanischen Führung als „faschistisches Regime" ist durchaus kein einmaliger ‚Ausrutscher', durchzieht vielmehr die heutige Propaganda Vietnams gegenüber Kambodscha.

Erst kürzlich, anläßlich des vietnamesischen Nationaltages am 1. September, stellte Premier Pham Van Dong fest: „*Direkt danach [nach dem Sieg über den US-Imperialismus 1975,* Red.] *entwickelte die konterrevolutionäre Pol Pot/Ieng Sary Clique in Kampuchea eine extrem grausame Politik gegen alle Schichten der kampucheanischen Bevölkerung . . . haben sie Kampuchea in eine Hölle auf Erden, in ein gigantisches Konzentrationslager verwandelt, in dem alle elementaren Menschenrechte aufgehoben sind*" („VNA", 1. Sept. 1978 zit. nach „SWB", 4.9.).

Die These wird aufgestellt, daß der „faschistische Terror" in Kampuchea bereits 1975 — also vor 3 Jahren! — losging. „*Das Feuer des Anti-US-Krieges verlosch kaum, als weißer Terror über Kampuchea fiel. Millionen Menschen wurden aus ihren Städten vertrieben. Die Menschen im ganzen Land wurden in zwei Kategorien aufgeteilt: Die erste Kategorie, die in den befreiten Gebieten lebte, wurde unter strenge Kontrolle gestellt und die zweite Kategorie, die in den von Lon Nol gehaltenen Gebieten lebte, wurde als nicht vertrauenswürdig eingestuft und starker Diskriminierung ausgesetzt*" („Nhan Dan", lt. „VNA", 15.7. zit. nach „SWB", 17.7.78). Mehr noch, direkt nach der Befreiung wurden angeblich alle Armeeoffiziere, Soldaten der Lon-Nol-Armee sowie Ärzte, Lehrer und Techniker ermordet.

Noch einmal zusammenfassend die wesentlichen Punkte der vietnamesischen Anklage:

— gigantischer Völkermord seit 1975
— Ermordung der Intelligenz und den Resten der Lon Nol Armee
— Ausschaltung jeglichen gesellschaftlichen und privaten Lebens
— Volkskommunen als Zwangsarbeitslager
— und schließlich die absolute Herrschaft der geheimnisvollen ‚Angkar'.

Auffällig ist in der Tat, daß diese Vorwürfe denen der imperialistischen Presse teilweise fast wörtlich gleichen, und die Argumentationslinie identisch ist.

Angesichts dieser Tatsache stellt sich die Frage der Beweisführung für die Vorwürfe Vietnams.

Dabei stellt man sehr schnell fest, daß fast alle „konkreten Angaben", die die innere Situation Kambodschas betreffen, und damit die Grundlage der heutigen vietnamesischen Propaganda bilden, aus Berichten von kambodschanischen Flüchtlingen in Vietnam stammen. Diese Flüchtlinge gibt es zweifellos, ebenso ist kaum daran zu zweifeln, daß sie erhebliche Kritik an den kambodschanischen Zuständen haben.

Flüchtlingsberichte sind freilich immer subjektiv geprägt, sind für niemanden nachprüfbar — ihr Wahrheitsgehalt m u ß infragegestellt werden. Dazu kommt, daß sich die Flüchtlingsberichte insgesamt (d.h. die von Vietnam veröffentlichen u n d die von Kampuchea veröffentlichten Berichte von vietnamesischen Überläufern) diametral widersprechen. Würden wir die kambodschanischen Berichte für bare Münze nehmen, so siehts in Vietnam gleichfalls zappenduster aus . . .

Außer diesen „Zeugenberichten" beruft Vietnam sich in einzelnen Fällen auf die „internationale Öffentlichkeit", d.h. die imperialistische Lügenpresse.

So heißt es in einer Erklärung vom 20.6. (also ebenfalls nach der Einstellung der chinesischen Hilfe), daß die kambodschanischen Führer „*öffentlich erklärt haben, daß Kampuchea nur 1,5 Millionen Menschen für den Aufbau einer neuen Gesellschaft braucht*" („VNA", 20.6., zit. nach „SWB", 22.6.78). Nun ist gerade diese Aussage bereits mehrfach als Falschmeldung und imperialistische Lügenpropaganda n a c h g e w i e s e n worden. Die kambodschanischen Führer hatten hierzu seinerzeit öffentlich Stellung genommen und die Aussage zurückgewiesen!

Dazu kommt, daß Vietnam sich selbst widerspricht, denn die alten vietnamesischen Aussagen besagen das genaue Gegenteil der heutigen Thesen.

Nach der Befreiung: „kämpferische und brüderliche Solidarität"

Noch im Dezember 1977 (also wenige Tage vor dem Aufflammen des Grenzkrieges) hieß es in einer vietnamesisch/laotischen Stellungnahme: „*Die beiden Seiten bekräftigen, daß sie die kämpferische Solidarität . . . mit dem b r ü d e r l i c h e n Kambodscha . . . stärken wollen*" (lt. laotischer Nachrichtenagentur KPL v. 28.12.77, zit. nach „Monitordienst", 29.12.77). Und in den verschiedenen Dokumentationen, die Vietnam zu beginn dieses Jahres vorlegte, ist die Rede von einem „unabhängigen und freien Kambodscha". So hieß es 1976 in einem Brief des ZK der KP Vietnams: „*Liebe Genossen, die Grenzfrage zwischen unseren beiden Ländern beinhaltet aktuell komplizierte Bereiche, die uns historisch überlassen wurden. Heute sind unsere beiden Länder völlig unabhängig und unsere Parteien an der Macht. Wir haben hervorragende Bedingungen* (!!), *um eine korrekte Lösung der Grenzfrage zu erreichen*" (zit. nach der vietnamesischen Dokumentation vom 6.1.78). Und 1976 veröffentlichte die vietnamesische Nachrichtenagentur „VNA" ein Interview mit Pol Pot, in dem die imperialistischen Propaganda-Lügen gegen Kampuchea zurückgewiesen wurden! („VNA", 28.7.76, zit.nach „SWB", 30.7.76). Es kann also keine Rede davon sein, daß Vietnam bisher Kambodscha als faschistisches Regime seit 1975 eingeschätzt hat — im Gegenteil. Auch während des beginnenden Grenzkrieges mit Kambodscha wurde von Vietnam versucht, die Sache als Problem von gleichberechtigten s o z i a l i s t i s c h e n Ländern zu behandeln.

Da wurde an die gemeinsame Kampferfahrung erinnert und z.B. festgestellt, daß „*diese Aktionen durchgeführt*" wurden „*von einer Gruppe oder Fraktion von schlecht gesonnenen Menschen mit dem Ziel, die Tradition der Solidarität und Freundschaft zwischen unseren Völkern zu sabotieren*" (vietnamesische Dokumentation, 6.1.78). Es ist also offenischtlich, daß Vietnam bis ungefähr zum Juni '78, d.h. bis zum offenen Bruch mit der VR China!, Kambodscha anders einschätzte als heute. Und es ist kaum anzunehmen, daß den vietnamesischen Genossen die angeblich faschistische Politik der kambodschanischen Führung erst heute, 3 Jahre nach der Befreiung auffällt, sie aber trotzdem von „weißem Terror seit 1975" sprechen.

Die Kritik an der VR China

Bei der Forschung nach den Ursachen für die „faschistische Politik" in Kambodscha stoßen die vietnamesischen Genossen sehr schnell auf die chinesische Politik. Neben der These, daß die KP Kampucheas bereits in den 60iger Jahren von der „*opportunistischen Pol Pot/Ieng Sary-Clique*" übernommen wurde — und damit die Weichen für die heutige „faschistische Politik" gestellt wurden (was leider auch nicht weiter begründet wird und im Widerspruch zum bis 1975 g e m e i n s a m e n Kampf der kambodschanischen und vietnamesischen Genossen steht), wird vor allem die VR China verantwortlich gemacht. „**In den 60iger Jahren fand Pol Pot seinen Weg nach China, um die chinesischen Führer zu einem Zeitpunkt zu treffen, als die Kulturrevolution in China raste (!!!). Und wie Vögel einer Feder zusammenklucken, b e g a n n Einverständnis und Verrat. Die Pol Pot/Ieng Sary Clique wurde eine Reserveschachfigur der südostasiatischen Expanionsstrategie der chinesischen Führer" („Nhan Dan" lt. „VNA", 15.7., zit. nach „SWB". 17.7.; Hervorhebungen von uns).**

Diese These wurde mittlererweile weiterentwickelt, und das Bild eines expansionistischen Chinas" seit Jahrzehnten" entsteht! Da soll die VR China „*direkt nach Ingangsetzung ihrer ‚großen Kulturrevolution' die Hoas in Hanoi und anderen Orten aufgefordert haben, die Kulturrevolution zu beginnen und gegen die Führung der KP Vietnams zu opponieren*" („VNA", 15.8. zit. nach „SWB", 16.8.). Es spricht wohl für den Wahrheitsgehalt dieser „Enthüllung", daß damit jetzt — nach mehr als 10 Jahren — rausgekommen wird! . . . Da wird die heutige chinesische Politik als „*jahrzehntealter Trick der chinesischen Regierung*" dargestellt („Hanoi Home Service", 28.8. zit. nach „SWB", 30.8.).

Die Armeezeitung „Quan Doi Nhan Dan" veröffentlichte als Beleg dafür eine Landkarte von 1954 (!), in der praktisch ganz Asien als chinesisches Territorium dargestellt wird: „**Mongolei, Nepal, Sikkim, Bhutan, Korea, Vietnam, Laos, Kambodscha, Burma, Malaysia, Thailand, ein Drittel von Indien, Japan's Ryuku-Inseln und ein Drittel (!) der Sowjetunion.**" (Radio Hanoi, 18.8.78 zit. nach „SWB", 23.8.78). Diese Karte wird allen Ernstes als Beweis für die „*expansionistischen Ambitionen und den Großmacht-Chauvinismus der chinesischen Regierung*" (do) präsentiert. Daß es solch eine Karte tatsächlich gegeben hat, darf wohl getrost bezweifelt werden!

Offenbar in Ermangelung konkreter Belege für die schweren Vorwürfe gegenüber der chinesischen Politik i n d e n v e r g a n g e n e n z w e i J a h r z e h n t e n, wird in der vietnamesischen Propaganda von heute nicht davor zurückgeschreckt, Chinas Hilfe an Kambodscha nach dessen Befreiung als Expansionismus zu denunzieren: „*Der Luftraum über Kambodscha war gerade von todbringenden US-Flugzeugen gesäubert, als er mit chinesischen Flugzeugen in einer ständigen Luftbrücke überfüllt wurde. Die kambodschanische See war gerade von der 7. US-Flotte gesäubert, als sie von chinesischen Schiffen wimmelte, die den Hafen von Komping Som mit Ladungen von modernen Waffen für die Pol Pot/Ieng Sary Clique anliefen. Waffen, Munition, Geld und Nahrung kamen von China in ständigem Fluß, zusammen mit chinesischen Ratgebern, um die Repressionskampagnen gegen das kampucheanische Volk und die Aggression gegen Vietnam zu verstärken*" („Nhan Dan" lt. „VNA", 15.7., zit. nach „SWB", 17.7.).

Aus diesen Positionen klingt doch sehr stark die revisionistische „Maoismus"-Kritik an.

Nun ist offenbar diese Art der China-Kritik noch nicht voll ausgebildet und paart sich mit richtigen Kritikpunkten — beispielsweise, wenn explizit die „Drei-Welten-These" angegriffen wird („Hanoi Home Service", 29.8., zit. nach „SWB", 31.8.78) oder wenn von einem „*Kurswechsel der chinesischen Außenpolitik*" die Rede ist („Hanoi Home Service", 7.7., zit. nach „SWB", 11.7.78). Nun, wo ein „Kurswechsel" war, muß vorher ja etwas anderes gewesen sein . . .

(wird fortgesetzt)

Ein Genosse der
Asien-Australien-Kommission

Japans Notstandsgesetze

Während der japanische Imperialismus seine wirtschaftliche Macht immer weiter ausdehnt und einen zunehmenden politischen Einfluß unter seinen imperialistischen Partnerländern gewinnt, werden im Innern die stetig wachsenden Krisenlasten auf die Bevölkerung abgewälzt. Die Gefahren, die hieraus für die Kapitalinteressen entstehen, versucht die japanische Regierung mit einer Reihe von Sondermaßnahmen zum Ausbau der „inneren Sicherheit" abzuwenden.

Das Narita-Sicherheitsgesetz

Das Notgesetz über Sicherheitsmaßnahmen für den neuen Tokioter Internationalen Flughafen legitimiert erstmalig nach Kriegsende die Ausrufung eines (regionalen) Ausnahmezustandes. Die wesentlichen Verschärfungen gegenüber den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen sind folgende:

- Das Gesetz legitimiert ein hartes Vorgehen gegen *„gewalttätige destruktive Aktivisten"*. Diese sind definiert als „Personen, die gewalttätige destruktive Aktivitäten ausführen oder dies möglicherweise tua könnten". Selbst das 1952 erlassene Gesetz „zur Verhinderung subversiver Aktivitäten" enthält nicht die Erweiterung auf sonstige potentielle „Gewalttäter".

- Der Geltungsbereich des Gesetzes ist nicht auf einen 3 km Umkreis um den Flughafen begrenzt, sondern umfaßt auch Einrichtungen, die für die Flugsicherheit und den Flughafenbetrieb notwendig sind. So erweitert sich der Geltungsbereich erheblich, z.B. auf den Umkreis von Zubringerwegen, Treibstoffpipelines, Öllager in Kashima, Radaranlagen, etc.

- Innerhalb des Geltungsbereichs können Bauten und Privatwohnungen und Plätze, von denen angenommen wird, daß sie zu gewalttätigen Antiflughafenaktivitäten benutzt werden (dazu gehören auch Versammlungen), geräumt, beschlagnahmt oder abgerissen werden.

- Die Auslegung bzw. die jeweilige Breite der Interpretationsmöglichkeit der obigen drei Punkte wird vom japanischen Transportminister vorgenommen, nicht etwa von den Gerichten.

- Wer sich gegen Durchsuchungen durch die ausführenden Organe stellt oder die Aussage verweigert, macht sich strafbar! Dies widerspricht dem in der japanischen Verfassung verankertem Recht auf Aussageverweigerung.

Das Erdbeben- Gesetz

Das Sondergesetz über Maßnahmen bei Erdbebenkatastrophen ermöglicht die Mobilisierung der japanischen „Selbstverteidigungskräfte" (=das Militär, SDF) in katastrophengefährdete Gebiete bereits vor Eintritt des Erdbebens. Nach den bisherigen Bestimmungen des SDF-Gesetzes war dies nur nach Eintritt des Erdbebens möglich. Die wichtigsten Aspekte des Gesetzentwurfs sind:

- Aufgrund einer Erdbebenvoraussage des Wetteramtes kann der japanische Ministerpräsident eine Warnmeldung und den Befehl zur Mobilmachung der SDF ausgeben.
- unter militärischer Oberaufsicht werden überall Überwachungszentren errichtet.
- Es besteht die Möglichkeit, in der betroffenen Region Zwangsmaßnahmen bzw. Zwangsarbeit zu verordnen, insbesondere bei den Berufsgruppen Gesundheitswesen, Hoch- und Tiefbau, Transportwesen, Gemeinwesen. Hierzu sollen Namenslisten für jede Berufsgruppe erstellt werden. Bei Verweigerung der Zwangsmaßnahmen sind Strafen bis zu 6 Monate Knast oder eine Geldstrafe von 2.000 DM vorgesehen.

Strafprozesse ohne Verteidigung

Das Gesetz über Strafprozesse ohne Verteidiger sieht vor, daß Strafverfahren ohne Anwesendheit des Verteidigers geführt werden können, wenn der Verteidiger das Verfahren „absichtlich" verzögert. (z.B. wenn er zum Prozeßtermin nicht erscheint) Nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen können Strafprozesse in Fällen, in denen Angeklagte die Todesstrafe' oder eine Haftstrafe von mehr als drei Jahre zu erwarten haben, bei Abwesenheit des Strafverteidigers nicht stattfinden.

Bei der Debatte um diesen Gesetzesentwurf trat ein weiterer wichtiger Aspekt ans Tageslicht, der die Ausschaltung bürgerlich-demokratischer Rechte in Japan verdeutlicht: Am 2.5.78, dem Vorabend des 31. Jahrestages der Inkraftsetzung der neuen Verfassung, erklärte der oberste Richter, Masao Okahara, als oberster Vertreter der japanischen Rechtsprechung vor der Presse, daß die Einführung eines solchen Gesetzes notwendig sei. Ferner hat das Oberste Gericht im Juli ein 26 seitiges Rundschreiben an alle Richter geschickt, in dem diese aufgefordert werden, den neuen Gesetzesentwurf zu unterstützen („Japan Times", 25.8.78). Somit wird die in der Verfassung festgelegte Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der gesetzgeberischen und rechtssprechenden Organe zur reinen Farce und der Strafverfolgte zum Opfer der staatlichen Willkür.

Von diesen drei Maßnahmen zum Ausbau der „inneren Sicherheit" ist bislang „nur" das Narita-Sicherheitsgesetz- in einem Rekordtempo von 14 Tagen - im Mai dieses Jahres verabschiedet worden und in Kraft getreten, während die beiden anderen Gesetzesentwürfe noch im Parlament debattiert werden. Um die Gesetze auch in der Öffentlichkeit gut verkaufen zu können, wurden verschiedene Ereignisse als Anlaß herausgezogen: Im Falle des Strafprozesses ohne Verteidigung die Entführung einer JAL-Maschine durch die japanische „Rote Armee" im Herbst vergangenen Jahres, im Falle des Narita-Sicherheitsgesetzes die Besetzung des Flughafenkontrollturms am 26.3.78 und schließlich größere Erdbebenkatastrophen der Vergangenheit.

Außerhalb der japanischen Linken hat es bislang kaum Proteststimmen gegeben, und auch als die Sozialisten (JSP) und Revisionisten (JCP) im Parlament die Amtsenthebung des Obersten Richters Okaharas forderten, wurde dieser Antrag niedergestimmt. Nicht zuletzt dürfte die monatelange „Anti-Terror"-Kampagne der japanischen Regierung sowie der Massenmedien, die von der JSP und JCP unterstützt wurde, ihre Einschüchterungswirkung nicht verfehlt haben.

Diese Gesetze geben der herrschenden Klasse Japans „ganz demokratisch" diktatorische Vollmachten in die Hand, die weit über die bisherigen Gesetze hinausgehen. Durch diese Gesetze kann zunächst (noch) auf bestimmte Regionen begrenzt von Seiten der Regierung der Ausnahmezustand verhängt werden. „Zur Wahrung der gesellschaftlichen Ordnung" kann jederzeit das Militär mobilisiert werden und das gesamte betroffene Gebiet unter militärische Kontrolle gestellt werden. Jede Art von Widerstand bis hin zu Demonstrationen und Versammlungen können verboten werden. Zwangsarbeit kann verordnet werden. Jeder, der sich wehrt, Aussagen verweigert oder des Widerstands verdächtigt wird, kann strafrechtlich verfolgt werden. Die gerichtliche Verurteilung kann in einem Schnellverfahren ohne Verteidigung, womöglich sogar vor einem Militärgericht, ausgesprochen werden. Schließlich ist es auch zweifelhaft, ob nach Aufhebung des Ausnahmezustandes alles „beim alten" bleibt.

Mit Begründungen wie etwa beim Gesetz über Strafprozesse ohne Verteidigung, daß *„schnelle und reibungslose Gerichtsverfahen eines der wesentlichsten Elemente sind, um die Gesetzesherrschaft in einer demokratischen Gesellschaft aufrechtzuerhalten und auch um die grundlegenden Menschenrechte eines angeklagten Bürgers zu schützen"* („Japan Times", 19.6.78), sollen die japanischen Notstandsgesetze der breiten Masse der Bevölkerung „einsichtig" gemacht werden.

Der Ausnahmezustand wird auch nicht auf die Schauplätze des Sanrizuka-Kampfes (Flughafenkampf) oder der Anti-AKW-Kämpfe begrenzt sein. Durch die bereits von der Regierung angekündigten und durchgeführten „Übungen" der SDF in verschiedenen Teilen des Landes soll sich die Bevölkerung an das Bild von Militärs im Alltagsleben gewöhnen.

Asien-/ Australien- Kommission



Wachsender Protest in Israel gegen die Siedlungs- und Besatzungspolitik Begins



Begin wird in Tel Aviv „verabschiedet"

Während die propagandistischen Vorbereitungen zum Treffen in Camp David auf Hochtouren liefen, protestierten israelische Reservisten gegen die Siedlungspolitik. In einem Brief an Beign erklärten 100 Reservisten am 22. August, daß sie sich – falls sie zu Reserveübungen eingezogen würden – nicht in der Lage sähen, israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten zu bewachen oder zu verteidigen („Süddeutsche Zeitung", 24.8.78).

Sie begründeten ihre Weigerung damit, daß die Siedlungen *„Ausdruck der annexionistischen Ziele und der kompromißlosen Politik der Regierung"* sind, einer Politik, die *„irregeleitet und betrügerisch"* ist („Jerusalem Post" – „JP", 29.8.78). Die Reservisten erklärten weiter: *„Als wir schworen, in den israelischen Streitkräften zu dienen, haben wir nicht die Verpflichtung übernommen, unser Blut für ein 'Größeres Israel' zu vergießen"* („Frankfurter Rundschau", 24.8.78).

Damit spielen die Reservisten auf die alten Eroberungspläne der Zionisten an, die schon bei der Gründung des Staates Israel 1949 erklärt hatten, daß der – bekanntermaßen nach der Vertreibung von einer dreiviertel Million Palästinenser und grausamsten Massakern – geschaffene zionistische Staat „nur auf einem T e i l des historischen Israel" (Erez Israel) gegründet worden sei, der nach den Vorstellungen der Zionisten „vom Nil bis zum Euphrat" reichen soll.

Ganz offensichtlich sehen die Reservisten die aggressive Politik Begins (Überfall auf Südlibanon, Gründung immer neuer Siedlungen in den Besetzten Gebieten) als konsequente Fortsetzung der zionistischen Expansionspläne, für deren Durchsetzung sie ihren Kopf nicht mehr hinhalten wollen.

Dieser offene Brief reiht sich ein in eine wachsende Protestbewegung in der israelischen Bevölkerung gegen die aggressive Außenpolitik Begins. Die „Frieden-jetzt"-Bewegung, die ihre Forderungen in mehreren Massendemonstrationen vortrug, geht ebenfalls auf einen offenen Brief von Reserveoffizieren an Begin zurück. Die 300 Unterzeichnenden hatten am 7. März dieses Jahres das Festhalten der Regierung am Ziel „Groß-Israel" kritisiert und stattdessen eine Politik gefordert, die die Aussichten für einen Frieden mit den arabischen Staaten verbessere („Le Monde", 4.4.78). Innerhalb weniger Wochen wurde dieser Brief durch 10 000 Unterschriften aus der Bevölkerung unterstützt. Ihren ersten Höhepunkt fand diese neue Bewegung, nach ihrer Hauptparole „Frieden-jetzt"-Bewegung genannt, am 1. April in einer Massendemonstration in Tel Aviv, an der mehr als 30 000 Menschen teilnahmen mit Parolen wie: *„Frieden ist mehr wert als Groß-Israel"* oder *„Der Friede ist kein Traum"*, („Le Monde", 4.4.78). Mit der israelischen Invasion im Südlibanon, die im März begonnen hatte, war weiten Teilen der Bevölkerung Israels überdeutlich geworden, daß die überschwenglichen Hoffnungen, die sie an die „Friedens"-Initiative von Sadat geknüpft hatten, keine reale Grundlage in der aggressiven Politik Begins hatten.

Die „Frieden-jetzt"-Bewegung hat sich nach der April-Demonstration weiter verbreitert. Schon diese Demonstration hatte für Finanzminister Ehrlich den *„Geschmack eines Putsches"*, da sie von Offizieren initiiert war („Monitor-Dienst", 4.4.78).

In einer Unterschriftensammlung sprachen sich 100 000 Menschen für den Rückzug aus den Besetzten Gebieten als Friedensangebot aus; es wurden mehrere kleinere Aktionen gestartet, wie eine Demonstration während einer Knesset-Debatte von 15 „Frieden-jetzt"-Vertretern oder eine Kundgebung in der Nähe der Gush-Emumin Siedlung Shilo in Westjordanien, an der 2.500 Menschen teilnahmen. Einen erneuten Höhepunkt stellt der „Abschied" dar, den 100 000 !!! Menschen (nach Aussagen der Veranstalter, die israelische Polizei sprach von 40 000) Begin vor seinem Abflug nach Camp David in Tel Aviv bereiteten. Neben „Frieden-jetzt" wurde Begin in zahlreichen Parolen aufgefordert, einen „Kompromiß" in den besetzten Gebieten einzugehen: *„Kompromiß ist kein Schimpfwort"* oder *„Besser Frieden als ein Stück Land"* („JP", 5.9.).

Die „Frieden-jetzt"-Bewegung vereint ein relativ breites Spektrum an Proteststimmen, wobei die offiziellen Wortführer offenbar eher bremsend wirken. Dies wurde deutlich bei ihrer Reaktion auf den Brief der 100 Reservisten vom August (siehe oben), in dem die Reservisten eine Verteidigung der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten abgelehnt hatten: Die „Frieden-jetzt"-Bewegung distanzierte sich offiziell von diesem Brief und erklärte, *„der Dienst in der Armee stehe außerhalb jeglicher politischen Debatte"* („SZ", 24.8., „Le Monde", 25.8.). Dennoch gibt es in der Bewegung durchaus andere Stimmen: *„Plötzlich habe ich begriffen, daß unser Staat zwar wie eine Demokratie aussieht, aber in den arabischen Gebieten längst zur rücksichtslos unterdrückenden Besatzungsmacht geworden ist ... wäre ich Araberin, ich wäre auch bei der PLO"* („Eine Anhängerin der „Frieden-jetzt"-Bewegung in: „Brigitte", 18/1978).

Nahost-Kommission

Leserbrief

Eine kleine Anmerkung zu Eurem Artikel „Einheit des palästinensichen Widerstands gegen Provokationen verteidigen", der zu den Schießereien Irak/PLO bzw. innerhalb der verschiedenen Strömungen des palästinensischen Widerstands Stellung nimmt (AK 136, S. 30). Meiner Meinung nach hat der Artikel einen leicht falschen Unterton. Zusammengefaßt kommt das schon in der Überschrift zum Ausdruck: „**EINHEIT** des palästinensischen Widerstands gegen Provokationen verteidigen". Welche Einheit ist da zu verteidigen? Ich finde, dieses Mißverständnis schwingt auch im Artikel mit. Nicht um E i n h e i t geht es jedoch, sondern allenfalls (!) um die Festlegung bestimmter Spielregeln innerhalb des palästinensischen Widerstands und der ihn unterstützenden Staaten, um Massaker und zionistische Provokationen zu vermeiden, an denen keiner der Beteiligten mehr interessiert ist. Der Konflikt Irak-PLO hat einfach eine Dimension angenommen, wo keine der beiden Seiten sich auch nur noch den kleinsten Vorteil versprechen kann. Logisch also, daß dieses Blutvergießen gestoppt werden soll. Das heißt aber noch lange nicht „Einheit"! Das mit der „Einheit" würde als Überschrift eher in die „KVZ" passen.

Gruß
Ein Hamburger Genosse

Dieser Kritik können wir nur voll und ganz zustimmen.

Nahost-Kommission

Opposition im Iran

Wir möchten im folgenden einen Überblick über die oppositionellen Strömungen in Iran geben. Es wird immer wieder behauptet, sowohl vom Schah-Regime als auch von der bürgerlichen Presse, daß reaktionäre und fortschrittsfeindliche Geistliche die Massen gegen den Schah aufhetzen. Tatsächlich ist es so, daß ein sehr großer Teil des Klerus zum großen Teil die Forderungen der Massen vertritt und aufgrund ihres Einflusses die Massen mobilisieren kann.

Die demokratischen Massenkämpfe, die seit Monaten das Schah-Regime in seinen Grundfesten erschüttern, sind im wesentlichen eine spontane Bewegung, in der die linken und revolutionären Kräfte einen relativ geringen Einfluß besitzen. Im Windschatten dieser Massenkämpfe haben sich inzwischen 23 neue politische Gruppierungen und Parteien gebildet, von denen ein Teil von ehemaligen Regierungsmitgliedern des Schah-Regimes bzw. von Mitgliedern des derzeitigen iranischen Scheinparlaments gegründet wurden, das bekanntlich bis zu den Aufständen die Politik des Schahs voll gedeckt bzw. unterstützt hat.



Beerdigung der Opfer des Massakers: Demonstration gegen das Schah-Regime

Die religiöse Opposition

Den bedeutendsten Einfluß übt zweifellos der radikale, konsequent auf den Sturz des Schah-Regimes hinarbeitende Ayatollah Khomeiny aus. Khomeiny kämpft schon jahrelang gegen das Schah-Regime, die letzten fünfzehn Jahre von seinem irakischen Exil aus. Khomeiny war 1963 – wie in der Folgezeit sehr viele fortschrittliche Geistliche – ausgewiesen worden. Er hatte während der Juni-Aufstände 1963 schon eine wichtige Rolle gespielt und nach der blutigen Niederschlagung der Massenkämpfe weiterhin das despotische Schah-Regime angeprangert.

Ende Oktober 1977 wurde der Sohn Khomeinys in Iran unter mysteriösen Umständen ermordert. Aus Anlaß der Ermordung fanden in Iran Massendemonstrationen statt. Kohmeiny veröffentlichte einen Aufruf, in dem er zum Widerstand gegen das Schah-Regime aufrief, gleichzeitig aber betonte, das Volk solle nicht mit Kräften zusammenarbeiten, die die Prinzipien des Islams nicht respektieren („Le Monde" – „LM", 14.12.77).

Khomeiny und seine sehr große Anhängerschaft im Iran (zu der z. B. das Mitglied der Nationalfront und der Vorsitzende der Bewegung zur Befreiung des Iran, Bazergani, gehört) fordern bedingungslos den Sturz des Schah-Regimes und Entmachtung der gesamten Pahlevi-Dynastie.

In einem Aufruf an die Armee, in dem Khomeiny sich bedankt, daß die Armee in den großen Anti-Schah-Demonstrationen am Ende des Fa-

In einem Aufruf an die Armee, in dem Khomeiny sich bedankt, daß die Armee in den großen Anti-Schah-Demonstrationen am Ende des Fa-

stenmonats Ramadan nicht in die Menge geschossen hat, und die Armee auffordert, ebenfalls für den Sturz des Schah-Regimes zu kämpfen, schreibt er: Die Demonstrationen *„haben gezeigt, was das Volk fordert: Den Rücktritt des Schah und die Zerstörung seines Unterdrückungs- und Ausbeutungsregimes ... Heute befindet sich das Volk in der Stunde der Wahl: Den Schah wegjagen und siegen oder zerbrechen unter den Stiefeln der Folterknechte ... Der Schah und seine Regierung haben sich außerhalb des Gesetzes und militärisch gegen die Nation, die iranischen Ideen und die islamischen Prinzipien gestellt ... Ich fordere das Volk auf, den Kampf mit Streiks und Demonstrationen fortzusetzen, um das barbarische Verbrechen des Regimes und seine Rolle bei der Verletzung der iranischen Verfassung zu verurteilen ..."* („LM", 8.9.78). In einem anderen Aufruf fordert Khomeiny *„Tod dem Schah ist eine islamische Parole, die alle religiösen Menschen aufnehmen sollten"* („The Guardian" – „TG", 26.8.78). Auch in diesem Aufruf fordert er, daß die Armee sich gegen ihren Befehlshaber erheben solle, da *„sie gezwungen worden ist, Verbrechen und kollektive Morde auszuführen, die nichts ausser Schande über sie bringen können".*

Khomeiny wendet sich ebenfalls konsequent gegen Wahlen, die nach den großen Aufständen im Juli von dem Schah und jetzt auch wieder von der neuen Regierung Sherif Emamis ins Spiel gebracht wurden. Die Diskussion über Wahlen sei nichts anderes als der Versuch, *„die islamische Bewegung von ihrer prinzipiellen Aufgabe abzubringen, nämlich die Absetzung der Pahlevi-Dynastie ..."* („Liberation", 15.8.78).

In einem Interview (abgedruckt in „LM", Mai 1978, zit. nach „Extra-Dienst" – „ED", 1.9.78) prangert Khomeiny den Schah an, *„der eine Politik der Imperialisten betreibt"*, dessen Regime „diktatorisch" sei, *„die individuellen Freiheiten sind dort abgeschafft, freie Wahlen, eine freie Presse und die Parteien sind dort aufgehoben. Unter Verletzung der Verfassung werden die Abgeordneten vom Schah eingesetzt, die politischen Vereinigungen werden verboten, die Unabhängigkeit der Gerichte und die kulturelle Freiheit existieren nicht ...*

Unsere Landwirtschaft ist zerstört, eine Landwirtschaft, deren Produkte vor 23 Jahren noch unsere Bedürfnisse überschritten und die wir daher ausführen konnten. Nach eigenen Angaben des Premierministers, die dieser vor zwei Jahren gemacht hat, importiert der Iran 93 % der Lebensmittel, die er verbraucht. Dies ist das Resultat der sogenannten Landwirtschaftsreform des Schahs. Unsere Universitäten sind die Hälfte der Zeit geschlossen, unsere Studenten werden mehrmals im Jahr geschlagen und ins Gefängnis gesteckt.

Der Schah hat unsere Wirtschaft zerstört und die Erdöleinkünfte – den Reichtum der Zukunft – verschleudert mit den Einkäufen von Wegwerf-Waffen zu exorbitanten Preisen. Dies schadet der Unabhängigkeit des Irans".

Diese Bedingungen – die politische Unterdrückung und die miserable ökonomische, soziale und kulturelle Situation – seien die Ursachen für die Aufstände. Ziel ist die Errichtung eines „islamischen Staates". *„Unsere erste Sorge ist jedoch, dieses autokra-*

le Situation – seien die Ursachen für die Aufstände. Ziel ist die Errichtung eines „islamischen Staates". „Unsere erste Sorge ist jedoch, dieses autokra-

tische Regime zu stürzen. In der ersten Phase müßte eine Macht etabliert werden, die den wichtigsten Bedürfnissen des Volkes gerecht wird".

Die Verfassung von 1906 könnte nur dann dieBasis für einen neuen Staat bilden, wenn sie verbessert würde. Z. B. dürfte das neue Regime auf keinen Fall eine Monarchie sein.

Khomeiny und seine Anhänger stellen zweifellos die radikalsten demokratischen und antiimperialistischen Forderungen im bürgerlichen Lager auf, gleichzeitig grenzen sie sich scharf von j e d e r Zusammenarbeit mit Kommunisten ab.

„Niemals hat es im Kampf gegen den Schah eine Verbindung zwischen der islamischen Bevölkerung und kommunistischen Elementen – ob Extremisten oder nicht – gegeben. In meinen Aufrufen habe ich immer deutlich gemacht, daß das islamische Volk homogen bleiben muß und jede organische Zusammenarbeit mit kommunistischen Elementen ausschließen muß ... Nein, wir werden nicht mit den Marxisten zusammenarbeiten, selbst nicht, um den Schah zu stürzen. Ich habe meinen Anhängern befohlen, dies nicht zu tun. Wir haben entgegengesetzte Auffassungen und wissen, daß sie uns in den Rücken fallen, und wenn sie an die Macht kommen würden, würden sie ein dem Geiste des Islams widersprechendes diktatorisches Regime errichten.

In der Gesellschaft, die wir errichten wollen, werden die Marxisten frei sein, sich zu äußern, denn wir sind davon überzeugt, daß der Islam die Antwort für die Bedürfnisse des Volkes in sich trägt. Unser Glaube ist in der Lage, ihrer Ideologie zu trotzen".

Angenommen, man nimmt es Khomeiny ab, daß sich Kommunisten in der ihm vorschwebenden Gesellschaft frei äußern dürften – was nach dem oben gesagten (kommunistische Elemente stören die islamische Volks„gemeinschaft") mehr als zweifelhaft ist – was wird mit den Kommunisten passieren, wenn ihr Einfluß in der Bevölkerung steigt, weil die Bevölkerung merkt, daß es bei der Auswechslung des Schah-Regimes durch ein bürgerliches Regime wiederum betrogen wurde?

Weit geringeren Einfluß als Khomeiny besitzen die „gemäßigten" Moslemführer, wie z. B. Schariat Madari. Ebenso wie Khomeiny lehnt er jede Zusammenarbeit mit Kommunisten ab – mit ähnlichen Argumenten (s. „Spiegel", Interview, 21.8.78).

In seinen Forderungen geht er längst nicht so weit wie Khomeiny: Er fordert nicht die Abschaffung des Schah-Regimes, sondern die Rückkehr zur Verfassung von 1906, die eine konstitutionelle Monarchie vorsieht: *„Das Volk* (!?), *nicht nur wir, fordert die strikte Anwendung der Verfassung und freie Wahlen".* Die Ursache für die Aufstände sind nach Madari nicht in der totalen politischen Unterdrückung und der miserablen Lebenssituation zu suchen, sondern in der Beleidigung des religiösen Führers in der Presse (tatsächlich waren der Anlaß für die Aufstände in Qom im Januar Hetzartikel gegen Khomeiny in der Presse, eine gezielte Provokation des Schah-Regimes).

Nationalfront

Mit den Massenkämpfen hat sich eine „Nationalfront" „neu" gegrün-

Nationalfront

Mit den Massenkämpfen hat sich eine „Nationalfront" „neu" gegrün-

det. Gerade ihre rechten Führer stellen sich gern als in der Tradition Mossadeghs stehend hin. Mossadegh war Führer der Natioanlfront und bis zum CIA-Putsch im August 1953 Ministerpräsident. Mossadegh versuchte, eine antiimperialistische Politik zu betreiben, verstaatlichte die Ölindustrie und setzte den Schah ab (Juni 1953). In einer Volksabstimmung entschied sich die Bevölkerung zu 99 % gegen die Monarchie.

Mit der Nationalfront Mossadeghs haben die wichtigsten Wortführer der „neuen" Nationalfront jedoch nichts mehr gemein.

Zwei Forderungen, „Freiheit für alle politischen Gefangenen" und „Auflösung der SAVAK", werden in den Fordergrund gerückt. Im übrigen wird von ihrem Vorsitzenden, Karin Sandjabi (ehemals Minister unter Mossadegh), die Rückkehr zur Verfassung von 1906 und bürgerliche Freiheiten gefordert. *„Warum weicht dieses Regime der Tatsache aus, daß die Nation nicht von einem a b s o l u t e n Monarchen beherrscht werden will? Die Regierung hat freie Wahlen versprochen. Aber diese freien Wahlen sind nicht begreiflich ohne Presse- und Versammlungsfreiheit".*

Darioush Forouhar, der zusammen mit Sandjabi das „Manifest der 58" unterzeichnet hatte, in dem schon Ende letzten Jahres Rückkehr zur Verfassung, Freilassung der politischen Gefangenen usw. gefordert wurden (s. AK 118) geht sogar soweit, sich direkt bei den Imperialisten anzubiedern. *„Die Regierung versucht, die Vereinigten Staaten und die ganze Welt zu überzeugen, daß Demokratie im Iran Anarchie bedeutet ... Das Volk soll auf der Hut sein, daß die Regierung ihren Kampf um Freiheit und Demokratie nicht manipuliert"* („TG", 4.9.78). Mit der letzten Äußerung spielt Forouhar auf die militanten Aktionen der Massen an (gezielte Zerstörung von Filialen der Staatsbank, von Banken verhaßter Spekulanten, von Kaufhäusern, die zum Besitz der Schah-Familie gehören usw.). Diese Aktionen wurden von Anfang an von rechten Politikern als Provokationen der SAVAK hingestellt, während sie umgekehrt das Massaker im Kino von Abadan nicht eindeutig der SAVAK anlasten wollten.

rechten Politikern als Provokationen der SAVAK hingestellt, während sie umgekehrt das Massaker im Kino von Abadan nicht eindeutig der SAVAK anlasten wollten.

Die rechten Führer der Nationalfront versuchen sich ganz offensichtlich als bürgerliche Alternative der iranischen Bourgeoisie und den Imperialisten anzudienen. Auf dieser Grundlage sollte man auch die „radikale" Ablehnung der neuen Schah-Regierung durch Sandjabi sehen. *„Die gleichen Leute, die jahrelang unsere Grundrechte in den Schmutz getreten haben, reden nun von Wiederherstellung der Verfassung ... Wir haben kein Vertrauen mehr. Ich glaube, wir brauchen eine radikale Änderung der Strukturen des Regimes, um aus der Sackgasse herauszukommen ... Das Volk vergießt sein Blut nicht für eine simple Kabinettsumbildung"* („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 9./10.9.78).

Eine radikalere Strömung innerhalb der Nationalfront wird von Bazergani (siehe oben) und Anhängern vertreten, die mit den Forderungen Khomeinys übereinstimmen.

Tudeh-Partei

Während der Massenkämpfte hat die revisionistische KP Irans, die Tudeh-Partei, an Einfluß gewonnen. Seit 1951 war sie im Iran praktisch verboten, etwa seit dieser Zeit befindet sich ihr Zentralkomitee im Ausland. Die Führung der Tudeh-Partei hat sich immer scharf von der Aufnahme des bewaffneten Kampfes abgegrenzt und sogar die Militanz der Massen bei der jetzigen Aufstandswelle in Iran als *„Schaffen künstlichen Aufruhrs"* und *„Ermutigung zum Abenteurertum"* abqualifiziert (aus einer Stellungnahme des ZK, zit. nach „Die CISNU (Linke Plattform) ...").

In einem Appell an *„alle Kräfte der Opposition"* stellt die Tudeh-Partei folgende Forderungen auf:

- Abschaffung der Monarchie und ihre Ersetzung durch eine Republik;
- Verurteilung und Bestrafung der Hauptverantwortlichen des Kaiserregimes;
- Abschaffung aller Gesetze, die der Verfassung oder den Grundfreiheiten und -rechten widersprechen;
- Auflösung der Abgeordnetenkammer und des Senats und Zerstörung der politischen Polizei (SAVAK);
- Wahl eines „Verfassungsrates";
- Wiedereinführung der Gesetze über die Nationalisierung der Ölindustrie;
- Ausweisung aller amerikanischen Militärberater, Kündigung des iranisch-amerikanischen Vertrages, Austritt Irans aus der CENTO (Vertrag zur gegenseitigen Verteidigung, verbunden mit einem wirtschaftlichen Entwicklungsprogramm, der Iran, Großbritannien, die Türkei und Pakistan umfaßt);
- Konfiszierung der Reichtümer, die die Kaiserfamilie angesammelt hat;
- Aufgabe der Wirtschaftspolitik der „offenen Tür" („Le Monde", 7.9. 1978).

Die Tudeh-Partei ist außer den revolutionären Organisationen die einzige politische Partei, die jetzt explizit antiimperialistische Forderungen erhebt.

Nach dem Bericht eines iranischen Genossen, der gerade aus Iran zurückgekehrt ist, soll die Tudeh-Partei an Einfluß gewonnen haben. Sie verteilt u. a. sehr breit und häufig Flugblätter und scheint recht gut organisiert zu sein.

Volksfedayin

Ebenfalls nach Berichten des irani-

zu sein.

Volksfedayin

Ebenfalls nach Berichten des irani-

schen Genossen soll sich die Organisation der Volksfedayin bewaffnet an den Kämpfen der Massen in Iran beteiligen. Neben der Durchführung bewaffneter Aktionen verwickeln die Volksfedayin die gegen die Massendemonstrationen vorgehenden Soldaten in Kämpfe.

Leider liegen uns keinerlei neuere Stellungnahmen der Volksfedayin vor. Die letzte Stellungnahme ist ein Kommunique zu der Sprengung des 4. Polizeireviers und des Gebäudes der Rastachiz-Partei in Qom am 8.Februar (19. Bahman, an diesem Tag wurde 1971 der bewaffnete Kampf durch die Volksfedayin aufgenommen). In dem Kommunique heißt es dazu:

„Diese Aktionen fanden zur Unterstützung des Kampfes für die gerechten Forderungen der Bevölkerung Ghoms statt, gleichzeitig mit dem Beginn des achten Jahres nach dem Aufstand in Siahkal ..." Anschließend werden die Ursachen (brutale Unterdrückung, miserable Lebensbedingungen), der Anlaß (Hetzartikel gegen Khomeiny) und die brutale Niederschlagung des s p o n t a n e n Aufstandes in Qom geschildert.

„Nochmals geben wir bekannt, daß wir den Kampf des Volkes gegen das diktatorische Schah-Regime bewaffnet unterstützen werden und bis zu dessen Sturz diesen Weg fortsetzen". Es folgt die Propagierung der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes.

Ganz offensichtlich konnte auch die revolutionäre Organisation der Volksfedayin in den derzeitigen Massenkämpfen an Einfluß gewinnen und sich verbreitern. Z. B. sind einzelne Soldaten samt Waffen zu den Volksfedayin übergelaufen (vergl. AK 136, S. 29).

Nahost-Kommission



Die schwarzen Punkte kennzeichnen die Städte unter Kriegsrecht



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Anklagen + Anklagen + Anklagen

Die Behörden haben in den letzten Monaten in wachsender Zahl Ordnungs- und Strafverfahren gegen einzelne Studentenvertreter eingeleitet. In einer unvollständigen Dokumentation der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) werden 195 solcher Fälle genannt („UZ", 29.8.)

Allein an der Universität Münster sind inzwischen 60 (sechzig!) amtierende oder ehemalige AStA-Mitglieder angeklagt wegen des *„Verdachts auf Veruntreuung studentischer Gelder"* – so nennt es jedenfalls die Justiz. Im Klartext: sie sind angeklagt, weil sie als Studentenvertreter das politische Mandat wahrgenommen haben, sie haben nach dem Programm gehandelt, aufgrund dessen sie gewählt worden sind. Die so „veruntreuten" Gelder dienten u.a. zur Finanzierung

- eines Aufrufs der Studentenvertretung zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus
- eines Aufrufs zur Solidarität mit dem chilenischen Volk
- von Solidaritätsbekundungen mit den streikenden Druckern sowie den streikenden Erwitter Zementarbeitern,
- als auch des Aktionsprogramms des Münsteraner AStAs für das Sommersemester 76.

Der AStA-Vorsitzende und die Pressereferentin sollen außerdem vor Gericht gestellt werden, weil sie Teile einer Anklageschrift gegen Studenten in einer Broschüre mitgeteilt hätten, bevor jene in öffentlicher Verhandlung erörtert worden sei.

Auch in Göttingen standen vergengenes Semester zehn Kommilitonen wegen des gleichen Delikts vor Gericht. Zwar wurden einige freigesprochen, die anderen allerdings zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Bisher war es „üblich" derartige Anklagen gegen ASten als Vertretungsorgane zu erheben. Mit der Verabschiedung des Studentenschaftengesetzes in Nordrhein-Westfalen, sowie in Niedersachsen mit Verabschiedung des neuen Landeshochschulgesetzes wurde in diesen beiden Bundesländern die p e r s ö n l i c h e R e g r e ß p f l i c h t eingeführt. Einzelne AStA-Mitglieder haben persönlich die Kosten zu tragen, falls sie für ein Flugblatt verantwortlich zeichnen, in dem das politische Mandat wahrgenommen wird. Und diese „Kosten" sind beträchtlich hoch, der
nen, in dem das politische Mandat wahrgenommen wird. Und diese „Kosten" sind beträchtlich hoch, der
Hamburger AStA z.B. ist inzwischen zu nahezu 100.000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Ein einziges Info mit einer Resolution gegen das faschistische Regime in Südafrika wurde mit einem Strafgeld von 20.000 DM belegt. Hier wird tatsächlich die materielle E x i s t e n z einzelner Studenten bedroht!

Nicht nur studentische Vertreter, auch andere Studenten, die sich für die Interessen der demokratischen Studentenschaft einsetzen, sind in zunehmendem Maße von Prozessen bedroht. Anzeigen gegen Kommilitonen, die im Streik oder bei anderen studentischen Aktionen aktiv waren, häufen sich.

In Göttingen sind zehn Studenten mit Geldbußen von jeweils 500 DM belegt worden, weil sie *„maßgeblich an der Sprengung einer Sitzung des Fachbereichsrates Wirtschaftswissenschaften mitgewirkt hatten"* (FAZ, 14.9.), damit hätten sie sich des „Land- und Hausfriedensbruch sowie der Nötigung" strafbar gemacht. Das Verfahren wurde vorläufig (!) eingestellt, nachdem die Studenten sich zur Zahlung der Geldstrafen bereit erklärt hatten.

In Hamburg laufen zur Zeit etwa 30 Anzeigen und Ermittlungsverfahren. Meist lautet der Vorwurf auf „Beleidigung", „Hausfriedensbruch" oder Nötigung".

Bereits Ende letzten Semesters wurden zwei Studenten wegen angeblicher „Nötigung" zu drastischen Strafen verurteilt: 4 Monate Knast (!!!) auf Bewährung und 500 DM Geldstrafe für den einen – 1200 DM für den anderen. Drei weiteren Kommilitonen steht ein Prozeß in der gleichen Sache noch bevor.

Und was wird hier als „Nötigung" bezeichnet?

Ein gewisser Dr. Engel, Univertreter im Wirtschafsrat der Hamburger Uni weigerte sich den Haushalt des AStA zu genehmigen, weil der AStA das politische Mandat wahrgenommen hatte. Das bedeutet nichts anderes als eine totale finanzielle Lahmlegung des AStA. Im Anschluß an diese Sitzung wollten 100-150 Studenten diesen Herrn Doktor und einige seiner Kollegen zur Rede stellen. Diese allerdings wollten sich nicht äußern und schickten sich an, den Raum zu verlassen. Es ist kein Wunder, daß sie durch die dichtgedrängte Menschenmenge nicht sofort den Weg fanden. Schließlich schafften sie es doch ins Freie zu gelangen, – nicht ohne einige Grobheiten ihrerseits.

Sie zögerten natürlich nicht, sofort Anzeige wegen Nötigung zu stellen und das Gericht seinerseits zögerte keinen Moment, diesen Vorwurf als erwiesen zu betrachten.

Die Urteile, die dabei herauskommen, haben existenzbedrohende Fol-
als erwiesen zu betrachten.
Die Urteile, die dabei herauskommen, haben existenzbedrohende Fol-
gen für die betroffenen Kommilitonen. Sie bedeuten nicht nur, zusehen zu müssen, wo man ein paar tausend Mark herbekommt, um das Strafgeld bezahlen zu können, sie ziehen auch alle Folgen einer Vorstrafe nach sich: sein Studium nicht abschließen zu können, weil Vorbestrafte zum Staatsexamen nicht zugelassen werden, keine Stelle zu finden – wer will schon einen Vorbestraften, und noch dazu einen „Linksradikalen". So ergeht es bereits einigen Kommilitonen aus Münster, die sogar schon während des laufenden Verfahrens keine Arbeitsstelle mehr bekommen.

Der Kriminalisierungskampagne gegen Studenten wird so eine neue Qualität verliehen. Es sind nicht mehr nur d i e Studenten allgemein, die ins kriminelle Lager gedrängt werden, es sind nicht mehr allein ihre Vertretungs o r g a n e , die vor Gericht gezerrt werden – das hat für den Einzelnen längst nicht diese verheerenden Folgen. Und eben deshalb, weil diese Folgen den Einzelnen viel mehr treffen und bedrohen, wird wohl mehr und mehr zu dieser Methode übergegangen, in der Hoffnung, auf diese Art und Weise die demokratische Studentenschaft zum Schweigen zu bringen.

Schon einmal, Ende der 60er Jahre hat sich die Bourgeoisie einzelne Studenten herausgegriffen. Damals war die Studentenbewegung stark genug, durch eine Kampagne eine Amnestie aller Betroffenen zu bewirken.

Dazu wird die heutige Studentenbewegung wohl kaum in der Lage sein. Diese Einschätzung sollte nicht dazu führen, die Hände in den Schoß zu legen, sondern dazu, das an Unterstützung für die Angeklagten zu leisten, was heute in unseren Kräften steht :

- eine möglichst große Öffentlichkeit herzustellen über das, was in den Gerichtssälen vor sich geht,
- diese Prozesse möglichst zahlreich zu besuchen, um dem Gericht deutlich zu machen, daß es nicht irgendwelche Urteile insgeheim hinter verschlossenen Türen fällen kann und um den Betroffenen zu zeigen, daß sie nicht allein dastehen,
- die Angeklagten, die oft ziemlich hilflos vor dem ganzen Gesetzeswust stehen, bei der Verteidigungsstrategie beraten.

Schon allein die hier benannten Fälle machen deutlich, daß die Dokumentation der VDS äußerst unvollständig ist, nur einen kleinen Teil der abgeschlossenen oder laufenden Verfahren erfaßt: 60 Verfahren in Münster, 30 in Hamburg, 20 in Göttingen – das sind allein in drei Städten 110 Verfahren. Um überhaupt das gesamte Ausmaß dieser Kriminalisierungskampagne erfassen zu können, um eine fundierte Einschätzung dieser Kampagne erarbeiten und diskutieren
Kampagne erfassen zu können, um eine fundierte Einschätzung dieser Kampagne erarbeiten und diskutieren
zu können, ist es unbedingt notwendig, möglichst viele dieser Fälle zu sammeln. Wir fordern deshalb alle auf, Informationen über die ihnen bekannten Fälle der AK-Redaktion zukommen zu lassen, insbesondere die Genoss/inn/en des KB bzw. SSB!

SSB/Hamburg

Flohzirkus in Göttingen – Prozeß gegen 10 Studenten

„Die Flöhe werden nämlich, nachdem man sie gefangen hat, in eine Zigarrenkiste gesperrt, auf die man eine Glasscheibe legt. Wenn die Flöhe versuchen, aus der Kiste zu hüpfen, stoßen sie an die Scheibe. Nach einiger Zeit lernen sie, wie hoch sie springen können, ohne sich zu stoßen. Wenn man jetzt die Scheibe abnimmt, haben sie sich abgewöhnt, aus der Kiste zu springen. Dieser Vorgang wird in immer niedrigeren Kisten wiederholt, bis die Flöhe so wenig Platz haben, daß sie überhaupt nicht mehr springen können. Wenn sie dann gelernt haben, sich nur noch kriechend fortzubewegen, ist ihre Ausblidung für den Flohzirkus abgeschlossen."

Gefragt nach dem Interesse, das Göttinger Hochschullehrer der Wirtschaftswissenschaften an der Ausbildung der Studenten haben, würden sie ihrem Jura-Kollegen an der FU-Berlin mit Sicherheit zustimmen.

In diesem Sinne sollte auch die Göttinger Prozeßlawine in der letzten Woche wieder einmal ein Stück weiterrollen. Nach Buback-Prozeß, Untreue-Verfahren gegen AStA-Mitglieder und verschiedenen anderen Verfolgungsmaßnahmen waren diesmal die Vorwürfe des „schweren Hausfriedensbruches", des „Landfriedensbruches" sowie der „schweren Nötigung" aufgeboten, um 10 Kommilitonen zu kriminalisieren.

Worum ging es ?

Den Anlaß dieses Prozesses bot eine Aktion von ca. 600 Studenten, die am12.1.1977 – also vor mehr als anderthalb Jahren – mit „Gewalt" die Durchsetzung einer Prüfungsordnung am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, die die Bestimmungen des niedersächsischen Hochschulgesetzes vorwegnahm, ja verschärfte, verhindern wollte. Um zu der Sitzung des Fachbereichsrates (FBR) zu gelangen, mußten drei Türen geöffnet werden, die vorher von Vertretern der Uni-Bürokratie verschlossen worden waren. Nach Verhandlungen sahen sich daraufhin 8 Professoren, 2 Assistenten und 2 RCDS-„Studenten"-Vertreter genötigt, ihre Sitzung zu beenden und das Haus zu verlassen.

„Eine Fachbereichtsratssitzung, welche im Auftrag des Ministeriums eine neue Prüfungsordnung zu beschließen hatte, ist durch das gewaltsame Öffnen mehrerer versperrter Türen gesprengt worden. Die Fachbe-
same Öffnen mehrerer versperrter Türen gesprengt worden. Die Fachbe-
reichsmitglieder wurden durch eine mehrhundertköpfige Menge genötigt, das Sitzungszimmer in einer als würdelos zu bezeichnenden Weise zu verlassen", beschwerten sich die Profs sogleich bei Wissenschafts-Minster Pestel, und auch die Göttinger Presse wurde mit Leserbriefen seitens des FBR bombardiert. Die Staatsanwaltschaft meldete sich mit der „Begründung" ihrer Strafverfolgungsbemühungen zu Wort, ja, einer der RCDSler kündigte an, er werde „auspacken" – wofür er mit der Zusage belohnt wurde, in der Hauptverhandlung zwei Stunden (!) Zeit für seine Zeugenaussage zu bekommen (für die professoralen Zeugen war lediglich 1/2 Std. vorgesehen). Kurz: die ehrenwerten Professoren, Assistenten und Studenten rissen sich darum, ihrer „staatsbürgerlichen Pflicht" nachzukommen.

Und so saßen am 12.9. nicht nur Wi-Wi-Studenten auf der Anklagebank, mit denen abzurechnen die FBR-Mitglieder dachten. Die RCDSler hatten darüber hinaus gleich d i e linken Studenten (von Jusos bis KBW) bei der Aktion identifizieren können, die politisch in Erscheinung getreten oder gar eine führende Rolle in dem vorausgegangenen Hochschulstreik gegen das NHG gespielt hatten.

Der Prozeß allerdings nahm dann doch eine überraschende Wende: **Einstellung nach dem ersten Verhandlungstag!**

Staatsanwalt und Richter hatten nämlich - sich in Sicherheit wiegend – eine Anklageschrift zur Grundlage des Verfahrens gemacht, die den Mindestansprüchen der Glaubwürdigkeit allein juristisch nicht mehr standhalten konnte: es konnte k e i n e m der Angeklagten eine direkte Beteiligung am „gewaltsamen Eindringen" in das Beratungszimmer des FBR nachgewiesen werden. Mit dieser Unklarheit der Anklage begründeten die Verteidiger ihre Anträge auf Einstellung der Verfahren. Das Gericht lehnte sie schlichtweg ab. Nur zu verständlich, denn eine Zustimmung hätte das Einverständnis bedeutet, daß es auf Grundlage der Anklageschrift zu einem Prozeß gar nicht hätte kommen dürfen. Die Verteidiger wiesen zu Recht darauf hin, daß es in Göttingen mittlerweile gängige Praxis in politischen Prozessen ist, ohne konkretes Beweismaterial Hauptverhandlungen zu eröffnen. Ein darauf gestützter Befangenheitsantrag gegen den vorsitzenden Richter Stier wurde ebenfalls abgelehnt.

Angesichts der Lage einigten sich die Angeklagten und ihre Verteidiger darauf, die Einstellung des Verfahrens nach § 153 StPO vorzuschlagen –Einstellung bei z u g e r i n g e r Schuld (!). Das bedeutet für die 10 Kommilitonen zwar eine Geldbuße, aber k e i n e r kann von ihnen im Sinne der Anklage verurteilt werden, bekommt also auch keine Vorstrafe.

Nach hektischen Telefonaten – wie sich herausstellte, ein heißer Draht zu Pestel (Kultusminister) – stimmte der Staatsanwalt dieser Regelung schließlich zu.

Trotz 500,– DM Bußgeld für jede(n) Angeklagte(n), die sicherlich kein Pappenstiel sind, ist diese „Einigung" als Erfolg anzusehen. Es wurde verhindert, daß einigen der Angeklagten „Rädelsführerschaft" ange-
nigung" als Erfolg anzusehen. Es wurde verhindert, daß einigen der Angeklagten „Rädelsführerschaft" ange-
hängt werden konnte, was zu bezeugen ja das Anliegen der Zeugen war. Gleichzeitig ist klargeworden, welche Taktik hinter solchen Prozessen steht, hinter einer Justiz, die Geschütze vom Kaliber „schwere Nötigung" usw. aufführt, um kurz darauf zu dem Schluß zu kommen, daß es sich nur um eine „geringfügige Schuld" handelt, deren Verfolgung nicht im öffentlichen Interesse steht.

Die „Schuld" nicht ganz unter den Tisch fallen zu lassen und damit nur zu eindeutig die Einschüchterungsstrategie der Kultusbehörde zu offenbaren, war Pestel dann doch per großangelegter Presse-„Information" bemüht: Die Studenten hätten „ihre Schuld eingesehen" – obwohl keiner der Angeklagten sich in diesem Prozeß überhaupt zur Sache geäußert hatte ...

KHB/Göttingen

60.000 DM „Ordnungsgeld"

21 Urteile sind vom August 1975 bis zum März dieses Jahres gegen den AStA der Universität Gießen gefällt und damit „Ordnungsgelder" von mehr als 60.000 Mark verhängt worden.

„Als Stammkundschaft bei den hessischen Verwaltungsgerichten hat sich der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Gießen erwiesen", schreibt die „FAZ" (12.9.) zynischerweise. Als ob der AStA freiwillig einundzwanzigmal zum Gericht gezogen wäre und um freundliche Bedienung gebeten hätte ...

Nein, freiwillig war das nicht, die Urteile beruhen sämtlichst auf Anklagen gegen den AStA wegen *„Zuwiderhandlung gegen einstweilige gerichtliche Anordnungen..., nach denen es der Studentenschaft untersagt ist, politische Erklärungen und Stellungnahmen abzugeben, die nicht hochschulbezogen sind."* („FAZ", 12.9.). Nun, der AStA hat bereits über 50.000 Mark aus seiner Kasse bezahlt.

Dies mußte natürlich sofort die CDU auf die Bühne rufen. Der CDU-Abgeordnete Borsche stellte die Anfrage, *„ob die Landesregierung die Ausgabe von studentischen Zwangsbeiträgen für die Entrichtung von Ordnungsgeldern und zur Erstattung von Prozeßkosten für ‚zweckentsprechend' halte."* Wieder der gleiche Zynismus! Besonders der RCDS, die Studentenorganisation der CDU, steht mit an vorderster Front, wenn es darum geht, Ordnungsstrafen gegen studentische Vertretungsorgane zu erwirken. Es sind doch gerade diese Leute, die jetzt über die „Zweckentfremdung studentischer Zwangsbeiträge" jammern, die immer wieder diese Gelder einklagen. Und wer anders soll diese Gelder bezahlen als die Studentenausschüsse? Wahrscheinlich schwebt der CDU in Hessen eine ähnliche Regelung vor, wie sie kürzlich in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen eingeführt wurde: die verantwortlichen Studentenvertreter müssen hier die Bußgelder aus eigener Tasche zahlen.

Selbstverständlich hat der „sozialdemokratische" Kultusminister Krollmann die Anfrage der CDU mit einem „kurzen Nein" beantwortet. Allerdings sei es *„nicht Sache des Vermögensbeirats ..., eine solche zweckfremde Verwendung studentischer Zwangsbeiträge (zu) verhindern"*. Oh, denkt man, er ist eben doch etwas demokratischer als die CDU. Aber nein, weit gefehlt, er möchte die Sache nur selber in der Hand behalten. Denn anschließend verweist er gleich darauf, *„daß, wenn die Studentenschaft einer hessischen Hochschule auch in Zukunft gegen das Verbot der allgemeinpolitischen Betätigung verstoßen sollte, die Aufsichtsbehörde (der Hochschulleiter und der K u l t u s m i n i s t e r) nach dem Hochschulgesetz in der Lage sind, die eingezogenen Beträge für eine gewisse Zeit zu sperren."*

Dem Abgeordneten Borsche ist auch dieser Wink mit dem Zaunpfahl noch zu wenig. Krollmann wolle es *„offenbar mit den Systemveränderern nicht verderben"*. Schon lange habe die CDU vorgeschlagen, *„die Institution der studentischen Zwangsbeiträge aufzuheben, nicht zuletzt deshalb, um den notorischen Gesetzesbrechern die ihnen nicht zustehende Finanzgrundlage zu entziehen."*

Es sind eben verschiedene Methoden – ein Borsche haut plump zu, während ein Krollmann sich um mehr Geschicklichkeit und Eleganz bei der Lösung seiner Aufgabe bemüht. Das Ziel ist dasselbe, die demokratische Studentenschaft mundtot zu machen, ihr die finanzielle Grundlage zu entziehen.

SSB/Hamburg

Am 8. August um 5.50 umstellten 20 Polizisten die Geschäftsräume des AStA der Gesamthochschule Duisburg. Zehn weitere drangen mit Hunden in die Räume ein und drängten die anwesenden Studenten hinaus. Dies ist die Antwort des Hochschulpräsidenten auf die vorübergehende Besetzung des AStA durch Studenten. Der Präsident wollte die Wahlen zum letzten AStA nicht anerkennen – die Studenten beharrten auf dem von ihnen gewählten Vertretungsorgan. Und wie so oft in diesem „freiheitlichen System" sah der Herr den Ausweg nur in der nackten Staatsgewalt.

Diskussion über den „Prager Frühling“

Die **„Anmerkung des Verfassers des kritisierten Artikels aus AK 134" (AK 137, Seite 40)** ist ein Beispiel, wie man mit einem gerüttelt Maß an scholastischer Wortakrobatik die eigentlichen Differenzen umgeht. Der neue Aspekt, den der Genosse der RGW-Kommission in seinem Artikel **„Prager Frühling – Konterrevolution?" (AK 137, Seite 39- 40)** in die Diskussion eingebracht hat, besteht wohl im wesentlichen darin, daß die Ablösung einer revisionistischen Gruppe in der Parteifühnrung der KPC durch eine andere einen Prozeß in Gang gesetzt hat, in dessen Verlauf ansatzweise einiges von dem realisiert worden ist, was auch der „Verfasser des ..." für völlig berechtigte Forderungen hält, nämlich demokratische Rechte und Freiheiten für die Werktätigen. Diese Entwicklung war durchaus nicht im Sinne der neuen KPC-Führung unter Dubcek, und schon gar nicht lag sie im Interesse der bürokratischen „Wirtschaftsreformer" um Ota Sik. Diese Widersprüchlichkeit hat der Genosse der RGW-Kommission sehr gut herausgearbeitet.

Eine wichtige Lehre des „Prager Frühlings" besteht sicher darin, daß zum einen die objektiven Möglichkeiten für die Propagierung linker Positionen während des „Prager Frühlings" besser wurden; zum anderen zeigt das tschechoslowakische Beispiel, daß (nicht zuletzt wegen der Entstellung der Ziele des Kommunismus durch die Revisionisten) die spontane Entwicklung auch von Arbeiteraktionen in RGW-Staaten nach „rechts" geht. Es ist unbestreitbar, daß demokratische Rechte, räteähnliche Organe und Erweiterung der Parteidemokratie, die an sich nur den R a h m e n bilden, in dem sich der Emanzipationsprozeß der Arbeiterklasse vollziehen k a n n, auch im Sinne einer rechten Politik genutzt werden können – bis hin zur offenen Propagierung der „Heimkehr" von RGW-Staaten in die Arme des Imperialismus. (Der Genosse der RGW-Kommission hat allerdings nachgewiesen, daß diese Propaganda während des „Prager Frühlings" keineswegs auf Zustimmung stieß). Der „Prager Frühling" und die heutige „Dissidentenbewegung" zeigen, wie notwendig eine revolutionäre Organisation auch in den RGW-Staaten inzwischen geworden ist. Doch anstatt auf die konkreten Bedingungen, unter denen sich der Aufbau einer solchen Organisation vollziehen kann, einzugehen, beläßt es der „Verfasser des ..." bei der lapidaren Feststellung: *„Es gibt viele Gründe, warum sich in den realsozialistischen Ländern die Herausbildung revolutionärer, marxistisch-leninistischer Organisationen so sehr verzögert"*! Vielleicht sind die Gründe folgende:

1.Eine revolutionäre Linke in den

zögert"! Vielleicht sind die Gründe folgende:

1.Eine revolutionäre Linke in den

RGW-Staaten gibt es noch nicht einmal als unorganisierte Strömung. Linke „Einzelkämpfer" wie Petr Uhl in der CSSR sind politisch einflußlos und so gut wie unbekannt.

2. Eine innerparteiliche Opposition in den revisionistischen Parteien, die die herrschenden Verhältnisse von links kritisiert, gibt es nicht, bzw. treten solche Strömungen nicht nach außen hin auf.

3. Ebensowenig existiert innerhalb der „Dissidentenbewegung", mit Ausnahme der „Einzelkämpfer", auch nur die Bereitschaft, sich h e u t e mit revolutionären Alternativen zum „realen Sozialismus" zu befassen.

4. Das vorherrschende Bewußtsein der Arbeiterklassen in den RGW-Staaten, auch der polnischen Arbeiterklasse, die ja über eine beachtliche Tradition spontaner Erhebungen verfügt, bewegt sich in die Richtung des „schwedischen Modells" oder eben des „Prager Frühlings". (Unter dem Modell Schweden wird ein „sozialistischer Wohlfahrtsstaat" verstanden. Also: Den Leuten soll es so gut gehen wie den Schweden. Die schwedischen Kapitalisten werden nicht zur Kenntnis genommen, sie dürften auch kaum in das Bild passen, das sich viele RGW-Bürger von Schweden machen).

5. Die Verteidigung des Marxismus-Lenismus gegen den Revisionismus ist vor allem deshalb ungeheuer kompliziert und mühsam, weil die Parteiführungen mit ihrem Presse- und Informationsmonopol tagtäglich verkünden, das herrschende System sei das Ergebnis einer konsequenten Anwendung der Prinzipien Marx' und Lenins. Der spontane Protest richtet sich darum oft gegen den Marxismus.

6. Sicherlich gibt es in den revisionistischen Staatsparteien viele einfache Parteimitglieder, die sich aufrechte Kommunisten begrei

und mit der Politik ihrer Führung nicht einverstanden sind. Der „Prager Frühling" und die Arbeiteraufstände in Polen 1970/71 haben gezeigt, daß diese Genossen erst dann politisch aktiv werden, wenn die Massenbewegung schon einen gewissen Stand erreicht hat. Außerdem hegen gerade diese einfachen Parteimitglieder die größten Illusionen in eine „Erneuerung der Partei" von innen heraus. Die Bedingungen revolutionärer Politik in den RGW-Staaten sind also alles andere als rosig. Hinzu kommt natürlich die massive Repressionspolitik von Partei und Staat gegen j e d e n Ansatz oppositioneller Betätigung. Es liegt also nahe, daß auch linke „Dissidenten" wie etwa P. Uhl ihre politische Tätigkeit zunächst weitgehend auf die Forderung nach Menschenrechten beschränken: Zum einen, weil eine überstürzte Fraktionierung der Dissidentenbewegung in einen bürgerlich-demokratischen und einen sozialistischen Teil in einer Situation, wo in der Tat a l l e „Dissidenten" ums nackte politische Überleben kämpfen, die Bewegung insgesamt schwächen und somit den Herrschenden nützen würde; zum anderen wohl aus dem taktischen Kalkül, daß erst eine entfaltete Menschenrechtsbewegung den Spielraum und das Klima schafft, in dem auch weiter-



Demonstration in Prag 1968: Eindeutig die Ablehnung des „Sozialismus" a la DDR – aber ebenso deutlich die Sympathie für den Agenten des Imperialismus, Tito.

Demonstration in Prag 1968: Eindeutig die Ablehnung des „Sozialismus" a la DDR – aber ebenso deutlich die Sympathie für den Agenten des Imperialismus, Tito.

reichende politische Vorstellungen im Sinne einer sozialistischen Alternative auf einige Resonanz stoßen dürften. Eine Art Etappenmodell, wenn man will. Die Gefahr eines „Aufgehens" in der Menschenrechtsbewegung liegt bei einem solchen Modell natürlich auf der Hand. Dem „Verfasser ...." fällt als Alternative zu dem Etappenmodell allerdings nichts weiter ein, als die völlig abstrakte Forderung nach einer revolutionären Organisation. Als Beleg für seine Argumentation bringt der „Verfasser..." die russischen Sozialisten unter dem Zarismus und die chilenischen Genossen unter dem Pinochet-Regime. Diese hätten selbst unter äußerst ungünstigen Bedingungen den Aufbau revolutionärer Organisationen nicht, wie die RGW-Linken, an die letzte Stelle gesetzt.

Nun zeigt eine konkrete Analyse, daß die Bedingungen revolutionärer Politik in den Ländern des „realen" Sozialismus ungleich komplizierter sind als beispielsweise unter dem Faschismus, was nicht heißt, die Repression in den RGW-Staaten sei schlimmer als im Faschismus. Aber: Sowohl in Deutschland, Italien und Spanien wie auch in Chile gab es v o r dem Machtantritt des Faschismus revolutionäre Organisationen, die später unter den größten Opfern und Entbehrungen den Kampf fortsetzten, wobei sie sich auf aktive antifaschistische Kerne der Arbeiterklasse stützen konnten, bzw. diese direkt organisierten. Für die Arbeiterklasse war klar, wo der Feind stand, was man von den Arbeiterklassen in den RGW-Staaten nicht unbedingt sagen kann. Der Aufbau der russischen Partei vollzog sich auf dem Hintergrund, daß die russischen Arbeiter, wie Lenin sagte, spontan zum Sozialismus „drängten", also nach einer revolutionären Alternative zum Bestehenden s u c h t e n.

Die Arbeiter in den RGW-Staaten sind eher resigniert. Die Beispiele, die der Genosse anführt, beziehen sich also auf Situationen, in denen der Kommunismus eben nicht als Ideologie des „realen" Sozialismus diskreditiert wird und weitgehend abgewirtschaftet (auch im Bewußtsein der Arbeiter!) hat, sondern noch nichts von seiner Anziehungskraft einbüßen mußte.

A n s i c h alles Gründe für die brennende Aktualität einer revolutionären Organisation in den RGW-Staaten nach dem Motto: Je diskreditierter der Kommunismus ist, desto dringender wird es, ihn zu verteidigen. Nur: Die konkrete Umsetzung dieser historischen Notwendigkeit scheint aktuell unmöglich. Oder sollte man dem „Einzelkämpfer" Uhl und der buchstäblichen Handvoll polnischer Trotzkisten anraten, jetzt eine „Partei" zu gründen, deren eher kurioses Sektendasein schon heute abzusehen ist? Das „Etappenmodell" mit allen seinen Gefahren ist jedenfalls realistischer als derartige Spielereien, die übrigens von keinem RGW-Linken in Betracht gezogen werden. Sicher kann man darüber streiten, ob die „Dissidentenbewegung" auf längere Sicht der hauptsächliche Bezugspunkt der linken „Dissidenten" bleiben wird, zumindest für Polen ist das fraglich, aber der fromme Wunsch nach einer wirklich „marxistisch-leninistischen Organisation" in den RGW-Staaten bringt die RGW-Linken mit Sicherheit nicht weiter.

Merkwürdig auch die Argumentation des „Verfassers ..." hinsichtlich des *„kleinen Unterschieds"* zwischen den RGW-Staaten und dem imperialistischen Lager, der *„vom Standpunkt des weltrevolutionären Prozesses"* ein *„Riesenunterschied"* sei. Bezeichnenderweise führt der „Verfasser ..." als Beleg für den kleinen Unterschied nicht etwa „sozialistische Errungenschaften" in den RGW-Staaten selbst an, sondern verweist auf die Unterstützung von anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen und Staaten durch die Sowjetunion. Diese, weitgehend taktisch motivierte, Unterstützung zu leugnen oder in ihrer Bedeutung abzumildern, wäre in der Tat idiotisch. Nur, was hat das unmittelbar mit revolutionärer Politik in den RGW-Staaten zu tun? Welcher „Dissident" in den RGW-Staaten hat denn dort die Unterstützung der MPLA oder des vietnamesischen Volkes kritisiert? Bekanntlich wurde der „Prager Frühling" unter anderem durch anti-imperialistische Studentendemonstrationen eingeleitet. Sollen die polnischen Arbeiter, wenn sie gegen Preiserhöhungen kämpfen, bitteschön Rücksicht auf den weltrevolutionären Prozeß nehmen? Der „Verfasser ..." stellt selber fest, daß, was Ausbeutung und Unterdrückung anbelangt, der Unterschied zwischen den beiden Lagern auch für die Arbeiter in den RGW-Staaten denkbar klein ist. Auch betont er ausdrücklich das Recht jeder Nation, gegebenenfalls zum Kapitalismus zurückzukehren. Warum also der Hinweis auf den weltrevolutionären Prozeß, der makabrerweise auch für die Sowjetunion als Rechtfertigung des Einmarschs in die CSSR herhalten mußte? Der „Verfasser" will zeigen, daß der „kleine Unterschied" erst dann beseitigt ist, wenn *„der Imperialismus die ‚realsozialistischen' Staaten in sein ökonomisches und politisches System zurückgeholt hat"*. Folgt man dem „Verfasser ..." in seiner Argumentation, daß Forderungen nach demokratischen Rechten, die im Verlauf von Entwicklungen wie etwa dem „Prager Frühling" erhoben werden, *„derzeit kaum anders enden können als beim Kapitalismus"*, so wird die Konfusion offenkundig. Einerseits sind Forderungen nach demokratischen Rechten *„völlig berechtigt und überhaupt die Grundvoraussetzung für eine autonome Organisierung der Arbeiterklasse"*, andererseits sind sie im Sinne des weltrevolutionären Prozesses konterrevolutionär, weil sie zum Kapitalismus führen und somit die Durchsetzung der strategischen Ziele des Imperialismus ermöglichen. Der „Verfasser ..." sieht diesen Widerspruch selber, vermag ihn aber nicht zu lösen. Konsequenterweise müßte er eben doch, obwohl er sich entschieden dagegen verwahrt, den Einmarsch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in die CSSR als notwendig zumindest im Interesse der anti-imperialistischen Freiheitsbewegungen und des weltrevolutionären Prozesses verteidigen. Der Widerspruch, der dem „Verfasser ..." soviel Schwierigkeiten und Eiertänze beschert, taucht aber nur dann auf, wenn man abstrakt und mechanisch davon ausgeht, daß alles, was dem Revisionismus in den RGW-Staaten politisch schadet, unmittelbar dem Imperialismus zugute kommt. Diese mechanische Sichtweise kultivieren hierzulande besonders die Revis, wenn sie an die „Entlarvung" der Dissidenten gehen. Hätte sich der „Verfasser ..." an den Ausgangspunkt der Debatte gehalten, wäre Konfusion gar nicht aufgekommen: Der Genosse der RGW-Kommission hat, bislang unwiderlegt, dargestellt, daß der „Prager Frühling" eben n i c h t mit Notwendigkeit zur Wiedereinverleibung der CSSR in das imperialistische System führen mußte. Auf die konkrete Analyse des „Prager Frühlings", der Ziele der „Reformer" und der Massenbewegung geht er aus gutem Grund nicht ein.

Sowohl die offen konterrevolutionären Bestrebungen in den RGW-Staaten als auch das praktische Interesse des Imperialistmus an den Dissidenten werden von westlichen Linken oftmals überschätzt. Wenn Jimmy Carter sich für ausreisewillige sowjetische Juden einsetzt, geschieht dies vor allem aus innenpolitischer Rücksichtnahme gegenüber der starken jüdischen Lobby in den USA, der es wiederum vor allem um eine Stärkung Israels geht. Daß Löwenthal, Strauß und Co. in der BRD, sehr zum Kummer von Schmidt, Brandt und Bahr, die „Menschenrechtsverletzungen in der DDR" vorwiegend für innenpolitische Zwecke instrumentalisieren, liegt auf der Hand. Das Russell-Tribunal hat gezeigt, wie von verschiedenen Seiten die Dissidenten gegen uns eingesetzt worden sind. Die Menschenrechtsfrage ist e i n e Karte, die der Imperialismus vor allem im eigenen Land gegen die Linke ausspielt. Das T r u m p f a s in diesem Spiel, nämlich die ökonomische Durchdringung der RGW-Staaten, ihre wachsende finanzielle Abhängigkeit gegenüber dem Imperialismus, sticht allemal. So gesehen bildet die Menschenrechtsfrage aktuell ein Terrain, auf dem sich beide Seiten beharken können (schließlich hat auch Carter seine unterdrückten Minderheiten und Schmidt seine Berufsverbote!), ohne daß sich an den florierenden Handelsbeziehungen etwas ändert. **Gerade der „Prager Frühling" beweist, daß von e r n s t h a f t e n Interventionsabsichten des Imperialismus keine Rede sein konnte.** Im Gegenteil: Der Imperialismus hat auf die, folgt man der Logik des „Verfassers ...", einmalige Chance, ein Land im Hauruckverfahren heimzuholen, b e w u ß t v e r z i c h t e t und dies die Sowjetunion auch vorher wissen lassen. Es wäre auch zu riskant gewesen. Bekämpfen tun sich beide Lager derzeit im Nahen Osten, in Afrika, wo sie keinen Spaß verstehen und die in Europa durchaus vorhandene Bereitschaft zur Kooperation gleich null ist. Von einer Einverleibung der RGW-Staaten als einer aktuell durchsetzbaren Strategie des Imperialismus, zu sprechen, ist falsch. Daß durch die ökonomische Durchdringung der RGW-Staaten die Voraussetzungen geschaffen werden, den konterrevolutionären Prozeß, den die Revisionisten selber eingeleitet haben, zu einem Abschluß im Sinne der imperialistischen Reintegration zu bringen, ist klar. Aber ebenso wahrscheinlich kann es sein, daß auch eine völlig „durchkapitalisierte", aber militärisch immer noch starke, Sowjetunion sich in Europa in einem genauso scharfen Interessensgegensatz zum Imperialismus befinden würde, wie es heute im Nahen Osten der Fall ist. Die strategische Funktion der Menschenrechtskampagne im Kalkül des Imperialismus ist bislang noch sehr verschwommen. Ebensowenig läßt sich heute prophezeien, wie es in fünf Jahren um die Dissidenten bestellt sein wird.

Eines kann man heute allerdings schon sagen: Was die Analyse der Verhältnisse in den RGW-Staaten betrifft, wird sich auch der KB von einigen liebgewordenen Schemata und ideologischen Versatzstücken trennen müssen. Der Artikel des Genossen der RGW-Kommission war ein guter Einstieg in diese Debatte. Die Antwort auf diesen Artikel war hoffentlich der mißglückte Versuch, diese Debatte in einen Nebel lebensfremder Abstraktionen zu tauchen.

Ha. und Vo.,
KB/Gruppe Göttingen



Wie die DKP ihre Bündnis-Partner verheizt

Unerträgliche Engstirnigkeit

Früher hätte DVZ eine echte Diskussion abgedruckt

Ein uns bisher freundschaftlich gesonnener Leser hat seine Kritik der DEUTSCHEN VOLKSZEITUNG an Professor Dr. H.-W. Bartsch gerichtet, der zum Kreis der Autoren und Mitstreiter unseres Blattes zählt. Im folgenden veröffentlichen wir Kritik und Antwort.

Lieber Professor Bartsch,

in der DVZ Nr. 30 sehe ich den Leserbrief eines Herrn M. D. aus Osnabrück, der als langjähriger Leser das Abonnement gekündigt hat, weil er den Eindruck einer in den letzten Jahren manchmal unerträglich gewordenen Enge in der Behandlung mancher Fragen gewonnen hat.

Ich muß Ihnen als langjähriger Freund der DVZ und als einer, der in dieser Zeitung früher auch gerne selbst veröffentlichte, sagen, daß das auch mein Eindruck ist. In Sachen wie Biermann oder Bahro, aber auch in der Berichterstattung über das Russell-Tribunal wurde mal im Großen und mal im Kleinen die Engstirnigkeit, die es früher bei der DVZ nicht gab, geradezu unerträglich. Nicht, daß ich die Ansicht, der Sie Alleinrang geben, nicht lesen möchte: früher hätten Sie jedenfalls eine echte Diskussion abgedruckt. Der „Fortschritt", den Sie da leider nehmen, beeinträchtigt aber bis hinein in den außenpolitischen und internationalen Bereich auch ersichtlich die Fähigkeit zur Analyse zugunsten gelegentlich bloßer Polemik.

Es fragt sich nicht nur objektiv, ob Ihr „Fortschritt" in Positionen ein Fortschritt ist; jedenfalls weiß ich von einigen Freunden Ihres Blattes, daß Intellekt und demokratisches Gewissen Ihrer Leser hin und wieder doch recht strapaziert werden, gelegentlich direkt beleidigt (Artikel Schuhler). Wenn es Ihnen gelingt, mit weiteren derartigen „Fortschritten" die politische Wirksamkeit auf Null zu bringen, wie wollen Sie dann die von der Redaktion proklamierte Aufgabe für Frieden und Entspannung real erfüllen?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. E. E.

Prof. Bartsch:

Die Verhältnisse haben sich geändert

Zuerst danke ich Ihnen für Ihren Brief, der mir Gelegenheit gibt, einem kritischen Leser der DVZ – zu deren Redaktion ich zwar nicht gehöre – auf eine Frage zu antworten, die ich gut verstehe und über die ich auch verschiedentlich nachgedacht habe.

Ich stimme Ihnen zu, daß die Haltung der DVZ einseitig ist, daß z. B. Diskussion um Kritikwürdiges in den sozialistischen Staaten nicht gedruckt wird. Eine solche kritische Auseinandersetzung mit den von Ihnen angesprochenen Fällen Biermann und Bahro wäre sicher nützlich. Zwar glaube ich, daß eine solche Diskus-

Bahro wäre sicher nützlich. Zwar glaube ich, daß eine solche Diskus-

sion am Ende doch zu einer Rechtfertigung der Haltung der DDR in den beiden Fällen führen würde (Biermann ist im Grunde Anarchist und Bahro möchte die soziale Ordnung der DDR umstürzen), aber dennoch bin ich mit der DVZ einverstanden, eine solche Diskussion im gegenwärtigen Augenblick nicht zu führen. Der Grund ist recht einfach: Unsere bundesdeutsche Presse von der Bildzeitung bis zur Frankfurter Rundschau vertritt ausnahmslos diese Kritik. Die DVZ tut also nichts anderes, als mit ihren publizistisch geringen Kräften nach Möglichkeit für einen Ausgleich dieser Einseitigkeit zu sorgen. Sie haben also wie alle Leser reichlich Gelegenheit, die gegenseitige Ansicht zu lesen. Warum sollten wir uns daran noch beteiligen? Wollten wir für „Ausgewogenheit" in unseren eigenen Blättern sorgen, würden wir die „Unausgewogenheit" in unserer Presse nicht verändern.

Der zweite Grund ist wesentlicher: Alle derartigen „Fälle" werden benutzt, um den Entspannungsprozeß zu behindern und zurückzuschrauben. Aus diesem Grunde ist es gefordert, daß die Gegenposition einseitig vertreten wird. Die Aufgabe der DVZ sehe ich darin, dieser Behinderung der Entspannung durch die einseitige Position in der bundesdeutschen Presse entgegenzuwirken, soweit dies eben in unseren Kräften steht. Ich bin immer stärker erschrocken über den zunehmenden Antikommunismus bei uns und sehe allein darin eine Gefahr für die Demokratie in unserem Staat. Dieser Gefahr läßt sich aber nur wehren, wenn man die Gegenposition vertritt – nicht durch den Versuch, an beiden Seiten Kritik zu üben.

Es ist meine Hoffnung, daß es eines Tages wieder möglich sein wird, sachlich Positionen, wie sie Bahro vertritt, zu diskutieren, ohne daß daraus antikommunistisches Kapital geschlagen wird.

Endlich meine ich, daß wir so viel

Endlich meine ich, daß wir so viel vor der eigenen Tür zu kehren haben – Berufsverbote, Neonazismus, Antisemitismus, Neutronenbombe etc. –, daß uns kaum Zeit bleibt, uns auch noch mit den Problemen in der DDR oder in der UdSSR zu beschäftigen. Bitte nehmen Sie mir dies ab, weil ich der Generation angehöre, die den Nazismus seiner Zeit hat gewähren lassen, ehe wir darunter zu leiden hatten. Mein vordringliches Engagement gilt darum der Abwehr einer Wiederholung dessen, was 1933 begann.

Es ist also wahrlich kein Fortschritt, wenn die DVZ die von Ihnen gewünschte Diskussion nicht in dem Maße bringt, wie es auch objektiv wünschenswert wäre. Aber daran meine ich nicht die DVZ und ihre Redaktion als schuldig sprechen zu müssen, sondern daran sind die gewandelten Verhältnisse schuld. Das wird – wie jener Leserbrief zeigt – nicht hindern, daß wir auch kritische Briefe veröffentlichen. Aber ich denke, Sie werden auch die Erwiderung akzeptieren.

In der Hoffnung, daß Sie meine Argumentation verstehen, auch wenn Sie sie nicht teilen, bleibe ich mit freundlichen Grüßen

H.-W. Bartsch

aus: „DVZ", 7.9.78

Die „DVZ" („Deutsche Volkszeitung") ist eine von der DKP finanzierte und kontrollierte Zeitung, die sich an das demokratische und pazifistische Umfeld der DKP sowie an ihre Bündnispartner wendet. Während die „DVZ" bei zentralen Konflikten (Beispielsweise Biermann, Bahro oder sowjetische Außenpolitik) stets 100%ig stramm die DKP-Linie zu vertreten hat, argumentiert sie zu anderen Themen oft lockerer – beispielsweise zum Thema Frauen-Befreiung, Feminismus.

Eine zentrale Diskussion wird in der „DVZ" der letzten Monate (nach der DKP-Wahlpleite in Hamburg) zur Frage der Grünen und Bunten Listen geführt. Bezeichnenderweise beschränkt sich diese von vornherein sehr eng gezogene Diskussion vollständig auf die Frage alternativer Lebensformen und der Ökologie, wo verwegenen Thesen bereitwillig Raum gegeben wird. Daß sich gerade in der Bunten Liste in erster Linie nicht „spinnerte Körnerfresser" sammelten (wie die „DVZ" es jetzt allzu gern darstellt und sehr großzügig zur Diskussion stellt), sondern Bürgerinitiativen zu verschiedenen Arbeitsgebieten gemeinsam mit linken Organisationen, ist in der „DVZ" nicht Thema.

Ebenso schwer wie die Bunten und Grünen machen der „DVZ" auch die Auseinandersetzungen um Bahro und allgemein die „Dissidenten" zu schaffen. Mehrfach sah die „DVZ"-Redaktion sich in letzter Zeit genötigt, Leserbriefe abzudrucken und zu kommentieren, in denen gegen die total auf DKP-Linie befindliche Behandlung dieses Themas in der „DVZ" protestiert wurde.

Eine interessante Auseinandersetzung zu diesem Thema fand sich in der „DVZ" vom 7.9.78. Wir dokumentieren diese Sache nebenstehend.

Kurz gesagt argumentiert der „DVZ"-Autor Prof. Bartsch in seiner Erwiderung auf einen Leserbrief folgendermaßen: Die „DVZ" sei in der Tat „**einseitig**", beispielsweise würde in der „DVZ" „*Diskussion um Kri-*

Tat „einseitig", beispielsweise würde in der „DVZ" „Diskussion um Kri-

tikwürdiges in den sozialistischen Staaten nicht gedruckt". Eine solche Auseinandersetzung wäre, so Prof. Bartsch, tatsächlich „**nützlich**". Doch leider, leider, der herrschende Antikommunismus in der BRD verbiete es derzeit der „DVZ", solche kritischen Auseinandersetzungen zu führen.

Soll heißen: Solange in der BRD der Antikommunismus vorherrscht (und das wird ja noch einige Zeit so sein!), ist die „DVZ" auf ein total unkritisches Verhältnis zum „realen Sozialismus" und zur DKP verpflichtet. Warum freilich eine „*sachliche*" (!!) Diskussion über Bahros Positionen „*antikommunistisches Kapital*" liefern soll – wie Prof. Bartsch allen Ernstes behauptet – entzieht sich der politischen Logik. Sollte man nicht eher meinen, daß gerade die unsachliche, „*einseitige*" (laut Prof. Bartsch!) Art und Weise, in der sich DKP und „DVZ" mit Bahro „auseinandersetzen", antikommunistische Vorbehalte bei vielen Menschen verstärkt? Prinzipienfestigkeit ist etwas Schönes, aber was hat sie mit Unsachlichkeit und Einseitigkeit zu tun?

Sei es wie es sei: Die DKP-Spitze scheint es darauf anzulegen, ihre bündnispolitischen Ansätze kurz und klein zu schlagen und ihre letzten Freunde aus dem demokratischen Lager vor den Kopf zu stoßen. Für uns kein Grund zur Traurigkeit!

Der mißglückte Ausflug des Herrn Schah in die DDR

Herr Hua aus China besucht Herrn Schah in Teheran. Die DKP-Zeitung „UZ" bringt ihre Mißbilligung in knappen Meldungen zum Ausdruck: Am 31.8. erwähnt die „UZ" nicht ungeschickt, daß während des Besuchs von Herrn Hua „*außergewöhnlich scharfe Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden*" seien, nämlich „*wegen der anhaltenden Demonstrationen gegen die iranische Diktatur*". Am 2.9. weiß die „UZ" – natürlich unter Berufung auf „inoffizielle" Quellen in Teheran – zu berichten, daß Herr Hua und Herr Schah „*auch militärische Fragen angesprochen*" hätten. Und da darf natürlich der Hinweis nicht fehlen: „*Der Iran, die stärkste Militärmacht am Persischen Golf, hat wiederholt den Ölscheichtümern am Golf bei der Unterdrückung der Freiheitsbewegungen geholfen*". Und die DKP-nahe „Deutsche



Volkszeitung" kommentiert in der

Volkszeitung" kommentiert in der Ausgabe vom 7.9.: „*Der Besuch Huas im Iran gilt dem stärksten Militärpotential des Nahen Ostens, dargestellt in Waffenkäufen vor allem aus den USA in Höhe von 25 Milliarden Dollar. Für Waffenlieferungen und Besucher wichtigstes militärgeographisches Detail: die gemeinsame Grenze des Iran mit der UdSSR*".

Indessen tut sich Überraschendes: Die DDR-Nachrichtenagentur ADN meldet am 5. September, daß Herr und Frau Schah in Kürze – am 17. September – für fünf Tage in die DDR zum Herrn Honecker kommen wollen. Die „UZ" bringt am 6.9. eine schmucklose Mini-Meldung: „*Schah besucht die DDR*". Am 7.9. heißt es dann in der „UZ": „**Für Entspannung und Zusammenarbeit – Interview von 'Neues Deutschland' mit dem iranischen Schah Pahlevi**". Herr Schah, eigentlich zur Zeit mit der Organisierung von Blutbädern unter seinen Untertanen reichlich beschäftigt, hat sich also für ein Interview mit dem SED-Zentralorgan freimachen können. Wie schön. Er hat in diesem Interview „*die Notwendigkeit von Entspannung und Abrüstung unterstrichen und sich für die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme ausgesprochen*" (laut „UZ"). Das hört man gern. Herr Schah äußerte sich auch „*positiv über die Möglichkeit, im Bereich der Industrie, des Bildungswesens, des Sports und der Technologie die Zusammenarbeit mit der DDR zu verstärken*" (laut „UZ"). Das hört man noch lieber.

Nur ein total vom Antikommunismus verblendeter Leser der „UZ" wird sich vielleicht verarscht vorkommen, wenn ihm die „UZ" den Herrn Schah am 2. September als stärkste Militärmacht des Nahen und Mittleren Ostens und Unterdrücker nationaler Befreiungsbewegungen vorstellt, während Herr Schah sich vier Tage später im „Neuen Deutschland" als Vorkämpfer für Entspannung und Abrüstung entpuppt.

In der „UZ" vom 7.9. findet sich zur Belehrung dermaßen antikommunistisch verblendeter Leser und DKP-Mitglieder ein Kommentar: Natürlich habe das Regime des Herrn Schah einen diktatorischen Charak-

ter. Das zu ändern, sei aber Sache

ter. Das zu ändern, sei aber Sache der Klassenkämpfe im Iran und habe mit der Außenpolitik nichts zu tun (Warum dann eigentlich noch die alberene Ziererei gegenüber dem Herrn Pinochet aus Chile?!). Vielmehr gehe es jetzt darum, daß „*die Ansätze zu Beziehungen der friedlichen Koexistenz des Iran mit den sozialistischen Ländern weiter ausgebaut werden*" könnten. Gewiß doch. Und daß Herr Schah – laut „DVZ" – für lumpige 25 Milliarden Dollar Waffen von den USA kaufen will, sollte man nicht mißverstehen. Vielleicht ist der Herr Schah ein leidenschaftlicher Waffensammler?

Und wenn der Herr Schah diese Waffen wider alles Erwarten doch gegen die eigenen Untertanen oder gegen Befreiungsbewegungen in anderen Ländern einsetzen will, braucht das die friedliche Koexistenz zwischen dem Iran und den „sozialistischen" Ländern ja auch nicht zu stören.

Aber ach, der Herr Schah hatte sich verschätzt. Das mit dem Gemetzel unter seinen Untertanen dauerte länger als erwartet. Hinzu kam die Angst, während einer eventuellen Auslandsreise kurzerhand von seinen eigenen Generälen oder sonstwem abgesetzt zu werden. So entschied er sich Mitte September, den Abstecher in die DDR lieber zu verschieben. Herr Schah kann das ja später nachholen.

Wenn er dann noch kann!

Zum politischen Strafrecht in der DDR

Nach DDR- und DKP-offizieller Sprachregelung gibt es in der DDR überhaupt keine politische Justiz. Soll heißen: politische „Delikte" werden mit gewöhnlichen kriminellen Taten auf eine Stufe gestellt.

In diesem Artikel sollen kurz die wichtigsten Paragraphen des politischen Strafrechts der DDR dargestellt werden.

I.

Wohl am häufigsten wird der § 106, „**Staatsfeindliche Hetze**", angewendet. Er stellt unter Strafe: 1. Die Herstellung, Verbreitung etc. von „*Schriften, Gegenständen oder Symbolen, die die staatlichen, politischen, ökonomischen oder anderen gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR d i s k r i m i n i e r e n*". Die Auslegung des Begriffs „diskriminieren" ist beliebig. In der Tendenz steht jede Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR unter Strafandrohung. Insbesondere natürlich eine Kritik, die diese Verhältnisse als nicht-sozialistisch angreift. – 2. Aufforderung zum „*Widerstand*" gegen die staatliche oder gesellschaftliche Ordnung der DDR. – 3. „*Diskriminierung*" von „*Repräsentanten oder anderen Bürgern der DDR*"(?!) sowie „*Diskriminierung*" der „*Tätigkeit staatlicher oder gesellschaftlicher Organe oder Einrichtungen*". Nicht nur die Kritik an den G e s a m t-verhältnissen der DDR wird also mit Strafe bedroht, sondern auch kritische Äußerungen gegen die Tätigkeit sämtlicher Staatsorgane und Staatsfunktionäre. Gerade w e i l der Begriff der „Diskriminierung" beliebig interpretierbar ist, kann mit dieser Strafandrohung j e d e Kritik von vornherein eingeschüchtert werden. – 4. Verherrlichung des Faschismus oder Militarismus. (Die also strafrechtlich mit sonstiger Kritik an den gesellschaftlichen etc. Verhältnissen, Organen, Funktionären etc. auf eine Stufe gestellt wird).

Strafmaß: Ein Jahr bis fünf Jahre.

Strafverschärfend wird gewertet, wenn zu den unter 1 bis 4 genannten Delikten westliche Medien benutzt (beispielsweise „diskriminierende" Kritik im „Spiegel" veröffentlicht) oder wenn diese Delikte „*im Auftrag derartiger Einrichtungen*" begangen werden.

Strafmaß in diesem Fall: Zwei Jahre bis fünf Jahre.

II.

§ 107, „**Staatsfeindliche Gruppenbildung**". Dieser Paragraph stellt Gruppen und Organisationen unter Strafandrohung, „*die sich eine staatsfeindliche Tätigkeit zum Ziel setzen*".

Das Strafmaß: Zwei bis acht Jahre für bloße Mitgliedschaft; drei bis zwölf Jahre für die Bildung oder Leitung einer solchen Gruppe oder Organisation.

Dieser Paragraph richtet sich natürlich auch gegen all das, was im DKP-Jargon als „Chaoten" gilt („*Maoisten, Anarchisten, Trotzkisten*" etc.), ebenso wie gegen jede andere Gruppenbildung, die mit dem „realen Sozialismus" nicht übereinstimmt.

III.

§ 108, „**Staatsverbrechen, die gegen ein anderes sozialistisches Land gerichtet sind**". „*In Verwirklichung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus*" schreibt dieser Paragraph vor, daß die Bestimmungen des politischen Strafrechts der DDR ebenso anzuwenden sind, wenn es sich um politische Delikte gegen ein a n d e r e s „sozialistisches" Land handelt. Das heißt z.B., daß nach § 106 („Staatsfeindliche Hetze") auch kritische Äußerungen gegen die Sowjetunion, gegen Breschnew, gegen die sowjetischen Truppen in der DDR usw. usf. zu bestrafen sind.

IV.

§ 96, „**Hochverrat**". Dieses besonders schwere Geschütz j e d e r politischen Strafgesetzgebung bezieht sich auf „*schwerste Staatsverbrechen*", die „*unmittelbar*" (??) auf die Beseitigung der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichtet sind. Dieses schwere Kaliber könnte z.B. gegen oppositionelle Gruppen eingesetzt werden, die die DDR als neue Klassengesellschaft ansehen und für revolutionäre Veränderungen im Sinne des Marxismus-Leninismus eintreten.

Strafmaß: Mindeststrafe ist zehn Jahre. Es kann in „schweren Fällen" bis zur Todesstrafe gegangen werden.

Leserbriefe zur Konzeption des ARBEITERKAMPF



Wir sollten nicht, wie es teilweise anklang, den AK zusammenkürzen und einen Teil der Inhalte einzig in Broschüren veröffentlichen und die ideologische Auseinandersetzung in UW führen. Aus den Verkaufszahlen ergibt sich doch, daß der AK eine Stammleserschaft hat, die den AK als aktuelle und archivierte Arbeitsgrundlage benutzt. Nur durch das regelmäßige Erscheinen des AK können wir uns ein Wissen aneignen, das es uns ermöglicht, auch zu Tagesthemen fundiert fortschrittliche Positionen einzunehmen und zu vertreten. Selbstkritisch muß allerdings angemerkt werden, daß alle für den AK Schreibenden sich abgewöhnen sollten, weiterhin gekonnte Polemik durch Phrasen und offene Dummheiten zu ersetzen (dauernde Verächtlichmachung der ML-Gruppen; Vorwurf an H.-J. Klein, den Namen des arabischen Landes nicht genannt zu haben, von dem aus terroristische Aktionen geplant würden; usw.) Ich werde in meinem Vertrauen an den Wahrheitsgehalt von Artikeln erschüttert, wenn in Zukunft solche wie der Klein-Bericht erscheinen, und ich kenne mehr Genoss/inn/en, denen es ähnlich geht.

Der AK wird schlechter und schlechter verkauft und es ist an der Zeit zu fragen: deshalb schlechter, weil massenfeindlich? Ganz offensichtlich versagt der AK als „kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator" (Lenin). Dieses Versagen läßt sich bei richtigem Lesen von „Womit beginnen?" leicht erklären: Lenin begründet die Richtigkeit und Notwendigkeit einer politischen Massenzeitung damit, daß „in der russischen Arbeiterklasse ständiges Interesse für politisches Wissen" bestehe; Lenin spricht von „Massenbedarf, davon, daß „die Herausgabe einer politischen Zeitung eine Sache" sei, der „das Proletariat durchaus gewachsen" sei. Gut. Dann wissen wir von Lenin, daß in der Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung lange Jahre „ökonomische Enthüllungen" neben der für jeden spürbaren Unterdrückung die entscheidende Rolle gespielt haben, den Unterdrückten ihre Feinde genau bewußt zu machen. - Fragen eines Lenin-Lesenden: Wer hat in der BRD „ständiges Interesse" für politisches Wissen? Besteht „Massenbedarf" nach einer politi. Notwendigkeit für eine politische Zeitung zu schaffen?

Es reicht natürlich nicht aus, jetzt resigniert festzustellen, dieser oder jener Ansatz war falsch, sondern wir müssen analysieren, was warum falsch war, um es zu berichtigen, was warum richtig war, um es weiterzuentwickeln. Um eine solche Analyse marxistisch durchzuführen, ist die Schulung der Klassiker, speziell Lenins und Maos notwendig, aber eine s c h e m a t i s c h e Übertragung von deren Ergebnissen

se marxistisch durchzuführen, ist die Schulung der Klassiker, speziell Lenins und Maos notwendig, aber eine s c h e m a t i s c h e Übertragung von deren Ergebnissen

muß v e r m i e d e n werden, weil diese Ergebnisse sich unterscheiden in die allgemeiner Gültigkeit und die historisch bedingter, nur konkreter Richtigkeit. - Klingt ja sehr abgehoben und theoretisch. Also: den Schwerpunkt bei Lenin und Mao bilden nicht die theoretischen Ausführungen, sondern die soziologisch-politisch geprägte Gesellschaftsanalyse, die Untersuchung der Beziehungen der einzelnen Klassen zueinander, des unterschiedlichen Verhaltens verschiedener Klassen auf wechselnde Entwicklungen. Selbstverständlich müssen die politischen Schritte des Staates dabei berücksichtigt werden, aber deren Analyse allein ist völlig unzureichend. Wir müssen vielmehr untersuchen, wie die Klassen auf solche Initiativen des Staates reagieren, wovon sie geschädigt, wovon sie gestarkt werden. Neben der objektiven ist die subjektive Schädigung sehr wichtig: der Abbau der Verteidigerrechte, der Ausbau des Polizeiapparats sind objektiv gefährlicher als z.B. die Zerstörung lokaler Grünanlagen, doch letzteres b e t r i f f t mehr Menschen, läßt sie aktiv werden in einem Ausmaß, daß sie sich auch gegen die von ihnen gewählte bürgerliche Partei stellen. Für das Untersuchen all dieser Erscheinungen dürfte die Lektüre aktueller fortschrittlicher Soziologie fruchtbarer sein als Maos Analyse der chinesischen Bauernschaft.

Um die angeschnittenen Teilinteressen aufgreifen zu können, sind lokale Zeitungen notwendig, an denen Kommunisten und Demokraten gleichberechtigt mitarbeiten. Manche/r mag einwenden, daß es unsere Aufgabe gerade sei, den Marxismus weiter im Volk zu verankern, was durch solche Bereichszeitungen nicht möglich sei. Aber: wollte ernsthaft jemand bestreiten, daß 50.000 verkaufte BL-Zeitungen uns weiter voranbringen als 15.000 verkaufte AKs? Zudem steht beides nicht alternativ gegenüber! Mir klingt der Vorwurf des Opportunismus in den Ohren und mir ist tatsächlich für die Praxis unklar, wie es sich bei solcher Konzeption vermeiden läßt, nur noch den spontanen Interessen des Volkes hinterherzueilen und keine Perspektive anzubieten. Ich stelle mir vor, daß wir durch Untersuchung der Bedürfnisse der Massen herausarbeiten, daß wir systematisieren und dann Ideen des Volkes zusammengefaßt wieder ans Volk zurückgeben. Das Scheinproblem Kader- oder Massenorganisation läßt sich bei solchem Vorschlag schnell abhandeln: die kommunistische Organisation kann nicht beides sein, sie m u ß es! Kader ist jene/r, die/der ins Volk geht, systematisiert, den Gedanken eine Perspektive gibt und diese verbreitet. Dies ist zugleich im tiefsten Sinne massenorientiert.

Wenn ich im Rundbrief lese, daß „kommunistische Arbeit auch heute die befriedigendste, befreiendste, schönste Sache von der Welt" sei, graust mir vor soviel Linksradikalismus und Abgehobenheit. Ich kenne zuviele Genoss/inn/en, die nach Terminen so befriedigt sind, daß sie saufen, kiffen. Gerade der Alkoholkonsum ist bei Genoss/inn/en sehr hoch, und ich bin mir sicher, daß die Ursache dafür in einer Unbefriedigtheit liegt, die nicht durch das Besuchen des nächsten Termins aufgelöst wird. Aus Erfahrungen kann ich behaupten, daß der Drogenkonsum meist mit dem Steigen zwischenmenschlicher Wärme und Zärtlichkeit abnimmt. Das Gefühl von Befreiung, von Emanzipation haben die Genoss/inn/en in Beziehungen: immer dann nämlich, wenn bürgerliche Strukturen der Psyche überwunden wurden, wenn durch harte A r b e i t an uns selber, durch Kampf gegen den Kapitalismus in uns dieser ein Stück zurückgedrängt wurde. Ich habe manchen Termin für diesen „Psychokram" ausfallen lassen, hatte manchmal ein ungutes Gefühl dabei, aber letztlich liegt darin die Ursache für meine Befriedigung, die mir Kraft und die notwendige Sensibilität (p e r s ö n l i c h e B e t r o f f e n h e i t) für meine politische Arbeit gibt. Deshalb heißt für mich Disziplin nicht, immer auf jeden Termin zu gehen, sondern die Genoss/inn/en über meine Schwierigkeiten zu informieren, ihnen zu sagen, daß ich mal ein, zwei Wochen kürzertrete, um mit mehr Elan weiterzuarbeiten.

Da unsere politische Arbeit die Genoss/inn/en in Unbefriedigtheit, Alkohol und Alternativen der Sorte privat/politisch beläßt, müssen wir überprüfen, ob unsere Ansprüche und Ziele der Realität überhaupt gerecht werden, ob wir eine E r k e n n t n i s d e r R e a l i t ä t haben. Nur dann könnten wir unsere Ziele nämlich als erreichbare abstecken, würden als Organisation, wie als einzelne illusionslose Politik betreiben, an „den konkreten Bedingungen der Gegenwart" orientierte. Erreichte Ziele verschaffen Befriedigung, bereiten Freude, lassen die Arbeit als schön erscheinen. Dies hätte zur Folge, daß die Genoss/inn/en gar nicht in einen Widerspruch privat/politisch gerieten, weil sie selbstverständlich das Befriedigende machen würden. Solange aber im politischen Bereich zu hohe Zie-

nicht in einen Widerspruch privat/politisch gerieten, weil sie selbstverständlich das Befriedigende machen würden. Solange aber im politischen Bereich zu hohe Zie-

le gesteckt werden, die intellektuelle Verarbeitung mehr als die persönliche Betroffenheit zur Politik führt, objektive Bedingungen nichts, der Wille der Genoss/inn/en alles bedeutet, wird der persönliche Raum immer der angenehmere, erstrebenswertere sein.

cos. aus Soltau



Liebe Genossen,
ich möchte kurz zur Diskussion um die Gestaltung des AK Stellung nehmen. (...)

Ich bin Student und nicht Mitglied des KB. Meine Erfahrungen beruhen daher in urster Linie auf Gesprächen mit Studenten, Schülern usw. Arbeiter mögen andere Erfahrungen gemacht haben.

Selbst politisch interessierte Leute und Leute, die selbst aktiv sind – z.B. zu Demonstrationen gehen – zeigen oft geringes Interesse am AK. Obwohl ich einer ganzen Reihe gelegentlich mal einen AK verkauft oder geschenkt habe, ist davon bisher keiner zu einem regelmäßigen AK-Leser geworden. Es besteht zwar sehr oft ein Interesse an Informationen, und politische Themen werden engagiert beredet, aber der AK kann sich als Informationsquelle nicht durchsetzen.

Dies hat m.E. nicht objektive Ursachen, sondern liegt an der Gestaltung des AK. Verbesserungen sind sowohl formal als auch inhaltlich notwendig. Zuerst zur f o r m a l e n Seite.

Bei Gesprächen über den AK wurde stets positiv der relativ lockere Stil hervorgehoben. Man merkt, daß der AK von Leuten geschrieben wird, die sich nicht ausschließlich mit der Exegese von Klassikertexten beschäftigen, sondern praktisch politisch tätig sind. Dies sollte beibehalten werden.

Nun einige Verbesserungsvorschläge. Den Leserbrief von Lutz aus Hamburg (AK 137) finde ich richtig. Seinen Ausführungen würde ich mich anschließen. Außerdem finde ich, daß der Titel „Arbeiterkampf" geändert werden sollte. Er ist irgendwie zu dramatisch und schreckt mit Sicherheit von vornherein viele Leute vom Kauf ab. Zudem ist der Titel sachlich ja falsch. Es wird bekanntlich nicht allein über Kämpfe berichtet, sondern auch über Kultur, Sexualität usw. Zudem wird nicht nur über Arbeiterkämpfe berichtet, sondern ebenso über Kämpfe der Studenten usw. Die ganze Gestaltung des AK ist darauf ausgerichtet, nicht ausschließlich Arbeiter anzusprechen, sondern „.... jeden auf unserer Seite der Barrikaden aktiven Menschen" (AK 137, S. 43). Dem sollte auch im Titel der Zeitung Rechnung getragen werden. Besser wäre ein Name wie z.B. „ROT" o.ä..

Wie auch von anderen Lesern schon geschrieben wurde, sind die Artikel oft schwer verständlich. Man merkt, daß sie unter Zeitdruck geschrieben wurden. Manchmal geht in Details der Kern der Sache verloren. Man muß den Artikel zweimal lesen um durchzublicken.

Am übelsten ist aber die Unübersichtlichkeit der Zeitung. Es ist ganz unmöglich, den AK vollständig zu lesen. Der Leser ist im Allgemeinen daran interessiert, die wichtigsten Sachen rauszusuchen. Es ist aber der formalen Gestaltung überhaupt nicht zu entnehmen, ob ein Artikel grundsätzlich wichtig ist, oder vielleicht nur für begrenzte Gruppen hohe Wichtigkeit hat. Z.B. unterscheiden sich die Artikel „Regierungswechsel in Portugal ..." (AK 136, S. 26) und „Kampf der 'illegalen' Marrokaner gegen ihre Ausweisung" (AK 137, S. 28) in der Aufmachung überhaupt nicht, nur daß letzterer doppelt so lang ist. Ich halte allerdings den Regierungswechsel in Portugal für sehr wichtig, während man über den Kampf der Marrokaner in den Niederlanden nicht unbedingt informiert sein muß. Es ist aber für Leser, die keine bürgerlichen Zeitungen nebenher lesen, ziemlich schwierig einzuschätzen, welche Sachen sehr wichtig sind und welche man bei Zeitmangel überschlagen kann. Die formale Gestaltung sollte hier Hilfestellung leisten. Die wichtigsten Sachen sollten an den Anfang des Internationalismusteil gestellt werden, dickere Überschriften bekommen usw. Außerdem sollte jedem Artikel eine Inhaltsangabe vorangestellt werden, wie in bürgerlichen Zeitungen üblich.

Außerdem solltet ihr unbedingt für jeden AK ein Inhaltsverzeichnis erstellen. Andernfalls geht dem Leser in der Flut der Artikel völlig der Überblick verloren.

Nun zum I n h a l t.

Die Unübersichtlichkeit entsteht natürlich auch durch den großen Umfang der Zeitung. Gerade vom Internationalismusteil sollten viele Sachen nur in der „In-

Die Unübersichtlichkeit entsteht natürlich auch durch den großen Umfang der Zeitung. Gerade vom Internationalismusteil sollten viele Sachen nur in der „In-

ternationale" abgedruckt werden und im AK nur die wichtigsten Sachen erscheinen. Die Rubrik „ML-Szene/Westdeutsche Linke" lese ich am liebsten. Aber für die meisten Leser ist sie sicherlich unverständlich und unwesentlich. Sie sollte besser in der Zeitung „Unser Weg" erscheinen. Das sind doch meist nur für Insider interessante Informationen. Was nun den Teil „Betrieb und Gewerkschaft" betrifft, so muß ich zugeben, daß ich ihn fast immer überschlage. Hier finden sich sehr oft Informationen, die zwar für einen bestimmten Betrieb oder für eine bestimmte Gegend sehr wichtig sein mögen, aber bezogen auf die gesamte BRD von relativ geringer Bedeutung sind. Nehmen wir z.B. das Ausschlußverfahren gegen einen ÖTV-Funktionär in Kiel. Sicher ein Fall, der in der ÖTV-Kiel Diskussionen auslöst. Hier im Ruhrgebiet kümmert sich aber kaum einer darum. Das wäre bei der Menge der Ausschlußverfahren auch unmöglich. Die große räumliche Entfernung verhindert, daß unmittelbare Betroffenheit entsteht.

Anders ist es, wenn der AK über Betriebsschließungen und ähnliche Fälle in unserer Gegend berichtet. Über solche Fälle informiert zu sein, halte ich für durchaus wichtig. Sie können in der regionalen Politik eine so große Bedeutung haben, daß z.B. regionale Demonstrationen o.ä. entstehen können. Ähnliches gilt für den Antifa-Teil. Ob sich in einem südbayrischen Dorf die Faschisten versammeln, ist für mich von relativ geringer Bedeutung. Etwas anderes ist es, wenn eine solche Versammlung an meinem Wohnort geplant ist. Denn hier besteht für mich die Möglichkeit zu aktivem Eingreifen.

Man könnte einwenden, daß auch die Kenntnis solcher Detailmeldungen wichtig ist, denn sie verhilft dazu, Entwicklungen und Tendenzen zu erkennen. Dieser Einwand wäre dann richtig, wenn sich die Leser die Mühe machen würden, tatsächlich auch alle Meldungen zu lesen. In diesem Fall bliebe ihnen dann jedoch kaum noch die Zeit, praktisch in das politische Geschehen einzugreifen. Ich bin sicher, daß die meisten Leser ganze Rubriken im AK einfach überschlagen. Hierbei gehen ihnen dann auch solche Meldungen verloren, die für sie von Wichtigkeit sind.

Meldungen, die im Wesentlichen regionale Bedeutung haben, sollten in einem Regionalteil zusammengefaßt werden. Die Regionalmeldungen aus allen Bundesländern sollten regelmäßig von einem Mitglied der Redaktion hinsichtlich Entwicklungstendenzen usw. ausgewertet werden. Diese Auswertung sollte sich dann in einem Artikel niederschlagen, der im überregionalen Teil erscheint.

Am Besten wäre es, den Regionalteil in Form einer Beilage (vergl. etwa KVZ) jeweils nur d e n AKs beizufügen, die in dem entsprechenden Bundesland verkauft werden sollen. Wenn das aus technischen Gründen nicht möglich ist, sollten zumindest eigene Rubriken für die jeweiligen Bundesländer eingerichtet werden, in denen alle das Bundesland betreffende Regionalmeldungen zusammengefaßt sind. Hierdurch kann ich mir dann leicht die Regionalmeldungen aus NRW heraussuchen, die aus Bayern jedoch überschlagen. Durch diese Änderungen würde der AK von solchen Meldungen entrümpelt, die für die Masse der Leser uninteressant sind und die Zeitung langweilig machen.

Anstelle dessen würde ich vorschlagen, z.B. mehr Sachen im kulturellen Bereich zu bringen. D.h. z.B. Besprechung von wichtigen Büchern, oder von solchen Büchern, die zu Bestsellern geworden sind und somit im Gespräch sind. Das gleiche gilt für Filme, die irgendwie wichtig sind und Interesse wecken. Gut war auch in einem der letzten AKs der Bericht über Punkmusik in London.

Sehr gut finde ich am AK die weitgehend realistische und objektive Darstellung der Sachverhalte. Dies ist eins der sehr positiven Elemente am jetzigen AK und sollte unbegingt beibehalten werden. Die Realität sollte auch in der Zeitung richtig wiedergegeben werden, auch wenn das manchmal bitter ist. UZ und KVZ bieten abschreckende Beispiele, wie man es nicht machen sollte. Nur eine richtige Einschätzung der Realtität ermöglicht es, richtige und erfolgversprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Gut ist auch das ausführliche wörtliche Zitieren von anderen Standpunkten. Sowas ist meines Wissens bei keiner anderen deutschen Zeitung üblich. Aber nur dadurch kann sich der AK-Leser davon überzeugen, daß die Kritik an einem bestimmten Standpunkt auch richtig ist oder ob gegen Pappkameraden gekämpft wird.

Soviel erstmal. Ich hoffe ein bischen dazu beigetragen zu haben, daß der AK noch besser wird und vor allem endlich mal von einem nennenswerten Teil der Bevölkerung gelesen wird.

Mit freundlichem Gruß ...

Paul (Essen)

Mit freundlichem Gruß ...

Paul (Essen)



Entgegen dem Genossen aus Braunschweig (AK 136) bin ich der Meinung, daß sich der AK nicht in erster Linie „an das breite Potential der Frauen und Männer wenden (sollte), denen die Widersprüche des Systems bewußt sind, die aber noch nicht politisch arbeiten, bzw. noch nicht in kontinuierlichen Diskussionszusammenhängen stehen". Der AK muß vor allem den fortgeschrittensten Standpunkt an die bewußtesten Kräfte herantragen, in diesem Sinne die politische Isolation aufheben und die „durch sie entstandene latente Unsicherheit", die der Genosse aus dem Knast beschreibt, die aber eben auch „in der Freiheit" besteht.

Diese bewußtesten Kräfte sind natürlich ein relativer Begriff, aber es muß das an Klarheit auf den Tisch kommen, was wir kollektiv, d.h. als Ergebnis von Diskussionsprozessen zu der jeweiligen Frage in der Lage sind herauszuarbeiten. Und wenn die meisten Artikel die Information vor Agitation und Propaganda stellen und nur unkommentierte Fakten aneinanderreihen, wie die Braunschweiger schreiben, ist dies meines Erachtens auch ein Ausdruck dessen, daß eine Großzahl der Artikel individuell aus vielerlei Zeitungsschnipseln am grünen Schreibtisch entstehen und nicht Ausdruck von kollektiver Diskussion und Einschätzung sind.

Der AK sollte einem doch die Möglichkeit geben, seinen Standpunkt über bestimmte Arbeitsbereiche hinaus, in denen frau/man gerade arbeitet zu bestimmen und den Zusammenhang zur Gesamtstrategie von Arbeiterklasse bzw. Bourgeoisie herzustellen. So kann durch Einsicht Kraft freigesetzt werden; eine analysierte Niederlage enthält in sich die Bedingungen, die Fehler nach vorne zu überwinden – nach dem guten alten Prinzip „Eins teilt sich in Zwei", während eine dumpf empfundene nicht analysierte Niederlage bzw. ein fälschlich als Niederlage eingeschätzter Erfolg in Resignation, Depression und Migräne führt und die Widerstandskraft lähmt.

Dabei müssen im AK deutlicher als bisher die jeweiligen politischen Schwerpunkte herausgearbeitet werden, aufgrund derer jeder die Schwerpunkte seiner persönlichen Arbeit setzen kann.

So geschrieben kann der AK dann natürlich auch Leute ansprechen, die noch nicht politisch arbeiten; die Fülle der Einzelfakten kann nämlich durchaus verwirrender sein, während eine gute Analyse nicht unverständlicher, sondern klarer zu verstehen sein kann. Zur Zeit können eh nur Profis (zumindest in die internationalen) Artikel „reinspringen", weil der Einstieg in Form von abstrahierter Faktenzusammenschau („Was bisher geschah") nicht gegeben wird. So wird der AK durch das „wie" erdrückend, denn er geht oft eher in die Breite als in die Tiefe. Dabei bin ich andererseits durchaus nicht dafür, die Breite des Themenspektrums zu begrenzen, weil man/frau unterschiedliche Leute eben an unterschiedlichen Fragen interessieren und aktivieren kann. Spezialbroschüren für Insider bzw. Leute, die nur oder vor allem an einer Frage angesprochen werden, können als Ergänzung dienen. Den AK ersetzen können solche Spezialbroschüren freilich nicht, wie es manche Genossen fälschlicherweise meinen, die – vielleicht zu früh von zuviel überfordert – sich vom „Ballast" all der Bereiche, in denen sie nicht aktiv sind, überrollt sehen. So ein Konzept wäre die Wiederspiegelung der Linie in der Zeitungsarbeit, den KB in der Massenbewegung aufgehen zu lassen – der Verzicht auf den Versuch einer Zusammenschau, d.h. auf einen alle Bereiche umfassenden kommunistischen Standpunkt.

Ich plädiere für eine regelmäßige Schulung am AK, für deren gründliche Vorbereitung allerdings jeder Genosse Zeit haben muß, soll dabei nicht Geschwätz herauskommen. Ein Überblick schaffendes Inhaltsverzeichnis wäre dabei förderlich, zumal wenn man auf weiter zurückliegende Artikel zurückgreifen muß. Ich habe so manches mal statt zu lesen, AK um AK durchgeblättert. Es nützt nichts über ausbleibende Stellungnahmen zu den Artikeln zu lamentieren, sondern der „Rücklauf" muß kollektiv organisiert werden. Im Selbstlauf kommen natürlich nur Stellungnahmen über Themenbereiche, die uns nun mal im Kapitalismus immer wieder als die wichtigsten angeboten werden (persönliche Beziehungen etc.), schließlich wird ja an uns tagtäglich ideologisch gesägt, je verankerter wir in den „Massen" sind, umso mehr. Anders wird die Kluft zwischen möglicher Klarheit und dem, was der einzelne tatasächlich im Kopf hat, immer größer.

Waltraud, Hamburg

dem, was der einzelne tatasächlich im Kopf hat, immer größer.

Waltraud, Hamburg

Im Großen und Ganzen möchte ich c Stellungnahme des AK-Redakteurs aus AK 137 zustimmen, soweit sie sich auf die Konzeption des AK bezieht. Meine Erwartungen und davon ausgehend meine Beurteilung des AK sind nicht zu trennen von meiner politischen Situation. Ich bin in keiner Organisation und hege auch wenige Sympathien für irgendwelche politische Organisationen gleich welche Couleur. Meine politischen Vorstellungen bewegen sich in der Nähe von libertären Ideen, allerdings bin ich mir über verschiedene Fragen noch nicht im Klaren (was sich auch auf andere Bereiche bezieht). Ich lese den AK seit etwas mehr als zwei Jahren regelmäßig. Begonnen habe ich deshalb damit, weil mir der AK als eine (wenn nicht gar die) informativste Zeitschrift in der westdeutschen Linken erschien. Seit etwa der gleichen Zeit lese ich auch den ID regelmäßig. Das gibt natürlich zum Teil Überschneidungen, andererseits aber eine wichtige gegenseitige Ergänzung und Korrektur (bedingt in der Hauptsache durch verschiedene politische Standpunkte). Kurz gesagt: ich möchte keine von beiden Informationsquellen vermissen. Was erwarte ich also vom AK?

Die umfassende Information über hauptsächlich folgende Bereiche: Antifa, Klassenjustiz, Faschisierung, Anti-Repressionsarbeit, westdeutsche Linke usw.

Außerdem globale Einschätzungen, die nicht nur reine Faktensammlungen sind, sondern auch politische Bewertungen enthalten. Ebenso die Meinung des KB zu wichtigen innen- und außenpolitischen Themen.

Bisher hatte der AK diese meine Erwartungen zum größten Teil erfüllt, was nicht bedeutet, daß ich in Allem mit dem KB konform gehe, eher bin ich in vielen Fragen anderer Meinung als der KB, aber die Lektüre des AK dient mir auch als ein Mittel der Korrektur, Überprüfung und des Ausbaus meiner Standpunkte zu verschiedenen Problemen.

Unbedingt wichtig ist für mich also die Beibehaltung des informativen (Fakten-) Materials u n d der politischen Einschätzungen. Ebenso bin ich für die Beibehaltung des manchmal so schön ironischen und bissigen Stils, der von B. aus Frankfurt kritisiert wird (AK 137). Das macht den AK z.T. erst lesenswert, weil er dadurch nicht so todernst ist wie manch andere Zeitung.

Einen Vorschlag möcht ich noch machen: Überlegt doch mal, ob ihr den AK nicht wöchentlich herausbringen könnt. Das würde ihn wahrscheinlich aktualisieren, im Umfang verkleinern, nicht im Format, aber in den Seitenzahlen, und wieder billiger machen. Natürlich müßte inhaltlich der Info-Teil gleich bleiben oder eventuell könnte er dadurch besser werden.

Wie gesagt, der AK ist für mich eine wichtige Informationsquelle, und ich hoffe, daß er das auch in Zukunft bleibt. Macht weiter so.

Mit schwarzroten Grüßen ...

Horst, Frankfurt



Im folgenden möchte ich auf den Leserbrief des Genossen Lutz aus dem Hamburger Kulturbereich eingehen.

Du schreibst, daß der AK zur Zeit die beste linke Zeitung ist. „Die Informationen sind selbst für manchen Sozialdemokraten und Liberalen eine unentbehrliche Grundlage seiner politischen Arbeit". Als Gegenvorschlag sagst Du sinngemäß unter Punkt 2 zusammengefaßt: nicht alle Informationen mehr bringen, längere Artikel nur zu aktuellen Ereignissen, „Spezialfragen" ab in die Borschüren und im AK ein kleiner Hinweis auf die Broscnüre.

Das widerspricht sich doch schon selbst. Nicht nur für uns, sondern auch für die von Dir angesprochenen Demokraten ist doch gerade die F ü l l e von Informationen das, warum der AK für sie so unentbehrlich gewesen ist. Was sollen denn diese Menschen mit einer Handvoll Informationen und ein paar klugen Sprüchen anfangen?

Du sprichst von den Erfahrungen mit der Bunten-Liste Zeitung, daß die hohen Verkaufszahlen im w e s e n t l i c h e n aufgrund eines veränderten Erscheinungsbildes unserer Inhalte zustande kam.

Es ist doch wirklich einfach einzusehen, wenn man AK und Zeitungen von der Bunten Liste nebeneinanderlegt, daß sie nicht die gleichen Inhalte vermitteln. Nur als Beispiel, die Auseinandersetzung um den „Prager Frühling - Konterrevolution?" oder „Kinder in Eritrea" oder „Kommunisten und Wahlen". Aber solche Fragen willst Du wohl in Zukunft gern als „Spezialfragen" behandelt wissen?

Ganz abgesehen davon, finde ich es anmaßend von Dir, gegenüber den nichtkommunistischen Kräften in der A k t i o n s e i n h e i t Bunte Liste und nicht zuletzt auch gegenüber Deinen Genossen zu behaupten, Bunte Liste und KB hätten „nahezu unveränderte Inhalte". Es ist doch nicht von ungefähr, daß im Programm der Bunten Liste nichts von Sozialismus, nichts von gewaltsamer Abschaffung dieses Systems drinsteht.

Meiner Meinung nach hatte das große Interesse an der Bunten-Liste Zeitung in erster Linie ganz andere Gründe als Du sie siehst (in der besseren Verpackung der Inhalte), nämlich, daß erstmals in

lismus, nichts von gewaltsamer Abschaffung dieses Systems drinsteht.
Meiner Meinung nach hatte das große Interesse an der Bunten-Liste Zeitung in erster Linie ganz andere Gründe als Du sie siehst (in der besseren Verpackung der Inhalte), nämlich, daß erstmals in

Hamburg eine wirkliche Alternative zur Wahl stand, daß die Menschen sich ganz einfach über das Neue informieren wollten. Und in diesem Rahmen stimme ich Dir auch zu, daß die Bunte Liste durch ihre Aktionen und auch von der Form her die Menschen angesprochen hat. Wichtig für den besseren Verkauf ist bestimmt auch, daß die Genossen mit viel mehr Elan Bunte-Liste-Zeitungen verkauft haben, als vergleichsweise den AK.

Du schreibst: „Warum uns selbst Steine in den Weg legen?", „warum sollten wir dem vorherrschenden Antikommunismus in den Köpfen der Menschen Vorwände geben?". Als „Gegenvorschlag" willst Du u.a. auch die „heiligen Kühe", wie Du es nennst, den Namen unseres Zentralorgans und unser Zeichen opfern.

Auch da machst Du meines Erachtens Fehler. Es genügt doch heute bei bestimmten Kollegen, die noch reichlich antikommunistischen Müll im Kopf haben, die simpelsten demokratischen Fragen zu stellen, und sie kommen mit dem Spruch: „Bist' wohl Kommunist?". Da kannst Du unsere Zeitung bzw. unsere Inhalte noch so gut verkleiden, letztlich machen es die Inhalte doch. Außerdem erinnert mich das an den Haarerlaß und den Proletkultkitsch in linken Organisationen. Hat das vielleicht die Auflage gesteigert?

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob man den Antikommunismus nicht doch am besten dadurch bekämpft, daß man „besonders kommunistisch" auftritt. Das muß ja nicht, und ist auch nicht mit dem Auftreten dieser selbsternannten Avantgarde-Häuptlinge der „ML"-Szene zu verwechseln. (...).

Zum Schluß schreibst Du: „So wird der AK dünner und trotzdem informativer (lesbarer)". Diese Gleichstellung – informativer gleich lesbarer – ist doch ein Trugschluß. Lesbarer finde ich Comix statt wissenschaftliche Abhandlungen. Dieselben Auseinandersetzungen gab es doch auch schon in der Vergangenheit. Warum beziehst Du die in Deine Untersuchungen nicht mit ein? Zur Erinnerung: 1917 beschloß das ZK der Bolschewiki eine zweite Zeitung neben dem Zentralorgan „Prawda", die „Narodnaja Prawda", als populäres Blatt für breitere Teile der Bevölkerung zu schaffen. Ebenso die alte KPD, die mit der „AIZ" ebenfalls breitere Teil erreichen wollte.

Was Du ebenfalls überhaupt nicht bei Deinen Überlegungen bedacht hast, ist für wen schreiben wir eigentlich den AK in der heutigen Situation? Dazu gibt es von uns bestimmte Positionen (übrigens auch von Lenin). Wir haben das unter der Parole „Das bewußte Element stärken" getan, deren Unrichtigkeit Du mit keinem Satz belegst.

P.S.: Um in Deiner Logik zu bleiben, warum geben wir als Zentralorgan des KB nicht eine Zeitung, vergleichbar mit „spontan" heraus?

Trotzdem, mit solidarischen Grüßen...

Ferdi (Hamburg)



Von einer Minderheit der Genoss(inn)en unseres Bereiches wurde die Meinung des AK-Redakteurs geteilt. Mit folgenden Argumenten:

- Ein großer Teil der AK-Leser hat Interesse an bloßer Information, da er sie woanders nicht herbekommt. Dieser Teil ist auf eine Einschätzung vom KB nicht scharf.
- Viele Artikel sprechen für sich (Antifa).
- Bei vielen Sachen, wie z.B. Frauen, kann noch keine Einschätzung gegeben werden, weil die Untersuchungsarbeit noch nicht weit genug fortgeschritten ist.
- Die „Spezialisten" müssen auch befriedigt werden, ihnen dürfen keine Details vorenthalten werden, da sie für viele Genossen wichtig sind, die in den verschiedenen Bewegungen (Frauen, AKW, Antifa...) wichtig sind.

Diesen Positionen wurde von der Mehrheit in unserem Bereich entgegengehalten:

1. Die Forderung nach einem Ausbau des Nachrichtensystems im AK läuft darauf hinaus, die Zeitung noch dicker zu machen.
2. Einfache Meldungen ermöglichen keine Einschätzung, weil der historische Hintergrund fehlt. Der AK ist ein Propagandaorgan, d.h. er verbreitet eine Meinung. Um nur Informationen zu bekommen, kann man sich auch den „Spiegel" oder ähnliches kaufen.
3. Daß die Untersuchungsarbeit ausgebaut werden muß, ist unumstritten. Ziel muß es sein, die ganze Organisation in diese Arbeit miteinzubeziehen. Die Differenz zwischen uns und dem AK-Redakteur liegt lediglich darin, daß wir der Meinung sind, daß es nicht ausreicht, die Informationen nur zu veröffentlichen, sondern daß man sie erstmal sammeln muß, um sich eine Einschätzung zu erarbeiten und dann eine P o s i t i o n veröffentlicht, die mit F a k t e n b e l e g t wird.
4. Richtig ist, daß einige Informationen, wie z.B.: die Hansa-Bande trifft sich irgendwo, sofort veröffentlicht werden müssen.
5. Im AK muß jeder alles lesen können, d.h. er darf nicht ausschließlich auf linke Kreise ausgerichtet sein. Gestrichen werden müssen die Artikel, die sich hauptsächlich an Spezialisten wenden. Für sie kann man gesonderte Broschüren zu wichtigen Themen herausgeben.

Phil. und Mat-Nat. Bereich des SSB Hamburg



Ich meine auch, daß zunächst die Schulung der schreibenden und korrespondierenden Genoss(inn)en und nicht nur deren Schulung ein wichtiger Schritt zur Erreichung eines strafferen politisch-redaktionellen Konzepts ist. Meiner Meinung nach müßte bereits angesetzt werden bei der Abfassung von Berichten, wie sie aussehen sollen und was sie beinhalten müssen, um eine Arbeitsgrundlage für uns zu bilden, und welchen Stellenwert sie in unserer Arbeit haben.

Über diesen Ansatzpunkt besteht auch die Möglichkeit, Genoss(inn)en für das Auswerten und Analysieren von Informationen und das Schreiben von Flugblättern und Artikeln zu qualifizieren. Und diese Qualifikation ist meines Erachtens für alle von uns erstrebenswert, sie ist Teil unserer Emanzipation.

Einhergehend hiermit sollten für die Genoss(inn)en die Bedingungen der AK-Erstellung offengelegt werden, um daraus den Anspruch an termingerechte Abfassungen, zumindest für den Großteil der Artikel, abzuleiten.

Unter diesen Voraussetzungen wird eine gezieltere Bearbeitung der Artikelmanuskripte durch die Redaktion erleichtert und gibt auch daher die Möglichkeit, zusammenfassende Analysen in der Redaktion zu erstellen.

Eine inhaltliche Einschränkung der Bereiche sähe ich als Einschränkung unseres Käuferkreises; da ich das breite Spektrum des AK immer noch als wesentlichen Anreiz für neue Käufer empfinde, die noch kein allgemeines Interesse an einer kommunistischen Zeitung entwickelt haben.

Dem Argument, der AK sei „zu teuer", sollten wir die Qualitäten unserer Zeitung entgegenhalten und den Anspruch auf Information jener Leute, die so argumentieren, einmal hinterfragen. Diese Leute kaufen sich doch oft als erste den „Stern", wenn er erschienen ist, und sind in keiner Weise sauer über die Anzeigen, die 2/3 dieser Zeitung ausmachen, und den Preis von 2.50 DM. Ich halte das „zu teuer" Argument für vorgeschoben. Genoss(inn)en, die so argumentieren, haben oft die Vorstellung im Kopf, wenn der AK billiger wäre, ließe er sich breiter verkaufen. Und da bin ich schon beim Vergleich mit der Bunten-Liste-Zeitung, den ich absolut unhaltbar finde. Der AK ist eine kommunistische Zeitung und wir werden uns mit dem herrschenden Antikommunismus weiterhin auseinanderzusetzen haben, auch ganz direkt, und können uns nicht in einer Bunte-Liste-Vermummung verstecken. Trotzdem sollten wir die Überlegung einer Bunte-Liste-Zeitungskonzeption für unsere Initiativenarbeit berücksichtigen oder bereits bestehende Stadtzeitungen als mögliche Organe für „basisfreundliche" Propaganda anpeilen, dies aber nicht mit den Aufgaben einer kommunistischen Zeitung vermengen. Zur Kritik von Pedro bezüglich der schwerverständlichen Artikel schlage ich vor, wie bei einigen Artikeln praktiziert, Bedeutung der Fremdwörter in Klammern einzufügen. Die Idee der Wiederbelebung des UW finde ich hervorragend, jedoch war ich von dem ersten Ergebnis weitgehend enttäuscht. Ich meine, daß wir die Bauchnabelschau nicht zu weit treiben sollten und hatte erwartet, genauere Fakten über die Situation in der westeuropäischen Linken (die im ersten AK-Artikel zu „Wie geht's weiter im KB?" nur allgemein angeführt wurde) und eine Analyse zu finden. Vielleicht gehe ich mit dieser Erwartung zu konsumentenhaft ran, aber ich finde, daß die Behauptung aus AK 134 noch belegt werden muß, außerdem fehlt mir persönlich der Überblick über die Fakten.

Den Artikel des Redaktions-Genossen und auch die Auszüge von Mao fand ich sehr hilfreich.

Im Antifa-Bulletin sehe ich in erster Linie die Möglichkeit, bündnispolitisch auf diesem Sektor Propaganda zu machen, meine jedoch, daß die Berichterstattung im AK beibehalten werden müßte. Wichtig wäre meiner Meinung nach eine Aufarbeitung der inzwischen von allen möglichen Gruppen entwickelten Theorien über die „Faschisierung", die sie natürlich nicht so benennen.

Nun zu einem anderen Aspekt: Mir fällt auf, daß die Auflagenhöhe seit dem AK 134 abermals um 2.000 gesunken ist und der Verkauf in Hannover um die Hälfte! Das scheint mir, als hätten ein Großteil der Genoss(inn)en die Aufforderung des LG so begriffen: Jetzt können wir abwarten, bis wir eine Zeitung haben, die sich von allein verkauft. Es hat ja doch keinen Sinn mit diesem AK, was sind schon ein paar hundert Leute?

Da stimmt doch wat nich! Wie können wir anfangen davon zu träumen, die „Massen" zu erreichen, wenn wir schon bei ein paar hundert kneifen. Sicher – eine Ursache dieser Resignation ist für viele der ausbleibende Erfolg unserer Agitation durch Anwachsen der Mitgliederzahl. Die Gewichtung für eine qualitativ gute Sympathisantenarbeit war in Hannover gleich null. Aber wenn wir bereits jetzt die Flinte ins Korn werfen, berauben wir uns der Grundlage für eine bessere Orientierung.

Rotfront!....

E., Hannover



1. Der AK sollte dünner werden. Wir sind der Meinung, daß das weder der Qualität noch der Vielfalt der behandelten Themen Abbruch tun muß. In vielen Themen, z.B. AKW, Antifa, Internationales, kann ohne qualitativen Verlust gekürzt oder zusammengefaßt werden. Voraussetzung dafür ist natürlich eine größere redaktionelle Arbeit. Es müßte außerdem stärker darauf geachtet werden, daß weniger Artikel er-

AKW, Antifa, Internationales, kann ohne qualitativen Verlust gekürzt oder zusammengefaßt werden. Voraussetzung dafür ist natürlich eine größere redaktionelle Arbeit. Es müßte außerdem stärker darauf geachtet werden, daß weniger Artikel er-

scheinen, die im wesentlichen nur die fortschrittliche bürgerliche Presse referieren („FR"), die von vielen Genossen und Linken sowieso gelesen wird (Beispiel: AK-Artikel zu Filbinger).

Ebenso sollten Internationalismus- (und andere) Artikel lieber weniger (oft recht komplizierte und nur für Eingefuchste verständliche) Details bringen und stattdessen stärker auf politische Einschätzungen orientiert sein.

Der teilweise Verlust des zu Recht geschätzten enzyklopädischen Charakters des AK sollte durch Herausgabe von Broschüren oder Materialsammlungen zu einzelnen Themen ausgeglichen werden.

2. Damit der AK neben seiner Nachrichten-Funktion noch stärker Schulungsfunktion haben kann, sollten einzelne Nummern Schwerpunkte haben. Wir meinen, daß es sinnvoller ist, z.B. zum Thema „Revisionismus/Osteuropa" in einer Nummer mehrere Seiten Nachrichten und Grundsatzartikel zu bringen, als wie es zur Zeit der Fall ist, „Nachrichten aus dem realen Sozialismus", die notwendigerweise nur kurz die bürgerliche Presse zusammenfassen können.

Die Schwerpunkte, die keinen Riesenumfang haben sollten, sollten in gemeinsamen Sitzungen der Redaktion mit Vertretern der Kommissionen festgelegt werden.

3. Dringend ausgebaut werden sollte u.E. der Kulturteil, u.a. durch Rezensionen von Büchern und Filmen, sowie durch Artikel zu fortschrittlichen Kulturschaffenden „einst und jetzt".

Für sinnvoll und erstrebenswert halten wir dabei – durchaus aber auch in allen anderen Bereichen – öfter mal andere Schreiber, d.h. Nicht-Genossen zu Wort kommen zu lassen und auf diese Weise die Diskussion mit ihnen wie auch die Fähigkeit zur ideologischen und politischen Auseinandersetzung bei den Genossen zu fördern (Beispiele: Artikel von Maeffert, Goral).

4. Im Teil „ML-Szene" sollten die Schwerpunkte anders gesetzt werden. Es ist doch so, daß vielen Genossen bestimmte politische Strömungen, z.B. der Trotzkismus, praktisch nur aus AK-Artikeln bekannt sind; eigene Erfahrungen mit Trotzkisten wird man etwa in Hamburg nur in wenigen Fällen sammeln können. Von daher sind bestimmte Anspielungen, Vorwürfe oder ironische Spitzen nicht immer zu verstehen, schon gar nicht für Sympathisanten. Die Auseinandersetzung mit anderen politischen Strömungen sollte noch stärker auf inhaltlicher Ebene – in Zusammenhang mit aktuellen politischen Auseinandersetzungen – geführt werden, zumal solche Strömungen gerade außerhalb Hamburgs erheblich größere Bedeutung haben und damit gerade die Genossen, die sich auch tatsächlich mit ihnen auseinandersetzen müssen, unterstützt würden.

Grundsätzlich meinen wir, daß in einer Reihe von Artikeln über andere Organisationen zu sehr „von oben herab" (zu sehr aus Hamburger Sicht?) oder zu hämisch geschrieben wird.

5. Wir sind gegen eine Wiederbelebung der „Internationalen". Die Verkaufserfahrungen zeigen, daß es recht schwierig ist, mit mehreren Zeitungen zugleich an die Leute heranzutreten. So wird z.B. der REBELL relativ schlecht verkauft, mit der „Internationale", als sie noch „Zeitung" war, war es noch schlechter. Das liegt sicher auch mit daran, daß die Genossen, wir selbst, diese weiteren Zeitungen (noch) weniger gründlich lesen als den AK.

Das liegt aber auch daran, daß selten ein Interessent oder Sympathisant sich ausschließlich für die internationalistische Seite unserer Politik interessiert. Wenn dies der Fall ist, so hat er erfahrungsgemäß Interesse an einem bestimmten Land und ist dann mit einer Broschüre besser „bedient".

Wenn also wieder „Internationale", dann wie schon einige Mal in der letzten Zeit, als Broschüre mit klarem Schwerpunkt auf ein Land oder Problem.

Insgesamt meinen wir, daß ganz klar der AK „die" Zeitung des KB bleiben muß, in der über alle Aspekte unserer Politik berichtet wird und in der, ungeachtet der Herausgabe von „UW", der Schulungscharakter haben sollte, auch grundsätzliche Artikel stehen sollten. Wir sind der Meinung, daß diese Forderungen mit der Forderung nach einem dünneren AK in Einklang zu bringen sind, allerdings unter der Voraussetzung, daß die redaktionelle Arbeit erheblich ausgebaut wird.

Ein Mittel zur Erreichung dieses Ziels und auch zur Entlastung der Redaktion wäre der Versuch einer Schulung der Kommissionen und einer engeren Zusammenarbeit der Redaktion mit den Kommissionen, damit die Kommissions-Mitglieder lernen, ihre Artikel selbst weitgehend „fertig" zu machen und damit wiederholte und entsprechend frustrierende Überarbeitungen von Artikeln allmählich verringert werden.

Es ist klar, daß eine weitere Voraussetzung ist, weit mehr Genossen als bisher in die Arbeit des Artikelschreibens mit einzubeziehen. Verstärkt Leserbriefe zu veröffentlichen, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Eine Lehrereinheit
KB / Gruppe Hamburg

Stellungnahme zur Solidarität gegen die Klassenjustiz

In der Diskussion „Wie gehts weiter im KB" ist ein Gesichtspunkt bisher praktisch unerwähnt geblieben:

Solidarität mit Genoss(inn)en, die von der Klassenjustiz verfolgt werden'.

Nachdem im März (AK 125) eine 'persönliche Erklärung' von Kai Ehlers veröffentlicht worden war, in der er sich bitter beklagt hatte, daß er mit Prozessen, die er als presserechtlich Verantwortlicher des KB (stellvertretend für uns alle) am Hals hat, weitgehend allein gelassen wurde, als sei das sein Privatkram, hat es nur einige wenige erfreuliche Diskussionsbeiträge zu dem Thema gegeben (AK 127, 131, „Solidarität" Nr. 44).

Ein Hauptthema, das in vielen Beiträgen der laufenden Diskussion auftaucht, ist der Widerspruch zwischen Individuum und Organisation. Die Beiträge reichen von Propagierung des Bock- und Lustprinzips als Prinzip kommunistischer Arbeit bis hin zu richtigen und notwendigen Kritiken, wie der, die im Artikel „Soweit ist es mit uns gekommen " („Unser Weg" – extra) eingangs zitiert wurde. Die Organisation ist eben kein Moloch, sondern das Produkt des Zusammenwirkens von Menschen. Eine kommunistische Organisation hat meines Erachtens Aufgaben, die den ganzen Einsatz ihrer Mitglieder erfordern; das birgt Risiken, weil man gegen einen starken Gegner kämpft. **Aber in einer kommunistischen Organisation darf auch niemand mit seinen Problemen allein gelassen werden!** Das gilt im besonderen für Angriffe der Klassenjustiz! Wie sollen wir den Sozialismus als menschlichere Gesellschaft propagieren, wenn wir ihn in unserem eigenen Verhalten nicht nach Kräften vorleben? Von Solidarität reden, ohne sie deutlich sichtbar vorzuleben, ist leeres Gerede und versuchter Betrug. Unsere Stärke, Angriffen zu trotzen, ist dann und insofern gegeben, wenn wir auf Angriffe gegen Einzelne, wie auch gegen (nicht nur) unsere Organisation – was ja immer auch von Einzelnen ausgebadet wird –, wie e i n Mann/ e i n e Frau aufstehen!

Woher kommt denn die Angst vor Illegalisierung, Repression am Arbeitsplatz, und die vielen kleinen Ängste, die unsere Arbeit hemmen und oftmals lähmen, wenn man kein felsenfestes Vertrauen haben kann, in jedem Fall nach besten Kräften unterstützt zu werden?!

Diese Solidarität zu fordern, ist schwer, wenn man a l l e i n fordert. Das hat u.a. die Aktion von Kai gezeigt, der bestimmt nicht als schüchtern und maulfaul gilt und der sich z.T. einer Mauer aus Achselzucken gegenübersah: „Wer politische Arbeit macht, muß halt mit Berufsverbot, Prozessen etc. rechnen, das ist halt im Kapitalismus so."

Wir haben uns an einiges gewöhnt! Wir sind gegen viele Arten von Unrecht desensibilisiert! Auch eine Erscheinungsform mangelnder politisch-ideologischer Qualifikation.

Wenn wir es als selbstverständlich ansehen, daß die Interessen des Einzelnen nicht im Widerspruch zu den Interessen der Organisation stehen sollten, hilft eigentlich nur eins: selbst sofort damit anfangen! Die augenblicklich laufende Diskussion sollte jedem den Rücken stärken und den Mut geben, sich zu äußern. Konkret heißt das, bezogen auf mein Thema, sich selbst offensiv und nachdrücklich um die Genoss(inn)en zu kümmern, die Solidarität brauchen – sei es, weil die Klassenjustiz sie verfolgt, sei es aus anderen Gründen (z.B. Kinderprobleme). Und keiner sage, das sei unpolitisch: da fängt die Politik erst an!

Ein Genosse des IKAH



Neue Erkenntnisse führen die »KPD« noch weiter nach rechts

„Gefährliche Wege der SPD-Ostpolitik" überschreibt die „KPD" in ihrer „Roten Fahne" (6.9.78) einen Artikel zur jüngsten Bonner „Spionageaffäre", in die angeblich auch Egon Bahr verwickelt sein sollte – und die sich inzwischen als ein von der CDU/CSU plaziertes Windei entpuppt hat. Die „Rote Fahne" kommentiert: *„An einen Spionagefall a l l e i n glaubt in Bonn niemand* (Jedenfalls keiner von den Freunden der „KPD" – Anm. AK) ... *Durch die Spionageaffäre ist ein Licht auf die dunkle Politik gewisser SPD-Kreise gefallen, vor allem auf die Figur Egon Bahrs".* Es gehe nämlich um *„Pläne und Kontakte Bahrs ..., die die BRD in n o c h tiefere Abhängigkeit von der Sowjetunion bringen würden".* Wer ist schon Egon Bahr, mag man denken. Das weiß die „Rote Fahne" besser: **„Und Bahr steht mit dieser Politik nicht alleine . . .".** Es folgt Herbert Wehner (der ja bekanntlich allen Patrioten hierzulande schon seit Jahren als heimlicher KGB-Agent verdächtig ist), dann kommt Willi Brandt, der natürlich auch zu diesem Komplott gehört und schließlich – dies freilich überraschend! – teilt die „Rote Fahne" mit: *„Auch die Schmidt-Regierung vertritt im wesentlichen diesen Kurs".* Auwei, das ist doch ernster, als man auf den ersten Blick annehmen mußte!

Worum nun geht es bei diesem von der CDU/CSU und „KPD" entdeckten sogenannten „Bahr-Plan", den man richtiger wohl „Schmidt-Plan" nennen sollte? Laut „Roter Fahne" besteht dieser Plan aus vier Phasen, nämlich: *„1. Anerkennung der DDR, 2. Gewaltverzichtsabkommen und Grenzanerkennung mit den osteuropäischen Staaten* (in diesen beiden Punkten haben Bahr, Schmidt und Breschnew ihr teufliches Spiel mit Deutschlands Zukunft schon erfolgreich abgeschlossen! – Anm. AK) *3. Abbau ausländischer Truppen in Deutschland, 4. Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Mitteleuropa, einer neutralen Zone mit den beiden deutschen Staaten, Belgien, Holland, Dänemark, Polen, der CSSR und Ungarn".*

Nun ist zwar b i s h e r selbst
der CSSR und Ungarn".

Nun ist zwar b i s h e r selbst die „KPD" in Worten immer noch für den Abzug der ausländischen Truppen aus BRD, DDR und Westberlin eingetreten (angeblicher Punkt 3 des „Bahr-Plans"), ebenso wie für einen Austritt beider deutscher Staaten aus dem Warschauer Pakt bzw. der NATO. Jetzt plötzlich geht ihr das aber viel zu weit: *„Angesichts des Übergewichts der Sowjetunion in Europa wäre die Neutralität rein formal ... Unter den gegebenen Machtkonstellationen in Europa müßte dieser Plan Bahrs auf ... eine selbst herbeigeführte Auslieferung der BRD und Westberlins an die Sowjetunion hinauslaufen".* Damit sei aber *„die gesamte Gefährlichkeit dieses Konzepts noch nicht erfaßt ... Denn hat die Sowjetunion nicht nur die DDR, sondern ganz Deutschland unter ihrem Einfluß, hat sie gegenüber dem US-Imperialismus die besten Voraussetzungen, um ganz Europa unter ihre Herrschaft zu bringen. Für die Arbeiterklasse bedeutet dieser Plan verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung durch Fremdherrrschaft".*

„Früher" hat die „KPD" sich nur dagegen gewendet, daß man nicht „e i n s e i t i g" den Abzug der US-Truppen aus der BRD fordern dürfe. Über diese linke Kinderkrankheit ist sie heute offensichtlich hinaus. Jetzt ist die „KPD" g e n e r e l l für den Verbleib der BRD in der NATO und der US-Truppen in der BRD, solange das *„Übergewicht der Sowjetunion"* in Europa fortbesteht. Dies ist die Kurs-Korrektur der „KPD", die sich hinter dem Geschrei über den „Bahr-Plan" verbirgt.

Bezeichnend für die Überwindung linker Kinderkrankheiten durch die „KPD" ist auch, daß sie mittlerweile immer zielstrebiger die CDU/CSU von r e c h t s kritisiert. Nachdem sie anläßlich des Breschnew-Besuchs gar schon F.J.Strauß als „Beschwichtigungspolitiker" und Speichellecker des Sozialimperialismus entlarvte, führt sie dies in der „Roten Fahne" vom 6.9. fort: Unter der Zwischenüberschrift „Zahnlose Opposition" wirft sie der CDU/CSU vor, daß sie nicht bereit sei, der Auslieferung der BRD an den Sozialimperialismus durch die SPD wirklichen Widerstand entgegenzusetzen.

Beschwichtigungspolitik oder imperialistische Kriegspolitik?

Die „KPD" wirft der SPD/FDP-Regierung „Beschwichtigungspolitik" gegenüber der Sowjetunion vor, d.h. eine Politik der Zugeständnisse und der Unterwerfung. **Unklar bleibt freilich, welche Klasseninteressen hinter dieser Politik stehen sollen.** Die manchmal in der „Roten Fahne" angedeutete These, daß die westdeutsche Monopolbourgeoisie aus kurzsichtigen wirtschaftlichen Interessen („Osthandel") die Auslieferung der BRD an die Sowjetunion betreibt, ist allzu hirnrissig, um von der „KPD" systematisch vertreten zu werden. So



bleibt eigentlich nur die Vermutung,

bleibt eigentlich nur die Vermutung, die sich auch wie ein roter Faden durch alle Stellungnahmen der „KPD" hindurchzieht: Daß die „5. Kolonne des Sozialimperialismus" es sich bereits in der Bundesregierung bequem gemacht hat und direkt den Anweisungen des KGB und Breschnews folgt!

Die Begriffe „Beschwichtigungspolitik", „Neues München" usw., die in der Argumentation der „KPD" und der „MLD" eine entscheidende Rolle spielen, müssen g r u n d s ä t z l i c h , also auch in ihrer historischen Ableitung, in Frage gestellt werden.

Diese Begriffe der „KPD" und „MLD" beziehen sich auf die sogenannte „appeasement-Politik" (=Beschwichtigungspolitik) verschiedener imperialistischer Staaten gegenüber Nazi-Deutschland in den 30er Jahren. In München stimmte der britsche Imperialismus 1938 der Annektion der westlichen Tschechoslowakei (Böhmen und Mähren) durch Nazi-Deutschland zu.

Der schon für die damalige Politik der britischen und französischen Imperialisten sehr zweifelhafte Ausdruck „Beschwichtigungspolitik" verkennt den tatsächlich i m p e r i a l i s t i s c h Charakter dieser Politik und tut stattdessen so, als seien hier aus gottweiß welchen irrationalen Motiven sinnlose „Zugeständnisse" an den deutschen Imperialismus gemacht worden. Tatsächlich jedoch ging es wesentlich darum, daß aufgrund des realen Kräfteverhältnisses die westlichen imperialistischen Staaten Z e i t zu gewinnen versuchten. Wie notwendig ihnen dieser Zeitgewinn war, zeigt der sehr rasche Zusammenbruch der Armeen Polens und Frankreichs 1939/40.

Durch den deutschen Überfall 1941 auf die Sowjetunion bekam der Krieg aus kommunistischer Sicht einen neuen Charakter. So sah es 1945 so aus, als hätten die „Weltfriedenskräfte" (die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten westlichen Imperialisten) einen Sieg über die Reaktion errungen. Das war 1945 die offizielle Darstellung der kommunistischen Parteien. Trotzdem muß man diese Auffassung relativieren: Z u R e c h t gingen 1939 (beim deutschen Angriff auf Polen) alle kommunistichen Parteien davon aus, daß es sich um einen imperialistichen Raubkrieg handelt und zwar auf Seiten b e i d e r beteiligter Blöcke! Genosse Mao schrieb dazu am 28.9.1939 (knapp vier Wochen nach Kriegsbeginn): **„Der jetzt ausgebrochene Krieg ist sowohl von Seiten Englands und Frankreichs als auch von Seiten Deutschlands ein ungerechter, ein räuberischer, ein imperialistischer Krieg. Die kommunistischen Parteien und die Völker aller Länder müssen sich dagegen erheben, müssen den imperialistischen Charakter der b e i d e n kriegführenden Seiten entlarven, müssen zeigen, daß dieser Krieg den Völkern der Welt lediglich Schaden zufügt und ihnen nicht im geringsten nützt . . . "** (Ges.Werke, Bd. II, S. 322).

Dies ist n a c h t r ä g l i c h (aus der Perspektive der späteren Allianz Sowjetunion – USA etc.) vergessen worden, und dann wurde so getan, als wäre der Krieg v o n A n f a n g a n (seit dem deutschen Überfall auf Polen) seitens der westlichen Imperialisten ein g e r e c h t e r Krieg gewesen – und als hätte die einzige Schuld dieser imperialistischen Mächte darin bestanden, allzulange Nazi-Deutschland „beschwichtigt", allzu lange den Krieg hinausgeschoben zu haben. Es bleibt dann allerdings die Frage, warum die Sowjetunion nicht gleich 1939 diesem gerechten Krieg auf der richtigen Seite beitrat, statt abzuwarten, bis sie selbst durch die Nazis in den Krieg h i n e i n g e z o g e n wurde?

Die ganze Theorie um die damalige „Beschwichtigungspolitik" der westlichen Imperialisten läuft auf eine vollständige Revision der leninschen Auffassungen über den Imperialismus und über imperialistische Kriege hinaus. Während Lenin a l l s e i t i g die imperialistischen Raubkriege verurteilte, läuft die neue Theorie darauf hinaus, daß auch imperialistische Kriege „gerecht" sein können, falls sie von einem bürgerlich-demokratischen Land gegen ein faschistisches geführt werden. Es sei daran erinnert, daß dies n i c h t die Haltung ist, die die Kommunistischen Parteien 1939/40 zu der Sache einnahmen: Die Kommunistische Partei Frankreichs z.B. hat 1940 (beim Einmarsch in Frankreich) anfänglich n i n i c h t zur Vaterlandsverteidigung aufgerufen! Es ist aber leicht verständlich, warum die heutigen Vaterlandsverteidiger der „ML"-Richtung die damalige Politik der kommunistischen Weltbewegung in ihrem Sinn verfälschen, weil sie uns ja heute überzeugen möchten, daß ein Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt seitens der NATO ein gerechter Krieg wäre (den wir also unterstützen müssen !), daß imperialistische Abenteuer der NATO beispielsweise in Afrika gerecht seien usw. usf.

Sehr konsequent geht dabei inzwischen die „KPD" vor, die sich in der „Roten Fahne" in einer Serie mit der *„Entwicklung der Appeasementpolitik gegenüber dem Hitlerfaschismus"* beschäftigt. Sie geht neuerdings (in der „Roten Fahne" vom 13.9.) mit der Betrachtung der „Appeasemantpolitik" bis mindestens 1933 zurück. So kommt sie zu der Schlußfolgerung, daß die Imperialisten Großbritanniens, Frankreichs u.a. schon 1933 „Beschwichtigungspolitik" gegenüber Nazi-Deutschland betrieben hätten. Schon damals (1933!) habe es jedoch **„realistische Kreise der englischen Bourgeoisie"** gegeben, als deren Hauptvertreter die „Rote Fahne den erzreaktionären imperialistischen Politiker Churchill nennt. Daß Churchill sich 1933 z.B. aus leicht verständlichen Interessen des britischen Imperialismus gegen jede deutsche Aufrüstung wendete, wird in der „Roten Fahne" zum Muster „realistischer" Politik, die aber leider *„bis zum Ausbruch des Krieges die englische Außenpolitik nicht bestimmen"* konnte. Im nächsten Schritt müßte die „KPD" eigentlich den von den Gegnern Deutschlands diktierten (und von der alten KPD bekämpften) Versailler Vertrag als Ausdruck des „Realismus" einordnen und die in den 20er Jahren erfolgende schrittweise Aufweichung dieses Vertrages bereits als den Beginn der „Beschwichtigungspolitik" ansehen.

Es läuft darauf hinaus, sich in den Auseinandersetzungen und Kriegen zwischen den Imperialisten auf eine bestimmte Seite zu schlagen. Das ist für die „KPD" heute der BRD-Imperialismus und seine NATO-Verbündeten. Daß die „KPD" aus dieser Einschätzung heraus Bündnisse mit a l l e n Gegnern der Sowjetunion anstrebt, namentlich mit den „realistischen" (=rechten) Teilen der CDU/CSU, ist eine konsequente Schlußfolgerung.

Betrifft: „Lissabonner Konferenz"

In unserem Artikel im letzten AK über die berüchtigte „Lissabonner Konferenz gegen den russischen Imperialismus" (internationales Zusammentreffen zwischen „ML"ern einerseits, Christdemokraten und sonstigen Reaktionären andererseits) ist uns anscheinend ein Fehler unterlaufen: Die **„Marxistisch-Leninistische Bewegung" Belgiens**, die kürzlich eine Delegation nach China schicken konnte, ist keine neue, bisher unbekannte Organisation, wie von uns im AK vermutet wurde. Vielmehr handelt es sich, wie die Genossen der Belgien-Kommission mitteilen, um die **Studentenorganisation der AMADA**. Die AMADA ist eine der beiden „großen" belgischen „ML"-Organisationen. Die chinesische Führung hatte bisher die „PCPML" bevorzugt. Allerdings unterhält die AMADA schon seit längerem Kontakte zu einigen Organisationen der harten vaterländischen „ML"-scene.

Der Besuch einer Delegation der „MLB" in China entspricht der generellen Politik der chinesischen Führung, Kontakt zu verschiedenen rivalisierenden „ML"-Gruppen in den einzelnen Ländern zu unterhalten bzw. aufzunehmen und den Zusammenschluß dieser Gruppen zu fördern.

Daß die chinesische Führung dabei b e s o n d e r s die ganz harten Vaterländler protegiert, ist selbstverständlich. Ob allerdings der „MLB"-Besuch in diese Richtung zu interpretieren ist, läßt sich vorerst nicht beweisen.

Apropos Lissabon: Was ist die Hermann-Ehlers-Stiftung?

Unter den Teilnehmern der berüchtigten „Lissaboner Konferenz gegen den russischen Imperialismus" war – wie im AK mehrfach berichtet – auch ein **„Dr. Gerhard Bernhard, Leiter der Hermann-Ehlers-Stiftung, Kiel"**.

Damit konnten wir zunächst nichts anfangen. Inzwischen wissen wir jedoch mehr:

Hermann Ehlers war Anfang der 50er Jahre Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU und Gründer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU; er starb 1954. Die nach ihm benannte **„Hermann-Ehlers-Stiftung e.V."** wurde 1968 auf Initiative von **Kai-Uwe von Hassel** (CDU, ehem. Bundestagspräsident) gegründet, der übrigens immer noch **Vorsitzender** der H.-E.-Stiftung ist.

Die H.-E.-Stiftung unterhält die **Hermann-Ehlers-Akademie**, deren Leiter ein **Dr. Walter Bernhard** ist (identisch oder verwandt mit dem Teilnehmer der „Lissaboner Konferenz"?). Aufgabe der H.-E.-Akademie ist es laut Satzung, *„die politische Bilgung auf freiheitlich-demokratischer und christlicher Grundlage zu fördern".* Zu diesem Zweck wurden seit 1969 (zunächst nur in Kiel) Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, seit 1975 gibt es Seminar-Angebote. Die Seminare finden in Kiel statt. Daneben unterhält die Stiftung auch **„Hermann-Ehlers-Häuser"** in Hannover, Osnabrück, Oldenburg, Hamburg und Westberlin, wo auch Veranstaltungen stattfinden.

Zum Programm der H.-E.-Akademie gehören u.a. „Grundseminare" und „Aufbauseminare", jeweils für die Gebiete Politik, Wirtschaftspolitik, Kommunalpolitik; Seminare zu den Europa-Wahlen, zur NATO-Strategie, zum neuen Polizei-Gesetz (Todesschußregelung), zur „Volksfront", zur Schulpolitik, zum Religionsunterricht... Seminar-Teilnehmer scheinen u.a. Parteipolitiker, Staatsfunktionäre, Wirtschaftsführer und Lehrer zu sein. Nebenbei: Dr. Ulrich Matthee, Professor in Kiel, CDU-Mitglied und Teilnehmer der „Lissaboner Konferenz", ist außerdem noch Leiter des ‚Gesprächskreises Ideologiekritik' an der H.-E.-Akademie.

Die H.-E.-Stiftung war also nicht bloß mit einer, sondern gleich mit zwei Figuren in Lissabon vertreten, **was auf eine zentrale Funktion dieses Vereins bei der Anbahnung einer festeren Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und „ML"ern („KPD" und „MLD")** hinweist. In diesem Zusammenhang sind zwei weitere Fakten höchst bemerkenswert: 1. Die Seminare der H.-E.-Akademie sind *„mit der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung Eichholz abgestimmt"* (= zentrale ‚Stiftung' der CDU), und 2. *„Die Seminare werden in der Regel aus Bundes- oder Landesmitteln finanziert"* (Angaben und Zitate aus Materialien der H.-E.-Akademie).

Wirklich beeindruckend, die neuen „antihegemonistischen" Kontakte der „KPD"!

„Lissabonner Konferenz" Rechtsradikale interessiert

Die berüchtigte „Lissabonner Konferenz" (Mai dieses Jahres) zwischen „ML"ern (aus der BRD u.a. die „KPD"!) einerseits, Christdemokraten und sonstigen Reaktionären andererseits, hat auch in rechtsradikalen Kreisen Aufmerksamkeit gefunden:

– Unter der Überschrift *„Gegen Moskau – Der Geist von Lissabon eint jetzt Linke und Rechte"* berichtete die Zeitung „Student" in ihrer Juli-Ausgabe ausführlich über die Konferenz. Die traditionell rechtsgerichtete Zeitung „Student" hat sich vor einigen Monaten mit dem faschistischen **„Deutschen Studentenanzeiger"** (DSA) zusammengeschlossen und driftet seither noch stärker nach rechtsaußen ab.

Der Artikel des „Student" enthält lediglich Informationen (Namen der Teilnehmer, Zitate aus Reden und Resolutionen), hebt allerdings als *„bemerkenswert"* die Teilnahme von „ML"ern hervor.

– Die rechtsradikale Monatszeitschrift **„Nation Europa"** (vgl. dazu Artikel im AK 137, S. 13) berichtet in ihrem Septemberheft gleichfalls ausführlich über die Konferenz. Überschrift: *„Antiimperialismus von rechts".* Sie betont, daß *„die Maoisten"* bei der Konferenz *„nur eine Minderheit darstellten. Das politische Gewicht lag eindeutig rechts".* Aber auch „Nation Europa" wertet die Teilnahme von „ML"ern als *„interessant".*

Beide Zeitungen werten die „Lissabonner Konferenz" als sehr positiv. Auf Polemik gegen die „ML"er wird vollständig verzichtet.

»KPD« über »Fälschung« empört

Sehr empört äußert sich die „KPD" in Westberlin, und nun auch in ihrer „Roten Fahne" (13.9.), über eine „Fälschung", die in Westberlin aufgetaucht ist. Die „Fälschung" trägt den Titel **„Ernste Selbstkritik des Komikbüros (!) des ZK der KPD zur Lissabonner Konferenz".**

In dieser schon in der Überschrift leicht als solche erkennbaren „Fälschung" werden die - in der „Roten Fahne" bisher verschwiegenen! – bürgerlichen Politiker samt Funktion genannt, mit denen die „KPD" auf der berüchtigten **„Lissabonner Konferenz gegen den russischen Imperialismus"** eine antihegemonistische Einheitsfront anzubahnen versuchte. Außerdem wird in der „Fälschung" der bisherige Eiertanz der „KPD" um diese offensichtlich peinliche Geschichte ironisiert.

Angesichts dieser „Fälschung" setzt die „KPD" auf moralische Empörung: Fälschung, das sei doch *„eine Methode, die von Linken bislang nur gegenüber dem Klassenfeind angewandt wurde"* („Rote Fahne"). Ganz recht, genau darum geht es: In der „Fälschung" wird Licht auf die sich anbahnende Zusammenarbeit der „KPD" mit dem Klassenfeind geworfen!

Wahrscheinlich spekuliert die „KPD" gar nicht einmal falsch: Es werden sich sicher ein paar liberale Trottel finden, die zwar den Lissabonner Flirt der „KPD" mit rechten CDU-Politikern „auch nicht so gut finden", aber die vor allem die „Fälschung" für eine „üble Sauerei" halten und mit der „KPD" kräftig ins selbe Horn tuten werden.

Trotzdem: **Farbe wird die „KPD" bekennen müssen, wie sie sich ihre weitere Bündnispolitik gegenüber rechten CDU-Leuten, „Gesellschaft für Menschenrechte" etc. vorstellt.** In Westberlin hat die „KPD" offiziell eingewilligt, demnächst eine gemeinsame Podiumsdiskussiion zu diesem Thema durchzuführen. Wie die „KPD" dabei taktisch vorgehen ..ill, hat sie auch gleich mitgeteilt: Sie will vor allem den Spieß umkehren und gegen eine Zusammenarbeit mit der „sozialfaschistischen" DKP polemisieren, wobei dann ihr eigenes Techtelmechtel mit der CDU etc. vergleichsweise harmlos erscheinen soll. Aber diese Taktik braucht ja nicht unbedingt aufzugehen, gell?! ....

Albanien verschärft Polemik gegen China

Der Besuch Hua Guo-fengs in Rumänien und Jugoslawien veranlaßte die albanische Führung zu ihrer bisher schärfsten Polemik gegen die chinesische Außenpolitik im Partei-Organ „Zeri i Populit" vom 3.9. (abgedruckt im „Roten Morgen" vom 15.9.).

Hier die wichtigsten Vorwürfe des Artikels:

- Ziel der chinesischen Politik sei **„die Beherrschung der Welt durch die Vereinigten Staaten von Amerika, d u r c h C h i n a und die anderen großen kapitalistischen Länder."**
- Der kürzlich abgeschlossene Friedensvertrag zwischen China und Japan wird als **„Mittel für einen eventuellen Marsch Chinas auf die Sowjetunion"** bezeichnet. *„Dieser Vertrag schürt in Wirklichkeit den Weltkrieg".* Das übertrifft sogar die sowjetische Polemik gegen diesen Vertrag!
- China betreibe eine **„expansionistische Politik in Afrika"**, um dort *„Einflußzonen und Märkte für China zu schaffen."* Ziel der chinesischen Hilfe für afrikanische Staaten sei *„die Ausplünderung ihrer Reichtümer und ihre politische Unterwerfung unter die chinesische Hegemonie."*
- Ebenso sei es Chinas **Ziel**, *„auf dem Balkan einzudringen".* China wolle den Balkan *„zum Aufmarschgebiet ... machen"*, um von dort aus auf Bulgarien, die CSSR, Ungarn, Polen, Griechenland und Türkei *„einwirken"* zu können.
- China wolle **„unter den Balkanvölkern Feindseligkeiten stiften und zu einem dritten Weltkrieg hetzen."**
- China wolle **„einen Krieg zwischen der Sowjetunion und den USA und ihren Verbündeten für seine hegemonistischen Interessen anheizen".**
- China wolle die Entfesselung eines vernichtenden Atomkriegs in Europa, **„sodaß es seine Herrschaft über die Welt errichten kann, ohne eine Patrone zu verschießen."**

Letzteres ist schon seit vielen Jahren Standard-These der sowjetischen Propaganda gegen China. Wenn man die albanische Polemik gegen Huas Besuch in Rumänien und Jugoslawien liest, kann man fest vergessen, daß es die NATO und der Warschauer Pakt sind, die dort Truppen und Stützpunkte unterhalten, und könnte stattdessen die „gelben Horden" schon fast vor der Haustür stehen sehen.

Diese albanische Polemik ist stellenweise so irrational, daß sie r a t i o n a l sich eigentlich nur erklären läßt als Zeichen einer Annäherung der albanischen Führung an die Sowjetunion, die fast wörtlich mit den gleichen Sprüchen gegen die VR China vom Leder zieht.

Wieder im Gespräch: Geister-Stützpunkte

Ziemlich ruhig war es in letzter Zeit um die Geister-Stützpunkte geworden – jene zahllosen Stützpunkte der Sowjetunion, die früher mit viel Liebe und Phantasie von KBW und „KPD" überall auf der Welt entlarvt worden waren. Geister-Stützpunkte nennt man diese Produkte des KBW und der „KPD", weil sie sich allesamt bei näherem Hinsehen – wie einst der legendäre „Fliegende Holländer" – in Luft auflösten.

Der KBW scheint jetzt der Meinung zu sein, daß über seine damaligen Blamagen genug Gras gewachsen ist, sodaß man das Thema wieder einmal aufwärmen kann. **„Die Sozialimperialisten jagen nach Flottenstützpunkten im Indischen Ozean"** liest man in der „KVZ" vom 11.9. 78. Da wird der Leser erst einmal mit viel heißer Luft auf das ihm bevorstehende N i c h t s an Fakten eingestimmt: *„Die neuen Zaren haben es eilig"; „Der Indische Ozean ist ein Schwerpunkt sozialimperialistischer Expansionsbestrebungen"; „Neidvoll blicken die Sozialimperialisten auf die Stützpunkte [illegible]r Konkurrenten. Sie wollen [illegible]len"; „Deshalb versuchen die Sozialimperialisten mit allen Mi[illegible] sich in den Ländern am Indischen Ozean festzusetzen."*

Und wo bleiben sie denn nun, die sowjetischen Stützpunkte im Indischen Ozean? Es gibt gar keine, wie die „KVZ" verschämt eingesteht! Das sei eben **„ein Erfolg des Kampfes der Dritten Welt gegen die Supermächte".** Daß die „Dritte Welt" bei der Fernhaltung von US- und NATO-Stützpunkten aus dem Indischen Ozean nicht so erfolgreich war, ist einfach Pech.

Damit der durch die Überschrift scharf gemachte Leser nicht ganz leer ausgeht, bekommt er zum Schluß des Artikels von der „KVZ" doch noch ein Zückerli überreicht: Immerhin habe sich die Sowjetunion schon auf der Insel Dahlak vor der eritreischen Küste *„festgesetzt"* und *„im Südjemen folgt ihre Flotte den kubanischen Soldaten"*, um den Hafen Aden *„zu einer Bastion des Sozialimperialismus auszubauen".*

Das ist zwar alles reichlich vage und kann sich nicht mit früheren Glanzzeiten messen, als der KBW im Indischen Ozean fünf bis zehn sowjetische Geisterstützpunkte zu registrieren wußte. Aber immerhin, besser als nichts.

Sowjetunion liefert oppositionelle Studenten aus

Meldung der italienischen Zeitung „il manifesto", 13.9.78.

Die sowjetischen Behörden haben sechs äthiopische Studenten verhaftet und an die äthiopische Militärjunta ausgeliefert. Die sechs studierten an den Universitäten von Odessa und Kischinjow. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie Sympathisanten der EPRP seien. Seit Monaten führt die Militärjunta von Addis Abeba eine harte repressive Kampagne (genannt „Roter Terror") gegen die EPRP; den sechs Studenten droht also die Todesstrafe.

Weiteren 66 Studenten, alle aktive Mitglieder der Union Äthiopischer Studenten in der Sowjetunion, droht ein ähnliches Ende, da die Militärs von Addis Abeba ihre Auslieferung verlangt haben.

Von der Redaktion der Zeitschrift „Altrafrica" (Anderes Afrika) wurde gestern ein Aufruf veröffentlicht: *„Wir drücken unseren entschiedenen Protest aus gegen diese antidemokratischen und repressiven Praktiken, die sich gegen äthiopische Genossen richten, deren einzige Schuld darin besteht, daß sie andere Positionen vertreten als die Militärregierung. Wir rufen alle demokratischen Kräfte Italiens auf, in Aktion zu treten, um die Ermordung der nach Addis Abeba verschleppten Studenten zu verhindern und um die sowjetischen Behörden zur Respektierung der einfachsten Menschenrechte und demokratischen Freiheiten zu veranlassen, indem wir uns der Auslieferung der 66 Studenten widersetzen".*

Der Aufruf ist unterschrieben von Persönlichkeiten des politischen und gewerkschaftlichen Lebens Italiens, darunter Lombardi, Labor, Rodota, Benvenuto, Mattina, Menapace, Lisa Foa und den Redaktionen von il manifesto, Lotta continua und Quotidiano dei lavoratori.

Afrika-Kommission und AK-Redaktion schließen sich diesem Aufruf an.

„Pflasterstrand" zeigt Denunzianten-Klein die Gelbe Karte

Als der Ex-Terrorist Klein sich vor Monaten erstmals im „Spiegel" vernehmen ließ, um gegen die „Terrorscene" als Kronzeuge „auszupacken", bekam er in der Frankfurter Sponti-Zeitung „Pflasterstrand" herzhaften Beifall. Die Generalabrechnung mit „jeder Art von Gewalt" war angesagt.

Nachdem Klein sich kürzlich erneut dem „Spiegel" zur Verfügung stellte und nachdem Gerüchte über eine Zusammenarbeit zwischen Klein und dem israelischen Geheimdienst durch die bürgerliche Presse gingen, steht Klein beim „Pflasterstrand" anscheinend nicht mehr so hoch im Kurs. Unter der Überschrift: **„Jochen Klein: Gelbe Karte"** äußerten sich *„einige Freunde"* im „Pflasterstrand" vom 26.8.78. Es heißt dort u.a.: *„Deine Anti-Guerilla-Mission ist ebenso lächerlich wie verlogen. Die Begründung, andere Leute abhalten zu wollen, sich der bewaffneten Linken anzuschließen, ist ein dürftiger Vorwand für das, was du derzeit verzapfst... Um es klar zu sagen, nicht Dein Ausstieg ist für uns kritisierbar, sondern das ‚Wie'. Du nimmst nach wie vor für Dich in Anspruch, zur Linken zu zählen. Du sagst, Du willst ‚verhindern', daß noch jemand sich der Guerilla anschließt. Für eine derartige Diskussion kann und darf der Adressat nur die Linke sein... Im ‚Spiegel' wird das allerdings kaum möglich sein. Über Dein ‚Spiegel'-Interview waren wir entsetzt und fordern Dich auf, solche Veröffentlichungen in Zukunft zu lassen. Es fängt mit diesem Organ selber an: da ist ein sensationsgeiles Blatt, das sich einen Dreck für Dein Schicksal interessiert, sondern dem es nur um den vermarktbaren Hit geht. Nur weil Du Insider-Fakts auf Lager hast, kannst Du Dich verkaufen – und wirst Dich weiter verkaufen können, wenn Du mehr davon lieferst. Um es ganz klar zu sagen: auf diesem Weg ist es nicht mehr weit zum offenen Verrat. Irgendwann wird der Unterschied zwischen ‚verraten' und ‚verhindern' hinfällig. In Deinem Interview sind einige Äußerungen, für die die Bullen dankbare Abnehmer sind.*

Man muß nicht zur Guerilla gehören, um sich vor Deinen nächsten Äußerungen zu fürchten...".

Sergio Ramirez

VIVA SANDINO !

„Deutschland, Deutschland über alles..." Bundesregierung läßt Verbrecher laufen!

Die skandalöse Haltung der Bundesregierung zur jugoslawischen Forderung nach Auslieferung mehrerer kroatischer Terroristen kam am 13. September zum krönenden Abschluß: Die Bundesregierung lehnte die Auslieferung von Stjepan Bilandzic, Ljubomir Dragoja und Nikola Milicevic ab! Gleichzeitig wurde Bilandzic aus der Haft entlassen, um ihm die Möglichkeit zum Untertauchen und zur Flucht ins Ausland zu geben!

Allen dreien wird nicht nur die Mitgliedschaft in faschistischen Terror-Banden vorgeworfen, sondern auch die direkte Beteiligung an Morden, Bombenanschlägen usw. Im Falle von Bilandzic hatte das zuständige Gericht schon vor einigen Wochen seine Auslieferung an Jugoslawien für zulässig erklärt.

Die Bundesrepublik ist seit Jahrzehnten d a s Paradies für die kroatischen Terror-Banden. Hier unterhalten sie ungestört ihre „Ruheräume" und „Logistik", hier werden ihre Verbrechen teilweise finanziert, und hier können sie auch ohne grosses Risiko viele ihrer Verbrechen begehen (Mordanschläge gegen jugoslawische Diplomaten etc.).

Obwohl an sich durch einen förmlichen Auslieferungsvertrag mit Jugoslawien dazu v e r p f l i c h t e t, hat sich die Bundesregierung stets geweigert, diese Verbrecher zu verfolgen und an Jugoslawien auszuliefern.

Dies entspricht im Übrigen der gängigen Praxis der BRD: Auch Flugzeugentführer aus den Staaten des RGW können sich in jedem Fall darauf verlassen, daß die Bundesregierung sie nicht an die betreffenden Staaten ausliefert!

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund, daß sich dieselbe Bundesregierung international mächtig ins Zeug legt, um eine „Zusammenarbeit gegen den Terrorismus" zu erreichen. Man ist in Bonn sogar zynisch genug, für einen Vorschlag einzutreten, nach dem alle Länder boykottiert werden sollen, die Flugzeugentführer nicht ausliefern! Ein Riesengeschrei wird von eben dieser Bundesregierung und sämtlichen bürgerlichen Medien angestimmt, wenn sich einmal die Auslieferung eines gesuchten „Terroristen" an die BRD nicht reibungslos und schnell genug gestaltet (Pohle aus Griechenland, Croissant aus Frankreich).

Es gilt also für die Bundesregierung das alte größenwahnsinnige Prinzip, daß sie selbst nicht zu leisten braucht, was sie von anderen umso lauter und unverschämter fordert.

Ein Zufall wurde von der jugoslawischen Regierung ausgenutzt, um dieser imperialistischen Überheblichkeit kräftig ‚Kontra' zu geben: Als in Jugoslawien vier angebliche westdeutsche Terroristen festgenommen wurden, stellte Jugoslawien gleich-

wischen Regierung ausgenutzt, um dieser imperialistischen Überheblichkeit kräftig ‚Kontra' zu geben: Als in Jugoslawien vier angebliche westdeutsche Terroristen festgenommen wurden, stellte Jugoslawien gleich-

zeitig die Forderung nach Auslieferung mehrerer Exil-Oppositioneller, die sich in der BRD aufhalten.

Nicht alle dieser insgesamt 8 Männer sind tatsächlich kroatische Faschisten und Terroristen. Niemand hätte der Bundesregierung also einen Vowurf machen können, wenn sie dies im Einzelnen geprüft und differenziert entschieden hätte. **Indessen, was die Drei angeht, deren Auslieferung jetzt von Bonn abgelehnt wurde, so gibt selbst die den Kroaten sehr wohlgesonnene Springer-Presse zu, daß es sich wirklich um Mörder und Bombenleger handelt.**

Die jugoslawische Forderung bedeutete für die Bundesregierung eine Kraftprobe. Sie reagierte darauf mit einer offenen Provokation: Als hätte die Ablehnung der gerichtlich bereits für zulässig erklärten Auslieferung der Hauptfigur Bilandzic noch nicht gereicht, wurde gleichzeitig auch noch seine F r e i l a s s u n g verfügt! Die Schutzbehauptung, man wolle Bilandzic nicht ausliefern, weil man ihn in der BRD vor Gericht stellen wolle, gibt damit ihre Lächerlichkeit preis!

Die Freilassung von Bilandzic stellt eine ungeheuerliche außenpolitische Ohrfeige für Jugoslawien und das jugoslawische Volk dar. Für die Bundesregierung geht es um den Beweis, daß sie zweiseitige Abmachungen (wie den Auslieferungs-Vertrag BRD-Jugoslawien) nicht einzuhalten braucht und daß sie sich dazu auch nicht „erpressen" lassen wird. Jugoslawien soll gezwungen werden, t r o t z dieser Provokation und ohne das geringste Entgegenkommen der Bundesregierung die vier westdeutschen ‚Terroristen' auszuliefern.

Wir hoffen, daß Jugoslawien genügend Standfestigkeit besitzt, um den Bonner Großmacht-Politikern zu trotzen!

Zum Hintergrund der Affäre

Anfang Mai wurden in Zagreb (Jugoslawien) die westdeutschen „Terroristen" Brigitte Mohnhaupt, Rolf Clemens Wagner, Peter Jürgen Boock und Sieglinde Hoffmann festgenommen und wegen illegalen Grenzübertritts inhaftiert.

Offiziell erfuhr Bonn davon am 11. Mai und stellte sofort einen Auslieferungsantrag.

Prinzipiell zeigt sich Jugoslawien bereit auszuliefern. Allerdings verlangt Jugoslawien von Bonn die Auslieferung von acht jugoslawischen Emigranten (und nicht acht „Exilkroaten", wie meist zu lesen ist, denn Cudic ist Serbe und Emin Fazlija Albanier, laut „FAZ", 12.8.78), **von denen einige erwiesenermaßen Mitglieder faschistischer Terrororganisationen sind und an Kommandoaktionen beteiligt waren.** Die wichtigste Figur unter ihnen ist **Stjepan Bilandzic**, Führer der Organisation **„Kroatischer Nationaler Widerstand" („Kroatischer Volkswiderstand")**, die 1976 in der BRD verboten wurde. Über diese Bande schreibt die „Zeit" vom 30.6.78: *„Sie wurde in der Nachkriegszeit in Spanien von dem ehemaligen kroatischen General Max Luburic gegründet, einem Mann, der in der kurzen Zeit des von Hitlers Gnaden bestehenden kroatischen Nationalstaates von 1941 bis 1945 die Konzentrationslager beaufsichtigte, also eine Art kroatischer Himmler".*

Auf das Konto des „Kroatischen Volkswiderstandes" gehen u.a.:

- Bombenanschläge auf die jugoslawischen Generalkonsulate in Stuttgart und Dortmund (1975);
- Mordversuch an dem jugoslawischen Vizekonsul in Düsseldorf (1976);
- Anschlag auf ein jugoslawisches

slawischen Generalkonsulate in Stuttgart und Dortmund (1975);
- Mordversuch an dem jugoslawischen Vizekonsul in Düsseldorf (1976);
- Anschlag auf ein jugoslawisches

Flugzeug über der CSSR (27 Tote).

Ein anderer der acht Emigranten ist **Iwan Ljubomir Drogoja**. Ihm wirft Belgrad Mitgliedschaft in der „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft" vor, die seit 1968 in der BRD verboten ist. Drogoja lebt seit 1968 in der BRD, wo er beim Bombenbasteln einen Arm verlor. Laut Auslieferungsantrag hat er bei einem Bombenanschlag auf einen Zug (ein Toter) mitgemischt. Der dritte im Bunde ist **Nikola Miliceciv**, ebenfalls Mitglied der „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft", dem vorgeworfen wird, den Mord an dem jugoslawischen Konsul in der BRD organisiert zu haben. Ähnlich **Ilija Papac**, Mitglied der „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft" und des „Kroatischen Volkswiderstandes". Auch er soll an dem Anschlag auf den Zug 1977 beteiligt gewesen sein.

Etwas anders liegt die Sache bei Damir Petric. Er war während des sogenannten „Kroatischen Frühlings" Vizepräsident des Kroatischen Studentenbundes. Jugoslawien behauptet, er sei jetzt Mitglied der „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft" („FAZ", 26.8.78). Fakt ist jedenfalls, daß Petric für die (verbotene) faschistische Zeitung „Otpor" Widerstand) schreibt.

Was **Tomo Franjo Mikulic** vorgeworfen wird, konnten wir nirgends finden. Er war Anfang der 70er Jahre kroatischer **Funktionär des BKJ (Bund der Kommunisten Jugoslawiens)** und kam nach der Zerschlagung des „Kroatischen Frühlings" in die BRD. Während des „Kroatischen Frühlings" kam es in Kroatien und in anderen Teilen der jugoslawischen Föderation zu breiten Aktionen, die meist stark nationalistischen Charakter hatten, gegen die Nationalitätenpolitik des Tito-Regimes. Ende 1971 wurde dagegen eine umfangreiche Säuberungswelle eingeleitet.

Nachdem die BRD-Gerichte zunächst eine offene Verschleppungstaktik in der ganzen Angelegenheit praktizierten, sind mittlerweile von den Oberlandesgerichten sieben der Betroffenen für nicht auslieferbar erklärt worden.

Nur die Auslieferung Bilandzic ist für zulässig erklärt worden. Ob er allerdings ausgeliefert wird, ist mehr als zweifelhaft, denn erstens sind seine Anwälte vor den Bundesgerichtshof in Berufung gegangen (die Verhandlung findet am 5.9. statt), und zweitens liegt die endgültige Entscheidung bei der Bundesregierung. Die „Frankfurter Rundschau"/ „FR" vom 17.8. meldete, daß Bundesinnenminister Baum einer Auslieferung Bilandzic „sehr skeptisch" gegenüberstehe. Außerdem hat die Unterstützung der Ustashi (kroatische Faschisten) durch BRD-Behörden eine lange Tradition.

Die Zusammenarbeit zwischen deutschem Imperialismus und der faschistischen Ustasha geht bis in die 20er Jahre zurück, als die Ustasha mit dem Ziel eines „unabhängigen, katholischen Kroatiens" gegründet wurde.

„In den frühen 30er Jahren befand sich das Informations- und Propagandazentrum der Ustasha in Berlin. Enge Beziehungen zur Gestapo und anderen Behörden des NS-Reiches bestanden während des Zweiten Weltkrieges, als die Ustasha unter dem Kroatenführer Ante Pevelic einen mörderischen Vernichtungsfeldzug gegen Serben und Juden führte, dem nach Belgrader Angaben 500.000 Menschen zum Opfer fielen.

In den militant antikommunistischen Nachkriegsjahren wurden die nach Westdeutschland emigrierten ‚Freiheitskämpfer für ein unabhängiges Kroatien' mit finanziellen Spritzen von Bundesregierung und westlichem Geheimdienst aufgepäppelt"

schen Nachkriegsjahren wurden die nach Westdeutschland emigrierten ‚Freiheitskämpfer für ein unabhängiges Kroatien' mit finanziellen Spritzen von Bundesregierung und westlichem Geheimdienst aufgepäppelt"

(„Stern", 24/71).

Sowohl der „Kroatische Volkswiderstand" als auch die „Kroatische Revolutionäre Bruderschaft" sind Nachfolgeorganisationen der Ustasha.

Und an der Verbindung zwischen deutschem Imperialismus und Ustasha hat sich nichts geändert. Der „Vorwärts' vom 13.7.78 schreibt, daß „einige der vom Belgrader Auslieferungsgesuch Betroffenen" Agenten des Verfassungsschutzes seien!

Die liefert man nicht aus. Versteht sich.

Laut Verfassungsschutzbericht sind allein in der BRD 1.500 Kroaten in 16 Organisationen organisiert, die *„alle für ein selbstständiges Kroatien mit terroristischen Mitteln kämpfen"* („Hamburger Abendblatt" vom 18. und vom 19.8.).

RGW-Kommission

Fall „Tamara T." zieht breitere Kreise

Wir berichteten bereits in mehreren Nummern von der staatenlosen Flensburgerin Tamara T., die seit fünf Jahren um ihre Einbürgerung kämpft, die ihr der CDU-Landesinnenminister von Schleswig-Holstein aber mit der Begründung verweigert, sie sei Verfassungsfeindin und gehöre dem KB an.

Was im Fall Tamara T. über die Bespitzelung an Schleswig-Holsteinischen Schulen schon zur APO-Zeit an's Licht kam, hatte Seltenheitwert: In einem VS-Bericht, aus dem Tamara Auszüge veröffentlichte und sich mit diesen Enthüllungen an den Landesparteitag der SPD wandte, wurde im Detail über Tamaras Verhältnisse in der Schule und im Elternhaus berichtet – und das nicht nur von ihr, sondern auch von diversen Mitschülerinnen.

In den letzten Monaten nach der Veröffentlichung des VS-Berichts haben erfreulicherweise immer mehr Presseorgane den Fall aufgegriffen. Karl-Otto Meyer, Landtagsabgeordneter des SSW in Schleswig-Holstein, widmete dem Fall, über den „Flensborg Avis" schon von Anfang an berichtete, einen Leitartikel. Auch die „Husumer Nachrichten" brachten ausführliche Auszüge aus dem VS-Bericht unter dem Titel „Radikalenerlaß auch bei Einbürgerungsverfahren". In der „Zeit" erschien ebenfalls ein Artikel. Ausführlich berichteten die Frauenzeitungen „Courage" und „Emma" über Tamaras Fall. In der „Emma" heißt es: „ ... *die BRD wird immer mehr zu einem Staat von Spitzeln und Bespitzelten".* Gegenübergestellt wird die reibungslose Einbürgerung des Altnazis Otto von Habsburg der Bespitzelung von Tamara und „Emma" stellt fest, daß die beweisbaren Punkte, die Tamara angelastet werden – wie Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen der Linken – ausreichen würden, *„so manchem bravem Bürger seine Staatsangehörigkeit abzuerkennen".*

Inzwischen sind auch der Landesinnenminister und seine Schnüffler wieder rührig geworden. Ende Juli ergänzte der Innenminister seine Berufungsbegründung (Tamara hatte den 1. Prozeß vor dem Schleswiger Verwaltungsgericht gewonnen) mit „neuen Erkenntnissen" über die Teilnahme von Tamara an Demonstrationen, Veranstaltungen, „unerlaubten Farbschmierereien" anläßlich des zehnten Todestages von Benno Ohnesorg usw. Damit wäre das Dossier auf dem neuesten Stand. Neu an den Verlautbarungen von Herrn Titzck ist die Behauptung, die KB-Mitgliedschaft sei in der Regel nicht nachweisbar (weil der KB halt so undogmatisch ist!). Will heißen: Undeutsch ist jeder des Kommunismus V e r d ä c h t i g e ! Solches Unrecht darf kein Recht werden!

KB/Gruppe Flensburg